Oliver Auge / Knut-Hinrik Kollex (Hg.)

Die große Furcht

Revolution in Kiel – Revolutionsangst in der Geschichte

Kieler Schriften zur Regionalgeschichte · Band 8

Wachholtz

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Oliver Auge | Knut-Hinrik Kollex (Hg.)

Die große Furcht

Revolution in Kiel – Revolutionsangst in der Geschichte

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kieler Schriften zur Regionalgeschichte

Herausgegeben von Oliver Auge

Band 8

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Oliver Auge | Knut-Hinrik Kollex (Hg.)

Die große Furcht

Revolution in Kiel – Revolutionsangst in der Geschichte

Wachholtz

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gefördert vom Collegium Philosophicum der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Wir danken der Stadt Kiel für die Förderung der Open Access-Publikation dieses Titels

1. Auflage 2021
© 2021 Wachholtz Verlag – Kiel/Hamburg
Das Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

DOI 10.5771/9783529094569

ISSN 2626-0107 (print) | ISSN 2748-5501 (online)

ISBN 978-3-529-03608-8 (print) | ISBN 978-3-529-09456-9 (ebook)

Gesamtherstellung: Wachholtz Verlag
Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Umschlagabbildung: Der Reiter (Gelbe Inkarnation), 1918; von Friedrich Peter Drömmer; Pastell und Kohle auf Papier; Sammlung der Stadtgalerie Kiel;
Foto: Helmut Kunde, Strande
Printed in Europe
Besuchen Sie uns im Internet:
www.wachholtz-verlag.de

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Inhaltsverzeichnis

Oliver Auge
Zur Einführung 7

Knut-Hinrik Kollex
Revolutionsangst und Autoritätsversagen. Der Aufstand von 1918 in Kiel . . . 17

Ralph Jessen
Kommune, Attentat, Massenstreik – Arbeiterbewegung, Revolutionsangst und politische Polizei im deutschen Kaiserreich 41

Jörg Baberowski
Die entfesselte Furie. Revolution und Diktatur in Russland 65

Christoph Regulski
Die Matrosenbewegung des Sommers 1917. Zur Erinnerung an Albin Köbis und Max Reichpietsch 97

Mark Jones
Angst und Gewalt in der deutschen Revolution von 1918/19 119

Boris Barth
Die deutsche Revolution und die Dolchstoßlegenden 135

Florian Schreiner und Sebastian Elsbach
Anarchie oder Ordnung. Die Revolutionäre Erich Mühsam und Ernst Niekisch im Vergleich. 149

Paul Srodecki
Bollwerk gegen Ost und West – Das Bild eines restituierten polnischen Staates in den Überlegungen polnischer Publizisten vor dem Hintergrund des Ersten Weltkrieges 179

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Martin Göllnitz
Homophobie und Revolutionsangst. Die politische Dramaturgie des 30. Juni 1934 209

Wilfried Loth
Die Große Furcht und die Anfänge des Kalten Krieges 235

Dierk Hoffmann
Revolution und Gegenrevolution im SED-Geschichtsverständnis. Otto Grotewohls Deutung der Novemberrevolution 1918 und des Volksaufstands 1953 251

Uta Fenske
»…drum liebt Euch offen ungeniert«. Die sexuelle Revolution in der Bundesrepublik 269

Jannis Jost und Rasha Bamatraf
»Einladung zur Revolution«. Vom Arabischen Frühling, Sozialen Medien, Angst und wie sie überwunden wurde 295

Knut-Hinrik Kollex
Revolution in Kiel, Revolutionsangst in der Welt – Zusammenfassung 321

Die Herausgeber 331

Die Autor*innen 333

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Oliver Auge

Zur Einführung

Im November 2018 jährten sich die dramatischen Ereignisse in Kiel, die mittlerweile weitgehend einhellig unter dem Sammelbegriff des Matrosenaufstands subsummiert werden und sich rasch zur sogenannten Novemberrevolution mit dem Sturz des hergebrachten monarchischen Herrschaftssystems in Deutschland auswuchsen, zum 100. Mal.[1] Dieses 100-jährige Jubiläum nahm die Stadt Kiel zum Anlass, um sich gebührend als einen Geburtsort der Demokratie in Deutschland zu feiern.[2] Die demokratische Vorreiterrolle, die Kiel und die dort versammelte konstituierende Versammlung im Revolutionsgeschehen von 1848/49 spielten und die eine solche Charakterisierung vielleicht sogar weitaus mehr rechtfertigen würde, bleibt dabei freilich ausgeblendet.[3] Die Jubiläumsfeierlichkeiten gipfelten jedenfalls in einem Festakt, der unter dem Motto »Demokratie erkämpfen, Demokratie leben« am 3. November 2018 im Legienhof in Kiel stattfand.

Es verstand sich angesichts der hier nur oberflächlich zu streifenden Kieler Feierlaune, die so übrigens vor einigen Jahren noch undenkbar oder zumindest ein Politikum gewesen wäre[4], für die Abteilung für Regionalgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel in ihrem fortwährenden Bemühen um eine nachhaltige Verankerung ihrer Forschungsarbeit außerhalb des vermeintlichen universitären Elfenbeinturms in der Welt von selbst, auch zur Erinnerung an die revolutionären Ereignisse vor 100 Jahren ihren wissenschaftlichen Beitrag zu leisten. Heute nennt man das hochtrabend-modernistisch Third Mission, aber eigentlich

1 Statt vieler siehe Sonja Kinzler/ Doris Tillmann (Hrsg.): Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, Darmstadt 2018.
2 Siehe die Informationen unter https://www.kiel-sailing-city.de/service/ueber-kiel/news/detail/2017/11/3/100-jahre-kieler-matrosenaufstand-erinnern-feiern-aufstehen.html (Letzter Zugriff am 05. 04. 2021).
3 Rackwitz, Martin: Märzrevolution in Kiel 1848. Erhebung gegen Dänemark und Aufbruch zur Demokratie (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 68), Heide 2011.
4 Siehe dazu Oliver Auge: Aufstand oder Meuterei? Kiels Probleme im Umgang mit den Ereignissen vom November 1918, in: Die Stunde der Matrosen, hrsg. von Sonja Kinzler und Doris Tillmann, Darmstadt 2018, S. 276 – 285.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

haben Landesgeschichtsforscher und Regionalhistoriker diese Öffentlichkeitsarbeit schon immer gemacht.[5] Dieser Beitrag setzte und setzt dabei gleich an mehreren Stellen an. So nahm Knut-Hinrik Kollex schon vor einiger Zeit als Mitarbeiter der Abteilung ein Promotionsvorhaben in Angriff, das den Handlungsspielräumen aufständischer Matrosen in den Jahren von 1917 bis 1920 gewidmet ist.[6] Die Arbeit, die in enger Abstimmung mit dem Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseum initiiert und von diesem auch in generöser Weise finanziell gefördert wurde, ist weit gediehen und steht kurz vor ihrem Abschluss. Ganz bewusst löste sich Kollex bei der Erarbeitung seines Themas vom Termindruck des Novembers 2018, weil seine Dissertation in der Masse der zum Termin erschienenen Publikationen fast zwangsläufig untergegangen oder zumindest nicht angemessen gewürdigt worden wäre. Das Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseum förderte die Arbeit von Kollex so wohlwollend auch deswegen, weil es sich Synergien für die eigenen Vorbereitungen zur großen Jubiläumsausstellung versprach, die 2018 mit überwältigender Resonanz im Schifffahrtsmuseum präsentiert wurde. Und tatsächlich hat Kollex aktiv an ihrer Erarbeitung mitgewirkt und gleich vier Beiträge zu dem gelungenen Begleitband beigesteuert – so viele wie kein zweiter Autor.[7] Da auch Martin Göllnitz und Julian Freche als ehemalige »Gewächse« der Kieler Regionalgeschichte sowie ich persönlich als weitere Autoren an dem Buch mitwirkten, kann der Beitrag unserer Professur am Zustandekommen der Ausstellung als durchaus namhaft betrachtet werden. Eigentlich bedarf das allerdings keiner besonderen Erwähnung, weil das Stadt- und Schifffahrtsmuseum zusammen mit dem Stadtarchiv schon lange und immer wieder in fruchtbarer Weise mit der Kieler Regionalgeschichte kooperierten und dies auch künftig synergetisch zu tun gedenken.[8] Zusätzlich wirkte Kollex neben Martin Rackwitz, der im Auftrag der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte ein wichtiges, da

5 Auge, Oliver: Outreach-Aufgaben und Wissenschaftskommunikation an den Universitäten – eine Standortbestimmung, in: Landesgeschichte und Public History (Landesgeschichte, Bd. 3), hrsg. von Arnd Reitemeier, Ostfildern 2020, S. 147–158.

6 Kollex, Knut-Hinrik: Handlungsspielräume aufständischer Matrosen zwischen Revolution und Reaktion am Beispiel der Provinz Schleswig-Holstein, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 92 (2017), S. 64–72.

7 Ders.: In Erwartung einer Revolution. Das politische Bewusstsein in Kiel, in: Kinzler/ Tillmann (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen, S. 47–52; ders.: Die informierte Revolution. Politische Kommunikation am Vorabend des Kieler Matrosenaufstandes, in: Kinzler/ Tillmann (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen, S. 51; ders.: Blaupause für die Revolution. Die »Kieler 14 Punkte«, in: Kinzler/ Tillmann (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen, S. 122–127; ders.: »Ruhe und Ordnung«. Provinzielle Revolution in Schleswig-Holstein, in: Kinzler/ Tillmann (Hrsg.), Die Stunde der Matrosen, S. 133–139.

8 Vgl. beispielsweise Oliver Auge/ Doris Tillmann (Hrsg.): Kiel und die Marine 1865–2015. 150 Jahre gemeinsame Geschichte, Kiel 2017. – Die Besprechung der Veröffentlichung von Dieter Hartwig in MGZ 77/2 (2018), S. 529–532 geht leider am Anliegen des Bandes vorbei und reflektiert auf der Grundlage eines veralteten Forschungsstands.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

grundlegend recherchiertes Buch zu Kiel im Jahr 1918 publiziert hat[9], maßgeblich bei der Wanderausstellung des Landes Schleswig-Holstein mit, die die Revolution in zwei Containern darbot.[10] Im Kontext seines museumsdidaktisch angereicherten Engagements implementierte Kollex das Thema des Matrosenaufstands auch dem Lehrangebot des Historischen Seminars, wobei unter anderem ein studentisches Projekt erneut öffentlichkeitswirksam als Ausstellung zum Thema »Kiel im Krieg. Der Erste Weltkrieg im Spiegel lokaler Medien« vom Juli 2017 bis Januar 2018 im Kieler Flandernbunker gezeigt wurde.[11] Die Ausstellung wurde eigens vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Durchaus als Höhepunkt des wissenschaftlichen Beitrags zur Erinnerung an den November 1918 war freilich die Ringvorlesung gedacht, die die Abteilung für Regionalgeschichte der Christian-Albrechts-Universität wiederum in fruchtbarer Kooperation mit dem Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseum und dankenswerter Weise finanziell zudem unterstützt vom Verein »Alumni und Freunde der CAU e.V.« organisiert hat. Knut-Hinrik Kollex hatte dabei maßgeblichen Anteil an der konkreten inhaltlichen Ausgestaltung und Planung, wofür ihm unser aller und mein ganz besonderer Dank gebührt!

Von Anfang an waren Kollex und ich uns aus Gründen quälender Redundanz einig, keine weitere Vorlesungsreihe zur bloßen Ereignisgeschichte des Matrosenaufstands durchführen zu wollen. Auch sollte es keinesfalls mehr um die immer noch irgendwie leidige und lediglich vom jeweiligen politischen Standpunkt aus richtig zu beantwortende Frage gehen, ob es sich 1918 nun um einen Aufstand oder eine Revolte handelte. Dasselbe gilt für das oft und reichlich durchgekaute, aber gleichwohl nie vollends befriedigend verdaute Problem der Bestimmung des demokratischen Beitrags der Ereignisse vom November 1918. Wir entschieden uns stattdessen dazu, die Kieler Geschehnisse, die zum Sturz der Throne in ganz Deutschland führen sollten, unter ein neues, innovatives Generalthema zu stellen und dieses Thema – unserem regionalhistorischen Anliegen gemäß, das stets vergleichend über den engeren schleswig-holsteinischen Tellerrand hinauszuschauen bemüht ist – in einen größeren syn- und diachronen Kontext zu stellen. Herausgekommen ist bei unserem Raisonnement der erstaunliche Befund, dass sich bei den verschiedensten revolutionären Umbrüchen in der Geschichte eine enorme Furcht bis hin zur panischen Hysterie vor selbigen zu erkennen gibt, die wie-

9 Rackwitz, Martin: Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zur Demokratie und Republik (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 87), Kiel und Hamburg 2018.
10 https://www.histsem.uni-kiel.de/de/das-institut-1/abteilungen/regionalgeschichte-mit-schwerpunkt-schleswig-holstein/mitarbeiterinnen-und-mitarbeiter/knut-hinrik-kollex-m.a/abgeschlossene-projekte (zuletzt aufgerufen 05.04.2021)
11 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

derum für Gegenmaßnahmen sorgten, deren Konsequenzen in vielerlei Hinsicht bestimmende Faktoren in der Geschichte geworden sind. Schon während der Anfangsphase der Französischen Revolution sprach man so von der Grande Peur, der Großen Furcht.[12] Gemeint war damit die angstvolle Reaktion auf Gerüchte einer Verschwörung der Aristokratie, sodass die Landbevölkerung zwischen dem 20. Juli und dem 6. August 1789 zu den Waffen griff und es zu gewalttätigen Bauernaufständen kam. Unter dem Druck dieser Ereignisse beschloss die Konstituante in der Nacht vom 4. auf den 5. August 1789 die Abschaffung zahlreicher Vorrechte der privilegierten Stände.[13]

Diese »Große Furcht« haben wir als verbindendes Element bzw. als roten Faden also nicht von ungefähr in den Titel unserer Vorlesungsreihe aufgenommen. Indes kam die eigentliche Grande Peur von 1789 nicht eigens zur Sprache, wie sowieso aus organisatorischen Gründen längst nicht alle relevanten Aspekte angesprochen werden konnten. Erinnert sei nur an die rechtswidrige Hinrichtung des Reformators Heinrich von Zütphen auf dem Marktplatz von Heide am 10. Dezember 1524, die sich im Wesentlichen aus einem Phänomen der Angst vor Veränderungen unter den damals in Dithmarschen Verantwortlichen erklärt.[14]

Wir mussten uns also angesichts der Omnipräsenz des Phänomens zwangsläufig stark beschränken. Herausgekommen ist gleichwohl ein stattliches Vortragsprogramm, das im Wintersemester 2018/19 an 15 Mittwochabenden wahrgenommen werden konnte und tatsächlich äußerst positiv aufgenommen wurde! Das rege Interesse an der Thematik bestärkte uns in dem Wunsch, die Beiträge nachgehend in einem Sammelband zu veröffentlichen, den wir hiermit vorlegen können.

Den Anfang macht Knut-Hinrik Kollex – der Dramaturgie der Ringvorlesung entsprechend – mit seinem Beitrag über den Kieler Matrosenaufstand von 1918. Seine Studie dient als Angelpunkt für die folgenden Aufsätze. Kollex geht der Wechselbeziehung zwischen Revolutionsangst und Autoritätsversagen im revolutionären Kiel des Jahres 1918 und darüber hinaus nach. Denn verglichen mit der Petrograder Revolte vom März 1917 verlief der Kieler Matrosenaufstand im Jahr darauf weitgehend friedlich. Trotz der in einschlägigen Militärdoktrinen geforderten raschen Aufstandsbekämpfung agierte die Kieler Militärführung zögerlich.

12 Lefèbvre, Georges: La Grande Peur de 1789, Paris 1988.
13 Exemplarisch Schleich, Eva: Kirche, Klerus und Religion, in: Ploetz. Die Französische Revolution, hrsg. von Rolf Reichardt, Freiburg 1988, S. 172 – 185, hier S. 179.
14 Vgl. dazu etwa Hansen, Reimer: Die geschichtliche Bedeutung Heinrichs von Zütphen, des Märtyrers der Reformation in Dithmarschen, in: Dithmarschen. Zeitschrift für Landeskunde und Landespflege N.F. Heft 1 (1990), S. 1 – 16; Meinhold, Peter: Heinrich von Zütphen und die Anfänge der Reformation in Dithmarschen, in: Schriften des Vereins für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte Bd. 30/31, hrsg. vom Verein für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte, Flensburg 1974/75, S. 37 – 55.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Effektive Gewaltmaßnahmen gingen zwischen Kompetenzgerangel und Apathie des Offizierskorps unter. Auch in den nachfolgenden Auseinandersetzungen gelang es der neugegründeten Republik oftmals nicht, ihre Handlungsprinzipien durchzusetzen.

Gewissermaßen die Voraussetzungen hierfür untersucht Ralf Jessen mit seinem Beitrag über die Arbeiterbewegung, die Revolutionsangst und die politische Polizei im deutschen Kaiserreich. Schließlich gehörte seit August Bebels Loblied auf die Pariser Kommune 1871, die er im Deutschen Reichstag als »kleines Vorpostengefecht« einer europäischen Revolution gerühmt hatte, das Schreckbild der revolutionären Arbeiterbewegung zum Standardrepertoire der anti-sozialdemokratischen Propaganda. Jessen geht der Frage nach, welche Bedeutung die Kultivierung dieser Revolutionsangst für die Sozialdemokraten und die politische Kultur im Kaiserreich hatte.

Zum Abschluss der Ringvorlesung führte Jörg Baberowski in seinem Beitrag auf das Schlüsselereignis eines an Revolutionen reichen »Jahrhunderts der Extreme« zurück: Die Russischen Revolutionen von 1917. Dabei ordnete er deren Ereignisse und Folgen in den Kontext der nachfolgenden europäischen Politikgeschichte ein. Aus Gründen der Chronologie ist sein Beitrag für diesen Sammelband in den zeitlichen Zusammenhang eingeordnet worden, wirkten sich doch die Erfahrungen und Rezeptionen der russischen Revolutions- und Bürgerkriegsphase erheblich auf die Geschichte jüngerer Umsturzereignisse aus.

Als Vorspiel des Kieler Matrosenaufstandes von 1918 gelten neben den russischen Ereignissen zudem die Flottenunruhen von Wilhelmshaven im Jahr zuvor, denen sich Christoph Regulski widmet. Am 5. September 1917 waren die Matrosen Albin Köbis und Max Reichpietsch erschossen worden, weil sie durch eine geplante Gehorsamsverweigerung auf den Schiffen der deutschen Flotte ein Zeichen für die Beendigung des Ersten Weltkrieges setzen wollten. Regulski fragt nach den Einflüssen dieser Matrosenbewegung auf die Revolution ein Jahr später.

Die medialen Vorschusslorbeeren der Revolution, die dann tatsächlich ein Jahr später Deutschland erfasste, untersucht Mark Jones. Sein Beitrag über den Einfluss von Angst und Gewalt auf Politik und postrevolutionäre Strömungen während der Novemberrevolution und der Frühphase der Weimarer Republik zeigt das Spannungsfeld zwischen Hoffnung auf eine bessere Zukunft und das Abgleiten ins Chaos auf, welches die Wahrnehmung der Zeitgenossen nachhaltig prägen sollte. Die in dieser Hinsicht wirkungsvollste Propagandawaffe der politischen Rechten in der Weimarer Republik stellte die Dolchstoßlegende dar, von der mehrere Versionen existierten, die von Millionen von Menschen geglaubt wurde und die von Boris Barth untersucht wird. Die Ereignisse in Kiel 1918 nahmen nämlich innerhalb dieser Verschwörungstheorie einen zentralen Platz ein:

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Matrosenrevolte wurde dahingehend interpretiert, dass im kritischsten Moment des Krieges die lange vorbereitete Revolution der kämpfenden Front in den Rücken gefallen sei.

Ob die Revolutionsfurcht überhaupt begründet war, fragte hingegen Florian Schreiner in seinem Vortrag über die Münchener Räterepublik 1918/19. Als Gegenfolie zu den berüchtigten Freikorps der Nachkriegszeit stellte er anhand der Räterevolution in München Beispiele politischer Gewalt von Links vor und analysierte sie in vergleichender Perspektive hinsichtlich ihrer Motivation und ihrer Gewaltformen. Für diesen Sammelband verändert Schreiner freilich die Perspektive in eine ideengeschichtliche Richtung und steuert gemeinsam mit Sebastian Elsbach einen Beitrag über die beiden deutschen Revolutionstheoretiker Erich Mühsam und Ernst Niekisch bei. Anhand von Revolutionsentwürfen lassen sich noch deutlich konzisere Aussagen über die Gegensätzlichkeiten radikaler Staatlichkeitsvorstellungen während der Zeit der Weimarer Republik treffen.

Den Blick über den nationalen »Tellerrand« hinaus wagt Paul Srodecki. Jahrhundertelang nämlich sahen sich die Herrschaften und Staaten Ostmitteleuropas als Bollwerk gegen Bedrohungen aus dem Osten. Das galt auch für das Übergreifen der bolschewistischen »Weltrevolution«, die nicht nur ideologisch den europäischen Kontinent, sondern auch die nach dem Ersten Weltkrieg just gewonnene Staatlichkeit osteuropäischer Nationen wie Polen zu bedrohen schien.

Martin Göllnitz zeigt, dass als solche empfundene Revolutionsbedrohungen nicht immer im politisch linken Spektrum zu verorten sind, sondern je nach Perspektive auch aus ungewohnter Richtung stammen können: Als Ende Juni 1934 etliche SA-Führer einem staatlichen Mordkomplott zum Opfer fielen, wurde dies nicht nur mit einem angeblichen Putschversuch legitimiert. Ein von der NS-Presse inszenierter Sexskandal um die SA-Führung wirft für Göllnitz die Frage auf, ob die NSDAP eine als mittlerweile destruktiv empfundene »zweite« nationalsozialistische Revolution fürchtete oder ob vielmehr homophobe Ressentiments ausschlaggebend waren.

Wilfried Loth wiederum betrachtet Revolutionsangst als außenpolitische Chance während der Anfänge des Kalten Krieges nach 1945, fürchtete doch ein wachsender Teil der Öffentlichkeit im westlichen Europa und in den USA eine künftige Herrschaft der Kommunisten. Damit, so Loth, kam allerdings eine Spirale wechselseitiger Expansionsfurcht in Gang, die in den Kalten Krieg und die Spaltung Deutschlands und Europas mündete.

Dierk Hoffmann zeigt in seinem Beitrag auf, dass auch die vermeintlichen Erben der Novemberrevolution ihrerseits von Revolutionsangst ergriffen sein konnten. Er betrachtet Revolution und Gegenrevolution im Geschichtsverständnis der

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

SED, insbesondere die verordnete Erinnerung an die Novemberrevolution 1918 und die Brandmarkung des Volksaufstands von 1953 als »faschistischer Putsch«.

Nicht immer musste eine Revolution politische Ursachen im engeren Sinne haben, wie Uta Fenske in ihrem sozialgeschichtlichen Beitrag zeigt: Die »Sexuelle Revolution« galt ihren Befürwortern und Befürworterinnen als Befreiung von den konservativen Sexualvorstellungen der 1950er Jahre, ihre Kritikerinnen und Kritiker sahen hingegen die gesellschaftliche Stabilität bedroht. Denn die durch Pille, Pornographie, Sexualaufklärung und Kommerzialisierung der Sexualität gewonnenen neuen Freiheiten produzierten, wie Fenske nachweist, auch neue Unsicherheiten.

Eine »Einladung zur Revolution« spricht der Beitrag von Jannis Jost und Rasha Bamatraf über den Arabischen Frühling in Ägypten aus. Der Fokus ihrer Studie liegt auf der Rolle, die soziale Medien bei der Mobilisierung von Protesten und kollektivem Handeln spielten. Sie fragen, wie die Ägypter ihre Angst vor dem Beginn ihrer eigenen Revolution überwinden konnten, schließlich sei der Weg vom Bildschirm auf die Straße kein kleiner Schritt.

In einem konzisen Resümee führt Knut-Hinrik Kollex schließlich alle Beiträge nochmals zusammen und schlägt zugleich die Brücke zurück zu seinem Beitrag vom Beginn des Tagungsbandes.

In eigener Sache sei nochmals hervorgehoben, dass wir hier Beiträge zur Revolution von 1918 mit Ausführungen zum Röhmputsch von 1934, zum Kalten Krieg nach 1945, zur sexuellen Revolution in der BRD und dem Revolutionsverständnis in der DDR bis hin zu Ausführungen über die Rolle sozialer Medien beim sogenannten Arabischen Frühling zwischen zwei Buchdeckeln vereinen – wie gesagt: immer unter dem Blickwinkel der besonderen Rolle der jeweiligen Revolutionsangst, die auch in der Wahl unserer Titelillustration »der Reiter« bildhaft eingefangen ist (Abb. 1). Durch diese unseres Erachtens so bisher nicht dagewesene Zusammenstellung kann in unseren Augen ein substantieller und über die derzeitige Matrosenaufstandserinnerung deutlich hinausweisender Beitrag zur grundsätzlichen Frage geleistet werden, wie Revolutionen welcher Art auch immer entstanden, welche Dynamiken sie entwickelten und welche Konsequenzen sie zeitigen konnten. Ein solcher thematischer Zugang löst den Kieler Matrosenaufstand aus seiner lokalperspektivisch gewiss zu rechtfertigenden Sonderrolle und macht ihn zur exemplarischen pars pro toto, was allgemeingültige Ableitungen und Interpretationen erst richtig zulässt. Aus einem Kieler oder gar einem deutschen Sonderweg wird – zumindest vermittelst der Perspektive der Angst vor

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Revolution – ein Kontinuum der Revolutionsgeschichte über die Zeitläufe hinweg.

An dieser Stelle verbleibt es mir, den am Zustandekommen des Bandes aktiv Beteiligten mit allem erdenklichen Nachdruck zu danken. Zuvorderst gilt der Dank meinem engagierten Mitherausgeber Knut-Hinrik Kollex, dessen Verdienste ja bereits ausführlich gewürdigt wurden. Sodann sind die einzelnen Autorinnen und Autoren des Bandes zu erwähnen, die bei aller arbeitsmäßigen Belastung bereit waren, ihre Vorträge ohne Honorare zu Aufsätzen umzuarbeiten, sowie die regionalhistorischen Hilfskräfte Tomke Jordan, Christoph Alex und Lena Czeppan, die tatkräftig bei der Organisation und Realisierung der Vortragsreihe und bei der redaktionellen Arbeit mitgeholfen haben. Der generösen Unterstützung des Collegium Philosphicum der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ist es zu verdanken, dass die Drucklegung des Bandes überhaupt finanziert werden konnte. Überdies gilt mein Dank dem Wachholtz-Verlag für die kompetente und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Allen Leserinnen und Lesern sei zu guter Letzt für das Interesse an unserer Arbeit gedankt, was uns zu immer neuen spannenden Projekten motiviert.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Abb. 1: Der Reiter (Gelbe Inkarnation), 1918; von Friedrich Peter Drömmer; Pastell und Kohle auf Papier; Sammlung der Stadtgalerie Kiel; Foto: Helmut Kunde, Strande

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Knut-Hinrik Kollex

Revolutionsangst und Autoritätsversagen. Der Aufstand von 1918 in Kiel

1. Die Revolution aus Kiel

In der zweiten Jahreshälfte 1918 befand sich das Deutsche Kaiserreich noch – aber aussichtlos – im Ersten Weltkrieg engagiert. Die große Frühlingsoffensive im Westen nach dem Separatfrieden mit Russland war bereits im Sommer gescheitert, die deutschen Truppen zogen sich an fast allen Frontabschnitten zurück. Die verbündeten Staaten waren zusammengebrochen oder standen kurz davor. Die mittlerweile zum insgeheimen Machtzentrum aufgestiegene Oberste Heeresleitung (OHL) musste im September einsehen, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war.[1] Innenpolitisch stand das Reich vor einer Zerreißprobe, denn die russischen Revolutionen des Jahres 1917 hatten auch unter der deutschen Arbeiterbewegung Eindruck gemacht.[2] Im Oktober wurden auf amerikanischen Druck hin politische Reformen umgesetzt, um den Weg zu Friedensgesprächen zu ebnen und die innenpolitische Lage durch Zugeständnisse zu entspannen. Erstmals wurde das Amt des Regierungschefs, des Reichskanzlers, von der Zustimmung des Parlaments abhängig gemacht. Der daraufhin neu ins Amt gebrachten Regierung gehörten nun erstmals auch Sozialdemokraten an – bis dato ein undenkbarer Vorgang.[3] Trotz dieser auf den ersten Blick hoffnungsvollen Entwicklung lief

1 Zur militärischen Lage des Deutschen Reiches siehe Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, 5. Aufl., München 2014.

2 Zum Gesamtkomplex der russischen Revolutionen siehe exemplarisch Altrichter, Helmut: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997; Aust, Martin: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017; Figes, Orlando: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 1998; Smith, Stephen Anthony: Revolution in Russland. Das Zarenreich in der Krise 1890 – 1928, Darmstadt 2017 sowie den Beitrag von Jörg Baberowski in diesem Band.

3 Zur letzten kaiserlichen Regierung und den Oktoberreformen siehe Machtan, Lothar: Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers, eine Biographie, Berlin 2013, S. 341 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Krieg zunächst weiter, auch wenn dessen Beendigung in der kriegsmüden deutschen Bevölkerung nur noch als Zeitfrage angesehen wurde.[4]

In dieser Situation beschloss die im bisherigen Kriegsverlauf wenig in Erscheinung getretene Führung der Kaiserlichen Flotte eigenmächtig, deren Bedeutung für die Zukunft durch eine letzte, spektakuläre Unternehmung unter Beweis zu stellen und sie so über einen möglichen Frieden hinaus zu erhalten.[5] Der für Ende Oktober 1918 angesetzte Plan scheiterte allerdings, weil sich zahlreiche Matrosen dem Auslaufbefehl widersetzten. Diese erste Flottenunruhe konnte rasch niedergeschlagen werden. Doch beschloss die Admiralität, zur Beruhigung der Situation Teile der Flotte in den Heimathafen Kiel zurückzubeordern.[6] Die in der norddeutschen Provinz Schleswig-Holstein gelegene Großstadt war zu diesem Zeitpunkt bereits ein Pulverfass. Die große, unzufriedene und stark politisierte Arbeiterschaft sagte den Matrosen Unterstützung zu. Am 3. November kam es zur offenen Revolte, innerhalb kürzester Zeit übernahmen protestierende Marinesoldaten die Kontrolle über die Stadt und den wichtigsten deutschen Marinestützpunkt, ohne dass ihnen nennenswerter Widerstand entgegengebracht wurde.

Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter schlossen sich ihnen an und rasch breitete sich die Revolte auf weitere Städte aus, meist ausgelöst durch den Strom der in ihre Heimatstädte zurückkehrenden Matrosen. Sie bildeten Arbeiter- und Soldatenräte, um die autoritäre kaiserliche Verwaltung zu kontrollieren. Dabei stand ihre Bewegung keineswegs unter der Kontrolle einer politischen Partei oder Gruppierung, sondern entwickelte sich größtenteils spontan.[7] Dem politischen Parteienspektrum, auch weiten Teilen der deutschen Sozialdemokratie, war die Bewegung hingegen suspekt. Doch mit deren unaufhaltsamen Übergreifen auf weite Teile des Landes, bei dem immer lauter das Schlagwort von der Revolution erhoben wurde, sah die Parteiführung der deutschen Mehrheitssozialisten (MSPD) keine andere Möglichkeit, als sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, um die wei-

4 Vgl. exemplarisch die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 1. November 1918, die ganz offen über das Kriegsende und den Rücktritt Kaiser Wilhelms II. spekulierte.

5 Hierzu und zum Folgenden Deist, Wilhelm: Die Politik der Seekriegsleitung und die Rebellion der Flotte Ende Oktober 1918, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 14 (1966), 4, S. 341 – 368, hier S. 356 f.

6 Zu den Ereignissen siehe Dähnhardt, Dirk: Revolution in Kiel. Der Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19 (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 64), Neumünster 1978; Rackwitz, Martin: Kiel 1918. Revolution – Aufbruch zu Demokratie und Republik, Kiel/ Hamburg 2018; mit kritischer Bewertung Pohl, Karl Heinrich: Revolution in Kiel? In: Revolution 1918/19 in Norddeutschland (Historische Demokratieforschung, Bd. 13), hrsg. von Detlef Lehnert, Berlin 2018. S. 21 – 98.

7 Vgl. Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975, S. 105 – 125; Kolb, Eberhard/ Schumann, Dirk: Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16), 8. Aufl., München 2013, S. 11.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tere Entwicklung mitgestalten zu können.[8] Bereits am 9. November 1918 musste der deutsche Kaiser, Wilhelm II., abdanken. Am selben Tag wurde in Berlin vom Sozialdemokraten Philipp Scheidemann die Republik ausgerufen.

Ihre Erfolgsgeschichte war allerdings überschaubar, denn schon im Dezember versank das Land in Unruhen, Streiks und Chaos. Gewalt wurde zu einem bestimmenden Mittel der politischen Auseinandersetzung.[9] Erst Mitte der 1920er Jahre gelang es für einige wenige Jahre, die junge deutsche Republik zu stabileren Verhältnissen zu führen. Sie wurden allerdings durch die wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen am Ende des Jahrzehnts wieder zunichte gemacht. Die Furcht vor dem Wiederaufflammen der chaotischen Verhältnisse aus der Frühphase der Republik konnte schließlich die nationalsozialistische Partei (NSDAP) nutzen, um 1933 die Macht im deutschen Staat zu übernehmen. Insofern scheint es legitim, nach der Ursache jener Furchtsamkeit, ihrer politischen Bedeutung und Instrumentalisierung für den revolutionären Beginn der deutschen, beziehungsweise der sogenannten Weimarer Republik zu fragen.

2. Die Furcht vor der »Roten Flut«

Die Angst vor einer Revolution, die sich in den ersten Tagen des Novembers 1918 als Matrosenaufstand zunächst in Kiel und schließlich im gesamten Deutschen Reich realisierte, kam keineswegs unerwartet, vielmehr hatte sie eine lange Vorlaufzeit. Schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts sahen sich die europäischen Politiker des bürgerlich-konservativen Lagers wiederholt mit der Frage konfrontiert, wie eine sozialistische »Weltrevolution« verhindert werden könne.[10] Die russische Oktoberrevolution von 1917, die mit ihrer Gewalt (nicht nur) gegen alles Bürgerliche jene Horrorszenarien in blutige Realität umsetzte, schreckte daher zwangsläufig ganz Europa auf. Es verwundert kaum, dass der britische Premierminister David Lloyd George – nur ein halbes Jahr nach dem Ende des Ersten Weltkrieges – den russischen Bolschewismus als größte Gefahr für den Kontinent ausmachte und nicht mehr das Deutsche Reich.[11] Vielmehr forderte er sogar den

8 Ebd., S. 6; Lösche, Peter: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903 – 1920, Berlin 1967.
9 Exemplarisch Gerwarth, Robert: Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs, München 2017, S. 155 – 164.
10 Gerwarth, Robert/ Horne, John: Bolschewismus als Fantasie. Revolutionsangst und konterrevolutionäre Gewalt 1917 bis 1923, in: Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg, hrsg. von dens., Göttingen 2013, S. 94 – 107, hier S. 94.
11 Kuhlman, Erika: Reconstructing patriarchy after the Great War. Women, gender, and postwar reconciliation between nations, New York 2008, S. 16.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ausbau des einstigen Kriegsgegners zu einem Bollwerk gegen die bolschewistische Bedrohung aus dem Osten. Hoffnungsvoll stimmte ihn, dass es der Regierung der jungen deutschen Republik gelungen war, die Revolution des Jahres 1918 in gemäßigte Bahnen zu lenken und so einen Umsturz nach bolschewistischem Vorbild zu verhindern. Unter dem sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske hatte sie Anfang 1919 eindrücklich demonstriert, dass sie bereit war, notfalls mit massiver Gewaltanwendung gegen linke Umstürzler vorzugehen.[12]

Das ist insofern erstaunlich, als gerade die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) über Jahre hinweg selbst Projektionsfläche der Revolutionsangst im deutschen Kaiserreich war.

Ihre Vorgängerorganisation, die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) sowie ihr nahestehende Gewerkschaften waren noch aufgrund des »Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« vom 21. Oktober 1878 verboten worden. Dennoch hatte die sozialistische Bewegung in zahllosen Ersatzorganisationen und im Untergrund nicht nur überleben, sondern sich sogar strukturell und ideologisch festigen können.[13]

Mit dem Auslaufen des Gesetzes im Jahr 1890 knüpfte die als SPD wiederbegründete Partei an alte Erfolge an und zählte kontinuierliche Zuwächse bei den Reichstagswahlen. Für das politisch dominierende bürgerliche Lager erhielt dieser unaufhaltsame Vormarsch immer bedrohlichere Züge, zumal die SPD programmatisch für das Ende der politischen Dominanz des Bürgertums wie auch für eine Beseitigung des kapitalistischen Systems eintrat. Doch gerade die unterschiedlichen Versuche, die SPD als politischen Gegner auszuschalten, beförderten die Abgrenzung der Partei noch zusätzlich.[14]

In dieser Hinsicht war Deutschland aber kein Sonderfall. Spektakuläre Attentate, wie das auf Zar Alexander II. im Jahr 1881 hatten schon seit längerem die Furcht vor einer gewaltsamen Revolution in ganz Europa befeuert. Auf dem gesamten Kontinent kam es daher bis ins erste Drittel des 20. Jahrhunderts wiederholt zu repressiven Präventionsmaßnahmen gegen vermeintliche und tatsächli-

12 Lange, Dietmar: Massenstreik und Schießbefehl. Der Generalstreik und die Märzkämpfe in Berlin 1919, Münster 2012; Wette, Wolfram: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.

13 Für die spezifischen Voraussetzungen in der Provinz Schleswig-Holstein vgl. Regling, Heinz Volkmar: Die Anfänge des Sozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1965, S. 190; Rüdel, Holger: Landarbeiter und Sozialdemokratie in Ostholstein 1871 bis 1878. Erfolg und Niederlage der sozialistischen Arbeiterbewegung in einem großagrarischen Wahlkreis zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz, Neumünster 1986, S. 214.

14 Rüdel, Landarbeiter, S. 215 f. und S. 229; Ders.: Ein schwieriger Start. Zur Frühgeschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 77–85, hier S. 77; Klatt, Inge: Sozialdemokratie und Obrigkeit vor dem Ersten Weltkrieg in Schleswig-Holstein. Aktion und Reaktion, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 97–116.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

che sozialistische Untergrundbewegungen.[15] Diese besaßen freilich nicht allein das Monopol auf konspirative Gewaltakte, wie die folgenreiche Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand im Jahr 1914 unter Beweis stellt. Für das Attentat zeichneten sich schließlich serbische Nationalisten verantwortlich.

Dennoch beflügelte kaum etwas so sehr die Fantasie bürgerlich-konservativer Eliten wie die medial präsenten sozialdemokratischen Bürgerschrecke vom Format eines Karl Liebknecht, der im deutschen Bürgertum zur personifizierten Gefahr für dessen Lebenswirklichkeit stilisiert wurde.[16] Zwar gehörte er in der SPD zu jenen Außenseitern, die sich 1916 als unabhängige Sozialdemokratie (USPD) beziehungsweise Spartakus-Gruppe abspalten sollten, doch bot er sich durch die Radikalität seiner Positionen als ideale Hassfigur geradezu an. Die Parteiführung der SPD und ihre großen Landesverbände waren hingegen längst von der einst revolutionären Zielrichtung abgerückt und präsentierten sich eher reform- denn revolutionsorientiert.[17]

Bezogen auf Liebknecht und Genoss*innen leuchtet es daher unmittelbar ein, dass die Ereignisse der Russischen Revolutionen des Jahres 1917 die Revolutionsangst in Deutschland erneut befeuerten, zumal sich die USPD stets der Vorwürfe erwehren musste, von den Bolschewiki finanziert und gesteuert zu sein.[18] Obwohl die deutsche Bevölkerung von der Gewalt und den Schrecken der russischen Revolutions- und Bürgerkriegsperiode nicht direkt betroffen war, vergegenwärtigten die Medien stets die mit ihr verbundene drohende »Apokalypse«. Dafür sorgte nicht zuletzt der bolschewistische Weltrevolutionsanspruch selbst, der analog zur französischen Revolution einen staatlichen Gewaltexport durchaus befürwortete.[19] Wie in der jüngeren Forschung gezeigt, fürchtete man nichts weniger als

15 Vgl. Wilhelm, Hans-Heinrich: Die »nationalkonservativen Eliten« und das Schreckgespenst vom »jüdischen Bolschewismus«, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 43 (1995), S. 333 – 349.

16 Zur Bedeutung von Revolutionsangst siehe Gerwarth/ Horne, Bolschewismus; für deren regionale Ausprägungen in Schleswig-Holstein siehe Göllnitz, Martin/ Kollex, Knut-Hinrik/ Wegener Friis, Thomas: Blandt revolutionære og »Rigsfjender« i Slesvig-Holsten 1917 – 1920, in: Arbejderhistorie. Tidsskrift for historie, kultur og politik (2017), 2, S. 126 – 149.

17 Vgl. Paetau, Rainer/ Rüdel, Holger: Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987; Paetau, Rainer: Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig- Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925, Neumünster 1988; Danker, Uwe: Die Geburt der Doppelstrategie in der »Roten Hochburg«. Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein 1863 – 1918, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 21 – 62.

18 Luban, Ottokar: Russische Bolschewiki und deutsche Linkssozialisten am Vorabend der deutschen Novemberrevolution. Beziehungen und Einflussnahme, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2009), S. 283 – 298.

19 Gerwarth/ Horne, Bolschewismus, S. 96.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

das Ende der westlichen Werte-Kultur – den vielbeschworenen Untergang des Abendlandes.[20]

Die Ereignisse in Russland, der Sturz des politischen und gesellschaftlichen Systems, die Zwangskollektivierung und Konfiszierung von Eigentum sowie deren unkontrollierte Folgen aus Chaos, Hunger und Gewalt wurden zur erschreckenden Bestätigung der über ein halbes Jahrhundert hinweg verbreiteten nationalkonservativen Warnungen, nach denen der Sozialismus nicht nur die Zerstörung der Wirtschaft, sondern gar der Zivilisation an sich bedeute.[21]

3. Schleswig-Holstein als Wiege der Furchtsamkeit

In mancherlei Hinsicht ließe sich Schleswig-Holstein mit dem industriellen, intellektuellen und in Teilen auch politischen Zentrum Kiel fast als deutscher Sozialistenhort betrachten. Denn in kaum einer anderen Region Deutschlands war der Zuspruch zur Sozialdemokratie so ausgeprägt wie hier.[22] Schon frühzeitig hatten daher Provinzialbehörden, bürgerliche Parteien, Verbände und Vereine damit begonnen, antisozialistische Allianzen zu schmieden – auch um den aus ihrer Sicht bedrohten Staat zu schützen.[23] Dieses Abwehrverhalten erklärt sich in erster Linie durch die rasant zunehmenden Wahlerfolge der Sozialdemokraten in der Region. So erreichte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) bei den Reichstagswahlen des Jahres 1871 immerhin fast 13 Prozent der abgegebenen Stimmen und konnte diesen Anteil nur drei Jahre später sogar auf rund 33 Prozent steigern. Repressive Maßnahmen wie die zwangsweise Auflösung von ADAV-Ortsvereinen im Mai 1870 oder die Bestrebungen des Schleswiger Regierungspräsidenten, das Vereinigungs-, Versammlungs- und Koalitionsrecht sowie die Pressefreiheit einzuschränken, blieben ohne spürbare Auswirkungen. Auch das drastische Mittel des Verbots nach dem Sozialistengesetz bot nur eine temporäre Lösung, obschon die Furcht vor der Sozialdemokratie weiter geschürt wurde.

Bis zur Jahrhundertwende gelang es der preußischen Ministerialbürokratie und den Landräten der einzelnen Kreise, die anti-preußischen Vorbehalte weitgehend einzudämmen und ehemals oppositionelle Gruppen wie die schleswig-holsteinischen Kriegervereine auf die Regierungsseite zu ziehen. An dieser Entwicklung

20 Vgl. Jones, Mark: Founding Weimar. Violence and the German Revolution of 1918–1919, Cambridge 2016.
21 Gerwarth/ Horne, Bolschewismus, S. 100.
22 Vgl. Regling, Sozialismus in Schleswig-Holstein, S. 190; Rüdel, Landarbeiter, S. 214.
23 Ebd., S. 229; Ders.: Ein schwieriger Start. Zur Frühgeschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 77–85, hier S. 77.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

waren die Sozialdemokraten keineswegs unbeteiligt. So soll etwa der Parteimitbegründer Wilhelm Liebknecht auf einer Kundgebungsreise durch die Provinz, während einer Rede in Neustadt in Holstein im Februar 1876, die Teilnehmer des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 als »gemeine Gurgelabschneider« bezeichnet haben, wofür er im Juni des Jahres sogar zu zwei Monaten Gefängnisstrafe verurteilt wurde.[24] In der zeitgenössischen Wahrnehmung stellte er damit nicht nur die Opfer der deutschen respektive schleswig-holsteinischen Bevölkerung in Frage, sondern auch den deutschen Nationalstaat als solchen, der ein verbindendes Interesse der meisten politischen Gruppierungen in Schleswig-Holstein darstellte.[25] Derartige Vorkommnisse befeuerten die Kritik an den Sozialdemokraten als »vaterlandslose Gesellen« und trugen dazu bei, dass die Regierung zunehmende Erfolge in ihrem Bemühen verzeichnen konnte, die Furcht vor einer vermeintlichen roten Revolution zu schüren. Ungeachtet dessen verzeichnete die SPD bei den Reichstagswahlen von 1898 immer noch einen Anteil von über 39 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Die nochmals gesteigerten Anstrengungen gegen die »rote Flut« wurden bei der letzten Reichstagswahl vor dem Weltkrieg im Jahr 1912 durch neue SPD-Stimmenzuwächse zwar schon wieder zur Makulatur, sie brachten allerdings eine verhängnisvolle Spirale in Gang, bei der eine in ihrer Schärfe und Rigorosität stark zunehmende Abschreckungsrhetorik erfolgsversprechend erschien.[26]

Zahlreiche Publizisten national-konservativer Verbandsorgane bedienten sich dabei eingängiger Schlagworte wie »Anarchisten« oder »Terroristen« und schürten auf diese Weise konkrete Angstvorstellungen von einer sozialistischen »Zwangsgesellschaft«.[27] Eine solche Rhetorik vermittelte den Eindruck, eine Machtübernahme durch die Sozialdemokraten werde die ökonomischen und gesellschaftlichen Zustände über den Haufen werfen, wodurch jeder Gewerbetreibende in die Besitzlosigkeit getrieben und der bodenständige Bauernstand existenziell bedroht werde.

Diese, auch auf Reichsebene latent befeuerte Furcht vor einer Machtübernahme deutscher Sozialisten wurde mit Beginn des Ersten Weltkrieges durch den soge-

24 Brandt, Hans-Heinz: Neustadt und die Affäre Liebknecht, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 123 – 129.

25 Zur Schleswig-Holsteinischen Erhebung siehe exemplarisch Bezold, Andreas von: Die Schleswig-Holsteinische Erhebung 1848 – 1851. Im Spannungsfeld zwischen Deutschland und Dänemark, Hamburg 2014; Rackwitz, Martin: Märzrevolution in Kiel 1848. Erhebung gegen Dänemark und Aufbruch zur Demokratie, Heide 2011; Frandsen, Steen Bo: Holsten i helstaten. Hertugdømmet inden for og uden for det danske monarki i første halvdel af 1800-tallet, Kopenhagen 2008.

26 Vgl. für Kiel Fischer, Karl Rudolf: Damm gegen die rote Flut. Bürgerliche Wahlgeometrie im Kaiserlichen Kiel, in: Demokratische Geschichte 2 (1987), S. 77 – 91.

27 Westphal, Alfred: Bürgerkunde für den deutschen Kriegervereinskameraden, hrsg. vom Vorstande des Kyffhäuser-Bundes der deutschen Landes-Kriegerverbände, Berlin 1914, S. 15 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nannten Burgfrieden zunächst oberflächlich eingefroren.[28] Man einigte sich auf das Narrativ eines Verteidigungskrieges, nachdem Deutschland »mitten im Frieden« vom Feind überfallen worden sei.[29] So konnten sich auch die pazifistisch orientierten Sozialdemokraten, zumindest deren Reichstagsfraktion, auf die Zustimmung zu Kriegskrediten einlassen. Im Gegenzug wurden Reformen in Aussicht gestellt, die die politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten insbesondere der deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter verbessern sollten.[30] Dies schien dringend notwendig, insbesondere auf der Ebene des Landes- und Kommunalwahlrechts, wo mit allerlei Tricks das überholte Zensuswahlrecht dazu genutzt wurde, potentielle Anhänger der Sozialdemokratie von den politischen Mitwirkungsgremien fernzuhalten.[31]

4. Die Furcht des militärischen Establishments

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges überlagerten und verdrängten militärische Bedürfnisse die des zivilen Lebens. Das galt insbesondere für Festungsstädte wie Kiel, in denen im Rahmen des aus reaktionärer Zeit stammenden Gesetzes über den Belagerungszustand den örtlichen Militärbefehlshabern und Gouverneuren fast unbeschränkte Macht – auch über die schon im Kaiserreich herrschenden Grundrechte wie die Pressefreiheit – eingeräumt wurde.[32] Zum sozialen Brennstoff der Vorkriegszeit gesellten sich nun rasch die Zumutungen der Kriegszeiten, allen voran die Engpässe bei Lebensmitteln und Brennstoffen, was bereits 1916 zu größeren Hungerkrawallen führte. Diese Probleme konnten ohne politische Beteiligung der zumeist betroffenen Bevölkerungsschichten kaum gelöst werden. Mit den ausbleibenden Kriegserfolgen kippte die Stimmung.[33]

28 Miller, Susanne: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 53), Düsseldorf 1974.

29 Vgl. Kühnl, Reinhard/ Schönwälder, Karen (Hrsg.): Sie reden vom Frieden und rüsten zum Krieg. Friedensdemagogie und Kriegsvorbereitung in Geschichte und Gegenwart Köln 1986; Scheil, Stefan: »Mitten im Frieden überfällt uns der Feind.« Vergessene Wahrheiten des Ersten Weltkriegs. Die Schuld der Sieger in den Debatten der zwanziger Jahre, Berlin 2014.

30 Vgl. Miller, Burgfrieden.

31 Strelitz-Risse, Anna-Lena: Das Zensuswahlrecht. Erscheinungsformen, Begründung und Überwindung am Beispiel Frankreichs und Deutschlands, Berlin 2018.

32 Dies geschah auf Grundlage des Preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851; siehe auch die geheime Weisung des Generalstabs »Vorschrift für den Kampf in insurgierten Städten« von 1907; vgl. Horne, John/ Kramer, Alan: Deutsche Kriegsgräuel 1914. Die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2004.

33 Zu den Hungerunruhen und der sich rasch verschlechternden Lage vgl. Davis, Belinda: Konsum im Ersten Weltkriege, in: Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890 – 1990, hrsg. von Heinz-Gerhard Haupt und Claudius Torp, Frankfurt a. M. 2009, S. 232 – 249; Ullrich, Volker: Kriegsalltag. Zur inneren Revolutionierung der Wilhelminischen Gesellschaft, in: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung,

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Im deutschen Militär und in der Kaiserlichen Marine stellten Desertionen bereits 1917 ein großes Problem dar.[34] Selbst in der seit der Skagerakschlacht untätig gebliebenen Hochseeflotte – dem vermeintlichen Lieblingsspielzeug des Kaisers – wuchs die Unzufriedenheit über die schlechte Versorgungslage, aber auch über die teils willkürliche Behandlung der Mannschaften durch das Seeoffizierskorps mit jedem Tag an.[35] Innerhalb der Marineführung war die negative Grundstimmung sehr wohl bekannt, was sich an der Einführung sogenannter Menagerie-Kommissionen zeigt, die zu einer Verbesserung des Mannschaftsessens beitragen sollten.[36] Statt aber diesen Weg konsequent fortzuführen und die Mängel im Bereich der inneren Führung anzugehen, wurden für den sukzessive ansteigenden Unmut der Matrosen vielmehr die konspirativen Agitationsbemühungen der USPD verantwortlich gemacht. Wie hysterisch die Verantwortlichen in ihrer Furcht vor dieser »unsichtbaren« Gefahr waren, zeigt sich an einem Ereignis im August 1917 im Flottenstützpunkt Wilhelmshaven, bei dem zahlreiche Matrosen ohne Erlaubnis zu einer friedlichen politischen Kundgebung zusammen gekommen waren. Im Nachgang der Veranstaltung wurden zahllose Teilnehmer verhaftet und zwei von ihnen, die Matrosen Max Reichpietsch und Albin Köbis, sogar von einem Militärgericht als Aufwiegler zum Tode verurteilt und erschossen.[37]

Auch in Schleswig-Holstein wurden Militärangehörige, die sich an politischen Versammlungen im Umfeld der USPD beteiligt hatten, verhaftet und zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt.[38] Gerade im Militär war die Angst vor einer Infiltration durch USPD-Sympathisanten auch deshalb besonders groß, weil es als letztes Bollwerk gegen eine sozialistische oder gar bolschewistische Revolution vorgesehen war.[39] Diese schien 1918 näher denn je. Wie in Kiel brachen zu Beginn des Jahres in zahlreichen Großstädten Unruhen aus. Während der sogenannten Januarstreiks äußerten zehntausende Arbeiter nicht nur ihren Unmut über die desaströse Versorgungslage, sondern stellten zudem konkrete Forderungen nach

Analyse, hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997, S. 603 – 621; für Kiel siehe Rackwitz, Martin: Kriegszeiten in Kiel. Alltag und Politik an der Heimatfront 1914/18 (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 72), Kiel 2013.

34 Deist, Wilhelm: Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918? In: Der Erste Weltkrieg, hrsg. von Wolfgang Kruse, Darmstadt 2014, S. 112 – 130.

35 Vgl. Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, Abt. 2, Der innere Zusammenbruch, Bd. 10, Halbbd. 1, Gutachten der Sachverständigen Alboldt, Stumpf, von Trotha zu den Marinevorgängen 1917 und 1918, S. 206 f.

36 Dazu und zum Folgenden Regulski, Christoph: Lieber für die Ideale erschossen werden, als für die sogenannte Ehre fallen. Albin Köbis, Max Reichpietsch und die deutsche Matrosenbewegung 1917, Wiesbaden 2014.

37 Zu dieser ersten »Flottenmeuterei« siehe auch den Beitrag von Christoph Regulski in diesem Band.

38 Dähnhardt, Revolution, S. 35.

39 Vgl. Deist, Seekriegsleitung.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

einem sofortigen Ende des Krieges sowie einem politischen Systemwechsel.[40] Obgleich die Obrigkeit dieser Entwicklung nahezu hilflos gegenüberstand, brachen die Streiks innerhalb kurzer Zeit von selbst zusammen, was darauf zurückzuführen ist, dass die sozialdemokratische Führung nicht mehr die revolutionäre, sondern eine evolutionäre Umgestaltung des politischen Systems als erfolgsversprechend betrachtete. Zugleich offenbarte die russische Oktoberrevolution des Jahres 1917, bei der die Bolschewiki in einem Staatsstreich die Macht an sich gerissen hatten und in der Folgezeit dort zahlreiche Sozialdemokraten verhaften ließen, die Risiken einer radikalen Umwälzung.[41] Im Deutschen Reich wuchs dennoch die innenpolitische Bedrohung, zumal die ohnehin mangelhafte Lebensmittelversorgung der Bevölkerung immer weiter außer Kontrolle geriet.

Weiterhin war die mit dem Kriegsende im Osten neu entflammte Euphorie an der Westfront schnell der Ernüchterung gewichen, nachdem die dortige Offensive ins Stocken geraten war, und sich die deutschen Truppen immer weiter zurückziehen mussten. Dem drohenden äußeren Zusammenbruch entsprach der drohende innere Kollaps. Bolschewistische Kräfte, so fürchtete die deutsche Regierung, könnten die Situation nutzen, um eine gewaltsame Revolution nach russischem Vorbild zu verwirklichen. Befeuert wurde diese Angst durch die Ermordung des deutschen Botschafters Graf von Mirbach-Harff im Juli 1918 in Moskau.[42]

Es verwundert daher nicht, dass sich dieses Gespenst einer bolschewistischen Revolution auch in den höheren Verwaltungsebenen ausbreitete. Bereits für den Sommer 1918, kurz nach der Ermordung Mirbach-Harffs, ist eine erhöhte Aktivität bei den Vorbereitungen zur Abwehr revolutionärer Aktivitäten zu verzeichnen. Eine Revolution, so hieß es beispielsweise aus dem schleswig-holsteinischen Oberpräsidium, würde unmittelbar bevorstehen. Die Landräte versicherten sogleich eilfertig, dass ihre jeweiligen Landkreise vorbereitet seien, die Garnisonen in Alarmbereitschaft versetzt würden, aber sich die heimische Arbeiterschaft unter Kontrolle befinde.[43]

Als im September 1918 die Oberste Heeresleitung unter Erich Ludendorff eingestehen musste, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei, kam es endlich zu

40 Zu den Januarstreiks siehe Ullrich, Volker: Der Januarstreik 1918 in Hamburg, Kiel und Bremen. Eine vergleichende Studie zur Geschichte der Streikbewegung im Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 71 (1985), S. 45 – 74.

41 Zur gewalterfüllten Nachgeschichte vgl. insbesondere Gerwarth, Robert/ Horne, John: Vectors of Violence. Paramilitarism in Europe after the Great War, 1917 – 1923, in: The Journal of Modern History 83 (2011), 3, S. 489 – 512.

42 Dies., Bolschewismus, S. 96; Baumgart, Winfried: Die Mission des Grafen Mirbach in Moskau April–Juni 1918, in: VfZ 16 (1968), S. 66 – 96.

43 Vgl. Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 309, Nr. 8306.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

überhasteten Reformbemühungen. Mit der sogenannten Oktoberverfassung wurde der Reichskanzler erstmals von der Zustimmung des Reichstags abhängig gemacht, der neuen Regierung unter Maximilian von Baden gehörten nun erstmals auch Sozialdemokraten an, ein bis dahin völlig undenkbarer Vorgang.[44] In der Forschung wurden drei Motive der OHL, die in dieser Zeit in der Politik die wesentlichen Fäden zog, für den plötzlichen Sinneswandel ausgemacht:

Zum einen sollte die Verantwortung für die offensichtliche Kriegsniederlage den demokratischen Liberalen und Sozialdemokraten angelastet werden, zweitens war die Bereitschaft zur Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen von amerikanischer Seite mit der Forderung nach politischer Reform in Deutschland verbunden und drittens fürchtete Ludendorff die Eskalation der innenpolitischen Situation.[45] Besonders im Verlauf des Jahres 1918 hatte sich nämlich in herrschenden Kreisen weitgehend die Überzeugung durchgesetzt, dass eine drohende militärische Niederlage auch innenpolitisch unabsehbare Konsequenzen haben könnte. Wenn Ludendorff im Oktober 1918 von einer drohenden »Katastrophe« sprach, so zeigt Wolfgang Niess in seiner umfassenden Studie zur Geschichtsdeutung der deutschen Novemberrevolution von 1918, dann meinte er damit nicht etwa die bevorstehende Niederlage, sondern bereits eine drohende Revolution.[46]

Diese Befürchtung teilte er ausgerechnet mit führenden Figuren des politisch linken Lagers. Eduard Bernstein, prominentes USPD-Mitglied und später gar revolutionärer Beigeordneter im Reichsschatzamt, sah den Bolschewismus von Anfang an als eine Bedrohung für die gesamte sozialistische Internationale und besonders für Deutschland, das sich nach der militärischen Niederlage in einer revolutionären Verfassung befand. Die Abwehr des Bolschewismus, so führte er später aus, läge im Interesse einer sozialdemokratischen Weiterentwicklung der deutschen Republik.[47] Auch in der praktischen Politik der Revolutionszeit operierte die Führung der Mehrheitssozialdemokraten selbst mit der in den herrschenden Kreisen und im Bürgertum verbreitete Bolschewismusfurcht. So beschwor Friedrich Ebert am 22. Oktober 1918 im Reichstag dieses drohende Schreckgespenst sehr gezielt, um die Verfassungsreform zu verteidigen. Das russische Beispiel, so Ebert, sei Warnung genug für das, was geschehe, wenn der deutsche

44 Zur Rolle Ludendorffs vgl. Jacob, Frank: Erich Ludendorff. Militär, Putschist, Sektierer, Stuttgart 2018; Nebelin, Manfred: Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg, München 2010, S. 461 f.; Uhle-Wettler, Franz: Erich Ludendorff. Soldat – Feldherr – Revolutionär, 3. Aufl., Graz 2013, S. 385 f. Vgl. zu Wilsons 14 Punkten Hannigan, Robert: The Great War and American foreign policy, 1914 – 24, Philadelphia 2017, S. 115 ff.; zur letzten kaiserlichen Regierung und den Oktoberreformen siehe Machtan, Lothar: Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler des Kaisers, eine Biographie, Berlin 2013, S. 341 f.

45 Vgl. Niess, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin u. a. 2013, S. 34 u. S. 43.

46 Ebd., S. 80.

47 Ebd., S. 84.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Volksstaat sich nicht durchsetze.[48] Von der breiten Öffentlichkeit wurden diese Reformen aber entweder nicht recht wahr- oder nicht ernstgenommen. Offenbar wurde deren Dauerhaftigkeit bezweifelt, zumal die mit ihnen verfolgten außenpolitischen Absichten offen zu Tage lagen.

5. Die lähmende Angst vor einer blutigen Revolution

Die fatale Entscheidung der Kaiserlichen Marineführung, trotz laufender Waffenstillstandverhandlungen noch mit einer spektakulären Last-Minute-Aktion von sich reden zu machen, bestätigte derartige Befürchtungen. Die heute als »letzte Fahrt der Flotte« bekannte, und gegen die Interessen der damals neuen, demokratischeren Regierung gerichtete Aktion scheiterte bekanntlich an der Verweigerungshaltung der eigenen Matrosen, die sich in Kiel schließlich zum Kieler Matrosenaufstand auswuchs.

Große Bedeutung in diesem Zusammenhang haben die in markigen Worten vorgetragenen Überlegungen Admiral Lothar von Trothas über einen letzten, als Opfergang inszenierten Kampf der Flotte zur Sicherung der eigenen Zukunft.[49] Diese pathetische Untergangsrhetorik sollte eine todesverachtende Nibelungentreue des Seeoffizierskorps bis zum Untergang beschwören und bewegte sich teilweise durchaus im Rahmen einer weltanschaulichen Haltung, die bis in weite Teile des nationalliberalen Bürgertums hineinreichte. Schließlich sah man sich nach unzähligen propagandistisch überhöhten Erfolgsmeldungen plötzlich einer Niederlage apokalyptischen Ausmaßes gegenüber.

Für den nach der gescheiterten Fahrt gegen England nun bevorstehenden Showdown mit den als »Meuterern« betrachteten Matrosen verhieß dies nichts Gutes. Denn die einschlägigen Militärdoktrinen verlangten im Fall von Aufständen deren sofortige, entschlossene und mit allen zur Verfügung stehenden Gewaltmitteln durchgeführte Bekämpfung.[50] Zu den späteren Überlegungen, wie ein Vordringen der Revolte nach Berlin verhindert werden könnte, gehörte unter anderem auch der Einsatz von Bombenflugzeugen und sogar Giftgas, welche am Ende allerdings nicht zum Einsatz kamen.[51]

48 Zitiert nach Lösche, Bolschewismus, S. 142.
49 Deist, Seekriegsleitung S. 352 f.
50 Verwiesen sei hier auf die geheime Weisung des Generalstabs »Vorschrift für den Kampf in insurgierten Städten« von 1907; vgl. Horne, John/ Kramer, Alan: Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit, Hamburg 2004.
51 Schmidt, Ernst-Heinrich: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution, Stuttgart 1981, S. 226.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Offenbar machte eine derartige Bedrohungskulisse Eindruck: Fanatische und zu allem entschlossene Offiziere, so stellten es sich viele Matrosen vor, würden aufrührerische Bewegungen mit massivster Gewalt unterbinden. Die Realität sah hingegen überraschend anders aus. Als sich in Kiel nach dem Einlaufen des von den Flottenunruhen betroffenen III. Geschwaders die Bildung einer Matrosenbewegung abzeichnete, warnte Konteradmiral Hans Küsel, Stabschef des Kieler Marinegouverneurs Wilhelm Souchon, vor einem unüberlegten Einsatz von Gewalt, der die Situation rasch »in ein völlig falsches Fahrwasser« geraten lassen könnte.[52] Dort schwangen die Erfahrungen aus Russland mit, wo Offiziere beim Versuch, gegen Aufstände und Befehlsverweigerungen gewaltsam vorzugehen, in großer Zahl von ihren eigenen Soldaten umgebracht worden waren. Das Kieler Gouvernement begnügte sich daher mit zurückhaltender Repression und hoffte bis zuletzt, die Situation würde sich von selbst beruhigen.

Doch am 3. November kam es in der Kieler Karlstraße, am Eingang zu einem großen Militärkomplex mit der Arrestanstalt, zwischen einem mehrere tausend Matrosen umfassenden Protestzug und einer kleinen Marinepatrouille zu einem tödlichen Schusswechsel.[53] Tatsächlich ist dieser Zwischenfall mehr der unübersichtlichen Situation und der beiderseitigen Überforderung, denn einer ausdrücklichen Gewaltpolitik seitens der Marineführung zuzuschreiben. Dieser, heute als Startsignal für den eigentlichen Aufstand anzusehende Zwischenfall wurde von den mittlerweile nach dem Prinzip Hoffnung agierenden Verantwortlichen allerdings vollkommen falsch gedeutet. Die Zerstreuung der Demonstration verleitete Gouverneur Souchon nämlich zu der Überzeugung, die Matrosenbewegung habe sich nunmehr erledigt. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall. Der als vorsätzlich unterstellte Gewalteinsatz führte zu großer Empörung unter den im ganzen Stadtgebiet verteilten Matrosen und Soldaten sowie weiten Teilen der Arbeiterschaft. Am Morgen des Folgetages, dem 4. November 1918, begann der Aufstand.

Bereits zuvor schon hatte es Meldungen über einzelne Befehlsverweigerungen gegeben, etwa wenn Marinesoldaten Gefangene des III. Geschwaders in die einzelnen Arrestanstalten bringen oder, wenn Marineangehörige beim Besuch politischer Kundgebungen verhaftet werden sollten. Nun aber weiteten sich diese Einzelfälle zu massiver und kollektiver Befehlsverweigerung aus. Vor allem ältere Soldaten weigerten sich, gegen tatsächliche oder vermeintliche Aufrührer vorzugehen. Hinzu kamen Meldungen, dass Kasernenanlagen von einzelnen Matrosengruppen gestürmt und deren Waffenkammern aufgebrochen worden seien. Besonders der Kieler Stadtteil Wik mit seinen ausgedehnten militärischen Anlagen

52 Hierzu und zum Vorgehen der Kieler Marineführung Ebd., S. 60 f.
53 Zu den Ereignissen wie auch zum Folgenden Dähnhardt, Revolution, S. 62 – 64.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

war davon betroffen. Bereits am Vormittag hatten sich große Teile der dortigen Mannschaften einem allgemeinen Aufruhr angeschlossen. Dort zwangen auch mehrere tausend Mann die Wachmannschaften der Arrestanstalt zur Aufgabe. Der Einsatz von Marineinfanterie gegen den sich entwickelnden Aufstand war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich, weil, so wurde gemeldet, deren eigene Kaserne von den Aufständischen bereits belagert würde.

Am Mittag musste Stadtkommandant Wilhelm Heine vermelden: »Die Meuterei der Truppen greift weiter um sich. Die militärischen Machmittel zur Unterdrückung der Meuterei sind erschöpft, es stehen keine sicheren Truppen mehr zum Einsatz zur Verfügung. Die Truppen sind nicht mehr in der Hand der Offiziere.«[54] Admiral Souchon bot daraufhin Verhandlungen an, die sich als vollständige Kapitulation verstehen lassen.[55] Insgesamt vergingen vom ersten Auflodern eines Aufstands bis zur resignierenden Selbstaufgabe des kaiserlichen Offizierskorps – nahezu ohne Gegenwehr – nur wenige Stunden, obwohl Teile dieses Offizierskorps nur wenige Tage zuvor angeblich bereit zur Fahrt in den Tod, für Kaiser und Offiziersehre, gewesen seien.

Unabhängig von dieser offensichtlichen Widersprüchlichkeit sind zwei Aspekte für den raschen Erfolg der Bewegung ausschlaggebend gewesen. Zum einen die starke Geschlossenheit der Matrosen. Sie lag allerdings nicht nur in einer allgemeinen Zustimmung zum Aufstand begründet. Vielmehr wurden dem Aufstand zurückhaltend oder ablehnend gegenüberstehende Mannschaften massiv unter Druck gesetzt. So wurden auf der Kaiserlichen Werft und unter den als vergleichsweise loyal geltenden Torpedobootsbesatzungen gezielt das Gerücht gestreut, das aufständische III. Geschwader würde auf alle diejenigen schießen, die sich nicht dem Aufstand anschlössen oder gar Offiziere unterstützten.[56] Tatsächlich wurden am Nachmittag des 4. Novembers auslaufende Einheiten der Schulflottille von Aufständischen beschossen und zur Rückkehr in den Hafen gezwungen. Matrosen wurden angehalten, ihre Kokarden zu entfernen und rote Bänder als Zeichen der Freiheit und Gleichheit sowie als Bekenntnis zur Teilnahme am Aufstand zu tragen. Spätestens am Morgen des nächsten Tages sollten alle Marineeinheiten im Kieler Hafen die rote Flagge hissen. Boote und Schiffe, deren Besatzungen sich weigerten, so hieß es, würden beschossen.

Gerade dieses konsequente und mit drastisch gewaltsamem Bedrohungsgehalt unterfütterte Vorgehen beeinflusste in hohem Maße auch das Verhalten der Offiziere, verband sich doch hier die erlebte Praxis mit der Furcht vor der vielbe-

54 Zitiert nach Rackwitz, Kiel 1918, S. 70 f.
55 Vgl. den Bericht Souchons vom 07. 03. 1920, Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), RM 31/v. 2366.
56 Hierzu und zum Folgenden Rackwitz, Kiel 1918, S. 101 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schworenen blutigen Revolution der Bolschewiki. Mehrfach wurde dem Gouverneur in den einsetzenden Verhandlungen mit den Aufständischen angedroht, dass im Falle eines Scheiterns die schwere Schiffsartillerie des III. Geschwaders gegen die Teile der Stadt eingesetzt würden, in denen sich die meisten Offiziere und deren Familien aufhielten. Im Verlauf des Tages wurden die Drohungen mit Gewalt teilweise Realität. So kam es auf dem Gelände der Kaiserlichen Werft, besonders um das Seekadettenschiff »Elsass«, zu heftigen Schießereien. Auch im Bereich des Bahnhofs nahmen, wie der Ingenieur Nikolaus Andersen in seinem Tagebuch berichtet, Matrosen mehrere Häuser unter Beschuss, von denen es hieß, Offiziere hätten aus Fenstern auf die Aufständischen geschossen – wohl zu Unrecht.[57]

Auch am Folgetag, dem 5. November, kam es überall in der Stadt zu Schießereien, Ausschreitungen und Gewaltakten. Als sich der Kommandant der SMS »König«, Karl Weniger, weigerte, die rote Flagge zu setzen und stattdessen die kaiserliche Kriegsflagge aufziehen ließ, eröffneten Aufständische von Land her das Feuer.[58] Kapitän Weniger und zwei seiner Offiziere wurden niedergeschossen. Mehrere größere und kleinere Einheiten verließen zum Teil unter Beschuss noch den Kieler Hafen, auf dem Rest allerdings wehte die rote Flagge.

Durch die Stadt marodierten nun unkontrolliert Soldatengruppen. Stellenweise kam es zu Übergriffen auf Offiziere, denen Säbel, Rang- und Ehrenzeichen abgenommen wurden. Gerüchte heizten die Stimmung weiter an, es gab Berichte von Misshandlungen bis hin zu Scheinhinrichtungen.

In einer Form massenhafter Hysterie fühlten sich Matrosen bald überall von vermeintlich konterrevolutionären Offizieren aus dem Hinterhalt bedroht und angegriffen. Im Bereich des Kieler Rathauses und der nahegelegenen Stadtsparkasse kam es zu wilden Schießereien, bei denen zumeist nicht eindeutig war, wer auf wen schoss.[59] Mitunter kamen dabei auch unbeteiligte Zivilisten zu Schaden. Einige wurden unter dem Verdacht, Konterrevolutionäre zu sein, abgeführt oder gar niedergeschossen. Jagdgruppen von Matrosen machten sich auf die Suche nach vermeintlichen konterrevolutionären Zusammenrottungen, die allerdings nirgends zu finden waren.[60] Vielmehr suchten zahllose Offiziere ihr Heil in der Flucht. Teils wurden sie von der Zivilbevölkerung bis zur Beruhigung der Lage versteckt, teils von einzelnen Matrosen selbst in Sicherheit gebracht, teils gelang ihnen die Flucht in Verkleidung aus der Stadt. Panik breitete sich aus, denn die

57 Kuhl, Klaus: Kiel und die Revolution von 1918 Das Tagebuch eines Werftingenieurs, verfasst in den Jahren 1917–1919. Edition und Textanalyse (Kieler Werkstücke. Reihe A, Bd. 51), Berlin u. a. 2018, S. 52.
58 Hierzu und zum Folgenden Rackwitz, Kiel 1918, S. 101 f.
59 Ebd., S.109.
60 Ebd., auch das Folgende.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gestreuten Gerüchte passten allzu sehr in das beschworene Bild der blutrünstigen roten Revolutionäre. So hieß es, die Offiziere der Entsatztruppen aus Neumünster seien bei ihrer Ankunft in Kiel sofort von den Aufständischen erschossen worden. Leutnant zur See Walter Rogge berichtet, »Rotgardisten« hätten Häuser nach Offizieren durchkämmt, weshalb er sich gemeinsam mit zwei Offizierskollegen zur Flucht über Rendsburg in Richtung der schleswig-holsteinischen Westküste entschloss.[61]

An solchen Gerüchten waren die Aufständischen nicht ganz unbeteiligt. Der kurzzeitige und schillernde Sonderburger Soldatenratsvorsitzende Bruno Topff beispielsweise gewann die Zustimmung der dortigen Aufständischen durch seine drastische Schilderung und unwahre Behauptung, er habe just in Kiel an der Erschießung hunderter Offiziere teilgenommen.[62] Tatsächlich lag er während des Ausbruchs der Unruhen tuberkulosekrank im Sonderburger Lazarett.

Auch der ranghöchste Marinier in der Stadt, Prinz Heinrich von Preußen, Großadmiral und Kaiserbruder, flüchtete aus Furcht vor Übergriffen mit seiner Familie am Abend des 5. Novembers aus der Stadt Richtung Eckernförde auf seinen Landsitz, den er trotz eines dramatischen Zwischenfalls auf dem Weg dorthin sicher erreichte.[63] Die Sorge des Prinzen und vieler kaiserlichen Offiziere war nicht unbegründet, denn Mitternacht desselben Tages wurde Stadtkommandanten Wilhelm Heine beim Festnahmeversuch einer unautorisierten Patrouille erschossen. Viele Matrosen lasteten ihm die tödlichen Schüsse in der Karlstraße an.

Schließlich aber griff der Kieler Soldatenrat durch und verhängte eine Urlaubssperre für die Soldaten. Er ließ Waffen einsammeln und wilde Patrouillen untersagen. Am 6. November beruhigte sich die Lage und die Schießereien hörten auf. Verglichen mit den massiven Exzessen der Revolution in Russland 1917 hielt sich das Ausmaß der Gewalt während der Kieler Revolte in Grenzen. Trotzdem hatte das Ausmaß der Bedrohung dazu geführt, dass sich die meisten Offiziere vollkommen widerstandslos in ihr Schicksal fügten.

6. Die Folgen von Furcht und Revolution

Insgesamt entwickelte sich die Novemberrevolution des Jahres 1918 in Deutschland zunächst anders als es die apokalyptischen Visionen von der »Weltrevoluti-

61 Ebd., S. 111.
62 Zu Bruno Topff siehe Huhle, Robert: Der Präsident, in Demokratische Geschichte 2 (1987), S. 163 – 171.
63 Hierzu und zum Folgenden Dähnhardt, Revolution, S. 65 – 75.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

on« suggeriert hatten. Die befürchteten Gewaltexzesse blieben auch andernorts weitgehend aus, vor allem, da die umgehend ins Leben gerufenen Soldatenräte auch im letzten Winkel der Provinz stabile Verhältnisse garantierten.[64] Plünderer und Unruhestifter wurden verhaftet, das öffentliche Leben konnte fast ungehindert weiterlaufen. Dabei setzten die Revolutionäre bewusst auf eine Aufrechterhaltung des alten Verwaltungssystems und beließen die Beamtenschaft bis hin zu Oberbürgermeistern und Landräten überwiegend im Amt.

Zu den ersten Amtshandlungen der neuen Räte gehörte außerdem, die größten Auswüchse bürgerlicher Albträume eiligst zu zerstreuen. Auf den allerersten Plakaten, Flugblättern, Verlautbarungen und Aufrufen von Arbeiter- und Soldatenräten war nicht nur von »Ruhe und Ordnung«, sondern sogar von der »Garantie des Eigentums« zu lesen.[65] Das Revolutionsgespenst verlor also in dem Augenblick einen Großteil seines Schreckens, in dem es sich manifestierte.

Vielmehr hatte die aus der »antibolschewistischen Mythologie« gespeiste Angst vor einer drohenden Revolution einen Anteil an dem tatsächlich vergleichsweise friedlichen Verlauf – zumindest im November 1918.[66] Staatliche Autoritäten und bürgerliche Kräfte hatten schließlich schnell vor einem aufgebauschten Gewaltpotential kapituliert, dessen Bild sie zuvor selbst in die Welt gesetzt hatten. Auf der anderen Seite hatten revolutionäre sozialdemokratische Akteure die zuvor formulierten Ängste konkret aufgegriffen und sie durch klare Regelungen und pragmatisches Vorgehen entkräftet.

Hinzu kam, dass der Schock über den raschen Untergang des alten Systems zunächst weite Teile des Bürgertums gelähmt hatte. Denn dieses sah sich, so fasste es der spätere Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann am 14. November 1918 zusammen, »gegenwärtig fast zur Einflusslosigkeit verurteilt«, nur durch »Besonnenheit und Pflichterfüllung bis zum Äußersten« wolle man möglichst viel der eigenen Lebenswirklichkeit hinüberretten.[67] Ebenso dachten etwa vier Fünftel der Beamtenschaft im Reich, die trotz vorherrschender Verzweiflung über den Zusammenbruch und die Revolution im Dienst blieb – auch aus Sorge, dass sonst alles zusammenbrechen und dann eine weit schlimmere Revolution drohen würde.[68]

64 Hierzu und zum Folgenden Kollex, Knut-Hinrik: »Ruhe und Ordnung«. Provinzielle Revolution in Schleswig-Holstein, in: Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, hrsg. von Sonja Kinzler und Doris Tillmann, Kiel 2018.
65 Ebd., S. 135 u. S. 136.
66 Gerwarth/ Horne, Bolschewismus, S. 106.
67 Zitiert nach Miller, Susanne/ Ritter, Gerhard: Die November-Revolution 1918 im Erleben und Urteil der Zeitgenossen. Eine Dokumentation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45 (1968), S. 1 – 40, hier S. 22.
68 Niess, Geschichtsschreibung, S. 22.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Erst mit Verzögerung erwachte zum Jahresende 1918 eine Widerstandshaltung gegen die Umgestaltung des Kaiserreichs hin zu einer Republik, wie sich vor allem der nationalliberalen und konservativen Presse dieser Zeit entnehmen lässt. Am 18. November schrieb etwa die »Deutsche Zeitung«: »Die Diktatur des deutschen Proletariats hat bisher jedes Blutvergießen zu vermeiden versucht. Das erkennen wir an. Sie bleibt aber trotzdem eine Diktatur, wie wir sie in den Zeiten der schlimmsten Reaktion nicht gehabt haben.«[69]

Ganz anders sah man es auf der linken Seite des politischen Spektrums, wo allerdings breite Ernüchterung über das Erreichte herrschte. Der Sozialdemokrat Wilhelm Blos schrieb 1923 über seine Empfindungen am 9. November 1918: »Auf dem Heimwege ließ mich der Gedanke nicht los, dass dieser Revolution etwas fehlte, nämlich eine allgemeine, alles überbrausende, mitreißende und erhebende Begeisterung«.[70] Dieses Gefühl teilte er sogar mit dem führenden Vertreter der Revolutionären Obleute, Ernst Däuming, der als Mitglied des linken USPD-Flügels im Dezember 1919 deren Vorsitz übernehmen sollte. Im Revolutionsjahr hatte dieser auf einer Sitzung des allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte am 19. Dezember 1918 erklärt:

> »Der Rausch der ersten Revolutionstage ist schnell verflogen. Alle die Bedenklichkeit, alle die Rückständigkeit und zähe Anhänglichkeit an die alten Ideologien ist noch sehr stark vorhanden. […] wo ist der große, ideale Schwung, der durch die Nationalkonvente Frankreichs durchging? Wo ist die jugendfrische Märzbegeisterung des Jahres 1848? Wo ist die Hymne, die aus der Freiheitsbewegung des deutschen Volkes entstanden ist? – Nichts davon zu spüren! Ein großes Symbol kann man noch sehen: Auf den Staatsgebäuden flattern noch die Fahnen des alten Systems mit ihren Emblemen und darüber ein armseliges rotes Wimpelchen. Das charakterisiert die Revolution von heute.«[71]

Vielen deutschen Sozialisten war die Revolution nicht weit genug gegangen. Auch wenn das Gros der Sozialdemokratie und Arbeiterschaft nicht an »russischen Verhältnissen« interessiert war, sympathisierte doch zumindest ein Teil – gerade auch der Matrosenbewegung – mit dem osteuropäischen Vorbild, wie sich den Erinnerungen des Matrosen und überzeugten Revolutionärs Hermann Knüfken entnehmen lässt:

> »Wir […] waren Gegner des Parlamentarismus […]. Wir sahen das Parlament als eine Brutstätte kapitalistischer Korruption an und waren davon überzeugt, daß jeder unserer Leute, den wir hineinwählen würden, für den Klassenkampf verloren sei. In den ersten Jahren nach der Novemberrevolution 1918 gab es für uns nur einen Weg: Die Eroberung

69 Deutsche Zeitung vom 18.11.1918.
70 Blos, Wilhelm: Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland insbesondere in Württemberg, Stuttgart 1923, S. 22.
71 Zitiert nach Miller/ Ritter, November-Revolution, S. 13.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der politischen Macht. Dieser Weg ging über den Generalstreik und den bewaffneten Aufstand zur Diktatur des Proletariats.«[72]

Der radikale Teil der Revolutionäre betrachtete die Novemberrevolution von 1918 offensichtlich als einen unvollendeten Umsturzversuch, und der Wunsch nach einer Vervollkommnung ließ schon zum Jahreswechsel 1918/19 das bolschewistische Schreckgespenst wiederaufleben.

Von Anfang an hatte sich die Revolutionsbewegung vollkommen konträr zu der strategischen und parteipolitischen Planung der Mehrheits-SPD entwickelt, nämlich gemeinsam mit dem linksliberalen Bürgertum den Kurs der beständigen Reformen fortzusetzen, die durch die Verfassungsreform vom 26. Oktober 1918 bereits eine wichtige Wegmarke erreicht hatte. Mit den sich überschlagenden Ereignissen des Novembers 1918 ging es jedoch schon wenige Tage nur noch darum, unter allen Umständen Chaos und Anarchie zu verhindern. Als der MSPD-Führung bewusst wurde, dass die Partei ihren Einfluss auf die Arbeiter und Soldaten zu verlieren drohte, hatte sie unter dem Eindruck der Ereignisse in Kiel, München und Berlin die Kehrtwende vollzogen und begonnen, aktiv und führend in die Aufstandsbewegung einzugreifen, um aus ihrer Sicht das Schlimmste zu verhindern.[73] Die Revolution begriff sie also nicht als Chance, sondern in erster Linie als eine bedrohliche Entwicklung mit unklarem Ausgang – eine Auffassung, die sie mit dem liberalen bis konservativen Bürgertum teilte.

Als Ende Dezember mit den Weihnachtsunruhen und Anfang 1919 mit den sogenannten Spartakusaufständen linksradikale Kräfte versuchten, die in ihren Augen auf halber Strecke stehengebliebene Revolution zu vervollständigen, befeuerten sie damit erneut die Furcht vor einer radikalen und blutigen Revolution und versetzen weite Teile der deutschen Öffentlichkeit in Panik.[74] Der Theologe und Liberale Ernst Troeltsch etwa urteilte am 29. Dezember 1918 über die Ereignisse: »Da geschah das Furchtbare. Eine zweite, eine sozialistische Revolution zerriss über Nacht diese Überleitung und schuf in der bedrängtesten, durch entsetzliche Waffenstillstandbedingungen gefährdeten Weltlage des Reiches an Stelle einer durchgebildeten und den Übergang besonnen vollziehenden Demokratie das vollkommene Chaos.«

Insofern musste Revolutionsangst die Entwicklung eines positiven Verhältnisses zur Novemberrevolution geradezu hemmen, war ihre Akzeptanz für die bür-

72 Knüfken, Hermann: Von Kiel bis Leningrad. Erinnerungen eines revolutionären Matrosen 1917–1930, hrsg. von Andreas Hansen, Berlin 2008, S. 74.
73 Vgl. Niess, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie, Berlin u. a. 2017.
74 Zur unruhigen Phase des Jahreswechsel 1918/19 siehe Ullrich, Volker: Die Revolution von 1918/19, München 2009, S. 63 – 67; Niess, Revolution, S. 271 – 283; Gerwarth, Die Besiegten, S. 153 – 171.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gerlichen Demokraten doch eng mit der Rückkehr zu geordneten Verhältnissen verknüpft gewesen. Zum Jahreswechsel 1918/19 aber versank das Reich zunehmend in Chaos und bürgerkriegsähnlichen Zuständen, wofür auch die in der öffentlichen Wahrnehmung revolutionstragenden Sozialdemokraten verantwortlich gemacht wurden.

Dabei nahm das bürgerliche Bedrohungsgefühl mitunter hysterische Züge an. Anfang Dezember 1918 machte etwa das Gerücht die Runde, allein in Berlin stünden über 100.000 gut bewaffnete Liebknecht-Anhänger zum gewaltsamen Putsch bereit.[75] Friedrich Meinecke, einer der führenden deutschen Historiker dieser Zeit glaubte gar, den Beginn der »Weltrevolution« zu erkennen. »Siegt der Bolschewismus auf der ganzen Linie«, so fürchtete er, erwüchse daraus »ein entsetzliches Gottesurteil über die moderne Kultur und Menschheit.«[76]

Aus den weitgehend harmlosen und aus Sicht der Aufständischen anfangs kontrollierten Ereignissen des Kieler Matrosenaufstandes entwickelte sich nun eine neue Dimension an innenpolitischer Gewalt. Das sich manifestierende Bedrohungsszenario eines bolschewistischen Umsturzes führte nicht nur zu einer Neuformierung der bürgerlichen Rechten, sondern auch zur Bildung und zum Einsatz zumeist antibolschewistischer, paramilitärischer Verbände – ein im Übrigen auch transnational zu beobachtendes Phänomen.[77] Deren oftmals extreme Gewaltbereitschaft speiste sich zum einen aus der lange geschürten und teilweise erlebten Furcht vor einem nicht minder gewaltsam agierenden Gegner und zum anderen aus einem Rechtfertigungsnarrativ, das die Akteure des Matrosenaufstands und der Novemberrevolution kriminalisierte – »Dolchstoß« und »Novemberverbrecher« wurden zu den Schlagworten, die dieser Auffassung Ausdruck verliehen.[78] Dem entsprach ein hohes Maß an bürgerlicher Gewaltakzeptanz während der Frühphase der Weimarer Republik, welches bis in das sozialdemokratische Lager hineinreichte, wie das Vorgehen von Freikorps unter der Verantwor-

75 Gerwarth/ Horne, Bolschewismus, S. 95.

76 Meinecke, Friedrich: Strassburg, Freiburg, Berlin 1901 – 1919. Erinnerungen, Stuttgart 1949, S. 275 f.

77 Bessel, Richard: Germany after the First World War, Oxford 1993, S. 283. Vgl. Ziemann, Benjamin: Germany after the First World War – A Violent Society? Results and Implications of Recent Research on Weimar Germany, in: Journal of Modern European History 1 (2003), S. 80 – 95.

78 Vgl. Niess, Geschichtsschreibung, S. 259 f. Die schon während der Weimarer Republik aufgekommene Verleumdung der Beteiligten, v. a. der Sozialdemokraten, als »Novemberverbrecher« wurde besonders im NS-Staat zum offiziellen Geschichtsduktus. Mit dessen Ende begann eine Umdeutung, die anfangs zwar die Sozialdemokratie rehabilitieren sollte, jedoch ein Narrativ schuf, nach dem Deutschland vor der Wahl einer Demokratie oder einer Rätediktatur gestanden habe; so v. a. Erdmann, Karl Dietrich: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in VfZ 3 (1955), S. 1 – 19, hier S. 7.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tung Gustav Noskes als Reichswehrminister mit Billigung Eberts gegen linksradikale Aufstände im Frühjahr 1919 verdeutlicht.[79]

Die tiefe Verbitterung vieler ehemaliger Frontsoldaten, vor allem aber auch zahlreicher Angehöriger einer Generation junger Männer, die sich aufgrund ihres Alters nicht in den Kriegsverlauf hatten einbringen können, führte zu dem Wunsch nach Rache an den ihrer Meinung nach Verantwortlichen. Das waren in erster Linie die »fahneneidbrüchigen hochverräterischen Matrosen«, die im Bunde mit Deserteuren, Arbeitern und Sozialdemokraten das einst so stolze Staatswesen zertrümmert hätten.[80] Ihr Hass vermengte sich mit der bürgerlichen Furcht zu einem unvorstellbaren Gewaltkomplex. Diesen zu lösen sollte der Weimarer Politik, für welche diese Menschen ohnehin meist nur Verachtung übrig hatten, lange nicht gelingen. So schrieb der in Kiel geborene, rechtsnationale Schriftsteller Ernst von Salomon, der die Revolution als 16-jähriger Kadett in Berlin erlebte und der später als Freikorpsangehöriger kämpfte, über die Revolutionäre:

> »Der [roten] Fahne nach wälzten sich müde Haufen, regellos durcheinanderstapfend. Weiber marschierten an der Spitze. […] Aus diesem schwärzlichen Gewusel da sollte also die glühende Flamme springen, sollte der Traum von Blut und Barrikaden sich verwirklichen? Unmöglich, vor denen da zu kapitulieren. […]. Ich steifte mich und dachte ›Kanaille‹ und ›Pack‹ und ›Mob‹ und ›Pöbel‹ und kniff die Augen zusammen und besah diese dumpfen, ausgemergelten Gestalten; wie Ratten, dachte ich, die den Staub der Gosse auf ihren Rücken tragen […].«[81]

Gerade in den nationalistischen, paramilitärischen Verbänden der Freikorps, so zeigen es eindrücklich die Erinnerungen Salomons, bildete sich ein Selbstverständnis als antikommunistisches Bollwerk in einer als instabil und feindlich empfundenen Welt heraus, welches ein gesellschaftliches Ordnungsbild propagierte, das vor allem auf soldatischer Kameradschaft und kämpferischem Draufgängertum basierte.[82]

79 Schumann, Dirk: Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen middle classes), in: Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, hrsg. von Hans Mommsen, Köln 2000, S. 83 – 105, hier S. 95 – 98.

80 Barth, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914 – 1933, Düsseldorf 2003, S. 251.

81 Salomon, Ernst von: Die Geächteten, Berlin 1931, S. 10 f.; siehe auch die Erinnerungen von Scheringer, Richard: Das große Los. Unter Soldaten, Bauern und Rebellen, Berlin 1959.

82 Vgl. Gerwarth, Robert: Im »Spinnennetz«. Gegenrevolutionäre Gewalt in den besiegten Staaten Mitteleuropas, in: Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg, hrsg. von Robert Gerwarth und John Horne, Göttingen 2013, S. 108 – 133, hier S. 117. Schmidt, Daniel: Abenteuer Freikorps. Deutsche Konterrevolutionäre zwischen Selbstentgrenzung und Selbststilisierung, in: Abenteuer. Zur Geschichte eines paradoxen Bedürfnisses, hrsg. von Nicolai Hannig/ Hiram Kümper, Paderborn 2015, S. 185 – 201; Sauer, Bernhard: Freikorps und Antisemitismus in der Frühzeit der Weimarer Republik, in: ZfG 56 (2008), S. 5 – 29. Für die Erinnerungen Salomons siehe Salomon, Ernst von: Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer, Berlin 1938.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gespeist wurde diese Weltanschauung nicht nur aus der eigenen Gewalterfahrung, sondern vor allem aus den aus der russischen Revolution hinübergeretteten Horrorszenarien. Gerade sie hatten nach 1918 gewissermaßen zu einer »Vergesellschaftung« von Revolutionsangst beigetragen und dienten bald darauf konterrevolutionären Kräften zur Legitimation des eigenen militanten Verhaltens.[83]

Ob die handelnden Politiker dieser Zeit, allen voran Reichswehrminister Gustav Noske, vor dem Hintergrund dieses »Anti-Chaos-Reflexes« überhaupt größere Handlungsspielräume besaßen, ist bereits verschiedentlich diskutiert worden.[84] Fraglos griff er aber zur Niederschlagung von Arbeiterrevolten und Räteexperimenten ausgerechnet auch auf solche Freikorps und Zeitfreiwilligenverbände zurück, die keinen Hehl aus ihrer Republikfeindlichkeit machten. In Anbetracht ihrer ideologischen Grundhaltung, die ja massive Gewalt gegen die radikale Linke als zentrales Element beinhaltete, musste jegliche politische Gewalteindämmungsstrategie, an der Freikorps beteiligt waren, fast schon zwangsläufig scheitern.[85]

Die Furcht vor der angeblichen Bedrohung durch den Bolschewismus eröffnete der radikalen Rechten jedenfalls eigene Spielräume, um ihre Gewalt- und Rachefantasien ausleben zu können. Dazu gehörten ganz besonders auch ehemalige Offiziere der Kaiserlichen Marine aus Kiel, die sich schon früh in speziellen Freikorpsformationen wie den Marinebrigaden »Erhardt« und »von Loewenfeld« 1919 und 1920 an Gewaltakten gegen linke Aufständische und Arbeiterwehren beteiligten und nach ihrer erzwungenen Auflösung im Untergrund gegen die Republik operierten.[86]

Anders als noch die Kieler Aufständischen von 1918 verloren die rechten Paramilitärs in ihrer Gewaltausübung jedes Maß. Bereits den Kämpfen im Berliner Zeitungsviertel Anfang 1919 waren mehr als 200 Menschen zum Opfer gefallen, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden im Umfeld dieser Auseinandersetzungen ermordet. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen war es nun auch in Kiel zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem Roten Soldatenbund und örtlichen Freiwilligenverbänden gekommen.[87]

83 Weisbrod, Bernd: Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den Weltkriegen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992), S. 391 – 404, hier S. 394.
84 Vgl. Weisbrod, Gewalt, S. 393.
85 Göllnitz/ Kollex/ Friis, Revolutionære, S. 137.
86 Vgl. Krüger, Gabriele: Die Brigade Ehrhardt, Hamburg 1971, S. 73 – 94; Stern, Howard: The Organisation Consul, in: The Journal of Modern History 35 (1963), S. 20 – 32; Meinl, Susanne: Brigade Ehrhardt, Organisation Consul und Bund Wiking. Das Spinnennetz rechtsradikaler Verbände in Mittelhessen 1920 – 1925, in: Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins 36 (1993), S. 55 – 101.
87 Franz, Werner: Die Spartakusunruhen von 1919 in Kiel und die Kieler Studentenwehr, in: Die Heimat 65 (1958), S. 88 – 92, hier S. 91.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Von da an eskalierte die Situation. Die teils extremen Gewalttaten und Massenexekutionen, vor allem bei der Niederschlagung der Münchener Räterepublik sowie den Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet oder in Mitteldeutschland weckten ab dem Frühjahr 1919 Erinnerungen an den nach wie vor tobenden russischen Bürgerkrieg.[88]

Obschon für diese Eskalation auch das Vorgehen der staatlichen Sicherheitskräfte, vor allem aber der Freikorps, eine große Rolle spielte, sah sich die breite Öffentlichkeit in erster Linie von radikalen Sozialisten bedroht. Selbst die Sozialdemokratie befürchtete im Zuge der gewaltsamen Auseinandersetzungen zumindest zeitweise den Sieg des Bolschewismus. Nicht zuletzt auch durch die sozialdemokratische Presse wurde, wie Eberhard Kolb 1962 betonte, eine »regelrechte Psychose« herangezüchtet und das politisch-instrumentelle Operieren mit der Bolschewismusfurcht mit dem Bedrohungsgefühl der Zeitgenossen zu einem »Hysteriekonglomerat« verschmolzen.[89]

Das auf diesem Empfinden begründete Zusammenspiel mit rechtsgerichteten Freikorpsverbänden und der Reichswehr im Rahmen des Ebert-Groener-Pakts beschränkte die Handlungsfreiheit der MSPD-geführten Regierung nachhaltig. In der Furcht vor dem Bedrohungspotential der jeweils anderen Seite wechselten sich Gewalt und Gegengewalt ab, ohne dass es den staatlichen Akteuren gelang, diese Spirale zu durchbrechen.[90] Im Zuge der Auflösung der Freikorpsformationen kam es im März 1920 gar zum Kapp-Lüttwitz-Putsch, der unter anderem durch den Einsatz bewaffneter Arbeiter beendet wurde, was insbesondere im Ruhrgebiet zu einem neuerlichen Aufflammen revolutionärer Bestrebungen führte.[91]

Dennoch kann das Jahr 1920 als Trendwende für das von Revolutionsangst erfüllte Deutsche Reich betrachtet werden. Denn zwei Gründe führten letztlich zum Scheitern des Kapp-Putsches. Zum einen rief die legitime Regierung erfolgreich zum Generalstreik auf, der das öffentliche Leben abrupt zum Erliegen und die Putschisten damit in Bedrängnis brachte. Obwohl sich die Reichswehr geweigert hatte, mit militärischen Mitteln gegen die Putschisten vorzugehen und teils offen mit diesen sympathisierte, lehnte es der überwiegende Teil der Bürokratie zudem ab, den Anordnungen der Putschregierung Folge zu leisten. Das Bürgertum ließ somit die Gelegenheit ungenutzt, mit der radikalen Linken »abzurech-

88 Vgl. Barth, Dolchstoßlegenden, S. 244 – 247; Gerwarth, Die Besiegten, S. 164 – 171.
89 Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 – 1919, Düsseldorf 1962, S. 406.
90 Verwiesen sei an dieser Stelle auf das Argument Richard Bessels, dass es Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg nicht gelungen sei, den Zustand einer »Kriegsgesellschaft« (»post-war-society«) zu überwinden. Bessel, Germany, S. 283.
91 Gietinger, Klaus: Kapp-Putsch 1920. Abwehrkämpfe. Rote Ruhrarmee, Stuttgart 2020.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nen« und die ungeliebte Republik zu stürzen. Dirk Schuhmann führt dies als Beleg dafür an, dass die Bolschewismus-Furcht keineswegs völlig das bürgerliche Weltbild dominierte, wenngleich auch der mittlerweile schlechte Leumund der am Putsch beteiligten Freikorpsverbände als mordlüsterne Gewalttäter das seinige zu dieser Haltung beigetragen haben mag.[92]

Auffällig bleibt in diesem Kontext jedenfalls der Verzicht auf eine konsequente Strafverfolgung der beteiligten Putschisten, welche zumeist nicht vor Gericht gestellt wurden oder aber fliehen konnten. Die Anfang August 1920 vom Reichstag erlassene Generalamnestie schützte schließlich alle in die Verschwörung verwickelten Persönlichkeiten (mit Ausnahme der führenden Köpfe) vor einer gerichtlichen Verfolgung.[93] Diese mangelnde Konsequenz der Republik stärkte bei den Beteiligten so einerseits den Glauben an die insgeheime Billigung ihres Kampfes gegen die Revolution und zeigte andererseits die vermeintliche Schwäche der Republik als Staatsform auf, die es aus Sicht der radikalen Rechten ja gerade deshalb zu beseitigen galt.

Es verwundert daher nicht, dass sich die Angehörigen der ehemaligen Brigade Ehrhardt und anderer Freikorps schon bald in Ersatzorganisationen und nationalistischen Netzwerken wiederfanden, deren radikalste Exponenten sich beispielsweise in der konspirativen Organisation Consul für die spektakulärsten politischen Mordanschläge der Weimarer Republik verantwortlich zeichneten. Zustimmung erfuhren sie in weiten Teilen des Bürgertums nun hingegen nicht mehr. Denn mittlerweile hatte sich gezeigt, dass die Basis vermeintlich bolschewistischer Revolutionäre in Deutschland für einen ernsthaften Umsturz nicht groß genug war.[94] Mit den politischen Erfolgen der Weimarer Republik und dem Anwachsen ihrer Stabilität verlor Revolutionsangst an Relevanz. Dieser Prozess sollte allerdings kaum ein Jahrzehnt andauern, bis die Nationalsozialisten erneut auch mit Verweis auf eine vermeintliche bolschewistische Bedrohung das politische System der Republik herausforderte.

92 Schumann, Dirk: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918 – 1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, S. 361 – 363.

93 Siehe den am 31. 07. 1920 eingebrachten Regierungsentwurf über das »Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit«, Reichstagsdrucksache Nr. 317, Bd. 363, https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w1_bsb00000047_00761.html (abgerufen am 5. 4. 2021); siehe auch Abschrift des Beschlusses des Feriensenats des Reichsgerichts vom 08. 09. 1920, Landesarchiv Schleswig-Holstein (LASH), Abt. 301, Nr. 5713.

94 Vgl. etwa Niess, Geschichtsschreibung, S. 84 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ralph Jessen

Kommune, Attentat, Massenstreik – Arbeiterbewegung, Revolutionsangst und politische Polizei im deutschen Kaiserreich

Vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gründung des Deutschen Kaiserreiches war die europäische Geschichte eine Zeit revolutionärer Erschütterungen: Angefangen mit der französischen Revolution von 1789 und den Umbrüchen, die sie in den europäischen Gesellschaften und Staaten auslöste, über die revolutionären Erhebungen der 1820er und 1830er Jahre – die griechische Revolution von 1821, die französische Julirevolution von 1830, den polnischen Novemberaufstand von 1830, den blutig niedergeschlagenen Pariser Juniaufstand von 1832 mit 800 Toten – bis zur europäischen Revolutionswelle von 1848/49, die erstmals auch die deutschen Staaten erreichte. Der gescheiterte polnische Aufstand von 1863 gehört ebenso in diesen europäischen Erfahrungszusammenhang wie die Pariser Kommune von 1871.[1]

Wieweit prägte diese Geschichte die politische Kultur des Kaiserreichs? Von Reinhart Koselleck stammt das Begriffspaar von »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont«.[2] Der »Erfahrungsraum« der Zeitgenossen dieser Jahrzehnte war zutiefst durch die Revolutionen seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert geprägt – eine Erfahrung, die wiederum ihren »Erwartungshorizont« beeinflusste, sei es po-

1 Vgl. Bergeron, Louis/ Furet, François/ Koselleck, Reinhart: Das Zeitalter der europäischen Revolution 1780 – 1848, Frankfurt/M. 1969; von Hippel, Wolfgang/ Stier, Bernhard: Europa zwischen Reform und Revolution 1800 – 1850, Stuttgart 2012; Hobsbawm, Eric J.: Europäische Revolutionen, München 1962; Fahrmeir, Andreas: Revolutionen und Reformen. Europa 1789 – 1850. München 2010; Hahn, Hans-Werner/ Berding, Helmut: Reformen, Restauration und Revolution 1806 – 1848/49, Stuttgart 2010; Langwiesche, Dieter: Europa zwischen Restauration und Revolution 1815 – 1849, 5. Aufl., München 2007; Ruttmann, Ulrike: Wunschbild – Schreckbild – Trugbild. Rezeption und Instrumentalisierung Frankreichs in der deutschen Revolution von 1848/49, Stuttgart 2001; Sperber, Jonathan: Revolutionary Europe, 1780 – 1850, Harlow 2000.

2 Koselleck, Reinhart: Erfahrungsraum und Erwartungshorizont – zwei historische Kategorien, in: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, hrsg. von Reinhart Koselleck, 3. Aufl., Frankfurt 1984, S. 349 – 375.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sitiv als Revolutionshoffnung oder negativ als Revolutionsfurcht. Die Vorstellung einer latenten, sich möglicherweise in naher Zukunft aktualisierenden Bedrohung der politischen Ordnung durch eine neue Revolution, die sich in ein seit 1789 andauerndes Zeitalter der Revolution einfügte, war Anfang der 1870er Jahre vielen bürgerlichen Beobachtern vertraut. Der Historiker Jacob Burckhardt meinte 1871, »dass eigentlich Alles bis auf unsere Tage im Grunde lauter Revolutionszeitalter ist, und wir stehen vielleicht erst relativ an den Anfängen oder im zweiten Akt; denn jene drei scheinbar ruhigen Dezennien von 1815 bis 1848 haben sich zu erkennen gegeben als einen bloßen Zwischenakt in dem großen Drama. Dieses aber scheint eine Bewegung werden zu wollen.«[3]

Revolutionserwartung und Revolutionsangst im frühen Kaiserreich

Vor allem der Aufstand der Pariser Kommune, der durch die französische Niederlage im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 ausgelöst worden war, ist im gerade gegründeten deutschen Kaiserreich intensiv wahrgenommen worden. Die Pariser Erhebung und die Gewaltexzesse bei ihrer Niederschlagung aktualisierten die Revolutionserfahrung der zurückliegenden Jahrzehnte auf dramatische Weise. »Der lange Schatten der Kommune«[4] wurde zum Ausgangspunkt sowohl für eine positive Mystifikation der Revolution in der entstehenden sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung, wie für deren negative, antirevolutionäre Mystifikation als ein Schreckbild, das die Revolutionsfurcht der Regierenden bestätigte und sich als propagandistische Waffe gegen die sozialistische Arbeiterbewegung eignete.

In der frühen Sozialdemokratie der 1860er und frühen 1870er Jahre lebte ohnehin die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 weiter und war Ausgangspunkt populärer Revolutionserwartungen, was wiederum bei staatlichen Behörden und bürgerlichen Beobachtern »alte Revolutionsängste« weckte.[5] Man betonte die eigene Gesetzlichkeit, lebte aber auch mit der Vorstellung, dass ein revolutionärer Umbruch in der Verlängerung von 1789/1848/1871 nicht nur möglich, sondern

3 Burkhardt, Jacob: Gesamtausgabe Bd. 7, S. 426, zitiert nach: Pöls, Werner: Sozialistenfrage und Revolutionsfurcht in ihrem Zusammenhang mit den angeblichen Staatsstreichplänen Bismarcks, Lübeck 1960, S. 27 f. Amerigo Caruso spricht in seiner vergleichenden Analyse der Frühgeschichte des Konservativismus in Deutschland und Italien von einer »obssesive(n) Präsenz der Revolutionsangst in den europäischen Politikdiskursen«. Caruso, Amerigo: Nationalstaat als Telos? Der konservative Diskurs in Preußen und Sardinien-Piemont 1840 – 1870, München 2017, S. 52.

4 von Münchhausen, Thankmar: 72 Tage. Die Pariser Kommune 1871 – die erste »Diktatur des Proletariats«, München 2015, S. 447.

5 Schmidt, Jürgen: Brüder, Bürger und Genossen, Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Bürgergesellschaft 1830 – 1870, Bonn 2018, S. 363.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auch wahrscheinlich und letztlich auch wünschenswert wäre. Eine Massenerhebung des Volkes à la 1848 sollte eine demokratische Verfassung an die Stelle illegitimer Fürstenherrschaft setzen, die Einheit der Nation herstellen und den Weg zu einer tiefgreifenden sozialen Umgestaltung der Gesellschaft ebnen. In den frühen 1870er Jahren wurde in sozialdemokratischen »Märzfeiern« an die glorreichen Tage der 48er Revolution erinnert und die jüngste Erfahrung der Pariser Kommune inspirierte Hoffnungen auf eine bald kommende Revolution: Wilhelm Hasenclever meinte auf einer »Märzfeier« im Jahr 1874, »daß alle großen Ideen erst durch das Blut ihrer Träger und durch gewaltsame Umwälzungen besiegelt seien. Die Berliner Revolution von 1848 sei mehr das letzte blutige Zucken des großen Gewitters von 1789 – 1793 gewesen, während die Pariser Revolution von 1848 und vor allem der Communekampf von 1871 das Wetterleuchten einer großen Zukunft bedeuteten.«[6] Mit dieser Prognose stand er nicht allein. Auch Karl Marx hat mit Blick auf die Kommune gemeint, dass »die französischen Arbeiter […] nur die Vorhut des ganzen modernen Proletariats [bilden].«[7] Die größte öffentliche Wirkung hatte vermutlich der sozialdemokratische Parteiführer und Reichstagsabgeordnete August Bebel, der am 25. Mai 1871 im Reichstag unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse ausrief, »daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht, und daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats: ›Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Noth und dem Müßiggange!‹ der Schlachtruf des gesammten europäischen Proletariats werden wird.«[8]

Bei dem Feuerkopf Johann Most, der sich später von der Sozialdemokratie abwandte und vom amerikanischen Exil aus als wortgewaltiger Verfechter des Anarchismus nach Deutschland hineinwirkte, bekam diese Revolutionserwartung eine geradezu eschatologische Dimension. 1872 prognostizierte er in einer Rede:

> »Ja, die Sündfluth wird kommen. Ein furchtbares Ungewitter wird wie ein Sturm dahin fegen und diejenigen auskehren, die sich ihm in den Weg stellen. […] Wir [Sozialdemokraten] haben die Sache nicht in der Hand; wir können darüber nicht entscheiden, ob auf dem Wege der Reform oder der Revolution unsere Principien verwirklicht werden können – das haben unsere Gegner in der Hand. […] Werden sie sich […] dieser Bewegung entgegenstemmen, dann wird es ihnen gehen, wie den Leuten, die einen Sturm aufhalten wollten. Und es wird dieser Sturm der Zeit aus seinen Ufern treten und wird alles überschwemmen.«[9]

6 Neuer Social-Demokrat, Nr. 34, 22. 3. 1874.
7 Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Karl Marx. Friedrich Engels. Werke, Band 17, 5. Aufl., Berlin 1973, S. 313 – 365, hier S. 361.
8 Protokolle des Deutschen Reichstags, 1. Legislaturperiode, 43. Sitzung am 25. Mai 1871, S. 921.
9 Zitat nach Welskopp, Thomas: Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000, S. 526.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Solche alttestamentarisch apokalyptische Rhetorik versorgte die Anhängerschaft der jungen Arbeiterbewegung mit einer positiven Zukunftsvision und deren Gegner mit propagandistischer Munition, um die Sozialdemokratie als revolutionäre Bedrohung der politischen und sozialen Ordnung auszugrenzen. Dabei ließ sich ausgerechnet in der Most'schen Eschatologie ein Revolutionsverständnis erkennen, das sich während der folgenden Jahrzehnte in der deutschen Sozialdemokratie immer stärker durchsetzen sollte: Revolution war nicht etwas, was aktiv angestrebt, betrieben und »gemacht« werden musste, sondern ein zu erwartendes Ereignis, das mit geradezu naturgesetzlicher Notwendigkeit die bestehenden Verhältnisse umwälzen würde.

Die politische Polizei

Die »Ordnungsmächte« setzten seit der Ära Metternich darauf, die republikanischen und demokratischen Bestrebungen sowie die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung als potentiell revolutionäre Kräfte scharf zu kontrollieren und im Zweifelsfall zu unterdrücken. Dies war Aufgabe der »höheren Polizei«, die seit den 1830er Jahren komplementär zur schrittweisen Institutionalisierung einer neuen politischen Öffentlichkeit gegründet und aufgebaut wurde. Die Anfänge einer koordinierten politisch-polizeilichen Überwachung der Öffentlichkeit im »Mainzer Informations-Bureau« (1833 – 1848)[10] fanden in den 1850er Jahren ihre Fortsetzung im »Polizeiverein der bedeutenderen deutschen Staaten«, der auf preußische Initiative gegründet worden war und bis 1866 bestand. Dieser informelle Zusammenschluss führender Polizeibeamten aus den Haupt- und Residenzstädten von sieben deutschen Staaten sollte durch den Informationsaustausch auf regelmäßigen Konferenzen und die Zirkulation schriftlicher Dossiers die »Umtriebe der Revolutionspartei« im Blick und unter Kontrolle halten. Vor allem in den ersten Jahren nach der 48er Revolution waren die Mitglieder des »Polizeivereins« auf die »traumatische Konstellation von Konspiration, internationaler Revolution und Fürstenmord« fixiert, wie Wolfram Siemann, der hierzu die einschlägigen Forschungen vorgelegt hat, pointiert zusammenfasst.[11] Arbeitsweise und

10 Adler, Hans: Staatsschutz im Vormärz, in: Literarische Geheimberichte. Protokolle der Metternich-Agenten, Bd. I: 1840 – 1843, hrsg. von Hans Adler, Köln 1977, S. 1 – 45; vgl. auch Weidemann, Friedrich: Über die Nothwendigkeit einer geheimen Polizei in Deutschland. Eine Staatswissenschaftliche Abhandlung, Merseburg 1832.

11 Siemann, Wolfram: Der »Polizeiverein« deutscher Staaten. Eine Dokumentation zur Überwachung der Öffentlichkeit nach der Revolution von 1848/49, Tübingen 1983, S. 239. Ein Überblick über die Genese des Polizeivereins ebd., S. 1 – 19. Zur Geschichte der Polizei in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer noch grundlegend: Lüdtke, Alf: »Gemeinwohl«, Polizei und »Festungspraxis«. Staatliche Gewalt-

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ziel der politischen Polizei waren bis in die 1860er von einem Feindbild geprägt, das um die Vorstellung einer zentral gesteuerten, international verflochtenen, im Geheimen operierenden revolutionären Konspiration kreiste. Wusste man genug über die führenden Köpfe dieser Bewegung, so die strategische Prämisse, war man in der Lage, deren Pläne zu durchkreuzen.[12]

Nach der Reichsgründung liefen trotz der föderalen Struktur des Reiches und der Polizeizuständigkeiten der einzelnen Staaten de facto immer mehr Kompetenzen und Kapazitäten zur Überwachung mutmaßlicher »Reichsfeinde« bei der preußischen Polizei und vor allem bei der Berliner Polizeibehörde zusammen. Nach dem Verbot der sozialdemokratischen Partei durch das Sozialistengesetz von 1878 wurde die Berliner Politische Polizei zur zentralen politischen Überwachungsinstitution in Preußen, und bis zu einem gewissen Grade des Reiches, ausgebaut. Im September 1878 umfasste sie 148 Beamte. In kurzer Zeit hatten sich ihr Personalbestand verfünffacht und die ihr zur Verfügung stehenden Mittel versechsfacht. Ihre Hauptaufgabe war die Überwachung aller Aktivitäten der Sozialdemokraten und Anarchisten: Die Beobachtung von Versammlungen, die Kontrolle von Reisenden und Gasthöfen, die Observation bekannter Agitatoren und einschlägiger Lokale.[13]

Treibende Kraft des Polizeiausbaus war der Berliner Polizeipräsident Guido von Madai. Sein Feindbild glich in vielem den Imaginationen, die schon die Aktivitäten des postrevolutionären Polizeivereins der 1850er Jahre angetrieben hatten. Am 25. Juli 1878, keine zwei Monate nach dem gescheiterten Attentat auf den Kaiser, das zur Begründung des Sozialistengesetzes diente, notierte von Madai in einem geheimen Bericht, man habe es nicht allein mit den deutschen Sozialisten zu tun, sondern mit einer »internationalen revolutionären Liga«. Diese »Internationale« arbeite »streng diszipliniert, einheitlich geleitet und unbedingt einem Haupte gehorchend« und sei in Deutschland, England, Frankreich, der Schweiz, Belgien und Österreich-Ungarn aktiv:

samkeit und innere Verwaltung in Preußen (1815 – 1850), Göttingen 1982. Zur polizeilichen Kontrolle der Öffentlichkeit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch: Riesener, Dirk: Polizei und politische Kultur im 19. Jahrhundert. Die Polizeidirektion Hannover und die politische Öffentlichkeit im Königreich Hannover, Hannover 1996.

12 Jessen, Ralph: Polizei im Industrierevier. Modernisierung und Herrschaftspraxis im westfälischen Ruhrgebiet 1848 – 1914, Göttingen 1991, S. 39; Langewiesche, Dieter: »Staatsschutz« und politisch-gesellschaftlicher Wandel in Deutschland 1848 – 1914, in: Literarische Geheimberichte. Protokolle der Metternich-Agenten, Bd. II: 1844 – 1848, hrsg. von Hans Adler, Köln 1981, S. 201 – 233.

13 Fricke, Dieter: Bismarcks Prätorianer. Die Berliner Politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871 – 1898), Berlin 1962, S. 54 f. Vgl. auch Wilms, Reinhard: Politische Polizei und Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich. Zur Tätigkeit der Politischen Polizei in der Provinz Hannover von der Zeit der Reichsgründung bis zum Ende des Sozialistengesetzes 1871 – 1890, Frankfurt 1992; Evans, Richard J. (Hrsg.): Kneipengespräche im Kaiserreich. Die Stimmungsberichte der Hamburger Politischen Polizei. 1892 – 1914, Reinbek b. Hamburg 1989.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> »Ihre Pläne sind die denkbar weitgehendsten. Sie binden sich weder an Ort, Raum, Entfernung oder Staat, sie haben eine vollständig universelle Natur. Hierzu kommt die Bewegung ihrer Mitglieder, die bald hier, bald dort, bald unter diesem, bald unter jenem Namen auftauchen und wieder verschwinden und denen Reisen von Hunderten von Meilen völlig irrelevant erscheinen. Dieser Verbindung, welche auch unzweifelhaft mit Geldmitteln reich versehen ist, steht das Polizeipräsidium beinahe machtlos gegenüber, ja es ist nicht ausgeschlossen, daß ihre Pläne geradezu unter den Augen der Polizei hier in Berlin gefaßt werden.«[14]

Dass er es mit einer großangelegten internationalen revolutionären Verschwörung zu tun hatte, stand für von Madai außer Frage. Man fühlt sich bei seinen Ausführungen an den Eröffnungssatz des Kommunistischen Manifests von 1848 erinnert: »Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus.« Und so wie Marx und Engels die Bedeutung der kleinen kommunistischen Sekten ihrer Zeit maßlos überschätzten, so realitätsfern wirkt auch von Madais Phantasmagorie einer geisterhaften revolutionären Verschwörung, deren Angehörige nach Belieben Identitäten und Räume wechseln.[15]

Auch wenn diese Feindbilder wenig mit der Realität zu tun hatten, legitimierten sie doch den Aufbau eines geheimpolizeilichen Beobachtungssystems und Berichtswesens. Zwar ließ sich von Madais Idee eines umfassenden Agentennetzes in den europäischen Metropolen und den wichtigsten deutschen Städten nur teilweise realisieren.[16] Aber zusammen mit den regelmäßigen Berichten der preußischen Regierungspräsidenten lieferten die von den Agenten beschafften Informationen eine hinreichend breite Faktenbasis, um den Innenbehörden einen kontinuierlichen Einblick in den Stand und die Entwicklung der fundamentaloppositionellen politischen Bewegungen zu geben. Aus diesen Informationen kompilierte das Berliner Polizeipräsidium zusammenfassende Lageanalysen, die anfangs halbjährlich, später jährlich als geheime Hintergrundinformationen an rund 150 höhere Beamte und Dienststellen im In- und Ausland gingen.[17] Bis 1913 entstanden so 34 Berichte, die zunächst als »Übersichten über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung«, ab 1898 als »Übersichten über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung« firmierten.[18]

14 Bericht vom 25. 7. 1878, zitiert nach Fricke, Prätorianer, S. 51.
15 Vgl. Roller, Kathrin: Die »rote Gefahr«. Das Feindbild »Sozialdemokratie« der Konservativen im frühen Kaiserreich, in: Feindbilder in der deutschen Geschichte, hrsg. von Christoph Jahr, Berlin 1994, S. 81 – 114.
16 Fricke, Prätorianer, S. 52.
17 Ebd. S. XI.
18 Fricke, Dieter/ Knaack, Rudolf (Hrsg.): Dokumente aus geheimen Archiven. Übersichten der Berliner politischen Polizei über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung 1878 – 1913, Bd. 1: 1878 – 1889, Weimar 1983; Bd. 2: 1890 – 1906, Weimar 1989; Bd. 3: 1906 – 1913, Berlin 2004.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Politischer Radikalismus und proletarische Protestkultur

Die kollektive Revolutionserinnerung und die populäre, wenn auch diffuse, eschatologisch verbrämte und kaum mit einer entsprechenden Praxis verbundene Revolutionserwartung in der jungen Arbeiterbewegung bildeten den wichtigsten Anlass für die Revolutionsfurcht in Regierungskreisen und bei den Polizeichefs der deutschen Staaten. Hinzu kam ein weiterer Faktor, der eher etwas mit dem Habitus der Arbeiteraktivisten der 1860er und 1870er Jahre zu tun hat. Thomas Welskopp hat diese Haltung in seiner Studie zur Frühgeschichte der Sozialdemokratie ausführlich geschildert und analysiert: Die sozialdemokratische Vereins- und Versammlungspraxis bezog ihre Attraktion nicht nur aus politischen Forderungen nach Anerkennung, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, sondern auch aus der Inszenierung einer »kampfbereiten Männlichkeit«.[19] Die Versammlungsöffentlichkeit der 1860er und 1870er Jahre, in der sich die verschiedenen sozialdemokratische Richtungen einerseits von den bürgerlichen Liberalen absetzten und andererseits miteinander konkurrierten, lebte weniger vom disziplinierten Austausch politischer Argumente, als von der demonstrativen, bald ernsthaften, bald spielerisch-ironischen Inszenierung des politischen Kampfes. Zwar legte man im Allgemeinen Wert darauf, als seriöse, die Regeln der parlamentarischen Debatte beachtende Repräsentanten des Volkes anerkannt zu werden. Nicht selten aber eskalierten die Zusammenstöße mit dem politischen Gegner, gingen Versammlungsdebatten in Tumulte und manchmal in Saalschlachten über: Von einer ADAV-Versammlung in Glückstadt wurde 1871 berichtet: »Alsbald ertönte im mächtigen Chor die Marseillaise. Bleich und voll Angst standen die Gegner da, und als sie den festen Zusammenhalt der Unseren sahen, ergriffen sie Hals über Kopf die Flucht.«[20] Skandal, Tumult und Leidenschaft waren die Würze mancher Arbeiterversammlung und wenn es besonders hoch her ging, konnte es auch zum Zusammenstoß mit der Obrigkeit kommen. Als im Frühjahr 1869 der überwachende Polizeikommissar eine Sitzung des Lassaleschen ADAV in Mönchengladbach auflösen wollte, kam es zu einer Schlägerei, die »nicht unbedeutende Verwundungen mehrerer herbeigeeilter Gensd'armen und Polizisten durch Messerstiche, resp. Schläge mit Biergläsern zur Folge hatte.« Und weiter hieß es in dem Bericht: »Nach erzwungener Räumung des Lokales setzte die zu Tausenden angewachsene Menge die begonnenen Exzesse durch Einwerfen von Fensterscheiben […] in der Weise fort, daß die hiesigen Behörden sich veranlaßt sahen, […] militärische Hilfe von dem Regierungs-Präsidenten in Düsseldorf zu requiri-

19 Welskopp, Banner, S. 335.
20 Neuer Social-Demokrat, Nr. 7, 16. 7. 1871, zitiert nach Welskopp, Banner, S. 314.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ren. Letzterer Requisition wurde jedoch nicht entsprochen.«[21] Solche Begebenheiten erinnern an ältere Formen des Volksprotests und der »Pöbelexzesse«, die in der Pauperismuskrise des Vormärz häufiger zu sehen waren, aber auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchaus noch Bedeutung hatten, vor allem in den großstädtischen Unterschichten.[22] Aus Sicht der bürgerlichen und obrigkeitlichen Beobachter zeigte sich bei solchen Gelegenheiten die »gefährliche Klasse«, die durch mangelnde Selbstbeherrschung, zweifelhafte Moral, Alkoholexzesse und die Neigung zur Gewalt die öffentliche Ordnung herausforderte.[23] Je mehr sich die Sozialdemokratische Partei und die vielen Arbeitervereine im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu Ordnungsmächten eigener Art entwickelten, desto mehr geriet diese »wilde« Seite des proletarischen Männlichkeitskults zwar an den Rand der Arbeiterbewegung. In der Frühzeit war diese Trennlinie aber noch nicht scharf gezogen, so dass sich die Angst vor dem politischen Umsturz und die vor der Auflösung bürgerlicher Ordnung im Syndrom der »Revolutionsfurcht« verbinden konnten.[24]

Revolutionsangst und Sozialistengesetz

Aus dieser widersprüchlichen Ausgangskonstellation heraus entwickelte sich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und konsolidierte sich 1875 mit dem Zusammenschluss der Eisenacher Richtung und der Lassalleaner zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Aufgrund des allgemeinen, gleichen Männerwahlrechts war die Partei von Anfang an im Reichstag vertreten und konnte einen wachsenden Wähleranhang verzeichnen – ein Faktor, der nicht wenig zu ihrer öffentlichen Wahrnehmung beitrug. Die Reichsregierung unter Kanzler Bismarck hat die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bekanntlich mit großem Misstrauen betrachtet und sich in mehreren Anläufen bemüht, ihren Handlungsspiel-

21 Demokratisches Wochenblatt, Nr. 18, 1. 5. 1869, S. 200 f., zitiert nach Welskopp, Banner, S. 322.
22 Gailus, Manfred (Hrsg.): Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830 – 1980), Berlin 1984. Vgl. auch Kocka, Jürgen/ Jessen, Ralph: Die abnehmende Gewaltsamkeit sozialer Proteste. Vom 18. zum 20. Jahrhundert, in: Verdeckte Gewalt. Plädoyers für eine »innere Abrüstung«, hrsg. von Peter-Alexis Albrecht/ Otto Backes, Frankfurt 1990, S. 33 – 56; Jessen, Ralph: Gewaltkriminalität im Ruhrgebiet zwischen bürgerlicher Panik und proletarischer Subkultur (1870 – 1914), in: Kirmes – Kneipe – Kino. Arbeiterkultur im Ruhrgebiet zwischen Kommerz und Kontrolle (1850 – 1914), hrsg. von Dagmar Kift, Paderborn 1992, S. 226 – 255.
23 Sobich, Frank Oliver: »Schwarze Bestien, rote Gefahr«. Rassismus und Antisozialismus im deutschen Kaiserreich, Frankfurt/M. 2006, S. 157 – 163.
24 Das lässt sich auch an der nachträglichen Deutung der Pariser Kommune durch die Untersuchungsausschüsse der Französischen Nationalversammlung erkennen, die die Aufständischen als Mörder, Brandstifter, Plünderer, Säufer und Tagediebe stigmatisierten. Münchhausen, Kommune, S. 449. Vgl. auch Sobich, Bestien, S. 152 ff.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

raum zu beschränken, die Bewegung zu marginalisieren und die Partei letztlich zu unterdrücken.[25] Ein erster Versuch, die radikale Opposition durch ein restriktives Pressegesetz mundtot zu machen, scheiterte 1874 an den Liberalen. Ein zweiter Anlauf, diesmal über eine Verschärfung des Strafgesetzbuches, durch die die »Aufreizung zum Klassenhass« unter Strafe gestellt werden sollte, fand ebenfalls keine Mehrheit im Reichstag. Das Blatt wendete sich schließlich 1878, nachdem zwei Attentate auf den Kaiser, die fälschlicherweise den Sozialdemokraten zugerechnet wurden, die nötige Stimmung und eine Reichstagsneuwahl die nötige Mehrheit erbracht hatten.[26] Das »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« – das »Sozialistengesetz« von 1878, das bis 1890 in Kraft blieb – ermöglichte das Verbot aller sozialdemokratischen Vereine, Versammlungen und Publikationen. Lediglich das Reichstagswahlrecht blieb unverändert und sicherte den Sozialdemokraten ihre Präsenz im Parlament. Die Kampagne gegen die »roten Reichsfeinde« wurde mit schriller Rhetorik geführt: Das Ausnahmegesetz sei erforderlich zur »Rettung der Gesellschaft vor Mördern und Mordbrennern, vor den Erlebnissen der Pariser Commune«, so Bismarck 1878, und an anderer Stelle hieß es: »Die jährliche Vermehrung der bedrohlichen Räuberbande, mit der wir gemeinsam unsere größeren Städte bewohnen, […] [erzwinge die] Solidarität der Notwehr.« [27] Bereits im Mai 1871, als August Bebel im Reichstag die Pariser Kommune verteidigt hatte, sei ihm klar geworden, dass die Sozialdemokraten der innere Feind seien, gegenüber dem sich der Staat im »Zustand der Notwehr befinde.«[28] Das Menetekel des Pariser Aufstands war sieben Jahre nach den Ereignissen noch präsent.[29]

Die Frage, ob dies Ausdruck einer ernstzunehmenden Revolutionsfurcht oder demagogischer Stimmungsmache war, ist in der Bismarck- und Kaiserreichforschung immer wieder kontrovers diskutiert worden. Werner Pöls hat in seiner frühen Arbeit zu »Sozialistenfrage und Revolutionsfurcht« von 1960 betont, dass Bismarck und die Reichstagsmehrheit von einer ernst zu nehmenden Angst vor der Revolution getrieben worden seien, die zwar keine reale Grundlage im Handeln der Sozialdemokraten gehabt habe, aber eine subjektiv authentische Bedro-

25 Zum obrigkeitlichen Vorgehen gegen die frühe Arbeiterbewegung vgl. aus regionalhistorischer Perspektive Schäfer, Markus: Staatliches Vorgehen gegen Arbeiterbewegungen und -organisationen im westlichen Ruhrgebiet zwischen Revolution und Sozialistengesetz (1850 – 1878), Trier 2006.

26 Mühlnikel, Marcus: »Fürst, sind Sie unverletzt?« Attentate im Kaiserreich 1871 – 1914, Paderborn 2014, S. 33 – 67.

27 Zitiert nach Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der ›Deutschen Doppelrevolution‹ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges. 1849 – 1914, München 1995, S. 904 f.

28 Zitiert nach Pöls, Sozialistenfrage, S. 29 f.

29 Vgl. auch Mühlhausen, Walter: Gegen den Reichsfeind. Anmerkungen zur Politik von Staat und Gesellschaft gegenüber der Sozialdemokratie im Kaiserreich, in: Otto von Bismarck und das »lange 19. Jahrhundert«. Lebendige Vergangenheit im Spiegel der »Friedrichsruher Beiträge« 1996 – 2016, hrsg. von Ulrich Lappenküper, Paderborn 2017, S. 329 – 352.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hungswahrnehmung gewesen sei.[30] Die Politik gegenüber der Sozialdemokratie sei in den 1870er und 1880er Jahren »von einer bis zur Revolutionsüberzeugung gesteigerten Revolutionsfurcht« bestimmt gewesen.[31] Der ostdeutsche Historiker Dieter Fricke sah in der Unterdrückungspolitik dagegen ein Zeichen brutaler Klassenherrschaft und warf Pöls »eine psychologisierende Überbetonung der ›Revolutionsfurcht‹ Bismarcks« vor.[32] Viel Beachtung hat in den 1970er und 1980er Jahren eine Deutung gefunden, die besonderes pointiert von Hans-Ulrich Wehler in seinem vielgelesenen Kaiserreichsbuch vertreten worden ist. Er, aber auch andere Historiker wie Dieter Groh[33], sahen im Sozialistengesetz wie schon im Kulturkampf vor allem eine kühl umgesetzte Herrschaftstechnik der »negativen Integration«, die darauf beruhte, die Mehrheit der Kaiserreichsgesellschaft und der »reichstreuen« Parteien durch ein möglichst dramatisch gezeichnetes Feindbild zusammenzuscharen.[34] Der amerikanische Historiker Otto Pflanze hat dies in seinen Bismarckstudien in den 1980er Jahren zurückgewiesen: »Dem Kulturkampf vergleichbar, hatte auch die antisozialistische Kampagne der Jahre 1878 bis 1890 den Charakter eines innerdeutschen ›Präventivkrieges‹. Die Furcht vor einer unsicheren Zukunft, die Kulturkampf und Sozialistengesetzgebung auslöste, war fraglos echt, nicht simuliert.«[35] Der späte Wehler scheint sich auch eher in diese Richtung bewegt zu haben: Von »negativer Integration« ist in seiner großen Gesellschaftsgeschichte im Zusammenhang mit dem Sozialistengesetz nicht mehr die Rede. Stattdessen betonte Wehler 1995 die Ambivalenz der Bismarckschen Sozialistenpolitik: »Auf der einen Seite gab es eine genuine Furcht und Sorge vor ihren radikalen Fernzielen, auf der anderen Seite wurde diese Angst machiavellistisch ausgenutzt.«[36] – Auf diese Interpretation werden sich vermutliche viele Historiker verständigen können.

»Revolution« im Reichstag

Ein Blick auf die längerfristige Entwicklung der politischen Semantik eröffnet die Möglichkeit, die Bedeutung von Revolutionsängsten für die politische Kultur des

30 Pöls, Sozialistenfrage.
31 Pöls, Sozialistenfrage, S. 81.
32 Fricke/ Knaack, Dokumente, Bd. 1, S. IX.
33 Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Berlin 1973.
34 Wehler, Hans-Ulrich: Das deutsche Kaiserreich. 1871–1918, 4. Aufl., Göttingen 1980, S. 96.
35 Pflanze, Otto: Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, München 1982, S. 13.
36 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 907.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kaiserreichs jenseits der situationsgebundenen Urteile und machttaktischen Kalküle einzelner politischer Akteure auszuloten. Je häufiger von der »Revolution« gesprochen wurde und je prominenter dieses Motiv in der politischen Debatte war, desto ausgeprägter waren politische Befürchtungen oder Hoffnungen in seinem Begriffsumfeld angesiedelt. Jede Rede von »der Revolution«, »revolutionären Bestrebungen«, »revolutionären Ansichten« oder »der Revolutionspartei« evozierte das Bild einer radikalen Herausforderung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung, ganz gleich ob affirmativ oder kritisch verstanden. Im Folgenden soll daher die Prominenz des Revolutionsbegriffs in zwei für die Politik im Kaiserreich besonders relevanten Kommunikationskontexten überprüft werden: Zum einen werden die Debatten im Reichstag daraufhin untersucht, wie oft die Redner den Begriff »Revolution« verwendeten. Das Parlament war eine der wichtigsten Arenen der politischen Auseinandersetzung im Kaiserreich. Aufgrund des allgemeinen Männerwahlrechts waren hier von Anfang an alle relevanten politischen Strömungen und Meinungen vertreten. Man kann die Reichstagsdebatten daher mit einiger Plausibilität als Schlüsselquellen der öffentlichen politischen Kommunikation ansehen. Dies gilt in besonderem Maße für die Jahre zwischen 1878 und 1890, in denen die sozialdemokratische Presse und Versammlungsöffentlichkeit unterdrückt waren und sozialistische Positionen allein im Reichstag gefahrlos vertreten werden konnten. Zum anderen werden die geheimen »Übersichten über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung« analysiert, die – mit Unterbrechungen – zwischen 1878 und 1913 von der Berliner Politischen Polizei zusammengestellt wurden. Im Unterschied zu den Reichstagsdebatten waren die »Übersichten« als behördeninterne Texte nicht auf öffentliche Wirkung angelegt. Es ist daher zu vermuten, dass ihre Begriffspraxis den hegemonialen Wahrnehmungsmustern und Sagbarkeitsregeln der Überwachungsbehörden entsprach. In beiden Fällen handelt es sich um serielle Quellen, wobei die Reichstagsprotokolle das gesamte Kaiserreich, die polizeilichen Überwachungsberichte immerhin den Zeitraum von 1878 bis 1913 abdecken. Selbstverständlich kann eine Auszählung von Worthäufigkeiten keine tiefergehende qualitative Analyse ersetzen. Auch ignoriert ein solches Verfahren den Kontext der Wortverwendung: Weder beachtet es, auf welche Personen, Äußerungen oder Handlungen sich die Etikettierung als »revolutionär« im Einzelfall bezog, noch lässt sich berücksichtigen, ob damit eine positive oder negative Einstellung zur »Revolution« gemeint war, noch ist überhaupt zu ermitteln, was konkret die Redner oder Autoren unter »Revolution« oder einer »revolutionären Strategie« verstanden, noch wird klar, ob es sich um eine Selbst- oder Fremdzuschreibung handelte. All dies ist in Rechnung zu stellen. Aber gerade, weil eine Analyse der Worthäufigkeit alle Kontextbezüge abblenden muss, eröffnet sie die Chance, im

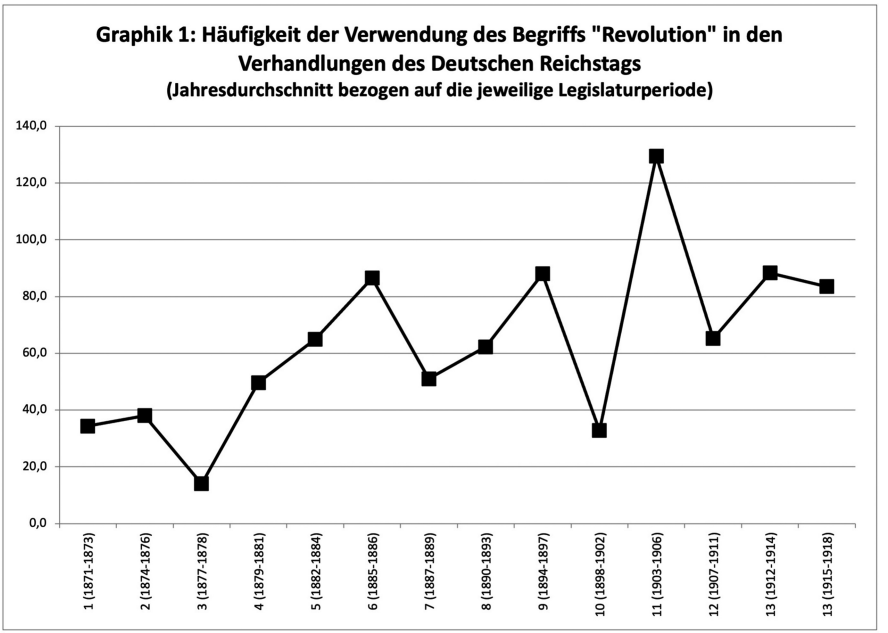
https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Längsschnitt zu verfolgen, welches Gewicht dem Begriff in der öffentlichen Debatte bzw. in der politisch-polizeilichen Weltwahrnehmung zukam. Je häufiger von »Revolution«, »Revolutionären« oder »revolutionären« Aktionen die Rede war, desto stärker wurde die Arbeiterbewegung mit diesem Begriffsfeld assoziiert oder bildete dieses zumindest den semantischen Referenzhorizont ihrer Bewertung.

Wie häufig kamen die Reichstagsabgeordneten im Kaiserreich auf die »Revolution« zu sprechen? Graphik 1 zeigt das Ergebnis einer Auszählung auf Basis der digitalisierten Wortprotokolle der Verhandlungen des deutschen Reichstags zwischen 1871 und 1918.[37] Gezählt wurden alle Seiten der gedruckten Protokolle, auf denen das Wort »Revolution« sowie entsprechende Adjektive und Komposita vorkommen. Da diese auf einer Druckseite mehrfach auftauchen können, liegt die tatsächliche Häufigkeit der Begriffe über den erhobenen Zahlen. Trotzdem geben die erhobenen Daten einen guten Näherungswert. Um längerfristige Trends zu ermitteln, wurden jährliche Durchschnitte bezogen auf die jeweilige Legislaturperiode errechnet. Hierdurch werden kurzfristige Schwankungen zwischen einzelnen Jahren geglättet.

37 Die der Graphik zugrunde liegenden Daten beruhen auf einer Volltextsuche in der digitalisierten Version der Reichstagsprotokolle mit den Erscheinungsjahren 1871 bis 1918 nach den Suchworten »revolution« und »reform«. Diese erfassen außer den Substantiven auch adjektivische Verwendungen und alle Komposita. Ausgewiesen wird die Anzahl der Seiten, die entsprechende Zeichenfolgen enthalten. Auf einer Seite können mehrere Nennungen vorkommen, sodass der ermittelte Wert nicht mit der Häufigkeit der tatsächlichen Wortverwendung identisch ist. Eine weitere Ungenauigkeit resultiert daraus, dass die zeitliche Zuordnung der Funde über die Suchfunktion der digitalen Ausgabe der RT-Protokolle nach dem Erscheinungsjahr der Protokolle erfolgt, das z. T. nach dem Jahr lag, in dem die jeweiligen Reden gehalten wurden. Um diesen Effekt zu mildern und jährliche Schwankungen zu glätten, wurden Jahresdurchschnitte bezogen auf die jeweiligen Legislaturperioden gebildet. Quelle: Verhandlungen des Deutschen Reichstags 1871 – 1918, https://www.reichstag-abgeordnetendatenbank.de/volltext.html (7. 1. 2020).

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

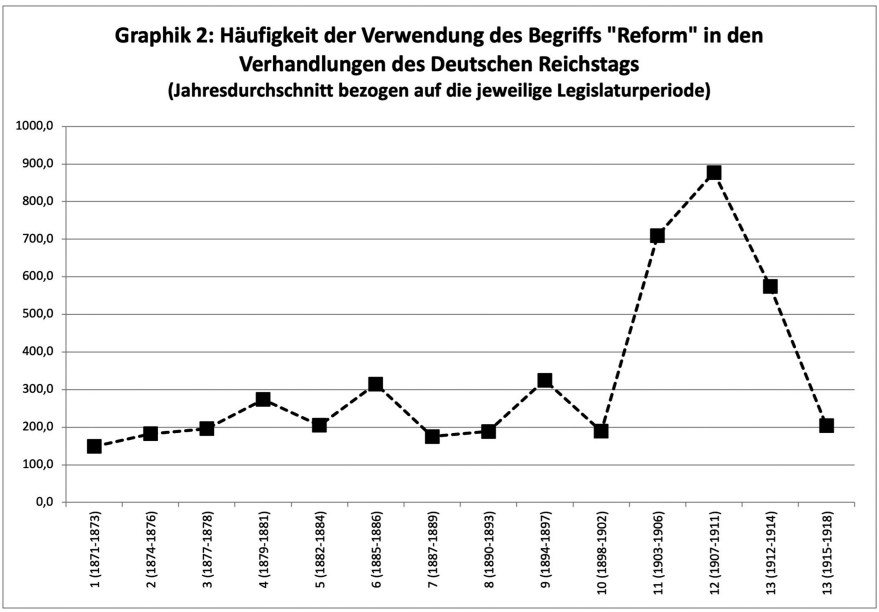


Während der ersten drei Legislaturperioden nach der Reichsgründung haben die Abgeordneten nur selten über vergangene oder zukünftige »Revolutionen« geredet – trotz der zeitlichen Nähe zu den spektakulären Ereignissen der Pariser Kommune. In den folgenden Jahrzehnten lassen sich drei Begriffskonjunkturen erkennen: Die erste setzt Ende der 1870er Jahre ein und erreichte Mitte der 1880er ihren Höhepunkt. In diesen Jahren wurden die beiden Kaiserattentate von 1878 erörtert, das Sozialistengesetz verabschiedet und über die anhaltende Untergrundtätigkeit der Sozialdemokraten debattiert. Auch viel beachtete anarchistische Anschläge wie die Platzierung einer Bombe bei der Einweihung des Niederwalddenkmals am 28. September 1883 und die Ermordung des Frankfurter Polizeipräsidenten Rumpff am 13. Januar 1885 fielen in diese Zeit und haben Revolutionsängste geschürt.[38] In der zweiten Hälfte der 1880er Jahre und in den frühen 1890er Jahren nahm die Prominenz des Revolutionsbegriffs merklich ab, um Mitte der 1890er einen zweiten Höhepunkt zu erreichen, der vor allem mit dem Wachstum der sozialdemokratischen Partei nach Auslaufen des Sozialistengesetzes und dem gescheiterten Versuch der Reichsregierung zusammenhing, die SPD

38 Haupt, Heinz-Gerhard: Den Staat herausfordern. Attentate in Europa im späten 19. Jahrhundert, Frankfurt 2019, S. 26; Mühlnikel, Attentate, S. 68–87. Vgl. auch Härter, Karl u. a. (Hrsg.): Vom Majestätsverbrechen zum Terrorismus. Politische Kriminalität, Recht, Justiz und Polizei zwischen Früher Neuzeit und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2012.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mit der sog. »Umsturzvorlage« erneut einem Sondergesetz zu unterwerfen.[39] Allein für die Jahre 1894 und 1895, in denen über diese Vorlage debattiert wurde, findet sich auf 362 Seiten der Reichstagsprotokolle der Begriff »Umsturz« und auf 201 Seiten der Begriff »Revolution«.[40] Seinen absoluten Höhepunkt erreichte die Reichstagskarriere des Revolutionsbegriffs allerdings während der elften Legislaturperiode zwischen 1903 und 1906: Auf 518 Protokollseiten taucht er während dieser vier Jahre auf – durchschnittlich 129 Mal pro Jahr. Allerdings hatte sich jetzt der Bezugsraum des Begriffs verschoben: Im Zentrum des Interesses und der Befürchtungen standen nicht mehr innerdeutsche Konflikte, sondern die revolutionäre Bewegung in China, vor allem aber die erste Russische Revolution von 1905.



Aus einem innenpolitischen Kampf- und Propagandabegriff war mehr und mehr ein auf äußere Ereignisse bezogener Beschreibungsbegriff geworden. Obwohl im Reichstag mehr als jemals zuvor von »der Revolution« geredet wurde, verlor der Begriff einiges an polarisierender Brisanz. Dafür machte das Schlagwort von der »Reform« eine kometenhafte Karriere: Nachdem die Häufigkeit sei-

39 Vgl. Kupfer, Torsten: Geheime Zirkel und Parteivereine. Die Organisation der deutschen Sozialdemokratie zwischen Sozialistengesetz und Jahrhundertwende, Essen 2003.

40 Zur antisozialistischen Propaganda und Repressionspolitik nach Auslaufen des Sozialistengesetzes vgl. Saul, Klaus: Der Staat und die »Mächte des Umsturzes«. Ein Beitrag zu den Methoden antisozialistischer Repression und Agitation vom Scheitern des Sozialistengesetzes bis zur Jahrhundertwende (AfS 12), Bonn 1972, S. 293 – 350.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ner Verwendung über drei Jahrzehnte ohne klaren Trend stagniert hatte, schoss sie zwischen 1903 und 1914 ruckartig in die Höhe (vgl. Graphik 2). Zugespitzt könnte man sagen, dass die notorische »Revolutionsfurcht« in den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges externalisiert wurde, während die innenpolitischen Debatten mehr und mehr unter dem Signum evolutionären Wandels standen.

»Revolution« und Politische Polizei

Obwohl sich die Autoren im Berliner Polizeipräsidium bei der Zusammenstellung der »Übersichten über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung« bzw. ab 1898 der »Übersichten über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung« um eine nüchterne Diktion bemühten, sind die Texte mit politischen Einschätzungen und Wertungen durchsetzt, aus denen sich die polizeiliche Perzeption der Linken und die obrigkeitliche Interpretation ihrer Strategien und Ziele erkennen lässt. Initiiert wurde die Berichtserie zwar, um die Wirksamkeit des »Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« zu überprüfen. Neben den Sozialdemokraten standen aber von Anfang an auch anarchistische Gruppen im Visier der polizeilichen Beobachtung, die in den 1880er und frühen 1890er Jahren im Reich und in anderen europäischen Ländern mit Aufsehen erregenden Attentaten von sich reden machten.[41] Während sich die deutschen Sozialdemokraten seit den späten 1870er Jahren um eine strikte Abgrenzung von der anarchistischen »Propaganda der Tat« bemühten und prominente Radikale wie Johann Most und Wilhelm Hasselmann, die gewaltsame Aktionen gegen Staat und Bourgeoisie befürworteten, aus der Partei ausschlossen, neigten die »Übersichten« vor allem während der 1880er Jahre dazu, Sozialdemokraten und Anarchisten als verfeindete Brüder im Geiste zu betrachten. Auch wenn nicht zu verkennen sei, hieß es in der Übersicht vom 31. Dezember 1880, dass sich Most von den Grundsätzen der Sozialdemokraten weit entfernt habe, ändere dies nichts daran, dass beide Seiten eine revolutionäre Zukunftserwartung teilten:

> »Die Sozialisten Bebel-Liebknechtscher Richtung sind allerdings ebenso wie Most der Überzeugung, daß auf friedlichem Wege für sie nichts zu erreichen ist und daß daher die gewaltsame Revolution mit der Zeit kommen muß. Sie wissen aber sehr wohl, daß dieser Zeitpunkt noch fern liegt, daß sie dazu noch einer langen und sorgfältigen Vorbereitung bedürfen. Deshalb suchen sie sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen so gut wie mög-

41 Vgl. Mühlnikel, Attentate.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> lich abzufinden und sträuben sich, durch unüberlegte Schritte den später sicher zu erwartenden Erfolg aufs Spiel zu setzen.«[42]

Ähnliche Formulierungen finden sich in den Berichten der folgenden Jahre immer wieder. Erst um die Jahrhundertwende, als der Höhepunkt des anarchistischen Terrorismus in Europa längst überschritten war, trennten die »Übersichten« deutlicher zwischen der sozialdemokratischen Massenbewegung und den verbliebenen anarchistischen Grüppchen und Einzelpersonen. Hier lässt sich mit der Zeit eine gewisse Tendenz zu einer differenzierteren Einschätzung und Kategorisierung des »linken« Lagers erkennen. Der ostdeutsche Herausgeber der Übersichten, Dieter Fricke, hat die große Aufmerksamkeit der Polizeibehörden für den Anarchismus als ideologisch motivierte Fehldeutung kritisiert:

> »Entsprechend einer altbewährten Methode der Reaktion bei der Verfolgung und Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung wurde eine revolutionäre Haltung grundsätzlich als anarchistisch diffamiert. Die immer wieder in den ›Übersichten‹ anzutreffende Methode, revolutionäre Sozialdemokraten mit den Anarchisten schlechthin gleichzusetzen, diente zur Rechtfertigung bzw. Stimulierung eines noch brutaleren Vorgehens gegen jene.«[43]

Mit diesem Urteil befand sich Fricke 1983 im Einklang mit der geschichtspolitischen Leiterzählung der SED, die die marxistische Sozialdemokratie zur einzig wahren Repräsentantin des historischen Fortschritts und der Klasseninteressen der Arbeiterschaft stilisierte. Trotzdem lag er nicht falsch, wenn er die überproportionale Aufmerksamkeit der Polizeibehörden für die gewaltgeneigten Anarchisten monierte: Im Vergleich zur Sozialdemokratie, deren Wähleranteil seit Mitte der 1880er Jahre kontinuierlich stieg und bis zu den Reichstagswahlen von 1912 auf fast 35% wuchs, waren die versprengten Anarchisten ein unbedeutendes Häuflein.

Tatsächlich sind die »Übersichten« in dieser Hinsicht widersprüchlich: Einerseits vermerken sie immer wieder, dass sich die Sozialdemokraten im Rahmen der Legalität bewegten und sich von den Anarchisten distanzierten, um den Behörden keine Angriffsfläche zu bieten. »Das Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Anarchisten bzw. Mostianern ist äußerlich ein schroffes. In England und der Schweiz sind wiederholt Prügeleien zwischen ihnen vorgekommen«, hieß es 1884. Andererseits konstatiert man, dass »die Grundanschauungen der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre ganz dieselben sind und beide Parteien lediglich in der Wahl der Mittel […] voneinander abweichen.«[44] Zugleich zeigen die

42 Übersicht vom 31. 12. 1880, in: Fricke/ Knaack, Dokumente, Bd. 1, S. 62.
43 Ebd. S. XV.
44 Übersicht vom 1. 11. 1884, in: Fricke/ Knaack, Dokumente, Bd. 1, S. 248.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

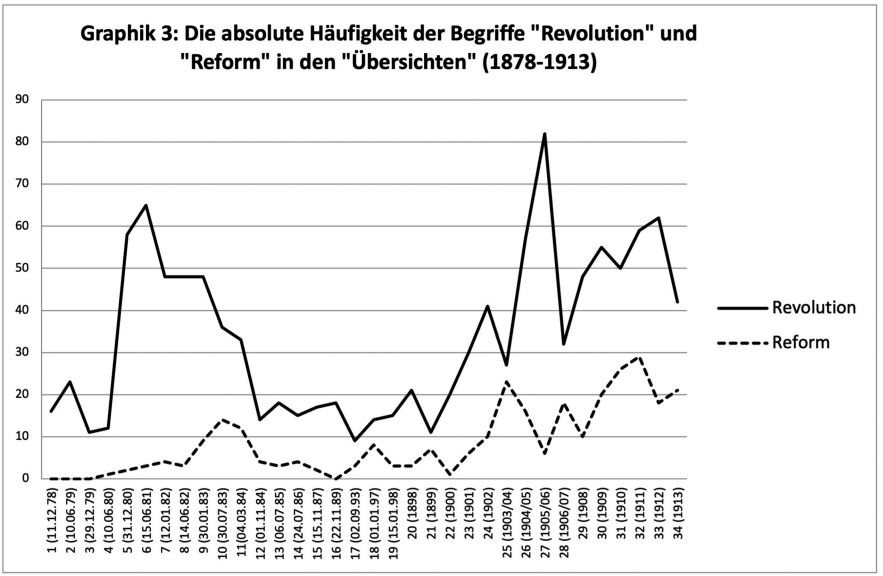
Detailinformationen über sozialdemokratische und anarchistische Aktivitäten im In- und Ausland, dass die Analytiker der Polizei die grundsätzlichen Unterschiede zwischen beiden Richtungen sehr wohl sahen. Während etwa von einer Anarchistenversammlung in Paris berichtet wurde, diese habe »die Ausrottung der Monarchen, Kapitalisten und Pfaffen durch die Propaganda der Tat dringend« empfohlen, hieß es von den deutschen Exil-Sozialdemokraten in der Schweiz, dass »sie in demonstrativer Weise die Taten der Anarchisten zu verabscheuen erklären.«[45] Im Laufe der Zeit tendierten die Analysen der politischen Polizei dazu, deutlicher zwischen der legalistisch agierenden Sozialdemokratie und den anarchistischen Gruppen und ihrer terroristischen Strategie zu unterscheiden. Der Wechsel in der Titulierung Ende der 1890er Jahre macht dies deutlich. Je stärker sich die Erwartung gewaltsamen revolutionären Handelns auf die anarchistischen Gruppen konzentrierte, desto weniger wurden die Aktivitäten der Sozialdemokratie noch mit dem Schreckbild der »Revolution« assoziiert.

Als ein Indikator für den Stellenwert, den Revolutionsängste für die politisch-polizeiliche Situationsdeutung im Kaiserreich hatten, kann auch hier die Häufigkeit gelten, mit der die obrigkeitlichen Beobachter in ihren Berichten über die »Revolution« schrieben.[46] Außer dem Begriff »Revolution« und seinen Komposita wurde wiederum der Gegenbegriff »Reform« ausgezählt, um zu überprüfen, ob und bis zu welchem Grad die Arbeiterbewegung bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges aus Sicht der polizeilichen Beobachter mit einem systemkonformen, evolutionären Politikkonzept assoziiert wurde.

45 Ebd., S. 251, 259.

46 Die folgenden Graphiken beruhen auf einer Auszählung des Texts aller 34 »Übersichten« in der von Dieter Fricke und Rudolf Knaack besorgten Edition. Fricke/ Knaack, Dokumente, Bd. 1 – 3. Erfasst wurde jede Nennung der Zeichenfolge »revolution« und »reform« unter Ausschluss des editorischen Apparates in den Fußnoten. Damit wurden sowohl Substantive als auch Adjektive sowie alle Komposita erfasst, die die entsprechenden Zeichenfolgen enthalten. Da nur die Worthäufigkeit registriert wurde, bleiben inhaltliche Aspekte unbeachtet. Die Worte »Revolution«, »Reform«, »revolution« oder »reformistisch« etc. können sich also auf die Politik sozialdemokratischer oder anarchistischer Gruppen beziehen, aber z. B. auch auf die Eigenbezeichnung von Publikationen oder politischer Organisationen in Deutschland und im Ausland. Auch wird nicht zwischen positiven (»Die Gruppe XY strebt eine Revolution an«) und negierenden Verwendungen (»AB spricht sich gegen eine revolutionäre Strategie aus«) unterschieden. Die Auszählung gibt also nur über die Häufigkeit Auskunft, mit der die Lageanalysen der Politischen Polizei auf die genannten Begriffe referieren. Da die Berichtszeiträume der Übersichten unterschiedlich lang sind, lassen sich die Befunde nicht exakt auf einzelne Jahre beziehen. Aus diesem Grund sind auf der x-Achse die einzelnen Berichte und keine Jahreszahlen aufgetragen. Für die Jahre 1888, 1890 – 1892, 1894 – 1896 liegen keine Berichte vor. Für Unterstützung bei der Auszählung und Datenerfassung danke ich Laura Bönemann.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

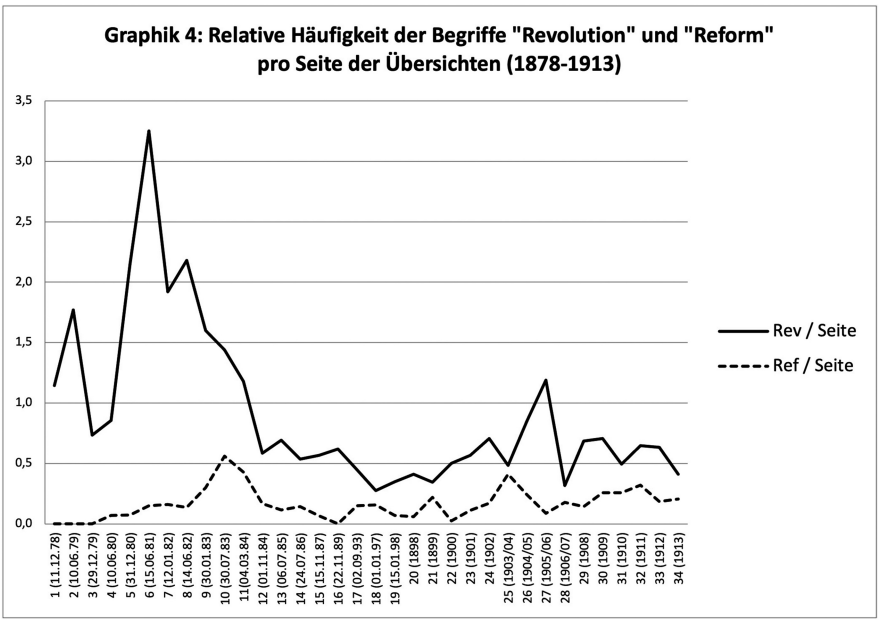


Graphik 3 lässt erkennen, dass der Revolutionsbegriff in den beiden hauptsächlichen Beobachtungsperioden während der 1880er Jahre und in der Zeit nach der Jahrhundertwende eine herausragende Rolle spielte. Für die Geltungsdauer des Sozialistengesetzes fällt eine bemerkenswerte Zweiteilung auf: Zu Beginn der 1880er Jahre zeigt sich zunächst ein rapider Anstieg: Die sechste Übersicht vom 15. Juni 1881 verwendete 65 Mal den Begriff »Revolution«. Anschließend fiel die Verwendungshäufigkeit immer weiter und lag 1889 bei 17 Mal. Als die Berichterstattung nach mehrjähriger Unterbrechung kurz vor der Jahrhundertwende wieder in einen regelmäßigen Rhythmus kam, nahm die Prominenz des Revolutionsbegriffs bis zu einem Maximum von 82 Nennungen in der siebenundzwanzigsten Übersicht für die Jahre 1905/06 zu, fiel anschließend rasch ab, um bis 1912 erneut schrittweise zu steigen. Hier spielte die Massenstreikdebatte in der deutschen Sozialdemokratie eine Rolle, in den Jahren 1905/06 stand aber wie schon in den Reichstagsdebatten vor allem die Russische Revolution im Zentrum der Aufmerksamkeit. Der Begriff »Reform« war in den Einschätzungen der politischen Polizei weit weniger prominent, wies aber ebenfalls zwei Häufigkeitshöhepunkte auf: In der ersten Hälfte der 1880er Jahre bot hierzu vor allem die Bismarcksche Versicherungsgesetzgebung Anlass, nach der Jahrhundertwende bezogen sich die entsprechenden Nennungen auch auf die programmatischen und strategischen Debatten in den sozialistischen Parteien in Deutschland und in anderen europäischen Ländern. Im annähernd parallel ansteigenden Kurvenverlauf von »Revolution« und »Reform« spiegelt sich grosso modo die polizeiliche Beobachtung der in-

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nerparteilichen Flügelkämpfe zwischen den reformorientierten Kräften und der radikalen Linken während des Vorkriegsjahrzehnts.

Um den Stellenwert der Revolutionssemantik für die polizeiliche Sicht auf die Arbeiterbewegung angemessen zu bestimmen, ist ein Präzisierungsschritt erforderlich, durch den die bisherigen Befunde in einem etwas anderen Licht erscheinen. Zwischen 1878 und 1913 ist der Umfang der polizeilichen »Übersichten« erheblich gewachsen. Reichten anfangs 13 – 14 Seiten aus, um die »allgemeine Lage der sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung« zu beschreiben, breiteten die polizeilichen Beobachter ihre Erkenntnisse in den Jahren vor Kriegsbeginn auf über 100 Seiten aus.[47]



Dies hatte Rückwirkungen auf die relative Prominenz der analysierten Begriffe, denn wenn in einem 20-seitigen Bericht 50 oder 60 Mal von »Revolution« gesprochen wurde, zeigt dies eine größere Relevanz des Begriffes an, als wenn dies in einem Bericht von 100 Seiten geschah. Unter Berücksichtigung der Seiteninflation ergeben die oben vorgestellten Befunde ein anderes Bild (vgl. Graphik 4). Die relative Häufigkeit des Revolutionsbegriffs erreichte schon in den ersten Jahren nach Erlass des Sozialistengesetzes ihren Höhepunkt: Zu Anfang der 1880er Jahre ist die Arbeiterbewegung von ihren polizeilichen Beobachtern am häufigsten mit dem Revolutionsbegriff assoziiert worden. Ab Mitte des Jahrzehnts war es mit die-

47 Die Seitenzählung bezieht sich auf die Druckversion der Übersichten in der Edition von Fricke.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ser obsessiven Revolutionsfurcht aber schon wieder vorbei. Von jetzt an bis zum Kriegsbeginn pendelte die relative Häufigkeit der Begriffsverwendung um einen Wert von 0,5 Nennungen pro Seite. Lediglich der Schock der Russischen Revolution von 1905 sorgte für eine kurzzeitige Begriffskonjunktur. Sieht man von diesem externen Ereignis ab, stagnierte die relative Prominenz des Revolutionsbegriffs seit Mitte der 1880er Jahre ohne klaren Auf- oder Abwärtstrend auf relativ niedrigem Niveau. Hinsichtlich des Begriffs »Reform« erscheinen auch jetzt die frühen 1880er Jahre als die Phase größter relativer Prominenz.

Die Veränderung der polizeilichen Außenwahrnehmung korrespondierte mit dem Wandel der Revolutionserwartung in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Nachdem die nationale Frage 1871 nicht revolutionär und großdeutsch von unten, sondern autoritär, kleindeutsch-preußisch und von oben gelöst worden war, begann nicht nur die revolutionäre Naherwartung zu verblassen. Auch die Vorstellung, die führende Sozialdemokraten von »der Revolution« hatten, veränderte sich. Dieter Groh hat dies in seiner klassischen Studie mit dem Begriff des »revolutionären Attentismus« auf den Punkt gebracht.[48] In einer deterministisch verflachten Marx-Rezeption gingen führende Köpfe der Sozialdemokratie wie Bebel oder Liebknecht mehr und mehr von der Annahme aus, die innere Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft würde von sich aus auf eine Situation der Destabilisierung und letztlich des Zusammenbruchs hintreiben. Diesen Prozess könne und solle man nicht beschleunigen, sondern müsse ihn letztlich nur abwarten. Zwischenzeitlich habe man sich auf die Organisation und Schulung des Proletariats zu konzentrieren, dem nach dem Kollaps der alten Ordnung die politische Macht zufallen werde.[49]

Diese abwartende Revolutionshoffnung wurde nicht zuletzt durch die Große Depression ab 1873 stimuliert, die als letzte große Krise des Kapitalismus interpretiert wurde. Auch Engels deutete die Depression 1886 als letzte Phase der kapitalistischen Wirtschaft vor dem Ausbruch der »unvermeidlichen sozialen Revolution«[50]. Bebel teilte diese Vermutung und prognostizierte in den 1880er Jahren immer wieder den baldigen »großen Kladderadatsch«: »Ich lege mich jeden Tag mit dem Gedanken schlafen, daß das letzte Stündlein der bürgerlichen Gesellschaft in Bälde schlägt.«[51] Diese Formulierung bringt den »revolutionären Attentismus« von Bebel und Genossen besonders treffend zum Ausdruck: Die Revoluti-

48 Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus.
49 Liebknecht, Wilhelm: Zu Trutz und Schutz. Festrede gehalten zum Stiftungsfest d. Crimmitschauer Volksvereins am 22. Oktober 1871 (nach e. stenogr. Niederschrift), Leipzig 1874, S. 17 f. Zitiert nach Welskopp, Banner, 704.
50 Groh, Dieter/ Brandt, Peter: »Vaterlandslose Gesellen«. Sozialdemokratie und Nation 1860 – 1990, München 1992, S. 35.
51 Brief an Engels von 1885, zitiert nach Groh/ Brandt, Sozialdemokratie und Nation, S. 36.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

on war ein Ereignis, das von den Sozialdemokraten quasi »im Schlaf« erwartet werden konnte.

Wenn nicht die finale Krise des Kapitalismus dem bürgerlichen System den Garaus machte, so eine weitere, unter führenden Sozialdemokraten populäre Vermutung, dann wäre es sicherlich ein kommender großer Krieg. August Bebel ging ab den frühen 1880er Jahren davon aus, dass ein europäischer Krieg sehr wahrscheinlich die ersehnte Revolution, den »großen Kladderadatsch« auslösen würde. Und von Friedrich Engels stammt die berühmte Prognose vom Dezember 1887, dass nach einem künftigen europäischen Krieg »die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen [werden] und niemand sich findet, der sie aufhebt.«[52] Diese Vorhersage ist nicht nur deshalb bemerkenswert, weil sie sich 1918 auf geradezu unheimliche Weise bewahrheitete, sondern auch, weil sich Engels' Revolutionserwartung mit der Revolutionsfurcht Bismarcks deckte, der im gleichen Jahr im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den geheimen Rückversicherungsvertrag zwischen Russland und Deutschland seine Sorgen vor einem möglichen europäischen Krieg artikulierte, der unweigerlich revolutionäre Umbrüche nach sich ziehen werde: »Der Krieg, sei der nun siegreich oder nicht, wird die Revolution in mehr als einem Lande entfesseln.«[53] Auch diese Revolutionsprognose wies der Arbeiterbewegung eine passive Rolle zu: Den zukünftigen Krieg konnte man nur abwarten.

Die Abkehr von einem proaktiv gedachten Revolutionsszenario lässt sich schließlich auch daran erkennen, wie sich die deutschen Sozialdemokraten im späten Kaiserreich zur Frage des politischen Streiks positionierten. Aus Sicht der Polizeibehörden waren große Arbeitskämpfe nicht allein wirtschaftliche Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitsmarktparteien, sondern eine potentielle Gefahr für die politische Ordnung: Der überraschend ausgebrochene große Streik der Bergarbeiter im Jahr 1889 führte die überforderten preußischen Polizeibehörden zu der irrigen Annahme, die treibenden Elemente seien die »staatsgefährlichen, auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen« gewesen.[54] Obwohl die Sozialdemokraten unter den Bergleuten des Ruhrgebiets einen schweren Stand hatten und mit der Organisation dieses und anderer Bergarbeiterstreiks nichts zu tun hatten, nahm man den 1889er Streik zum Anlass für eine umfassende Verstärkung der regionalen Polizeikräfte.

52 Zitiert nach Engelberg, Ernst: Bismarck, Bd. 2: Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1998, S. 505. Allerdings befürchtete Engels zugleich, dass im Falle eines neuen Krieges entweder die Arbeiterschaft »ins patriotische Geheul mit einstimmen (würden)«, oder dass Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie dann noch weitaus brutaler unterdrückt und verfolgt würden als unter dem Sozialistengesetz. Groh/Brandt, Sozialdemokratie und Nation, S. 33.

53 Bismarck im November 1887, zitiert nach Engelberg, Bismarck, Bd. 2, S. 505.

54 Jessen, Polizei im Industrierevier, S. 150.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In der sozialdemokratischen »Massenstreik«-Debatte nach der Jahrhundertwende zeigte sich allerdings, dass die obrigkeitlichen Sorgen, sozialdemokratische Agitatoren könnten eine Streikbewegung zur revolutionären Mobilisierung nutzen, unbegründet waren. Inspiriert durch Streiks zur Erlangung des Wahlrechts in Schweden und Belgien, einen weiteren großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet im Januar 1905 und die russische Revolution im gleichen Jahre debattierten SPD und Gewerkschaften in den Jahren 1905/06 darüber, ob man »Massenstreiks« als Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele befürworten sollte. Während sich die Freien Gewerkschaften klar dagegen aussprachen, schlug die SPD zunächst einen anderen Kurs ein. Ein Parteitag in Jena beschloss im September 1905, dass man den Massenstreik zwar nicht als offensives Kampfmittel, wohl aber als Abwehrinstrument gegen eine mögliche Einschränkung des Wahlrechts oder des Koalitionsrechts akzeptierte.[55] Ein Jahr später wurde diese sehr beschränkte Öffnung zum politischen Streik allerdings schon wieder kassiert. Im »Mannheimer Abkommen« vom September 1906 räumte die SPD den Gewerkschaften faktisch ein Vetorecht gegen politische Streiks ein, die damit praktisch ausgeschlossen waren.

Ohnehin hatte man politische Streiks nur zur Verteidigung des Wahl- und Koalitionsrechts für legitim gehalten, also zur Sicherung systemimmanenter Partizipationsrechte, die die Ordnung des Kaiserreichs – wenn auch mit etlichen Mängeln und Begrenzungen – gewährte. Nicht zuletzt das Sozialistengesetz hatte in Kombination mit dem modernen Reichstagswahlrecht die Fokussierung der sozialistischen Arbeiterbewegung auf die Wahlkämpfe und die Parlamentswahlen erheblich verstärkt. An der Wahlurne konnte man seine Popularität und die breite Resonanz der Sozialdemokratie in der Bevölkerung beweisen – die von Wahl zu Wahl steigenden Stimmanteile zeigten es. Als die SPD in den Reichstagswahlen 1890 erstmals mehr Stimmen als jede andere Partei erhalten hatte, entfachte dies beim alten Friedrich Engels in London noch einmal Revolutionshoffnungen: »Der 20. Februar [der Wahltag] ist der Tag, an dem die deutsche Revolution eröffnet wird« meinte er, und weiter: »In drei Jahren können wir die Landarbeiter haben und dann haben wir die Kernregimenter der preußischen Armee. Dann ist die ganze alte Wirtschaft Kladderadatsch und wir herrschen.«[56] So ist es nicht gekommen, aber selbst in diesem Szenario sollte der Wahlerfolg den Durchbruch bringen, nicht die revolutionäre Erhebung. »Die Sozialdemokratie ist eine revolutio-

55 Geschichte der Gewerkschaften (Hans-Böckler-Stiftung): Verhältnis von SPD und Freien Gewerkschaften. Debatte über Massenstreik, https://www.gewerkschaftsgeschichte.de/Debatte-ueber-massenstreik.html (01. 04. 2021), dort auch die Dokumentation der entsprechenden Beschlüsse.
56 Briefäußerungen von Engels, zitiert nach Groh/ Brandt, Sozialdemokratie und Nation, S. 51 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

näre, aber keine Revolution machende Partei« hat Karl Kautsky die Sache auf den Punkt gebracht.

Wenn einerseits festzustellen ist, dass sich die politisch-polizeiliche Beschreibung der revolutionären Bedrohung in den 1890er Jahren von der pauschalen Stigmatisierung aller »linken« Kräfte entfernte und sich andererseits die sozialistische Arbeiterbewegung mehrheitlich von einem proaktiven Revolutionsverständnis löste, heißt dies nicht, dass in der antisozialistischen Agitation und Publizistik nicht weiter das Feindbild des aufrührerischen Sozialdemokraten gepflegt und die Furcht vor der Revolution geschürt wurden. Dem fleißigen, integrierten, politisch unauffälligen Arbeiter wurde der gefährliche, aufrührerische, sozialdemokratisch verhetzte Arbeiter gegenübergestellt, der oft zusätzlich moralisch disqualifiziert wurde.[57] Besonders tat sich hierbei der 1903 als Reaktion auf die sozialdemokratischen Wahlerfolge gegründete »Reichsverband gegen die Sozialdemokratie« hervor, der in den folgenden zehn Jahren allerlei Flugschriften in einer Gesamtauflage von 47 Mio. Stück produzierte.[58] Die Propagandaschriften des Verbandes attackierten die Sozialdemokraten einerseits als politische Gefahr, als reichsfeindliche »vaterlandslose Gesellen«, andererseits wurden sie moralisch diskreditiert. Schnöder Materialismus und »freie Liebe« wurden angeprangert, die Sozialdemokraten würden »allen rohen Instinkten« und den »niederen Leidenschaften der Masse« frönen. Sie mobilisierten »vaterlandsloses, gewalttätiges, glaubensloses, unzufriedenes und begehrliches Gesindel«.[59] Wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft gekommen sei, drohe ein »Massenmord gegen alle Andersgesinnten« und die Reichen würden »abgeschlachtet«.[60] Diese wüste Hetze versuchte noch einmal, den älteren Pöbel-Diskurs zu mobilisieren, um die politische Arbeiterbewegung aus der nationalen Gemeinschaft auszugrenzen. Die reformistisch gewordene Sozialdemokratie setzte dagegen ihre Respektabilitätsansprüche, ihre Parteidisziplin und ihre Wahlerfolge.

57 Sobich, Bestien, S. 156.
58 Ebd. S. 165.
59 Ebd. S. 168.
60 Zitiert nach ebd., S. 170. Vgl. auch Saul, Der Staat und die »Mächte des Umsturzes«.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Jörg Baberowski

Die entfesselte Furie. Revolution und Diktatur in Russland

»In unserem tausendjährigen, gewaltigen Haus hatte sich ein großer Tod ereignet, und das Haus stand nun offen, und war erfüllt von einer unermeßlichen müßigen Menge, für die es nichts Heiliges und Verbotenes mehr gab, in keinem der Zimmer«, schrieb der Dichter Iwan Bunin am 24. April 1919 in sein Tagebuch. »Und inmitten dieser Menge schwirrten die Erben des Verstorbenen umher, ganz benommen vor Sorgen und Anordnungen, die indes niemand befolgte. Die Menge streifte von einem Zimmer ins andere, von einem Raum in den anderen, ohne auch nur eine Minute von ihren Sonnenblumenkernen abzulassen, knabbernd und kauend, und schaute vorläufig nur, schwieg einstweilen noch. Die Erben aber schwirrten umher, unaufhörlich redend, schmeichelten sich auf allerlei Art bei der Menge ein, wollten ihr und sich selbst versichern, eben sie, die machthabende Menge, hätte sich ›in ihrem heiligen Zorn‹ auf ewig die ›Ketten‹ zerschlagen, und sie alle suchten sich selbst und der Menge einzugeben, daß sie im Grunde genommen keineswegs die Erben seien, sondern lediglich zeitweilige Verwalter, angeblich doch von der Menge selbst dazu ermächtigte.«[1]

Die Vorstellung von den segensreichen Wirkungen der Revolution rührt aus der Überzeugung, dass die gegenwärtige Generation nicht das Recht habe, die künftige ihren Gesetzen zu unterwerfen. So verschafft sich jeder Staatsstreich den Grund und die Legitimation, die er braucht. Alles ist im Fluss und in Bewegung, nichts ist gewiss, der Geist hat sich von den Institutionen emanzipiert. Was besteht, ist im Unrecht, was vorwärts geht, hat alles Recht auf seiner Seite.[2] Die Begründungen aber kommen erst ins Spiel, wenn der Umsturz vollbracht, die

1 Bunin, Iwan: Verfluchte Tage. Ein Revolutionstagebuch, Frankfurt am Main 2008, erstmals Zürich 1935, hier S. 99 f.

2 Sloterdijk, Peter: Die schrecklichen Kinder der Neuzeit. Über das anti-genealogische Experiment der Moderne, Berlin 2014, hier S. 38 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Macht gesichert ist. Natürlich wissen auch die Revolutionäre, dass vom Anfang nur sprechen kann, wer das Ende kennt, dass die Revolte eine Abfolge reiner Augenblicke ist, Augenblicke, die durch keine Vorsehung miteinander verbunden sind. Und dennoch braucht die siegreiche Revolution den Mythos, weil ihre Anführer den Bruch mit Tradition, Überlieferung und Recht legitimieren müssen. Das Volk habe die bedrückende Herrschaft des alten Regimes von seinen Schultern geworfen, nach der Freiheit verlangt, sagen sie, sobald sie an der Macht sind. Ihre eigene Revolte aber soll die letzte gewesen sein, ihr soll kein Aufruhr mehr folgen, und so setzen sie eine Geschichte in die Welt, die den Ungehorsam in einen Volksaufstand verwandelt und ihm den Anstrich des Notwendigen und Unvermeidlichen verleiht. Was im Augenblick geschah, wird als Plan und Vorsehung ausgegeben, als habe man schon immer gewusst, dass es nur so und nicht anders kommen konnte. Und so verwandelt sich die unspektakuläre Verhaftung der Minister, die sich im Oktober 1917 noch im Winterpalais aufhielten, in einen Sturm, in eine religiöse Handlung. Die Bolschewiki waren Meister effektvoller Inszenierungen, die Anerkennung nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Sowjetunion fanden. Lenin als Vollstrecker des Unvermeidlichen, die Massen, die tun, was an der Zeit ist und die Geschichte, die sich in ihnen zur Vollendung bringt. Niemals zuvor hatte es eine Revolution gegeben, die sich auf all das berief und sich auf diese Weise für alle Zeiten verewigen wollte.[3]

Und doch sind Macht und Herrschaft stets bedroht, und es hängt vom Augenblick und seinen Möglichkeiten ab, ob der Ungehorsam erreicht, was er will. Menschen mögen unzufrieden sein. Aber ihre Unzufriedenheit ist noch kein hinreichender Grund dafür, dass sich eine Revolte in eine Erhebung und eine Erhebung in einen Staatsstreich verwandelt. Gleiche Stimmungen können in unterschiedlichen Situationen verschiedenes bewirken. Wäre es anders, – die Revolutionen dürften gar kein Ende nehmen, geht es doch denkbar ungerecht im Leben der meisten Menschen zu. Die innere Zersetzung der Staatsmacht sei eine Voraussetzung dafür, dass Revolutionen gelängen, schrieb Hannah Arendt, aber sie seien keine notwendige Konsequenz staatlichen Zerfalls. Schon immer hätten sich auch schwache Staaten über lange Zeit am Leben erhalten. »Denn Machtzerfall wird häufig nur manifest in direkter Konfrontation; und selbst dann, wenn die Macht schon auf der Straße liegt, bedarf es immer noch einer Gruppe von Menschen, die

3 Corney, Frederick C.: Telling October. Memory and the Making of the Bolshevik Revolution, Ithaca/N.Y. 2004, hier S. 2–8; Furet, Francois: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, hier S. 88.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auf diese Eventualität vorbereitet und daher bereit ist, die Macht zu ergreifen und die Verantwortung zu übernehmen.«[4]

Im Rückblick erscheint uns die Revolution als ein Jahrhundertgeschehen, dessen vibrierende Schwingungen bis auf den heutigen Tag zu spüren sind. Aber die Zeitgenossen wussten natürlich nicht, wohin die Brotproteste führen würden, die im Februar 1917 die Hauptstadt des Zarenreiches erschütterten. Wie viele Revolten hatte es schon gegeben, und wie oft waren sie mit leichter Hand wieder beendet worden. Im Vergleich zur ersten war die zweite Revolution nur ein Hauch im Wind. Damals, im Jahr 1905, hatte das Regime in den Abgrund geschaut. Bauernaufstände, Arbeiterproteste, Studentenunruhen, Attentate, interethnische Kriege und Judenpogrome hatten die Zentralmacht vollständig paralysiert, die liberale Opposition hatte sich gegen das Regime als politische Alternative in Stellung gebracht. Und dennoch konnte die Regierung alle Vorteile nutzen, die sich aus der Entschlossenheit und Geschlossenheit der Mächtigen ergaben. Der Zar befand sich in der Hauptstadt, die Regierung hatte die Kontrolle über Polizisten, Soldaten und ihre Waffen, und so gelang es ihr, die Aufständischen zu isolieren und sie gegeneinander auszuspielen.[5]

Im Februar 1917 war alles anders. Die Opposition war an nichts anderem interessiert, als die Effizienz der Exekutive zu verbessern, nicht aber daran, eine Revolution auszulösen. »Kein einziger verantwortlicher Politiker«, schrieb der liberale Dumaabgeordnete Alexander Bublikow, habe sich damals eine Revolution wünschen können, ganz gleich, was später über Absichten und Motive von den Siegern in die Welt gesetzt worden sei. Jeder habe verstanden, dass im Angesicht des Krieges von der Reorganisation der politischen Ordnung nicht die Rede sein konnte. Die revolutionären Parteien seien tot gewesen, die Liberalen hätten eine Revolution nicht einmal im Traum für möglich gehalten.[6] Nirgendwo gab es überhaupt Anzeichen für eine bevorstehende Revolte. Unruhen hatte es immer schon gegeben, und immer schon waren sie auch wieder beendet worden.

Wie konnte es dann aber geschehen, dass sich die Brotrevolte in einen Aufstand, der Aufstand in eine Revolution verwandelte, die das alte Regime in nur wenigen Tagen hinwegfegte, obwohl die meisten Untertanen überhaupt nicht nach seinem Sturz verlangt hatten? Die Antwortet lautet: weil sich die Revolte auf die Hauptstadt beschränkte, weil der Zar zu Beginn der Proteste die Stadt ver-

4 Arendt, Hannah: Macht und Gewalt, 18. Aufl., München 2008, hier S. 50.
5 Vgl. dazu das Standardwerk über die erste russische Revolution von Ascher, Abraham: The Revolution of 1905, Bd.1: Russia in Disarray, Stanford/ Cal. 1988; Ders.: The Revolution of 1905, Bd. 2: Authority Restored, Stanford/ Cal. 1992.
6 Bublikov, Aleksandr: Russkaja revoljucija. Vpečatlenija i mysli očevidca i učastnika, Moskau 2016 (erstmals New York 1918), hier S. 48f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ließ und nach Mogiljow, ins Hauptquartier der Armee fuhr, weil der Militärkommandant, Sergej Chabalow, die Minister des Inneren und des Krieges, Alexander Protopopow und Michail Beljajew, den Kopf verloren und sich im Zentrum von den Schaltstellen der Macht vertreiben ließen, und weil sich in Petrograd keine zuverlässigen militärischen Einheiten befanden, die dem Aufstand ein Ende hätten bereiten können.[7] Und doch hätte alles anders kommen können, wenn die Bewegung der Straße ins Leere gelaufen und zerstreut worden wäre. Denn das Ende des alten Regimes kam nicht, weil Menschen auf der Straße nach Brot riefen oder Straßenbahnwaggons umwarfen, sondern es wurde erst besiegelt, als die liberale Opposition erkannte, dass die Minister unentschlossen und unfähig waren, das Nötige zu tun und die Rebellion niederzuschlagen.

Hätten die Minister und Generäle des Zaren beherzt gehandelt und die Kommunikations- und Machtmittel genutzt, die ihnen zur Verfügung standen, hätten sie sich wahrscheinlich gegen die Aufständischen durchgesetzt. In Russland waren die lokalen Machtzentren zwar mit den Ministerien in der Hauptstadt verbunden, nicht aber untereinander. Alle Informationen wurden von der Zentrale ausgegeben, und alle Informationen liefen auf sie zu. Es gab also nur eine vertikale, aber keine horizontale Kommunikation. Deshalb hatten die Aufständischen leichtes Spiel, sich durchzusetzen, nachdem sie die Macht- und Kommunikationsinstrumente der Autokratie erst einmal in ihre Hände gebracht hatten. Wäre die Revolte in der Provinz oder an der imperialen Peripherie ausgebrochen, hätte die Regierung nichts weiter tun müssen, als loyale Kosakenregimenter damit zu beauftragen, die Revolte im Keim zu ersticken. In Petrograd aber stand sie einem Heer unzuverlässiger und renitenter Reservesoldaten gegenüber, die seit Monaten untätig in den Kasernen der Stadt festsaßen und darauf warteten, an die Front geschickt zu werden. Für die Zwecke der Macht war das Heer der Untätigen nicht nur nicht zu gebrauchen, es wurde vielmehr zur leichten Beute von Agitatoren und Aufwieglern, die im Umkreis der Kasernen auf ihre Gelegenheit warteten.[8]

Diese Erkenntnis dämmerte den Ministern aber erst am dritten Tag der Revolte, als die Soldaten sich mit den Demonstranten verbrüderten. Die Minister hatten sich sicher gefühlt, weil die Regierungsgebäude und Paläste wie in einem Halbkreis von Kasernen umschlossen waren. Nun aber verwandelten sich die Bollwerke der Staatsgewalt in Festungen der Revolution, die Repräsentanten des autokra-

7 Eine scharfsinnige Analyse des Geschehens findet sich in den Erinnerungen des Admirals Aleksandr Bubnov: Bubnov, Aleksandr: V carskoj stavke, New York 1955, hier S. 293 – 321.

8 Bubnov, V carskoj stavke, S. 306; Paléologue, Maurice: Am Zarenhof während des Weltkrieges. Tagebücher und Betrachtungen, Bd. 2, München 1925, hier S. 249. Zur Armee in der Revolution vgl. das Standardwerk von Wildman, Alan: The End of the Russian Imperial Army, Bd. 1: The old Army and the soldiers' revolt (March-April 1917), Princeton/ N.J. 1980.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tischen Staates wurden von Aufständischen eingekreist. Sie saßen in der Falle.[9] Das Regime tat nichts, um seinen Untergang noch abzuwenden. Der Sozialrevolutionär Sergei Mstislawski, der damals im Haus des »Bundes republikanischer Offiziere« mit anderen Revolutionären den Soldatenaufstand koordinierte, konnte nicht verstehen, warum Chabalow Truppen im Zentrum der Hauptstadt konzentrierte, wo sie von Aufständischen eingekreist und demoralisiert werden konnten. Ohne Munition und Verpflegung, abgeschnitten von aller Kommunikation seien die Soldaten leicht zu überreden gewesen, sich auf die Seite der Revolution zu schlagen. Die Offiziere hätten es nicht gewagt, ihnen den Schießbefehl zu erteilen. Aus welchem Grund hätten sie der Fahne noch folgen sollen?

Chabalow hätte seine Truppen stattdessen aus der Stadt hinausführen, sich dort mit dem Hauptquartier verbinden und seine Einheiten keilförmig vom Rand ins Zentrum hineinführen müssen, um am Ende doch noch zu siegen, schrieb Mstislawski. Zwei loyale, mit überlegenen Waffen ausgestattete Regimenter hätten zweifellos ausgereicht, um den Aufruhr in wenigen Stunden zu beenden. Die Revolte wäre im Keim erstickt worden, die Liberalen hätten nachgegeben, die Bauernsoldaten sich der Macht der Gewehrläufe unterworfen. Chabalow aber war als Truppengeneral eine Fehlbesetzung. Und so öffneten Inkompetenz und Entscheidungsschwäche der Revolution das Feld, auf dem sie ihre Regimenter aufmarschieren lassen konnte.[10]

Nikolai II. und seine Minister waren keine Männer der Tat, sie simulierten die Macht nur, die sie zu repräsentieren vorgaben, und ihre Widersacher ahnten, dass es so war. Am dritten Tag der Revolte, als sie den Augenblick der Entscheidung kommen sahen, griffen sie nach der Macht. Michail Rodsjanko, der Parlamentspräsident, versorgte den Chef des Generalstabes, Michail Alexejew, und die Frontgeneräle mit dramatischen Nachrichten über das Geschehen in der Hauptstadt, beschwor sie, den Zaren zur Ernennung einer Regierung zu drängen, die das Vertrauen der Gesellschaft habe, weil sonst nicht nur die Autokratie, sondern die Ordnung, und mit ihr der Krieg verloren sei. Man dürfe dem Arbeiter- und Soldatenrat und den sozialistischen Parteien nicht das Feld überlassen, müsse handeln, bevor es zu spät sei.[11]

9 Šklovskij, Viktor: Kindheit und Jugend, Frankfurt am Main 1968, hier S. 153.

10 Mstislavskij, Sergej: Pjat' dnej. Načalo i konec Fevral'skoj revoljucii (Biblioteka russkoj revoljucii), Moskau 2017 (erstmals Berlin 1922), hier S. 24 – 26; Vgl. auch die Erinnerungen des Offiziers Lew Tugan-Baranowski in: Lyandres, Semion: The Fall of Tsarism. Untold Stories of the February 1917 Revolution, Oxford 2013, S. 120.

11 Telegramma predsedatelia Gosud. Dumy Rodsianko gen. Alekseevu, 26 fevralia 1917 g., in: Krasnyj Archiv 21 (1927), hier S. 5 – 6; Blok, Aleksandr: Poslednie dni starogo režima, in: Archiv Russkoj Revoljucii 4 (1922), S. 5 – 54; Hasegawa, Tsuyoshi: The February Revolution: Petrograd 1917, Seattle/WT 1981.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nikolai II. traf stattdessen eine fatale Entscheidung, als er erfuhr, dass seine Kinder an den Masern erkrankt waren. Am 28. Februar verließ er das Hauptquartier in Mogiljow, um mit dem kaiserlichen Zug nach Zarskoe Selo zu fahren und sich mit seiner Familie zu vereinen. Davon hatte ihm Alexejew abgeraten. Er werde sich entweder ins kommunikative Abseits bringen oder in Zarskoe Selo zu einem Gefangenen der Revolution werden. Hätte der Zar seine Familie nach Mogiljow, ins Hauptquartier, eskortieren lassen, hätte er das Heft des Handelns in der Hand behalten. So aber fuhr er ins Nirgendwo.[12]

Tatsächlich kam er nicht weit, weil die Revolutionsregierung den Eisenbahnverkehr überwachte und Bublikow, der Verkehrsminister des Provisorischen Dumakomitees, Nikolai und seine Generäle mit Falschmeldungen versorgte. Die Bahnstrecke nördlich von Bologoje, zwischen Twer und Petrograd, sei von meuternden Soldaten blockiert, teilte er ihnen mit, und im Glauben, dass die Revolution gesiegt und die Meuterer die Lage unter Kontrolle hätten, gaben sich Zar und Generalität geschlagen. General Nikolai Iwanow, den der Zar zum Diktator ernannt und mit drei Kompanien nach Petrograd geschickt hatte, kehrte unverrichteter Dinge wieder zurück, weil er den Versicherungen Bublikows Glauben schenkte, dass die Schienenwege nach Norden blockiert worden seien.[13] Nikolai selbst gab seinen Plan auf, nach Zarskoe Selo zu reisen, drehte um und fuhr nach Pskow, ins Hauptquartier der Nordwestfront, wo ihn General Ruzski, der sich inzwischen schon mit der Provisorischen Regierung arrangiert hatte, bekniete, auf den Thron zu verzichten, weil es keinen anderen Ausweg aus der Krise mehr geben könne. Alle Generäle, auch der Onkel des Zaren und Statthalter im Kaukasus, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, hätten sich in diesem Sinn erklärt. Nikolai II. fügte sich sogleich, er verzichtete auf den Thron, dankte erst zugunsten seines Sohnes Alexei ab, bestimmte dann aber seinen Bruder, Michail Alexandrowitsch, zu seinem Nachfolger, weil er den minderjährigen Thronfolger nicht allein lassen wollte. Am 1. März kamen die Abgesandten der Duma, Wasili Schulgin und Alexander Gutschkow, nach Pskow, um im Salonwagen des kaiserlichen Zuges die Abdankungsurkunde entgegenzunehmen.[14]

Alle Versuche, Herrschaft festzusetzen, beruhten auf der Voraussetzung ihrer Mitteilbarkeit und Durchsetzungsmächtigkeit. Was man will, das muss man auch tun können. Im Jahr 1905 hatte die Staatsgewalt über den Aufstand triumphiert,

12 Bubnov, V carskoj stavke, S. 309 – 311; Vojekov, Vladimir: S Carem i bez carja. Vospominanija poslednogo dvorcovogo komendanta imperatora Nikolaja II., Moskau 1995, hier S. 224 f.
13 Lomonosov, Jurij: Vospominanija o martovskoj revoljucii 1917 g., Stockholm 1921, hier S. 45.
14 Šul'gin, Vasilij: Dni. 1920 god, Moskau 2017, hier S. 173 – 184; Steinberg, Mark D./ Khrustalev, Vladimir M. (Hrsg.): The Fall of the Romanovs. Political Dreams and Personal Struggles in a Time of Revolution (Annals of communism), New Haven/ CT 1995, hier S. 87 – 115.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

weil sie die Infrastruktur für ihre Zwecke noch nutzen konnte. Sie kontrollierte Telegraphenämter, Bahnhöfe und Schienenwege, auf denen Informationen übermittelt und auch die Soldaten transportiert werden konnten, die den Unruhen ein Ende setzten. Die Strafexpeditionen, die Innenminister Pjotr Durnowo nach Sibirien, in die Wolgagebiete, in die baltischen und kaukasischen Gouvernements entsandte, kamen mit der Eisenbahn, und sie hinterließen entlang der Bahnlinien eine Spur der Verwüstung. Erst brannten die Herrenhäuser, dann die Bauernkaten.[15]

Der Militärkommandant von Petrograd, Chabalow, Kriegsminister Beljajew und Innenminister Protopopow aber waren überfordert. Protopopow erklärte zu Beginn der Unruhen, dass Polizei und Gendarmerie keine Hilfe benötigten, um die Ordnung in der Hauptstadt wieder herzustellen, und Chabalow glaubte, sich nicht nur auf die Offiziersschüler, sondern auch auf die Reservisten verlassen zu können, die sie in den Kasernen untergebracht hatten.[16] Aber sie taten nichts, um die stählernen und steinernen Bastionen der Herrschaft zu sichern, Bahnhöfe und Telegraphenämter gegen Übergriffe zu schützen. Und so brachten die Aufständischen Schienen- und Kommunikationswege, Kasernen und Bahnhöfe in wenigen Stunden in ihre Gewalt und stellten sie in den Dienst der Erhebung. Chabalow war zwar ein General ohne Fronterfahrung, aber hätte doch immerhin wissen müssen, dass sich Machtfragen ohne die Beherrschung der Infrastrukturen gar nicht beantworten lassen. Davon hatten auch die liberalen Duma-Politiker schon gehört, wenngleich sie erst nach Tagen begriffen, was getan werden musste, um die Macht zu sichern.[17]

Alexander Bublikow, der Ingenieur unter den Liberalen, hatte hingegen sofort erkannt, dass die Macht von ihren Kommunikationskanälen abgeschnitten werden musste, wenn die Revolution erfolgreich sein wollte. Was konnte ein Kriegsminister schon ausrichten, der seine Generäle nicht mehr erreichen und Truppen nicht mehr in Bewegung setzen konnte?[18] Die Revolutionäre mussten den Fluss der Informationen und Waffen unterbrechen und die Festungen isolieren, in denen sich die Macht verschanzt hielt. Die Macht musste eingekreist und bewegungsunfähig gemacht werden. Allein davon hing der Erfolg des Aufstandes in diesen Tagen ab. Solange Beljajew und Chabalow mit dem Hauptquartier des Zaren und dem Generalstab verbunden waren, konnte sich die Konterrevolution am

15 Ascher, The Revolution of 1905. Authority Restored, S. 21 – 41; Maksakov, Vladimir (Hrsg.): Karatel'nye ekspedicii v Sibiri v 1905 – 1906 gg. Dokumenty i materialy, Moskau 1932.
16 Bubnov, V carskoj stavke, S. 307.
17 Bublikov, Russkaja revoljucija, S. 57 – 62.
18 Zur Bedeutung der Infrastruktur für das Leben vgl. van Laak, Dirk: Alles im Fluß. Die Lebensadern unserer Gesellschaft, Frankfurt am Main 2018, S. 282 – 287.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ende doch noch gegen die Insurgenten durchsetzen. Die Revolutionäre begriffen, dass nicht die Kunst der Rede und die Güte der Absichten über Erfolg oder Misserfolg des Aufstandes entscheiden würden, sondern die Kontrolle über Verkehrs- und Kommunikationswege. Niemand würde sich einer Staatsmacht beugen, die weder richten noch strafen konnte. Wer keinen Gehorsam mehr findet, hat auch keine Macht.

Und so machte sich Bublikow in Begleitung eines militärischen Konvois auf den Weg, besetzte das Verkehrsministerium und das Telegraphenamt. Wenig später übermittelte er eine Nachricht an alle Bahnstationen des Landes: die alte Regierung sei machtlos und das Verkehrsnetz in den Händen der Revolution. Alle Anordnungen der Revolutionsregierung müssten befolgt werden. »Die Heimat erwartet von Euch mehr als nur die Erfüllung der Pflicht. Sie wartet auf einen Umschwung!« Schon am nächsten Tag sei die Nachricht von der Revolution und dem Ende der zarischen Regierung in ganz Russland bekannt geworden, schrieb er in seinen Erinnerungen. Die Anordnung des Verkehrskommissars war überhaupt die erste Nachricht, die von den Revolutionären in die Welt hinausgerufen wurde. Sie war ein untrügliches Zeichen dafür, dass über den Sieg nicht das Wort, sondern das Medium entschied, mit dem das Wort zum Adressaten kam.[19]

Das Zentrum staatlicher Macht löste sich auf, nachdem die Opposition der Regierung den Todesstoß versetzt und den Zaren vom Thron gestürzt hatte. Der Zerfall der staatlichen Autorität war also die Voraussetzung, nicht die Folge der siegreichen Revolution. Jetzt erst konnte der Geist des Aufruhrs vom Zentrum in die Provinzen gelangen, auf dem Wege der Verordnung und der systematischen Zerstörung aller Fundamente, auf denen der Staat des Zaren errichtet worden war. Wladimir Nabokow, der im Auftrag der Provisorischen Regierung die Verzichtserklärung des Großfürsten Michail Alexandrowitsch formulierte, sah klarer als andere, was die zweifache Abdankung bedeutete. Sie löste eine Staatskrise aus, die sich auf legalem Weg nicht mehr bewältigen ließ. Der Zar hätte nicht einmal abdanken dürfen, weil in den Thronfolgegesetzen zwar vom Tod, nicht aber vom Verzicht auf den Thron die Rede war. Man habe also den politischen Tod des Zaren unterstellen müssen, um die Abdankung zu legitimieren und seinen Sohn mit den Insignien der Macht auszustatten. Unter gar keinen Umständen aber hätte Nikolai zugunsten seines Bruders auf den Thron verzichten dürfen. Dieser illegitime Akt sei nur deshalb unbeachtet geblieben, weil die Parlamentarier glaubten, unverzüglich handeln zu müssen und weil sie auf die Monarchie als Legitimationsgrundlage ihrer Regierung nicht verzichten wollten. Denn die Verfassung des

19 Bublikov, Russkaja revoljucia, S. 59, 61 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Jahres 1906 war vom Zaren gewährt, nicht vom Parlament verabschiedet worden, und auch die Regierung hatte er allein eingesetzt. Ohne die Zustimmung des Herrschers konnte es keinen legitimen Systemwechsel geben. Die Monarchie war die einzige Legitimation der politischen Ordnung und die einzige Klammer gewesen, die das Vielvölkerreich zusammengehalten hatte. Michail aber mochte und konnte kein Herrscher sein, dem es an einer Legitimation fehlte.[20] Nun hatten die Usurpatoren nichts mehr, worauf sie sich berufen konnten. Sie waren Repräsentanten einer Revolution geworden, die sie eigentlich nicht gewollt hatten.

Die Minister der Provisorischen Regierung waren Machthaber wider Willen, die von niemandem beauftragt worden waren. Sie hatten einen Ausnahmezustand geschaffen, ohne zu wissen, was sie mit ihm anfangen sollten. Alle Entscheidungen seien provisorischer Natur, weil endgültige Entscheidungen nur von einer frei gewählten verfassunggebenden Versammlung getroffen werden könnten, so erklärten sie. Und auch der Arbeiter- und Soldatenrat, der in diesen Tagen entstand und sich auf den Willen des Volkes berief, machte von seinen Möglichkeiten keinen Gebrauch. Wenngleich er über die Waffen der Soldaten gebot, lehnte er es ab, die Regierungsgeschäfte an sich zu reißen. Stattdessen traten Sozialisten in die Provisorische Regierung ein und banden sich an das Zukunftsversprechen, dass über die Verteilung des Landes an die Bauern, über Krieg und Frieden, Recht und Gesetz, erst entschieden werden könne, wenn die Konstituante zusammengetreten sei. Es gab für niemanden eine andere Legitimation als den Willen zur Macht, nachdem alle anderen Quellen der Rechtfertigung, Verfassungen, Traditionen und Wahlen ausgetrocknet waren, aber es fand sich auch niemand, der die Rolle des Diktators auf Zeit hätte annehmen wollen.[21]

Auch Alexander Kerenski, der im Juli 1917 die Regierungsgeschäfte übernahm und auf den Rückhalt des Arbeiter- und Soldatenrats, der Provisorischen Regierung und fast aller Generäle zählen konnte, mochte nicht über seinen Schatten springen und alles auf eine Karte setzen. Zwar entwarf er sich in der Öffentlichkeit als Sozialrevolutionär und Feldherr napoleonischen Formats, hielt hysterische Reden, fiel öffentlich in Ohnmacht und warf sich in theatralische Posen. In Wirklichkeit aber war er nur ein Repräsentant simulierter Staatlichkeit, ein eitler Duce, der nichts zu vertreten und zu verteidigen hatte und der im entscheidenden Augenblick, als die Machtfrage gestellt wurde, kläglich versagte.[22] Wann hat-

20 Nabokow, Wladimir: Petrograd 1917. Der kurze Sommer der Revolution, Berlin 1992 (erstmals erschienen im Archiv Russkoj Revoljucii, Bd. 1, 1922), S. 34 f.

21 Zur Provisorischen Regierung und ihren Anfängen vgl. Pipes, Richard: Die russische Revolution, Bd. 1: Der Zerfall des Zarenreiches, München 1992, hier S. 473 – 577.

22 Kolonickij, Boris: »Tovarišč Kerenskij«. Antimonarchičeskaja revoljucija i formirovanie kul'ty »voždja naroda«. Mart-ijun' 1917 goda (Serija Historia Rossica), Moskau 2017, hier S. 173 – 209.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

te es in Russland jemals eine Regierung gegeben, die Angst vor der eigenen Macht hatte?

Die Provisorische Regierung zerbrach an der Aufgabe, Diktatur zu sein, weil sie weder die alte Ordnung wiederherstellen wollte, noch eine neue errichten konnte. Stattdessen arbeitete sie an ihrer Selbstzerstörung. Ihr Regierungschef, Fürst Georgi Lwow, ein honoriger Mann von liberaler Gesinnung, war für die Aufgabe, eine neue Ordnung zu stiften, denkbar ungeeignet. »Die Seele des russischen Volkes«, erklärte er einmal, »stellte sich als eine in ihrem Wesen universale demokratische Seele heraus.« Sie wolle sich mit den Demokratien in aller Welt nicht nur verschmelzen, sondern sie anführen und die Menschheit auf den »Weg des Fortschritts« führen.[23] Sobald das russische Volk von der Freiheit gekostet habe, werde es von selbst lernen, sich im Geist der westlichen Demokratien zu verwalten. Wer so veranlagt war, brauchte weder Führung noch Steuerung. Am 5. März 1917 erklärte Lwow deshalb, dass im »Interesse der Verteidigung des Staates« alle Gouverneure und ihre Stellvertreter in den Provinzen ihrer Ämter enthoben seien. Der Staatsrat, dem alle hohen Würdenträger des Zarenreiches angehörten, wurde aufgelöst, angesehene und kompetente Richter, Senatoren und Staatsanwälte auf die Straße gesetzt. Wenig später wurden tausende hohe Beamte in der Zivil- und Militärverwaltung aus dem Dienst entlassen, die Polizei und die Gendarmerie aufgelöst und durch eine Volksmiliz ersetzt. Lwow enthob nicht nur die Gouverneure und Polizeioffiziere ihrer Ämter, er weigerte sich, der Verwaltung in den Provinzen Befehle zu erteilen. Anweisungen gehörten der Vergangenheit an, erklärte er Amtsträgern aus der Provinz, die gekommen waren, um zu hören, welche Direktiven die neue Regierung für sie bereithielt. In einem Interview, das Lwow am 7. März den Vertretern der Presse gab, erklärte er: »Das ist eine Frage der alten Psychologie, die Provisorische Regierung hat die alten Gouverneure abgesetzt, aber neue wird sie nicht ernennen. Man wird sie in den Provinzen auswählen. Solche Fragen sollten nicht im Zentrum, sondern von der Bevölkerung selbst entschieden werden.«[24]

Die Fragmentierung der Macht vermehrte die Institutionen und Behörden in Windeseile. In jeder Stadt gab es nun eine Duma und einen Sowjet, in allen Randregionen des Imperiums entstanden nationale Komitees und Bauernverbände, die für sich beanspruchten, für alle zu sprechen. Nicht Kompetenz und Zuständigkeit, Recht und Gesetz entschieden nun darüber, wer wem eine Anordnung erteilen konnte, sondern die Macht, den eigenen Willen notfalls mit Gewalt gegen an-

23 Zitiert in: Figes, Orlando: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 1998, hier S. 380.
24 Miljukov, Pavel: Istorija vtoroj russkoj revoljucii, Moskau 2001, hier S. 61.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dere durchsetzen zu können. In früheren Zeiten hatten die Bauern nach Landhauptleuten und Gouverneuren gerufen, wenn Entscheidungen getroffen werden mussten, jetzt wandten sie sich an die Sowjets und die zahlreichen Soldatenkomitees, die überall wie Pilze aus dem Boden schossen und über die die Provisorische Regierung keine Befehlsgewalt hatte. Wer brauchte dann aber eine Regierung, die kein anderes Ziel verfolgte, als Wahlen herbeizuführen, die sie überflüssig machen würde, die auf Zukünftiges verwies, aber schon damit überfordert gewesen wäre, den Verkehr auf dem Newski-Prospekt zu regeln? Auch konnte und wollte niemand gegen die Stimmung auf der Straße regieren und den Karneval des Volkes unterbinden. »Es war der Umsturzrausch, der unbewußte Bolschewismus, der auch die nüchternsten Hirne verdreht hatte«, erinnerte sich Nabokow an jene Tage.[25]

Als die Gefängnistore geöffnet und die Gerichtssäle geschlossen wurden, konnte auf die eigene Unversehrtheit nur noch vertrauen, wer sich selbst munitionierte. Der Gesellschaftsvertrag wurde aufgekündigt, das staatliche Gewaltmonopol zerfiel. Waffen gerieten in die Hände von Jedermann, jeder, der ein Gewehr trug oder sich zum Vorsitzenden eines revolutionären Militärkomitees erklärte, konnte sich zum Herrn über Sicherheit und Ordnung, manchmal auch über Leben und Tod erheben. Milizionäre und Soldaten dienten nicht mehr dem Staat, sondern nur noch sich und ihresgleichen, und sie verwandelten sich in Räuber und Wegelagerer, die sich von jenen, die sie bekämpfen sollten, kaum noch unterschieden. Auch die berüchtigten »Diebe im Gesetz« (vory v sakone), Berufsverbrecher, die im März 1917 aus den Gefängnissen entlassen worden waren, brachten sich mit abscheulichen Gewalttaten in Erinnerung. Schon in den ersten Tagen der Revolte wurden allein in Petrograd über 1.400 Menschen getötet, Wohnungen verwüstet, Häuser in Brand gesetzt, Polizisten gejagt und um ihr Leben gebracht.[26]

Auf den Straßen Petrograds ließ der Mob seinen Leidenschaften freien Lauf. Diebe wurden gelyncht, in Kanälen ertränkt oder zu Tode geprügelt, Menschen, deren Gesichter und Kleider sie als Mitglieder der Oberschicht auswiesen, wurden ausgeraubt und getötet. Der linke Sozialrevolutionär Isaak Steinberg, der Lenin bis September 1918 als Volkskommissar für Justiz diente, räumte später selbstkritisch ein, dass man hätte wissen können, was die Selbstjustiz für die öffentliche Ordnung bedeuten würde: »Für diese widerwärtige Erscheinung im Volksleben, wenn unter Pfeifen, Johlen, wildem Gelächter und geheucheltem Mitleid die Men-

25 Nabokow, Der kurze Sommer der Revolution, S. 37.
26 Sorokin, Pitirim: Leaves from a Russian Diary, New York 1924, hier S. 15f.; Hasegawa, Tsuyoshi: Crime and Punishment in the Russian Revolution, Cambridge/Mass. 2017, hier S. 167–192; Smith, Douglas: Der letzte Tanz. Der Untergang der russischen Aristokratie, Frankfurt am Main 2014, hier S. 110f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ge, die groß an Zahl und an Massivität ist, beharrlich, ausdauernd, raffiniert und lüstern den hilflosen, vor Furcht halbtoten, für kleine Verbrechen verprügelten Dieb oder Räuber verhöhnt, bevor sie ihn im Fluss ertränkt und während er ertrinkt, noch Steine hinterherwirft oder durch dutzende Schüsse an die Wand erschießt, – für diese Erscheinung kann es keinerlei Rechtfertigung geben.« All diese unkontrollierten Gewaltexzesse, so Steinberg, hätten einen schweren Schatten auf die Revolution geworfen. Hier sei zu sehen gewesen, was der Revolution eigentlich noch bevorstand: die geistige »Wiedergeburt des Menschen« vorzubereiten und ins Werk zu setzen.[27]

Iwan Bunin fand, dass solche Träumereien lächerlich und sinnlos seien. Die Liberalen hätten geglaubt, »Stepan Rasin« und seinesgleichen seien an der sozialen Frage interessiert gewesen, hätten sie zum Aufruhr aufgestachelt, dann aber bemerkt, dass den Rächern die Flasche näher als der Rechtsstaat gewesen sei. »In Friedenszeiten vergessen wir, daß es auf der Welt von solchen Mißgeburten nur so wimmelt, in Friedenszeiten sitzen sie im Gefängnis, in der Irrenanstalt. Doch dann kommt eine Zeit, in der das ›erhabene‹ Volk die Oberhand gewinnt. Die Türen der Gefängnisse und Irrenanstalten werden geöffnet, und das Bacchanal beginnt.«[28]

Auch in den Provinzen breitete sich im Sommer 1917 das Virus der Anarchie aus: Deserteure, marodierende Soldaten und Matrosen, die den Augenblick der großen Enteignung nicht verpassen wollten, demütigten und terrorisierten die Herren von einst. »Bewahre uns Gott vor einem russischen Aufstand, sinnlos und erbarmungslos«. Was Alexander Puschkin 100 Jahre zuvor über die Bauernkriege des 18. Jahrhunderts in seiner Erzählung »Die Hauptmannstochter«, geschrieben hatte, schien sich nun zu wiederholen.[29] Die Herrenhäuser brannten wie Fackeln in der Steppe, die Knechte und Sklaven von einst plünderten in großem Stil. Die grand peur kam mit den Soldaten, die sich aus der zerfallenen Armee abgesetzt hatten und sich nun nahmen, was sie schon immer für sich beansprucht hatten. Die Gewalt verselbständigte sich. Sie löste sich von ihren Zielen und verheerte das flache Land: lettische Bauern, die Gutshöfe deutscher Barone in Brand setzten, Muslime, die sich an armenischen Kaufleuten in Baku vergriffen, armenische Soldaten der zerfallenen zarischen Armee, die muslimische Dörfer verwüsteten,

27 Štejnberg, Isaak: Nravstvennyj lik revoljucii 1917 – 1919 (Biblioteka russkoj revoljucii), Moskau 2017 (erstmals Berlin 1923), hier S. 43 f.
28 Bunin, Verfluchte Tage, S. 203.
29 Puškin, Aleksandr: Kapitanskaja dočka, in: Polnoe sobranie sočinenij A. S. Puškina, hrsg. von P. N. Krasnov, Sankt Peterburg 1904, S. 480 – 529, hier S. 524; Channon, John: The Peasantry in the Revolutions of 1917, in: Revolution in Russia. Reassessments of 1917, hrsg. von Edith Rogovin Fraenkel/ Jonathan Fraenkel, Cambridge 1992, S. 105 – 130; Keep, John: The Russian Revolution. A Study in Mass Mobilization (Revolutions in the modern world), New York 1976, S. 207 – 216.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ukrainische Bauern, die Juden töteten, Polen, die Krieg gegen Ukrainer führten. Ganz Russland stand in Flammen, weil es keine Zentralgewalt mehr gab, die dem großen Krieg ein Ende hätte bereiten können.[30]

Nicht als Akt der Emanzipation, sondern als blutiger Karneval des Volkes brachte sich die Revolution zu Wort. Und so trat die Ernüchterung schon nach wenigen Wochen ein, als alle Institutionen zerfielen, die Recht und Gesetz noch hätten erzwingen können. Denn was hat der Mensch von seinen Rechten, wenn er sie zwar kennt, von ihnen aber keinen Gebrauch machen kann, weil sie nicht geschützt werden? Der liberale Historiker und erste Außenminister der Revolution, Pawel Miljukow, verglich die Ereignisse des Jahres 1917 mit einer geologischen Umwälzung. Die untersten Schichten der sozialen Ordnung seien nach oben gespült, die Fundamente einer über Jahrhunderte gewachsenen Ordnung ins Wanken gebracht worden. Man dürfe die russische Revolution nicht als Einlösung marxistischer Freiheitsversprechen verstehen, sondern müsse sie als Verwirklichung der russischen Freiheit, als Ausdruck jener erbarmungslosen Gewalt begreifen, die es immer schon gegeben habe, deren zerstörerische Wirkungen aber erst durch die Revolution zur Entfaltung gekommen seien. Sie vollendete, was auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges begonnen hatte und bestellte das Feld, auf dem sich der Ordnungsentwurf der Bolschewiki mit rücksichtsloser Gewalt durchsetzen konnte.[31]

Als Matrosen und Arbeiter im Sommer 1917 Petrograd in einen Belagerungszustand versetzten, versandete der Protest schon nach wenigen Stunden, weil die Demonstranten, die die Straßen okkupiert hatten, nicht wussten, was sie tun sollten und weil die bolschewistischen Aufwiegler der wütenden Menge kein Ziel setzten. Ohne Ziel und Steuerung aber wurde aus der amorphen Masse keine bewegende Kraft.[32] Kein Revolutionär übernahm den Oberbefehl, niemand stellte die Machtfrage und niemand wollte sie beantworten. Niemand entschied über den Ausnahmezustand. Ohne Anführer aber, die der Gewalt Ziele setzen und ihr eine Form geben, läuft der Aufruhr ins Leere. Die Minister der sozialistischen Parteien, Menschewiki und Sozialrevolutionäre, zögerten, als sich ihnen die Gelegenheit bot, die Provisorische Regierung zu verlassen und die Macht in die Hände der Räte zu legen: »Ergreife die Macht, Du Hurensohn, wenn man sie Dir gibt«, – so rief ein Soldat dem Vorsitzenden der Sozialrevolutionären Partei, Viktor Tscher-

30 Zur Revolution im Kaukasus vgl. exemplarisch Baberowski, Jörg: Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus, München 2003, hier S. 97 – 141.

31 Miljukov, Pavel: Istorija vtoroj russkoj revoljucii, Moskau 2001 (erstmals zwischen 1921 und 1924 in mehreren Bänden in Sofia erschienen), hier S. 17; Beyrau, Dietrich: In der Falle der Gewalt: Vom ersten Weltkrieg in den Bürgerkrieg, in: Ders.: Krieg und Revolution. Russische Erfahrungen, Paderborn 2017, S. 200 – 225.

32 Figes, Die Tragödie eines Volkes, S. 446 – 464.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

now, zu, der von Recht und Gesetz sprach, von den Möglichkeiten des Augenblicks aber nichts verstand.[33] Er und seinesgleichen aber fürchteten sich vor den Konsequenzen ihrer eigenen Entscheidungen, vor der Elementargewalt der Massen, die sie entfesseln würden, wenn sie alles auf eine Karte setzten:

»Wie sie sich vor ihr fürchteten«, schrieb der Sozialrevolutionär Mstislawski, der selbst dem Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates angehörte. »Als ich unsere ›Sozialisten‹ sah, wie sie in jenen Tagen vor den Massen auftraten, die in die Säle des Taurischen Palais' strömten, da empfand ich schmerzhaft und angeekelt, wie sie innerlich zitterten. Ich sah, welche Anstrengung es sie kostete, ihre Augen nicht vor den treuherzig offenen Seelen der mit ihnen verbundenen Arbeiter und Soldaten zu senken, vor ihrem klaren, gläubigen, erwartungsvollen Blick. … Vorgestern war es noch leicht für sie gewesen, sich für Vertreter und Führer dieser Arbeitermassen zu halten. Ohne die geringste Spannung in der Stimme sprachen die friedlichsten dieser Parlamentssozialisten die schrecklichsten Worte ›im Namen des Proletariats‹. Aber als dieser theoretische Proletarier direkt vor ihnen stand, in seiner ganzen Größe, mit der ganzen Kraft seines abgemagerten Fleisches und aufrührerischen Blutes, als diese aufrührerische, wahrhaftige Kraft fühlbar wurde … da murmelten die bleichen Lippen der ›Führer‹ anstelle der gestrigen kämpferischen Aufrufe unwillkürlich beruhigende Worte. Sie begannen sich zu fürchten.«[34]

Lenin hatte keine Angst, denn er wusste, dass die Grausamkeit und die anarchistischen Gefühle Triebkräfte waren, die sich die Diktatur zunutze machen konnte. Er hatte sogleich erkannt, dass sich nicht wiederholen durfte, was während des Juli-Aufstandes geschehen war. Von Vorschriften und Verordnungen würde er sich nicht leiten lassen, von den Gesetzen der Geschichte, die er sich nach Belieben zurechtlegte, schon gar nicht. Man schafft klare Verhältnisse und macht sich über die Legitimation Gedanken, wenn erreicht ist, was man sich vorgenommen hat. Als General Kornilow, der Kopf der Gegenrevolution, im September zum entscheidenden Schlag ausholen und eine Militärdiktatur errichten wollte, wandte sich die Provisorische Regierung von ihm ab. Lenin sah, dass nun seine Stunde gekommen war. Und er nutzte sie.[35] Trotzki, der damals den Vorsitz im Militärrevolutionären Komitee des Arbeiter- und Soldatenrates führte, bereitete die bolschewistischen Garden auf den Umsturz vor. Nichts sollte dem Zufall überlassen werden. Als Zivilisten verkleidet, spähten sie die Gebäude der Macht aus

33 Zitiert in Suchanow, Nikolai: 1917. Tagebuch der russischen Revolution, München 1967, hier S. 425.
34 Mstislavskij, Pjat' dnej, S. 5f.
35 Pipes, Richard: Die russische Revolution, Bd. 2: Die Macht der Bolschewiki, Berlin 1992, hier S. 179 – 224.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und brachten in Erfahrung, auf welche Weise sie Postämter, Bahnhöfe und Ministerien, Telefonleitungen und Eisenbahnstrecken unter ihre Kontrolle bringen konnten. Der eigentliche Umsturz war unspektakulär. Es gab keine Barrikaden, Feuerbrände und Straßenkämpfe. Stattdessen vollzog sich der Putsch geräuschlos, wie eine militärische Übung. Manche erfuhren erst am folgenden Tag, dass die Regierung gestürzt worden war.[36] »Die bürgerlichen Klassen hatten Barrikaden, Feuerbrände, Plünderungen, Blutströme erwartet«, schrieb Lew Trotzki über den Staatsstreich, dessen Regisseur er gewesen war. »In Wirklichkeit herrschte Stille, schrecklicher als alle Donner der Welt. Lautlos verschob sich der soziale Boden.«[37]

Lenin und seine Anhänger waren überrascht, dass sich ihnen kaum jemand widersetzte, niemand den Versuch unternahm, sie mit Gewalt von den Schalthebeln der Macht wieder zu vertreiben. Gewalt hätte mit Gewalt vergolten werden können. Aber nichts dergleichen geschah, keine Revolte, keine Gegenwehr, die die Usurpatoren hätten ernst nehmen müssen. Jetzt aber mussten die neuen Herren eine Antwort auf die Frage finden, was sie mit der Macht anfangen sollten, die ihnen so leicht zugefallen war. Das fragte sich auch Lenins Bildungskommissar Anatoli Lunatscharski, der im Winter 1917 in seinem Büro saß und nicht begriff, warum die Gegenrevolution sich nicht bewaffnete und Vergeltung an den Usurpatoren der Macht übte. Der Menschewik und Schriftsteller Alexander Tichonow, der zu den ersten Mitgliedern des Exekutivkomitees des Arbeiter- und Soldatenrates gehört hatte, erzählte Iwan Bunin im März 1918, die Bolschewiki könnten es immer noch nicht glauben, dass sie an der Macht seien: »Lunatscharski ist nach dem Umsturz ungefähr zwei Wochen mit weit aufgerissenen Augen herumgerannt: Also nein, stellen Sie sich mal vor, wir wollten bloß eine Demonstration veranstalten, und dann so ein unerwarteter Erfolg!«[38] Auch im Smolny, der Zentrale des Oktoberputsches, liefen in diesen Tagen Männer über den Flur, denen die Angst in den Augen geschrieben stand, erinnerte sich David Sagiraschwili, ein Gefolgsmann Stalins.[39]

Und dennoch wollte niemand mit den neuen Herren kooperieren, niemand ihnen freiwillig gehorchen. Als Trotzki, der sich für den Messias der Revolution hielt, das Außenministerium übernahm, lachten ihn die Diplomaten aus, manche quittierten den Dienst. Sie konnten sich einen Außenminister, der Lederjacken trug und pathetische Reden hielt, einfach nicht vorstellen.[40] Von einer geordneten

36 Malaparte, Curzio: Technik des Staatsstreichs, Karlsruhe 1968, hier S. 11 – 42.
37 Trotzki, Leo: Geschichte der russischen Revolution, Frankfurt am Main 1960, hier S. 646.
38 Bunin, Verfluchte Tage, S. 51.
39 Kotkin, Stephen: Stalin, Bd. 1: Paradoxes of Power, 1878 – 1928, London 2014, hier S. 233.
40 Ebd., S. 229.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Verwaltung im herkömmlichen Sinn konnte überhaupt nicht die Rede sein. In den Tagen nach dem Umsturz raubten Soldaten die Weinkeller des Winterpalastes aus, zerschlugen Porzellan, Möbel und Gemälde. In Strömen floss der Wein auch in den nächsten Wochen. Manche lagen in der Gosse, weil sie sich zu Tode getrunken hatten: »Es stinkt und fühlt sich an wie eine Kloake, in der wir versinken«, schrieb die Dichterin Sinaida Hippius am 4. Dezember 1917 in ihr Tagebuch. »Die Schnapspogrome halten nicht eine Minute inne. Ganz ›Petrograd‹ (hier passt der Name!) ist besoffen. Irgendwo wird immer geschossen, manchmal aus Maschinengewehren. Gerade ist auf der Wassiljewski-Insel ein grandioser Raubzug im Gange.«[41] Und ganz in der Nähe saß Lunatscharski in seinem Büro und dachte darüber nach, wo er seinen neuesten Artikel über revolutionäre Kultur publizieren würde.

Die Restaurants und Kabaretts der Hauptstadt waren überfüllt, auf den Straßen fanden Trabrennen statt, und die Reichen verschleuderten ihre letzten Ersparnisse. In den Moskauer Kaufmannshäusern hatten sich Räuber und Banditen einquartiert, in der Stadt herrschte zu Beginn des Jahres 1918 eine ausgelassene Stimmung, als sei die letzte Gelegenheit gekommen, das Leben in vollen Zügen zu genießen. Anarchisten, Räuberbanden und Abenteurer terrorisierten die Hauptstadt. Eines Abends zerrten sie sogar den Chef der Petrograder Tscheka, Moisei Urizki, der vom Smolny in die Innenstadt fuhr, von seinem Schlitten, zwangen ihn, sich zu entkleiden und ließen ihn nackt an der Straße stehen. Man habe sich nur noch in Gruppen auf die Straße gewagt, erinnerte sich der britische Diplomat Bruce Lockhart, stets mit der Hand am Pistolengriff. »Regelloses Schießen dauerte die Nächte durch. Die Bolschewisten schienen unfähig, mit dieser Pest aufzuräumen.«[42] Niemand glaubte in jenen Tagen, dass die Bolschewiki an der Macht bleiben würden. Es schien, als müsse man die scheinbar geistig verwirrten Desperados einfach eine Zeitlang geduldig ertragen, wie eine lästige Influenza, die irgendwann vorübergehen werde. Die Bürger verbarrikadierten sich in ihren Wohnungen, während auf den Straßen die Plünderungen und Sauforgien kein Ende nehmen wollten, und sie warteten darauf, dass irgendjemand dem Spuk ein Ende setzte. Lenin und Dada. So hat der amerikanische Historiker Stephen Kotkin das Geschehen in den ersten Wochen nach der Machtergreifung beschrieben.[43] Chaos und Anarchie überall, und die Hoffnung der alten Elite, dass das bolsche-

41 Hippius, Sinaida: Petersburger Tagebücher 1914 – 1919 (Die Andere Bibliothek, Bd. 14), Berlin 2014, hier S. 255.
42 Lockart, Bruce: Vom Wirbel erfaßt. Bekenntnisse eines britischen Diplomaten, Stuttgart 1933, hier S. 221, 226.
43 Bunin, Verfluchte Tage, S. 51; Kotkin, Stalin, Bd. 1, S. 227.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wistische Bacchanal nur eine bedeutungslose Episode in der Geschichte der sinnlosen Revolten bleiben würde.

Lenin aber wusste, wie von der Macht Gebrauch zu machen war, und er schreckte nicht davor zurück, alle Mittel einzusetzen, um sie auch zu sichern. Im April 1917 hatte er noch gefordert, nicht nur die Provisorische Regierung zu stürzen, sondern die Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zu legen. Davon wollte er jetzt, nachdem er selbst erfolgreich nach der Macht gegriffen hatte, nichts mehr wissen. Seine Partei hatte keine Mehrheit in den Räten, und sie würde sie auch nicht bekommen. Von der Konstituierenden Versammlung hatten die Bolschewiki schon gar keinen Gewinn. Unmittelbar nach dem Staatsstreich hatten Russlands Bürger in mehr oder weniger freien Wahlen über die Zusammensetzung des verfassunggebenden Parlaments abgestimmt. Das Ergebnis war eindeutig. Nicht die Bolschewiki, sondern die Sozialrevolutionäre eroberten die Mehrheit der Sitze im Abgeordnetenhaus, in den Metropolen Petrograd und Moskau konnten auch die Liberalen gute Ergebnisse erzielen. Wo die Bolschewiki besonders erfolgreich waren, dort triumphierten auch die Konstitutionellen Demokraten. Lenin sollte diese Lehre nicht vergessen. Die Bolschewiki hatten gesiegt, aber der Liberalismus war noch nicht tot.[44] Im Januar 1918 sollte das Parlament eröffnet werden, um über die zukünftige Ordnung Russlands zu beraten und zu befinden. Lenin aber sah sich weder als Repräsentant der Räte noch als Regent, der im Amt bleiben würde, bis das Parlament über die zukünftige Ordnung entschieden hatte. Die Bolschewiki konnten nur an der Macht bleiben, wenn sie jeden Versuch unterbanden, ihrer Herrschaft rechtliche Fesseln anzulegen. Lenin löste die Konstituierende Versammlung im Januar 1918 deshalb mit der Begründung auf, über die politische Ordnung sei bereits im Oktober 1917 entschieden worden. Tausende zogen über den Newski Prospekt zum Taurischen Palais, in dem sich die Abgeordneten versammelt hatten, um ihre Loyalität zur Konstituierenden Versammlung zu bekunden. Lenins rote Garden schossen in die Menge, die Demonstration war beendet. »Die Konstituierende Versammlung«, so Trotzki, »stand der revolutionären Bewegung im Weg und wurde hinweggefegt.«[45]

So verfuhr Lenin auch mit den Räten, auf die sich seine Herrschaft zwar berief, die sich aber bald in Organe der Exekutive verwandelten. Die bolschewistische Partei war das eigentliche Instrument der souveränen, extralegalen Entscheidung. Sie verstand und entwarf sich als Werkzeug der Revolution, und als solches

44 Radkey, Oliver H.: Russia goes to the polls. The Elections to the All-Russian Constituent Assembly, 1917 (Studies in Soviet history and society), Ithaca/ N.Y. 1990, hier S. 14 – 23, 34 f.
45 Trotzki, Leo: Terrorismus und Kommunismus. Anti-Kautsky, Hamburg 1920, hier S. 29; Kotkin, Stalin, Bd. 1, S. 246 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

emanzipierte sie sich von allen rechtlichen und moralischen Begründungen. Was immer die Bolschewiki auch täten, sie vollstreckten nur, was historisch an der Zeit gewesen sei und deshalb getan werden konnte, so lautete die Selbstlegitimation der Revolutionäre, wie sie vor allem von Trotzki vorgetragen wurde.[46]

Revolutionen unterbrechen die Kontinuität des Geschehens und setzen Zwecke, die sich an nichts anderem orientieren als an dem Willen, zu tun, was man kann. In diesem Sinne war Lenins Diktatur souverän, weil sie über den Ausnahmezustand entschied, weil sie Neues nicht nur aus Hergebrachtem in die Welt setzte. Frei ist, wer die Wahl hat, wer sich über Bedingungen, Konventionen, Gesetze und Rechte jederzeit hinwegsetzen kann, unfrei, wer Bedingungen akzeptiert, unter denen er eine Wahl treffen darf. Mit diesen Worten könnte man die Weltanschauung zusammenfassen, die Lenin in jenen Tagen bewegte.[47] Diktatur und Demokratie seien gar keine Gegensätze, sondern verschiedene Zustände der Volksherrschaft, erklärte er. Die Diktatur müsse überhaupt als eigentlicher Ausdruck der Demokratie verstanden werden, denn durch sie setze sich die Souveränität der Volksherrschaft erst in die Wirklichkeit. Die bürgerliche Demokratie sei Betrug. Man erlaubt den Arbeitern, von Zeit zu Zeit Repräsentanten zu wählen und ihnen eine Lizenz zur Bevormundung zu erteilen, ändert aber nichts an den Herrschaftsverhältnissen. Was könne und wolle ein Parlamentarier gegen Verhältnisse schon ausrichten, die ihn selbst privilegierten? Die proletarische Diktatur hingegen habe die sozialen Bedingungen auf eine Weise verändert, glaubte Lenin, »daß die werktätigen Klassen in einem in der Welt noch nie gesehenen Maße die Demokratie tatsächlich ausnutzen.«[48]

Lenin gestand im dritten Jahr der Revolution in entwaffnender Freimütigkeit ein, worin für ihn das Wesen der Diktatur bestand. Sie könne als Ausdruck des Volkswillens nur triumphieren, wenn sie sich von allen rechtlichen Bindungen löse und als Legitimation nur gelten lasse, dass sie könne, was sie wolle. »Die Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist. Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine Macht, die erobert wurde und aufrechterhalten wird durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, eine Macht, die an keine Gesetze gebunden ist.« Und er zitierte Friedrich Engels mit den Worten: »Eine Revolution ist gewiß die

46 Traverso, Enzo: Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914 – 1945, München 2008, hier S. 113 – 115; Agamben, Giorgio: Homo sacer, Bd. 2,1: Ausnahmezustand, Frankfurt am Main 2004, hier S. 44.

47 Žižek, Slavoj: Lenin heute. Erinnern, Wiederholen und Durcharbeiten, Darmstadt 2018, hier S. 74 – 76; Lih, Lars T.: Lenin Rediscovered. »What is to be done?« In context, Chicago 2008, hier S. 770.

48 Lenin, Wladimir I.: I. Kongreß der Kommunistischen Internationale 2. – 6. März 1919. Thesen und Referat über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats, in: Ders., Ausgewählte Werke, Bd. 3, Berlin (Ost) 1970, 8. Aufl., S. 171.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

autoritärste Sache, die es gibt, ein Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung seinen Willen dem anderen Teil durch Flinten, Bajonette und Kanonen, alles das sehr autoritäre Mittel, aufzwingt; und die Partei, die gesiegt hat, muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen, behaupten.«[49] Auch Nikolai Bucharin, Theoretiker und »Liebling der Partei«, wie Lenin ihn nannte, gefiel sich zu jener Zeit noch in der Rolle des unerschrockenen Jakobiners, der das Notwendige erledigte und auch vor Gräueltaten nicht zurückschreckte, um zu retten, was die Bolschewiki im Oktober 1917 erkämpft hatten. In seiner Broschüre »Programm der Kommunisten«, die 1919 erschien, erklärte er: »Aber die Revolution besteht eben darin, daß sie ein Bürgerkrieg ist, und Klassen, die sich mit Kanonen und Maschinengewehren bekämpfen, verzichten auf das homerische Rededuell. Die Revolution diskutiert nicht mit ihren Feinden, sie zerschmettert sie, die Konterrevolution tut dasselbe, und beide werden den Vorwurf zu tragen wissen, daß sie die Geschäftsordnung des deutschen Reichstages nicht beachtet haben.«[50] Zwanzig Jahre später starb Bucharin selbst durch eine souveräne Entscheidung, als Stalin ihn zum Verräter und Volksfeind erklären und erschießen ließ. Karl Kautsky sah schon im Jahr 1919 klarer als andere voraus, wohin die souveräne Diktatur führen würde: Mit der Diktatur sei es wie mit dem Krieg. Man könne sie leicht ins Werk setzen, aber man könne sie nicht nach Belieben wieder beenden, sobald man einmal damit begonnen habe, in großem Stil Gewalt gegen seine Widersacher einzusetzen.[51]

Die Bolschewiki hatten die Brücken hinter sich abgebrochen. Sie konnten nicht zurück. Lenin und seine Gefolgsleute waren keine Träumer, die sich irgendwelchen Illusionen hingegeben hätten. Sie wussten um ihre begrenzten Möglichkeiten, und um die Reichweite ihres Einflusses auf das revolutionäre Geschehen. Sie hatten keine Kontrolle über die Provinzen und über den Machtapparat des Staates, dessen Beamte ihre Regierung für illegitim hielten. Nicht einmal vertrauenswürdige Kommissare hätten sie in die Provinzen entsenden können, weil es zwar rebellische Bauern und unzufriedene Arbeiter, aber keine Kommunisten gab, die verstanden hätten, worauf das bolschewistische Staatsbildungsprojekt hinauslief. Sie wurden erst auf den Schlachtfeldern des Bürgerkrieges geboren, in der Feuertaufe exzessiver Gewalt und Gegengewalt.

49 Wladimir I. Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: Ders., Ausgewählte Werke, Bd. 3, 8. Aufl., Berlin 1970, hier S. 80, 83.
50 Bucharin, Nikolaj: Programm der Kommunisten, Berlin 1919, hier S. XXIII.
51 Kautsky, Karl: Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution, Berlin 1919, hier S. 144. Vgl. auch Halévy, Elie: L'ere des tyrannies. Ètude sur le socialisme et la guerre, Paris 1938.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wer in den Abgrund schauen muss, weil der Weg zurück versperrt ist, hat nur noch wenige Möglichkeiten, die eigene Haut zu retten. Eine Kapitulation kam für Lenin nicht in Frage. Sie wäre zweifellos das Ende für ihn und seinesgleichen gewesen, nach allem, was die Bolschewiki ihren Feinden angetan hatten. Schon vor seiner Abreise aus Zürich im April 1917 hatte Lenin zu Karl Radek gesagt. »In sechs Monaten baumeln wir am Galgen oder wir sind an der Macht«.[52] Die Niederlage der Bolschewiki werde auch ihr physisches Ende, der Umsturz also eine Frage von Leben und Tod sein. Denn nun konnte sich auch die Gegenrevolution aller rechtlichen und moralischen Bindungen entledigen, nachdem die Bolschewiki die Machtfrage in ihrer ganzen Unerbittlichkeit gestellt hatten. Der Ausnahmezustand eröffnete Lenin aber auch Möglichkeiten, die der Frieden nicht bereithielt. Er konnte, als er den Bürgerkrieg heraufbeschwor, den Einsatz von Gewalt vor sich und den Gefährten als Gefahrenabwehr rechtfertigen. Lenin sprach nun von der Verteidigung der Ordnung, obwohl doch er selbst und nicht seine Gegner sie aus den Angeln gehoben hatten. Ein geschickter Schachzug, denn wer von Verteidigung spricht, ist zwar nicht zwangsläufig im Recht, diskreditiert aber den Gegner als illegitimen Herausforderer und hofft, dass in Vergessenheit gerät, wer den ersten Stein geworfen hat. »Wer stört, den entfernen wir«, erklärte er am 12. Januar 1920 vor dem Zentralkomitee des Gewerkschaftsbundes.[53]

Am 20. November 1917 gaben die Bolschewiki den Offizieren der alten Armee ein Beispiel für die Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit, zu der sie fähig waren. Als sich der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Nikolai Duchonin weigerte, die Kampfhandlungen gegen die deutschen Truppen einzustellen, wurde er abgesetzt und angewiesen, sich in Mogiljow zur Verfügung zu halten. Duchonin hätte jetzt, wie Kornilow und seine Kameraden, fliehen und sich nach Süden absetzen können, wo die Bolschewiki noch nicht gesiegt hatten. Aber er gehorchte und blieb, wo er war. Lenin ernannte den 32-jährigen Nikolai Krylenko zum Oberbefehlshaber und schickte ihn in Begleitung einiger hundert Matrosen und Soldaten nach Mogiljow, um das Hauptquartier unter die Kontrolle der neuen Regierung zu bringen. Unmittelbar nach seiner Ankunft beorderte Krylenko Duchonin in seinen Dienstwaggon. Als der General den Waggon betrat, wurde er in Anwesenheit Krylenkos von Matrosen auf »viehische Weise« getötet, wie sich Bubnow

52 Zitiert in Sebestyen, Victor: Lenin. Ein Leben, Berlin 2017, hier S. 335.

53 Zitiert in: Latyšev, Anatolij: Rassekrečennyj Lenin, Moskau 1996, hier S. 85. Zur Strategie der Revolutionäre, den Angriff als Verteidigung umzudeuten vgl. Reemtsma, Jan-Philipp: Machtergreifung als konkrete Utopie oder Was heißt schon »Symbolpolitik«?, in: Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte. Beilage zum Mittelweg 36 (2016) 1, S. 79 – 98.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

erinnerte. Duchonins Leiche wurde entkleidet, auf die Straße geworfen und zur Belustigung der Matrosen tagelang malträtiert.[54]

Auf die Skrupellosigkeit der neuen Machthaber waren Sozialdemokraten und Liberale nicht vorbereitet. Sie konnten sich überhaupt nicht vorstellen, dass Lenin und seine Anhänger Gruppen, Schichten, Klassen zu Aussätzigen und Vogelfreien erklären und vernichten würden. Der Provisorischen Regierung habe es an »jakobinischer Unerschrockenheit« und Verantwortungslosigkeit gefehlt, sie habe gegen ihre Widersacher keine Gewalt anwenden wollen, schrieb Nabokow, der selbst ein feinsinniger und kultivierter Mann von liberaler Gesinnung war. Die Bolschewiki aber hätten keine Skrupel gehabt. »Die gegenwärtigen Herren der Lage, die Herren Bolschewisten … haben sich freilich derartige Fragen niemals gestellt, und allein schon die Tatsache, daß sie gestellt werden konnten, hätte bei den Lenins und Trotzkis offenen Hohn hervorgerufen. Ihnen ist das Schicksal von einzelnen völlig gleichgültig.«[55] Es ist wahrlich keine Überraschung, dass Carl Schmitt von einem Mann wie Lenin fasziniert war, von einem, der sich nur am eigenen Willen orientierte und tat, was er glaubte, tun zu müssen. Die Gewaltanwendung der Massen sei ein »Ausdruck unmittelbaren Lebens«, Lenins Revolution habe dem »russischen Haß gegen die Kompliziertheit, Künstlichkeit und den Intellektualismus westeuropäischer Zivilisation neues Leben gegeben und von ihm selber neues Leben empfangen«, schrieb er 1923, unmittelbar nach dem Ende des Bürgerkrieges.[56]

Zu Beginn hatte Lenin einfach keine andere Wahl, als aus der Not eine Tugend zu machen. Wenn man schon keine Kontrolle ausübte, konnte man potentielle Gegner wenigstens daran hindern, sich gegen die neuen Herren zu verbünden. Lenin wusste sehr genau, was er bewirken konnte, als er das Werk der Zerstörung beschwor und die Leidenschaften der Massen entfachte. Je größer das Chaos, desto geringer würden die Chancen seiner Gegner sein, sich gegen ihn und seine Anhänger zu verbünden. Lenin habe die »spontanen Ausbrüche« und »terroristischen Neigungen der Masse« bedenkenlos zu seiner Waffe gemacht, erinnerte sich der linke Sozialrevolutionär Isaak Steinberg an die ersten Monate der bolschewistischen Herrschaft.[57] Und so wurden Furcht und Schrecken, Terror gegen jedermann und zu jeder Zeit zu Ressourcen, ohne die sich die Macht nicht am Leben hätte erhalten können. »Die Herren Volkskommissare«, klagte Maxim Gor-

54 Bubnov, V carskoj stavke, S. 363 f.; Kotkin, Stalin, Bd. 1, S. 248.
55 Nabokow, Der kurze Sommer der Revolution, S. 50.
56 Schmitt, Carl: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 10. Aufl., Berlin 2010, hier S. 84, 87. Vgl. dazu auch Kesting, Hanno: Lenin, in: Alfred Weber: Einführung in die Soziologie, München 1955, S. 120 – 143.
57 Štejnberg, Nrastvennyj lik revoljucii, S. 42.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ki Ende Dezember 1917, »haben im Namen des Proletariats die alten Gerichte abgeschafft und dadurch die ›Lynchjustiz‹, das tierische Recht der ›Straße‹ zum Gesetz erhoben.«[58] Adlige mussten unter Aufsicht von Soldaten Latrinen säubern und Straßen kehren, jeder Bewaffnete konnte, wenn es ihm gefiel, einen Menschen töten. In Kronstadt, der Marinebasis vor den Toren der Hauptstadt, terrorisierten Matrosen nicht nur ihre ehemaligen Offiziere, sondern auch die Bewohner, die auf der Insel lebten. Der Lynchmord wurde zum Tagesgeschäft. Auf den Straßen wurden Diebe und Landstreicher getötet, in Flüssen ertränkt oder einfach erschossen.[59] Noch zwei Monate nach der Machtergreifung ratterten die Maschinengewehre auf den Straßen Petrograds. An jedem Tag lägen Tote auf der Straße, notierte Sinaida Hippius am 5. Dezember 1917, »überall Raub und Schießereien«, an die man sich schon gewöhnt habe.[60]

Im Dezember 1917 erklärte die Regierung, dass die liberale Partei der Konstitutionellen Demokraten außerhalb des Gesetzes stehe. Ihre Mitglieder wurden für vogelfrei erklärt. Dieser barbarische Akt, der an die niedrigsten Instinkte appellierte und »in empörendem Widerspruch zum Geist des Sozialismus stand«, so sah es Steinberg im Rückblick, habe in den Volksmassen die Vorstellung entwickelt, dass für all ihre Leiden Menschen aus den besitzenden Klassen verantwortlich gemacht und getötet werden dürften, ganz gleich, ob ihnen eine Schandtat vorgeworfen werden konnte.[61] Wenig später ermordeten verrohte Matrosen im Gefängnishospital von Petrograd die liberalen Politiker Andrei Schingarjow und Fjodor Kokoschkin, weil sie glaubten, dass der Mord an Gegnern der neuen Ordnung nicht gesühnt werden würde.[62]

Am 22. Februar 1918, als deutsche Armeen die Hauptstadt bedrohten, gab der Rat der Volkskommissare auch öffentlich bekannt, dass die Ermordung von Klassenfeinden erlaubt sei. »Feindliche Agenten, Spekulanten, Rowdies, Hooligans, konterrevolutionären Agitatoren, deutsche Spione sind am Ort des Verbrechens zu erschießen«, hieß es in der Instruktion. Alle arbeitsfähigen »Mitglieder der bourgeoisen Klasse«, Männer wie Frauen, sollten unter Aufsicht von Rotgardisten Schützengräben ausheben. »Wer Widerstand leistet, ist zu erschießen.« Sie, die Linken Sozialrevolutionäre, hätten gegen solchen Terror protestiert, seien im Rat der Volkskommissare aber überstimmt worden. Und so hätten auch sie die Verheißung der Revolution, eine bessere Welt zu schaffen, aus billigem Interesse an

58 Gorkij, Maxim: Unzeitgemäße Gedanken über Kultur und Revolution, Frankfurt am Main 1974, hier S. 123.
59 Hasegawa, Crime and Punishment, S. 192 – 227.
60 Hippius, Petersburger Tagebücher, S. 256.
61 Štejnberg, Nravstvennyj lik revoljucii, S. 45.
62 Gorkij, Unzeitgemäße Betrachtungen, S. 142; Štejnberg, Nrastvennyj lik revoljucii, S. 43, 49.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Macht schmählich verraten, gestand Steinberg später ein[63]. Die Botschaft konnte deutlicher nicht sein. Jeder, der ein Gewehr in der Hand halten durfte und sich zum Anhänger der neuen Ordnung erklärte, konnte sich nunmehr selbst ermächtigen, anderen Gewalt anzutun. Die Lynchjustiz war die eigentliche Signatur bolschewistischer Herrschaft. »Das Feuer ist angezündet, aber es brennt schlecht«, schrieb Gorki am 3. März 1918, »es stinkt nach Rußland, dem schmutzigen, betrunkenen, grausamen Rußland. Sie stoßen und zerren dieses unglückliche Rußland nach Golgatha, um es zu kreuzigen, damit die Welt gerettet werde.«[64]

Erst als den Machthabern das blutige Geschehen aus den Händen zu gleiten drohte, versuchten sie, die Gewalt zentraler Lenkung zu unterwerfen und in systematischen Terror zu verwandeln. Am 12. April 1918 erteilte der Vorsitzende der Tscheka, Felix Dserschinski, den Befehl, alle Anarchisten in Moskau zu entwaffnen und zu verhaften. Am gleichen Tag stellte er ihnen ein Ultimatum zu: »Die Allrussische Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution fordert Sie auf, im Verlaufe der nächsten fünf Minuten alle in Ihren Händen befindlichen Waffen abzugeben, anderenfalls werden wir mit Ihnen wie mit Feinden der Sowjetmacht verfahren.«[65] Am 16. April gab Dserschinski den »Iswestija«, dem Presseorgan der Regierung, ein Interview. Er erklärte, dass sich die Anarchisten in Moskau mit Kriminellen verbündet und mit Drogen gehandelt hätten. Die Tscheka sei nicht nur zu dem Zweck gegründet worden, die Konterrevolution, sondern auch die »Kriminalität in all ihren Erscheinungen« zu bekämpfen. »Wir werden jetzt mit aller Energie die von uns begonnene Aktion fortsetzen, um die Stadt von kriminellen Elementen zu säubern.«[66]

Die »Säuberung« Moskaus war eine äußerst rücksichtslose und blutige Aktion. Beim Sturm auf die Häuser, in denen sich die Anarchisten verschanzt hatten, wurden mehr als vierzig Menschen getötet, 500 verhaftet.[67] Lockart durfte in Begleitung von Jakob Peters, dem Stellvertreter Dserschinskis, die Orte des Gemetzels besichtigen: »Auf der Powarskaja, wo früher die reichen Kaufleute lebten, besichtigten wir ein Haus nach dem anderen. Die Verwahrlosung war haarsträubend. Zerbrochene Flaschen auf dem Fußboden, Schußspuren in den Decken, Weinflecken und menschlicher Kot auf den Aubussonteppichen. Wertvolle Gemälde waren zu Fetzen zerrissen. Noch lagen die Toten, wo und wie sie

63 Štejnberg, Nravstvennyj lik revoljucii, S. 52 f.
64 Gorkij, Unzeitgemäße Gedanken, S. 150.
65 Plechanova, A. A./ Plechanov, A. M. (Hrsg.): F. Ė. Dzeržinskij – predsedatel' VČK-OGPU 1917–1926 (Rossija XX vek), Moskau 2007, S. 36 f.
66 Plechanova, Dzeržinskij, S. 38 f.
67 Leggett, George: The Chela. Lenin's Political Police, Oxford 1981, hier S. 35.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gefallen waren, darunter Offiziere in Gardeuniform, Studenten unter zwanzig, aber auch Männer, die offenbar den Verbrecherklassen angehörten, denen erst die Revolution die Gefängnisse geöffnet hatte. In dem eleganten Salon des Dom Gratschewa waren die Anarchisten mitten in einer Orgie überrascht worden. Die lange, gedeckte Tafel war umgeworfen, zerbrochenes Geschirr und Glas lag in Tümpeln von Blut und vergossenem Wein. Mit dem Gesicht zu Boden lag eine junge Frau. Peters drehte sie um. Ihr Haar war zerzaust, von einem Genickschuss war das Blut zu einem unheimlichen Klumpen geronnen. Sie war höchstens zwanzig Jahre alt. Peters zuckte mit den Achseln: ›Prostitutka. Vielleicht ist's besser so.‹ Dieses Bild vergesse ich nie. Die Bolschewiken fingen an aufzuräumen.«[68] Wenige Wochen später, Ende Juni 1918, verschickte Dserschinski ein Zirkular an alle Dienststellen der Geheimpolizei in den Provinzen und erteilte ihnen die Anweisung, Waffen aller Art zu konfiszieren und jeden »streng zu bestrafen«, der sich den Anordnungen der Geheimpolizei widersetze.[69]

Am 6. Juli 1918 töteten Agenten der Tscheka, die der Partei der Linken Sozialrevolutionäre angehörten, den deutschen Botschafter, Wilhelm Graf von Mirbach. Kurz darauf besetzten Soldaten, die sich ihnen angeschlossen hatten, die Zentrale der Tscheka, nahmen Dserschinski und seinen Stellvertreter als Geiseln und brachten das Post- und Telegraphenamt unter ihre Kontrolle. Von dort versandten sie ihr Glaubensbekenntnis in alle Regionen Russlands, aber sie verzichteten darauf, den Kreml zu erobern und Lenin und seine Regierung festzusetzen. Nicht Usurpatoren wollten sie sein, sondern Mahner. Die Bolschewiki sollten sich auf ihre revolutionären Traditionen besinnen, die Diktatur beenden und den Krieg gegen die deutschen Imperialisten wieder aufnehmen. An einem Putsch hatten sie kein Interesse. Für solche Dilettanten, »demoralisierte Schwarzmeermatrosen und ehemalige entwaffnete Anarchisten«, empfanden Lenin und Dserschinski nichts als Verachtung. Er schickte ihnen eine Einheit loyaler Soldaten entgegen, ließ sie entwaffnen und zwang sie zur Kapitulation. Die Tscheka konfiszierte die Druckerei der Sozialrevolutionäre, 200 Aufständische wurden ohne Prozess erschossen.[70]

Am gleichen Tag hatten sich auch in Jaroslawl Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewiki erhoben. Nach mehrstündigem Kampf mussten sie sich geschlagen geben, ihr Anführer, der berühmte Terrorist und Abenteurer, Boris Sawinkow, entkam allerdings. Nur drei Wochen später, am 30. August tötete der Sozialrevo-

68 Lockart, Vom Wirbel erfaßt, S. 138 f., 238 f.
69 Plechanova, Dzeržinskij, S. 53 f.
70 Plechanova, Dzeržinskij, S. 56 – 58. Die Dokumentation der Ereignisse aus der Perspektive der Tscheka findet sich im Dokumentenband: Krasnaja Kniga VČK, Bd. 1, Moskau 1989, S. 182 – 310; Leggett, The Cheka, S. 70 – 83; Kotkin, Stalin, Bd. 1, S. 278.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lutionär Leonid Kannegiesser den Chef der Tscheka von Petrograd, Moisei Urizki, und am gleichen Tag gab die Terroristin Fanny Kaplan mehrere Schüsse auf Lenin ab, als er eine Fabrik verließ, in der er eine Rede gehalten hatte. Lenin wurde lebensgefährlich verletzt, überstand aber das Attentat.[71] Wenngleich die Bolschewiki alle Erhebungen mit leichter Hand niederschlugen, begriffen sie doch sofort, dass ihre Macht auf tönernen Füßen stand. Nicht einmal in ihrer eigenen Umgebung konnten sie vor Verrat und Verschwörungen sicher sein. Warum sollte den Terroristen nicht gelingen, was ihnen am 1. März 1881 gelungen war, als sie Alexander II. am helllichten Tag in St. Petersburg getötet hatten? Der bedrohte Leviathan. Dieses Bild hatten Lenin und die Seinen stets vor Augen, weil niemand besser wusste als sie, was kleine, aber entschlossene Gruppen von Menschen bewirken konnten.[72] Was hat der Machthaber von seiner Macht, wenn er jederzeit damit rechnen muss, umgebracht zu werden? Überall sieht er Feinde und Verschwörer, er verschanzt sich hinter dicken Mauern und umgibt sich nur noch mit Seinesgleichen, mit Vertrauten, auf deren Loyalität er sich jederzeit verlassen kann.

Die Zentralisierung und Systematisierung der Gewalt kam aus der Furcht der bolschewistischen Führer, Opfer der Verhältnisse zu werden, die sie selbst geschaffen hatten. Trotzki, der die Gewalt anbetete wie kein anderer Bolschewik, gestand offen ein, dass der Terror das einzige Instrument war, dessen sich die Diktatur im Kampf um ihr Überleben bedienen konnte: »Denn gegen eine reaktionäre Klasse zur Anwendung gebracht, die nicht den Schauplatz verlassen will, kann der Terror sehr wirksam sein. Die Abschreckung ist ein machtvolles Mittel der Politik, der internationalen wie der inneren. Der Krieg ist ebenso wie auch die Revolution auf Abschreckung gegründet. Der allgemeinen Regel nach vernichtet der siegreiche Krieg nur einen unbedeutenden Teil der besiegten Armee, die Übrigen schreckt er ab und bricht so ihren Willen. Ebenso wirkt die Revolution: sie tötet Einzelne und schreckt Tausende ab. In diesem Sinne unterscheidet sich der rote Terror prinzipiell nicht vom bewaffneten Aufstand, dessen direkte Fortsetzung er ist. Den staatlichen Terror der revolutionären Klasse kann nur der ›moralisch‹ verurteilen, der überhaupt jede Gewalttätigkeit – folglich auch jeden Krieg und jeden Aufstand – prinzipiell (in Worten!) ablehnt. Dazu muß man einfach ein heuchlerischer Quäker sein.«[73] Trotzki nahm den Gedanken der stalinistischen Despotie, die Toten zu vermehren, um die Lebenden zu unterwerfen, schon

71 Service, Robert: Lenin. Eine Biographie, München 2000, hier S. 475 – 479.
72 Thunemann, Fabian: Verschwörungsdenken und Machtkalkül. Herrschaft in Russland, 1866 – 1953 (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 53), München 2019, hier S. 95 – 119.
73 Trotzki, Terrorismus und Kommunismus, S. 43.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vorweg. Man tötet den einen, am nächsten Tag einen anderen, und man zeigt den Untertanen, dass man kann, was man will. Allmacht hat nur, wer jederzeit und überall töten kann, wen er töten will.[74]

Unmittelbar nach dem Attentat auf Lenin am 5. September 1918 gaben die Volkskommissare für Justiz und Innere Angelegenheiten, Dmitri Kurski und Grigori Petrowski, bekannt, dass die Anwendung von Terror zur Verteidigung der neuen Ordnung notwendig und geboten, jedermann verpflichtet sei, der Tscheka zur Hand zu gehen. Vor Bedrohungen könne die Sowjetmacht nur sicher sein, wenn Klassenfeinde in Konzentrationslagern isoliert und alle Personen erschossen würden, die mit »weißgardistischen Organisationen, Verschwörungen und Aufständen« in Verbindung stünden. Die Namen der Erschossenen sollten zur Abschreckung veröffentlicht werden. Wann hatte es jemals eine Regierung gegeben, die ausgerechnet ihren Justizminister damit beauftragte, öffentlich zu erklären, dass Recht und Gesetz außer Kraft gesetzt seien?[75]

Die Tscheka machte sich umgehend ans Werk, ihre Einheiten durchkämmten Häuser und Wohnungen, sie nahmen Geiseln und brachten sie in Gefängnisse und Lager. Ihre Namen wurden in den »Iswestija« mit dem Hinweis veröffentlicht, dass sie alle erschossen werden würden, sollte auch nur ein einziger Funktionär des Regimes getötet werden. In den ersten Tagen nach dem Attentat auf Lenin tötete die Tscheka allein in Petrograd mehr als 800 »Klassenfeinde«, unter ihnen auch den ehemaligen Justizminister des Zaren, Iwan Schtscheglowitow, die früheren Innenminister Alexei Chwostow, Nikolai Maklakow und Alexander Protopopow, den Polizeichef des Zaren, Stepan Belezki und den Bischof Iwan Wostorgow, die aus dem Gefängnis geholt und mitten am Tag im Petrowski-Park, einer Grünfläche an der nördlichen Stadtgrenze, erschossen und ihre Leichen danach gefleddert wurden.[76] Grigori Sinowjew, der Parteichef von Petrograd, ließ am 7. September in den »Iswestija« mitteilen, dass in seiner Stadt bereits 500 Geiseln, vor allem Funktionsträger des alten Regimes, öffentlich ermordet worden seien. Es sollten nicht die letzten Geiseln sein, die erschossen wurden. Bis Ende Oktober fielen mehr als 6.000 Menschen dem Terror der Tscheka zum Opfer.[77]

Der Terror erzeugte eine Atmosphäre allgegenwärtiger Angst. Allein beim Anblick eines betrunkenen Soldaten oder eines kokainsüchtigen Tschekisten, beim ersten Schuss, der auf der Straße zu hören war, schlossen sich allenthalben Fens-

74 Canetti, Elias: Masse und Macht, München 1960, hier S. 503 – 515. Zur Funktion der Gewalt in der stalinistischen Diktatur vgl. Baberowski, Jörg: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012.
75 Postanovlenie SNK o krasnom terrore, 5 sentjabrja 1918 g., in: Plechanova, Dzeržinskij, S. 70.
76 Latyšev, Rassekrečennyj Lenin, S. 84; Leggett, The Cheka, S. 102 – 120.
77 Izvestija, 7. September 1918; Kotkin, Stalin, Bd. 1, S. 287.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ter und die Türen. In allen Regionen des Imperiums, die sich unter der Kontrolle der Bolschewiki befanden, begann nun die große Menschenjagd. Tag für Tag wurden Häuser durchsucht, tausende Menschen verschleppt, tausende Geiseln erschossen und ihre Namen in der Presse veröffentlicht. Auch Bauern bekamen die Gewalt zu spüren, als sie sich den Beschaffungsbrigaden widersetzten, die in ihren Dörfern Getreide für die Versorgung der Städte konfiszieren und Soldaten für die Rote Armee rekrutieren wollten. Wie überall, so verschwamm der revolutionäre Furor der Bolschewiki auch hier mit der kriminellen Lust an der Gewalt, – Frauen, die vergewaltigt, Bauern, die aufgehängt oder durch Maschinengewehrsalven hingerichtet wurden.[78]

Der Krieg auf dem Dorf wurde mit einer Brutalität ausgetragen, die es seit den Raubzügen Pugatschows nicht mehr gegeben hatte. Am 11. August 1918 telegraphierte Lenin nach Pensa: »Genossen! Der Aufstand in fünf Kulaken-Bezirken muß gnadenlos niedergeschlagen werden. Dies erfordert das Interesse der gesamten Revolution, denn jetzt muß der letzte, entscheidende Kampf gegen die Kulaken geführt werden. Man sollte ihn auf folgende Weise erproben: 1. Nicht weniger als 100 berüchtigte Kulaken, Reiche und Blutsauger aufhängen (es ist unverzichtbar, sie aufzuhängen, damit das Volk es sieht), 2. ihre Namen veröffentlichen, 3. ihnen alles Getreide abnehmen, 4. Geiseln festlegen, in Übereinstimmung mit dem gestrigen Telegramm. So muß man es machen, damit das Volk im Umkreis von 100 Werst alles sieht, erfährt, zittert und schreit: man stranguliert die blutsaugenden Kulaken. Telegraphieren Sie den Erhalt des Befehls und seine Ausführung. Ihr Lenin. P.S. Suchen Sie harte Leute dafür aus!« Zwei Tage zuvor hatte er den Genossen in Nischni-Nowgorod empfohlen, das Gouvernement mit »Massenterror« zu überziehen und »hunderte Prostituierte« zu erschießen.[79]

Die Bolschewiki waren sich ihrer Sache nicht sicher, aber sie machten die Erfahrung, dass Drohungen ihre Wirkung verloren, wenn ihnen keine Taten folgten und wenn sie die Gewalt in das Belieben von Jedermann stellten. »Die Bolschewiken haben sich auf physische Gewalt festgelegt. Und das dauerhaft«, schrieb Sinaida Hippius am 1. September 1918 in ihr Tagebuch. Auch die Autokratie habe sich auf Gewalt gestützt, um die Ordnung zu schützen, allerdings auf Gewalt, die durch Recht und Tradition gleichermaßen legitimiert gewesen sei. »Aber da sie über keine entsprechenden Gewohnheiten und Traditionen verfügen, müssen die Bolschewiken, wenn sie die Stabilität der Selbstherrschaft erreichen wollen, die

78 Buldakov, Vladimir: Krasnaja smuta. Priroda i posledstvija revoljucionnogo nasilija (Istorija stalinizma), Moskau 2010, S. 475 f.
79 Latyšev, Rassekrečennyj Lenin, S. 27, 57.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Gewalt in einem gewaltigen Ausmaß steigern. Das tun sie auch. Das entspricht nationalen ›Besonderheiten‹ des russischen Volkes, die einem Europäer unverständlich sind. Je grausamer die Macht, desto mehr kann sie sich erlauben, und desto mehr erlaubt man ihr.«[80] Und man könnte hinzufügen: je weniger Macht jemand hat, desto größer ist sein Bedürfnis, immer wieder auf sie hinzuweisen.

Im Angesicht der Gewalt und in ihrer Ohnmacht und Hilflosigkeit konnten sich die Verängstigten und Verschreckten gegen die zu Allem entschlossenen Revolutionäre nicht wehren. Es gab nach Jahren des Krieges und der Entbehrungen keine Instanz mehr, die Widerstand hätte organisieren können. Bunin erinnerte sich an die dunklen und bedrückenden Stunden, die er im Frühjahr 1919 in Odessa verlebte: »Gestern am frühen Abend gingen wir spazieren. Unsägliche Schwere auf meiner Seele. Die Menge, die jetzt die Straße bevölkert, ist physisch unerträglich, ich bin am Ende meiner Kräfte, so satt habe ich diese viehische Menge. Wenn man ausruhen könnte, sich irgendwo verstecken, verreisen, zum Beispiel nach Australien! Doch schon längst sind alle Wege, alle Straßen versperrt. Heutzutage ist es bereits ein verrückter Wunschtraum, nach Bolschoi Fontan zu fahren: ohne Genehmigung ist es verboten, und sie können Dich töten wie einen Hund.«[81]

Die Revolution verschlang ihre Kinder, die Bolschewiki triumphierten, und sie schickten Aufklärer und Liberale auf den Müllhaufen der Geschichte. Kein Liberaler mochte 1920 noch glauben, was im Jahr 1917 für eine Gewissheit gehalten werden konnte: dass der Sieg des bürgerlichen Freiheitsprojekts unvermeidlich sei. Pawel Miljukow, das prominenteste Gesicht des russischen Liberalismus, gab sich keinen Illusionen hin. Nicht am Wettstreit der Ideen sei die russische Demokratie zerbrochen, sondern an ihrer Isolation vom Volk, an ihrer Unentschlossenheit und Zaghaftigkeit. Es habe nur eines Anstoßes bedurft, um das Riesenreich und seine Staatsmaschine zu zertrümmern. Im Chaos, das der Untergang ausgelöst habe, hätten sich dann aber nur entschlossene und skrupellose Gewalttäter durchsetzen können. Der Bolschewismus sei ein Phänomen russischer Rückständigkeit und schwacher Staatlichkeit, keine Repräsentation des europäischen Marxismus. »Was den fremden Beobachter an den gegenwärtigen Ereignissen verblüfft, … das war dem Soziologen und dem Erforscher der russischen historischen Entwicklung schon lange bekannt. Für ihn sind Lenin und Trotzki Führer einer Bewegung, die Pugatschow, Rasin und Bolotnikow, dem 18. und

80 Hippius, Petersburger Tagebücher, S. 377. Vgl. auch Beyrau, Dietrich: The Long Shadow of the Revolution: Violence in War and Peace in the Soviet Union, in: Legacies of Violence. Eastern Europe's First World War (Europas Osten im 20. Jahrhundert, Bd. 3), hrsg.von Jochen Böhler/ Wlodzimierz Borodzeij/ Joachim von Puttkamer, München 2014, S. 285 – 316.
81 Bunin, Verfluchte Tage, S. 63.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

17. Jahrhundert unserer Geschichte viel näherstehen als den letzten Worten des europäischen Anarcho-Syndikalismus.«[82]

Der russische Bürgerkrieg, der im Sommer 1918 begann und erst 1921 ein Ende fand, war ein verheerendes Geschehen. Zehn Millionen Menschen wurden im Kampf getötet, ermordet, starben an Hunger, Unterernährung oder an Epidemien. Ganze Landstriche waren entvölkert, Metropolen verwandelten sich in Orte der Ödnis, nachdem die Geißel des Krieges sie verheert hatte.[83] Russland war 1921 nicht nur ein Bauernland ohne Proletariat, es war auch ein Land ohne geistige Elite. In einem symbolischen Akt beendete Lenin 1922 die Geschichte der Petersburger Kultur, als er Stalin die Anweisung erteilte, prominente Professoren, Philosophen, Schriftsteller und Künstler aus Russland auszuweisen, unter ihnen Semjon Frank, Sergei Trubezkoi, Alexander Kisewetter, Nikolai Berdjajew, Michail Ossorgin, Alexander Isgojew und Sergei Bulgakow. »Säubern wir Rußland für lange Zeit«.[84] Als das Philosophenschiff die Segel setzte, verschwanden das alte Europa und seine geistige Kultur aus dem russischen Leben.

Mord und Vertreibung leerten Russlands geistige Gefäße, aber sie öffneten auch die Tore für ehrgeizige Aufsteiger, die in der Stunde der Not die Plätze der Ermordeten und Vertriebenen einnahmen. Der Krieg war nicht nur ein Geschehen der Entgrenzung, sondern auch der Gefolgschaftsbindung und Disziplin. Erst im Kugelhagel des Bürgerkriegs wurde der bolschewistische Funktionär gestählt.[85] »Der Krieg gab uns die Kraft«, so Lenin im Jahr 1920, »die Disziplin bis zum Maximum zu treiben und zehntausende, hunderttausende Leute, Genossen, zu zentralisieren, die gestorben sind, um die Sowjetrepublik zu retten. Ohne das wäre alles zum Teufel gegangen.«[86] Nicht feinsinnige Marx-Interpreten, sondern Männer der Tat und der Gewalt gaben dem neuen Staat ein Gesicht. Nicht Marxismus und Theorie, sondern Krieg und Exzess waren die Väter der bolschewistischen Dikta-

82 Miljukov, Istorija vtoroj russkoj revoljucii, S. 17 f.
83 Zum Bürgerkrieg vgl. exemplarisch: Engelstein, Laura: Russia in Flames. War, Revolution, Civil War 1914 – 1921, Oxford 2018; Smele, Jonathan: The »Russian« Civil Wars. 1916 – 1926. Ten Years that Shook the World, London 2015; Sunderland, Willard: The Baron's Cloak. A History of the Russian Empire in War and Revolution, Ithaca/ N.Y. 2014.
84 Artizov, Andrei u. a. (Hrsg.): »Očistim Rossiju nadolgo …« repressii protiv inakomysljaščich. Konec 1921 – načalo 1923 g. (Rossija XX vek), Moskau 2008, hier S. 162.
85 Eine einfühlsame Schilderung der Zurichtung findet sich bei: Šklovskij, Viktor: Sentimentale Reise (Bibliothek Suhrkamp, Bd. 390), Frankfurt am Main 1974. Zum Erbe des Bürgerkrieges vgl. Lewin, Moshe: The Civil War. Dynamics and Legacy, in: Party, State, and Society in the Russian Civil War. Explorations in Social History (Indiana-Michigan series in Russian and East European studies), hrsg. von Diane Koenker/ William Rosenberg, Bloomington/ Ind. 1989, S. 399 – 423; Pethybridge, Roger: The Social Prelude to Stalinism, London 1974.
86 Zitiert in: Latyšev, Rassekrečennyj Lenin, S. 77.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tur und ihrer autoritären Kultur. In den Jahren des Bürgerkrieges wurde eingeübt, was Stalin später zum Prinzip seiner Herrschaft erheben würde.[87]

Das Gefühl der allgegenwärtigen Unsicherheit und Bedrohung formte Lebenshaltungen und Erwartungen nicht nur der Kommunisten, sondern auch der Untertanen, und es gab der souveränen Diktatur eine Rechtfertigung, die für jedermann verständlich war: Angst vor der Wiederkehr des entgrenzten Krieges. Dieses Motiv war allgegenwärtig. Michail Bulgakows Bürgerkriegsepos »Die weiße Garde«, das in den Jahren 1923 und 1924 entstand, erzählt vom Leben und Sterben in der Katastrophe. Das alte Russland und seine Kultur verschwanden, und wer überleben wollte, hatte keine andere Wahl, als sich auf die Bedingungen einzustellen, die das Leben ihnen stellten. So erging es auch den Geschwistern Turbin, die Bulgakow durch die Wirren des Bürgerkrieges schickte und die erleben mussten, wie Rote und Weiße, Bauernhaufen, Nationalisten und Antisemiten Kiew in eine Frontstadt verwandelten, in der sich niemand mehr vor dem Tod in Sicherheit bringen konnte, die Angehörigen der alten Elite schon gar nicht. Am Ende aber arrangieren sich auch die Turbins mit den Siegern, den Bolschewiki. Denn sie brachten nicht nur Verderben, sondern auch Frieden. Was hätte es in dieser Zeit Wichtigeres geben können als im Frieden zu leben? Es war sicher kein Zufall, dass Stalin gefiel, was Bulgakow, der gewiss kein Freund der bolschewistischen Diktatur war, über das Leben in der Katastrophe zu Papier gebracht hatte.[88]

Nach Jahren des Bürgerkrieges und der Gewalt war das Band zerrissen, das Vorher und Nachher miteinander verbunden hatte. Nur noch die Erfahrung exzessiver Gewalt und Unsicherheit verband alle Menschen miteinander, Opfer wie Täter, Bauern wie Kommunisten und Adlige. Die Kultur des Misstrauens, die Furcht vor Anarchie, Chaos und Gewalt, der Kult des Machtstaates, der Ordnung schafft, richtete nicht nur die Bolschewiki, sondern auch ihre Gegner und Opfer zu, auf Dauer und mit Folgen für das Zusammenleben von Menschen nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch im alten Europa. Sie war der Grund, auf dem die autoritären und totalitären Staaten des 20. Jahrhunderts errichtet wurden.[89]

Warum setzten sich in diesem revolutionären Geschehen ausgerechnet die Bolschewiki gegen alle Widerstände durch? Weil die Wenigen organisiert und entschlossen und die Vielen es nicht sind, weil die einen keine Skrupel haben, von

87 Buldakov, Krasnaja Smuta; Baberowski, Jörg: Verwüstetes Land. Macht und Gewalt in der frühen Sowjetunion, in: Gewalträume. Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand (Eigene und fremde Welten. Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel, Bd. 20), hrsg. von dems./ Gabriele Metzler, Frankfurt am Main 2012, S. 169 – 188; Kotkin, Stalin, Bd. 1, S. 295; Schnell, Felix: Räume des Schreckens. Gewalt und Gruppenmilitanz in der Ukraine 1905 bis 1933 (Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts), Hamburg 2012.

88 Bulgakow, Michail: Die weiße Garde, München 1990.

89 Traverso, Im Bann der Gewalt, S. 75 – 118, 191 – 229.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ihren Waffen Gebrauch zu machen und die anderen kein Wagnis eingehen wollen. Die Mächtigen erzwingen Gehorsam, dafür geben sie ihren Anhängern Ordnungssicherheit. Auf dieser Verabredung beruhen alle Machtbeziehungen.[90] Bevor sie sich aber in Institutionen ablagern und verfestigen, müssen sie sich durchsetzen. Darum geht es in allen Revolutionen und Bürgerkriegen, in denen Staaten zerstört und neu errichtet werden. Die Legitimation der Herrschaft erwächst nicht allein aus dem Glauben an ihre Rechtmäßigkeit, sondern auch aus der Praxis der Machtsicherung, dem alltäglichen Beweis, dass Macht gegen Widerstand durchgesetzt werden kann. Die Anerkennung einer Ordnung beruht am Ende gar nicht auf politischen Überzeugungen, sie kann sich vielmehr an ihnen »vorbeientwickeln«, wie Heinrich Popitz sagt.[91] »Die Bolschewiki triumphierten letztlich nicht«, schreibt Serge Schmemann über die Revolution im Dorf, »weil sie die größere Unterstützung aus dem Volk oder die größere Wahrheit auf ihrer Seite hatten, sondern weil sich in Zeiten der Wirren die am besten organisierte und rücksichtsloseste Kraft durchsetzt. Lenins … Ideologie verlangte die Machtergreifung, und er setzte dieses Ziel mit einer straff disziplinierten und eifrigen Gefolgschaft und frei von Skrupeln und Patriotismus durch.«[92]

Manche Historiker sagen, das Ende des Bürgerkrieges sei auch das Ende der Revolution gewesen. Zwar war der Sieg der Bolschewiki das Ende der alten Ordnung und der Beginn einer neuen Welt, Gründungsakt des sowjetischen Imperiums. Aber er war auch der Anfang einer staatlich gelenkten Revolution, die sich über alle Bedenken und Skrupel hinwegsetzte. Stalins großem Sprung nach vorn, Industrialisierung, Kollektivierung und Kulturrevolution, fielen Millionen Menschen zum Opfer: Bauern, die erschossen, nach Sibirien deportiert wurden oder verhungerten, Priester, Adlige, Angehörige verbotener Parteien, die in den Lagern verschwanden oder den Tod fanden, ethnische Minoritäten, die Heimat und Freiheit verloren. Die Bolschewiki waren Zerstörer, und sie setzten das Werk der Zerstörung auch dann noch fort, als sie bereits an den Schalthebeln der Macht saßen. Sie führten Krieg gegen das alte Russland, gegen Religion und Tradition und gegen das Recht auf Leben. Einen solchen Feldzug, eine solche Verheerung hatte die Welt noch nicht gesehen. Die Bolschewiki waren Meister der Krise, die jede Festung schliffen und darin der Welt ein Beispiel dafür gaben, was es hieß, souverän zu sein. Im Angesicht des Terrors, der die weite Menschenebene verwüstete, verschwanden die letzten Reste zivilgesellschaftlichen Widerstands. In der Treib-

90 Popitz, Heinrich: Phänomene der Macht, 2. Aufl., Tübingen 1992; Baberowski, Jörg: Räume der Gewalt, Frankfurt am Main 2015, hier S. 195 – 213.
91 Popitz, Phänomene der Macht, S. 226.
92 Schmemann, Serge: Ein Dorf in Rußland. Zwei Jahrhunderte russischer Geschichte, Berlin 1999, hier S. 240.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sandgesellschaft konnte die Despotie nach Belieben schalten und walten, ohne mit ernsthaftem Widerspruch rechnen zu müssen.[93]

Die souveräne Diktatur will die alte Ordnung beseitigen und eine neue aus dem Boden stampfen. Das aber gelingt ihr nur, indem sie das Recht suspendiert und den Bürgerkrieg heraufbeschwört.[94] Ihn aber kann sie nicht fortsetzen, wenn sie sich nicht selbst aufs Spiel setzen will. Eine Ordnung, die darauf vertraute, sich nur durch Selbstzerstörung am Leben zu erhalten, verlöre am Ende den Boden unter den Füßen. Was könnte sie schon bewirken, wenn die Gewalt kein Ende findet, das Erreichte aber doch irgendwann einmal abgesichert werden muss? Herrschaft braucht Anerkennung, Verwurzelung, wenn sie sich in der Überlieferung einen Platz erobern will. Die souveräne Diktatur muss irgendwann aufhören, Diktatur zu sein und sich als Ordnung wieder in Tradition und Form verwurzeln, wenn sie den Tag überdauern will, an dem sie zur Welt gekommen ist. Der Mensch träumt vom Anfang, der alles vergessen und Neues beginnen lässt. Aber wo immer er auch anfängt, trifft er auf Vorgefundenes, mit dem er zurechtkommen muss. »Je schneller das Neueste zum Alten wird« schreibt der Philosoph Odo Marquardt, »desto schneller kann Altes wieder zum Neuesten werden«.[95]

Unter Stalins Nachfolgern verwandelte sich die Diktatur in eine autoritäre Ordnung, der Terror verschwand aus dem Leben von Millionen. Die späte Sowjetunion war ein Ort politischer Bewegungslosigkeit, einer Normalität, die von den meisten Menschen als Erlösung von finsterer Vergangenheit empfunden wurde. Was war denn Leonid Breschnjew anderes als die plebejische Variante Alexanders III., einer, der sich für einen Kommunisten hielt, aber doch nur eine konservative Repräsentation einer genügsamen Wirklichkeit war? Je heftiger die Erschütterungen, und je häufiger die Nachbeben, die das Leben aus den Angeln heben, desto größer ist das Bedürfnis, sich in einer stabilen Ordnung einzurichten. Wie immer man die Revolution und ihre Folgen auch beurteilen mag, eines ist doch gewiss: Der Blick in den Abgrund hatte sich nicht gelohnt. Es gab dort nichts zu sehen.

93 Lewin, Moshe: The Social Background of Stalinism, in: Ders.: The Making of the Soviet System. Essays in the Social History of Interwar Russia, New York 1985, S. 258 – 285; Ders.: Grappling with Stalinism, in: Ders.: The Making of the Soviet System. Essays in the Social History of Interwar Russia, New York 1985, S. 286 – 314; Baberowski, Verbrannte Erde.

94 Schmitt, Carl: Die Diktatur. Von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf, 8. Aufl., Berlin 2015 (erstmals 1921), hier S. 134 – 137. Vgl. auch Baberowski, Jörg: Diktatur und Gewalt, in: Diktaturen. Perspektiven der zeithistorischen Forschung (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 29), hrsg. von Johannes Hürter/ Hermann Wentker, Berlin 2019, S. 156 – 166.

95 Marquardt, Odo: Zukunft braucht Herkunft. Philosophische Betrachtungen über Modernität und Menschlichkeit, in: Ders.: Philosophie des Stattdessen (Universal-Bibliothek, Bd. 18049), Stuttgart 2000, S. 66 – 78, hier S. 73 für das Zitat.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Christoph Regulski

Die Matrosenbewegung des Sommers 1917. Zur Erinnerung an Albin Köbis und Max Reichpietsch

Angesichts der Frage dieses Sammelbandes nach der »großen Furcht« und Revolutionsangst ist in Bezug auf die Darstellung der Matrosenbewegung des Sommers 1917 in der deutschen Hochseeflotte zu konstatieren, dass sich die Angst der Admiralität und des Marine-Staatssekretariats vor einer Revolution in engen Grenzen hielt. Hier sei kurz auf zwei zentrale Aspekte hingewiesen, die noch ausführlicher erläutert werden: Die Marine-Offiziere glaubten aus einem Gefühl der absoluten gesellschaftlichen Überlegenheit heraus, stets Herr der Lage zu sein und über eine unantastbare Autorität zu verfügen. Sollte diese tatsächlich einmal in Frage gestellt werden, gab es eine rigide Marine-Justiz, die durchgreifen würde. Das zeigte sich im Sommer 1917, als mit Max Reichpietsch und Albin Köbis zwei junge Matrosen zur Abschreckung hingerichtet wurden. Aus der Matrosenbewegung 1917 zogen die Admirale keine Konsequenzen. Sie sahen sich durch ihr hartes Durchgreifen bestätigt, die Ruhe und Ordnung auf den Schiffen wiederhergestellt zu haben. Aus dieser Annahme heraus beschlossen sie einen letzten Angriffsplan gegen England, der den Untergang der kaiserlichen Marine nach sich gezogen hätte. Hier nahmen sie keinerlei Rücksicht auf die Matrosen, die ihr Leben nicht für die Ehre der Offiziere opfern wollten.

Für das Verständnis der Vorgänge 1917 in der Marine ist ein Blick auf den Aufbau der Flotte, ihre gesellschaftliche Zusammensetzung sowie auf ihre Rolle im Weltkrieg unerlässlich. Die deutsche Kriegsmarine war eine Schöpfung des wilhelminischen Zeitalters und aufs engste mit Kaiser Wilhelm II. verknüpft, der den Anstoß zu einer maritimen Aufrüstung dem Werk Mahans entnahm.[1] Der

1 Ullrich, Volker: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871–1918, Frankfurt am Main 1997, S. 196 und Herwig, Holger H.: Der Einfluß von Alfred Th. Mahan auf die deutsche Seemacht, in: Deutsche Marinen im Wandel. Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 63), hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Werner Rahn, München 2005, S. 127–142, hier S. 127–129.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kaiser, und mit ihm seine Seeoffiziere, übersah jedoch eine Grundvoraussetzung der Thesen Mahans: Ein Staat könne nicht zugleich als See- und Landmacht Weltgeltung erlangen.[2] Die Strategie der Hochseeflotte war offensiv ausgerichtet und setzte auf eine Entscheidungsschlacht in der Nordsee.[3] Da Deutschland durch den Flottenbau die Royal Navy direkt herausforderte, blieb das Verhältnis zu England bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges belastet.[4] Der Aufbau einer Flotte war ein finanzielles Risiko, das den deutschen Armeen Mittel entzog und angesichts stetig steigender Kosten den Reichshaushalt auf das schwerste belastete.[5] Innenpoltisch gab es große Widerstände von der Sozialdemokratie[6] bis zu den Erzkonservativen, deren prominentester Sprecher der ehemalige Reichskanzler Otto von Bismarck war.[7]

Die neue deutsche Hochseeflotte und das Reichsmarineamt begingen auf dem Gebiet der inneren Führung bereits alle Fehler, die während des Ersten Weltkrieges zu einer Zuspitzung auf den Schiffen bis hin zur Flottenbewegung des Sommers 1917 führten. Die Führung der Flotte lag zu einem ganz überwiegenden Teil in den Händen bürgerlicher Offiziere oder nach der Jahrhundertwende Nobilitierter, denen der Aufstieg in der Armee durch den etablierten preußischen Adel weitgehend versperrt war.[8] Den Marinevorgesetzten gelang es nicht, von Ausnah-

2 Herwig, Mahan, S. 137–138 und Rahn, Werner: Strategische Optionen und Erfahrungen der deutschen Marineführung 1914 bis 1944: Zu den Chancen und Grenzen einer mitteleuropäischen Kontinentalmacht gegen Seemächte, in: Deutsche Marinen im Wandel. Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 63), hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Werner Rahn, München 2005, S. 197–234, hier S. 200.

3 Nägler, Frank: Operative und strategische Vorstellungen der Kaiserlichen Marine vor dem Ersten Weltkrieg, in: Skagerrakschlacht. Vorgeschichte – Ereignis – Verarbeitung (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 66), im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Michael Epkenhans/ Jörg Hillmann/ Frank Nägler, München 2009, S. 19–56, hier S. 22 und Herwig, Mahan, S. 132.

4 Willms, Johannes: Nationalismus ohne Nation. Deutsche Geschichte von 1789 bis 1914 (Fischer Taschenbuch, Bd. 4350), Frankfurt am Main 1985, S. 655 und Ullmann, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 (Neue historische Bibliothek, Edition Suhrkamp, Bd. 1546 = N.F. 546), Frankfurt am Main 1995, S. 216–217.

5 Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995, S. 1136. Siehe auch Berghahn, Volker R.: Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einerinnenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II. (Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft, Bd. 1), Düsseldorf 1971, S. 618.

6 Bergien, Rüdiger: Flotte und Medien im Kaiserreich, in: Deutsche Marinen im Wandel. Vom Symbol nationaler Einheit zum Instrument internationaler Sicherheit (Beiträge zur Militärgeschichte, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 63), hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Werner Rahn, München 2005, S. 143–160, hier S. 151.

7 Förster, Stig: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-Quo-Sicherung und Aggression 1890 und 1913 (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Bd. 118), Stuttgart 1985, S. 77 und Persius, Lothar: Wie es kam daß der Anstoß zur Revolution von der Flotte ausging, Berlin 1919, S. 4.

8 Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 (Kleine Vandenhoeck-Reihe, Bd. 1380), Göttingen 1983, S. 167.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

men abgesehen, ein spannungsfreies Verhältnis mit den unteren Dienstgraden aufzubauen.[9]

Bereits mit dem Kriegsausbruch im August 1914 rächten sich die beiden entscheidenden Fehler. Die Royal Navy war an einer Entscheidungsschlacht nicht interessiert und nutzte ihre strategische Überlegenheit aus, indem sie eine Fernblockade Deutschlands am Ärmelkanal und im Norden Schottlands bevorzugte.[10] Die Hochseeflotte hätte unter diesen Gegebenheiten nur eine äußerst riskante Offensive fern der eigenen Basis beginnen können. Um unkalkulierbare Verluste zu vermeiden, entschieden sich der Kaiser und Admiralsstabschef von Pohl gegen eine große Schlacht.[11]

In dieser Konstellation kam es zu kleineren Schlachten, die stets zugunsten der überlegenen Royal Navy ausgingen. In dem Seegefecht am 28. August 1914 vor Helgoland verlor die deutsche Flotte drei Kreuzer,[12] das Doggerbank-Gefecht vom 23. Januar 1915 führte zum Untergang der »Blücher«.[13] Trotz des unglücklichen Ausgangs bewährte sich die Mannschaft und leistete sogar hervorragende Arbeit, als es gelang, die schwer angeschlagene »Seydlitz« wieder in den Heimathafen zu bringen.[14]

Danach war die Hochseeflotte weitgehend zur Untätigkeit verurteilt, was wiederum zu starken Spannungen an Bord der Schiffe führte. Zu Beginn des Jahres 1915 verließen die wenigen altgedienten Seeoffiziere, die mehrheitlich ein gutes Verhältnis zur Besatzung hatten, die Schiffe, um andere Funktionen, vornehmlich in U-Booten, zu übernehmen. An ihre Stelle rückten sehr junge Offiziere, die sich eher durch »Schneid« als durch Leistung auszeichneten.[15]

Die Matrosen reagierten auf diese Entwicklung. Angesichts der gravierenden personellen Veränderungen fanden sie sich zusammen und besprachen ihre Situation.[16]

In dieser bereits angespannten Lage kam es am 31. Mai 1916 zur Skagerrak-Schlacht. An dem Seegefecht waren insgesamt 250 Schiffe mit rund 100 000 Mann

9 Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 1132 und Howard, Michael: Kurze Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2004, S. 19.
10 Strachan, Hew: Der Erste Weltkrieg. Eine neue illustrierte Geschichte, München 2006, S. 246.
11 Rahn, Werner: Strategische Probleme der deutschen Seekriegführung 1914 – 1918, in: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse (Serie Piper, Bd. 1927), im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994, S. 346 und Ullmann, Das Deutsche Kaiserreich, S. 341 – 365, hier S. 232.
12 Epkenhans, Michael: Die kaiserliche Marine im Ersten Weltkrieg: Weltmacht oder Untergang? In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse (Serie Piper, Bd. 1927), im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994, S. 319 – 340, hier S. 323.
13 Strachan, Der Erste Weltkrieg, S. 252.
14 Scheer, Admiral Reinhard: Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg, Berlin 1920, S. 135 – 136.
15 Vgl. die Tagebucheinträge Stumpfs. Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Nationalversammlung (fortan: WUA), Bd. 10/I, S. 45.
16 WUA, Bd. 9/II, S. 243.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Besatzung beteiligt.[17] Die Royal Navy verlor drei Schlachtkreuzer und elf weitere Schiffe.[18] 6.784 britische Matrosen starben oder waren verwundet. Elf deutsche Schiffe wurden versenkt,[19] 3.058 deutsche Matrosen waren tot oder verwundet.[20] Auch wenn die Hochseeflotte als Sieger aus der Seeschlacht hervorging, war allen Verantwortlichen klar, dass weitere Gefechte in dieser Größenordnung angesichts der zahlenmäßigen englischen Überlegenheit in kurzer Zeit den Untergang der deutschen Flotte bedeuteten.[21]

Die Besatzungen der Hochseeflotte verhielten sich in dieser Schlacht mustergültig. Die vorhandenen Spannungen zwischen Mannschaften und Offizieren wurden ausgeblendet.[22] Durch zahlreiche hohe militärische Auszeichnungen würdigte die Marineleitung insbesondere die Leistungen der Matrosen.[23] Albin Köbis an Bord der »Prinzregent Luitpold« bewährte sich als Heizer ebenso wie Max Reichpietsch als Signalgeber der »Friedrich der Große«.[24]

Der kurzfristigen Euphorie über den Sieg folgte schnell wieder der alltägliche Dienst mit seinen zahlreichen Problemen. Es zeichnete sich ab, dass die Skagerrak-Schlacht für lange Zeit die letzte große militärische Aktion der Marine während des Krieges bleiben würde[25] und somit ein wichtiges Ventil fehlte, angestauten Unmut abzubauen. Bereits im Herbst 1916 kam es zu ersten Gehorsamsverweigerungen auf der »Helgoland«,[26] denen sich ein öffentlicher Protest durch das Aushängen eines Transparentes auf der »Posen« Ende des Jahres 1916 anschloss. Die Matrosen bemängelten ausdrücklich die schlechte Behandlung und monierten, dass sie nur der »Pöbel« für die Vorgesetzten seien.[27] Im

17 Auf deutscher Seite standen nach Schmiedel 45 000 Mann, auf englischer Seite rund 60 000 Matrosen. Schmiedel, Karl: Der U-Boot-Krieg und die Schlacht am Skagerrak, in: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917, hrsg. von Willibald Gutsche, Berlin 1970, S. 329 – 335, hier S. 334.

18 Die »von der Tann« versenkte die »Indefatigable«, die »Lützow« versenkte das Schlachtschiff »Invincible« und die »Queen Mary« sank unter dem Geschützfeuer der »Seydlitz«. Rehder, Jacob: Die Verluste der Kriegsflotten 1914 – 1918, neu erarbeitet und erweitert von Helmut Sander, München 1969, S. 76 – 77.

19 Die beiden Schiffe »Lützow« und »Pommern« gingen am 1. Juni 1916 unter. Rehder, Verluste der Kriegsflotten, S. 24 – 25.

20 Die Zahl der Verwundeten und Toten nach Strachan, Der Erste Weltkrieg, S. 261. Schmiedel, U-Boot-Krieg und Skagerrak, S. 334 gibt die Zahl der Gefallenen mit 6.094 britischen und 2.551 deutschen Seeleuten an. Die geringere Zahl an getöteten oder verletzten Matrosen lag auch an der sichereren Bauweise der deutschen Schiffe. Otto, Helmut/ Schmiedel, Karl: Der erste Weltkrieg. Militärhistorischer Abriß (Schriften des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Kleine Militärgeschichte), 4. Aufl., Berlin 1983, S. 220.

21 Rahn, Strategische Probleme, S. 353 und Strachan, Der Erste Weltkrieg, S. 261.

22 WUA, Bd. 9/II, S. 54 – 55.

23 Ebd., S. 105.

24 In der Stammrolle Max Reichpietschs wurde die Teilnahme an der Skagerrak-Schlacht ausdrücklich vermerkt. Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (fortan: BA-MA), RM 20 – 112, Rechtsverhältnisse, Auszug aus der Stammrolle des Matrosen Max Reichpietsch, Bl. 127 – 130.

25 Rahn, Strategische Probleme, S. 353.

26 WUA, Bd. 10/II, S. 193.

27 WUA, Bd. 9/I, S. 18 – 19.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Frühjahr 1917 nahm der militärische Drill noch weiter zu,[28] Beleidigungen und Beschimpfungen waren alltäglich[29] und wurden so gut wie nie geahndet[30]. Der »Steckrübenwinter« 1916/17 sorgte für eine katastrophale Versorgungslage bei den Matrosen[31] und der Zivilbevölkerung[32], während die Verpflegung der Offiziere weiterhin gut blieb.[33] Diese Ungleichheit verstärkte die Unzufriedenheit der Matrosen ganz erheblich.[34] Doch die Marineleitung ignorierte das Problem hartnäckig.[35]

Anfang des Jahres 1917 forderten einzelne Matrosen, sich gemeinsam gegen ihre unwürdige Lage aufzulehnen.[36] Im Mai kam es zu ersten Zusammenkünften der Matrosen um Willi Sachse, Willi Weber und Max Reichpietsch.[37] Zu ihnen kamen als weitere führende Köpfe der Matrosenbewegung des Sommers 1917 Albin Köbis und Hans Beckers hinzu. Die fünf Matrosen waren sich schnell einig in der Beurteilung ihrer Lage auf den Schiffen, hatten aber in der Folge oft deutliche Meinungsverschiedenheiten darüber, wie eine wirkungsvolle Organisation aufgebaut werden konnte. Die unterschiedlichen persönlichen Hintergründe der Beteiligten erschwerten immer wieder ein einheitliches Vorgehen.

Max Reichpietsch wurde religiös erzogen, ging in die Lehre und kam noch zu Friedenszeiten zur Marine.[38] Nach ersten problemlosen Jahren kam es zu Konflikten mit den Vorgesetzten, die mit einer sechsmonatigen Haftstrafe endeten. Nach der Verbüßung bewährte sich Max Reichpietsch in verantwortungsvoller Position.[39] Während des Sommers setzte er große Hoffnungen auf die Unabhängige So-

28 WUA, Bd. 9/II, S. 296.
29 Beckers, Hans: Wie ich zum Tode verurteilt wurde. Die Marinetragödie im Sommer 1917 (Fischer-Taschenbücher, Bd. 5967), Frankfurt am Main 1986, S. 17.
30 WUA, Bd. 9/I, S. 17.
31 Horn, Daniel: The German Naval Mutinies of World War I, New Brunswick 1969, S. 98.
32 Regulski, Christoph: Klippfisch und Steckrüben. Die Lebensmittelversorgung der Einwohner Frankfurts am Main im Ersten Weltkrieg 1914 – 1918. Eine Studie zur deutschen Wirtschafts- und Innenpolitik in Kriegszeiten (Studien zur Frankfurter Geschichte, Bd. 60), Wiesbaden/ Frankfurt a. M. 2012, S. 317.
33 Siehe die anschauliche Darstellung bei Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 18 – 19.
34 BA-MA Freiburg, RM 47 – 140, Gerichtsangelegenheiten 1917 – 1918, Aussage Fritz Höscheler in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Berlin, 19. November 1917, Bl. 162.
35 Deist, Wilhelm (Bearb.): Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914 – 1918 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 2, Bd. 1 und 2), hrsg. im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien und des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Erich Matthias/ Hans Meier-Welcker, Düsseldorf 1970, hier Bd. 2, Dokument Nr. 383, S. 1037 – 1038. Der Marineleitung und den Offizieren an Deck fehlte jegliches Verständnis für die Lage der Matrosen. Wolz, Nicolas: Das lange Warten. Kriegserfahrungen deutscher und britischer Seeoffiziere 1914 bis 1918 (Zeitalter der Weltkriege, Bd. 3), Paderborn u. a. 2008, S. 249.
36 Der Oberheizer Rebe forderte in einem Brief vom 6. Februar 1917, »der Anarchie von oben muss die Revolution entgegen gestellt werden.« WUA, Bd. 9/I, S. 459 – 460.
37 Bernhard, Hans-Joachim: Der Aufstand in der deutschen Hochseeflotte im Sommer 1917, Diss. Leipzig 1958, S. 15.
38 Dittmann, Wilhelm: Die Marine-Justizmorde von 1917 und die Admiralsrebellion von 1918, Berlin 1926, S. 32.
39 BA-MA Freiburg, RM 20 – 112, Rechtsverhältnisse, Auszug aus der Stammrolle des Matrosen Max Reichpietsch, Bl. 127 – 130.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Albin Köbis kam als gelernter Mechaniker zur Marine und versah seinen Dienst als Heizer. Politisch links stehend setzte er sich vermehrt mit den Gedanken des Sozialismus auseinander und gelangte zu einer Philosophie des Anarchismus.[40] Der konkreten politischen Arbeit in einer Partei stand er ablehnend gegenüber.[41] Dabei vertrat Köbis seine Ansichten stets sehr geradlinig und aufrichtig.[42] Eine vergleichbare politisch-gesellschaftliche Grundlage erarbeitete sich auch Hans Beckers. Aus einer christlichen Bergarbeiterfamilie stammend fiel er früh vom Glauben ab, da für ihn die Heilige Schrift und das Leben der Menschen nicht vereinbar waren.[43] Beckers kam zur Freien Sozialistischen Jugendbewegung und interessierte sich für die anarchistischen Schriften Max Stirners.[44] Unter den maßgebenden Persönlichkeiten der Matrosenbewegung lehnte er eine Beteiligung der USPD am nachdrücklichsten ab.

Willi Sachse war innerhalb der Bewegung der politisch am besten geschulte Matrose. Als gelernter Mechaniker trat er früh der Sozialdemokratischen Jugendbewegung bei[45] und kannte die Klassiker des Sozialismus in wichtigen Textstellen auswendig.[46] Er war sehr begabt und intelligent, aber auch sehr eigen mit einem Hang zum Psychopathischen. Über Willi Weber ist nur sehr wenig bekannt. Er kam 1912 zur Marine[47] und hatte sich nach eigenen Angaben zuvor nicht politisch betätigt.[48] Im Prozess gegen ihn bekannte sich Weber zur Mehrheits-Sozialdemokratie.[49]

Die unterschiedlichen Perspektiven führten oft zu intensiven Gesprächen über das Vorgehen in der Bewegung und erschwerten es, zügig eine einheitliche Linie zu finden. Seit den ersten Treffen im Mai 1917 tauschten die Matrosen ihre Erfahrungen aus und unterhielten sich über sozialistische Lektüren[50] wie die »Spartakusbriefe«[51]. Auch die russische Revolution hinterließ einen tiefen Eindruck bei den deutschen Matrosen,[52] da sie in ihr das Vorbild einer Veränderung politischer Verhältnisse sahen. Mit der Gründung der USPD am 6. April 1917 in Gotha be-

40 Horn, Naval Mutinies, S. 102.
41 Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 62.
42 Horn, Naval Mutinies, S. 102.
43 Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 77.
44 WUA, Bd. 9/II, S. 257.
45 Ebd., S. 225.
46 Horn, Naval Mutinies, S. 78.
47 WUA, Bd. 10/I, S. 323.
48 WUA, Bd. 9/II, S. 289.
49 Ebd., S. 231.
50 BA-MA Freiburg, RM 47–140, Gerichtsangelegenheiten 1917–1918, Aussage Willi Richard Sachse in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Berlin, 10. November 1917, Bl. 26.
51 Bundesarchiv Berlin (fortan: BA Berlin), SgY30/1942, Nachlass Walter Beling, Bl. 9. Vgl. auch Kaulisch, Revolutionäre Antikriegsbewegung, S. 701.
52 Kaulisch, Baldur: Das Übergreifen der revolutionären Antikriegsbewegung auf Heer und Flotte, in: Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917, hrsg. von Willibald Gutsche, Berlin 1968, S. 695–708, hier S. 695.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stand in Deutschland eine Partei, die sich für einen schnell zu schließenden Frieden ohne Annexionen und Kontributionen aussprach.[53] Auf diese Entwicklungen reagierte die Marineleitung mit der Einführung des »Vaterländischen Unterrichts«, der seine beabsichtigte Wirkung jedoch völlig verfehlte.[54]

Die Matrosen fanden sich auf der »Friedrich der Große« zu ersten Vertrauensmännerwahlen zusammen,[55] Max Reichpietsch übernahm bald eine führende Position.[56] Es war damit eine erste organisatorische Grundlage geschaffen, auf der die Matrosen den Entschluss fassten, sich gegen die miserable Verpflegung zu wehren[57], sodass sich die Marineleitung gezwungen sah zu handeln. Sie genehmigte Anfang Juli 1917 Menagekommissionen, die den Matrosen eine Mitsprache bei der Verpflegung einräumten.[58] Gegen den Willen der Schiffskommandanten[59] setzten die Matrosen die Wahlen zur Menagekommission durch.[60] Mit dem Einblick in die Bücher hatten sie nun eine Kontrollmöglichkeit über die Einkäufe.[61] Das Essen wurde tatsächlich besser,[62] wenngleich eine Verpflegung wie die der Offiziere nie erreicht werden konnte.[63] Die psychologische Wirkung dieser Änderungen ist dabei nicht zu unterschätzen: Die Matrosen konnten den Offizieren erstmals offiziell legitimiert gegenübertreten, was ihr Selbstbewusstsein förderte.[64] Darüber hinaus gelang es durch die Kommissionen, die in Anfängen bereits bestehende politische Arbeit zu vertiefen.[65]

Ganz entscheidend zur Entwicklung der Matrosenbewegung des Sommers 1917 trug der Kontakt einzelner führender Matrosen zur USPD bei, die sich für einen raschen Friedensschluss einsetzte und auf der bevorstehenden Stockholmer Konferenz der sozialistischen Parteien vertreten sein würde. Um den Krieg schnellstmöglich zu beenden, erwogen die Matrosen eine organisierte Gehorsamsverweigerung als Unterstützung für die zu erwartenden politischen Beschlüsse. Das

53 Krause, Hartfrid: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Studien zur Gesellschaftstheorie), Frankfurt a. M./ Köln 1975, S. 90.
54 Bernhard, Hans-Joachim: Die Entstehung einer revolutionären Friedensbewegung in der deutschen Hochseeflotte im Jahre 1917, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/1918. Beiträge zum 40. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution (Schriften des Instituts für Geschichte, Reihe I, Bd. 6), hrsg. vom Institut für Geschichte an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin unter der Red. von Albert Schreiner, Berlin 1957, S. 91–140, hier S. 109.
55 Bernhard, Aufstand der Hochseeflotte, S. 18 und 49.
56 Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 11.
57 WUA, Bd. 9/I, S. 4 und BA-MA Freiburg, RM 47–140, Gerichtsangelegenheiten 1917–1918, Aussage Willi Richard Sachse in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Berlin, 11. November 1917, Bl. 30.
58 WUA, Bd. 9/II, S. 263.
59 BA Berlin, SgY30/1204, Nachlass Otto Liedloff, Bl. 4.
60 WUA, Bd. 10/I, S. 48.
61 Bernhard, Aufstand in der Hochseeflotte, S. 66.
62 WUA, Bd. 10/I, S. 48.
63 BA Berlin, SgY30/0262, Nachlass Ernst General, Bl. 5.
64 Dieser Effekt ist in der historischen Forschung noch nicht ausdrücklich erwähnt worden.
65 BA Berlin, SgY30/1942, Nachlass Walter Beling, Bl. 10.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

grundlegende Missverständnis bestand allerdings darin, wie dieses Ziel erreicht werden konnte. Während die Matrosen den passiven Widerstand in Form der Gehorsamsverweigerung als das Mittel ihrer Bewegung auserkoren, wussten die erfahrenen Parlamentarier in Deutschland um die Gefährlichkeit dieses Vorgehens, das mit sehr drastischen Strafen geahndet werden würde.

Das erste und auch wichtigste Treffen zwischen Max Reichpietsch, Wilhelm Dittmann und Luise Zietz fand während Reichpietschs Urlaub nach dem 12. Juni 1917 statt.[66] Max Reichpietsch erklärte die wachsende Unzufriedenheit mit der schlechten Versorgung sowie mit der oftmals unangebrachten Behandlung durch die Offiziere.[67] Das Verbot sozialistischer Lektüre durch die Marineleitung beschäftigte die Matrosen ebenfalls sehr intensiv.[68] Ein wesentliches Gesprächsthema bildete die Besetzung der von Staatssekretär von Capelle genehmigten Menagekommissionen.[69] Max Reichpietsch betonte die politische Orientierung vieler Matrosen an den Zielen der USPD und ihren Wunsch, Mitglied der Partei zu werden. Für die politische Bildung auf den Schiffen wünschten sich seine Kameraden Informationsmaterial.[70]

Wilhelm Dittmann reagierte zurückhaltend. Er war erfreut über die Zustimmung innerhalb der Hochseeflotte zur Politik der USPD und erklärte sich gerne bereit, legale, von der Zensur genehmigte Broschüren zur Verfügung zu stellen,[71] warnte aber eindringlich vor politischen Versammlungen.[72] Bereits Gespräche über politische Themen konnten aus Sicht des erfahrenen Abgeordneten für die Matrosen gefährlich werden.[73] Eine Parteimitgliedschaft war nach Dittmann möglich, aber nicht entscheidend. Wichtig war die Zustimmung durch die Mannschaften der Marine und weniger eine formelle Zugehörigkeit.[74] Für Wilhelm Dittmann und Luise Zietz war die ruhige, besonnene Förderung der politischen Einstellung der Matrosen das zentrale Anliegen. Konkrete Schritte der Matrosen,

66 WUA, Bd. 9/I, S. 211. Zum Zeitpunkt des Urlaubs siehe auch Deist, Militär und Innenpolitik, Bd. 2, Besprechung von Capelle mit Helfferich, Dokument 382, S. 1026 und Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 31.
67 WUA, Bd. 9/I, S. 35 – 36. Auch BA-MA Freiburg, RM 47 – 140, Gerichtsangelegenheiten 1917 – 1918, Aussage Willi Richard Sachse in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Berlin, 10. November 1917, Bl. 27.
68 BA-MA Freiburg, RM 47 – 140, Gerichtsangelegenheiten 1917 – 1918, Aussage Ewald Vogtherr in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Cöpenick, 8. November 1917, Bl. 22.
69 Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 31.
70 RM 47 – 140, Gerichtsangelegenheiten 1917 – 1918, Aussage Wilhelm Dittmann in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Berlin, 14. November 1917, Bl. 142.
71 Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 36.
72 Bernhard, Revolutionäre Friedensbewegung, S. 115 – 116 und WUA, Bd. 9/I, S. 200 – 203.
73 Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 34.
74 WUA, Bd. 9/I, S. 37.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wie Gehorsamsverweigerung oder aktiver Widerstand, wurden nicht erwähnt und waren aus Sicht der USPD ausgeschlossen.[75]

In einem zweiten kurzen Treffen im Reichstag, bei dem Ewald Vogtherr und Hugo Haase anwesend waren, ging es in erster Linie um den Bachmann-Befehl zum Verbot sozialistischer Lektüre, der aus Sicht des Marineexperten der USPD Vogtherr rechtswidrig war.[76] Alle USPD-Abgeordneten warnten Max Reichpietsch ausdrücklich vor politischen Versammlungen, die den Matrosen sehr schnell gefährlich werden würden.[77] Um die Matrosen in ihrem politischen Eifer zu dämpfen, verwiesen die Abgeordneten auf die bevorstehende Konferenz in Stockholm, deren Ergebnisse man erst einmal abwarten sollte.[78] Aber nicht nur für die Matrosen waren politische Schritte gefährlich. Der USPD war klar, dass aufgedeckte Organisationen von Matrosen, die Mitglieder ihrer Partei waren, umgehend Untersuchungen gegen die USPD zur Folge haben würden.

So waren die zurückhaltenden Beurteilungen durch die USPD auch für die weiteren Besucher Albin Köbis, Paul Calmus und Willi Sachse eher ernüchternd als aufmunternd. Besonders Willi Sachse hob hervor, dass sowohl er selbst als auch seine Kameraden von der Haltung der USPD enttäuscht waren.[79] Wenn der Kontakt zur USPD für die weitere Entwicklung der Matrosenbewegung dennoch von entscheidender Bedeutung war, so lag das in erster Linie an der Persönlichkeit Max Reichpietschs und seiner Interpretation der Treffen. Er wähnte die USPD grundsätzlich hinter den Zielen der Matrosen und glaubte trotz der Warnungen an die Unterstützung durch die Partei bei weiteren politischen und organisatorischen Schritten.[80]

Die lokale Zusammenarbeit zwischen den Matrosen und der USPD gestaltete sich in Kiel schwierig. Die dortigen USPD-Mitglieder Güth und Sens standen einer politischen Verbindung mit den Matrosen zurückhaltend gegenüber.[81] Zwischen Sens und Reichpietsch kam es am 14. Juli 1917 zu einer heftigen Auseinandersetzung, als Sens erklärte, Arbeiterstreiks während des Krieges seien vertretbar, keineswegs aber militärische.[82] Reichpietsch hielt sie durchaus für gerechtfertigt

75 BA-MA Freiburg, RM 47 – 140, Gerichtsangelegenheiten 1917 – 1918, Aussage Wilhelm Dittmann in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Berlin, 14. November 1917, Bl. 142.
76 WUA, Bd. 9/I, S. 213.
77 BA-MA Freiburg, RM 47 – 140, Gerichtsangelegenheiten 1917 – 1918, Aussage Hugo Haase in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Cöpenick, 12. November 1917, Bl. 19.
78 Bernhard, Revolutionäre Friedensbewegung, S. 119.
79 WUA, Bd. 9/I, S. 301 und WUA, Bd. 9/II, S. 247.
80 Bernhard, Revolutionäre Friedensbewegung, S. 118 – 119.
81 WUA, Bd. 9/I, S. 56 und WUA, Bd. 9/II, S. 205 – 206. Auch Bernhard, Revolutionäre Friedensbewegung, S. 131.
82 BA-MA Freiburg, RM 47 – 140, Gerichtsangelegenheiten 1917 – 1918, Aussage Wilhelm Sens in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Berlin, 20. November 1917, Bl. 156.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und wähnte die USPD hinter sich.[83] Die Anwendung von Gewalt schied aber für die Matrosen und die USPD grundsätzlich aus.[84]

Nach den Treffen zwischen Matrosen und USPD-Abgeordneten standen im Juli 1917 zwei Entwicklungen innerhalb der Bewegung im Vordergrund. Zum einen wehrten sich die Matrosen vermehrt gegen schlechte Behandlung und verdorbenes Essen, zum anderen versuchten sie, ihre Interessen in einer Organisation zu bündeln. Anfang Juli 1917 fanden sich die Matrosen Willi Sachse, Max Reichpietsch, Albin Köbis und Fischer[85] von der »Pillau« erstmals schiffsübergreifend in Kiel zusammen. Aus dieser konstituierenden Versammlung ging der Soldatenbund hervor.[86] Einigkeit bestand darin, sich vermehrt gegen die Missstände an Bord zu wehren.[87] Kontrovers diskutierten die Matrosen eine eventuelle Anlehnung an die USPD. Während Beckers strikt dagegen war, sprach sich Reichpietsch erfolgreich für eine Orientierung an der Partei aus.[88] Beckers formulierte das Ziel, Ende August oder Anfang September eine organisierte Gehorsamsverweigerung durchzuführen.[89]

Die Nachricht von der Gründung des Soldatenbundes verbreitete sich schnell unter den Matrosen. Hans Beckers und Albin Köbis hatten die Aufgabe, Kontakte mit anderen Schiffen zu vertiefen.[90] Ein erster Schritt des Bundes bestand in der gezielten Unterschriftensammlung für die Stockholmer Konferenz. Allein im IV. Geschwader kamen 5.000 Unterschriften für die Friedenspolitik der USPD zusammen, die dem Wert der Listen allerdings skeptisch gegenüberstand.[91] Um die geplante Gehorsamsverweigerung erfolgreich durchführen zu können, knüpften die Matrosen Kontakte zum I. Geschwader. Ein Treffen am 25. Juli zwischen den Besatzungen der »Friedrich der Große« und der »Rheinland« gab der Bewegung entscheidende Impulse. Auch dort organisierten sich die Mannschaften gegen Ende Juli 1917.[92]

Am 20. Juli kam es auf der »Pillau« zu einem ersten Ausmarsch von Matrosen. Sie entfernten sich während der Dienstzeit unerlaubt vom Schiff, kamen aber

83 BA-MA Freiburg, RM 47–140, Gerichtsangelegenheiten 1917–1918, Aussage Willi Richard Sachse in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Berlin, 17. November 1917, Bl. 106.
84 BA-MA Freiburg, RM 47–140, Gerichtsangelegenheiten 1917–1918, Aussage Reuter an Bord der »Ostfriesland«, 28. August 1917, Bl. 120.
85 Sachse sah in Fischer den eher unpolitischen, gewaltsamen Agitator, der die Matrosen nur wenig überzeugen konnte. Der Vorname Fischers ist in WUA nicht überliefert. WUA, Bd. 9/II, S. 253.
86 Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 20.
87 Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 7 und Bernhard, Aufstand in der Hochseeflotte, S. 58.
88 WUA, Bd. 9/II, S. 272 und Horn, Naval Mutinies, S. 103 und S. 126.
89 Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 20.
90 Bernhard, Aufstand in der Hochseeflotte, S. 63 und Horn, Naval Mutinies, S. 100.
91 BA-MA Freiburg, RM 47–140, Gerichtsangelegenheiten 1917–1918, Aussage Hugo Haase in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Cöpenick, 12. November 1917, Bl. 20.
92 Bernhard, Aufstand in der Hochseeflotte, S. 92–94.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nach kurzer Zeit zurück.[93] Die Bestrafung fiel sehr milde aus.[94] Aufgrund des schlechten Essens verließen Mannschaften der »Bremen« Mitte Juli 1917 ihr Schiff für einige Stunden.[95] Auf der »König Albert« kam der Kapitän des Schiffes unter ungeklärten Umständen ums Leben. Aufgrund eines vorhergegangenen heftigen Disputs zwischen Schiffsleitung und Matrosen[96] kam die Möglichkeit in Betracht, ein Matrose habe den angetrunkenen Kapitän Torbeke über Bord geworfen. Beweise konnte die eingesetzte Untersuchungskommission aber nicht erbringen.[97] Dieser Vorfall, der immerhin die bewusste Tötung eines Offiziers möglich erscheinen ließ, war kein Grund für die militärische Führung, ihr Handeln zu überdenken. Alle Anzeichen eines Umdenkens blieben aus, von Furcht oder gar Angst war nichts zu merken.

Parallel zu den ersten Aktionen arbeitete Max Reichpietsch in führender Position daran, die Matrosenbewegung zu stärken. Er besaß umfassende Kontakte zu anderen Schiffen und die besten Verbindungen zur USPD.[98] Besonders erfolgreich war Reichpietsch in der Beschaffung von Informationsmaterial zur politischen Bildung.[99] Eine weitere wichtige Persönlichkeit des Soldatenbundes war der Leipziger Redakteur Alfred Herre. Er wirkte mäßigend auf die Matrosen ein, hob aber die Bedeutung der Unterschriftensammlung hervor. Den Matrosen war nach Herres Rede klar, dass die Anwendung von Gewalt ihren sicheren Tod bedeutete.[100] Sie mussten den Weg der Gehorsamsverweigerung beschreiten, um ihr Ziel eines baldigen Friedensschlusses zu erreichen. Damit begann nach Beckers die organisierte Friedensaktion in der Hochseeflotte.[101]

Als in Folge dieser Versammlung die Flottenbewegung immer stärker anwuchs, trafen sich ihre herausragenden Vertreter um den 23. Juli 1917 im Wilhelmshavener Lokal »Tivoli«, um sich schiffsübergreifend in der Flottenzentrale zu organisieren. Auch bestanden noch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung der USPD für die Matrosenbewegung,[102] während die Anwendung von Gewalt einhellig abgelehnt wurde.[103] Die Matrosen verfolgten das Konzept ei-

93 WUA, Bd. 9/II, S. 39.
94 Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 39.
95 WUA, Bd. 9/II, S. 44.
96 BA Berlin, SgY30/1204, Nachlass Otto Liedloff, Bl. 8.
97 WUA, Bd. 9/I, S. 68.
98 Ebd., S. 243.
99 WUA, Bd. 10/I, S. 50.
100 BA-MA Freiburg, RM 47–140, Gerichtsangelegenheiten 1917–1918, Antwort Hugo Haase an den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, Dr. Holthöfer, in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Berlin, 13. November 1917, Bl. 145.
101 BA-MA Freiburg, RM 47–140, Gerichtsangelegenheiten 1917–1918, Aussage Johann Beckers in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Cöpenick, 11. Dezember 1917, Bl. 98. Auch WUA, Bd. 9/II, S. 270.
102 Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 61–62.
103 BA-MA Freiburg, RM 47–140, Gerichtsangelegenheiten 1917–1918, Aussage Willi Richard Sachse in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Berlin, 25. November 1917, Bl. 109.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ner evolutionären Entwicklung auf Grundlage der Gruppenentwicklung auf den einzelnen Schiffen.[104] Die neu begründete Flottenzentrale war eine erforderliche Organisation für die geplante Gehorsamsverweigerung und blieb ohne Satzung oder Statut.[105] Sie wurde von den führenden Persönlichkeiten auf den Schiffen getragen, wobei Max Reichpietsch im Zentrum der Bewegung stand.[106] Doch lag ihr Schwerpunkt weiterhin auf den einzelnen Schiffen,[107] die autonom blieben.[108]

Am 1. August wurde offensichtlich, dass der Soldatenbund und die Flottenzentrale noch ganz am Anfang standen. An diesem Tag verließen 49 Matrosen der »Prinzregent Luitpold« das Schiff, nachdem tags zuvor statt einer Freiwache militärischer Dienst angesetzt worden war. Sie kehrten nach wenigen Stunden zurück.[109] Der Kommandant verhängte harte Arreststrafen und ließ den aus seiner Sicht verantwortlichen Heizer Bernhard Spanderen verhaften.[110] Die Vertrauensmänner und die Mitglieder der Menagekommission berieten sich am Abend des 1. Augusts mit ihren Kameraden von Schiffen des I. Geschwaders, wie sie der willkürlichen Bestrafung begegnen sollten.[111] Sie beschlossen einen Protestausflug für den nächsten Tag und sicherten sich gegenseitig ihre Solidarität zu.[112] Albin Köbis war klar, dass durch die spontan erfolgte Entfernung der Prinzregenter die Pläne des Soldatenbundes, gegen Ende August eine abgesprochene Gehorsamsverweigerung durchzuführen, hinfällig wurden.[113]

Am Morgen des 2. Augusts entfernten sich 600 Mann der »Prinzregent Luitpold« von ihrem Schiff[114] und marschierten den Deich entlang nach Rüstersiel. Dort hielten sie eine Versammlung ab, in der Albin Köbis einen baldigen Frieden forderte. Ein angeblicher Aufruf, gewaltsam die Fesseln zu sprengen, kann anhand der Quellenlage nicht nachgewiesen werden.[115] Der weitere friedliche Ver-

104 BA-MA Freiburg, RM 47–140, Gerichtsangelegenheiten 1917–1918, Aussage Johann Beckers in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Cöpenick, 11. Dezember 1917, Bl. 99.
105 WUA, Bd. 9/II, S. 320.
106 Ebd., S. 268 und BA-MA Freiburg, RM 47–140, Gerichtsangelegenheiten 1917–1918, Aussage Johann Beckers in der Voruntersuchungssache Luise Zietz, Cöpenick, 11. Dezember 1917, Bl. 100.
107 Horn, Naval Mutinies, S. 131.
108 Beckers sprach der Zentrale später Kompetenzen ab: »Sachse, Weber und Reichpietsch fühlten sich als Herrscher in der Zentrale, aber hatten nichts zu sagen.« Siehe für das Zitat WUA, Bd. 9/II, S. 272.
109 Deist, Militär und Innenpolitik, Bd. II, Kommando der Hochseestreitkräfte an Chefs der Immediatbehörde der Marine vom 4. August 1917, Dokument Nr. 374, S. 996.
110 WUA, Bd. 10/I, Urteil in der Untersuchungssache gegen Handgrödinger und Mitangeklagte, S. 317.
111 Die Matrosen kamen von den Schiffen »Friedrich der Große«, »Kaiser«, »Kaiserin« und »Pillau«. Siehe dazu WUA, Bd. 9/II, S. 276.
112 BA Berlin, SgY 30/1204, Nachlass Otto Liedloff, Bl. 6 und Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 40.
113 WUA, Bd. 9/II, S. 324.
114 Nach Abzählen der Anwesenden ergab sich die Zahl von 600 Matrosen. Siehe dazu Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 41. Liedloff erwähnte 1.000 Soldaten, wobei er die Zahl aus der Erinnerung schätzte. Siehe dazu BA Berlin, SgY 30/1204, Nachlass Otto Liedloff, Bl. 7.
115 BA Berlin, R 43/1395 m, Reichskanzlei, Parteien/Sozialdemokraten, Beschwerde Max Reichpietschs gegen das Urteil, Vernehmung gemäß § 423 Militärstrafgesetzbuch, Wilhelmshaven, 26. August 1917, Bl. 239 und WUA, Bd. 9/II, S. 309.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lauf des Protestes und der geordnete Rückmarsch sprechen eindeutig für den passiven Widerstand der Matrosen.[116]

Zurück an Bord besprach der zufällig anwesende Admiral von Mauve mit den zurückgekehrten Matrosen den Vorfall und ordnete die Freilassung der tags zuvor Verhafteten an.[117] Nach diesem scheinbaren Sieg der Matrosen verließ das Schiff unter Belagerungszustand den Hafen. Zuvor schrieb Hans Beckers einen Zettel für die Kameraden, der sie an ihre zugesagte Solidarität erinnerte.[118]

Noch am 2. August setzte auf den Schiffen eine umfassende Untersuchung der Vorkommnisse ein. Schnell waren die ersten Matrosen verhaftet, belastendes Material konnte sichergestellt werden.[119] Die zugesagten Solidaritätsaktionen waren unmöglich geworden, Gewalt lehnten die Matrosen auch in dieser zugespitzten Situation ab.[120] Die Marineleitung bewertete den Vorfall als nicht weiter schwerwiegend. Admiral von Müller notierte nach dem Ausmarsch, dass »leichte Meutereien« stattgefunden hätten.[121] Andere Offiziere sprachen von einem »Dummerjungenstreich«[122].

Die Bewegung war durch diesen Schlag ganz entscheidend geschwächt. Dennoch war sie unter den Matrosen bereits so weit gefestigt, dass es noch weitere Aktionen gab, die aber durch den verstärkten Einsatz von Spitzeln zügig aufgedeckt wurden.

Auf der »Westfalen« versuchten die Matrosen am 7. August 1917, die Bewegung fortzuführen und mit der USPD in Kontakt zu treten, um das weitere Vorgehen zu besprechen.[123] Hier zeigt sich der Einfluss Max Reichpietschs, der stets beteuerte, die USPD stünde hinter ihnen. Nach einem organisierten Streik beim Kohleladen griff die Justiz hart durch. Die Strafen fielen mit Zuchthaus für 39 Matrosen drakonisch aus.[124] Die Matrosenorganisation der »Westfalen« erhielt mit der Verhaftung Paul Brügges einen entscheidenden Rückschlag. Ein letztes Treffen zwischen Matrosen der »Westfalen« und der »Ostfriesland« konnte durch

116 Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 42 – 43.
117 Bernhard, Aufstand in der Hochseeflotte, S. 119 und Horn, Naval Mutinies, S. 96.
118 WUA, Bd. 9/II, S. 280 sowie Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 43 – 44 und Kielmansegg, Peter Graf: Deutschland und der Erste Weltkrieg (Athenaion-Bibliothek der Geschichte), Frankfurt a. M. 1968, S. 381.
119 WUA, Bd. 9/II, S. 249.
120 Ebd., S. 249.
121 Görlitz, Walter (Hrsg.): Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander von Müller 1914 – 1918, Göttingen 1959, S. 311.
122 WUA, Bd. 10/I, S. 135.
123 Neu, Heinrich: Die revolutionäre Bewegung auf der deutschen Flotte 1917 – 1918 (Beiträge zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkrieges, Bd. 10), hrsg. von Fritz Kern, Stuttgart 1930, S. 36.
124 Bernhard, Aufstand in der Hochseeflotte, S. 147.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die Tätigkeit des Spitzels Adams aufgedeckt werden.[125] Mit den Verhaftungen des 2. Septembers 1917 war die Matrosenbewegung endgültig zerschlagen.

Den am 2. August festgenommenen Matrosen war bewusst, gegen die militärische Ordnung verstoßen zu haben.[126] Dass es aber dann sehr schnell um Leben oder Tod ging, hätte keiner der Verhafteten erwartet.[127]

Zuerst waren die Verhöre noch recht allgemein und besaßen keinerlei bedrohlichen Charakter.[128] Das änderte sich aber grundlegend, als unter Leitung von Marinehilfskriegsgerichtsrat Dr. Dobring führende Matrosen verhört wurden. Er begrüßte die inhaftierten Männer als »Todeskandidaten«[129], richtete mehrfach eine Waffe auf sie[130] und dehnte die sich rasch wiederholenden Verhöre auf viele Stunden aus[131]. Seine Absicht war es, auf der Grundlage inzwischen gefundener Belege die Verantwortung der USPD für die Entwicklung in der Flotte nachzuweisen.[132] Dieses Ziel erreichte Dr. Dobring durch die Aussage Willi Sachses, der umfangreiche belastende Aussagen machte,[133] und durch verfälschte Protokolle, die die Aussagen der Matrosen nicht richtig wiedergaben.[134]

Ein Musterbeispiel für die unter solchen Umständen zustande gekommenen Protokolle ist die Aussage Max Reichpietschs. Sie gibt in wesentlichen Teilen der USPD eine Mitverantwortung für die Vorkommnisse in der Hochseeflotte.[135] Die Aussage von Albin Köbis stellt ebenfalls die Beteiligung der USPD heraus und verweist auf direkte Absprachen,[136] die nie bestanden.

Mit diesen Aussagen konnte Dr. Dobring eine Anklage verfassen, die der USPD ein Programm unterstellte, das einen annexions- und kontributionslosen Frieden mit Hilfe des gewaltsamen Vorgehens der Matrosen herbeiführen sollte.[137] Der Zettel Hans Beckers' vom 2. August 1917 mit der Erinnerung zur Solidarität war für Dr. Dobring der Beweis für die gewaltsamen Absichten der Flotte.[138]

125 Bernhard, Hans-Joachim: Unveröffentlichte Dokumente zum Aufstand in der deutschen Hochseeflotte im Sommer 1917, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 5 (1957), Dokument Nr. 2, Bericht der Politischen Polizei der Kriminalpolizei Kiel vom 2. September 1917, S. 1062.
126 Horn, Naval Mutinies, S. 138: »the prisoners still retained their confidence and optimism.«
127 WUA, Bd. 9/II, S. 299.
128 Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 45 – 47 und WUA, Bd. 9/II, S. 281.
129 WUA, Bd. 9/II, S. 281. Auch Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 48.
130 Ebd., S. 252 und Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 50.
131 Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 48; Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 44 – 45 und WUA, Bd. 9/II, S. 282.
132 WUA, Bd. 9/II, S. 342.
133 Ebd., S. 346 und WUA, Bd. 9/II, S. 380. Auch Horn, Naval Mutinies, S. 142.
134 Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 44. Das bestätigten auch Beckers, WUA, Bd. 9/II, S. 282 und Weber, WUA, Bd. 9/II, S. 301 – 302.
135 WUA, Bd. 9/I, S. 297 – 299. Kürzere Fassung in BA-MA Freiburg, N 253 – 138, Nachlass von Tirpitz, Aussage Max Reichpietsch, 10. August 1917, Bl. 116 – 117.
136 BA-MA Freiburg, N 253 – 138, Nachlass von Tirpitz, Aussage Albin Köbis, 18. August 1917, Bl. 118 – 119.
137 WUA, Bd. 9/I, S. 61 – 62 und WUA, Bd. 9/II, S. 216. Auch Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 55.
138 Ebd., Schriftliche Aussage Dr. Dobring, S. 490 und Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 52.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In dem Prozess selbst, der nur einen einzigen Verhandlungstag in Anspruch nahm, hatte die Anklage leichtes Spiel, zumal den Angeklagten nur sehr kurzfristig Pflichtverteidiger gestellt wurden, die kaum eine Möglichkeit besaßen, sich in die Akten einzuarbeiten.[139]

In dem Prozess verhielten sich die angeklagten Matrosen weitgehend zurückhaltend, da nach dem anfänglichen Geständnis Willi Sachses kaum eine wirkungsvolle Verteidigung möglich war.[140] Albin Köbis begegnete dem Gericht mit Trotz und reagierte auf eine Zeugenaussage unbesonnen mit dem Ausruf »Wir sind Sozialrevolutionäre«[141]. Das besiegelte sein Schicksal ebenso wie für Max Reichpietsch die Kontakte zur USPD. Dr. Dobring forderte für die Angeklagten Reichpietsch, Sachse und Weber die Todesstrafe. Für die Oberheizer Fischer und Bräuner beantragte der Marinehilfskriegsgerichtsrat 15 und 12 Jahre Zuchthaus. Dr. Breil beantragte für Hans Beckers und Albin Köbis ebenfalls die Todesstrafe.[142]

Zeitgleich mit der Untersuchungshaft und dem Prozess gegen die Matrosen informierte die Regierung führende Vertreter der Reichstagsparteien. In einer ersten Besprechung von Capelles mit Friedrich Ebert gab der Staatssekretär seine bisherigen Erkenntnisse an den SPD-Politiker weiter. Ebert war äußerst überrascht und empört über das Vorgehen der Matrosen, betonte aber, dass weder seine Partei noch die Unabhängigen Sozialdemokraten an den Vorfällen beteiligt sein könnten.[143] In einer Konferenz des Reichskanzlers mit den Politikern der Reichstagsparteien verurteilte die Regierung die Matrosenbewegung und stellte ausdrücklich die Verantwortung der USPD heraus, gegen die strafrechtlich ermittelt werde. Reichskanzler Georg Michaelis hob hervor, dass bereits ein Todesurteil verhängt worden sei und weitere wahrscheinlich folgen würden.[144] Mit Ausnahme des Konservativen Graf Westarp[145] und des Abgeordneten der Deutschen Frak-

139 Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 46. Hier ist aber die Leistung des Verteidigers Dr. Arkenau besonders herauszuheben, der sich für seinen Mandanten Albin Köbis über das zu erwartende Maß einsetzte und insbesondere die Anklage auf »vollendeten Aufstand« abstritt. Ein Verweis auf die Verurteilung Karl Liebknechts, der in Soldatenuniform öffentlich zur Desertion aufforderte und mit 54 Monaten Zuchthaus bestraft wurde, sollte das Strafmaß in diese Richtung abmildern. Siehe dazu Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 70.

140 Horn, Naval Mutinies, S. 141 – 143.

141 Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 62.

142 Ebd., S. 68 – 70.

143 Dokumente und Materialien zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1: Juli 1914 bis Oktober 1917, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1958, Dokument Nr. 230, Niederschrift über die Besprechung zwischen dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes, von Capelle, und Ebert am 9. August 1917 über revolutionäre Unruhen in der Flotte, S. 657 – 658.

144 Admiral Scheer wandelte das Todesurteil am 3. September 1917 in eine vierjährige Gefängnisstrafe um. Siehe dazu Deist, Militär und Innenpolitik, Bd. 2, Dokument Nr. 383, Niederschrift über die Besprechung des Reichskanzlers mit führenden Abgeordneten der Reichstagsparteien, S. 1031.

145 Westarp, Kuno Graf: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, Bd. 2: Von 1914 bis 1918, Berlin 1935, S. 625.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tion Fritz Warmuth[146] versuchten alle Politiker, zumindest die Vollstreckung der zu erwartenden Todesurteile zu verhindern. Sie verwiesen auf die zu erwartende innenpolitische Wirkung.[147]

Reichskanzler Michaelis wusste aber selbst, dass für eine Anklage keine belastbaren, juristisch verwertbaren Beweise vorlagen.[148] Die ermittelnde Reichsanwaltschaft kam deshalb auch schnell zu dem Ergebnis, Abgeordnete der USPD strafrechtlich nicht belangen zu können.[149] Auf Druck der Regierung ermittelte die Anwaltschaft weiter,[150] leitete Verfahren gegen Luise Zietz und Emil Büdeler ein,[151] die aber allesamt keine Beweise für eine Beteiligung der USPD an der Gehorsamsverweigerung in der Hochseeflotte erbrachten.[152] Die Regierung Michaelis wollte die erfolglosen Ermittlungen nicht akzeptieren und beging in der Reichstagssitzung vom 9. Oktober mit der unbewiesenen Beschuldigung der USPD einen schweren politischen Fehler, der zum Sturz des Reichskanzlers führte.

Das zuerst ausgesprochene Todesurteil gegen Bernhard Spanderen verhängten die Richter wegen seiner maßgeblichen Rolle während des Matrosenausmarsches vom 1. August 1917. Das Gericht verurteilte ihn wegen erwiesener »verbrecherischer Energie« zum Tode.[153] Wie willkürlich das Urteil war, zeigt sich an der vollkommen anderen Beurteilung durch Admiral Scheer, der die Bestätigung verweigerte und die Strafe auf vier Jahre Gefängnis minderte.[154] Der sehr große Unterschied bei der Höhe des Strafmaßes verdeutlicht, wie unterschiedlich die Handlungen der Matrosen in der Marineleitung selbst betrachtet werden konnten.

Das gilt auch für die Todesurteile gegen Albin Köbis, Max Reichpietsch, Willi Weber, Willi Sachse und Hans Beckers wegen »vollendeter kriegsverräterischer Aufstandserregung«[155]. Genau an diesem entscheidenden Punkt gingen die Meinungen selbst der Marinejuristen auseinander. Das Gericht betrachtete den Ausmarsch der Matrosen vom 2. August als äußerst schwerwiegenden Tatbestand,

146 Warmuth vertrat den Wahlkreis Liegnitz. Er beteiligte sich 1918 an der Gründung der DNVP und trat 1933 in die NSDAP ein. Sein weiterer Weg und auch das Todesdatum sind nicht bekannt.
147 Deist, Militär und Innenpolitik, Bd. 2, Dokument Nr. 383, Niederschrift über die Besprechung des Reichskanzlers mit führenden Abgeordneten der Reichstagsparteien, S. 1038.
148 Michaelis, Georg: Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte, Berlin 1922, S. 362.
149 WUA, Bd. 9/I, S. 87 und Westarp, Konservative Politik, Bd. 2, S. 625.
150 Bernhard, Aufstand in der Hochseeflotte, S. 210 – 212.
151 BA-MA Freiburg, RM 47 – 140, Gerichtsangelegenheiten 1917 – 1918, Beschluss des Oberreichsanwalts, Cöpenick 4. Oktober 1917, Bl. 33.
152 WUA, Bd. 9/I, S. 100.
153 WUA, Bd. 10/I, Urteil in der Untersuchungssache gegen Handgrödinger und Mitangeklagte, S. 320 – 321.
154 Ebd., Bestätigungsorder zum Urteil in der Untersuchungssache gegen Handgrödinger und Mitangeklagte vom 3. September 1917, S. 320.
155 Ebd., Urteil in der Untersuchungssache gegen Sachse, Reichpietsch und Mitangeklagte, S. 324.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der das Todesurteil rechtfertigte. Dr. Felisch, Leiter der Justizabteilung im Reichsmarineamt, bewertete die Vorgänge in einem Gutachten vom 16. August anders, da ein Aufstand nicht vorgelegen habe. Eine Verurteilung könne höchstens auf der Grundlage eines versuchten Aufstandes erfolgen.[156] Das schloss ein Todesurteil aus.

Dieser Sicht schloss sich nach Verhängung der Todesurteile der Gutachter de Bary an. Er hob hervor, dass die Todesurteile aufgrund einer vollendeten Aufstandserregung anfechtbar seien, da kein sichtbarer Aufstand stattgefunden habe. De Bary empfahl Admiral Scheer, die Todesurteile in lebenslange Haft umzuwandeln.[157] Das Gericht hätte trotz gemildertem Strafmaß angesichts der immer noch strengen Strafe von lebenslanger Haft nicht an Ansehen eingebüßt. Admiral Scheer wäre aus der schwierigen Lage befreit gewesen, Todesurteile auf einer zumindest sehr fragwürdigen Rechtsgrundlage zu bestätigen. Obwohl er die Bedenken anerkannte, die auch von dem Prozessbeobachter Hauptmann Brandes schriftlich geäußert wurden,[158] bestätigte er die Todesurteile gegen Max Reichpietsch und Albin Köbis.[159]

Vieles spricht dafür, dass zwei Todesurteile als abschreckendes Beispiel unbedingt vollstreckt werden sollten. Bereits vor der Urteilsverkündung organisierte Admiral Scheer die Erschießungen in Köln.[160] Dieses Vorgehen beurteilte Dittmann als »militärischen Willkürakt aus politischen Motiven.«[161] Zu dem gleichen Ergebnis gelangte auch Horn und bezeichnete das Urteil als »judical murder«[162]. Besonders der bewusst zurückgehaltene letzte Brief Max Reichpietschs, in dem er die Möglichkeit eines Gnadengesuchs an den Kaiser erwähnte, spricht für die Absicht, zwei Matrosen hinrichten zu lassen.[163] Nach Hans Beckers waren die politischen Kontakte Max Reichpietschs grundlegend für die Bestätigung der Todesstrafe.[164] Richard Müller spricht ausdrücklich von »Schreckensurteilen«[165], die für

156 WUA, Bd. 9/I, S. 71. Auch bei Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 62 – 63.
157 WUA, Bd. 9/I, S. 71.
158 Ebd., S. 73 – 74 und Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 65. Hauptmann Brandes war im Sommer 1917 im Admiralstab tätig.
159 Ebd., S. 75 und Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen, Bd. 3 (Quellen und Studien zur Sozialgeschichte, Bd. 14), bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, Frankfurt a. M./ New York 1995, S. 913.
160 WUA, Bd. 9/I, S. 74 – 75 und Dittmann, Marine-Justizmorde, S. 65 – 66.
161 Dittmann, Erinnerungen, Bd. 3, S. 915.
162 Horn, Naval Mutinies, S. 165.
163 BA-MA Freiburg, RM 20 – 112, Rechtsverhältnisse, Der Staatssekretär des Reichsmarine-Amtes an das Kommando der Hochseestreitkräfte durch Dr. Felisch, 20. November 1917, Bl. 49 und BA-MA Freiburg, RM 20 – 112, Rechtsverhältnisse, Kommando des IV. Geschwaders an das Kommando der Hochseestreitkräfte, 23. November 1917, Bl. 51.
164 Beckers, Zum Tode verurteilt, S. 60. Bei Albin Köbis gab seine unnachgiebige Haltung den Ausschlag, das Todesurteil zu bestätigen. Siehe dazu Horn, Naval Mutinies, S. 164.
165 Müller, Richard: Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1, Vom Kaiserreich zur Republik (Kritische Bibliothek der Arbeiterbewegung, Bd. 3), Berlin 1979, S. 137.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Empörung unter Mannschaften und Offizieren sorgten.[166] Doch die Marinejustiz beschritt weiter den Weg strengster Urteile. In dem Prozess gegen die Besatzung der »Westfalen« verhängte sie vier Todesurteile gegen die Matrosen Michael Hiller, Hans Haase, Paul Brügge und ihren Kameraden Siegfried.[167] Diese Urteile bestätigte Admiral Scheer, auch nach Protesten von Reichstagsabgeordneten,[168] jedoch nicht.[169]

Wie unangemessen die Verurteilung wegen eines vollendeten Aufstandes war, zeigt sich deutlich bei einem Vergleich mit dem Vorgehen der österreichisch-ungarischen Matrosen in Cattaro vom Februar 1918. Gleich zu Beginn des Aufstandes bewaffneten sich die Matrosen. Ein Offizier wurde bei dem Versuch Widerstand zu leisten durch einen Kopfschuss lebensgefährlich verletzt.[170] Nach diesem gewaltsamen Beginn zeigten sich die organisatorischen Defizite der Matrosen, die sich zwar gewaltsam gegen weitverbreitete Missstände empörten, aber den begonnenen Aufstand nicht zielgerichtet durchführen konnten.[171] Durch eine umfassende Nachrichtensperre gelangten keine Informationen an mögliche politische oder militärische Unterstützer.[172] So fiel es der Marineleitung nach wenigen Tagen verhältnismäßig leicht, die isolierten Matrosen zur Aufgabe zu bewegen.[173] Die folgende juristische Aburteilung fiel sehr grob aus. Aufgrund von Zeugenaussagen belastete Matrosen galten als überführt und wurden in einem Schnellverfahren abgeurteilt und erschossen.[174] Die individuelle Schuld war nicht nachgewiesen.

Der Vergleich mit den Vorfällen in Cattaro veranschaulicht die Gewaltfreiheit der deutschen Matrosenbewegung. Sie bewaffneten sich nicht und gefährdeten zu keinem Zeitpunkt die Kriegsbereitschaft der Hochseeflotte.

Die stürmisch verlaufende Reichstagssitzung vom 9. Oktober bildete den politischen Abschluss der Matrosenbewegung des Sommers 1917. Auf eine Anfrage Wilhelm Dittmanns nach den Todesurteilen für die Matrosen der Hochseeflotte[175]

166 WUA, Bd. 10/I, Tagebuch Richard Stumpf, S. 51.
167 BA Berlin, R 1501/112 474, Umtriebe in der Marine, Urteil gegen Haase und Genossen von der »Westfalen«, Abschrift 23. November 1917, Bl. 400. Vorname Siegfrieds dort nicht angegeben. Auch WUA, Bd. 9/I, S. 51 und Horn, Naval Mutinies, S. 152.
168 Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Dresden 1930, S. 159 – 160.
169 BA Berlin, R 1501/112 474, Umtriebe in der Marine, Urteil gegen Haase und Genossen von der »Westfalen«, Abschrift 23. November 1917, Bl. 409.
170 Frei, Bruno: Die Matrosen von Cattaro. Eine Episode aus dem Revolutionsjahr 1918 (Gewehre in Arbeiterhand), Berlin 1963, S. 47.
171 Plaschka, Richard Georg: Cattaro – Prag. Revolte und Revolution. Kriegsmarine und Heer Österreich-Ungarns im Feuer der Aufstandsbewegungen vom 1. Februar und 28. Oktober 1918 (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost, Bd. 3), Graz/ Köln 1963, S. 97.
172 Karolyi, Graf Michael: Gegen eine ganze Welt. Mein Kampf um den Frieden, München 1924. S. 344 – 345.
173 Plaschka, Cattaro – Prag, S. 173 – 180.
174 Frei, Matrosen von Cattaro, S. 103 f.
175 Verhandlungen des Reichstages, Stenographische Berichte, Bd. 310, S. 3770 l.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ging die Regierung in die Offensive und beschuldigte die USPD, eine maßgebliche Verantwortung für die Vorkommnisse zu tragen.[176] Trotz der nicht vorhandenen Beweise griffen Reichskanzler Michaelis und sein Staatssekretär von Capelle eine Partei des Reichstages scharf an und trugen entscheidend dazu bei, dass sich die Mehrheitsparteien von Sozialdemokratie,[177] Zentrum[178] und Liberalen[179] für die USPD einsetzten und die Ankläger bloßstellen konnten. Damit war das ohnehin schon geringe Vertrauen der Mehrheitsparteien in den Reichskanzler vollkommen erschüttert. Georg Michaelis musste seinen Rücktritt einreichen.

Die historische Bewertung der Flottenbewegung des Sommers 1917 erfolgte zumeist in zwei Kategorien. In einer konservativen Tradition aus der Zeit der Weimarer Republik bis in die 1970er-Jahre der Bundesrepublik galten die Matrosen um Albin Köbis und Max Reichpietsch schlicht als Meuterer, die ein gerechtes Ende fanden. Admiral Brüninghaus sprach eindeutig von Meuterei und Kriegsverrat durch die Matrosen.[180] Dr. Dobring sah in den Ereignissen den Vorläufer des Dolchstoßes, durch den die erfolgreiche Armee gemeuchelt wurde.[181] Die Schrift »War es die Marine?« argumentiert ebenfalls in dieser Tradition und sieht die Schuld für die harten Urteile bei den Matrosen selbst.[182] Heinrich Neu schloss sich diesem Muster weitgehend an und stellte die gesetzeswidrigen Taten der Matrosen heraus, für die Köbis und Reichpietsch »mit dem Tode sühnen« mussten.[183] Noch in den 1970er Jahren wiederholte Legahn diese Argumentation. Die Matrosen hätten für ihre Meuterei aufgrund der eindeutigen Rechtslage nach einem rechtmäßigen Gerichtsverfahren die angemessene Strafe erhalten.[184]

Die sozialdemokratischen und sozialistischen Publikationen bewerteten die Matrosenbewegung hingegen vollkommen anders. Wilhelm Dittmann verfasste 1927 als SPD-Reichstagsabgeordneter eine grundlegende Schrift über das gesetzeswidrige Vorgehen der Marineleitung und der Militärjustiz, das er als »militärischen Willkürakt aus politischen Motiven« anprangerte.[185] Diese Einschätzung

176 Ebd., S. 3775 l.
177 Ebd., S. 3775 r.
178 Ebd., S. 3789 l.
179 Ebd., S. 3795 l.
180 WUA, Bd. 9/I, S. 315.
181 Der Dolchstoß-Prozeß in München / Oktober-November 1925, Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes. Zeugen- u. Sachverständigen-Aussagen. Eine Sammlung von Dokumenten, München 1925, S. 60.
182 War es die Marine?, hrsg. vom Verein ehemaliger Matrosen der Kaiserlichen und der Reichsmarine von Erich Ehlert, Helmuth Krebs und Friedrich Will, Berlin 1926, S. 84 f.
183 Neu, Revolutionäre Bewegung, S. 38.
184 Legahn, Ernst: Meuterei in der Kaiserlichen Marine 1917/1918. Ursachen und Folgen (Koehlers kleine Seebücherei, Bd. 3), Herford 1970, S. 40.
185 Dittmann, Erinnerungen, Bd. 3, S. 915.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bekräftigte der amerikanische Historiker Horn mit dem Begriff des »judical murder«.[186]

Die sozialistische Geschichtsschreibung beließ es nicht dabei, die Vorgehensweise der Reichsbehörden scharf zu kritisieren. Für sie waren gerade die hingerichteten Matrosen Vorkämpfer einer neuen Staatsform. Bereits der Spartakusbrief Nr. 7 vom November 1917 sah in Köbis und Reichpietsch »die wahren Helden des Weltkrieges«, die sich weigerten, weiterhin als Kanonenfutter für den Imperialismus herzuhalten.[187]

Für Luise Zietz galten die Matrosen bereits 1919 als Vorläufer der Revolution.[188] Diese Argumentation führte die Geschichtsschreibung der Deutschen Demokratischen Republik fort. Die marxistischen Untersuchungen von Bernhard zur Flottenbewegung betonten das revolutionäre Potential der Bewegung,[189] die durch »klassenbewußte Matrosen« getragen wurde.[190] In dieser vorgegebenen Sichtweise unterstellten spätere Untersuchungen den Matrosen stets revolutionäre Absichten.[191] Nach Horn diente diese Interpretation dem Versuch des noch jungen Staates, die Matrosenbewegung als Vorläufer des Sozialismus zu interpretieren.[192]

Sowohl die konservative als auch die sozialistische Interpretation der Flottenbewegung des Sommers blenden bewusst wichtige Tatsachen aus, um ihre Ergebnisse plausibel erscheinen zu lassen. Die konservative Richtung wollte die tatsächlichen Verhältnisse mit den entwürdigenden Bedingungen für die Matrosen nicht wahrhaben und übersah stets die Gewaltfreiheit der gesamten Bewegung bis zu ihrem Ende. Die sozialistische Geschichtsschreibung betonte immer wieder den revolutionären Charakter und die Nähe zum Spartakusbund. Tatsächlich standen selbst die herausragendsten Vertreter der Matrosenbewegung der Gruppe um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg fern. Viele von ihnen kannten die Schriften Lenins nicht. Gegen eine gezielte politische Ausrichtung der Matrosenbewegung spricht auch, dass es Albin Köbis und Hans Beckers strikt ablehnten, überhaupt zu einer Partei oder Gruppierung Kontakt aufzunehmen.

186 Horn, Naval Mutinies, S. 165.
187 Spartakusbriefe. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1958, Nr. 7 vom November 1917, S. 403.
188 WUA, Bd. 9/I, S. 307.
189 Die Bezeichnung als »organisierte revolutionäre Mannschaftsbewegung«, Bernhard, Aufstand in der Hochseeflotte, S. 48, ist ideologisch geprägt und geht an der Realität vorbei. Siehe auch Bernhard, Revolutionäre Friedensbewegung, S. 89 – 140.
190 Bernhard, Aufstand in der Hochseeflotte, S. 4.
191 Gutsche, Willibald/ Klein, Fritz/ Petzold, Joachim: Von Sarajevo nach Versailles. Deutschland im ersten Weltkrieg, Berlin 1974, S. 203.
192 Horn, Naval Mutinies, S. XI: »In East Germany the new communist government and its historians sought to establish credentials for ruling by claiming the spirited proletarians in the World War I navy as the ancestors of their regime«.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Einen möglichen Weg zur historischen Einordnung bietet die von bundesdeutschen Marineoffizieren seinerzeit heftigst angefeindete[193] Interpretation des Offiziers Dr. Friedrich Beermann. Der damalige Oberst und spätere Brigadegeneral unternahm 1958 den Versuch, die Matrosen in die Tradition der deutschen Marine einzugliedern: »Unser Bundestag hat diese Tatsache wohl erkannt und deswegen gesetzlich festgelegt, daß der Gehorsam sich bricht, wenn der Befehl die Menschenwürde verletzt. Steht unsere Marine aber innerlich auf dem politischen Boden, auf dem diese Gesetze gewachsen sind, so sollte sie auch jenen beiden Seeleuten ihren Respekt nicht versagen, die durch die Fehler eines vergangenen Militärsystems zu Symbolen vieler in ihrer Menschenwürde tief verletzter Soldaten und Matrosen geworden sind. Sie täte gut daran, diese aus der Kaiserlichen Marine verstoßenen Matrosen wieder in die große Familie jener aufzunehmen, die das blaue Tuch trugen.«[194]

Mit dem Ansatz Friedrich Beermanns wird das Handeln der Matrosen verständlich. Sie reagierten auf die unwürdige Behandlung eines autoritären Staates in Kriegszeiten. Ihr Bestreben war es, für ihre Menschenwürde zu kämpfen und durch eine Gehorsamsverweigerung der Flotte politische Schritte für einen Friedensschluss zu beschleunigen.

Da die Matrosen sich gegen die Anwendung von Gewalt aussprachen und nie zu den Waffen griffen, kann die Bewegung des Sommers 1917 als Bemühung gesehen werden, die ihnen verweigerte Würde einzufordern. Das höchste Ziel der Matrosen bestand darin, durch das eigene Handeln ein Zeichen zu setzen, dass sie ebenso wie die Bevölkerung des Krieges überdrüssig waren und nur noch Frieden wollten.

Die zentrale Fragestellung der Ringvorlesung »Die große Furcht« kann für die Geschichte der deutschen Matrosenbewegung des Sommers 1917 kurz beantwortet werden. Die Offiziere und Admirale hatten keine Angst vor den Matrosen. Sie sahen stets auf die unteren Dienstränge herab und beschränkten den Kontakt auf das Nötigste. Sie sahen in den einfachen Soldaten Menschen, die zu gehorchen hatten. Sollten sie den Gehorsam wider Erwarten nicht in dem erforderlichen Maße erbringen, schritt die Marine-Justiz ein. Sie stellte zur Not auch durch Todesurteile die erforderliche Disziplin wieder her. Damit glaubte die Admiralität über genügend Zwangsmaßnahmen zu verfügen, um stets Herr der Lage sein zu können. Diese Einstellung behielt sie bis in die bereits ausbrechende Revolution

193 Nach seinem Vortrag herrschte eisiges Schweigen, nach einer kurzen Pause verlas der Rangälteste, Fregattenkapitän Schuhart, eine Erklärung, die sich von Köbis und Reichpietsch als zu Recht verurteilte Meuterer distanzierte. Nach einer Entgegnung Beermanns kam es zum Eklat, die Offiziere verließen den Saal. Ausführlicher Bericht in: Der Spiegel, 49/1958.

194 BA-MA Freiburg, N 597 – 190, Nachlass Dr. Friedrich Beermann, Vorträge, Bl. 34 – 35.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bei. Erst als sich die Matrosen bewaffneten und der juristischen Gewalt etwas entgegensetzen konnten, war es mit der Macht der Offiziere vorbei.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mark Jones

Angst und Gewalt in der deutschen Revolution von 1918/19

Am 18. Januar 1918, etwas mehr als zwei Monate nach dem Ende der Kämpfe des Zweiten Weltkrieges an der Westfront, veröffentlichte die Zeitung »Vorwärts«, das wichtigste Organ der SPD, ein Sonderheft anlässlich der – nach Meinung von Zeitgenossen – größten Errungenschaft der im Weltkrieg besiegten deutschen Nation: Am Folgetag würden zum ersten Mal in der deutschen Geschichte alle volljährigen Frauen und Männer das gleiche Recht für die Teilnahme an der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung haben.[1] Der Sozialdemokrat Erwin Barth beschrieb in dem Artikel dieses Sonderheftes, wie durch das Ausbleiben von Massengewalt während des einwöchigen Ausnahmezustands vor Ende des Krieges die Demokratisierung Deutschlands überhaupt ermöglicht wurde und wie zu Beginn des Monats November das »festeste Militärgebäude der Welt, der scheinbar bestgefügte politische Staatsbau […] beinahe geräuschlos in sich zusammengesunken [ist]«. Er fügte hinzu:

> »Wer hätte sich kurz vorher noch vorstellen können, daß die Revolution in Deutschland so aussehen könnte? Wer hätte geglaubt, daß nicht einer der wortmutigen Generäle mit dem Säbel in der Faust den so oft gepredigten Heldentod für das Kaisertum im Kampfe gegen den Umsturz der alten Ordnung zu suchen wagen würde, und daß gerade die ruhmredigsten Spitzen des preußischen Militärstaats feige und still ins Ausland huschen würden? Es ist alles anders gekommen, als man es sich gedacht hat.«[2]

1 Die Literatur zum Zusammenbruch der deutschen Gesellschaft im und nach dem Krieg sowie zur Deutschen Revolution von 1918/19 ist sehr umfangreich. Als Einstieg dazu Jones, Mark: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017 sowie Gerwarth, Robert: Die Größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, München 2018.

2 Barth, Erwin: Die deutsche Revolution, in: Tag der Wahl, Beilage zum Vorwärts, Nr. 31/32, vom 18.01.1919, S. 1f, hier S. 1. Zu den Plänen des Militärs für einen konterrevolutionären Militäreinsatz: Schmidt, Ernst-Heinrich: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 23), Stuttgart 1981.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Nach über einem Jahrhundert der gemachten historischen Erfahrung, dass Gewalt und Revolution untrennbar gewesen waren, war nun das Ausbleiben von revolutionärer und konterrevolutionärer Gewalt während der deutschen Revolution im November 1918 besonders bemerkenswert. Bereits am 10. November 1918 beschrieb Theodor Wolff, der liberale Herausgeber des »Berliner Tageblatts«, das Ende des Kaiserreichs als »größte aller Revolutionen«, denn nie zuvor sei »eine so fest gebaute, mit soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden«.[3] Tags zuvor führte die Zeitung des Finanzbürgertums, der »Berliner Börsen-Courier«, aus, dass die Deutschen nun nicht länger das Wort »Revolution« zu fürchten hätten, da der »wiederauferstandene Geist« von 1848 das »niedergeschlagene« Reich ersetzen würde.[4] Sogar die ultranationalistische »Tägliche Rundschau« – deren Redakteure wahrlich keine Freunde von Wolff oder des »Vorwärts« waren – kam widerstrebend zu dem Schluss, dass der »am festesten gefügte Staatsbau Europas […] zusammen[brach] wie ein Kartenhaus, an das die neue Gewalt nur mit dem Finger zu tippen brauchte, um es zum Zusammenbrechen zu bringen«; ein Kommentar, der nicht weit entfernt war von der Analyse der USPD-nahen »Freiheit«, in der es hieß: »Wie ein Skelett, das nach langen Jahren der Ruhe aus der Gruft gehoben wird, ist das alte System zusammengebrochen. Es bedurfte kaum eines Stoßes. Ein Lufthauch genügte.«[5] Eine andere sozialdemokratische Zeitung nutzte das Ausbleiben von revolutionärer und konterrevolutionärer Gewalt, um vor allem die deutsche Modernität zu zelebrieren:

> »Wo sind sie hin, die alten spießbürgerlichen Träume von Revolution? Die nichts anderes sahen als Mord und Totschlag, als Verwüstung und Vernichtung, als Brand und Plünderei? Alles war in ihren Köpfen nur ein Grauen. In allen früheren revolutionären Umwälzungen ist viel, viel Unheil verübt worden, das nach unseren heutigen Begriffen nicht nötig gewesen wäre. Aber das waren Folgen der Kulturhöhe der damaligen Völker. Es entspricht dem heutigen Stande der Technik und Wirtschaft der Organisations- und Verwaltungswissenschaft, wenn jeder Einzelne bestrebt ist, dem Wohle der Gesamtheit sich unterzuordnen. Die gewaltigste soll zugleich auch die friedlichste und ordnungsgemäßeste Revolution sein.«[6]

3 Der Erfolg der Revolution, in: Berliner Tageblatt, Nr. 576 vom 10.11.1918, zit. n. Wolff, Theodor: Tagebücher 1914 – 1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am »Berliner Tageblatt« und Mitbegründers der »Deutschen Demokratischen Partei«, 2 Teile, Boppard am Rhein 1984, S. 814 ff.

4 Bundesarchiv Berlin (fortan: BArch Berlin) R901.55577 Bl. 42: 1848 – 1918, in: Berliner Börsen-Courier, Nr. 528 vom 9.11.1918 (Abendausgabe).

5 BArch-Berlin, R901/55625, Bl. 31: Zweihundertvierundzwanzigste Kriegswoche, TR Nr. 590, 18. November 1918 MA; BArch-Berlin, R901/55625, Bl. 42: Es lebe die Freiheit, in: Freiheit, Nr. 1 vom 15.11.1918.

6 BArch-Berlin, R901/55625, Bl. 39: Die Revolution von heute, in: Chemnitzer Volksstimme, Nr. 267 vom 16.11.1918 MA. Es gab keinen Mangel an militärischen konterrevolutionären Plänen für den Fall

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wie ist diese optimistische Sicht auf die Zukunft Deutschlands im Winter 1918/1919 zu verstehen? Für manche ist diese Sprache Beweis für einen beispiellosen politischen Optimismus in der Zeit kurz nach dem Waffenstillstand. Eine Zeit, in der die Fesseln der Kriegszeit gelöst wurden und die omnipräsente Angst vor dem Tod an der Front verschwand. Eine Zeit, in der mit spontanen Volkstänzen gefeiert wurde, getrieben von einer festlichen Stimmung – das alte Regime war Vergangenheit. Dieses Gefühl findet sich wohl am treffendsten bei Ernst Troeltsch, der Deutschland in der Zeit nach dem Waffenstillstand als »Traumland der Waffenstillstandsperiode« beschrieb – ein Begriff, der nach der Veröffentlichung von Wolfgang Schivelbuschs bahnbrechender Analyse »Die Kultur der Niederlage« weit verbreitete Verwendung erfuhr.

Das folgende Kapitel behandelt das Gegenstück zum optimistischen Diskurs der Zeit: Die Sprache der Krise, die Ausdruck von politischer Angst war. Es soll gezeigt werden, wie die zeitgenössischen politischen Akteure in ihren Diskursen furchtsame Zukunftsszenarien beschworen, um politische Unterstützung zu gewinnen. Anfangspunkt hierfür ist das in Bochum herausgegebene und im ganzen Reichsgebiet vertriebene Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, die »Bergarbeiter-Zeitung«.

Die Krise der revolutionären Imagination: politische Haltung in der »Bergarbeiter-Zeitung« aus Bochum

Die Ausgabe des 9. November 1918, deren Inhalt offensichtlich vor dem Bekanntwerden der bedeutsamen Ereignisse des Tages gedruckt wurde, enthielt bereits Warnungen vor den Gefahren einer Revolution, nämlich die des Bürgerkriegs. Im Zusammenhang mit der Reihe von Reformen, die Historiker*innen in der Retrospektive als »Revolution von oben« beschrieben, vertrat die Zeitung die Meinung, dass die Entlassung Ludendorffs als Chef der Obersten Heeresleitung Ausdruck der neuen Mächteverteilung der politischen Kräfte in Deutschland gewesen sei. Der General wurde auf Geheiß des Reichstags abgesetzt; der Reichstag trieb also die »Beseitigung jeder selbstherrlichen Regierungsgewalt« voran. Das Kommando über die deutsche Armee stand nun unter direkter Kontrolle des Reichskanzlers, somit unter der des Reichstags. Der Reichstag hatte also die Entscheidungsgewalt, über Krieg und Frieden zu entscheiden – ein Recht, was zuvor allein dem Kaiser

einer Revolution in Deutschland, welche zu extremer Gewalt geführt hätten und diese auch kalkuliert gewesen wäre. Dazu Schmidt, Heimatheer und Revolution.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vorbehalten war. Die verfassungsrechtliche Revolution war in vollem Gange, was sich in den Worten der Zeitung wie folgt niederschlug: »Das ist ein Umsturz von weltgeschichtlicher Tragweite und er ist erfreulicherweise ohne den zeitweilig drohenden blutigen Bürgerkrieg vollzogen worden.«[7]

Die nächste, nach der Abdankung des Kaisers und dem Triumph der Revolution vom 9. November erschienene Ausgabe der »Bergarbeiter-Zeitung« enthielt eine Bekanntmachung des Vorstands des Verbands der Bergarbeiter Deutschlands. Diese Bekanntmachung war ein Versuch, die Ereignisse der vergangenen zwei Wochen als Teil einer Reihe von positiven Errungenschaften auf dem Weg zur Demokratisierung Deutschlands zu interpretieren:

> »Mit elementarer Gewalt setzt sich die Demokratie in Deutschland durch. Die Soldaten vereinigen sich mit den Arbeitern und Bürgern zur Sicherung der demokratischen Freiheiten gegen jeden volksrechtsfeindlichen Versuch, den alten Obrigkeitsstaat wieder herzustellen. Eine gewaltige Bewegung geht durch unser Volk, es sprengt die Fesseln, die es Jahrhunderte gedrückt haben.«

Die Bekanntmachung betont, dass dies die Krönung der Ziele, für die der Verband eintrat, darstellte:

> »Bergarbeiter! Unser Verband ist eine demokratische Organisation und kämpft deshalb mit für vollständige Demokratisierung unserer öffentlichen Einrichtungen! Wir standen von jeher im Dienste der Demokratie und stehen darum auch heute mit freudigem Herzen dort, wo die demokratischen Fahnen wehen. Mit unserer ganzen Organisation müssen wir mitkämpften für die Beseitigung alles dessen, was der Volksfreiheit hinderlich ist.«

Als Theodor Wolff in seinem berühmten Editorial (»die größte aller Revolutionen«) gerade vor den Gefahren, denen Deutschland gegenüberstand, warnte, umriss der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands die Zukunft des politischen Lebens in Deutschland als Zukunft der existenziellen Krisen: Unabhängig von der Revolution stünde Deutschland ein »harter Winter« bevor; ohne ein großes Ziel vor Augen wäre der Übergang von der Kriegs- zur Friedenszeit unmöglich. Noch schlimmer sei, dass der alte Feind der organisierten Arbeiterklasse noch immer fest im Sattel sitze. Unorganisierte Arbeiter und die, die nach einer radikaleren Revolution strebten, bedrohten die Errungenschaften der Revolution. Ohne die Versorgung durch das Transportnetzwerk würden die Bewohner der deutschen Städte verhungern. Vor dem Hintergrund einer solchen Bedrohung könne es keinen positiven Gründungsmythos geben, der die Errungenschaften der Revolution in der direkten postrevolutionären Zeit legitimiere.[8]

7 O.V.: Heran an die Organisationslosen, in: Bergarbeiter-Zeitung (BAZ), Nr. 45 vom 9.11.1918.
8 O.V.: An die Bergarbeiter, in: BAZ, Nr. 46 vom 16.11.1918.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Zukunftsangst blieb auch in der nächsten Ausgabe präsent. Obwohl die Ausgabe am 23. November 1918 die Neuigkeit der »Erfolge der gewerkschaftlichen Organisation«, unter anderem die des Achtstundentags, vermelden konnte, waren die Herausforderungen, vor denen die deutsche wirtschaftliche Entwicklung in der nahen Zukunft stand, zu groß, um das Aufkommen eines positiveren Gründungsmythos zuzulassen:

> »Wofür unsere Väter und ihre Söhne 1868, 1872, 1877, 1889, 1905 und 1912 gekämpft und gelitten haben, nun haben wir es erreicht: Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt, Mindestlohn und volle Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation! Wären die sonstigen Verhältnisse in unserem vom Krieg zerfressenen Vaterlande nicht gar so böse, wir könnten eine jubelnde Freude über die Erfolge unserer gewerkschaftlichen Arbeit empfinden.«[9]

Der Artikel machte deutlich, was Deutschland nun bevorstehen würde, warnte vor einer »beispiellos schlimme[n] Zeit« und dass es nur möglich sei, diese zu überwinden, »wenn nun allseitig straffe Selbstzucht, opferwillige Selbstdisziplin geübt wird! Tun wir das nicht, dann sind wir verloren! Dann bricht alles zusammen. Was der Krieg noch verschont hat, wird dann in wahnsinniger Selbstzerfleischung vernichtet!«[10]

Besonders nachdrücklich warnten dieser und viele weitere Artikel vor dem kommenden Winter, denn ohne Kohle

> »[…] können unsere Eisenbahnen wegen Kohlenmangel nicht betrieben werden, dann erhalten wir keine Lebensmittel, eine entsetzliche Hungersnot bricht aus, die Menschen sterben dann massenhaft auf der Straße! Außerdem können wir, wenn keine Kohlen vorhanden sind, auch die Rückführung unsere Soldaten nicht bewerkstelligen, überhaupt die von den Feinden vorgeschriebenen Waffenstillstandsbedingungen nicht erfüllen. Dann aber überfluten die feindlichen Heere unser Land! Wir sind ihnen wehrlos preisgeben!«

Die Ernsthaftigkeit der Lage und was auf dem Spiel stand war mehr als deutlich:

> »Bergleute, Kameraden! Wollt ihr, daß die junge deutsche Demokratie infolge innerer Unruhen zusammenbricht? Wollt ihr, daß wir durch lauernde volksrechtsfeindliche Mächte, die dann von ausländischen Soldatenmassen unterstützt werden, wieder in den alten Polizeistaat zurückgeworfen werden? Wollt ihr, daß ein schrecklicher Bürgerkrieg unser unglückliches Volk zerfleischt?«[11]

Die Sprache des Kriegs wurde in der Nachkriegszeit fortgesetzt. Die Verwendung des Attributs »ausländische Soldatenmassen« ist dabei besonders verblüffend. Dies könnte ein Verweis auf US-amerikanische Soldaten, gleichzeitig auch auf französische Kolonialsoldaten sein – es war ein bekanntes Sprachbild antialliier-

9 O.V.: Erfolg der gewerkschaftlichen Organisation, in: BAZ, Nr. 47 vom 23. 11. 1918.
10 Ebd.
11 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ter Propaganda während des Ersten Weltkriegs, dessen Verwendung während der Besatzung des Rheinlands und besonders der des Ruhrgebiets vermehrt Verwendung fand.

Die Gefahr des Kohlenmangels war erneut ein zentrales Thema in der letzten Ausgabe des Monats November 1918. Frieden könne nur aufrechterhalten werden, wenn gleichzeitig auch die öffentliche Ordnung bewahrt werden würde. Schon das Einsetzen des ersten Winters nach dem Krieg bedrohte die Ordnung. Einmal mehr wurden die Herausforderungen, denen die deutschen Bergarbeiter gegenüberstanden, als existenzielle Krise dargestellt:

> »Aus allen Teilen des Landes kommen schon Hilferufe der Bevölkerung, die in kalten Wohnungen hausen müssen, und die Kälte nimmt zu. Unser armes Volk geht in Hunger und Kälte zugrunde, wenn ihm nicht geholfen wird!
> Bergleute! Von euch erwartet das Volk brüderliche Hilfe in dieser Not! Wenn der Bergbau in dieser Schicksalsstunde unseres Volkes nicht voll im Betrieb gehalten wird, dann bricht ein schreckliches Unglück über uns herein! Sind nicht ausreichend Kohlen für unsere Eisenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerke, Mühlen, Brotfabriken, für die jetzt umzustellenden Fabriken vorhanden, dann kommt es zu einer Katastrophe, zu einem verwüstenden Durcheinander und die feindlichen Heere ergreifen die diktatorische Gewalt über uns! Mit unserer jungen Freiheit ist es dann vorbei.«

Drei Wochen nach der revolutionären Umformung des Deutschen Kaiserreichs in eine Republik wurden, wie dieser Auszug zeigt, zeitgenössische Erwartungshorizonte von Schreckensvorstellungen eines Zusammenbruchs der Wirtschaft und der sich daran anschließenden Revision der politischen Errungenschaften der Revolution überlagert.

Zu Beginn des Monats Dezember 1918 griff auch Karl Legien die zuvor beschworene Krise der Erwartungen in seinem Artikel »Mehr Kohlen«[12] auf. Erneut wurde betont, die Versorgung mit Kohle sei für die deutsche Wirtschaft existenziell; ohne sie stünde Deutschland am Abgrund. Legien verteidigte im Folgenden den Ruf der Bergarbeiter und der Kohleindustrie gegenüber dem Vorwurf, der Industriezweig mit seinen Beschäftigten sei verantwortlich für die verschlechterte Versorgungslage seit der Revolution und dem Waffenstillstand. Legien wies darauf hin, dass der plötzliche Einbruch der Versorgung in diesem äußert kritischen Moment primär durch den heftigen Rückgang der Arbeitskräfte verursacht wurde: Durch den Waffenstillstand gingen der deutschen Wirtschaft die Kriegsgefangenen verloren, die zu Kriegszeiten bis zu 20 Prozent der Arbeitskräfte in der Kohleindustrie stellten. Die tatsächliche Zahl der Kriegsgefangenen, die die deutschen Bergwerke als Konsequenz des Waffenstillstands verließen, belief sich auf 162 085.

12 Legien, Karl: Mehr Kohlen, in: BAZ, Nr. 50 vom 14. 12. 1918.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vor dem Hintergrund des dramatischen Abgangs der Arbeitskräfte wies Legien eindringlich darauf hin, dass es nicht die Zeit für Streiks sei. Er appellierte an die Leser*innen:

> »Duldet keine wilden Streiks, womit jetzt unser eigenes Porzellan zerschlagen wird! Alle Streikfragen können und müssen jetzt auf dem Verhandlungswege erledigt werden. Hilf mit, Hunger und Arbeitslosigkeit abzuwehren, den völligen Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft zu verhindern und unsere Zukunft zu sichern durch mehr Kohlen!«

Von diesem Punkt ausgehend erklärte Legien das Ergebnis der jüngsten Verhandlungen (das bekannte Stinnes-Legien-Abkommen) und bat eindringlich um die Fortsetzung der Kohleförderung sowie den Verzicht auf Streik:

> »Man muss berücksichtigen, in welcher entsetzlichen Lage sich Deutschland und seine Bevölkerung nach diesem Ausgang des Krieges befindet. Auch dann, wenn die Revolution nicht im Anschluß an die vernichtenden Wirkungen des Krieges eingetreten wäre, müßte durch ungestörten Fortgang der Produktion ihr Erfolg gesichert werden, denn nichts könnte diesen mehr gefährden, als Arbeitslosigkeit und Not in der Bevölkerung. Unabwägbar aber wäre die Wirkung einer solchen Notlage unter den jammervollen Wirtschaftsverhältnissen, die über Deutschland durch den Krieg hereingebrochen sind. Dem muß vorgebeugt werden.«[13]

Mitte Dezember 1918, als die revolutionär-politische Krise, die sich in Berlin manifestiert hatte, und die Aktivitäten der Spartakisten im Ruhrgebiet offensichtlicher wurden, färbte sich die Sprache der Presse immer mehr in Richtung einer unmittelbar bevorstehenden Katastrophe. Am 25. Dezember 1918, inmitten der ersten gewalttätigen revolutionären Krise in der deutschen Hauptstadt, schrieb der einflussreiche Journalist Alexander Redlich, dass Deutschland »am Rande des Abgrunds« sei. Am selben Tag, stellvertretend für die Art und Weise, wie diese Debatte im öffentlichen Raum stand, schrieb der Historiker Gustav Mayer: »Es geht dem Abgrund zu! Der Schlund der Hölle hat sich aufgetan. Deutschland versinkt. Ob das andere Europa es um vieles überleben wird, wer vermöchte das heute zu sagen! Die Ereignisse des gestrigen Tages machen mich ganz mutlos.«[14]

Vier Tage, bevor diese Meinung in- und außerhalb Berlins die Runde machte, war sie bereits in einem Abriss der Ereignisse in der »Bergarbeiter-Zeitung« zu lesen. Auf einer außergewöhnlichen Titelseite vom 21. Dezember 1918 warnte das Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, dass Deutschland »vor dem Abgrund« sei.

13 Ebd.

14 Mayer, Gustav: Als deutsch-jüdischer Historiker in Krieg und Revolution 1914 – 1920. Tagebücher, Aufzeichnungen, Briefe (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 65), hier 25. Dezember 1918, S. 203. Am 26. Dezember nutzte der Historiker Karl Hampe denselben Ausdruck – Abgrund – in seinem Tagebuch. Hampe, Karl: Kriegstagebuch 1914 – 1919 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 63), München ^{2}2007, 26. Dezember 1918, 27. Dezember 1918, S. 807.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

»Das ›Land der Organisation‹ bietet jetzt nicht durchweg ein erhebendes Schauspiel von Selbstbesinnung. Das köstliche Gut der Freiheit wird von den Vielen, die sich allzusehr an die Polizeisuchtel gewöhnten, nicht gewürdigt. Die provisorische Regierung der sozialistischen Volksbeauftragten (Ebert-Haase) kann sich zweifellos auf eine ungeheure Volksmehrheit stützen, jedoch in zahlreichen Orten etablierten plötzlich aus dem Dunkel auftauchende diktatorische Emporkömmlinge eine ,,Republik für sich: Unter der Führung eines jeder Selbstdisziplin baren ›Spartakus‹ wird zunächst die Berliner Bevölkerung frivol beunruhigt. Mit Maschinengewehren ausgerüstete kleine Banden suchen die Volksregierung zu terrorisieren, die demokratische Neuordnung durch die Nationalversammlung gewaltsam zu hintertreiben. Die siegestrunkenen Militärs der Entente machen sich bereit, ihrerseits diktatorische ›Ordnung‹ in dem unglücklichen Deutschland zu schaffen. Geborene Feinde der Demokratie und einer deutlichen Einheitsrepublik benutzen die spartakistischen und ähnlichen Wirrnisse, um Deutschland zu zerreißen in wer weiß wie viele Kleinstaaten, deren politische und wirtschaftliche Ohnmacht auf der Hand liegt. Die Arbeiterschaft will ein einheitliches deutsches Reichs- und Wirtschaftsgebiet, weil wir nur in einem solchen die ungeheuerlichen Kriegsschäden mit ernster Gemeinschaftsarbeit überwinden können.«

Die Verbindungen zwischen der Gewalt des Ersten Weltkriegs, versinnbildlicht in dem Maschinengewehr, und der Bedrohung für die demokratische Zukunft Deutschlands wurden in einer langen Passage am deutlichsten, in der nicht weniger als sechs Mal das Maschinengewehr als Referenz auftauchte:

»Mit Maschinengewehren soll die gesetzliche Neuordnung Deutschlands verhindert werden, mit Maschinengewehren wird dort die demokratische Meinungs- und Preßfreiheit unterdrückt, mit Maschinengewehren soll die ‚Sozialisierung der Betriebe' erzwungen werden, mit Maschinengewehren werden Betriebsleiter zu Handlungen gegen ihre Überzeugung gezwungen, mit Maschinengewehren dringt man in die Wohnungen sozialistischer Minister und Parteiführer ein, um sie zur Abdankung zu zwingen, mit Maschinengewehren geht man vor gegen gewerkschaftliche Organisationen, sucht sie zu zerreißen, ihre Verträge zu durchbrechen, der Disziplinlosigkeit, der Anarchie zum Triumph zu verhelfen. Und das alles geschieht von einer kleinen, allerdings lärmstarken und gewaltfrechen Minderheit, deren zahlenmäßige Bedeutungslosigkeit sich schon durch die Arbeiter- und Soldatenrats-Wahlen in Dresden und Chemnitz klipp und klar herausgestellt hat. Diese Maschinengewehrpolitik ist ein Hohn auf die Demokratie!«[15]

Bereits am 9. Dezember 1918 verwendete die »Vossische Zeitung« für die Tagespolitik den Ausdruck »Maschinengewehrpolitik«[16]. Eben dieser Ausdruck hatte im Verlauf des Monats November an medialer Popularität gewonnen, als sich die Sprache der politischen Mobilisierung ähnlich intensivierte wie die auf den Straßen Berlins teils gewaltsam ausgetragene Politik (besonders am 6. und am 24. Dezember). Bemerkenswert ist, dass sich die Sprache eines reichsweit erhältlichen gewerkschaftlichen Blattes wie der »Bergarbeiter-Zeitung« nicht sonderlich von der ihres Berliner Pendants unterschied – es lässt sich vermuten, dass die Erfahrung der Angst vor Gewalt während der Revolution von 1918/19 nicht regional

15 O.V.: Vor dem Abgrund, in: BAZ, Nr. 51 vom 21. 12. 1918.
16 O.V.: Maschinengewehr-Politik, in: Vossische Zeitung, Nr. 629 vom 9. 12. 1918 (Abendausgabe).

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

konzentriert und ausgeprägt war, wie viele Historiker*innen womöglich fälschlicherweise annehmen.

In der ersten Ausgabe des neuen Jahres 1919 gab die »Bergarbeiter-Zeitung« Berichte aus anderen Quellen darüber wieder, dass die Revolution die alte Ordnung beseitigt habe:

> »Nach mehr als vier Jahren beispielloser Zerstörung hat uns das vergangene Jahr einen Zusammenbruch gebracht, dessen Umfang auch nicht annähernd zu ermessen ist. Die alten Gewalten: Absolutismus, Bureaukratismus und Militarismus wurden in den Strudel dieses Zusammenbruchs mit hinabgerissen. Was für Ewigkeiten festgefügt schien, wurde von Minuten weggefegt. Aller mittelalterlich romantisch-reaktionäre Wust und Unrat versanken im Orkus. Wir müssen uns nun eine neue, bessere Ordnung fügen, neugestalten, was morsch und faul war und dem Sturm der Zeit nicht standhalten konnte.«[17]

Mit der Festlegung der Wahltage für die Nationalversammlung und die verfassungsgebende preußische Landesversammlung auf den 19. bzw. 26. Januar wurde die Bedeutung dieser kommenden Wahlen betont.

> »Noch nie hat ein Volk vor einer so schwerwiegenden Entscheidung gestanden, wie jetzt das deutsche. Der Wahltag ist diesmal mehr als je Zahltag. Es muß abgerechnet werden mit den gewissenlosen Blutsaugern, Kriegstreibern, Kriegsgewinnlern, Schiebern, Wucherern usw. Alle diesem Diebes- und Lumpengesindel muß am Wahltag das Handwerk dauernd gelegt werden.«[18]

Die hier verwendete Sprache suggeriert, es hätte dank der Revolution einen Umbruch gegeben, und das vorherige System könne nun durch etwas Besseres ersetzt werden, ergo würde der neuen Republik gegenüber ein positiver Grundtenor entstehen. Direkt daran anschließend fokussierte sich die Sprache erneut auf die unmittelbar bevorstehenden Gefahren. Als die »Bergarbeiter-Zeitung« am 4. Januar 1919 die positiven Aspekte der Gründung der Weimarer Republik umriss, warnte sie nichtsdestotrotz:

> »Am Wahltag werden die Augen der ganzen Welt auf uns gerichtet sein, weil es nicht nur um das Schicksal der deutschen, sondern mehr oder weniger auch um das der Arbeiter aller Länder geht. Nur ein reiner Volkssieg verbürgt die Errungenschaften der Revolution und bringt uns dem angestrebten Rechtsfrieden näher. Die Hoffnungen der Arbeiter und Friedensfreunde aller Länder beruhen auf einem Volkssieg. Ein Volkssieg wäre die größte und schönste Tat im neuen Jahre.«[19]

Die Suggestion einer konstanten Bedrohung war in der nächsten Ausgabe vom 11. Januar 1919, am Tag der Beendigung der spartakistischen Besetzung der Redaktion des »Vorwärts« durch das Freikorps Reinhard, sogar noch stärker. Die

17 O.V.: Zum Neuen Jahre, in: BAZ, Nr. 1 vom 04.01.1919.
18 Ebd.
19 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Sprache der Mobilisierung hatte eine negative Färbung und warnte vor dem, was vermieden werden müsse, anstatt die Vorteile, die die Revolution gebracht hatte und bringen könnte, in den Vordergrund zu stellen:[20]

> »Die deutsche Nationalversammlung aber ist berufen, uns vor fremdländischer Vergewaltigung zu beschützen, über die uns zugedachte Friedensbedingungen zu beschließen. Eine verantwortungsreiche Aufgabe. Die Phantasten und Wahnwitzigen, die hofften und Leichtgläubigen versicherten, einem besiegten Deutschland würden die ausländischen Friedensvorkämpfer und Proletariermassen beistehen gegen unerträglichen Demütigung und Belastung, können sich jetzt davon überzeugen, daß sie sich selbst täuschten und betrogen. Wo sind jetzt die erwarteten ausländischen Helfer? Präsident Wilson selbst, der für einen Rechtsfrieden und versöhnlichen Völkerbund eintritt, wird von den siegberauschten annexions- und gelddurstigen Kriegspolitikern in den Ententestaaten bekämpft; und er hat im eigenen Lande keine Parlamentsmehrheit hinter sich. In England haben vor kurzem die Parlamentswahlen mit einer Niederlage aller hervorragenden Vertreter des Versöhnungsfriedens geendet! In Frankreich beherrschen die Rache und Annexionslust die öffentliche Meinung. In Belgien und Italien ist es nichts anders.«[21]

Die Zeitung erinnerte daran, dass Deutschland den Friedensvertrag von Versailles als Verlierer des Weltkriegs unterzeichnet hatte und gleichzeitig die Wähler sicherstellen müssten, dass es zu keiner Diktatur, weder von links noch von rechts, käme. Der 19. Januar 1919 war ein Tag, an dem sich entscheiden sollte, »ob das neue Deutschland eine demokratisch verwaltete Republik sein soll oder nicht. […] Niemals war unser gesamtes Volk vor eine so unabsehbar bedeutungsvolle Entscheidung gestellt wie am 19. Januar 1919!«[22]

Im Verlaufe des Monats Februar 1919, während eine Welle von Streiks über Deutschland schwappte, legte die »Bergarbeiter-Zeitung« ihren Fokus auf die Bedrohung durch den Anarchismus, die wilden Streiks und vor allem den Spartakismus.[23] Am 1. März schrieb die »Bergarbeiter-Zeitung« – ähnlich wie die gesamte deutsche Presse, die mit ihrer Wortwahl das nahende politische Armageddon suggerierte – nun vom »Spartakusterror« und warnte vor dem möglichen Sieg der Spartakisten.[24] In einem langen Artikel, der die Verbrechen der Spartakisten heraushob, rief die Zeitung die Arbeiter dazu auf, sich nicht an Streiks zu beteiligen, und verteidigte die Regierung in der Ansicht, dass eine Bewaffnung der Arbeiterschicht – und somit eine proletarische Revolution – nicht nötig sei:

> »So kann es nicht weiter gehen! Dieser Ruf wird immer lauter von den in ihrer Freiheit vergewaltigten Arbeitern erhoben. Stellenweise haben sie zur Selbsthilfe gegriffen. Es ist zu schweren Zusammenstößen gekommen, wobei Arbeiterblut geflossen ist. Das kann in

20 O.V.: Bergarbeitermassen, marschiert auf, in: BAZ, Nr. 2 vom 11.1.1919.
21 Ebd.
22 Ebd. Zu den gemischten Reaktionen auf die Wahlergebnisse: O.V.: Frei im Volkstaat, in: BAZ, Nr. 5 vom 1.2.1919.
23 O.V.: Wie Spartakus schimpft und verleumdet, in: BAZ, Nr. 8 vom 22.2.1919.
24 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

der Tat so nicht weiter gehen. Unter allen Umständen und mit allen Mitteln muß dafür gesorgt werden, daß die Freiheit und Sicherheit der Arbeiter in jeder Beziehung gewährleistet sind. Der Spartakusterror soll und darf nicht triumphieren. Das wäre Selbstmord und Wahnsinn.«[25]

Auch am 8. März 1919 war die Sprache der Mobilisierung beständig gegen die Spartakisten gerichtet, welche an dieser Stelle stellvertretend für alle Gruppen standen, die sich an Streiks beteiligten. Für die Streikführer war es essentiell, dem (sowjet)russischen Beispiel in punkto Revolution zu folgen; darauf ausgerichtet war die Rhetorik ihrer politischen Gegner: »In endlosen Reden wurde gewettert gegen die Gewerkschaftsführer, die Scheidemänner, die Mehrheitssozialisten, die Blutdiktatur Ebert-Scheidemann-Noske, die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs, den Militarismus, den weißen Schrecken usw. Aber an der Sozialisierung selbst wurde nicht gearbeitet.«[26]

Nach den Streiks der Monate November und Dezember warnte die »Bergarbeiter-Zeitung«, die Fortsetzung der Streiks würde der Arbeiterklasse am meisten schaden. Diese Streiks würden stattfinden, »um die Demokratie zu vernichten«. Sie wären nur durch die »Waffengewalt« der Gegner der Demokratie durchsetzbar, mit deren Hilfe die Streikführer die Mehrheit der Arbeiter gegen ihren Willen zu Streiks zwängen. In den Worten der »Bergarbeiter-Zeitung« hieß es:

»Das ist Autokratie und Gewalttätigkeit in höchster Vollendung. Dagegen wehren wir uns, schon weil wir Demokraten sind, denen des Volkes Wille das höchste Gesetz ist. Wir wehren uns aber auch dagegen, weil die Arbeiter durch diese Streiks sich selbst aushungern, dazu noch ihren Lohn opfern und zum Totengräber ihrer Freiheit werden. […] Nicht durch Autokratie, sondern nur durch Demokratie können wir zum Sozialismus kommen.«[27]

Eine Woche später, nach Ende der Berliner Märzkämpfe, druckte die »Bergarbeiter-Zeitung« eine Erklärung der Reichsregierung ab und zeigte damit, dass die Zeitung auf der Seite der Regierung stand:

»Wilde Sozialisierungsversuche aber, terroristischen Zwang gegen die Arbeiterschaft, bewaffneten Aufstand, Zerstückelung des Reichs werden wir rücksichtslos bekämpfen. Uns ist jedes Menschenleben heilig. Die Revolution gibt keinen Freibrief auf Raub, Mord und Gewalttätigkeit jeder Art. Über allem steht das Leben des Volkes. Wer sich an ihm vergeht, ist unser Feind! Die Strenge des Gesetzes wird ihn treffen! Nach vier Jahren furchtbaren Krieges mit ungeheuren Zerstörungen an Kulturwerten und einem Meer von Blut wollen wir nicht, daß auch noch die Schrecknisse des Bürgerkriegs mit seinen mörderischen Bruderkämpfen, mit all seinem Haß und seiner Zerrüttung unser Vaterland zerstören. […] Eine gewaltige Mehrheit von 22 Millionen Wählern hat uns zur Reichsregierung berufen. Steht zu uns, wie wir zu euch stehen! Das ganze Volk schließt sich uns an gegen

25 O.V.: Soll der Spartakusterror triumphieren, in: BAZ, Nr. 9 vom 01.03.1919.
26 O.V.: Autokratie oder Demokratie, in: BAZ, Nr. 10 vom 08.03.1919.
27 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> Vergewaltigung, Zerstörung, Zusammenbruch. Wenn wir einig sind, ist uns die Zukunft sicher!«[28]

Ein solches Zitat zeigt, wie die reichsweite gewerkschaftliche Presse die Sprache der Mobilisierung, die von Weimar ausging, aufgriff. Im Februar und März 1919 erreichte die durch die andauernden Streiks und Ausbrüche von Gewalt geprägte Phase der Revolution ein Stadium, das Detlef Peukert als »Zeit der Enttäuschungen« beschrieb. Die medialen Diskurse, die die ersten Errungenschaften der Revolution positiv betrachteten, waren nun längst vergessen. Die Kombination aus wirtschaftlichem Elend, militärischer Niederlage, Zukunftsangst und politischen Grabenkämpfen zwischen linken Gruppierungen war zu groß, um einen positiven Mythos der Gründung der Republik entstehen zu lassen. All das, was in dieser Phase von der Revolution übrigblieb, waren Zukunftsängste und die Bedrohung durch »russische Verhältnisse« in Deutschland. Ein Anti-Chaos-Reflex dominierte die Sprache der politischen Mobilisierung auf Kosten von optimistischeren Diskursen über die Gründung der Republik.

Deutschland und die »Shatter-Zones« der untergegangenen Monarchien

Die Perspektive der »Bergarbeiter-Zeitung« kann nur voll und ganz verstanden werden, wenn die Herausforderungen, vor denen die Anführer der organisierten Bergarbeiter standen, im Kontext einer grundsätzlich bedrohlichen transnationalen Umgebung gesehen und berücksichtigt werden. Im Winter 1918/19 waren die deutschen Zukunftsvorstellungen stark geprägt vom rasanten Aufstieg politischer Gewalt in weiten Teilen Zentral-, Ost- und Südosteuropas, die auf die Zerschlagung der Monarchien im zaristischen Russland, Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich folgte.[29]

Die deutsche Antwort auf die Angst vor chaotischen Zuständen war staatliche Gewalt um der Ordnung willen. Sie war der Schild, der die Zeitgenossen vor »russischen Verhältnissen« und ihrer tiefsten Angst davor schützte. Auch auf internationaler Ebene wurde mit der Ausübung von Gewalt ein Zeichen gesetzt: Während die Friedensverträge in Paris ausgearbeitet wurden, zeigte der neue deutsche Staat den verbliebenen Mächten, dass er stark genug sei, um den Bedrohungen aus dem Osten ohne weitere Interventionen Großbritanniens und Frankreichs zu

28 O.V.: An das deutsche Volk, in: BAZ, Nr. 11 vom 15. 03. 1919.
29 Gerwarth, Robert/ Horne, John (Hrsg.): War in Peace. Paramilitary Violence in Europe after the Great War (The greater war), Oxford 2012; Horne, John: Introduction, in: A Companion to World War I, hrsg. von dems., Oxford 2010, S. XVI.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

trotzen. Wie die Auszüge aus der politischen Presse deutlich zeigen, beeinflusste diese Attitüde die Haltung der deutschen Bevölkerung hinsichtlich der Anwendung von Gewalt durch den Staat und erklärt, warum so viele Deutsche bereit waren, den Staat bei der Ausübung von Gewalt zu unterstützen.[30] Immer wieder wurde in dieser Situation angeführt, dass die siegreiche Entente ohne eine Machtdemonstration des deutschen Staates ihre Besatzung von deutschem Staatsterritorium weit über das Rheinland ausweiten würde.[31]

Ausübung der Gewalt

Zu den Höhepunkten der gewaltsamen Ausübung von staatlicher Autorität kam es in Berlin und München im März und Mai 1919. Am 3. März 1919 erklärte ein Zusammenschluss sozialistischer Gruppen in Berlin, unter anderem die Berliner SPD – Eberts und Noskes Parteigenossen –, die USPD und die Spartakisten, dass sich die Arbeiter*innen der Stadt der Streikwelle, die Mittel- und Westdeutschland im Verlauf des Monats Februar erfasst hatte, anschließen würden.[32] Die Forderungen, mit denen der Streik begründet wurde, reichten von der Beseitigung der noch immer kaiserlichen Militärrechtsprechung (die synonym mit dem Schutz der Mörder Liebknechts und Luxemburg gesehen wurde) bis hin zur vollständigen Übernahme der Macht im Staat nach bolschewistischem Vorbild. Gustav Noske fuhr als Antwort eine harte Linie; Bürgerrechte wurden ausgesetzt und 30 000 Freikorpssoldaten unter dem Kommando von General Lüttwitz zur Bekämpfung des Streiks entsandt.[33]

Diese militärische Präsenz führte kurze Zeit später zu einer rapiden Eskalation der Gewalt. Zunächst wurden die ersten Randalierer und Plünderer beschuldigt, Soldaten und Offiziere in der Nähe des Alexanderplatzes angegriffen zu haben;

30 Jones, Am Anfang war Gewalt, S. 180.

31 Das Tagebuch des Geschichtsprofessors Karl Hampe zeigt die Bedeutung der Ängste vor einer alliierten Invasion.

32 Zum Verlauf des Streiks und der Revolutionspolitik 1918 – 1919: Kolb, Eberhard: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 – 1919, Frankfurt a. M. 1978; Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 14), Göttingen 1975; Kluge, Ulrich: Die deutsche Revolution: 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch (Moderne deutsche Geschichte, Bd. 8), Frankfurt a. M. 1997; Morgan, David W.: The Socialist Left and the German Revolution. A history of the German Independent Social Democratic Party 1917 – 1922, Ithaca/ New York/ London 1975; Miller, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918 – 1920 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 63), Düsseldorf 1978; Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924(Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 9), Berlin ^{2}1985.

33 Wette, Wolfram: Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf ^{2}1988, S. 416.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

daraus entwickelte sich in der Nacht vom 5. auf den 6. März am Polizeipräsidium Alexanderplatz eine ausgewachsene Schlacht unter Einsatz von Artillerie und schweren Maschinengewehren. In der Stadt standen sich unterschiedliche bewaffnete Gruppen gegenüber, unter anderem die aufständischen Matrosen, die während der Weihnachtskämpfe noch siegreich waren, sowie Mitglieder der regierungstreuen Sicherheitspolizei, einer paramilitärischen Einheit der Polizei zur Bekämpfung von Aufständen, und Freikorpstruppen unter dem Kommando von Lüttwitz.[34] Jede der Parteien beschuldigte die jeweils anderen, Schuld an der Eskalation der Situation zu sein.[35] Unterstützer der Regierung argumentierten, dass die sozialrevolutionären Aufständischen im Zuge der Durchführung eines Fünftagesplans zur Machtübernahme und zur Gründung einer deutschen Sowjetrepublik zu den Waffen gegriffen hätten.[36] Wie es bei eskalierender Gewalt häufig der Fall ist, beschuldigten sich beide Seiten gegenseitig, Gräueltaten begangen zu haben.[37] Während sich die Kämpfe in Berlin ausbreiteten, gewannen regierungstreue Truppen bald die Oberhand. Nachdem die Freikorpssoldaten den Alexanderplatz unter ihre Kontrolle brachten, brach der Streik, der nur widerwillig von der Berliner Arbeiterschaft unterstützt wurde, am 7. März zusammen. Am nächsten Tag notierte Harry Kessler in sein Tagebuch, dass »in der Reichskanzlei […] ein Siegesrausch [herrsche]. Der Himmel hänge den Mehrheitssozialisten voller Geigen. Alle Schwierigkeiten schienen ihnen behoben, weil sie mit Hilfe Reinhardts den Aufstand in Berlin zusammengeknallt haben.«[38] An diesem Punkt war die Gewalt allerdings erst an ihrem Anfang.[39]

Eine unbekannte Anzahl von Aufständischen bewegte sich nach der Niederlage am Alexanderplatz in Richtung der Arbeiterviertel in Ostberlin, wo sie sich erneut verbarrikadierten. Regierungstruppen versuchten, die neuen Hochburgen zu umstellen und sie zu zerstören. Dies wurde durch die Feuerkraft, die den Freikorps zur Verfügung stand und den Aufständischen weit überlegen war, ermöglicht: Die Gebiete, in denen Regierungstruppen aufständische Kämpfer vermuteten, wurden mit Artillerie und Maschinengewehren sowie Fliegerbomben angegriffen.

34 Zu den Ursprüngen der Republikanischen Sicherheitswehr und der Volksmarinedivision: Stephenson, Scott: The Final Battle. Soldiers of the Western Front and the German Revolution of 1918 (Studies in the social and cultural history of modern warfare, Bd. 30), Cambridge 2009, S. 261 – 265.
35 Jones, Am Anfang war Gewalt, S. 238 – 248.
36 Ebd. Agents provocateurs könnten tatsächlich das Feuer eröffnet haben, dazu die Anschuldigungen in: USPD (Hrsg.): Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe, Berlin 1919, S. 6; Müller, Richard: Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik, Berlin 1925, S. 170 f.
37 O.V.: Wer hat begonnen? Die ersten Straßenschlachten, in: Vorwärts, Nr. 126 vom 10. 3. 1919 (Morgenausgabe); O.V.: Die Straßenkämpfe in Berlin, in: Die Freiheit, Nr. 114 vom 9. 3. 1919 (Morgenausgabe).
38 Kessler, Charles: The Diaries of a Cosmopolitan 1918 – 1937, Count Harry Kessler. Translated and edited by Charles Kessler, London 1999, S. 83 (8. 3. 1919).
39 Jones Am Anfang war Gewalt, S. 250 – 275.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Da diese Gebiete stark besiedelt waren, gingen die Opferzahlen in die Höhe.[40] Als am 12. März die Kämpfe ein Ende fanden, waren mindestens 1.200 Menschen tot, von denen nur 75 Angehörige der regierungstreuen Truppen waren.[41] Eine dreistellige Zahl von Verletzten wurde in Krankenhäuser eingeliefert.[42] Als düsterer Ausdruck der Faszination der Öffentlichkeit gegenüber den Auswirkungen des Einsatzes von Kriegsgerät auf den menschlichen Körper druckten die Zeitungen Aufrufe ab, dass sich »Kriegstouristen« von den überfüllten städtischen Leichenhallen fernhalten sollten, sofern sie nicht ernsthaft nach vermissten Verwandten suchten.[43]

Gewalt und Wiederaufbau

Weimar war nicht der einzige Staat, dessen Herrschaftsanspruch und Legitimation sich auf die (Möglichkeit der) Ausübung von Gewalt stützte. In seiner Arbeit über Frankreich des 19. Jahrhunderts nutzte der Historiker Robert Tombs den Begriff des »Gründungsmassakers«, um damit der exzessiven Gewalt des April 1832, Juni 1848, Dezember 1851 und Mai 1871 Ausdruck zu verleihen.[44] Wie eine Untersuchung des transnationalen Kontexts der imperialen Desintegration nach dem Ersten Weltkrieg zeigt, begingen eine Reihe von Staaten neben Deutschland »Gründungsmassaker« der einen oder anderen Art. Beispiele dafür sind der ungarische »weiße Terror« nach dem Zusammenbruch der ungarischen kommunistischen Republik, diverse Ausbrüche von Gewalt während des griechisch-türkischen Krieges oder die Adaption der ›order to execute‹ im Irischen Freistaat, der zwar Ähnlichkeiten mit dem Schießbefehl Noskes vom März 1919 hatte, aber nicht mit ihm identisch war.[45] In Italien wiederum kam es anders: In keinem Moment nach dem Krieg nutzte der Staat Gewalt zur Untermauerung seiner Autori-

40 O.V.: Der Bürgerkrieg in Berlin, in: Vorwärts, Nr. 130 vom 12. 3. 1919 (Morgenausgabe).
41 Die Zahl der 75 gefallenen Freikorpssoldaten stammt aus einer zwar offiziellen Quelle der Zwischenkriegszeit, sollte aber mit Vorsicht genossen werden: Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.): Die Wirren in der Hauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918 – 1920 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, Bd. 6), Berlin 1940, S. 103.
42 O.V.: Die Opfer, in: Die Freiheit, Nr. 123 vom 14. 3. 1919 (Abendausgabe).
43 O.V.: Die Zahl der Toten, in: Germania, Nr. 110 vom 10. 3. 1919 (Abendausgabe); O.V.: Totenschau, in: Vorwärts, Nr. 126 vom 10. 3. 1919 (Morgenausgabe).
44 Tombs, Robert: The Paris Commune (Turning points), London 1999, S. 173 f.
45 Ylikangas, Heikki: Der Weg nach Tampere. Die Niederlage der Roten im finnischen Bürgerkrieg 1918, Berlin 2002; Horne/ Gerwarth, War in Peace; Bodo, Béla: Militia Violence and State Power in Hungary 1919 – 1922, in: Hungarian Studies Review 33 (2006), S. 121 – 156, Prusin, Alexander V.: The Lands Between. Conflict in the East European Borderlands 1870 – 1992 (zones of violence), Oxford 2010, S. 72 – 98; Gingeras, Ryan: Sorrowful Shores. Violence, Ethnicity, and the End of the Ottoman Empire 1912 – 1923 (Oxford studies in modern european history), Oxford 2009. Zur »order to execute« des Irischen Freistaats: Foster, Roy: Modern Ireland 1600 – 1972, London 1988, S. 512 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tät. Obwohl das Königreich siegreich aus dem Krieg hervorgegangen war, scheiterte das »liberale« Italien an der ausgebliebenen Demonstration seines Machtmonopols und hörte, vier Jahre nach Kriegsende, als Konsequenz daraus auf, zu existieren.[46]

Im Kontrast zu der optimistischen Idee, der Wiederaufbau Deutschlands könne friedlich und geordnet ablaufen, war die deutsche Politik im Frühling und Frühsommer 1919 durch Gewalt dominiert. Zu dieser Zeit war dies bereits ein Streitpunkt, der die deutsche politische Kultur wie kein anderes Thema spaltete. Im Laufe der Zeit entstand hierdurch ein Opfermythos innerhalb der deutschen Linken, welcher dazu beitrug, die Opposition gegen die Sozialdemokraten durch die gesamte Weimarer Republik hindurch zu stärken.[47] Grundsätzlich verhinderte die Intensität und Häufigkeit der Gewalt die Entstehung eines stärkeren positiven Gründungsmythos: Anlässlich des 10. Jahrestages waren wenige Gruppen bereit, die Errungenschaften der Novemberrevolution zu feiern. Auf lange Sicht verhalf die kulturelle Symbolik, die die staatliche Gewalt im Zuge der Staatsgründung anklagte, antirepublikanischen Tendenzen, die die Staatsgründung mit Gewalt und Chaos gleichsetzten, zu immer größerer Bedeutung. Dies heißt aber nicht, dass die neue Republik von Beginn an zum Scheitern verurteilt war.[48] Tatsächlich hatte die Weimarer Republik im Vergleich zur europäischen Politik der Zwischenkriegszeit eine beachtliche Stabilität vorzuweisen: Die Weimarer Demokratie überdauerte eine Reihe anderer Staaten, die in Folge des Ersten Weltkriegs gegründet worden waren.[49] Es ist paradox: Ein Staat, dessen Gründung mit der beispiellosen Zurschaustellung von Gewalt einherging, wurde zu einem Staat, der unfähig war, seine eigene längerfristige Existenz durch Anwendung von staatlicher Gewalt zu sichern.

46 Eine exzellente Aufsatzsammlung zu »Italien nach dem Ersten Weltkrieg« ist zu finden bei Isnenghi, Mario/ Albanese, Giulia (Hrsg.): Gli italiani in guerra. Conflitti, identità, memorie dal Risorgimento ai nostril giorni Vol. 4 part I: Dall'impresa di Fiume alla seconda guerra mondiale 1919 – 1940, Turin 2008.

47 Dazu die historische Sichtweise der KP in: Internationaler Arbeiter-Verlag (Hrsg.): Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929.

48 Zur neuen Geschichtsschreibung über die Weimarer Republik: Fritzsche, Peter: Did Weimar Fail, in: The Journal of Modern History 68/3 (1996), S. 629 – 656; Ziemann, Benjamin: Weimar was Weimar: Politics, Culture and the Emplotment of the German Republic, in: German History 28/4 (2010), S. 542 – 571. Weiterführend Gallus, Alexander (Hrsg.): Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010; Ziemann, Benjamin: Contested Commemoration. Republican War Veterans and Weimar Political Culture, Cambridge 2013.

49 Gerwarth, Robert (Hrsg.): Twisted Paths. Europe 1914 – 1945, Oxford 2007.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Boris Barth

Die deutsche Revolution und die Dolchstoßlegenden[1]

Die Dolchstoßlegenden stellten typische Verschwörungstheorien dar. Von ihnen existierten mehrere Versionen, weshalb in diesem Aufsatz der Plural verwendet wird. Ihre Wurzeln gehen bereits auf die zweite Hälfte des Ersten Weltkrieges zurück, als bei vielen Konservativen, bei Militärs und in großen Teilen des Bürgertums die Befürchtungen wuchsen, dass die »Heimat« nicht durchhalten werde. Der gemeinsame Kern der verschiedenen Varianten der Dolchstoßlegenden bestand darin, dass im schwierigsten Moment des Krieges die Heimat versagt habe, beziehungsweise der kämpfenden Front in den Rücken gefallen sei. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Novemberrevolution. Die Meutereien in der Marine – so die Behauptung – seien von gewissenlosen Agitatoren systematisch vorbereitet worden. Damit habe die Revolution weiteren erfolgreichen Widerstand, der durchaus möglich gewesen wäre, verhindert.

Verschwörungstheorien gibt es viele, von denen die meisten aber eher grotesk sind. Im hier verfolgten Zusammenhang ist nicht nur die Frage zu stellen, wie und warum diese entstanden sind, sondern auch warum sie von einer großen Zahl von Menschen geglaubt wurden. Nachweisbar waren, wie im Folgenden ausgeführt wird, schon Anfang der 1920er-Jahre im Deutschen Reich mehrere Millionen Menschen davon überzeugt, dass der Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Front der Realität entsprach. Selbstverständlich gab es zahlreiche Militärs und Politiker, für die diese Version der Kriegsniederlage einen bequemen Ausweg bot, vom eigenen Versagen abzulenken. Aber dies alleine erklärt nicht die enorme Wirkung, die das Bild vom »Dolchstoß« ausübte. Die Dolchstoßlegenden konnten in verschiedenen Versionen auch deshalb einige Glaubwürdigkeit gewinnen, weil es für die besondere Form der deutschen Niederlage im Herbst 1918 keine historischen Vorbilder gab. Sehr häufig wurden in der Vergangenheit Kriege durch eine

1 In dem folgenden Text habe ich der besseren Verständlichkeit wegen versucht, den Vortragsstil beizubehalten.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

große Entscheidungsschlacht entschieden, doch fehlte diese im Herbst 1918. Auch war – ganz anders als 1945 – die Niederlage für viele Menschen nicht wirklich erlebbar, weil sich die Kämpfe fast ausschließlich weit von den deutschen Grenzen entfernt abgespielt hatten. Die materielle Not in der Heimat stellte eine Realität dar, die das tägliche Dasein der Menschen prägte, die Grauen der Materialschlachten hingegen waren weit entfernt. Allerdings befand sich die deutsche Armee seit dem August 1918 an der Westfront, an der der Krieg entschieden wurde, im Rückzug und zerfiel langsam und unaufhaltsam.[2]

General Erich Ludendorff, der faktische Oberbefehlshaber der deutschen Armee, erklärte im September 1918 in mehreren Wutausbrüchen im engen Kreise der 3. OHL, dass die Lage hoffnungslos sei und dass nun so schnell wie möglich ein Frieden herbeigeführt werden müsse. Für diesen Frieden sollten nicht die Militärs, sondern die Politiker zuständig sein, die angeblich für das Desaster verantwortlich waren.[3] Diese Äußerung Ludendorffs wird häufig als Ausgangspunkt der Dolchstoßlegende genommen. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass der General bereits zu diesem Zeitpunkt eine durchdachte Strategie der Manipulation der öffentlichen Meinung angestrebt hat. Seine militärischen Fähigkeiten stehen außer Frage, aber wie viele Fälle aus der Kriegs- und Nachkriegszeit zeigen, waren seine politischen Talente nur sehr gering entwickelt.

Zu diesem Zeitpunkt waren die feindlichen Truppen aber noch nicht auf deutsches Territorium vorgedrungen. Im Osten zeichneten sich nach dem Vertrag von Brest-Litovsk die Konturen eines gigantischen Imperiums der Mittelmächte ab, und selbst Anfang November 1918 waren noch große Teile von Belgien von der deutschen Armee besetzt. Zu diesem Zeitpunkt war die strategische Niederlage der Mittelmächte eindeutig, aber ein Blick auf die Landkarten zeigte dies nicht, sodass viele Menschen die Aussichtslosigkeit der Situation nicht erkennen konnten und weiterhin daran glaubten, dass man durch Weiterführen des Krieges zumindest zu besseren Friedensbedingungen hätte kommen können.

Zwar war jedem interessierten Zeitungsleser im Deutschen Reich klar, dass sich die Situation an der Westfront seit dem 8. August 1918, als die letzte deutsche Offensive gescheitert war und die alliierten Gegenstöße begannen, dramatisch verschlechtert hatte. Selbst innerhalb der deutschen Rechten glaubte kaum noch jemand an einen »Siegfrieden«. Die Ernährungssituation war katastrophal, die

2 Vgl. hierzu immer noch Deist, Wilhelm: Verdeckter Militärstreik im Kriegsjahr 1918?, in: Der Krieg des kleinen Mannes, hrsg. von Wolfram Wette, München 1992, S. 146 – 167.

3 Vgl. Thaer, Albrecht von: Generalstabsdienst an der Front und in der O.H.L. Aus Briefen und Tagebuchaufzeichnungen 1915 – 1919 (Abhandlungen der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, 3. F., Bd. 40), unter Mitarbeit von Helmuth K.G. Rönnefarth hrsg. von Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958, S. 234 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kriegsmüdigkeit der breiten Bevölkerung hatte trotz aller Bemühungen der Behörden drastisch zugenommen, und die stellvertretenden Generalkommandos, die für die Ordnung an der Heimatfront zuständig waren, bezweifelten bereits im Sommer 1918, dass die Bevölkerung des Deutschen Reiches einen weiteren Kriegswinter materiell überstehen könne.[4] Aber militärische Krisen hatte es in diesem Krieg häufig gegeben. Aus der Perspektive der Armeeführung und der deutschen Rechten wurden alle, wenn auch zu Unrecht noch bestehenden Hoffnungen, Anfang November 1918 durch die Meutereien in der Marine zerstört, die den schnellen und vollständigen Zusammenbruch der Heimatfront einleiteten. Dass dabei quasi eine Meuterei der Admiralität diesem Zusammenbruch der Disziplin in der Marine vorangegangen war, blieb für die Öffentlichkeit allerdings undurchsichtig. Die Waffenstillstandsverhandlungen hatten bereits mit einem deutsch-amerikanischen Notenwechsel begonnen. Ein großer deutscher Flottenvorstoß hätte auch darauf abgezielt, diese Verhandlungen zu torpedieren.

Als sich die Matrosen in Wilhelmshaven weigerten, trotz der laufenden Friedensverhandlungen zu einem aussichtslosen Angriff auszulaufen, trat für die monarchische Rechte der schlimmste Fall ein, der in ihrer Vorstellung möglich war. Sofort war für das Kommando der Hochseestreitkräfte klar, dass es sich bei den Meutereien um eine bolschewistische Bewegung handeln musste. Die Zentrale wurde nicht auf den Schiffen, sondern an Land in Wilhelmshaven vermutet. Diese Meutereien konnten bruchlos in ein Narrativ eingeordnet werden, das bereits seit dem Sommer 1917 entstanden war und das sich seitdem mental verfestigt hatte. Im August 1917 hatte es bereits Disziplinlosigkeiten in der Marine in Wilhelmshaven gegeben, als sich mehrere Hundert Matrosen ohne Erlaubnis vorübergehend von den Schiffen entfernt hatten. Dieses Verhalten wurde als Meuterei interpretiert und sehr scharf mit langen Haftstrafen und Todesurteilen geahndet, von denen zwei auch vollstreckt wurden.[5] Zwar existierten in der Marine unter den Matrosen einige Ansätze zu politischen Organisationen, die sich an der USPD orientierten. Doch wäre es völlig überzogen, diese für den Beginn der Meutereien verantwortlich zu machen. Meist handelte es sich um einzelne Aktivisten, die untereinander kaum vernetzt waren. Sie spielten für den realen Ablauf der

4 Zu den Einschätzungen der stellv. Generalkommandos vgl. Barth, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 61), Düsseldorf 2003, S. 50 – 53.

5 Zu den Disziplinlosigkeiten von 1917 vgl. Deist, Wilhelm: Die Unruhen in der Marine 1917/18, in: Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 34), hrsg. von dems., München 1991, S. 165 – 184; Huck, Stephan, Marinestreiks und Matrosenaufstände. Menetekel der Revolution, in: Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918, hrsg. von Sonja Kinzler/ Doris Tillmann, Darmstadt 2018, S. 78 – 83.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ereignisse nahezu keine Rolle, auch wenn dies die Flottenführung später anders darstellte.

Die dramatische innenpolitische Polarisierung in der zweiten Hälfte des Krieges ging zunächst nicht von den Häfen, sondern eher von Berlin aus. Im Juli 1917 war Reichskanzler Bethmann Hollweg gestürzt worden, und der Reichstag hatte eine Friedensresolution verabschiedet. Damit hatte er – aus Sicht der Rechten – den Kriegskonsens, bzw. den Burgfrieden zumindest teilweise aufgekündigt. Zwar war diese Friedensresolution sofort durch den neuen Reichskanzler Georg Michaelis entwertet worden, doch hatte das Parlament mit seinem Vorstoß versucht, Kompetenzen an sich zu ziehen, zu denen es nach der Verfassung eigentlich nicht berechtigt war. Außerdem formierte sich im Reichstag im »Interfraktionellen Ausschuss« eine neue Mehrheit (Linksliberale, katholisches Zentrum und Sozialdemokratie), die später den Kern der Weimarer Koalition bilden sollte. Die Reaktion der heterogenen Rechten bestand in der Gründung der Deutschen Vaterlandspartei, die ein Sammelbecken für viele Monarchisten und rechte bürgerliche Gruppierungen wurde.[6] Wichtigstes Ziel dieser Partei war die scharfe Opposition gegen jeden Kompromissfrieden. Unklar war allerdings, ob am bisherigen monarchischen System festgehalten werden sollte, oder ob nicht die Etablierung einer Diktatur die bessere Lösung wäre. Diese Frage war innerhalb der deutschen Rechten auch deshalb umstritten, weil die Unfähigkeit Kaiser Wilhelms II. allzu offensichtlich war.

Spätestens seit dem Beginn der Russischen Revolution im Oktober/November 1918 war ferner im monarchistischen und im bürgerlichen Lager die Furcht gewachsen, dass die revolutionären Ereignisse auf das Deutsche Reich übergreifen könnten. Ende Januar 1918 legten – ausgehend von Berlin – große Streiks der Munitionsarbeiter für mehrere Tage die Produktion in einigen Rüstungszentren der Mittelmächte lahm. Auch wenn einzelne Agitatoren versuchten, diese Streiks in eine revolutionäre Bewegung münden zu lassen, blieben diese Anläufe weitgehend erfolglos. Die Munitionsarbeiter traten in den Streik, weil sie die ausufernden Kriegsziele bei den Verhandlungen in Brest-Litowsk ablehnten und stattdessen für einen schnellen Friedensschluss mit Russland eintraten. Diese Streiks hatten aber eine weitreichende Bedeutung: Bereits 1916 und 1917 hatte es immer wieder Unruhen in der Heimat gegeben, die häufig von Frauen initiiert worden waren und als meist unorganisierte Aktionen vor allem auf eine bessere Lebensmittelversorgung abzielten. Politische Forderungen hatten nur in seltenen Aus-

6 Zur Vaterlandspartei vgl. Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 108), Düsseldorf 1997.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nahmen auf der Agenda gestanden.[7] Die Januarstreiks markierten demgegenüber die eindeutige Politisierung großer Teile der Arbeiterschaft. Weitere vergleichbare Unruhen blieben während der großen deutschen Frühjahrsoffensiven im Westen zwar aus, aber die beständige Furcht vor einem revolutionären Umsturz blieb fester Bestandteil des Denkens innerhalb der deutschen Rechten.

Aus historischer Perspektive gibt es nicht den geringsten Zweifel daran, dass das Deutsche Reich und seine Verbündeten 1918 auf dem Schlachtfeld besiegt worden waren. Auch war die Matrosenrevolte keineswegs bolschewistisch inspiriert. Die roten Fahnen, die auf den Schiffen gehisst wurden, drückten nicht unbedingt Sympathie für Lenin aus, auch wenn die Russische Revolution rezipiert und dadurch Hoffnungen geschürt wurden. Die Matrosen formulierten ihren Protest mit solchen Symbolen, die ihnen in ihrer Subkultur als Opposition gegen das verhasste Kaiserreich vertraut waren. Vor diesem Hintergrund muss allerdings die häufig extreme Revolutionsfurcht erklärt werden, die für weite Teile der deutschen Bevölkerung handlungsleitend wurde. Ende 1918 schien die Situation sehr viel offener zu sein, als sie aus heutiger Sicht war. Das abschreckende Beispiel Russlands, wo die Revolution bereits in einen blutigen Bürgerkrieg mit offenem Ende überging, diente als Projektionsfolie für antirevolutionäre Reflexe. Nur vor diesem Hintergrund ist erklärbar, dass sich auch die gemäßigten Sozialisten in der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschlands (MSPD, später SPD) offen gegen die Revolution stellten, bzw. versuchten, sie in gemäßigte Bahnen zu lenken.

Als aber die Meutereien der Matrosen in verschiedenen deutschen Häfen den schnellen und endgültigen Zusammenbruch des Kaiserreiches einleiteten, war es für große Teile der deutschen Bevölkerung nur schwer vorstellbar, dass es sich hier um eine spontane Bewegung handelte. Zwar war zunächst unklar, wer die wirklichen Hintermänner gewesen sein könnten, aber es wurde intensiv nach möglichen Drahtziehern gesucht. Wenig überraschend wurde zunächst an ältere innenpolitische Feindbilder angeknüpft. Als Kandidaten wurden vor allem die Spartakusgruppe und andere linke Organisationen namhaft gemacht, die offen die Revolution gefordert hatten. Diese Schuldzuweisung erfuhr dadurch Erleichterung, dass einige linke Agitatoren – in Überbewertung ihrer eigenen Rolle – häufig versuchten, den Staatsumsturz auf ihre eigenen Aktivitäten zurückzuführen.[8] Damit lieferten sie der Gegenseite aber kontinuierlich demagogische Muniti-

7 Zu den Frauen vgl. noch immer: Daniel, Ute: Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 84), Göttingen 1989.

8 Beispiele bei Bernstein, Eduard: Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, hrsg. und eingeleitet von Heinrich August Winkler,

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

on. Daneben bildete sich innerhalb der deutschen Rechten in den folgenden Jahren ein Konsens, dass neben den Sozialisten auch die Juden, die Freimaurer oder weitere »dunkle Mächte« die Kriegsanstrengungen des Deutschen Reiches aktiv sabotiert und die Revolution langfristig vorbereitet hätten.

Inzwischen hat die historische Forschung eindeutig gezeigt, dass 1918/19 zu keinem Zeitpunkt die konkrete Gefahr einer bolschewistischen Machtübernahme bestand. Hierfür sind mehrere Gründe anzubringen. Erstens bestand die revolutionäre Linke aus sehr kleinen, untereinander oft zerstrittenen Gruppen, die in der Bevölkerung über fast keinen Rückhalt verfügten. Populär war allerdings die Forderung nach einem möglichst schnellen Kriegsende. Wie schwach die Spartakusgruppe wirklich war, zeigte sich im Januar 1919 bei dem dilettantischen Versuch, in Berlin einen Umsturz herbeizuführen. Der Januaraufstand wurde mühelos von regierungstreuen Freikorps niedergeschlagen, die dann ihrerseits mit äußerster Brutalität die Linke bekämpften. Zweitens wollte nicht einmal die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), die 1918 noch über keinen starken organisatorischen Unterbau verfügte, Zustände wie in Russland herbeiführen. Sie forderte massive gesellschaftliche Reformen, die aber demokratisch umgesetzt werden sollten. Eine ähnliche Bewertung gilt auch für die Rätebewegung, die im Moment des Umbruchs fast überall zunächst »Ruhe und Ordnung« aufrechterhalten wollte. Drittens schließlich gab es im Deutschen Reich – anders als in Russland – 1918/19 Politiker und Akteure, die in der Lage waren, eine große Revolutionskrise zu bewältigen. Hierzu gehörte etwa das berühmte Stinnes-Legien Abkommen, das die Zentrale Arbeitsgemeinschaft (ZAG) begründete.[9] Nur zwei Tage nach dem Ausbruch der Revolution schlossen Arbeitgeber und Gewerkschaften einen weitreichenden Kompromiss, bei dem sie jeden ideologischen Ballast über Bord warfen. Die ZAG trug erheblich dazu bei, dass sich die Weimarer Republik in ihren sehr schwierigen Anfangsjahren stabilisierte.

Für die monarchische und vor allem für die völkische Rechte war aber von Anfang an klar, dass es sich bei dem Aufstand der Matrosen um einen Verrat gehandelt habe. Anfangs waren viele der Bürger- und Arbeiterwehren relativ unpolitisch und es ging ihnen vor allem darum, die »Ordnung« aufrechtzuerhalten. Hierzu gehörten teilweise Polizeiaufgaben, die Sicherstellung der Lebensmittel-

Bonn 1998, S. 132 f.; Barth, Emil: Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin 1919, S. S. 86 f.; Hiller von Gaertringen, Friedrich Frhr.: »Dolchstoß-Diskussion und «Dolchstoßlegende» im Wandel von vier Jahrzehnten, in: Geschichte und Gegenwartsbewußtsein. Festschrift für Hans Rothfels, hrsg. von Waldemar Besson/ Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1963, S. 122 – 160, hier: S. 135.

9 Zur ZAG vgl. Führer, Karl Christian: Carl Legien 1861 – 1920. Ein Gewerkschafter im Kampf um ein »möglichst gutes Leben« für alle Arbeiter (Veröffentlichungen des Instituts für Soziale Bewegungen, Bd. 42), Essen 2009, S. 219 – 230.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

versorgung, die Verhinderung von Plünderungen oder die Bewachung von Gefangenen. Eine Minderheit der Freikorps war aber bereits am Jahreswechsel 1918/19 rechtsradikal geprägt. Die Rolle Noskes ist stark umstritten, und schon Susanne Miller hat das Problem deutlich benannt: Das Problem bestand nicht darin, dass Noske Gewalt anwendete, sondern darin, mit welchen Truppen er dies tat.[10] Für diese Soldaten begann der Kampf gegen die Revolution bereits mit der Niederschlagung des dilettantischen Januaraufstandes des Spartakusbundes. Die Morde an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg stellten den Anfang der Abrechnung mit dem »inneren« Feind dar, der für die Kriegsniederlage verantwortlich gemacht wurde. Diese Brutalität zeigte sich auch bei der gewaltsamen Niederschlagung der Rätebewegung, bei der das Freikorps des General Maercker und andere Truppen im Frühjahr 1919 mit unverhältnismäßiger Gewalt zahlreiche deutsche Städte besetzten.

Auch in den Marinefreikorps, die als besonders radikal galten und die seit dem Frühjahr 1919 gegen die Rätebewegung eingesetzt wurden, stand fest, dass die Meutereien der Anfang einer lang vorbereiteten Revolution gewesen seien. Konsequenterweise stellten sie später das Fußvolk für den gescheiterten Kapp-Lüttwitz Putsch. Ein Teil der Aktivisten aus der 2. Marinebrigade ging daraufhin in den Untergrund und formierte rechtsradikale Terrornetzwerke, um mit den »Verrätern« abzurechnen. Die Morde an den demokratischen Politikern Matthias Erzberger und Walther Rathenau gingen auf das Konto der »Organisation Consul« (OC), der Nachfolgeorganisation der 2. Marinebrigade (Brigade Ehrhardt). Ferner hatte für die verkleinerte Marine in der Weimarer Republik die Dolchstoßlegende auch die Funktion, von der eigenen Schwäche, bzw. von der erzwungenen Untätigkeit während des Weltkrieges abzulenken.

Bereits unmittelbar nach Kriegsende betätigte sich die ehemalige Generalität und Admiralität auch literarisch. Hierbei sind mehrere Muster zu erkennen. Viele der frühen Publikationen zielten vor allem darauf ab, die eigene Leistung herauszustreichen, und häufig wurde auch offen anerkannt, dass der Krieg im Herbst 1918 verloren war. Unterstrichen wurde aber stets, dass dies nichts mit der eigenen Tätigkeit zu tun hatte, sondern dass jemand anderes für die Niederlage verantwortlich gewesen sei. Wer dies aber genau war, blieb in diesen frühen Publikationen häufig noch unbestimmt; oft wurden auch angeblich unfähige Kollegen beschuldigt.[11] Dies ist allerdings wenig überraschend, ist doch kein Fall aus der

10 Vgl. Miller, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918 – 1920 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 63), Düsseldorf 1978, S. 233.

11 Typisch hier etwa Bauer, Max: Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen? Drei Fragen (Der Tag. Moderne illustrierte Zeitung, Bd. 2), Berlin 1919.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Geschichte bekannt, bei dem geschlagene Generäle sich selbst für die Niederlage verantwortlich gemacht hätten – stets war jemand anders schuld.

Der Öffentlichkeit blieb in diesen Publikationen der Generalität fast völlig verborgen, dass sich viele der ehemals kaiserlichen Offiziere hoffnungslos untereinander zerstritten hatten. Dies erklärt zumindest teilweise, warum sich die Stoßrichtung der Publikationen in den späteren Jahren etwas verschob, weil offenbar alle darum bemüht waren, die Einheitlichkeit des ehemaligen Offizierskorps auch gegenüber der Öffentlichkeit beizubehalten. Zwar tauchten kaum Äußerungen auf, der Krieg im Herbst 1918 hätte noch gewonnen werden können, durchweg wurde aber behauptet, dass man im November 1918 noch für bessere Friedensbedingungen hätte weiterkämpfen können oder sollen. Erst die Revolution habe weiteren Widerstand unmöglich gemacht und sei damit auch für die Härten des Versailler Vertrages verantwortlich.[12]

In den ersten Jahren der Weimarer Republik stellten die Dolchstoßlegenden innerhalb der zerstrittenen und heterogenen deutschen antidemokratischen Rechten einen Minimalkonsens dar, auf den sich die unterschiedlichsten Protagonisten jederzeit verständigen konnten. Zu Beginn der Weimarer Republik bestanden innerhalb der Rechten erhebliche soziale und politische Unterschiede. Dies lässt sich beispielsweise anhand der Deutschnationalen zeigen. Graf Cuno v. Westarp hatte die preußischen Konservativen zwar in die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) hineingeführt, doch bestand bei diesen eine erhebliche weltanschauliche Verunsicherung. Formal trauerten sie der vergangenen Monarchie nach, doch hatte sich Wilhelm II. durch seine Flucht nach Holland unmöglich gemacht. Für einige Konservative war er einfach ein Deserteur, der sich im entscheidenden Moment seiner Verantwortung entzogen hatte. Ein typisches Beispiel stellt Graf Ernst zu Reventlow dar, der vor 1918 noch Monarchist gewesen war. Öffentlich warf er danach dem Kaiser vor, durch seine Flucht den Fahneneid gebrochen zu haben.[13] Ein anderer angemessener Thronprätendent, um den sich die Konservativen hätten sammeln können, stand nicht zur Verfügung. Äußerlich hatte die DNVP ein eher bürgerliches Gepräge, was bei vielen adligen Konservativen auf Vorbehalte stieß. Außerdem gab es bis ca. 1922/23 einen starken radauantisemitischen Flügel, der auf vulgärste Propaganda setzte, um vor allem die Unterschichten anzusprechen. Der Führung der DNVP war vollständig klar, dass sie die »Massen« gewinnen musste und dass die Zeit einer Honoratiorenpolitik unwiederbringlich vorbei war. Deshalb wurde zunehmend auf populistische Ele-

12 Vgl. Barth, Dolchstoßlegenden, S. 328 – 332.
13 Vgl. Reventlow, Ernst zu: Von Potsdam nach Doorn, 5. Aufl., Berlin 1940, S. 477 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mente gesetzt, die den preußischen Konservativen zuvor eher fremd gewesen waren.

Unmittelbar nach dem Ende der Revolution entwickelte sich Graf Westarp zu einem der wichtigsten Ideengeber der Konservativen, wirkte allerdings vor allem im Hintergrund. Er sammelte Material für eine Denkschrift der Generäle über die Vorgänge, die zur Flucht Wilhelms II. nach Holland geführt hatten. Damit wollte Westarp vor allem Hindenburg, der den Kaiser bedrängt hatte, nach Holland zu gehen, aus der Schusslinie der Kritik nehmen, um dessen Person und den Hindenburg-Mythos für die Zukunft einsatzfähig zu halten.[14] Der manipulative Charakter der Denkschrift ist offensichtlich, da sie von Anfang an tendenziöse Züge hatte. Ihre Wirkung in der Öffentlichkeit war begrenzt, weil sie fast zeitgleich mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages publiziert und deshalb nur wenig von der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wurde. Ihre mittelfristige Wirkung war aber erheblich, weil sie Argumentationsschemata vorgab, mit denen sich die Generalität und viele Konservative selbst entlasten konnten.

Dies zeigte sich bereits wenige Monate später, als Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuss des Reichstages aussagte. Sein Auftritt wurde minutiös und bis ins letzte Detail vor allem von dem ehemaligen preußischen Staatssekretär des Inneren, Karl Helfferich (DNVP), und von der Reichswehr geplant. Hindenburg verlas eine vorbereitete Erklärung und weigerte sich Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Sein Auftritt hatte zudem eine hohe Symbolkraft: Er wurde von ausgewählten Offizieren der Reichswehr begleitet, die ihrem ehemaligen Oberbefehlshaber ihre Referenz erwiesen. Hindenburg machte ausschließlich die Revolution dafür verantwortlich, dass die Armee nicht weiter kämpfen konnte. Dieses Statement stieß in der Presse auf erhebliche Resonanz.[15]

Bereits kurz vor Ausbruch der Revolution formierten sich am äußersten rechten Rand der Politik weitere Gruppierungen, die ganz andere, offen manipulative Ziele verfolgten. Die Führung des Alldeutschen Verbandes beschloss noch vor dem endgültigen Zusammenbruch des Kaiserreiches eine große Propagandaoffensive, mit der die gesamte Wut des deutschen Volkes auf die Juden gelenkt werden sollte. Auch Versailles stellte für die Alldeutschen keinen Schock dar, weil sie von dieser Konferenz nie etwas Positives erwartet hatten. Der Vertrag wurde eher als Chance für einen grundlegenden innenpolitischen Neuanfang gesehen. Zahlenmäßig war der Alldeutsche Verband zwar klein, doch bestand seine Führungs-

14 Vgl. Westarp, Kuno Graf von: Das Ende der Monarchie am 9. November 1918. Abschließender Bericht nach den Aussagen der Beteiligten. Mit einem Nachwort hrsg. von Werner Conze, Berlin 1952; zu dieser Denkschrift: Barth, Dolchstoßlegenden, S. 307–310.

15 Vgl. etwa die Karikatur »An die Kurzsichtigen«, in: Kladderadatsch vom 30. 11. 1919.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gruppe fast ausschließlich aus Akademikern und verfügte über ausgezeichnete Kontakte zu Multiplikatoren wie Professoren, Journalisten oder Lehrern. Der neu gegründete Deutschvölkische Schutz- und Trutz Bund wurde zwar von den Alldeutschen gelenkt, agierte nach außen hin aber selbständig. In den folgenden Jahren überzog er das Deutsche Reich mit allerlei Verschwörungstheorien und mit vulgärantisemitischer Propaganda, die vor allem wegen der großen ökonomischen Schwierigkeiten und der Inflation bei den unteren Gesellschaftsschichten eine breite Wirkung entfaltete. Stets standen dabei die Revolution und der angebliche Dolchstoß im Mittelpunkt, für den alleine die Juden verantwortlich gemacht wurden.[16] Allerdings zerfiel der Bund 1922 aufgrund verschiedener interner Streitigkeiten und Intrigen innerhalb der Führung in unterschiedliche Fraktionen und versank bald danach in der Bedeutungslosigkeit. Auf dem Höhepunkt seiner Existenz hatte er aber zwischen 160 000 und 180 000 Mitglieder, und war damit zu einer wirkungsvollen Massenorganisation geworden.[17] Es liegt nahe, dass er damit der NSDAP den Boden bereitete, die ab etwa 1927/28 die ideologische Nachfolge der frühen völkischen Bewegung antrat.

In den Publikationen, die sich im Umfeld des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes finden, fällt die extrem gewalttätige und hasserfüllte, oft auch primitive Sprache auf. Es handelte sich oft um eine hemmungslose Demagogie, die sich nicht mehr um Realitäten kümmerte. Einige wenige Beispiele dürften diesen Populismus treffend charakterisieren. In einem Flugblatt wurde behauptet, das Wirken der Juden habe Deutschland reif für die jüdische Revolution gemacht. Wenige Wochen vor dem Sieg habe Deutschland die Waffen hingeworfen. In der Schrift »Judas Schuldbuch«, mit immerhin 30 000 verkauften Exemplaren, wurde dem Kaiser Umgang mit Juden vorgeworfen; Bethmann Hollweg und Kurt Riezler unterstellte man eine jüdische Herkunft.[18] Auch die längst als gefälscht entlarvten »Protokolle der Weisen von Zion« erlebten eine erhebliche Verbreitung.[19] Wenn einmal nicht Juden verantwortlich gemacht werden konnten, wurden andere Verschwörungstheorien in Umlauf gebracht, bei denen beispielsweise die Freimaurer im Mittelpunkt standen. Heinrich Wandt, der direkt nach dem Krieg ein kritisches Werk über die deutsche Besatzungspolitik in Belgien verfasst hatte, erhielt seinen Angaben zufolge etwa 500 anonyme Drohbriefe aus völkischen Kreisen. Er kommentierte zynisch: »Sie rühmten sich auch meist ihrer rein ari-

16 Vgl. hierzu immer noch Lohalm, Uwe: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919 – 1923, Hamburg 1970.
17 Vgl. ebd., S. 89 f.
18 Zitiert ebd., S. 179 – 181.
19 Vgl. zur Fälschung: Ben-Itto, Hadassa: »Die Protokolle der Weisen von Zion«. Anatomie einer Fälschung, Berlin 1998; zur erheblichen Wirkung der Protokolle vgl. Walter, Dirk: Antisemitischen Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 46 – 49.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Abstammung und ihrer allein seligmachenden völkischen oder stramm deutschnationalen Gesinnung, aber auf des »Deutsch«, das sie durchweg schrieben, hätte sich nicht einmal ein frisch importierter Pavian etwas einbilden können.«[20]

In einem etwas anderen Kontext als die Alldeutschen verwendete die rechtsradikale DNVP die Dolchstoßlegende häufig wirkungsvoll in demagogischer Absicht gegen die parlamentarische Demokratie. Einen Höhepunkt stellten die beiden Reichstagswahlen im Jahre 1924 dar, als die DNVP den Vaterlandsverrat der »Novemberverbrecher« in den Mittelpunkt ihrer Wahlkampagne stellte. Aufwendige Wahlplakate prangerten den Verrat an.[21] Die Partei erreichte mit dieser Art von Propaganda erhebliche Stimmenzuwächse und erzielte die besten Ergebnisse, die sie jemals in der Weimarer Republik erreichen konnte (19,5% und 20,5%). Auch deshalb kann davon ausgegangen werden, dass die Dolchstoßlegende in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung auf offene Zustimmung stieß.

Zu einem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um diesen Dolchstoß und auch um die Rolle, die linke Agitatoren seit 1917 in der Marine gespielt hatten, entwickelte sich der sogenannte Dolchstoßprozess in München. Die SPD und andere demokratische Kräfte hatten festgestellt, dass der Vorwurf des Vaterlandsverrates ihnen 1924 während der beiden Wahlkämpfe um die Reichstagswahlen sehr geschadet hatte. Deshalb initiierten sie im Herbst 1925 einen großen Prozess in München, wo diese Vorwürfe vor einem unabhängigen Gericht geprüft werden sollten. Beide Seiten bereiteten diesen Prozess sehr sorgfältig vor und entsandten ihre vermeintlich besten Akteure. Die Gerichtsverhandlungen zogen sich mehrere Wochen hin und erregten erhebliches Aufsehen in der Öffentlichkeit. Als sensationell wurde beispielsweise die Aussage Admiral Adolfs von Trotha empfunden, der behauptete, der von der Admiralität geplante große Flottenvorstoß im Herbst 1918 sei hervorragend vorbereitet gewesen. Er hätte die Westfront entscheidend entlasten können. Dies sei jedoch an den Disziplinlosigkeiten gescheitert, die von außen in die Marine hineingetragen worden seien.[22] Nach Prüfung zahlreicher Aussagen und weiterer Dokumente wollte sich das Gericht nicht festlegen, weil es vor allem um die hypothetische Frage ging, ob weiterer Widerstand im Herbst 1918 noch möglich und auch sinnvoll gewesen wäre. Deshalb kam das Gericht in einem durchaus fairen Prozess zu dem Schluss, dass sich die Angele-

20 Das Zitat in: Wandt, Heinrich: Der Gefangene von Potsdam, Bd. 1, Wien 1927, S. 140; vgl. ferner Ders.: Etappe Gent. Streiflichter zum Zusammenbruch, Bd. 1, 3. Aufl., Berlin 1920.
21 Vgl. das Plakat in: Kinzler/ Tillmann, Die Stunde der Matrosen, S. 253.
22 Vgl. Beckmann, Ewald: Der Dolchstoßprozeß in München vom 19. Oktober bis 20. November 1925. Verhandlungsberichte und Stimmungsbilder, München 1925, S. 30f. und 41f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

genheit nicht mit letzter Sicherheit juristisch klären lasse. Dieses Urteil stellte aber politisch eine schwere Niederlage für die demokratischen Kräfte dar.

Nachdem der Versuch gescheitert war, auf juristischem Wege eine Klärung herbeizuführen, endeten auch die öffentlichen Auseinandersetzungen um die Marinemeutereien und um den Vorwurf des Vaterlandsverrates. Die Tatsache, dass es seit der Mitte der 1920er Jahre kaum noch öffentliche Auseinandersetzungen um diese Fragen gab, bedeutet aber nicht, dass sie von den politischen Agenden verschwanden. Vielmehr trat der *worst case* der politischen Auseinandersetzung ein. Dieser besteht nicht in der offen ausgetragenen Kontroverse, sondern im Abbruch der Kommunikation zwischen zwei politischen Lagern, die sich unversöhnlich gegenüberstanden. Die Sozialdemokraten und das zunehmend schwächer werdende liberale Lager hatten den Kampf um die Deutungshoheit in Bezug auf das Kriegsende aufgegeben. Die Diskussionen schienen nur noch mehr Wasser auf die Mühlen der antidemokratischen Agitatoren zu leiten, sodass es besser schien, dieses Thema zumindest in der Öffentlichkeit zu vermeiden. In den monarchischen, völkischen und rechtsradikalen Lagern hingegen war die These vom Verrat im November 1918 inzwischen derart dominant geworden, dass sich eine öffentliche Auseinandersetzung hierüber erübrigte. Niemand bezweifelte hier noch, dass gewissenlose Verräter im November 1918 in Kiel und anderswo die Revolution, die lange vorbereitet worden war, gezündet hatten, um einen deutschen Sieg oder einen »erträglichen« Frieden zu verhindern.

Wie präsent dieses Narrativ war, zeigten die Aktionen nach der so gennannten »Machtergreifung« des Nationalsozialismus. Schon im Prozess gegen die drei Reichstagsoffiziere im September 1930 bekannte sich Hitler zur Legalität. Er betonte aber auch: »Wenn die Bewegung in ihrem legalen Kampf siegt, wird ein deutscher Staatsgerichtshof kommen, und der November von 1918 wird seine Sühne finden und es werden auch Köpfe rollen.« [23] Diese Abrechnung mit den »Novemberverbrechern« wurde im Frühjahr 1933 zur Realität. Mehrere prominente Teilnehmer der Revolution wurden ermordet, von der SA verprügelt oder in die frühen Konzentrationslager eingeliefert.

Für das nationalsozialistische Regime stellten die Meutereien der Matrosen ein stets präsentes Menetekel dar. In mehreren internen und öffentlichen Reden nahm Adolf Hitler konkreten Bezug auf die Ereignisse im November 1918. So betonte er am 1. September 1939, dem Tag des deutschen Überfalls auf Polen, in seiner Reichstagsrede: »Ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deut-

23 Zitiert bei Dederke, Karlheinz: Reich und Republik. Deutschland 1917–1933, 2. Aufl., Stuttgart 1973, S. 222.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Geschichte wiederholen.«[24] Etwas abweichend hob er am 6. September erneut vor dem Reichstag hervor: »Weder Waffengewalt noch die Zeit werden Deutschland bezwingen. Ein November 1918 wird sich in der deutschen Geschichte nicht mehr wiederholen. Die Hoffnung auf eine Zersetzung unseres Volkes ist kindlich.«[25] Kontinuierlich bekräftigte Hitler auch während des Zweiten Weltkrieges, der Durchhaltewille der Bevölkerung sei so stark, dass es zu keinem Dolchstoß mehr kommen werde.

Auch in der Marine waren die Meutereien der Matrosen von 1918 stets präsent. So wurden beispielsweise 1936 die beiden Zerstörer Z 28 und Z 29 nach Korvettenkapitän Bruno Heinemann und Leutnant zur See Wolfgang Zenker benannt. Diese beiden Offiziere hatten am 5. November 1918 auf der SMS König, dem Flaggschiff des III. Geschwaders, mit Gewalt verhindern wollen, dass eine rote Fahne gehisst wurde. Dabei waren sie ebenso gewaltsam ums Leben gekommen.

Ursprünglich war auch vorgesehen worden, dass sich der geplante Band XX des Reichsarchives »Der Krieg zur See« ausführlich und quellennah mit den Marinemeutereien befassen sollte. Doch wurde dieses Werk nicht publiziert, weil befürchtet wurde, die Marine könne zu negativ dargestellt werden.[26] Für eine positive Traditionspflege, die bereits auf die Vorbereitung des nächsten Krieges abzielte, war die Aufarbeitung der Ereignisse vom November 1918 nicht geeignet. Selbst nach 1945 betonte Großadmiral Erich Raeder die traumatische Bedeutung, die die Meutereien noch während des Zweiten Weltkrieges gehabt hätten. Für jeden Offizier habe ein stiller Schwur existiert, dass – gleichgültig wie groß die Belastungen oder Beanspruchungen sein würden – es niemals wieder einen November 1918 geben werde.[27] Auch die Gewaltorgien, die die SS und andere Einheiten in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges an Deserteuren, vermeintlichen Drückebergern oder potentiellen Verrätern im eigenen Volk begingen, müssen vor dem Hintergrund des »Verrates« vom November 1918 gesehen werden. Eine Wiederholung der Ereignisse, die damals zur Revolte der Matrosen und damit zur Novemberrevolution geführt hatten, sollte um jeden Preis verhindert werden.

24 Vgl. Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932 – 1945, Bd. 2, Erster Halbband: Untergang 1939 – 1940, München 1965, S. 1316.
25 Vgl. ebd., S. 1393.
26 Vgl. Schmidt, Ernst-Heinrich: Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 23), Stuttgart 1981, S. 8.
27 Vgl. Deist, Unruhen in der Marine, S. 165.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Florian Schreiner und Sebastian Elsbach

Anarchie oder Ordnung. Die Revolutionäre Erich Mühsam und Ernst Niekisch im Vergleich.[1]

Zwei Revolutionäre, zwei Pilgerschaften

»Ich bin ein Pilger, der sein Ziel nicht kennt; / der Feuer sieht und weiß nicht, wo es brennt; / vor dem die Welt in fremde Sonnen rennt«,[2] schrieb der am 6. April 1878 in Berlin als Sohn eines Apothekers geborene Erich Mühsam in seinem Gedicht »Ich bin ein Pilger… oder: Die beschauliche Suche«. Sein Leben gleicht auch im wahrhaftigen Sinne einer Pilgerschaft, sowohl persönlicher als auch politischer Art, wobei das Ziel spätestens in der Nachschau klar wird: Sozialismus und Anarchie. Am Ende seines Weges wurde Mühsam 1934 im Konzentrationslager Oranienburg von der Wachmannschaft ermordet. Dies war aber nicht seine erste Inhaftierung. Wie auch Ernst Niekisch hatte Mühsam (zeitweise in derselben Zelle wie Niekisch) eine mehrjährige Zuchthausstrafe im bayerischen Niederschönenfeld verbüßt. Beide gehörten zu den prominentesten Figuren der Revolutionszeit in München, hatten in der kurzlebigen Räterepublik höchste Ämter besetzt und wurden nach deren Niederschlagung abgeurteilt. Auch für Ernst Niekisch, der als Sohn eines Handwerkers 1889 in Trebnitz (Schlesien) geboren worden war, bedeute Niederschönenfeld nicht die letzte Haftstrafe. Im Dritten Reich war Niekisch von 1937 bis 1945 ununterbrochen wegen seiner publizistischen Tätigkeit inhaftiert. Einer Ermordung entging er wohl nur dank der Hilfe durch Mitgefangene. Durch die Haft wurde Niekisch körperlich schwer geschädigt, aber er

1 Ich habe Prof. Timo Luks für hilfreiche Anregungen zum Niekisch-Teil dieses Aufsatzes zu danken (S. E.).

2 Mühsam, Erich: Trotz allem Mensch sein. Gedichte und Aufsätze, Stuttgart 2009, S. 31.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

überlebte das NS-Regime und dies wohl auch weil Niekisch, anders als Mühsam, keinen jüdischen Familienhintergrund hatte.[3]

Es lassen sich also einige Parallelen in den Biographien der beiden Revolutionäre ausmachen, aber im Folgenden wird eher die Rede von den grundsätzlichen Unterschieden zwischen ihnen sein. Dies zeigt sich insbesondere dann, wenn man die Details beider Biographien und deren Auswirkung auf die jeweiligen politischen Philosophien in den Blick nimmt. Ihre Pilgerschaft hatte sie im Frühjahr 1919 an den gleichen Ort geführt – doch die Wege, die beide Revolutionäre dorthin geführt hatten, waren so unterschiedlich wie die, die sie im Anschluss nehmen sollten. Während Mühsam zeitlebens unter dem geistigen Einfluss des anarchistischen Sozialisten Gustav Landauer stand, orientierte sich Niekisch ab dem Ende der 1920er-Jahre stark an Ernst Jünger, mit dem er zeitweise publizistisch eng zusammenarbeitete.[4] Niekischs schriftstellerische Produktion setzte hierbei wesentlich später ein als bei dem gut zehn Jahre älteren Mühsam, aber dauerte aufgrund Mühsams gewaltsamen Todes auch rund drei Jahrzehnte länger. Der Weg von Niekischs Pilgerschaft sollte ihn weit forttragen von ihrem gemeinsamen Berührungspunkt im revolutionären München des Jahres 1919. Dem vorausgegangen waren Mühsams politische »Wanderjahre« von 1904 bis 1908. Sie führten ihn in zahlreiche europäische Metropolen, etwa Zürich, Florenz, Paris und Wien aber auch in das Kommunenprojekt in Ascona.[5] Unterwegs knüpfte er Kontakte zu anarchistischen Gruppen, bis er sich im Januar 1909 dauerhaft in München niederließ.[6] Von seinen Erfahrungen und Kontakten geprägt begann Mühsam, nicht zuletzt unter dem Einfluss Landauers, dort sein aktives politisches Engagement. Er wurde Mitglied in der von Landauer gegründeten anarchistischen Organisation »Sozialistischer Bund« und rief deren Münchner Ableger, die »Gruppe Tat« aus. Die direkten Folgen seiner Agitation bekam Mühsam zu spüren, als ein Jugendlicher unter Berufung auf ihn einen Sprengstoffanschlag verübte. Mühsam wurde daraufhin »wegen Geheimbündelei« inhaftiert, jedoch nach einigen Monaten freigesprochen. Es folgte ab 1911 die Herausgabe des »Kain«, die durch den Kriegsbeginn 1914 zunächst unterbrochen und erst 1918 im Revolutionsgeschehen wiederaufgenommen wurde.[7] Im Zuge dessen folgte der Wandel Müh-

3 Hirte, Chris: Erich Mühsam. »Ihr seht mich nicht feige«, Biographie, Berlin 1985; Rätsch-Langejürgen, Birgit: Das Prinzip Widerstand. Leben und Wirken von Ernst Niekisch (Schriftenreihe Extremismus & Demokratie, Bd. 7), Bonn 1997.

4 Vgl. ebd., S. 97 u. 99; Leder, Tilman: Die Politik eines »Antipolitikers«. Eine politische Biographie Gustav Landauers, Lich/Hessen 2014; Sieferle, Rolf-Peter: Die konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen, Frankfurt am Main 1995, S. 132 – 163.

5 Zum Kommunenprojekt in Ascona unter anderem Stöcker, Helene: Lebenserinnerungen. Die unvollendete Biographie einer frauenbewegten Pazifistin, Köln 2015, S. 270.

6 Vgl. Hirte, Mühsam, S. 177.

7 Vgl. ebd., S. 209.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sams vom Beobachter und Kommentator zum politischen Akteur der Münchner Räterepublik. Zunächst zu 15 Jahren Haft verurteilt, kam Mühsam aufgrund einer Generalamnestie 1924 frei. Er publizierte anschließend viele seiner in Haft geschriebenen Gedichte und engagierte sich in besonderem Maße in der Roten Hilfe für politische Häftlinge. Weiterhin organisierte er sich auch in anarchistischen Gruppierungen und blieb durch die Herausgabe der Zeitschrift »Fanal« seiner aus Vorkriegsjahren bekannten Agitation treu. Seine offene Feindschaft zum Nationalsozialismus wurde ihm, neben seinen jüdischen Wurzeln, schließlich zum Verhängnis.

Wie anders verlief dagegen Niekischs Weg nach seiner Haftentlassung 1921. Bis Mitte der 1920er-Jahre engagierte er sich innerhalb der Sozialdemokratie (1919 – 1922 USPD, 1922 – 1926 SPD, 1926 SAPD), wo er einen zunehmend nationalen Kurs vertrat.[8] Nach der folgenden Entfremdung von der Sozialdemokratie versuchte Niekisch sein Ziel einer »Versöhnung« von Arbeiterschaft und Nation auf der anderen Seite des politischen Spektrums weiter zu verfolgen und schloss sich dem Bund Oberland an, jenem Freikorps, welches an der Niederschlagung der Räterepublik aktiv beteiligt war. Niekisch wurde durch die Gründung seiner Zeitschrift »Widerstand«, die er von 1926 bis 1934 herausgab, ein prominenter Teil des nationalrevolutionären Milieus und tat sich insbesondere durch sein viel beachtetes Werk »Hitler – Ein deutsches Verhängnis« von 1932 hervor, in dem Niekisch versuchte, die preußischen Junker gegen den »Katholiken« Hitler zu mobilisieren.[9] Aber weder vor noch nach 1933 gingen von Niekisch konkrete gewalttätige Aktionen gegen den Nationalsozialismus aus. Seine Schriften wurden jedoch zunehmend direkter und aggressiver, schließlich wurde ihm »Das Reich der niederen Dämonen« zum Verhängnis. Diese Schrift war 1936 unter dem vorläufigen Titel »Geheimnis des Reichs« entstanden, konnte aber erst nach dem Krieg veröffentlicht werden.[10] Niekisch wandte sich auf der Suche nach Kampfgefährten gegen Hitler umso fanatischer der Sowjetunion zu. In seiner Schrift »Im Dickicht der Pakte« beschrieb er die außenpolitische Dimension seines Konzeptes eines Bündnisses von Deutschland und der Sowjetunion. »Die dritte imperiale Figur« lieferte zu dieser politischen Analyse die ideologische Komponente.[11] Beide Schriften erschienen 1935 im Selbstverlag Niekischs und wurden bereits im November desselben Jahres wieder verboten.[12] Seine Verhaftung 1937

8 Niekisch, Ernst: Der Weg der deutschen Arbeiterschaft zum Staat, Mainz 1985 [Berlin 1925].
9 Ders.: Hitler – Ein deutsches Verhängnis, Koblenz 1990 [Berlin 1932].
10 Ders.: Das Reich der niederen Dämonen. Eine Abrechnung mit dem Nationalsozialismus, Berlin 1980 [Hamburg 1953].
11 Vgl. Rätsch-Langejürgen, Niekisch, S. 221 f.
12 Niekisch, Ernst: Im Dickicht der Pakte, Berlin 1935; Ders.: Die dritte imperiale Figur, Toppenstedt 2005 [Berlin 1935].

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wurde bereits erwähnt. Am 27. April 1945 wurde er aus dem Zuchthaus Brandenburg-Goerden von der Roten Armee befreit. Die Sowjetunion wurde nun uneingeschränkt sein Ideal für Deutschland.[13] Wie Birgit Rätsch-Langejürgen anmerkt versuchte er dabei auch seine bisherige Biographie umzudeuten.[14] Bereits wenige Monate nach seiner Haftentlassung trat er in die KPD ein. Er lebte mit seiner Familie in der britischen Besatzungszone und war von 1946 bis 1954 an der Universität Berlin tätig. Ab 1948 war er dort Professor an der Philosophischen Fakultät. Auch politisch engagierte er sich in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Als Delegierter des Kulturbundes für die demokratische Erneuerung Deutschlands, ein Verein zur Förderung sozialistischer Kultur (im Sinne der KPD),[15] wurde er in den Volksrat und später in die Volkskammer, das »Parlament« der DDR, entsandt. Oft wurden ihm von seinen innerparteilichen Gegnern seine Vergangenheit im rechtsradikalen Milieu und auch seine seit 1927 anhaltende Freundschaft mit Ernst Jünger vorgehalten.[16] Nach seiner Emeritierung geriet Niekisch 1954 ins politische Abseits, trat 1955 aus der SED aus und verstärkte seine Kontakte ins rechtkonservative Milieu der BRD.

Mühsams und Niekischs Leben waren somit durch zahlreiche, auch gewaltsame Zäsuren gezeichnet. Als Konstante im Leben und Denken Erich Mühsams steht dagegen sein Selbstverständnis als Anarchist, das sich sowohl dichterisch als auch in aktiver politischer Agitation ausdrückte. Die prägendsten Themen waren dabei stets sein Antimilitarismus, also die Ablehnung des Krieges auf der einen und die Agitation für die Revolution auf der anderen Seite. Die Ablehnung der vom Staat ausgehenden, kriegerischen Gewalt ist zentral für Mühsams Befürwortung gegenstaatlicher revolutionärer Gewalt. Niekisch befürwortete ebenfalls revolutionäre Gewalt gegen die »bürgerliche Ordnung«. Jedoch argumentierte er mit der vermeintlichen Notwendigkeit der Revolution bzw. einer Sowjetisierung Deutschlands aufgrund seines Verständnisses von der Entwicklung der modernen Technik. Niekisch hielt die Sowjetunion für jenes Gesellschaftsmodell, welches technischen Fortschritt am besten ermögliche und daher geeignet sei, die vom Kapitalismus geschaffene »Entfremdung« des Menschen zu überwinden. In Abgrenzung zu Mühsam waren Niekischs Leitmotive Sozialismus und Ordnung. Wenngleich Niekischs eigenwilliges Sozialismusverständnis vorrangig dazu geeignet war, entweder heftige Ablehnung oder euphorische Zustimmung zu generieren,

13 Ders.: Deutsche Daseinsverfehlung, Koblenz 1990 [Berlin 1946].
14 Vgl. Rätsch-Langejürgen, Niekisch, S. 242 f.
15 Vgl. ebd., S. 254.
16 Laut Niekisch wurde der erste Kontakt mit Jünger im Herbst 1927 durch Alfred Baeumler hergestellt, der später eine wichtige Rolle in der NSDAP spielen sollte.Vgl. dazu Niekisch, Ernst: Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs. Gewagtes Leben 1889 – 1945, Bd. 1, Köln 1974, S. 187.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

war eine diffuse Vorstellung von »Ordnung« als gesellschaftliche Bezugsnorm – ganz im Gegensatz zu Mühsams Prinzip der vermeintlich »ungeordneten« Anarchie – zeitgenössisch durchaus konsensfähig.

Methode und Quellenauswahl

Die Grundlage dieses Beitrags bildet eine Auswahl aus Mühsams und Niekischs Werken, wobei zu berücksichtigen ist, dass weder Mühsam noch Niekisch selbst als aktive, physische Gewaltakteure auftraten und ihre De- und Legitimierungen entsprechend einen physische Gewalt und gesellschaftliche Zwänge begleitenden oder kommentierenden Charakter einnehmen. Dies ist zum einen in Mühsams Zeitschriften »Kain« und später »Fanal« und zum anderen in seinen zahlreichen Gedichten zu beobachten, die er in Sammelbänden wie »Brennende Erde und Revolution. Kampf, Marsch- und Spottlieder« veröffentlichte.[17] Der essentielle Anteil der Lyrik an den hier genutzten Quellen von Mühsam begründet sich zum einen darin, dass dieser Anteil wohl der umfassendste und bis heute am meisten rezipierte an seinem Werk ist, und erklärt sich zum anderen durch die Verwendung dieser lyrischen Werke als Teil seiner Agitation gegen den Krieg und für die Revolution. Sowohl Zeitgenossen als auch Mühsam selbst betonten wiederholt die agitatorische Wirkung seiner Lyrik.

Niekischs Gedankenbild einer kommenden Revolution nach sowjetischem Muster formulierte er wiederum am prägnantesten in seinem Buch »Die dritte imperiale Figur«, welches als theoretisches Schlüsselwerk von Niekisch zu begreifen ist. Während er bis zur Gründung seiner Zeitschrift »Widerstand« kaum durch besondere publizistische Produktionen auffiel, entfernten sich seine Schriften aus der späten Weimarer Republik nicht allzu weit von den Auffassungen, die im Umkreis der nationalrevolutionären Brüder Ernst und Friedrich Georg Jünger Konsens waren. Die Begründng der gewaltsamen Beseitigung der Weimarer Republik und eines engen Bündnisses mit der Sowjetunion erfolgt bei Niekisch nicht über Lyrik, sondern über tagespolitische und geschichtsphilosophische Ausführungen, die allerdings ganz auf die agitatorische Wirkung hin formuliert und genausowenig wie Mühsams Lyrik als wissenschaftlich zu verstehen sind. In Niekischs »Figur« von 1935 entfernte er sich jedoch insofern von den Brüdern

17 Einzelne Tagebuchpassagen oder posthum erschienene Texte dienen unter Berücksichtigung des »öffentlichen« Charakters der Legitimation nur zur Ergänzung und sind nicht Grundlage der primären Analyse. Im Sinne des chronologischen Aufbaus der Arbeit sind auch diese Quellen aufgrund ihres sowohl zeitlichen als auch politischen Erscheinungskontextes für die folgenden Kapitel von jeweils unterschiedlicher Relevanz.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Jünger, als dass er deren Positionen radikalisierte und nun mehr ›auf eigenen Beinen‹ stand. Hierbei ist die Werks- und Rezeptionsgeschichte der »Figur« wichtig, da ebenjenes Werk zu Niekischs Lebenszeiten nur für wenige Monate erhältlich war (noch dazu nur in einer sehr kleinen Auflage »für Bücherfreunde«) und erst 2005 in einer Neuauflage erschien. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass es auch in der neueren wissenschaftlichen Literatur zu Niekisch kaum rezipiert wurde.[18] Im Detail unanalysiert bleibt bislang das diesem Werk zugrunde liegende Technikverständnis, welches für Niekischs Begründung von Revolution und Gewalt zentral ist. Niekisch verarbeitete in der »Figur« seine bisherigen Schriften und korrigierte einige Kernansichten, wobei er die neu gewonnene Position in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges weiter vertreten sollte.

Im weiteren Verlauf nehmen wir einen kontrastiven Vergleich der Schriften Mühsams und Niekischs zum Thema Revolution und Gewalt vor. Zwar riss der Kontakt zwischen den beiden Münchener Revolutionären nicht vollends ab – noch für 1930 sind persönliche Treffen nachweisbar – doch würde ein genetischer Vergleich der gegenseitigen Einflussnahme nach dem Ende ihrer Haftstrafe weitere biographische Forschungen voraussetzen.[19] Daher führen wir hier zunächst eine getrennte Analyse von Mühsams und Niekischs Schriften durch, um diese am Ende kontrastierend gegenüberstellen zu können.

Politische Idee und revolutionäre Praxis bei Erich Mühsam

Wanderschaft und Agitation im Kaiserreich

Zur Analyse der Gewaltlegitimationen bei Mühsam bedarf es der Kontextualisierung seiner politischen Philosophie. Stellt die entsprechende Ideologie doch das zentrale Merkmal der Legitimation, insbesondere revolutionärer Gewalt, dar. Wie bereits in der Kurzbiographie dargestellt politisierte sich Mühsam auf seiner Wanderschaft in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts in Richtung des politischen Anarchismus. Insbesondere die Mentorschaft Gustav Landauers und die Mitgliedschaft und Mitarbeit in dessen sozialistischen Vereinigungen prägten dabei seine generelle Ablehnung von Herrschaft als Herrschaft des Staates und des Parlamentarismus als deren Ausdrucksform.

18 Knyazeva, Irina: Europavorstellungen der Konservativen Revolution (Chemnitzer Europastudien, Bd. 19), Berlin 2018.
19 Vgl. Keil, Lars-Broder: Kreuzweiser Austausch. Die ungewöhnliche Beziehung von Ernst Jünger und Erich Mühsam, in: Hinter der Weltstadt. Mitteilungen des Kulturhistorischen Vereins Friedrichshagen e. V. 10 (2002).

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Hierin begründet sich auch der Wunsch nach der Revolution, die zur Überwindung des Staates dienen sollte. Dabei trat er schon früh in offene Gegnerschaft zur Sozialdemokratie. Gründe dafür waren einerseits deren Partizipation am Parlamentarismus als System sowie andererseits deren theoretische Berufung auf den marxistischen Materialismus, den Mühsam ebenfalls negierte. So betonte er bereits in Ascona, geschrieben über seine Erfahrungen in der dortigen Kommune und erstmals veröffentlicht 1905, »[d]ie Revolutionsfeindlichkeit der deutschen Sozialdemokratie, ihre blinde Berufung auf Marx' Entwicklungstheorien, ferner die sehr geringe Zahl deutscher Anarchisten – all das erklärt sich also aus der im deutschen Volkscharakter begründeten Gewissenstreue allen einmal übernommenen Verpflichtungen gegenüber.«[20] Dem stellt er die Wahrnehmung entgegen, »[w]ieviel anders, wieviel freier, wieviel schöner, wieviel liebenswerter fühlt der Italiener! […] und ein wilder revolutionärer Haß gegen ihre Bedrücker wogt diesen Menschen in den Fibern. Wie würden sie lachen, wollte man ihnen damit kommen, daß sie einen der Ihren ins Parlament wählen sollen.«[21]

Eines seiner bekanntesten satirischen Gedichte »Der Revoluzzer« von 1911, laut Untertitel »Der deutschen Sozialdemokratie gewidmet«, ist Ausdruck des Vorzugs der »revolutionären Tat« vor der reinen Theorie, wie Mühsam sie auch dem Marxismus vorwirft. Sein »Revoluzzer, im Zivilstand Lampenputzer« zeigt sich im Gedicht entsetzt ob der Zerstörung der von ihm täglich geputzten Lampen »zwecks des Barrikadenbaus« durch die übrigen Revoluzzer. In Zukunft »ist er zuhaus geblieben und hat dort ein Buch geschrieben: nämlich wie man revoluzzt und dabei doch Lampen putzt«.[22]

Ähnlich verhält es sich mit seiner Zeitschrift »Kain«, die zu dieser Zeit erstmals erschien und geprägt war von Spitzen gegen die Politik der Sozialdemokraten. Insbesondere der Aufruf zum Sozialismus aus der dritten Ausgabe vom Juni 1911 enthält eine umfassende »Abrechnung« mit Marx und dem Materialismus, denn, so meint Mühsam, »Marxens leblose, ertifelte und erklügelte Theorien sind an den Tatsachen der Wirklichkeit jammervoll gescheitert. Jede einzelne seiner Aufstellungen ist als falsch erwiesen.«[23]

Von einer konkreten Revolutionshandlung ist an dieser Stelle noch nichts zu vermerken, stattdessen findet sich häufiger die Vorstellung, dass der Revolution zunächst der nötige Unterbau gegeben sein müsse. Aus dem Zusammenschluss gewillter Menschen würde so »die sozialistische Gesellschaft von innen heraus

20 Mühsam, Erich: Streitschriften. Literarischer Nachlaß, hrsg. von Christlieb Hirte, Berlin 1984, S. 10.
21 Ebd., S. 11.
22 Mühsam, Erich: Trotz allem Mensch sein. Gedichte und Aufsätze, Stuttgart 2009, S. 19f.
23 Ders.: Kain. Zeitschrift für Menschlichkeit 3 (1911), S. 36.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

von selbst erwachsen.«[24] Etwas radikaler formuliert Mühsam dies drei Jahre später in »Im Geiste Bakunins«, entsprechend seiner Agitation:

> »Wir wollen wühlen und hetzen, schüren und untergraben, damit das Volk endlich erkenne, daß es gehundsfottet und genasführt wird, und damit es endlich beginne, den Unterbau einer sozialistischen Gesellschaft zu errichten, vor dessen drängender Kraft Kapital und Staat zusammenstürzen muß.«[25]

Auf das konkrete Beispiel des Krieges zwischen Italien und dem Osmanischen Reich bezieht Mühsam die »Lehre« der »Vorbeugung« weiterer Konflikte, »durch intensive antimilitaristische Propaganda, durch sozialistische Aufklärung der Völker, durch die Massregel des Generalstreiks in jedem von Kriegsgefahr bedrohten Lande.«[26]

Der Krieg delegitimiert sich dabei nach Mühsam aus dem Grund, dass er nicht im eigenen Interesse derer sei, die den Krieg führen, also stattdessen, wie er später schreibt, die Soldaten »gegen ihren eigenen Vorteil mit Gewalt zum Militärdienst gezwungen werden.«[27] In diesem Kontext hebt er weiterhin den grundsätzlich kapitalistischen Charakter des Krieges heraus, so ist in einem anderen Kommentar in Ausgabe 8 zu lesen, »[d]ie letzte Entscheidung über Krieg oder Frieden haben heutzutage die Börsen und Bankenhäuser.«[28] Dies führe auch dazu, dass selbst die eigentlich »legitimen« Machthaber – er bezieht sich hier konkret auf Kaiser Wilhelm II – nicht länger über die Entscheidungsgewalt verfügten, sondern »die, die an der Börse die Kurszettel machen.«[29]

Abgesehen von diesen Ausführungen gibt Mühsam in seinen Kommentaren auf zwei politische Attentate im »Kain« einen tieferen Einblick in sein generelles Gewaltverständnis und die scheinbare Paradoxie, dass er als Idealist diese zwar ablehnt, ihr jedoch auch Legitimation zubilligt. Diese ambivalente Position Mühsams insbesondere zum politischen Mord begründet er selbst wie folgt: »[…] Mord ist Mord. […] gleichviel wer der Mörder, wer das Opfer ist. […] Die geschehene unabänderliche Tat aber beurteile ich nicht nach ihrem Erfolg, sondern nach dem Antrieb des Täters«. Dies sei auch der Grund, weshalb er aufgrund einer anarchistischen Gesinnung des Täters dennoch solidarisch zu diesem stehen könne.[30] Auch die Absicht einen Krieg zu verhindern, könne laut Mühsam einen

24 Ebd., S. 38.
25 Mühsam, Kain 3 (1914), S. 36.
26 Ders., Kain 8 (1911), S. 127.
27 Vgl. ders., Kain 6 (1912), S. 81.
28 Ders., Kain 8 (1912), S. 118.
29 Ders., Kain 3 (1913), S. 40.
30 Vgl. ders., Kain 1 (1912), S. 3 – 6.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Mord rechtfertigen. So äußert er sich 1914 im »Kain« zu dem Attentat auf Kronprinz Ferdinand von Österreich-Este solcherart:

> »Das Mitgefühl mit den Getöteten, verbunden mit dem Respekt vor dem großen persönlichen Mut, den Este in seiner letzten Stunde an den Tag legte, kann noch so wahr sein, ein verhinderter Krieg war das Opfer Wert. Mitgefühl und Respekt kann ich aber auch denen nicht vorenthalten, die die Tat gewagt haben. Sie haben ihr junges Leben einer Sache geopfert, die ihnen heilig war.«[31]

In diesem Fall versuchte sich Mühsam an einer nachträglichen Legitimation der Tat, konkret der Verhinderung des Krieges durch den politischen Mord, was in der Rückschau betrachtet zwar vergebens, aber dennoch hehrer Natur sei. Auch hier stehen sich die Betonung des Bedauerns der individuellen Opfer und das »höhere Ziel« in der Gewaltreflektion gegenüber.

Verweigerung und Kriegslyrik

Der bereits in den vorigen Schilderungen erkennbare Antimilitarismus Mühsams fand den Höhepunkt seiner lyrischen Verarbeitung zur Zeit des Weltkrieges selbst. Dabei stellt dieser nach Mühsams Biograph Chris Hirte eine besondere Zäsur in Mühsams Leben dar.[32]

Neben zahlreichen Gedichten, die 1920 in der Sammlung »Brennende Erde« erschienen, deren Bedeutung Hirte ebenfalls hervorhebt, da er darin die »Wandlug vom anarchistischem Propheten zum entschlossenen Revolutionär dokumentiert«[33] sieht, schrieb Mühsam in den Jahren 1916 bis 1917 seine »Abrechnung«, die jedoch zeitlebens nur ein unvollständiges Manuskript blieb. Da sie den notwendigen ideologischen Kontext für die im Folgenden beispielhaft herangezogene lyrische Agitation herstellt, scheint es jedoch ratsam, zunächst die darin enthaltenen Thesen zu erörtern.

Ausführlich äußert sich Mühsam hierin zu der Problematik des oftmals blutigen Charakters der Revolution und versucht anhand derer das Paradoxon aufzulösen, wonach der Krieg mit seinen eigenen Mitteln zu überwinden versucht werde. Die Revolution im Gegensatz zum Krieg legitimiert er folglich in dem Sinne, dass er darin die »Notwehr verzweifelter Massen« gegenüber den Gewalthandlungen sieht, die zuallererst von Seiten derer ausgingen, die sich in ihren Privilegien bedroht sehen, weiterhin schaffe sie den »Unterbau des erstrebten kriegslosen

31 Ders., Kain 4 (1914), S. 61 f.
32 Vgl. Hirte, Mühsam, S. 218.
33 Ebd., S. 250.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zustands.« Auf den Punkt bringt er seine Gedanken mit dem Eingeständnis der »Diskrepanz zwischen unsrer heftigen, heiligen, feierlichen Abkehr von der Gewalt des Krieges und unserm sehnsüchtigen, tatbereiten, wilden Verlangen nach Revolution«, wobei er darin »die Unterscheidung zwischen Gewalt als Selbstzweck oder als Mittel zu andern üblen Zwecken und der Gewalt als Mittel gegen die Unterdrückung und gegen jegliche Gewalt« betont. Den Krieg als vermeintlich politisches Mittel verurteilt Mühsam somit entschieden, da er nicht »dem Nutzen einer Volksgesamtheit entsprechen könne«, stattdessen »sind es die Machthaber, die Nutznießer der Oligarchie, in unsrer Zeit vornehmlich die kapitalistischen Staatsinteressen, von denen die kriegerischen Operationen verlangt und organisiert werden.« Die Revolution dagegen gehe aus dem »bewußten Willen Freiwilliger« hervor. Während der Krieg demnach der »Stärkung der Institutionen« diene, »die ihn hervorgerufen haben« und er somit immerzu auch die Grundlage für neue Kriege sei, bestehe das Ziel der Revolution in der »Beseitigung […] ihrer eignen Anlässe.« »Die Mittel der Verwirklichung sind Vorbild und Beispiel«, weshalb Mühsam fordert: »Beginnen: – das ist das Rezept für Umsturz und Erneuerung. Wer Sozialismus und Anarchie will, muß mit Sozialismus und Anarchie beginnen«.[34]

Diese Gedanken decken sich weitestgehend mit seinen Thesen aus der Vorkriegszeit, jedoch mit dem Unterschied, dass er nun weitaus konkretere Forderungen nach Revolution als Mittel zur Überwindung des Krieges formuliert. Sehr fokussiert tritt diese Verknüpfung von Krieg und Revolution nun auch in der Gedichtesammlung »Brennende Erde« zutage. Teils wird darin auch die Resignation Mühsams ob des entgegen seiner Warnungen eingetretenen Krieges sichtbar, wie etwa in dem Gedicht »Klage« aus dem April 1916. Im ersten Vers, »Wir haben den Frieden erstrebt und gewollt. Da ist der Krieg in die Welt gerollt« zeigt sich ebendiese Resignation. Im späteren Verlauf des Gedichts folgen noch die Verse »Wir sangen den Völkern ein Freiheitslied. Sie traten für ihre Beherrscher ins Glied. Sie kämpften für ihrer Beherrscher Macht und wähnten sich ihrer Kinder Wacht.«[35] Hieraus tritt zum einen das Scheitern des eigenen Anspruchs als Friedenslyriker hervor und zum anderen seine bereits dargelegte Delegitimierung des Krieges als Mittel der Herrschenden.

Besonders drastisch schildert Mühsam diese Leiden etwa in »Hungersnot«, aus dem Mai 1916. Die »Hungersnot« nennt er dabei »des Krieges Schwester«, das

34 Vgl. Mühsam, Streitschriften, S. 83 – 86 u. 111.
35 Ders.: Brennende Erde. Verse eines Kämpfers, München 1920, S. 40.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Leid der Zivilbevölkerung geht ergo unmittelbar aus dem Krieg hervor, denn »[d]as Heer, das tot in der Fremde liegt, das schafft der Heimat kein Brot herbei.«[36]

Die lyrische Auseinandersetzung mit dem Weltkrieg in »Brennende Erde« wandelt sich insbesondere ab dem Spätsommer 1916 von einem reflektiv-resignatorischen Charakter abermals hin zur politischen Agitation. Eine Erklärung könnte nicht zuletzt die Tatsache sein, dass das Scheitern der deutschen Militärstrategie eines »kurzen Krieges« spätestens im Sommer 1916, trotz ausbleibender Berichtsliteratur beispielsweise zur Schlacht von Verdun, auch an der »Heimatfront« immer deutlicher hervortrat.[37] Im August 1916 zeigt er sich erneut kämpferischer, indem er »An die Dichter« gerichtet schreibt: »Genug geschwärmt! Genug geträumt! […] Zerreißt der Lauten Saiten, Dichter, von denen nie ein Weckruf kam! […] Nicht Sternenwandler, – Menschen seid! Und eure Lieder singt dem Frieden!«[38] Konkret wird die Revolutionsforderung aus der Kriegserfahrung schließlich beispielhaft im Soldatenlied vom Oktober 1916 formuliert. Es heißt dort:

> »Und wenn sich einst die Waffe kehrt / auf die, die uns den Kampf gelehrt, / sie werden uns nicht feige sehn. / Ihr Unterricht war gut. // Wir töten, wie man uns befahl, mit Blei und Dynamit, / für Vaterland und Kapital / für Kaiser und Profit. / Doch wenn erfüllt die Tage sind, / Dann stehen wir auf für Weib und Kind / und kämpfen, bis durch Dunst und Qual / die lichte Sonne sieht. // Soldaten! Ruft's von Front zu Front: Es ruhe das Gewehr! / Wer für die Reichen bluten konnt', / kann für die Seinen mehr. / Lebt wohl, ihr Brüder! Unsre Hand, / daß ferner Friede sei! / Nie wieder reiß das Völkerband / in rohem Krieg entzwei. / Sieg allen in der Heimatschlacht! / Dann sinken Grenzen, stürzt die Macht, / und alle Welt ist Vaterland / und alle Welt ist frei!«[39]

Euphorischer werden diese Ausführungen noch, als Mühsam die Revolution auch tatsächlich im Bereich des Möglichen sieht. Die russische Revolution vom Oktober 1917 besingt er im März 1918 so, dass »Das Beispiel« lebt: »Wir müssen nicht mehr sinnen: Wie wird uns Friede? Wie Gerechtigkeit? Wir sahn Kämpfer, sahen Kämpferinnen, und sahn ein Volk, das selber sich befreit.«[40] Entsprechend schreibt Mühsam auch auf die sich nun bahnbrechende Revolution im Deutschen Reich am 1. November 1918 im Gedicht »Dies Irae«: »Den Himmel! Seine ersten Blitze funkeln schon, / und Himmelsahnen reißt die Welt in Abenteuer. / Freiheit aus Höllenqual! – Empor, Revolution!! / Wer auf zum Himmel will, fürcht' nicht das Fegefeuer!«[41]

36 Ebd., S. 42.
37 Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. 518 – 522.
38 Mühsam, Brennende Erde, S. 45.
39 Ebd., S. 46.
40 Ebd., S. 59.
41 Ebd., S. 65.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Präziser hätte man den Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution in seinem Denken nicht schildern können. Weiterhin stellt er zu diesem Zeitpunkt den direkten Zusammenhang der Revolution als Ergebnis des Krieges her. Tatsächlich lässt sich im weiteren Verlauf seines Lebens jedoch eine Diskrepanz zwischen dem anarchistischen Agitator Mühsam und der an ihn gestellten realen Herausforderungen der Revolution ausmachen.

Revolutionspraxis: Die Münchner Räterepublik und ihre Niederschlagung als Wendepunkt

Wie aus der einleitenden Kurzbiographie hervorgeht, handelt es sich bei der bayerischen Revolution in Folge des Weltkriegs um eine besondere Zäsur in der Biographie Mühsams. Vom bis dahin eher passiven Bohème und Lyriker, der durch Agitationen in Konflikt mit dem Staat geriet, wandelte er sich nun im Zuge der Revolutionsereignisse im Winter 1918/19 sowie im Frühjahr 1919 auch zum politischen Akteur.[42] Besonders nahe gingen Mühsam im Nachgang zur Revolution die Ermordung von Geiseln durch die »Rote Armee« im Luitpold-Gymnasium und weiterhin die brutale Ermordung seines Mentors Landauer.[43] In seinem in der Haft verfassten Tagebuch äußerte Mühsam so am 10. Mai 1919 seine Erschütterung über diese Nachricht und die mutmaßlich zentrale Rolle der zeitweisen Weggefährten Mühsams Eugen Levien und Max Leviné bei der Geiselerschießung:

> »Wüßte ich, daß dieser Verdacht gerechtfertigt ist, dann würde ich jede Gemeinschaft mit den beiden von mir weisen. Eine größere Schurkerei kann ich mir nicht vorstellen als die Tat, die nicht nur die armen Menschen, die gewiß keine Rädelsführer der Reaktion waren, zu Märtyrern gemacht hat, sondern einen großen Teil des namenlosen Elends, das darauf folgte, eine Unsumme von Haß und Erbitterung und den Tod edler Menschen wie den Landauers verursacht hat. Ich hätte mich vor die Gewehre gestellt und erschießen lassen, wenn ich die Geiseln damit hätte retten können.«[44]

Interessant an diesem Eintrag ist, dass Mühsam hierin zwar sein Bedauern für die Ermordeten zum Ausdruck bringt, wie dies auch in den beiden zuvor geschilderten Fällen geschah, er dabei jedoch gleichzeitig auch die Verknüpfung zu den dar-

42 Zur Verwicklung von Mühsam in die Ereignisse Schaupp, Simon: Der Kurze Frühling der Räterepublik. Ein Tagebuch der bayerischen Revolution, Münster 2017, S. 12 u. 25; Weidermann, Volker: Träumer. Als die Dichter die Macht übernahmen, Köln 2017, S. 79.

43 Vgl. Jones, Mark: Am Anfang war Gewalt, Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, S. 293 – 313. Zur Ermordung Landauers weiterhin Hillmayr, Heinrich: Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918. Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. München 1974, S. 133 – 134.

44 Mühsam, Erich: Tagebücher. Heft 22 (1919), hrsg. von Chris Hirte/ Conrad Piens, in: Erich Mühsam Tagebücher, http://www.muehsam-tagebuch.de/tb/index.php (01. 04. 2021).

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auffolgenden Gewaltakten herstellt. Mühsam thematisiert damit ganz bewusst die Abfolge der Gewalt aus Aktion und Reaktion, die Geiselerschießungen werden somit auch dadurch delegitimiert, da sie unter anderem Landauers Tod zur Folge gehabt hätten. Oder, um mit Mühsams Gewaltverständnis zu argumentieren: Die Gewalttat delegitimiert sich durch den für die Revolution undienlichen Antrieb der Gewaltakteure.

Begleitet wurde die Revolution und der Nachkrieg von Mühsam auch in einigen Gedichten, die er später, ebenfalls in »Brennende Erde«, gesammelt veröffentlichte. In ihrer Aussage liefern sie nichts wesentlich Neues, jedoch legitimieren sie das nun konkret greifbare Revolutionsgeschehen. Das »Rebellenlied« aus dem Dezember 1918 etwa stellt exemplarisch hierfür den direkten Bezug von Krieg, Kapital und Revolution her:

> »[…] Vier Jahre hat die Welt der Knechte / ihr Blut verspritzt fürs Kapital. / Jetzt steht sie auf, zum erstenmal / für eigne Freiheit, eigne Rechte. / Germane, Römer, Jud und Russ / in einem Bund zusammen, – / der Völker brüderlicher Kuß / löscht alle Kriegesflammen. / Jetzt gilt's die Freiheit aufzustellen. – / Die rote Fahne hoch, Rebellen!«[45]

Neben diesen Gedichten erschien nun auch wieder der »Kain«. Der politischen Situation geschuldet diente dieser in der zweiten Phase seiner Veröffentlichung nun direkt als Sprachrohr Mühsams im Sinne seiner revolutionären und politischen Agenda. Blieben in den vorigen Ausführungen die konkreten Methoden der Revolution, abgesehen von Streikaufrufen und der Betonung des »Vorbildcharakters« anarchistischen Lebens, noch eher vage, so äußerte Mühsam bald sehr präzise Vorstellungen zu deren Merkmalen. Exemplarisch geht dies aus seinem Artikel mit dem paradigmatischen Titel »Mittel der Revolution« aus der zweiten Ausgabe vom 17. Dezember 1918 hervor: »Revolution entsteht aus der Unerträglichkeit von Einrichtungen, die in sich selbst keine Möglichkeiten enthalten, sich zur Erträglichkeit zu wandeln. »Revolution stellt somit nach Mühsam die einzige Möglichkeit dar, den von ihm empfundenen, notwendigerweise gewaltsamen Charakter des Systems zu überwinden, »[s]ie bezweckt die Schaffung eines öffentlichen Rechts, das ihren Veranstaltern die Betätigung ihrer Ueberzeugungen gestattet. Sie beginnt mit Umsturz und endet mit Aufbau.« Prinzipiell gewalttätig sei Revolution dabei jedoch nicht, stattdessen »[bestimmen sich] [d]ie Mittel der Revolution […] aus ihren Widerständen. Sie werden gewaltsam sein in dem Maße, in dem sich ihnen Gewalt entgegenstellt. Voraussetzung für den Erfolg der Revolution ist nicht die Anwendung von Gewalt, sondern die Verfügung über die stärkere Gewalt.« Hieraus begründet sich seine Forderung der Bewaffnung der »revolutionä-

45 Mühsam, Brennende Erde, S. 68.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

re[n] Masse«, »nicht um Blut zu vergießen, sondern um Blutvergießen zu verhindern. In Berlin wurde die unbewaffnete Demonstration der Liebknechtfreunde zusammengeschossen, die bewaffnete Demonstration blieb unbehelligt.«[46]

Zusammenfassend lässt sich in der Revolutionsphase eine Argumentation erkennen, die Gewalt als Mittel der Revolution legitimiert, wobei jedoch prinzipiell davon ausgegangen wird, dass dies nur einen Teilaspekt der Umsetzung darstellt. Vergleichbar sind die Argumente mit denen, die Mühsam bereits in der »Abrechnung« vorbrachte. Die Sprache ist jedoch eine andere, Mühsam verliert sich nun weniger in idealistischem Pathos und Abwägen als noch zuvor, sondern spricht von realen »Notwendigkeiten« der Revolutionspraxis.

»Wo Staat ist, kann keine Freiheit sein« – Anarchie und der aufkommende Faschismus

Auch nach der Erfahrung von Krieg, Revolution und Haft hielt Mühsam an der Legitimierung von Gewalt als Mittel der Politik fest. Der wachsenden Gefahr durch den Faschismus wollte er durch die klassenkämpferische Revolution begegnen. Stellvertretend hierfür ist die Gedichtsammlung »Revolution. Kampf-, Marsch- und Spottlieder« aus dem Jahre 1925 zu sehen, wobei bereits die Widmung an »Max Hölz, den großen Revolutionär« für die Legitimierung der damit verbundenen Gewalt steht.[47] Eine Verarbeitung der Münchner Ereignisse findet sich in »Der Tod des Rotgardisten«.[48] Das Gedicht ist ein heroisierender Nachruf auf die getöteten Revolutionäre, wobei diese wiederum dem höheren Ziel der Revolution untergeordnet werden. Die niedere Brutalität der »Weißen« steht dem direkt gegenüber. Hieraus lässt sich direkt die bereits vorher genannte Unterscheidung in der Legitimation gegenstaatlicher, revolutionärer Gewalt gegenüber der Delegitimierung staatlicher, monopolisierter Gewalt ausmachen, wobei erstere sich in diesem Gedicht als »Notwehr« gegenüber letzterer interpretieren lässt.

Zahlreiche vergleichbare lyrische Erzeugnisse finden sich in Mühsams Hauptwerk. Die Dialektik der Gewalt findet sich jedoch auch in den programmatischeren Schriftzeugnissen, beispielsweise in der von ihm publizierten Zeitschrift »Fanal«, die ab Oktober 1926 bis zu ihrem Verbot 1931 herausgegeben wurde. Bereits durch ihren Untertitel als »Anarchistische Monatsschrift« erfuhr sie eine direkte

46 Vgl. ders., Kain 2 (1918), S. 1 f.
47 Max Hoelz (1889 – 1933) war ein deutscher Kommunist, der zwischen 1919 und 1921 führend an mehreren gewaltsamen Widerstandsaktionen in Mitteldeutschland beteiligt war. Vgl. Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik. 1918 – 1933, Stuttgart 2008, S. 182.
48 Mühsam, Erich: Revolution. Kampf-, Marsch- und Spottlieder, Berlin 1925, S. 31 – 32.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Abgrenzung zum »Kain«. Im Kern standen nun bewusst Mühsams politische Analysen und Thesen, dichterische und schriftstellerische Arbeiten traten in diesem Kontext in den Hintergrund. Die Reflexion der eigenen Erfahrungen der Vorjahre äußert sich in seiner eigenen Begründung wie folgt:

> »Man hat mich gefragt, ob ich in FANAL wieder wie in meinem Vorkriegsblatt ein paar Seiten jedes Heftes der Theaterkritik widmen wolle. Ich finde, daß die Schauspiele, Tragödien und Grotesken, die zur Zeit der Kritik am dringendsten bedürfen, vor unsern Kriminalgerichten aufgeführt werden.«[49]

Ein entscheidender Unterschied zum »Kain« lässt sich auch darin ausmachen, dass Mühsam »Fanal« ab dem zweiten Jahrgang zum offiziellen Organ der Anarchistischen Vereinigung (AV) erklärte, was auch die Beteiligung von Mitgliedern an eigenen Beiträgen einschloss. Die Herausgeberschaft und das Gros der Inhalte verantwortete jedoch weiterhin Mühsam selbst. Auch eine revolutionäre Agitation, die sich durchaus von den idealistischen Vorstellungen der Vorkriegszeit unterscheidet, trat hier nun immer offener zutage. Wiederholt betonte Mühsam nun die Notwendigkeit der vollständigen Abschaffung des Staates durch die aktiv geforderte Revolution, der er in seinen Artikeln durchaus auch die Anwendung gewaltsamer Methoden zugesteht. Beispielhaft nahm er vielerorts erneut, nun jedoch ablehnend, Bezug auf die russische Revolution, der er aufgrund der Herausbildung eines Staatswesens nunmehr die Legitimität absprach. So schrieb er bereits in der ersten Ausgabe vom Oktober 1926 im Leitartikel »Staatsverneinung«:

> »Der Grundirrtum der marxistischen Theorie, das zentralistische Prinzip gewann in Rußland Geltung. Aus der Räterepublik wurde ein Räte-Staat, ein Widerspruch in sich selbst. […] Die Revolution, die den Staat nicht austilgt, so daß an seiner Stätte nicht ähnliches je wieder wachsen kann, wird ohne Hoffnung sein, die klassenlose kommunistische Gesellschaft zu verwirklichen. […] Wo Staat ist, kann keine Freiheit sein und keine werden.«[50]

Die für die Vorkriegszeit bereits gezeigten Vorwürfe gegenüber der Sozialdemokratie erweiterte Mühsam nun auf die KPD, indem er die Unmöglichkeit der Revolution aus einer »zentralistischen Partei« heraus sah, da diese in ihrer Struktur dem »zentralistischen Staat« gleiche, woraus er folgert:

> »Es kann so wenig Selbstbestimmung von Parteimitgliedern geben, wie es Selbstbestimmung von Staatsbürgern geben kann. […] Die Monopolisierung der revolutionären Initiative für eine Parteileitung bedeutet also die Verdrängung jedes rebellischen Geistes.«[51]

49 Ders.: Fanal. Anarchistische Monatsschrift 1 (1926), S. 9.
50 Ebd., S. 5 f.
51 Ebd., S. 35 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Geradezu resigniert klingen Mühsams Ausführungen dahingehend zur Gefahr des aufsteigenden Faschismus, wie sich im namensgebenden Artikel »Der Faschismus im Anmarsch« vom Januar 1929 äußert. Hierin wirft er den Parteien erneut ihre theoretischen Streitereien vor, wo doch vor dem Hintergrund der drohenden Gefahr, diesmal nicht der eines Weltkrieges, sondern des Faschismus, ein aktives Handeln gefordert wäre. Während diese Gefahr weiter zunehme, so verlören sich nach Ansicht Mühsams diejenigen, die diese zu verhindern hätten, in theoretischen Grabenkämpfen ob der Auslegung der marxistisch-leninistischen Dialektik, woraus Mühsam geradezu zynisch folgert: »Das Jahr 1929 aber, Genossen, wird euch nicht mehr fragen, ob ihr in theoretischen Auffassungen abweicht, sondern ob ihr vor praktischen Notwendigkeiten ausweicht. Der Faschismus ist im Anmarsch. Prosit Neujahr!«[52]

Zur Frage des bewaffneten revolutionären Kampfes äußert sich Mühsam im Februar 1929 im Artikel »Das Wehrproblem«, wonach »die Frage, ob überhaupt ein bewaffneter Kampf vom Proletariat geführt werden soll und darf, ganz ausscheide«, denn »[s]o lange Waffen vorhanden sind, die gegen das Proletariat losgehen, müssen diejenigen, die sie anzuwenden gedenken, wissen, daß auch gegen sie Waffen losgehen können.«

Dem folgt weiter die Gegenüberstellung von »Roten Garden« als vorübergehend aus Freiwilligen rekrutierter revolutionärer Kraft gegenüber einer »Roten Armee« als stehendem Heer, bei dem ebendiese Freiwilligkeit nicht gegeben sei. Dazu wird nun das Beispiel Russland bemüht, wonach diese »Rote Armee« weiterhin als Polizeimacht im Sinne des Staates ge- und dementsprechend auch missbraucht werden könne.[53] Dass diese zeitgenössische Beobachtung Mühsams auch in der Retrospektive der Geschichtswissenschaft besteht, hat insbesondere Jörg Baberowski nachgewiesen, der weiter eine direkte Verbindung zur Gewalt des Nationalsozialismus herstellt: »Die Bolschewiki führten die staatlich organisierte Tötung stigmatisierter Kollektive, wie sie den Stalinismus und den Nationalsozialismus auszeichnete, als Möglichkeit überhaupt erst in die Praxis moderner Politik ein.«[54]

Sinnbildliche Schilderungen für diese späteren Ansichten Mühsams in seiner Stellung zu revolutionärer Gewalt lassen sich auch im »Fanal« Nummer 9 vom Mai 1931 ausmachen. In ihrer Erklärung des »kooperativen Beitritts« zum Internationalen Antimilitaristischen Büro (IAMB) summiert die AV im Wesentlichen die Ansichten zahlreicher Artikel des »Fanal«. Steht so zu Beginn noch die Fest-

52 Mühsam, Fanal 1 (1929), S. 88 u. 90.
53 Vgl. ders., Fanal 2 (1929), S. 104.
54 Baberowski, Jörg: Der rote Terror. Geschichte des Stalinismus, Frankfurt am Main 2007, S. 39.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stellung, »antimilitaristische Propaganda und Tätigkeit war von jeher ein wesentlicher Bestandteil der revolutionären Arbeit der Anarchisten aller Länder«, so folgen dem ausführliche Darstellungen der laut der AV bestehenden Zusammenhänge von Krieg und Kapitalismus und der daraus resultierenden Forderung der Revolution. So heißt es dort, »[…] Die AV betont, daß ihr Beitritt zum IAMB keinerlei Verzicht auf irgendeine der Aufgaben in sich schließt, die ihr als antiautoritäre, staatsfeindliche, proletarische Kampfgruppe gestellt sind.«[55]

Als alleiniges Mittel diene der Antimilitarismus in diesem Sinne nicht, denn so könnten »[w]eder der Staat noch der Krieg […] allein mit antimilitaristischen Mitteln bekämpft werden«. Der Krieg wird abermals als »Ausdrucksform des kapitalistischen Systems« bezeichnet, dessen »politische Organisation der Staat« sei. Folglich war das Ziel aus Sicht der AV nicht mehr die Überwindung des Krieges als Symptom des Kapitalismus, sondern die Überwindung des Staates als Organisationsform des tendenziell kriegerischen Kapitalismus.[56]

Auch die einschlägige Forschung konstatiert Mühsams Isolation aufgrund seiner zunehmenden Gewaltaffirmation in seinem späteren Werk. So erfolgte sein Ausschluss aus der Föderation Kommunistischer Anarchisten Deutschlands nicht zuletzt aufgrund seiner Mitarbeit bei der Roten Hilfe Deutschland. Weiterhin enthielt der Ausschluss den Vorwurf, »er vertrete deren Ziele und fordere zu revolutionärer Gewalt auf, und das verstoße gegen die Satzungen der Föderation«, wobei er sich rechtfertigte, er sei »kein Pazifist, und er werde mit allen proletarischen Organisationen so lange zusammenarbeiten, wie es Gemeinsamkeiten gebe.«[57] Woraus auch Mühsam-Biograph Hirte schlussfolgert,

> »[e]s handelt sich um ein Reizwort, an dem sich die Geister scheiden. Das Bekenntnis zur Gewalt verträgt sich nicht mit dem anarchistischen Projekt einer gewaltfreien Zukunft. Mühsam tut alles, um die Bedenken seiner Gesinnungsfreunde zu beschwichtigen: Die Praxis der Revolution hat die Notwendigkeit der Gewalt bewiesen.«[58]

Demnach entwickelt sich aus der gescheiterten Revolutionserfahrung die Überzeugung zur Notwendigkeit von Gewalt zu deren Durchführung. Ergo enthält die Rechtfertigungsstrategie das praktische Element, wonach laut Mühsam alle gewaltlosen Handlungsoptionen bereits in der konkreten Situation der Revolutionspraxis gescheitert seien.

55 Vgl. Mühsam, Fanal 9 (1931), S. 189 f.
56 Ebd., S. 190.
57 Vgl. Hirte, Mühsam, S. 362.
58 Ebd., S. 464.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Politische Idee und revolutionäre Praxis bei Ernst Niekisch

Der Arbeiter als »dritte imperiale Figur«

Ernst Niekisch zog andere Schlüsse aus dem Scheitern seiner Münchener Revolutionserfahrungen, die aber keineswegs gewaltärmer waren als jene Schlüsse Mühsams. Im Kontext der Ersten Räterepublik war Niekisch (MSPD) noch als Vermittler zwischen den verschiedenen revolutionären, anti-parlamentarischen Strömungen der beteiligten Arbeiterbewegung aufgetreten. Dies scheiterte und nach einer weiteren, mehrjährigen Periode des fruchtlosen parteipolitischen Lavierens wandte sich Niekisch vollends von der organisierten Arbeiterbewegung ab. Gegen Ende der 1920er-Jahre hatte er sich stattdessen dem Topos der »Technik« zugewandt, was seine Annäherung an den Gedankenkreis der Konservativen Revolution und speziell an Ernst Jünger widerspiegelte. Laut Stefan Breuer vertrat Niekisch noch 1931 in seinem Aufsatz »Menschenfresser Technik« eine extreme Technikfeindlichkeit und schon in »Gedanken über deutsche Politik« von 1929 verlangte Nieksich den bewussten Rückbau der deutschen Industrie und einen Willen zu Armut. Das Buch »Entscheidung« von 1930 bezeichnet Breuer als »reinen Chthonismus«, also die quasi-religiöse Anbetung der Heimat(-erde). Niekisch forderte darin ein Verschmelzen des Germanischen mit dem slawischen Bauerntum, um auf diese Weise zum eigenen Urzustand (»zur Scholle«) zurückzufinden und eine vermeintliche Verwestlichung des deutschen Blutes rückgängig zu machen. Nur darin habe Niekisch ein Mittel gegen die politische Dominanz des Westens gesehen. Diese Gedanken seien natürlich bei der deutschen Rechten, die in Industrie und Technik kriegswichtige Mittel erblickte, nicht gut angekommen, wie Breuer feststellt.[59]

Niekischs folgender Schwenk ist gewohnt radikal und in der »Figur« von 1935 versucht er sich in einer ausschweifenden geschichtsphilosophischen Begründung seiner Ansichten. Das Buch ist in zwei etwa gleich lange Teile geteilt. Im ersten Teil vermittelt er ein Bild der europäischen Geschichte von der vorchristlichen Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Die Protagonisten in dieser Geschichtsschreibung sind in erster Linie die zwei älteren imperialen Figuren – der »ewige Jude« und der »ewige Römer« – und deren Unterkategorien, nebst einer weiteren Figur, dem deutschen »ewigen Barbaren«. Im zweiten Teil beschreibt Niekisch das Werden und den Charakter der jüngsten »imperialen Figur«, die

59 Vgl. Breuer, Stefan: Anatomie der konservativen Revolution, Darmstadt 1993, S. 73 f. u. 77; Ders.: Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871 – 1945, Darmstadt 2001, S. 26 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Niekisch wie folgt einführt: »Die dritte imperiale Figur trägt ein neues Ordnungsbild in sich. Sie erlebt den Kosmos als Maschine.«[60] Die vergangenen »Sünden« der zwei älteren »imperialen Figuren« würden laut Niekisch das Aufkommen der dritten »Figur« und die damit zusammenhängenden revolutionären Machtkämpfe rechtfertigen.

Ursünde der »Verjudung« des »ewigen Römers«

Niekischs Geschichte beginnt vor Christi Geburt im Mittelmeerraum, welcher laut Niekisch von zwei »imperialen Figuren« dominiert worden sei. Der »ewige Römer« steht bei Niekisch für das die Nationen aufsaugende Imperium, dessen (politischer) Führerfigur der »Cäsar« sei, der Macht vorwiegend über rechtliche und theologische Dogmen ausübe. Die Antithese hierzu ist der »ewige Jude«. Ebenfalls dem Mittelmeerraum entstammend vertritt er die Internationalität und den Universalismus. Werte, die das jüdische Volk seit seiner Gefangenschaft in Babylon mit einem Sendungsbewusstsein erfüllen würde. Sein (geistiger) Führer sei der »Messias«, der Macht über (religiöse) Heilsversprechen ausübe. Man erinnere sich, dass Niekisch diese Gedankengänge 1935 publizierte und damit in versteckter Form das Dritte Reich und Hitler kritisieren wollte. Der NS-Staat erscheint in Niekischs Geschichtslogik unausgesprochen als die Verschmelzung der geistigen Prinzipien des »ewigen Juden« und des »ewigen Römers«, wobei Hitler als Mischung aus »römischem Cäsar« und »jüdischem Messias« zu sehen wäre. Noch 1932 hatte Niekisch in seiner Hitler-Broschüre bezüglich der persönlichen Beschreibung Hitlers explizit mit diesen Vokabeln gearbeitet.[61] Wenn Niekisch also die Taten der »imperialen Figuren« beschreibt, wollte er damit aller Wahrscheinlichkeit nach Aussagen über die aktuelle politische Situation treffen. Fahren wir in diesem Geiste mit der »Figur« fort, in der Niekisch diese Kritik am NS-Staat in einer antisemitischen Argumentationskette entwickelt. Da der »ewige Jude« nämlich unfähig sei, einen Staat zu errichten, müsse »Juda« auf das Werkzeug Geld zurückgreifen, mit welchem er alles, egal ob Mensch, Sache oder Moral, in eine handelbare Ware verwandeln könne, um es so in seinen Machtbereich ziehen zu können. Sein geistiges Prinzip sei dementsprechend die »ökonomische Ratio«, also die Tendenz, aus der gesamten eigenen Umwelt Gewinn schlagen zu

60 Niekisch, Ernst: Die dritte imperiale Figur, Nachdruck der Ausgabe Widerstand/Berlin 1935, Toppenstedt 2005, S. 217.
61 Vgl. Niekisch, Hitler, S. 28 f.; Elsbach, Sebastian: Völkischer Bolschewismus und der »ewige Jude«. Antisemitismus bei Ernst Niekisch, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 24 (2015), S. 155 – 181.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wollen. Niekisch greift bei dieser Einschätzung des »jüdischen« Wesens auf Karl Marx zurück, doch letztlich nur um seinen eigenen Standpunkt zu untermauern. Bereits an dieser Stelle zeigt sich Niekischs ambivalentes Verhältnis zum »Juden« Marx, dem er zwar ein Talent zur Analyse des »ewigen Juden« und dessen »ökonomischem Prinzip« zubilligt, der aber trotzdem (wohl absichtlich) keine tieferen Geheimnisse darlege. Um Zeitsprünge zu vermeiden, sei an dieser Stelle zunächst der größte Schlag des »ewigen Juden« gegen »Rom« betrachtet:[62]

> »Als Rom den Juden völkisch einebnen und »verdauen« wollte, sonderte dieser das Gift des Christentums ab; damit war die Welt mit der Seuche des antistaatlichen Prinzips angesteckt. Daran ist das antike Rom schließlich auch verendet.«[63]

Der »ewige Römer« konnte danach zwar weiterexistieren, jedoch nur in der veränderten Form des »christlichen Römers«, des Katholiken (erneut ein Hitler-Bezug). Niekisch leitet daraus ab, dass durch die Christianisierung des römischen Imperiums, und später ganz Europas, das »jüdische Wesen« und dessen »ökonomisches Prinzip« auf einer geistigen Ebene in die Menschen eingedrungen sei und diese dadurch für die Zwecke des »ewigen Juden« auch biologisch brauchbar gemacht wurden. Während der Typus des britischen »Gentlemen« noch zu viel »germanische Substanz« in sich gehabt habe, habe der »ewige Jude« im amerikanischen »Yankee« schließlich eine perfekte »Maske« gefunden, sodass das »ökonomische Prinzip« in den USA und Westeuropa nun zügellos walten könne.[64]

> »Die ökonomische Vernunft revolutioniert die Welt der Dinge; diese […] ändern vom Kern her ihren Sinn. […] [Sie] löst das Ding aus jeder Art übergreifender Bindung los […]. Es wird Ware, deren einzige maßgebliche Qualität ihr Preis, ihr Geldwert ist und die in jede Hand gelangen und in jede Tauschaktion eingesetzt werden kann. Das Individuum [verfiel] der ökonomischen Vernunft als Instrument.«[65]

Niekisch lehnt – dies sollte nicht überraschen – die Werte der Französischen Revolution, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit drastisch ab. Er sieht in ihnen nur Werkzeuge der ökonomischen Vernunft. Ebenso verteufelt er Liberalismus, Humanismus und Demokratie (die »Pöbelherrschaft«). Sie seien nur »Tarnung« für die unumschränkte Herrschaft des Geldes. Ein in Niekischs Augen anarchischer Zustand, dessen genehmer Menschentypus der »Bürger« sei.[66]

> »[Der Bürger] hat keine Eigenart mehr; sie hat sich im Zählen und Rechnen und im Dienst fürs Geld verbraucht. Er ist von innen heraus genormt; es läßt sich nicht verhin-

62 Vgl. Niekisch, Figur, S. 3 – 24.
63 Ebd., S. 13.
64 Vgl. ebd., S. 39 – 46.
65 Ebd., S. 46 f.
66 Vgl. ebd., S. 46 – 57.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> dern, daß er es auch von außen her werde. Antriebe und Bedürfnisse, Gefühlsregungen und Denkweisen, Willensausrichtung und geistige Blickpunkte vereinfachen sich; im Zuge der Gleichheit wird der Bürger Masse.«[67]

In den weiteren Kapiteln des ersten Teils beschreibt Niekisch den Kampf der beiden alten Figuren. Objekt dieses Kampfes sei, ob nun in der Reformation, der Französischen Revolution oder dem Ersten Weltkrieg, der deutsche »ewige Barbar« mit seinen Unterkategorien »Bauer« und »Krieger«. Zwar voller Kraft aber ohne imperiales Bewusstsein wird der »Barbar« dabei stets von der einen oder der anderen Seite ausgetrickst und dazu gebracht (ohne sein Wissen), für eine fremde Sache zu kämpfen. Dies ergäbe sich allein schon aus dem Fehlen eines eigenen geistigen Prinzips, der »Barbar« müsse sich immer bei den Prinzipien des »Römers« oder des »Juden« bedienen und spiele ihnen so in die Hände. Gerade der »Germane« habe es nie geschafft, so wie andere Völker, eine eigene nationale Ausprägung der »imperialen Figuren« zu entwickeln, um einen bevorzugten Platz in der Geschichte einnehmen zu können. Der jahrhundertlang betriebene Widerstand Preußens gegen »Rom« habe daher zwangsläufig mit der (nach Niekisch endgültigen) Niederlage Preußens im Ersten Weltkrieg enden müssen, mit der Deutschland zu einer »Kolonie« des Westens verkommen sei. Der anti-imperiale Reflex (ausgedrückt vor allem im Antisemitismus) der in Deutschland auf die Niederlage folgte, sei nur ein blindwütiges Aufbäumen des »Barbaren«, das nur in einer Katastrophe enden könne.[68]

Wenn Niekisch sich hier vom Antisemitismus abzugrenzen versucht, so spiegelt dies seine Eigenpräsentation als vermeintlich wissenschaftlich arbeitender Schriftsteller wider, was in der Niekisch-Literatur bisweilen nicht angemessen hinterfragt wurde.[69] Diese Schizophrenie ermöglichte es ihm aber den NS-Staat implizit für dessen Antisemitismus zu kritisieren und gleichzeitig ein zutiefst antisemitisches Welt- und Geschichtsbild zu entwickeln, in welchem der NS-Staat als Verkörperung des »römischen« wie des »jüdischen« Prinzips erscheint. Die Moral von Niekischs Geschichtsbild ist ziemlich eindeutig: Deutschland leide seit Jahrhunderten unter dem Kampf zwischen der christlichen Idee (der »ewige Römer«) und der kapitalistischen Idee (der »ewige Jude«). Es könne sich nur von ihnen emanzipieren, wenn es sich der dritten Kraft auf der Weltbühne zuwende, der »dritten imperialen Figur«, verkörpert im sowjetischen Arbeiterstaat. Die

67 Ebd., S. 53.
68 Vgl. ebd., S. 25 – 39, 72 – 92, 96 – 101 u. 103 – 111.
69 So schlug Taschka vor, Niekisch als Antijudaist und nicht als Antisemit zu betrachten, was begrifflich nicht funktioniert, da Niekisch keineswegs religiös argumentiert.Vgl. dazu Taschka, Sylvia: Das Rußlandbild von Ernst Niekisch (Erlanger Studien zur Geschichte, Bd. 5), Erlangen/Jena 1999, S.55 f., Rätsch-Langejürgen wiederum unterlässt eine detailierte Analyse der »Figur« einfach und teilt Niekischs Selbstbeschreibung als Anti-Antisemit ohne Bedenken.Vgl. dazu Rätsch-Langejürgen, Niekisch, S. 225 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Ideen »Nation« und »Preußen« haben sich dabei in Niekischs Augen durch ihr Bündnis mit Hitler selbst desavouiert und werden von ihm verworfen.[70] Diese bisherigen Eckpfeiler seines Denkens, die er vor allem in seiner Zeitschrift »Widerstand« mit Vehemenz vertrat, gab er 1935 auf, weil er zu erkennen meinte, nur mit einer »imperialen Figur« im Rücken könne nachhaltige Politik betrieben werden. Dass auch die dritte »Figur« die Welt letztlich »völkisch einebnen« werde, nahm er dabei in Kauf. Auch wenn Niekisch hier versuchte, sich stark von »rechtem« Gedankengut zu distanzieren, so bleibt er dennoch in seiner Argumentation völkischem Denken verhaftet.

Das Bündnis von Preußentum und Nation mit dem NS-Regime ist jedoch nicht der einzige Grund für Niekischs Sinneswandel. Seine zweite Begründung dafür, warum das Aufgeben dieser alten Werte und eine fundamentale Revolution nötig sei, ist die veränderte Bedeutung der Technik, die eine Veränderung des Charakters »der Arbeit« nötig mache. Dem »Wie« und »Warum« dessen ist der zweite Teil von »Die dritte imperiale Figur« gewidmet.

Geistiger Ursprung des »ewigen Arbeiters«

Niekischs Wahrnehmung der Technik ist nur im Kontext seiner Zeit zu verstehen. Im Folgenden wird nur skizziert, wem man intellektuellen oder persönlichen Einfluss auf Niekisch unterstellen kann und kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben.

Zunächst ist die Feststellung zu machen, dass Niekischs Konzept der »imperialen Figuren« aus heutiger Sicht als Verschwörungstheorie erscheint, was nicht abwegig ist, aber die Argumentation mit »Figuren«, noch dazu »ewigen Figuren«, war keineswegs originär in der Debatte der Konservativen Revolution. Wie Niekisch-Biographin Rätsch-Langejürgen anmerkt ist Niekischs Konzept eindeutig aus Ernst Jüngers »Der Arbeiter« übernommen.[71] Auch das Bild des »ewigen Bauern« auf seiner Scholle, welches Niekisch in der »Figur« eindeutig ablehnte, ist nicht neu. Rolf Peter Sieferle klassifiziert dieses Motiv als Produkt der »romantischen Bauerliteratur«, die in Deutschland seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Buchmarkt überflutet habe und als konservative Kritik an der Industrialisierung zu verstehen sei.[72] Breuer beschreibt, dass noch in den Jahren vor

70 Vgl. Rätsch-Langejürgen, Niekisch, S. 228 f.
71 Vgl. ebd., S. 225.
72 Vgl. Sieferle, Rolf Peter: Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984, S. 189 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dem Ersten Weltkrieg innerhalb konservativer Kreise ein »antimodernistischer Affekt« bestanden habe. Ausgedrückt etwa durch Werner Sombart und Georg Simmel; es wäre beklagt worden, dass der Mensch zu einem Diener der Maschine geworden sei.[73] Der Erste Weltkrieg habe jedoch diese Ressentiments gegenüber der Technik abgebaut, so wäre Sombart (bereits 1915 in »Händler und Helden«) der Meinung gewesen, der Krieg habe dem technischen Fortschritt einen neuen Sinn gegeben: die Steigerung der Wehrfähigkeit. Mit Herf beschreibt Breuer diese Haltung als »reaktionären Modernismus«. Oswald Spengler habe sich in »Der Untergang des Abendlandes« dieser Auffassung angeschlossen, doch hebe dieser die Bedeutung des »Ingenieurs«, also eines »wissenschaftlichen Priesters«, der die Technik kontrolliere, hervor, dem es bestimmt sei, die »satanischen« Kräfte der Maschine zu bändigen. Weitere herausragende Vertreter dieses Technikverständnisses seien Carl Schmitt, Ernst sowie Friedrich Georg Jünger gewesen, wobei gerade die beiden letzteren andere Akzente gesetzt hätten.[74]

Sieferle definiert die gängige Haltung dieser Diskussion gegenüber der Technik als Gefühl des Kontrollverlustes, als wäre die Technik nun »autonom« vom Menschen, die technische Entwicklung nicht mehr durch gesellschaftliche Kräfte lenkbar, was man im negativen Sinne als »Dämonie der Technik« empfunden habe. Auf diesen Kontrollverlust hätte es in der Debatte in der Weimarer Republik drei Reaktionen gegeben: die Resignation und Technikklage, der Versuch die Technik zu re-instrumentalisieren und als dritte Option die »heroische Akzeptanz« der Technik, wobei Spengler und die Brüder Jünger diese Option gewählt hätten. Gemein hätten diese Haltungen das Bild von der Technik als »Monolith, ohne innere Spannung« gehabt, dieser Monolith könne nur von außen (durch politische Kräfte) unterworfen werden; folge man jedoch den Brüdern Jünger so komme man zu dem Schluss, dass keine politische Macht groß genug sei, die Technik zu unterwerfen, da dieser ein innerer Drang zur »Perfektion« innewohne und sie mit der Zeit ihren »planetaren Charakter« entfalte. »Heroische Akzeptanz« meine nun, nicht mehr an von der technischen Entwicklung überholten Vorstellungen, wie u. a. der Nation (Ernst Jünger in »Der Arbeiter«), festzuhalten, nur so könne eines Tages nach der erfolgten »Perfektion der Technik« (Terminus von Friedrich Georg Jünger aus dem gleichnamigen Buch, geschrieben im Herbst 1939) wieder Ordnung und Konstanz einkehren. Niekisch sei im Vergleich mit ihnen jedoch einen Schritt in die andere Richtung gegangen. Er habe postuliert,

73 Ferner wurde daraus die Frage abgeleitet, wie die »Nachbarschaft« zwischen Mensch und Maschine gestaltet werden könne.

74 Vgl. Breuer, Stefan: Die Gesellschaft des Verschwindens. Von der Selbstzerstörung der technischen Zivilisation, Hamburg 1995, S. 122 – 127.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dass die Sowjetunion als Verkörperung des internationalen Proletariats sehr wohl den Weitblick besäße, die Technik wieder zu instrumentalisieren.[75]

Niekisch bedient sich bei Jüngers Entwurf »des Arbeiters« als Typus, der, gänzlich frei von Individualität, das Abbild des Menschen der Zukunft darstelle, wobei noch einmal hervorzuheben ist, dass dieses Umschwenken bei Niekisch einen massiven Bruch mit seinen bisherigen Ansichten bedeutete. Während Niekisch bereits in »Das Reich der niederen Dämonen« Denker wie Oswald Spengler oder Otto Strasser als Vorbereiter und Kollaborateure des NS-Regimes voller Verachtung verwirft,[76] bleibt seine Verehrung für Ernst Jünger auch nach dem Krieg bestehen. Erst im zweiten Band seiner Autobiographie berichtet Niekisch von seiner deutlichen Entfremdung gegenüber Jünger, wegen dessen »verwestlichten« Einstellungen.[77] Im ersten Band von Niekischs Autobiographie wird sein Verständnis von Jüngers »Arbeiter« deutlicher.

> »[Der Arbeiter] ist sicher eine der größten Leistungen Jüngers; hierin formt er den geistigen Gehalt der russischen Revolution und des Bolschewismus in deutsche Anschauungs- und Denkweise um. […] Nicht immer beachtet wurde, daß ein wesentliches Motiv der Jüngerschen Schöpfungen das Fluchtmotiv ist. […] Seinem Arbeiter fehlt die Parteinahme; hier ist nichts von Klassenkampfwillen und Klassenkampfgeist zu spüren. Den Kollektivismus des technischen Zeitalters sieht Jünger im Bilde eines Dämons, der sich unaufhaltsam nähert, der ihn jedoch nicht zu einer Entscheidung zwingt, sondern den er lediglich in allen Stadien seines Umsichgreifens beobachtet und beschreibt.«[78]

Diese Einschätzung von »Der Arbeiter« änderte Niekisch bis zuletzt nicht. In seinem Essay »Die Gestalt des Arbeiters« von 1965 versucht er Jüngers Werk von der Bedeutung her in eine Reihe mit den Werken Kants und Nietzsches zu stellen, diese drei hätten die Grundtendenz der Welt glasklar erkannt.[79] Bereits in »Die dritte imperiale Figur« gesteht Niekisch Jünger eine bedeutende Rolle in der Geistesgeschichte zu. Nur verortet er ihn hier anders. Er sieht Jünger als Glied zwischen Kierkegaard, Nietzsche und Spengler, die alle den »Bankrott« des bürgerlichen Kapitalismus erkannt hätten, aber noch nicht die richtigen Schlüsse daraus zogen und Karl Marx, der einen Leitfaden hin zu einer neuen (der Gegenwart angemesseneren) Ordnung weise. Auch diese Sätze sind Ausdruck dessen, wie sich Niekisch im Verhältnis zu Jünger versucht darzustellen: als Praktiker, der die po-

75 Vgl. Sieferle, Ungleichheit, S. 93 – 96. Ebenso Rohkrämer, Thomas: Eine andere Moderne?. Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland 1880 – 1933, Paderborn [u. a.] 1999.
76 Vgl. Taschka, Rußlandbild, S. 42 f.
77 Vgl. Niekisch, Ernst: Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs. Gegen den Strom 1945 – 1967, Bd. 2, geschrieben 1967, Köln 1974, S. 184.
78 Niekisch, Gewagtes Leben, S. 188 u. 191.
79 Vgl. Niekisch, Ernst: Die Gestalt des Arbeiters, erstmals erschienen in: Antaios 5/6 (1965), neu erschienen in: Über Ernst Jünger, hrsg. von Hubert Arbogast, Stuttgart 1995, S. 79 – 86.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

litischen Hindernisse auf dem Weg zu der neuen Ordnung des »technischen Zeitalters« ausmacht und Jünger damit sozusagen weiterdenkt.

Auch in der wissenschaftlichen Debatte wurde die Parallele zwischen Jünger und Niekisch festgestellt. Christoph H. Werth macht eine grundsätzliche Ähnlichkeit, ausgelöst durch ein gleiches Bild der Technik, aus. Niekisch wie Jünger wären dadurch zu »Propagandisten des Blutbades, der tabula-rasa-Phantasien« mit totalitären Vorstellungen über den wünschenswerten Staat verkommen.[80]

> »Diesem Denken liegt der Maschinenbegriff[81] der Moderne zugrunde. Er entstammt der Überzeugung, daß alles materiell und funktionell wie eine Maschine zu beschreiben sei und daß danach auch ein wiederholbarer Prozeß konstruiert und gestaltet werden kann.«[82]

Genau dies ist die Ausgangslage für Niekischs »dritte imperiale Figur«, die ihm einen direkten Weg zum Totalitarismus eröffnete.

Der neue Mensch im »technischen Raum«

Betrachten wir also Niekischs Gegenmodell zur von ihm verachteten bürgerlichen Ordnung des Kapitalismus. Auch im zweiten Teil seines Buches bleibt Niekisch bei dem Bild der »imperialen Figur«. Interessant ist, wie er sich die Entstehung der Arbeiterbewegung anhand dieses Bildes erklärt. Zentral in seiner Argumentation sind zwei historische Personen bzw. Niekischs Wahrnehmung von ihnen: Karl Marx und Lenin. Die Tatsache, dass Marx – wie beispielsweise auch Mühsam – zwar einen jüdischen Familienhintergrund hatte, aber die jüdische Religion nicht praktizierte, schreckte Niekisch offenkundig nicht ab, ihn als »Jude« zu bezeichnen. Marx als »jüdischen« Vater des Kommunismus zu betrachten, bringt für Niekisch natürlich einen problematischen Widerspruch mit sich. Wie kann der Kommunismus das Kind des »ewigen Juden« sein? Die Art wie Niekisch dieses Paradoxon löst, hat deutliche verschwörungstheoretische Züge. Niekisch erkennt zwar Marxens Leistung bei der »Demaskierung« des Kapitalismus an (mehrmals versucht er Marx für seine Argumentation einzuspannen), aber gleichzeitig betrachtet er dessen Werk als Trick des »ewigen Juden«. Es habe die Funktion, dem »ewigen Juden« auch in der postkapitalistischen Welt, die aufgrund des Charakters der Technik unweigerlich anbrechen werde, einen Platz zu

80 Vgl. Werth, Christoph H.: Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Opladen 1996, S. 286 f.
81 Es wäre hier präziser, wenn Werth von der »Maschinenkritik der Moderne« geschrieben hätte, da weder Niekischs noch Jüngers Maschinenverständnis als furchtfrei zu betrachten ist.
82 Ebd., S. 280.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sichern. Bedroht werde der Kapitalismus nämlich nicht von der Arbeiterbewegung, sondern von der aufziehenden »technischen Ratio«. Hier zeigen sich die oben angekündigten Auswirkungen von Niekischs Umfeld auf seine Gedankenwelt. In der Vorstellung Niekischs ist die »Dämonie der Technik« eindeutig aus dem Wesen des Kapitalismus selbst begründet und von der Entstehung des Sozialismus klar zu trennen. In diesem Sinne sieht Niekisch auch den reformistischen Sozialdemokraten Eduard Bernstein als »Diener« des »ewigen Juden«, insgesamt sei jeder Teil der Arbeiterbewegung, der sich nicht von den »jüdischen« Elementen in Marxens Lehre distanziert habe, abzulehnen. Hier kommt Lenin ins Spiel. Dieser habe es nämlich geschafft, die Sowjetunion vor dem Einfluss des »Juden« Trotzki zu bewahren. Auch für Stalin findet er in diesem Zusammenhang anerkennende Worte. Das in Lenin hervortretende »russische Wesen«, der Drang zur »Allweltlichkeit«, habe grundsätzlich eine anti-westliche, imperiale Stoßrichtung, was Trotzki aber abzuschwächen versucht habe.[83]

> »Als nach Lenins Tod Trotzki noch einmal der Sache des ewigen Juden das verlorene Feld zurückgewinnen wollte, wurde er von Stalin verbannt. Stalin behauptete gegenüber der jüdischen Gestalt dem slawisch-asiatischen Element die imperiale Unabhängigkeit, zu der es von Lenin empor geführt worden war.«[84]

Erst durch Stalin wurde die »dritte imperiale Figur« zum Mittel der Wahl des »germanisch-slawischen Barbarentums« im Kampf gegen den westlichen Kapitalismus. Die Vorstellung Niekischs, der Kapitalismus und mit ihm die bürgerliche Ordnung würden sich aufgrund der ihnen zugrundeliegenden Mächte selbst auflösen, was wiederum ein Kernelement des Marxismus ist, ist zentral für seine weitere Argumentation. Nur hiermit rechtfertigt er die von ihm als notwendig diagnostizierte Neuentstehung der »dritten Figur« und die damit einhergehenden blutigen Machtkämpfe. Der Mensch dieser neuen Ordnung ist gleichwohl ohne Freude.

> »Die Normierung des Daseinsstils liegt im Zug der Dinge. Reichhaltigkeit würde die Gesamtbilanz überlasten. Die Technik wird total; das Dasein ist technische Apparatur. Innerhalb der bürgerlichen Ordnung war die Technik ein Instrument, um mit ihr ökonomische Zwecke zu erreichen. […] Die beste Maschine produziert keinen Profit, sondern nur die saubersten und vollkommensten Gegenstände. […] Die Maschine ist gezähmte Naturkraft. […] Der Mensch ist der Herr[…]. Schließlich zieht der Mensch seiner eigenen elementaren Unberechenbarkeit die Zügel kurz; er diszipliniert sich selbst zur Maschine […].«[85]

83 Vgl. Niekisch, Figur, S. 115 – 132, 159 – 164 u. 212 – 214.
84 Ebd., S. 164.
85 Ebd., S. 151 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Glaube und Individualität sind in dieser neuen Welt nicht mehr möglich, sie werden wegrationalisiert. Hervorgehen wird der neue Mensch nach Niekisch aus dem Industriearbeiter, aber er sei mit ihm nicht identisch. Gegenüber den alten »Figuren« habe er einen den Kampf entscheidenden Vorteil: »Jeder kann Arbeiter sein und soll es werden.«[86] Hingegen könne nicht jeder zum »Jude« oder »Römer« werden, da es sich hierbei um soziale Eliten handele. Auch zur »dritten Figur« gehören bei Niekisch besondere Begriffe. Dem »Arbeiter« eigen sei die »Klasse«, nicht das Volk, das »Kollektiv«, nicht die Familie.

> »Das Klassenbewußtsein ist abstrakt fanatisch; es beruht auf einer soziologischen Erkenntnis. Man fühlt sich in Einigkeit verbunden mit allen, die ebenso Teil eines technischen Mechanismus sind, wie man selbst es ist. Man ist vollgütiger Mensch nur, insoweit man in den Zusammenhang technischer Disziplin einbezogen ist. […] Die Klasse erscheint im Lichte dieser Deutung als die Gemeinschaft jener imperialer Kämpfer, die schlechthin alles opfern, weil sie an ihrem Endsieg nicht zweifeln[…].«[87]
> »[Das Kollektiv] ist wie ein Tiegel, in dem das ausgedörrte Individuum eingeschmolzen und in den Stand eines menschlichen Grundstoffes zurückversetzt wird. […] Das Kollektiv ist eine Maschinerie aus unmittelbarer menschlicher Substanz; sie ist daraufhin konstruiert, menschliche Energie in der schlechthin rationalsten, sparsamsten und ergiebigsten Weise und ohne allen Reibungsverlust in Funktion zu setzen.«[88]

Bei der Beschreibung der »dritten Figur« verfällt Niekisch in eine martialische Militärrhetorik, die geradezu charakteristisch für einen Autor der Konservativen Revolution scheint. Obwohl Niekisch wie oben gezeigt wurde sich von den Grundwerten der Rechten – »Nation« und »Volk« – trennte, bleibt eine autoritäre Vorstellung des ›wünschenswerten‹ (notwendigen, würde Niekisch sagen) Staates bestehen. Dem Arbeiter weist er eine quasi-soldatische Rolle innerhalb dieses Konstruktes zu. Widerstand gegen diesen wäre »unrational«, der »technischen Ratio« unangemessen. Dass Niekisch dieses ›rechte‹ Element seines Denkens für den ›linken‹ sowjetischen Staat einsetzte, ist gerade das Kuriose an seiner Ideologie. Warum betrieb er keine ›linke‹ Propaganda für die Sowjetunion? Niekisch konnte zwar nachvollziehen, warum die Kommunisten die Arbeiter mit dem (Heils-)Versprechen auf die möglichst baldige Befreiung von deren Joch lockten, doch ist es gerade nicht dieses »humanitäre«, pseudo-religiöse Motiv, auf das er seine Vorstellungen begründete. »Das Kapital« von Marx vergleicht er sogar mit der Bibel, also einer Heiligen Schrift für ihn jüdischen Ursprungs.[89] Abgesehen davon hatte Niekisch nicht den einfachen Arbeiter als Zielgruppe seines Werks, sondern vornehmlich die verbliebenen Anhänger des Widerstand-Kreises und

86 Ebd., S. 169.
87 Ebd., S. 173 u. 176.
88 Ebd., S. 179 f.
89 Vgl. ebd., S. 124.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nicht zuletzt sich selbst. Im Verlauf des Buches äußert Niekisch immer wieder den Gedanken, dass alles, was er beschreibt, aus seiner Sicht nur eine neutrale Bestandsaufnahme sei, die Zukunft nun mal so aussehen müsse. So schließt er mit den Worten:

> »Die humanitäre Bilanz des [neuen] Imperiums wird gewiß hinter der humanitären Bilanz des [alten] Imperiums nicht zurückbleiben: die Einzelposten werden sich verschieben, aber der Debetsaldo wird hier genau so hoch oder so niedrig sein wie er dort war. Ein neuer Ordnungskosmos taucht auf – nicht weil er von Menschen gewollt oder ersehnt wird, sondern weil seine Stunde gekommen ist.«[90]

Revolution und Gewalt müssten sein, einfach weil sie als historisch notwendig erscheinen und nicht, weil sie mit der Hoffnung auf eine bessere Welt verbunden werden. Hieraus tritt eine fatalistische Wahrnehmung Niekischs nicht nur seiner Gegenwart, sondern auch der Zukunft zutage.

Blut zeichnet ihre Pilgerschaft

Ganz anders als Niekisch verwies Mühsam zur Legitimation der von ihm erhofften Revolution stets auf die hiermit intendierte Absicht. Standen zu Beginn seiner schriftstellerischen Tätigkeit noch sehr weitreichende moralische Abwägungen, die sich aus Mühsams grundsätzlicher Gewaltablehnung ergaben, so standen in seinem postrevolutionären Werk zunehmend die vermeintlichen Notwendigkeiten der konkreten politischen Situation im Vordergrund. Der Weltkrieg wird demgegenüber bereits im Vorhinein delegitimiert, da er seinem Wesen nach nie dem Vorteil oder den Interessen der ihn praktisch Durchführenden dienen könne. Mögliche Legitimationen staatlicher Gewalt sind nach Mühsams Lesart daher immerzu nichtig. Anders als Niekisch will er den Staat grundsätzlich überwinden. Dass Mühsam demgegenüber, am Beispiel konkreter Attentate oder einzelner Gewaltakte, revolutionärer Gewalt Legitimation zubilligt, begründet sich auch in seiner Funktion als Beobachter. Zentralen Wendepunkt bildet hier seine kurze eigene Beteiligung als Akteur der Münchener Räterepublik, die er auch während ihrer Durchführung argumentativ in ihren Prozessen begleitete und zu gestalten versuchte. Es lässt sich so festhalten, dass in der Analyse von Mühsams Schriften zwar die Konstante des Anarchismus bestehen bleibt, gleichzeitig jedoch eine signifikante Verschiebung und Umdeutung in dessen Verhältnis zur Gewalt auszumachen ist. Stand zu Beginn noch die ambivalente Position, wonach

90 Ebd., S. 224.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gewissermaßen zwar der Zweck die Mittel heilige, Mühsam jedoch stets die Option der Gewaltfreiheit nach Möglichkeit betonte, so tritt in späteren Ausführungen, insbesondere in den letzten Jahren des »Fanal«, eine immer offenere Befürwortung bis hin der Forderung nach einem gewaltsamen Umsturz der Weimarer Republik zutage. Begründen ließe sich dies in der zunehmenden ›Erkenntnis‹ der vermeintlichen Notwendigkeit revolutionärer Gewalt zur Überwindung von Staat und staatlichen Institutionen hin zur Errichtung der erwünschten Gesellschaftsform einer postinstitutionalen Anarchie. So lässt sich Mühsams Wandel vom romantisch denkenden Idealisten hin zum ›praktisch‹ orientierten Revolutionär nachweisen, was sich mutmaßlich in seinen Erfahrungen zunächst vom Scheitern der antimilitaristischen Agitation in den Vorkriegsjahren und später dem Scheitern der ›eigenen‹ Revolution begründet.

Weiter ist als Erklärung der Entwicklung im Denken Mühsams der Wegfall des pazifistischen Einflusses Gustav Landauers von zentraler Bedeutung. Niekisch hingegen hielt über Jahrzehnte den Kontakt zu seinem geistigen Vorbild Ernst Jünger, auch wenn er sich spätestens während seiner Tätigkeit in der DDR von ihm auch öffentlich abgrenzen musste. Während Niekisch Mühsams schreckliche Todesumstände erspart blieben, waren die beiden Revolutionäre dennoch im Martyrium vereint. Die Weimarer Republik und das Dritte Reich bekämpften beide mit publizistischen Mitteln in aller Vehemenz. Niekisch trieb auf die denkbar radikalste Spitze, wenn er in verklausulierter Form Hitler und dem NS-Regime einen »jüdischen«, »römischen« und gleichzeitig deutschen Charakter zuschrieb. Seine ursprüngliche extreme Technikfurcht wandelte sich unter dem Eindruck des NS-Regimes in eine fatalistische Technikakzeptanz. Mit seiner antiwestlichen Grundhaltung blieb Niekisch auf einigen Umwegen seinen geistigen Wurzeln in der Arbeiterbewegung treu, auch wenn die Übernahme völkisch-antisemitischer Argumentationsmuster ihn denkbar weit von Mühsam entfernte. Der Dichter verfolgte eine anarchistische Version des Sozialismus, die ohne jeglichen Staat auskommen und so das Individuum befreien wollte. Niekisch wiederum, der Propagandist und autodidaktische Historiker, entwickelte die Vision eines hochtechnisierten Zukunftsstaates, in dem die »technische Ratio« uneingeschränkt von jeglicher Rücksichtnahme auf Individualität herrschen konnte. Während für Mühsam der Anarchismus nur nach einer Zerstörung des ›bürgerlichen‹ Staates denkbar war, forderte Niekisch den totalen Staat eben zur Beseitigung des als anarchisch empfundenen ›bürgerlichen‹ Kapitalismus. Wenn er in der »Figur« »das Judentum« mit einem »anti-staatlichen« Prinzip in engste Verbindung brachte, ist es nicht weit hergeholt anzunehmen, dass Niekisch hierbei auch an den Anarchisten Mühsam gedacht haben wird. Dass diese zutiefst antisemitische Zukunftsvision in der real existierenden Sowjetunion, trotz des auch

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dort vorhandenen Antisemitismus, nicht völlig verwirklicht wurde, musste Niekisch in späteren Jahren freilich konstatieren, wobei sein Aufsatz »Der Clerk« von 1956 diesbezüglich einschlägig ist, da er hierin selbst der Sowjetunion eine zukunftsbildende Kraft absprach, die sich mehr und mehr der westlichen Angestelltengesellschaft angleiche.[91] Niekisch rechtfertigt auf diese Weise offenkundig, warum er am Ende seines politischen Lebens keine Seite mehr zu wählen braucht. Dass ihn keine Seite mehr wollte, hat sicher zu dieser Einschätzung beigetragen. Für den »Clerk« ist daher nicht derselbe weltenzerstörende Zug wie in »Die dritte imperiale Figur« nachzuweisen, vielmehr ist diese Schrift Ausdruck eines politischen Nihilismus, was bei einem Mann, an dessen Lebensende nicht nur sein politisches, sondern auch sein ideologisches Scheitern offenkundig war, wohl keine ungewöhnliche Haltung ist.

Dass Niekisch und Mühsam Gewalt als Mittel der Politik nicht nur befürworteten, sondern diese als konstitutiv betrachteten, um ihr jeweilig favorisiertes Gesellschaftsmodell durchzusetzen, bleibt abschließend festzustellen. Zwar leisteten beide »Widerstand« gegen das NS-Regime, aus einer demokratischen Haltung heraus erfolgte dies aber freilich nicht. Niekisch offenbart sich bei einem genaueren Blick auf seine Schriften als ein extremer Vertreter totalitären Gedankenguts, der trotz späterer Differenzen am Aufbau der DDR tatkräftig mitgewirkt hatte. Es bleibt wiederum Spekulation, wie sich Mühsam, wenn er das NS-Regime überlebt hätte, im geteilten Deutschland eingerichtet hätte. Vielleicht hätte auch er seine alten Vorbehalte gegen das Sowjetsystem aufgegeben und sich mit dem real existierenden Sozialismus arrangiert. Seine paradoxe Befürwortung von Gewalt als Mittel zur Errichtung einer vermeintlich herrschaftsfreien Gesellschaft hätte ihm eine Einordnung sicherlich erleichtert.

91 Vgl. Rätsch-Langejürgen, Niekisch, S. 296 f.; Taschka, Rußlandbild, S. 81–84. Der »Clerk« wurde in Niekischs »Politischen Schriften« veröffentlicht (Niekisch, Ernst: Politische Schriften, Köln und Berlin 1966).

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Paul Srodecki

Bollwerk gegen Ost und West – Das Bild eines restituierten polnischen Staates in den Überlegungen polnischer Publizisten vor dem Hintergrund des Ersten Weltkrieges

Der Erste Weltkrieg führte wie kaum ein anderer Konflikt zuvor zu weitreichenden Veränderungen auf der politischen Karte Europas. Der Zusammenbruch der Mittelmächte im November 1918 und die Friedenskonferenz von Paris mit dem anschließenden Vertrag von Versailles 1919 hatten – auf den Ruinen des Deutschen Kaiserreichs, Österreich-Ungarns und des Russländischen Imperiums – die Entstehung zahlreicher neuer Staaten im östlichen Mitteleuropa, dem Baltikum und Südosteuropa zur Folge. Der größte und seiner regionalpolitischen Bedeutung nach wichtigste dieser Staaten war zweifelsohne Polen, das nach 123 Jahren wieder seine Unabhängigkeit erringen konnte. Bereits im Vorfeld von Versailles und noch während der Kampfhandlungen an der West- und Ostfront haben sich zahlreiche polnische Publizisten und Unabhängigkeitsaktivisten mit großem Eifer für die polnische Sache eingesetzt. Der folgende Beitrag untersucht das Bild, das die polnische Publizistik während des Ersten Weltkrieges wie auch in den Jahren unmittelbar danach von einem restituierten polnischen Staat zeichnete. Bei der Beantwortung der Frage nach der außenpolitischen Ausrichtung dieser neugegründeten Rzeczpospolita in den Überlegungen der polnischen Eliten soll allem voran der in Polen seit dem späten Mittelalter und der Frühen Neuzeit weit verbreitete Bollwerkstopos stehen.[1]

1 Zu ostmitteleuropäischen Bollwerksdiskursen vgl. Srodecki, Paul: Antemurale Christianitatis. Zur Genese der Bollwerksrhetorik im östlichen Mitteleuropa an der Schwelle vom Mittelalter zur Frühen Neuzeit, Husum 2015; ders.: Antemurale-based frontier identities in East Central Europe and their ideological roots in medieval/early modern alterity and alienity discourses, in: Collective Identity in the Context of Medieval Studies, hrsg. von M. Antonín Malaníková/ R. Antonín, Ostrava 2016, S. 97–120.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zwischen Messianismus und Antemurale

Um das Selbstverständnis der polnischen Unabhängigkeitsaktivisten des frühen 20. Jahrhunderts wie auch ihre geopolitische Einordnung eines restituierten polnischen Staates (vor allem im Verhältnis zu Russland) verstehen zu können, kommt man nicht umher, sich mit den bereits im 19. Jahrhundert formulierten Konzepten der polnischen Eliten zu befassen. Polen als eine Scheidelinie zwischen der westlichen Welt der (west)europäischen Zivilisation und der östlichen Despotie Asiens war ein Bild, das der politische Schriftsteller und Publizist Stanisław Staszic fast schon programmatisch für das gesamte 19. und 20. Jahrhundert skizzierte, als er – in Anlehnung an spätmittelalterlich-frühneuzeitliche Bollwerkstopoi und das säkularisierte Europakonzept der polnischen Aufklärer des 18. Jahrhunderts – im Jahre 1807 konstatierte:

> »Durch Polen verläuft diese sich vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee ziehende [Trenn-] Linie, die Europa vor Asien verschließt. In Polen liegt die Vormauer Europas gegen die Anstürme aus Asien. Zwischen Dnjepr und Bug, zwischen Weichsel und Oder befinden sich die Gräber, die die Horden verschlangen, welche von Asien aus zur Unterbindung und Zerstörung der europäischen Zivilisation losgezogen waren.«[2]

Die misslungenen und rigoros niedergeschlagenen Aufstände 1830 – 31 und 1863 – 64 der Polen gegen St. Petersburg wie auch die darauffolgenden russischen Repressalien und Deportationen wirkten nachhaltig auf das Selbstverständnis der polnischen Eliten, die für die Unabhängigkeit kämpften. Noch aus der Zeit der frühneuzeitlichen Rzeczpospolita wohl bekannt, dienten die antirussischen Topoi – der Moskowiter bzw. Russen als grausame und asiatisch-barbarische »inimici Europae« wie auch der Polens als Bollwerk gegen die »schismatischen russischen Horden« – den polnischen Unabhängigkeitsaktivisten des 19. Jahrhunderts als

2 Staszic, Stanisław: O statystyce Polski krótki rzut wiadomości. Potrzebnych tym, którzy ten kray chcą oswobodzić, i tym którzy w nim chcą rządzić [Eine kleine Auswahl an Informationen zur Statistik Polens. Nützlich denen, die das Land befreien und denen, die es regieren wollen], Warszawa 1807, S. 32 f.: »W Polsce iest ta linia między morzém Czarnem i między morzém Baltyckiém, która Europę od Azyi zamyka. W Polsce iest przedmurze Europy przeciw nawałom z Azyi. Między Dnieprem i Bugiem, Wisłą i Odrą, znayduią się groby, które pochłonęły wszystkie hordy, co z Azyi wychodziły, na wstrzymanie i na burzenie cywilizacyi Europy.« Vgl. Lawaty, Andreas: Polen und Europa in der Aufklärung, in: Europas Platz in Polen. Polnische Europa-Konzeptionen vom Mittelalter bis zum EU-Beitritt (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 11), hrsg. von Claudia Kraft/ Katrin Steffen, Osnabrück 2007, S. 105 – 130, hier S. 120. Zum Staats- und Reformgedanken bei Staszic siehe Topolski, Jerzy: L›État dans la pensée politique de Stanislav Staszic, in: L›État dans les doctrines économiques et politiques de la Renaissance à nos jours. Colloque des 24 – 26 mai 1988, Université des Sciences humaines de Strasbourg, Strasbourg 1990, S. 99 – 100; Daszyńska, J.: Przestrogi dla Polski i Anglii w pismach Stanisława Staszica i Benjamina Franklina [Mahnungen an Polen und England in den Schriften des Stanisław Staszic und Benjamin Franklin], in: Oświeceni wobec rozbiorów Polski [Die Aufklärer gegenüber den Teilungen Polens], hrsg. von Jerzy Grobis, Łódź 1998, S. 215 – 227; Nosov, B.: Stanisław Staszic – ostatnia przestroga dla Polski [Stanisław Staszic – die letzte Mahnung an Polen], in: Napis. Pismo poświęcone literaturze okolicznościowej i użytkowej 6 (2000), S. 239 – 243.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

willkommene Argumentationsgrundlagen gegen das Russländische Kaiserreich als einer der Teilungsmächte eines seit 1795 von der politischen Landkarte Europas verschwundenen polnischen Staates. Auch angesichts einer zunehmenden Säkularisierung der polnischen Vormauervorstellung im 19. Jahrhundert wurde nun zunehmend die geopolitische Bedeutung Polens für den europäischen Westen bemüht. Den nationalpolnischen Publizisten galt Polen fortan als der hart umkämpfte Vorposten der von der Aufklärung geprägten und auf liberalen Grundwerten aufgebauten westlichen Zivilisation gegen das östliche Barbarentum des autokratischen Russlands.[3] Dieser Rückgriff auf ältere Vormauervorstellungen verhalf überdies den auf eine innere Konsolidierung angelegten In- und Exklusionsstrategien zur Herausbildung eines polnisch-nationalen Denkens und löste eine Renaissance des Bollwerksbegriffs aus.[4] Alte Muster aus der Jagiellonenzeit und der frühneuzeitlichen Rzeczpospolita dienten bei dieser verweltlichten Form der Bollwerksallegorie als willkommene Vorlagen.[5]

Großen Anteil hatte daran auch die polnische Diaspora, die das Bild des polnischen Messianismus, dessen Wurzeln ein Teil der heutigen polnischen Geschichtswissenschaft in der »sarmatischen« Ideologie der Rzeczpospolita sehen will,[6] euro-

3 Rzońca, Jan: Polacy i Rosjanie – wzajemne opinie w pracach historycznych i publicystycznych [Polen und Russen – Gegenseitige Wahrnehmungen in historischen und publizistischen Arbeiten], in: Swoi i obcy [Eigene und Fremde] (Kultura polityczna w Polsce, Bd. 4,1), Bd. 1, hrsg. von Marceli Kosman, Poznań 2004, S. 137–160, hier S. 141 ff.; Janowski, Maciej: Polen im 19. Jahrhundert. Europa an der Weichsel?, in: Europas Platz in Polen. Polnische Europa-Konzeptionen vom Mittelalter bis zum EU-Beitritt (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 11), hrsg. von Claudia Kraft/ Katrin Steffen, Osnabrück 2007, S. 131–155, hier S. 131; Lawaty, Andreas: Polen und Europa in der Aufklärung, in: Europas Platz in Polen. Polnische Europa-Konzeptionen vom Mittelalter bis zum EU-Beitritt (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 11), hrsg. von Claudia Kraft/ Katrin Steffen, Osnabrück 2007, S. 105–130, hier S. 118–121.

4 Tazbir, Janusz: Polska przedmurzem Europy [Polen als Vormauer Europas], Warszawa 2004, S. 135–159.

5 Rzońca, Polacy i Rosjanie, S. 141 ff.; Janowski, Polen im 19. Jahrhundert, S. 131; Lawaty, Polen und Europa, S. 118–121.

6 Zu dieser unter den Geschichts-, Literatur- und Kulturwissenschaftlern umstrittenen These siehe Jabłońska-Deptuła, E./ Skarbek, J.: W dobie między powstaniami (1832–1864) [Zwischen den Aufständen (1832–1864)], in: Chrześcijaństwo w Polsce. Zarys przemian 966–1979 [Das Christentum in Polen. Eine Skizze des Wandels 966–1979] (Biblioteka historii społeczno-religijnej Instytutu Geografii Historycznej Kościoła w Polsce, Bd. 7), hrsg. von J. Kłoczowski, Lublin ^{2}1992, S. 403–455, hier: S. 403–410; Obremski, K.; Sarmacki mesjanizm [Sarmatischer Messianismus], in: Ogród 7 (1994), S. 119–130; ders.: Jan III – od Wiednia do Jerozolimy (apogeum sarmackiego mesjanizmu) [Jan III. – von Wien nach Jerusalem (der Höhepunkt des sarmatischen Messianismus)], in: Między barokiem a oświeceniem. Apogeum sarmatyzmu. Kultura polska drugiej połowy XVII wieku [Zwischen Barock und Aufklärung. Der Höhepunkt des Sarmatismus. Die polnische Kultur in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts], hrsg. von K. Stasiewicz/ S. Achremczyk, Olsztyn 1997, S. 100–109; ders.: »Wielka teraźniejszość« i alegoreza jako konteksty sarmackiego mesjanizmu. [»Die große Gegenwart« und die Allegorese als Kontexte des sarmatischen Messianismus], in: Barok 11,1 (2004), S. 105–118; J. Garewicz, Sarmatyzm i mesjanizm. Tezy do diskusji [Sarmatismus und Messianismus. Thesen zur Diskussion], in: August Cieszkowski (1814–1894). W setną rocznicę śmierci [August Cieszkowski (1814–1894). Zum hundertsten Todestag], hrsg. von B. Markiewicz/S. Pieróg, Warszawa 1996, S. 11–15; Niedźwiedź, J.: Mesjanizm [Der Messianismus], in: Słownik sarmatyzmu. Idee, pojęcia, symbole [Wörterbuch des Sarmatismus. Ideen, Begriffe, Symbole], hrsg. von A. Borowski, Kraków 2001, S. 111–114; Olschowsky, H., Sarmatismus, Messianismus, Exil, Freiheit –

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

paweit verbreitete.[7] Am deutlichsten zeigte sich die von den polnischen Messianisten Polen zugeschriebene Märtyrer-Rolle in der bis heute in Polen populären Parole »Polska Chrystusem narodów« (»Polen, Christus der Völker«), zu deren wohl berühmtesten Propagatoren der Dichter Adam Mickiewicz als wichtigster Vertreter der polnischen Romantik zählte.[8] Vor dem Hintergrund der polnischen Romantik-Bewegung entstand auch der sogenannte »Winkelriedismus«, der in dem Heldenkult um die mythische Figur des im aufopferungsvollen Kampf gegen die Habsburger gefallenen Eidgenossenen Arnold Winkelried Parallelen zur historischen Rolle Polens sah.[9] Der zweite große Dichter der polnischen Romantik, Juliusz Słowacki, ließ den Titelhelden seines 1833 verfassten Gedichts »Kordian« – gewissermaßen als polemische Antwort auf Adam Mickiewicz und die Messianisten – den in Polen ebenfalls bis heute weit verbreiteten Ausspruch sagen: »Polen, Winkelried der Völ-

typisch polnisch?, in: A. Lawaty/H. Orłowski (Hgg.), Deutsche und Polen. Geschichte, Kultur, Politik, hrsg. von Andreas Lawaty/Hubert Orłowski, München [2]2006, S. 279 – 287.

7 Pluskiewicz, E.: Mesjanizm w myśli polskiej pierwszej połowy XIX wieku [Der Messianismus im polnischen Denken der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts], in: Zeszyty Naukowe Politechniki Śląskiej 748 (1983), S. 105 – 115; Salamon, J.: Mesjanizm polski XIX wieku na tle historycznych uwarunkowań [Der polnische Messianismus des 19. Jahrhundert vor dem Hintergrund historischer Rahmenbedingungen], in: Zeszyty Naukowe Uniwersytetu Jagiellońskiego. Studia Religiologica 23 (1990), S. 49 – 69; Ziółek, Jan: »Wskrzesić Polskę, zbawić świat«. Drogi polityczne polskich emigrantów [»Polen wiederbeleben, die Welt erlösen«. Die politische Wege polnischer Emigranten], in: Polskie powstania narodowe na tle przemian europejskich w XIX wieku [Die polnischen Nationalaufstände vor dem Hintergrund der europaweiten Veränderungen im 19. Jahrhundert] (Z´ródła i monografie, 215), hrsg. von Anna Barańska/ Witold Matwiejczyk/ Jan Ziółek, Lublin 2001, S. 155 – 166.

8 Dopart, Boguslaw: Polska – Chrystusem narodów? [Polen – Christus der Völker?], in: »Dziady« Adama Mickiewicza. Poemat, adaptacje, tradycje [Die »Totenfeier« des Adam Mickiewicz. Poemat, Adaptionen, Traditionen], hrsg. von dems., Kraków 1999, S. 70 – 92; Landgrebe, Alix: »Wenn es Polen nicht gäbe, dann müsste es erfunden werden«. Die Entwicklung des polnischen Nationalbewusstseins im europäischen Kontext von 1830 bis in die 1880er Jahre (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, Bd. 35), Wiesbaden 2003, S. 74 – 85 u. 166 – 177; Szymanis, Eligiusz: Mistyczny wymiar Mickiewiczowskiego mesjanizmu [Die mystische Seite des Mickiewicz-Messianismus], in: Mickiewicz mistyczny [Der mystische Mickiewicz], hrsg. von Andrzej Fabianowski/ Ewa Hoffmann-Piotrowska, Warszawa 2005, S. 177 – 191; Szymani, Ewa: Romantische Religiosität in Polen am Beispiel ausgewählter Texte von Adam Mickiewicz, in: Deutsche und Polen in der Aufklärung und in der Romantik. Verweigerung des Transfers? (Studien zum deutsch-polnischen Kulturtransfer, Bd. 2), hrsg. von ders., Leipzig 2011, S. 161 – 193. Zur weiteren Verbreitung des polnischen Messianismus unter den polnischen geistigen Eliten des 19. und frühen 20 Jhs. siehe Goszczyńska, J.: Mesjanizm w polskiej i słowackiej literaturze romantycznej (próba konfrontacji) [Der Messianismus in der polnischen und slowakischen Literatur der Romantik (der Versuch einer Konfrontation)], in: Polono-Hungarica. Nyelvészet, irodalom, történelem [Polono-Hungarica. Linguistik, Geschichte, Literatur], hrsg. von J. Bańczerowski/ J. Snopek, Budapest 1992, S. 143 – 148; Prussak, Maria: »Po ogniu szum wiatru cichego«. Wyspiański i mesjanizm [»Nach dem Feuer das Rauschen eines stillen Windes«. Wyspiański und der Messianismus], Warszawa 1993; Jaworski, Wit: Eleuteryzm i mesjanizm. U źródeł filozofii społecznej Wincentego Lutosławskiego [Eleutherismus und Messianismus. Zu den Ursprüngen der Gesellschaftsphilosophie des Wincenty Lutosławski], Kraków 1994; Krasicki, J.: Eschatologia i mesjanizm. Studium światopoglądu Mariana Zdziechowskiego [Eschatologie und Messianismus. Eine Studie zur Weltanschauung des Marian Zdziechowski], Wrocław 1994.

9 Im Gegensatz zum polnischen Messianismus, der die »Märtyrer«-Rolle Polens als gottgegeben ansah, propagierten die »Winkelriedisten« eine aktive Beteiligung an der Widerstandsbewegung gegen die Teilungsmächte und riefen wiederholt zur militärischen Gegenwehr auf. Vgl. Kaczyńska, Leokadia: Winkelried ożył? Teatralne odczytywanie »Kordiana« (1945 – 2000) [Die Wiedergeburt des Winkelried? Teatralische Wiedergabe des »Kordian« (1945 – 2000)], Gdańsk 2006; Piechota, Marek (Hrsg.): Słownik literatury polskiej [Wörterbuch polnischer Literatur], Katowice 2008.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ker!« (»Polska Winkelriedem narodów!«)[10] Auch Zygmunt Krasiński, als der Dritte in dem sogenannten »Dreigestirn der polnischen Romantik« (poln. »Trójca wieszczów«)[11], verband in seinen Werken den polnischen Messianismus mit dem erprobten Bollwerksmotiv.[12]

An den Messianismus der polnischen Romantik knüpfte[13] – im gewissen Sinne als Ergebnis einer zunehmenden Slawophilie – in besonderem Maße auch die von den politischen Eliten im 19. und frühen 20. Jahrhundert gern propagierte Überzeugung an, Polen sei stets auch ein aufopferungsbereites »antemurale« des Slawentums gegen die aggressive Germanisierung aus dem Westen gewesen. Zu den berühmtesten Verfechtern dieses Bildes zählte zweifelsohne der politische Aktivist und spätere Gründer der nationalkonservativen Bewegung »Narodowa Demokracja« (ND oder, nach den beiden Anfangsbuchstaben, auch »Endecja«), Roman Dmowski, der in seiner 1908 erschienenen Schrift »Niemcy, Rosya i kwestya polska« (»Deutschland, Russland und die polnische Frage«) in Polen das Hauptbollwerk des Slawentums gegen Deutschlands »Drang nach Osten« sah[14] und dem-

10 Inglot, Mieczysław: »Kordian« Juliusza Słowackiego [Der »Kordian« des Juliusz Słowacki], Warszawa 1993, S. 20, 25 f., 31 u. 48. Vgl. Makowski, Stanislaw; Juliusz Słowacki (Biblioteka ›Polonistyki‹), Warszawa 1980, S. 248 – 253.

11 Langer, Dietger: Grundzüge der polnischen Literaturgeschichte (Grundzüge, Bd. 26), Darmstadt 1975, S. 85; Zawodniak, Mariusz: »Reakcyjny kanon«, czyli trójca wieszczów w klasowej wizji romantyzmu (kartka z dziejów recepcji) [»Ein reaktionärer Kanon«, also das Dreigestirn der polnischen Romantik in der klassischen Vision der Romantik], in: Mickiewicz, Słowacki, Krasiński. Romantyczne uwarunkowania i współczesne konteksty [Mickiewicz, Słowacki, Krasiński. Romantische Rahmenbedingungen und zeitgenössiche Kontexte], hrsg. von Ewa Owczarz/ Jerzy Smulski, Łowicz 2001, S. 61 – 70.

12 Vgl. Fiećko, J.: Despotyzm, anarchizm i przedmurze chrześcijańskiej Europy. Memoriał Zygmunta Krasińskiego do François Guizota (z grudnia 1846 r.) [Despotismus, Anarchismus und die Vormauer des christlichen Europas. Zygmunt Krasińskis Memorandum an François Guizot (vom Dezember 1846)], in: Swoi i obcy. Studia z dziejów myśli Wielkiej Emigracji [Die Eigenen und die Fremden. Studien zur Ideengeschichte der Großen Emigration] (Publikacje Instytutu Historii UAM, Bd. 47), hrsg. von Przemysław Matusik/ K. Marchlewicz, Poznań 2004, S. 81 – 90. Eine besondere Rolle bei der Erhaltung der nationalen Identität in Zeiten staatlicher Inexistenz schrieben die polnischen Romantiker der Volksdichtung zu, die als wichtiger Orientierungsanker auch den »unteren« Bevölkerungsschichten ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl vermitteln sollte. Siehe hierzu Simonides, Dorota: Der Einfluss der Brüder Grimm auf die Sammlung und Erforschung der slawischen Volksdichtung, in: Erzählkultur. Beiträge zur kulturwissenschaftlichen Erzählforschung. Hans-Jörg Uther zum 65. Geburtstag, hrsg. von Rolf Wilhelm Brednich, Berlin/ New York 2009, S. 133 – 144, hier S. 138 ff.

13 Zu den Verbindungen zwischen dem polnischen Messianismus und dem Panslawismus siehe Pąkciński, M.: Mesjanizm i słowianofilstwo w myśli Mariana Zdziechowskiego [Messianismus und Slawophilie im Denken des Marian Zdziechowski], in: Przegląd Humanistyczny 33,2 (1989), S. 65 – 79; Goszczyńska, Joanna, Mesjanizacja idei słowianofilskich w poezji Sama Bohdana Hrobonia [Die Messianisierung der slawophilen Ideen in der Poesie des Samuel Bohdan Hroboň], in: Wielkie tematy kultury w literaturach słowiańskich [Die großen Kulturthemen in den slawischen Literaturen], Bd. 5 (Slavica Wratislaviensia, Bd. 128; Acta Universitatis Wratislaviensis, Bd. 2665), hrsg. von Izabella Malej/ Z. Tarajło-Lipowska Wrocław 2004, S. 32 – 39; Krzoska, M.: Historische Mission und Pragmatismus. Die slawische Idee in Polen im 20. Jahrhundert, in: Osteuropa 59,12 (2009), S. 77 – 94.

14 Dmowski, R.: Niemcy, Rosya i kwestya polska [Deutschland, Russland und die polnische Frage], Lwów 1908. Vgl. Bułhak, Władysław: Dmowski – Rosja a kwestia Polska. U źródeł orientacji rosyjskiej obozu narodowego 1886 – 1908 [Dmowski – Russland und die polnische Frage. Zu den Ursprüngen der Russlandanlehnung des nationalen Lagers 1886 – 1908], Warszawa 2000; J. Tazbir, Polska przedmurzem Europy, S. 176 u. 183. Die Vorstellung eines »slawischen Bollwerks« gegen ein als feindlich eingestuftes deutschsprachiges »Germanentum« findet sich zur etwa selben Zeit auch in anderen slawisch-germanischen Grenzregionen, so etwa bei den Slowenen. Siehe hierzu Rumpler, Helmut:, Zwischen allen Fron-

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

entsprechend die polnischen Gebietsansprüche gegenüber Deutschland formulierte.[15] Allem voran Großpolen mit seinen Zentren Posen und (im geringeren Maße) Gnesen wurde von den polnischen Panslawisten die Rolle eines »festen Bollwerks polnischen Denkens« gegen den preußischen Staat zugeschrieben.[16] Während aber etwa von Roman Dmowski zeit seines Lebens den Russen die Führungsrolle innerhalb der slawischen Völker zugedacht worden war, wurde von der Mehrheit der polnischen Historiographie und politischen Publizistik Russland, das in eine mongolisch-asiatische Tradition gestellt wurde, die Zugehörigkeit zur slawischen Welt verwehrt.[17] So hatte bereits 1843 der Historiker Jędrzej Moraczewski mit einem gewissen Pathos konstatiert, Polens ambivalente Mission »im Kreis der zivilisierten Völker« sei schon immer einerseits die Verteidigung der slawischen Welt gegen den Westen, andererseits die Abwehr Europas vor dem barbarischen Asien gewesen.[18] Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert entstand so unter den polnischen Historikern, Schriftstellern, Theologen und politischen Publizisten wie Adam Pajgert, Adam Szelągowski, Stanisław Zakrzewski oder Oskar Halecki ein über ideologische und politische Grenzen hinweg weit ver-

ten. Die Wiener Regierung und die nationalpolitischen Hoffnungen der Slowenen vor 1914, in: Nation, Nationalitäten und Nationalismus im östlichen Europa. Festschrift für Arnold Suppan zum 65. Geburtstag, hrsg. von Marija Wakounig/ Wolfgang Mueller/ Michael Portmann, Wien/ Berlin/ Münster 2010, S. 279 – 296, hier S. 285.

15 Gehrke, Roland: Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des Nationalismus (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, Bd. 8), Marburg 2001, S. 258 – 267.

16 Molik, Witold: Wurde Großpolen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts borussifiziert? In: Deutschlands östliche Nachbarschaften. Eine Sammlung von historischen Essays für Hans Henning Hahn (Die Deutschen und das östliche Europa. Studien und Quellen, Bd. 4), hrsg. von Edmund Dmitrów/ Tobias Weger, Frankfurt a. M. 2009, S. 391 – 410, hier S. 396 u. 407.

17 Mikołajczak, A. W.: Łacińska tożsamość Słowianszczyzny [Die lateinische Identität des Slawentums], in: Idee wspólnotowe słowiańszczyzny [Unionsgedanken im Slawentum], hrsg. von A. Wikolajczak/ W. Szulc/ B. Zieliński, Poznań 2004, S. 9 – 16; J. Rzońca, Polacy i Rosjanie, S. 141 ff.; Wądołowski, Wojciech: Portret Moskala w »Rosji, Europie i Polsce« Henryka Kamieńskiego (1857 r.) [Das Porträt des Moskowiters in dem Werk »Russland, Europa und Polen« des Henryk Kamieński], in: Bizancjum, prawosławie, romantyzm. Tradycja wschodnia w kulturze XIX wieku [Byzanz, das orthodoxe Christentum und die Romantik. Östliche Traditionen in der Kultur des 19. Jahrhunderts] (Antyk Romantyków), hrsg. von Jarosław Ławski/ Krzysztof Korotkich, Białystok 2004, S. 75 – 82.

18 Moraczewski, J.: Dzieje Rzeczypospolitéj Polskiéj do piętnastego wieku [Die Geschichte der polnischen Rzeczpospolita bis zum 15. Jahrhundert], Poznań 1843, S. 196: »Posłannictwem Polski w gronie narodów cywilizowanych były: obrona życia słowiańskiego przeciw oswieceńszemu zachodowi, obrona Europy przeciw barbarzyńskiéj Azyi, a nokoniec szerzenie chrześcijaństwa jako postęp na Pomorzu, Litwie. Mimo słobość zewnętrzną, Polska nie zaspała obowiązków i odpowiedziała przeznaczeniu swemu.« [»Polens Missionen im Kreis der zivilisierten Völker waren: die Verteidigung des slawischen Lebens vor dem aufgeklärteren Westen, die Verteidigung Europas vor dem barbarischen Asien und schließlich die Ausbreitung des Christentums im Zeichen des Fortschritts in Pommern und Litauen. Ungeachtet der inneren Schwäche hat Polen diese Pflichten nicht ›verschlafen‹ und gab Antwort seiner Bestimmung.«] Vgl. Morawiec, Malgorzata: Antemurale christianitatis. Polen als Vormauer des christlichen Europa, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 2 (2001), S. 249 – 260, hier S. 258; Tazbir, Polska przedmurzem Europy, S. 142, die beide fälschlicherweise das Jahr 1851 als Entstehungsdatum des Zitats angeben.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

breiteter Diskurs zum polnischen *antemurale*-Selbstverständnis und seinen geschichtlichen Wurzeln.[19]

Bollwerk gegen Deutschland und Russland

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges eröffnete den polnischen Unabhängigkeitsaktivisten neue Möglichkeiten. Hatten allem voran die Teilungsmächte noch vor 1914 die polnische Frage mit größter Achtsamkeit behandelt und mit der Bewahrung des Status Quo und der entschiedenen Bekämpfung jeglicher Unabhängigkeitsbestrebungen verbunden,[20] so bildeten schon kurz nach Kriegsbeginn die Polen selbst ein jetzt eifrig umworbenes Ziel der jeweiligen Kriegsparteien; »über Nacht« seien sie »lieb Kind bei allen kriegführenden Nationen geworden«, wie die »Neue Zürcher Zeitung« bereits am 8. August 1914 kommentierte.[21] Sowohl die Mittelmächte als auch die Triple Entente versuchten in der Folge, die polnische Frage für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Am weitesten waren in den ersten Kriegsjahren wohl die Polenpläne ersterer vorangeschritten: Ein restituierter, allerdings vor allem außenpolitisch weitgehend von Deutschland und Österreich-Ungarn abhängiger polnischer Staat sollte den Platz eines wichtigen Pufferstaats gegen Russland einnehmen, die wehrfähigen Polen aus den besetzten Gebieten im Osten zu ihren bereits im Deutschen Heer beziehungsweise in den k.u.k. Streitkräften der sogenannten Gemeinsamen Armee kämpfenden Landsleute dazustoßen und in einer neu zu schaffenden polnischen Armee die Mittelmächte in ihrem Kampf gegen die Entente unterstützen. Hierzu wurde unter anderem im November 1916 das kurzlebige Regentschaftskönigreich Polen gegründet – ein vom Deutschen Reich und Österreich-Ungarn abhängiger Vasallenstaat noch ohne genau definierte Grenzen, die freilich erst nach Kriegsende festgelegt werden sollten. Die Zukunft eines polnischen Staates wurde von zahlreichen deutschen Publizisten, Historikern, Sozial- und Kulturwissenschaftlern, politischen Aktivisten oder Rechtsgelehrten wie etwa Max Weber, Georg Cleinow oder Conrad Bornhak – um nur einige zu nennen – eifrig diskutiert.[22]

19 Tazbir, Polska przedmurzem Europy, S. 161 – 176.

20 Vgl. Mitter, Armin; Das »Phantom« Polen – die »polnische Frage« in den Beziehungen zwischen den Teilungsmächten vom Ende der 1880er Jahre bis 1914, in: Fragmentierte Republik. Das politische Erbe der Teilungszeit in Polen 1918 – 1939 (Phantomgrenzen im östlichen Europa, Bd. 2), hrsg. von Michael G. Müller/Kai Struve, Göttingen 2017, S. 223 – 254.

21 Zitat nach Senn, Alfred Erich: The Entente and the Polish Question 1914 – 1916, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 25,1 (1977), S. 21 – 33, hier S. 21.

22 Bornhak, Conrad: Österreich und Polen, in: Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst, vom 28.11.1917, S. 233 – 238; Cleinow, Georg: Die Polenpolitik der Deutschen und Polen, Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst, vom 1.3.1918; ders.: Die Polenfrage vor der Ent-

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Staaten der Triple Entente, allen voran Russland, hielten hier selbstverständlich entschieden dagegen und versuchten, eigenen Einfluss auf die polnische Frage und die Polen zu nehmen. Relativ früh stellte Petrograd die Vereinigung aller polnischen Gebiete (nach der Eroberung der deutschen und österreichisch-ungarischen Provinzen) unter der Ägide der Romanows in Aussicht.[23] So wurde bereits nach Kriegsausbruch die »slawische« Waffenbruderschaft zwischen Russen und Polen beschworen. Ein geeintes Polen sei nur unter russischer Führung und dem »Zepter des russischen Kaisers« möglich, so der bereits am 14. August 1914 an die Polen gerichtete Aufruf des Großfürsten und Generals Nikolaj Nikolajevič, des Oberbefehlshabers der russischen Streitkräfte im ersten Kriegsjahr. Eine im gleichen Jahr veröffentlichte Postkarte, auf der sich ein polnischer und ein russischer Soldat über der besiegten Figur des deutschen Kaisers Wilhelm die Hände reichen, sollte diese Vorstellung untermauern (Abb. 2).[24] Zu propagandistischen Zwecken wurde dabei von den Russen auch das messianistische Bild Polens als eines heldenhaften Opfers freilich nur der deutschen Aggression bemüht. Stellvertretend mag hierfür die von dem russischen Grafiker und Maler Sergej Solomko gezeichnete und in Paris veröffentlichte allegorische Darstellung der geschundenen und gekreuzigten Polonia stehen (Abb. 3).[25] Solomko war noch vor Kriegsausbruch nach Frankreich emigriert, nahm aber bis zum Ende des Russländischen Kaiserreichs zahlreiche Aufträge aus Petrograd an, die die Propagierung eines heldenhaften Bildes von Russland bei gleichzeitiger Denunzierung der Mittelmächte zum Ziel hatten. Publizistische Unterstützung fanden die russischen Polenpläne auch durch zahlreiche aus der russischen Hauptstadt heraus agierende russophile Polen.[26]

Auch in den Überlegungen der westlichen Demokratien kam der polnischen Frage mit Fortlauf des Krieges – vor allem aber nach den Erfolgen der Mittelmächte im Osten – eine immer größere Bedeutung zu. Ein auf Kosten der Mittelmächte restituierter polnischer Staat wurde als ein wichtiger potentieller Partner der Franzosen und Briten im Osten des Kontinents erachtet, der – angesichts der sich ab 1915 zusehends verschlimmernden militärischen wie auch innenpoliti-

scheidung, Berlin 1918. Zu Max Webers Überlegungen zur polnischen Frage während des Ersten Weltkriegs siehe Mommsen, Wolfgang J.: Max Weber und die deutsche Politik 1890 – 1920, Tübingen[3] 2004, S. 229 – 246.

23 Siehe hierzu Toporowicz, Wieslawa: Sprawa polska w polityce rosyjskiej 1914 – 1917, Warszawa 1973.

24 Sowohl die Ansprache des Großfürsten Nikolaj als auch die Postkarte finden sich auf der dem Vorkriegswarschau gewidmeten Website Fundacja Warszawa 1939, online abrufbar unter: http://www.warszawa1939.pl/muzeum/84/pocztowka-propagandowa-z-listopada-1914-roku (01. 04. 2021).

25 Solomko, Sergey: Pologne, ca. 1915, online abrufbar unter: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sergey_Solomko_025.JPG (01. 04. 2021).

26 Spustek, Irena: Polacy w Piotrogrodzie, 1914 – 1917, Warszawa 1966.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

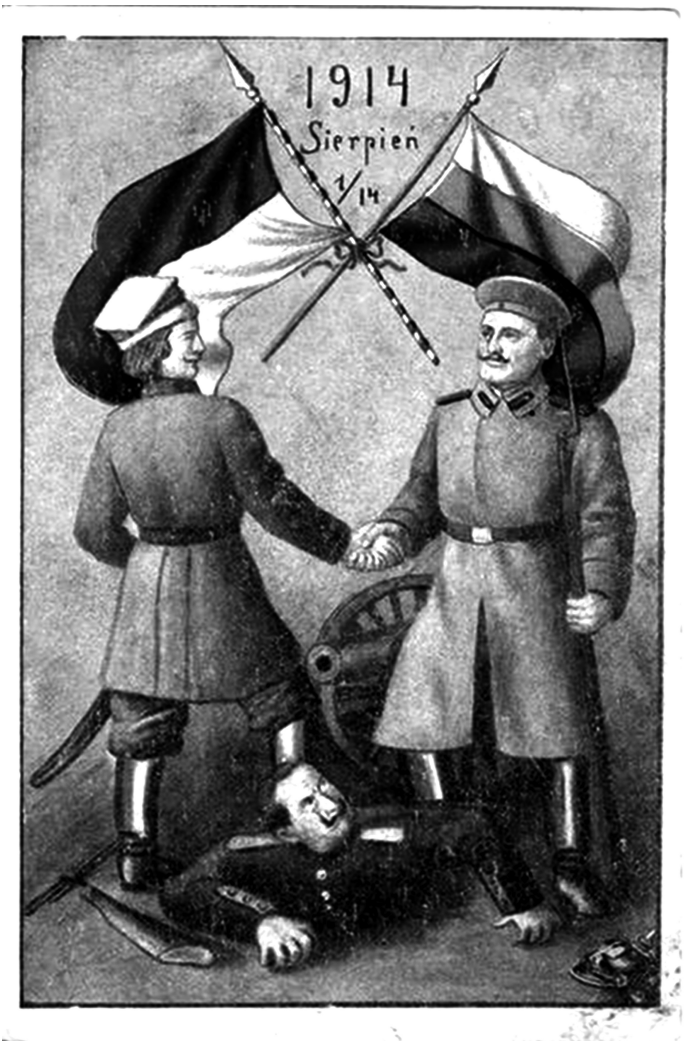


Abb. 2: Russische Propagandapostkarte vom November 1914. Wydawnicto Stef. Granke, Fundacja Warszawa 1939

schen Lage Russlands – die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen zusätzlich hätte binden und so zur Entlastung der Fronten in Flandern und Frankreich beitragen können.[27] Sinnbildlich hierfür kann eine 1916 in großer

27 Bierzanek, Remigiusz: Państwo polskie w politycznych koncepcjach mocarstw zachodnich, 1917–1919 (Biblioteka ›Spraw międzynarodowych‹, Bd. 14), Warszawa 1964; Pajewski, Janusz: Wokół sprawy polskiej. Paryż-Lozanna-Londyn 1914 – 1918, Poznań 1970; Hovi, Kalervo: Cordon Sanitaire or Barrière de l'Est? The Emergence of the New French Eastern European Alliance Policy 1917 – 1919, Turku 1975; Slad-

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Abb. 3: Sergej Solomko, »Pologne«, ca. 1915

Auflage in Paris publizierte Postkarte stehen, auf der vor dem Hintergrund einer (wenn auch umgedrehten) polnischen, weiß-roten Fahne Zitate solcher namhaften französischen Politikergrößen wie Louis Barthou, Adéodat Compère-Morel, Paul Henri Balluet d'Estournelles de Constant, Édouard Herriot und Charles Hum-

kowski, Wieslaw: Opinia publiczna we Francji wobec sprawy polskiej w latach 1914 – 1918, Wrocław 1976.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bert standen, die die von Frankreich angestrebte Restitution des polnischen Staates versicherten.[28]

Die zunehmende Ausrichtung der polnischen Unabhängigkeitsaktivisten hin zur Entente – und hier vor allem zu Frankreich – führte 1917 zur Gründung des Polnischen Nationalkomitees (»Komitet Narodowy Polski«, KNP) in Paris. Letzteres sollte die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen vor den Westmächten vertreten.[29] Seine Mitgliederliste liest sich mit Maurycy Zamoyski, Roman Dmowski, Ignacy Jan Paderewski, Erazm Piltz, Stanisław Kozicki, Jan Emanuel Rozwadowski, Konstanty Skirmunt, Franicszek Fronczak, Władysław Sobański, Marian Seyda oder Józeg Wielowieyski (um nur einige wenige zu nennen) wie ein Who-is-who der in den Westen emigrierten, politisch aktiven polnischen Diaspora. Das KNP sah sich als der offizielle Vertreter eines für die Zukunft – nach dem Sieg der Entente gegen die Mittelmächte – geplanten unabhängigen polnischen Staates und war unter anderem für die Entstehung wie die Organisation der polnischen Truppen in Frankreich, der sogenannten Blauen Armee unter dem französischen General Louis Archinard (ab Oktober 1918 unter Józef Haller), zuständig. Aus dem Umfeld des KNP beziehungsweise in seinem Auftrag wurden zahlreiche Schriften in französischer Sprache publiziert, die die Wiederherstellung eines souveränen polnischen Staates propagierten.

Auch in den Vereinigten Staaten wurde die polnische Diaspora aktiv und machte eifrig Werbung für einen unabhängigen polnischen Staat. Wie bereits in Frankreich und Großbritannien erachteten die polnischen Exilaktivisten den Ausbruch des Krieges zwischen den europäischen Mächten als die große Chance für die Wiederherstellung der Rzeczpospolita. Stellvertretend hierfür kann die Zeitschrift »Free Poland« stehen, die nicht zufällig gleich nach Kriegsbeginn vom September 1914 bis 1918 in Chicago als der Stadt mit der größten polnischen Minderheit in den Vereinigten Staaten zweiwöchentlich publiziert worden war.[30] Herausgegeben von F. J. Medwecki, Karol Wachtel, Tomasz T. Lasecki, Franciszek

28 Vgl. die Ausstellung »Wem gehört Polen?« Propagandapostkarten aus dem Ersten Weltkrieg (»Do kogo należy Polska?« Propagandowe kartki pocztowe z czasów I wojny światowej), die unter der Leitung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Wien vom 22. Januar bis zum 11. Februar 2018 im Posener Residenzschloss ausgestellt stattgefunden hat. Siehe hierzu http://www.lepszypoznan.pl/2018/01/19/do-kogo-nalezy-polska.html (01.04.2021); »Drapeau de la Pologne«, ca. 1916, Bibliothèque municipale de Lyon (Rés454732_002_0131), URL: https://numelyo.bm-lyon.fr/f_view/BML:BML_0401400101Res454732_002_0131 (16.04.2021).

29 Vgl. Leczyk, Marian: Komitet Narodowy Polski a Ententa i Stany Zjednoczone, 1917–1919, Warszawa 1966.

30 Hierzu mit weiteren Verweisen Srodecki, Paul: Die polnische Minderheit in den USA und die Polenfrage zu Beginn des Ersten Weltkriegs im Spiegel der Emigrantenzeitschrift Free Poland, in: Erster Weltkrieg im östlichen Europa und die russischen Revolutionen 1917 (Schriften des Zentrums für Osteuropastudien [ZOS] der Universität Kiel, Bd. 9), hrsg. von Alexander Trunk u. Nazar Panych, Berlin u.a. 2019, S. 69–88.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Abb. 4: »Drapeau de la Pologne«, ca. 1916, Bibliothèque municipale de Lyon (Rés454732 002 0131)

S. Barc, Jan Skibiński, Feliks Ładon und Stanisław Osada vom Polish »National Council of America« stand der Untertitel des Blattes fast schon programmatisch für seine inhaltlichen Ziele, nämlich »die Wahrheit über Polen und seine Bevölkerung« (»The Truth About Poland and Her People«) der US-amerikanischen Leserschaft näherzubringen.[31] Der Polish National Council of America beschloss die

31 Free Poland. A Semi-Monthly. The Truth About Poland and Her People 1 (1914), 1, S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Herausgabe der Zeitung bereits am 17. August 1914, also unmittelbar nach der Julikrise und dem Kriegsausbruch in Europa.[32] Den Herausgebern des Blattes zufolge sollte ein unabhängiges Polen nicht nur die als historische Ungerechtigkeit empfundenen Teilungen des späten 18. Jahrhunderts wettmachen und den Polen einen eigenen Nationalstaat geben. Ein restituiertes Polen wurde auch als ein wichtiger Eckpfeiler einer europäischen Balance of Power der Nachkriegsordnung und somit als ein entscheidender Garant des Friedens erachtet:

> »The world needs a free Poland. Humanity asks for it. Civilization calls for it. Universal peace is impossible without it. Justice demands it. The threefold crime, perpetrated by three powers more than a hundred years ago, is ineffaceable blot on the escutcheon of justice and before the court of civilization and humanity an everlasting reminder of unrepaired wrongs. Until restitution shall have been granted to the dismembered nation of its priceless freedom, any plan for a universal peace will be but a mirage, beautiful but nonexistent and unrealizable.«[33]

Seit den ersten Ausgaben kennzeichnete die zwei Mal monatlich erscheinende Zeitung ein starker antipreußischer Grundton, bei dem das Bild des preußischen Expansionismus und Militarismus immer wieder bemüht worden war.[34] Doch auch Stimmen, die sich gegen Russland richteten, prägten das Weltbild der Zeitschrift. Stanisław Osadas im Oktober 1914 veröffentlichter Essay »Why Poles Distrust Russia« kann hierbei exemplarisch für das Misstrauen stehen, das von großen Teilen der polnischen Eliten, und zwar nicht nur der sich im Exil befindenden, Petrograd entgegengebracht wurde.[35] Ähnlich wie bei den in den jeweiligen Teilungsgebieten wirkenden Unabhängigkeitsaktivisten schieden sich an der Rolle Russlands einerseits und Deutschlands andererseits bei der Wiedererrichtung eines polnischen Staates die Geister. Gerade in der Anfangsphase des Krieges wurde der weitverbreiteten Russlandskepsis insbesondere von der polnischen Exilpublizistik mit dem Hinweis auf die vom Deutschen Reich ausgehende Gefahr begegnet. Helena Piotrkowska sah in ihrer Abhandlung »The Polish Question« beispielsweise Deutschland als den gefährlichsten Gegner polnischer Unabhängigkeitsbestrebungen – und nicht etwa Russland mit »all seinem Verrat und seiner primitiven Brutalität«. Sie führte aus: »With all her treachery and primitive brutality Russia has never been so dangerous to the Poles as Germany. The higher civilization of the latter made her not more humane, but more efficient as a jailer.«[36] Diese Vorstellung wurde auch von Antoni Karabasz geteilt, der offen Par-

32 Ebd., S. 2.
33 Ebd, S. 4.
34 Lasecki, T.T.: Mr. Churchill on the Terms of Peace, in: Free Poland 1 (1914), 2, S. 3 – 4.
35 Osada, S.: Why Poles Distrust Russia, in: Free Poland 1 (1914), 2, S. 12 – 13.
36 Piotrkowska, H.: The Polish Question, in: Free Poland 1 (1914), 3, S. 10 – 13, hier S. 13.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tei für Russland und seine Alliierten Frankreich und Großbritannien ergriff. Hinter all den leidvollen Erfahrungen, die den Polen seit den Teilungen des späten 18. Jahrhunderts und dem Verlust der Eigenstaatlichkeit widerfahren seien, stünde Deutschland, oder besser ein vom preußischen Militarismus vereinnahmtes Deutschland, das im Laufe der Zeit intrigenhaft mit seiner antipolnischen Politik auch Russland infiltriert habe:

> »It is true that the Russians have proved criminal in their relation to Poland, but their crimes have been those of the barbarian, while Prussia has been boasting of her supreme culture and accentuating it with unspeakable atrocities. The Prussians have met with universal condemnation, and the world at large expects them to go down in defeat. That is the reason the Poles should take sides with Russia, France and England in their efforts to destroy the militarism of Prussia. […] Instinctively Poland feels that it is not the Russians that are the greatest enemy of her interests. It was Prussia that spread throughout the 19th century its baneful influence on the politics of Russia. It was Prussia that kept Russia from granting home rule to Poland.«[37]

Die sich überstürzenden Ereignisse auf dem östlichen Kriegsschauplatz – angefangen mit den siegreichen Kampagnen der Mittelmächte der Jahre 1915 und 1916 und dem hiermit einhergehenden Vorstoß deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen weit nach Osteuropa hinein, allem voran aber nach dem Ausbruch der Russischen Revolutionen 1917, dem Sturz der Romanowmonarchie und dem Ausscheiden Sowjetrusslands aus dem Ersten Weltkrieg durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk vom 3. März 1918[38] – rückten die russischen Pläne eines Königreichs Polen von Petrograds Gnaden in weite Ferne. Das alles hatte freilich auch Auswirkungen auf die polnische Unabhängigkeitsbewegung und ihre Beurteilung der Rolle eines restituierten souveränen polnischen Staates: So verschoben die Oktoberrevolution, der Ausbruch des Russischen Bürgerkriegs und der sich langsam abzeichnende Sieg der Bolschewiken die Argumentationsmuster in den Schriften der polnischen Publizisten und Unabhängigkeitsaktivisten wieder Richtung Osten. Alte Topoi, die insbesondere die messianistische Rolle Polens und des polnischen Volkes als wichtigstes Bollwerk gegen vermeintliche oder auch tatsächliche Gefahren aus dem Osten seit dem späten Mittelalter bemühten, wurden reaktiviert und in die Unabhängigkeitspropaganda der nationalkatholischen Eliten involviert. So veröffentlichten in dieser Zeit beispielsweise Publizisten wie etwa der römisch-katholische Priester Nikodem Cieszyński oder der His-

37 Karabasz, A.: Poland – The Mary Stuart of Nations, in: Free Poland 1 (1914), 4, S. 4 – 6, hier S. 5.
38 Vgl. Hildermeier, Manfred: Russische Revolution. Voraussetzungen, Februarrevolution, Roter Oktober, Sozialistische Revolution, Sowjet, Räteverfassung, Köpfe der Revolution, Bürgerkrieg, Nationale Frage, Kulturelle Revolution, Interpretationen (Fischer-Taschenbücher, Bd. 15352), Frankfurt a. M. 2004; Haumann, Heiko (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917 (UTB, Bd. 2950), Köln/ Weimar/ Wien 2007; Schirmer, J.: »Weder Krieg noch Frieden« – das diplomatische Dilemma von Brest-Litowsk 1917/18, in: Journal der juristischen Zeitgeschichte 5,1 (2011), S. 9 – 13.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

toriker Kazimierz Konarski mehrere Essays über die Rolle Polens als Vormauer gegen den Osten, sprich gegen das zaristische Russland bzw. – nach 1917/18 – gegen die neue »revolutionäre« Gefahr der Bolschewiken.[39] Bereits 1914/15 hatte Władysław Smoleński in seiner Abhandlung »Naród polski w walce o byt« (»Die polnische Nation in ihrem Kampf um das Dasein«), die allerdings erst 1919 publiziert wurde, an Polens besondere geopolitische Lage zwischen seinen überaus aggressiv agierenden Nachbarn Deutschland und Russland und an seine zahlreichen Kriege gegen letztere erinnert. Durch diese aufopfernde Rolle an der östlichen Flanke Europas habe Polen, indem es die russische Despotie lange genug vor einem Einfall in den Westen aufgehalten habe, erst die Entfaltung der europäischen Kultur und Zivilisation ermöglicht.[40]

Wie oben bereits erwähnt verbanden Smoleński wie auch zahlreiche weitere polnische politische Publizisten mit einem in den ersten Kriegsjahren freilich noch ungewissen Sieg der Entente, und zwar explizit Frankreichs und Großbritanniens, größte Hoffnungen auf die Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates.[41] Es verwundert somit nicht, dass Smoleński seine oben aufgeführte Schrift unter dem Pseudonym Władysław Grabieński im Jahre 1916 in Paris in einer leicht modifizierten Fassung als »La Pologne. Resumé d'histoire« drucken ließ, um so für die Wiederherstellung eines polnischen Staates im Westen Werbung zu machen.[42] Ein ähnliches, Polens Verdienste bei der Abwehr der Tataren, Osmanen oder Moskowiter hervorhebendes Werk war Marceli Handelsmanns 1918 in Paris und Lausanne erschienenes »La Pologne, son histoire, son organisation et sa vie«. Handelsmann unterstrich neben dem Bollwerksstatus Polens auch die entscheidende Mitwirkung der Polen bei der Ausbreitung der lateinischen Christenheit nach Osten im Mittelalter und der Frühen Neuzeit.[43]

Eine neue Gefahr aus dem Osten

Auf diese Muster griff die nationalkatholische Rechte nach der Wiedererlangung der Souveränität im November 1918 gern zurück. Vor allem im Zuge der Pariser Friedenskonferenz 1919, die schließlich im Friedensvertrag von Versailles münden sollte, erschienen zahlreiche Pamphlete und Aufsätze, die Polens Anrecht auf einen souveränen Staat unterstrichen und auf seine Bedeutung als Bollwerk ge-

39 Tazbir, Polska przedmurzem Europy, S. 170 f.
40 Smoleński, Władysław: Naród polski w walce o byt. Zarys historyczny, Warszawa 1919.
41 Vgl. Senn, The Entente.
42 Smoleński, Władysław: La Pologne. Resumé d'histoire, Paris 1916.
43 Handelsmann, Marceli: La Pologne, son histoire, son organisation et sa vie, Paris u. Lausanne 1918.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gen Deutschland und Russland hinwiesen. Eines der am weitesten verbreiteten Werke dieser Art war Jan Tarnowskis »La Pologne rempart de la civilisation«, in dem letzterer offen das bereits im frühen 19. Jahrhundert durch Adam Jerzy Czartoryski angedachte und in der Zwischenkriegszeit vor allem von Józef Piłsudski favorisierte Intermarium-Konzept propagierte – die Idee also von einem polnischen Staat, der von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichen sollte. Seiner Meinung nach konnte Polen nur unter diesen territorialen Voraussetzungen als Europas Bollwerk gegen Deutschland und Russland fungieren.[44] Ähnliches lässt sich auch in den Schriften des Historikers Władysław Konopczyński vernehmen.[45]

Der restituierte polnische Staat sollte – so der Grundton in den meisten der im Umfeld der Versailler Friedenskonferenz publizierten Schriften – in seiner außenpolitischen Ausrichtung sehr eng an die Westmächte angebunden werden. Das erklärt auch, weswegen ein Großteil der Pamphlete in französischer Sprache publiziert worden ist. In diese reiht sich auch Stanisław E. H. Filasiewicz' 1920 herausgegebene Quellensammlung »La question polonaise pendant la guerre mondiale« ein, die zahlreiche während des Ersten Weltkrieges erschienene internationale Dokumente zur polnischen Frage versammelt.[46] Filasiewicz, ein aus Teschen stammender Architekt, gehörte während des Ersten Weltkrieges zahlreichen polnischen Organisationen in der Schweiz an und schloss sich 1919 dem Polnischen Nationalkomitee (KNP) in Paris an. Für die meisten Mitglieder des KNP stand die Erlangung der staatlichen Souveränität an oberster Stelle, die Grenzen eines wiederhergestellten unabhängigen polnischen Staates sollten hingegen erst danach ausgehandelt werden.

So war für den ebenfalls zum KNP gehörenden Unabhängigkeitsaktivisten Jan Emanuel Rozwadowski mit der Restitution des polnischen Staates der Krieg freilich noch längst nicht beendet, wie er im Vorwort der oben aufgeführten Dokumentensammlung festhielt:

> »Cette renaissance, reconnue par le traité de Versailles […] ne marqua pour la Pologne ni la fin de la guerre, ni la fixation de ses frontières. C'est en soutenant une guerre des plus dures que la République ressucitée doit se constituer et forger son avenir.«[47]

44 Tarnowski, Jan: La Pologne rempart de la civilisation, o.O. 1919.
45 So z. B. in Konopczyński, Władysław: Obrona kultury zachodniej, in: Polska w kulturze powszechnej, Bd. 1, hrsg. von Feliks Koneczny, Kraków 1918, S. 32 – 51.
46 Filasiewicz, Stanislas: La question polonaise pendant la guerre mondiale (Recueil des Actes diplomatiques, Traités et Documents concernant la Pologne, Bd. 2), Paris 1920.
47 Rozwadowski, Jan Emanuel: Avant-propos, in: La question polonaise pendant la guerre mondiale (Recueil des Actes diplomatiques, Traités et Documents concernant la Pologne, Bd. 2), hrsg. von Stanislas Filasiewicz, Paris 1920, VII-VIII, hier: VII.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vielmehr würde an den östlichen Grenzen Polens, dieses »Bollwerks Europas«, ein Kampf ausgefochten, in dem – quasi als Fortsetzung des Ersten Weltkrieges – über die Existenz der westlichen Welt entschieden werde:

> »A cette époque la Pologne parvient enfin à pouvoir combattre pour sa propre liberté et pour la civilisation occidentale. Liant sa destinée aux destinées de ses grands alliés, elle s'empresse de leur payer sa dette de reconnaissance en redevenant le ›rempart de l'Europe‹.«[48]

Dieses Bild wurde auch von nichtpolnischen, zumeist französischen Publizisten im Jahre der großen Friedenskonferenz adaptiert. So rühmte Georges Bienaimé die Polen wegen ihrer Freiheits- und Gerechtigkeitsliebe, weswegen sie in der Vergangenheit schon als die Franzosen des Nordens bezeichnet worden seien. Seit dem Mittelalter sei Polen ein Bollwerk Europas gegen die Bedrohungen aus dem Osten – hier vor allem gegen die Tataren und Osmanen – gewesen.[49] Charakteristisch und, bedenkt man den nationalen Ursprung des Verfassers, wenig überraschend ist jedoch, was Bienaimé als den größten Verdienst Polens erachtete. So habe das Land in allererster Linie über Jahrhunderte die »Ausbreitung des Deutschtums« aufgehalten. Im ersten Kapitel der Abhandlung »Les grands événements de l'Histoire de Pologne« beleuchtet Bienaimé sechs große Eigenheiten der polnischen Geschichte, die seiner Meinung nach essentiell für das Verständnis der sogenannten polnischen Frage seien. Bezeichnenderweise schreibt er dem nach Osten gerichteten Expansionsdrang der »germanischen Rasse« den ersten Rang in seiner Aufzählung zu und sieht im diesem die Triebfeder für die Formierung der westslawischen Reiche Böhmen und Polen im frühen Mittelalter, die angesichts des gemeinsamen »germanischen« Feindes aus dem »Chaos der slawischen Völker« entstanden seien.[50] Eine Union zwischen beiden Ländern war schon immer ein Dorn im Auge der deutschen Nachbarn gewesen, sei sie doch geradezu dafür prädestiniert, dem »dreiste[n] Deutschtum in seinem Drang nach Osten« Einhalt zu gebieten.[51]

Einem kriegstreiberischen, militaristischen, expansionistischen und antisemitischen Deutschen Reich wurde hierbei ein freiheitsliebendes und in seinem Wesen

48 Ebd., VIII.

49 Bienaimé, Georges: Ce qu'il faut savoir de la Question Polonaise, Paris 1919, S. 5: »Le peuple de Pologne aimait la liberté et la justice; il était affable, bienveillant, chevalerseque; on l'appelait le ›Français du Nord‹. Pendant des siècles il avait été le rampart de l'Europe contre l'invasion tatare et la conquête turque.«

50 Ebd., S. 6: »Quand se forma l'Etat polonais (965), la race germanique fixée entre le Rhin et l'Elbe, avait déjà dépassé ce fleuve vers l'Est et attaint l'Oder. […] C'est alors que du chaos des peoples slaves, sortirent deux royaumes chrêtiens, la Bohême et la Pologne.«

51 Ebd.: »L'union de la Bohême et de la Pologne, des Tchèques et des Polonais, ces deux peuples frères pouvait arrêter le germanisme audacieux dans son Drang nach Osten; la politique germanique travailla toujours contre cette union.«

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

demokratisch ausgerichtetes Polen gegenübergestellt, das als Verbündeter der westlichen Demokratien einen Gegenpol zu den autoritären Deutschen und Russen im Osten des europäischen Kontinents bilden sollte. Adam Skierko stilisierte in seinem Pamphlet »Les Juifs et La Question Polonaise« Polen gar zu einem Hort der Toleranz, böte es doch im Gegensatz zum antisemitischen Deutschland allen Juden einen Zufluchtsort.[52] In dem Kapitel »Antisemitisme des Allemands et tolerance des Polonais« beschreibt er den seit der Ausrufung des Deutschen Reiches 1870/71 in Deutschland gestiegenen Antisemitismus und stellt diesem als Gegenspiegel die vermeintliche polnische Toleranz und Semitophilie gegenüber.

Insbesondere nach dem für Polen siegreichen polnisch-sowjetischen Krieg der Jahre 1919 bis 1921 wurde an die Rolle der Polonia als Verteidigerin Europas vor dem Bolschewismus erinnert, etwa von dem Philosophen und Publizisten Wincenty Lutosławski, der 1922 schrieb:

> »Europa braucht für seine gesellschaftliche Entwicklung und seine Sicherheit vor Asien einen Staat, der es von Asien abgrenzt. Moskau kann dieser Staat nicht sein, da es selbst asiatisch ist. Dieser Staat als Schutzwacht Europas war Polen und Polen sollte es auch bleiben. […] Europa braucht eine lebendige Mauer, eine freie Rzeczpospolita, die sie vor dem Osten beschützen würde. Das ist Polens Daseinsberechtigung – seine Mission.«[53]

Der Historiosoph Feliks Koneczny war noch radikaler in seinen Ausführungen als er in seinem vielzitierten Werk »Polskie Logos a Ethos. Roztrząsania o znaczeniu i celu Polski« (»Polens Logos und Ethos. Reflektionen zur Bedeutung und zur Zielsetzung Polens«) offen zu einer kompletten Trennung der westlichen von der östlichen Welt aufrief. Letztere sah er als dem Westen in allen Belangen – vor allem aber auf der kulturell-zivilisatorischen Ebene – unterlegen an. Das Vermischen beider Kulturkreise könne nur in einer Katastrophe für die mehr entwickelte, sprich westliche Zivilisation enden. Koneczny zufolge sei somit die 1596 zwischen der römisch-katholischen Kirche und den orthodoxen Bischöfen des polnisch-litauischen Verbundsstaates geschlossene Kirchenunion von Brest einer der größten Fehler polnischer Geschichte gewesen, hätten doch die Kompromisse mit den

52 Skierko, Adam: Les Juifs et La Question Polonaise, Paris 1919.

53 Lutosławski, Wincenty: Praca narodowa. Program polityki polskiej, Wilno 1922, S. 189–190: »Europa dla swego rozwoju społecznego, dla swego bezpieczeństwa przed Azją potrzebuje państwa, któreby ją od Azji odgraniczało. Państwem tem Moskwa być nie może, gdyż sama jest azjatycką. Państwem tem na straży Europy stojącem była Polska, i Polska niem powinna pozostać. […] Europa potrzebuje żywego muru, wolnej Rzeczypospolitej, coby ją broniła od Wschodu. To jest racja bytu Polski – jej misja.« Vgl. Jaworski, Wit: Eleuteryzm i mesjanizm. U źródeł filozofii społecznej Wincentego Lutosławskiego (Biblioteka końca wieku), Kraków 1994; Jadacki, J. J.: Wincenty Lutosławski. Rozdział z dziejów myśli polskiej, in: Lutosławscy w kulturze polskiej, hrsg. von B. Klukowski, Drozdowo: 1998, S. 54–87; Łukomski, Grzegorz: Stereotyp najeźdźcy w czasie wojny polsko-bolszewickiej 1918–1920, in: Swoi i obcy [Eigene und Fremde] (Kultura polityczna w Polsce, Bd. 4,1), Bd. 1, hrsg. von Marceli Kosman, Poznań 2004, S. 161–173; Tazbir, Polska przedmurzem Europy, S. 179.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

orthodoxen Untertanen nur zur Aufweichung der Rzeczpospolita und umgekehrt zur Stärkung Moskaus geführt:

> »Wenn es die Union von Brest, wenn es dieses unglückliche Streben nach einer Synthese des Westens mit dem Osten in der Kirche nicht gegeben hätte, dann hätte die römisch-katholische Hierarchie bereits im 18. Jahrhundert bis zum Ural gereicht und die westliche Zivilisation hätte in Russland gewonnen.«[54]

Ganz im Sinne eines Wincent Lutosławski sah Koneczny Polens Existenzberechtigung in seiner exponierten geopolitischen Lage als Bollwerk der westlichen Welt gegen einen vermeintlich wilden und höchst aggressiven Osten:

> »Unser geschichtliches Verhältnis zu Europa wurde bereits vor langer Zeit mit dem Beinamen ›Vormauer‹ bedacht. Wir tragen die Schwere des Wachpostens zur Verteidigung der westlichen Zivilisation. […] Unser Kampf mit Russland war und ist und wird immer und unveränderlich ein Kampf um die Zivilisation, um die Verteidigung der lateinischen Zivilisation sein. […] Sogar in Polens schlimmsten Zeiten hat letzteres […] die Vormauer Europas gegen das östliche Barbarentum gebildet.«[55]

Die politischen Umbrüche in Russland im Zuge der Oktoberrevolution ließen die polnischen Nationalisten in ihren russophoben Ausführungen unbeeindruckt. Ganz im Gegenteil, mit dem Wechsel von einem negativ konnotierten schismatisch-asiatisch geprägten Despoten, zu einem weltlich geprägten, kommunistischen Arbeiterstaat schienen sich alle pejorativen, jahrhundertealten Russlandbilder für die polnische Rechte mit ihren starken nationalkatholischen Neigungen zu bestätigen: Die schismatischen Pseudo-Christen Russlands würden nun ihr wahres Gesicht zeigen und sich öffentlich zu ihrem ungläubigen, genuin atheistischen Wesen bekennen. So waren es vor allem nationalistisch gesinnte Kreise rund um die katholische Kirche in Polen, die in den Jahren 1919 bis 1939 geschlossen als eine wichtige Trägerschicht der gegen die Sowjetunion gerichteten Bollwerksrhetorik auftraten.[56] Der politisch sehr aktive Priester Stanisław Ciążyń-

54 Koneczny, Feliks: Polskie Logos a Ethos. Rozstrząsania o znaczeniu i celu Polski, Bd. 2, Poznań/ Warszawa 1921, S. 23: »Gdyby nie unia brzeska, gdyby nie owo niefortunne dążenie do syntezy Zachodu i Wschodu w Kościele, hierarchia rzymskokatolicka sięgałaby już od XVIII wieku po Ural i cywilizacja zachodnia byłaby w Rosji zwyciężyła.«

55 Ebd., S. 82 u. 85: »Stosunek nasz dziejowy do Europy określono już dawno przydomkiem «przedmurza». Stoimy na ciężkim posterunku w obronie cywilizacji zachodniej. […] Walka nasza z Rosją była i jest, i zawsze i niezmiennie walką o cywilizację, walką w obronie cywilizacji łacińskiej. […] Nawet w najgorszych dla Polski czasach stanowiła ona […] przedmurze dla Europy od barbarzyństwa wschodniego.«

56 Mysłek, Wieslaw: Przedmurze. Szkice z dziejów Kościoła katolickiego w II Rzeczypospolitej, Warszawa 1987; Caumanns, Ute: Die polnischen Jesuiten, der Przegląd powszechny und der politische Katholizismus in der Zweiten Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Presse Polens zwischen den Weltkriegen (1918 – 1939) (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ostmitteleuropa, Bd. 55), Dortmund 1996; dies.: Soviet Russia vs. Nazi-Germany. Poland's Big Neighbours from the Viewpoint of the Polish Jesuits (1918 – 1939), in: Churches in the Century of the Totalitarian Systems, hrsg. Von Jerzy Kłoczowski/ W. Lenarczyk/ S. Łukasiewicz, Lublin 2001, S. 83 – 90.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ski etwa verknüpfte in einem 1920 innerhalb der Zeitschrift »Przewodnik Katolicki« publizierten Memorandum die einstige Rolle Polens als Vorposten der abendländischen Christenheit gegen den schismatischen und heidnischen Osten mit der neuen, noch gefährlicheren Aufgabe angesichts der russischen Revolution und des polnisch-sowjetischen Krieges. Jetzt, da an Europas östlicher Flanke mit der Machtübernahme der Bolschewiken die größte Bedrohung seiner Geschichte entstanden sei, sei auch Polens Stellenwert innerhalb des europäischen Kulturkreises bedeutender als je zuvor:

> »Und so steht Polen, kaum, dass es sich aus dem Grabe erhoben habe, heute wieder vor seiner historischen Aufgabe, so als wolle Gott uns zeigen, dass wir dem Pfad unserer Ahnen, der Verteidiger des Glaubens und der Freiheit, folgen sollten. Was ist denn nun eigentlich unser Kampf gegen den Bolschewismus? Es ist der Kampf zur Verteidigung der Christenheit und der westlichen Zivilisation, so wie bereits einst vor Jahrhunderten, als wir die heidnischen Wilden aus dem Osten abwehrten. So wie einst, so haben wir es auch heute mit der Barbarei zu tun, die unser Land verwüstet, es niederbrennt, plündert oder Menschenraub begeht, indem sie gewaltsam die Männer in die Rote Armee zwingt und die Frauen vergewaltigt.«[57]

Eingebettet wurde diese antibolschewistische Rhetorik in ältere Vormauertopoi. So sei Ciążyński zufolge die von den Sowjets ausgehende Gefahr eine neue Form der seit Jahrhunderten in regelmäßigen Abständen auftretenden alten Bedrohung aus dem unzivilisierten Osten, die – in neue Gewänder gehüllt – sich wieder gegen den vermeintlich höher entwickelten Westen wende. Diesmal sei sie aber viel gefährlicher als in der Vergangenheit, machten sie doch der ideologische Unterbau des Kommunismus gepaart mit den neuen Mitteln der industrialisierten Kriegsführung zum größten Feind der christlichen Welt:

> »Es ist dieselbe Barbarei wie die der Tataren vergangener Jahrhunderte, nur, dass sie um ein Vielfaches gefährlicher ist, bedient sie sich doch der neuesten technischen Mittel. Sie ist auch um ein Vielfaches verderblicher, will sie doch in ihren Zielsetzungen bewusst den Sturz der christlichen Zivilisation herbeiführen. […] Die Welle der Barbarei schlägt somit gegen die polnische Vormauer – letztere muss aber bestehen bleiben und die Schläge aushalten, denn Polen ist heute wie bereits vor Jahrhunderten der Schutzwall Europas, der Schutzwall der Christenheit.«[58]

57 Ciążyński, Stanisław: Przedmurze Chrześcijaństwa, in: Przewodnik Katolicki 26,35 (1920), S. 356–357, hier S. 357: »I oto dziś, zaledwie Polska z grobu się podniosła, stanęło przed nią natychnmiast jej zadanie dziejowe, jak gdyby Pan Bóg chciał nam pokazać, że kroczyć powinniśmy drogą naszych przodków, obrońców wiary i wolności. Czemże jest bowiem walka nasza z bolszewizmem? Jest to walka w obronie chrześcijaństwa i cywilizacji zachodniej, jak przed setkami lat, gdy odpieraliśmy pogańską dzicz wschodu. Jak ongi, tak i dzisiaj mamy do czynienia z barbarzyństwem, które pustoszy kraj, pali, rabuje, uprowadza w jasyr, wcielając mężczyzn do armji czerwonej, znęcając się nad kobietami.«

58 Ebd.: »Taka sama dzicz, jak Tatarzy minionych wieków, tym niebezpieczniejsza, że zaopatrzona w nowoczesne środki techniczne, tym gorsza że dążąca świadomie w swoich kierownikach do obalenia cywilizacji na gruncie chrześcijańskim powstałej. […] Fala barbarzyństwa bije o przedmurze polskie, a ono musi stać, musi wytrzymać ciosy, bo Polska dziś, jak przed wiekami, jest szańcem Europy, szańcem chrześcijaństwa.«

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

An die Domino-Effekt-Theorie anknüpfend unterstrich Ciążyński Polens Bedeutung für Europa und malte ein düsteres Bild vom Niedergang der ganzen westlichen Welt, sollte der polnische Vorposten den Bolschewiken unterliegen:

> »Und so sind auch heute die Augen der ganzen Welt auf uns gerichtet: Erweist sich Polen als standhaft in seinem Widerstand oder unterliegt es [den Bolschewiken]? Französische Schriften erinnern an unsere lobenswerte Stellung als Vormauer der Christenheit und stellen fest, dass wir diese Zuschreibung nie mehr verdient gehabt hätten als heute, sei doch das Schicksal des Westens heute von unserer Ausdauer abhängig. Und das ist keine Übertreibung. Sollte nämlich der polnische Wall zerspringen und die Bolschewiken sich mit den verbrecherische Pläne schmiedenden Deutschen verbünden, so würde nicht nur Polen fallen, sondern auch die Freiheit Europas.«[59]

Ähnliche Bilder von dem polnisch-sowjetischen Krieg wurden auch von höheren Kreisen des polnischen Klerus propagiert. In einem Schreiben an Papst Benedikt XV. rühmte etwa der polnische Episkopat die Glanzleistung polnischer Truppen in der Verteidigung der römischen Kirche wie auch der ganzen Christenheit und bat den Pontifex – ähnlich wie bereits in den mittelalterlich-frühneuzeitlichen Suppliken angesichts der Türken- und Moskowitergefahr – um diplomatische Unterstützung im Kampf gegen Sowjetrussland:

> »Heiliger Vater! Unser Vaterland kämpft nun seit zwei Jahren gegen den Feind des christlichen Kreuzes, die Bolschewiken. Das wiederauferstandene Polen, das durch den vierjährigen Kampf fremder Mächte auf seinem Boden mehr als erschöpft ist, das durch den jetzigen Krieg am Boden zerstört liegt, steht nun vor seinem finalen Kampf. Wenn Polen dem bolschewistischen Einfall unterliegt, wird die ganze Welt dem Untergang geweiht sein, denn eine neue Flut wird sie überschwemmen, eine Flut von Mördern, eine Flut des Hasses, der Feuersbrunst und der Entweihung des Heiligen Kreuzes. Heiliger Vater, in diesem schwierigen Moment bitten wir Dich um seelische wie diplomatische Unterstützung. Bete für uns, sodass wir nicht besiegt werden und – mit Gottes Hilfe – dass wir mit unseren Körpern eine Mauer zum Schutze der Welt vor der schrecklichsten Gefahr bilden.« [60]

Benedikt griff diese Rhetorik willentlich auf. In einem Schreiben an den Kardinalvikar Basilio Pompilj etwa bezeichnete der Papst den Krieg Polens gegen Sowjetrussland als einen Kampf nicht nur um die eigene staatliche Existenz, sondern

59 Ebd., S. 357: »I dziś oczy całego świata skierowane są na nas: Czy Polska wykaże dość odporności, czy nie ulegnie? Pisma francuskie przypominają naszą godność Przedmurza Chrześcijaństwa i stwierdzają, że nigdy może bardziej niż dziś na tę nazwę nie zasłużyliśmy, bo losy Zachodu dziś od naszej wytrwałości zależą. Niema w tem przesady. Gdyby tama polska pękła i bolszewicy połączyli się z knującemi zbrodnicze plany Niemcami, zginęłaby nietylko Polska, lecz i wolność Europy.«

60 Zitiert nach Wysocki, W. J.: Kościół Polski wobec najazdu bolszewickiego w 1920 roku, in: W nieustannej trosce o polską diasporę. Tom studiów historycznych i politologicznych dedykowany Księdzu Arcybiskupowi Szczepanowi Wesołemu, hrsg. von R. Nir/ M. Szczerbiński/ K. Wasilewski, Gorzów Wielkopolski 2012, S. 81–96, hier S. 82: »Ojcze Święty! Ojczyzna nasza od dwóch lat walczy z wrogiem Krzyża Chrystusowego, z bolszewikami. Odradzająca się Polska, wyczerpana czteroletnimi zmaganiami się ościennych państw na jej ziemiach, wyniszczona obecną wojną, zdobywa się na ostatecznz wysiłek. Jeżeli Polska ulegnie nawale bolszewickiej, klęska grozi całemu światu, nowy potop ją zaleje, potop mordów, nienawiści, pożogi, bezczeszenia Krzyża.«

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vielmehr als eine aufopfernde und entscheidende Auseinandersetzung zum Erhalt der christlichen Welt. Die Bolschewiken beschrieb Benedikt hierbei als gottlose Usurpatoren, als eine neue Plage aus dem Osten, die jedoch blutrünstiger und gefährlicher sei als alle zuvor dagewesenen. Hiermit knüpfte der Pontifex – ob bewusst oder unbewusst – auf das bereits in den Jahrhunderten zuvor mit der Bollwerksrhetorik immer wieder vermengte »plaga orientalis«-Bild an. Polen als »baluardo dell›Europa« müsse seinem historischen Auftrag nachkommen und die bolschewistischen Armeen aufhalten.[61]

Das Bild des restituierten Polens als des wichtigsten Bollwerks Europas gegen die Bolschewiken wurde auch in zahlreichen Propagandapostern bemüht.[62] Die verwendeten Motive sind recht verschieden, reichen hierbei – in Anlehnung an Figuren aus der christlichen Mythologie wie dem Erzengel Michael der dem heiligen Georg – von der allegorischen Stilisierung der polnischen Armee zum drachenbezwingenden Heros, der einer dreiköpfigen roten Hydra als Sinnbild für den Bolschewismus die Stirn bietet, über den Abwehrkampf eines mit einem Schild bewaffneten polnischen Soldaten gegen mehrere Bajonette, bis hin zu polnischen Soldaten, die aufopferungsbereit einen Palisadenzaun, der von skelettartigen, Bolschewikenfahnen tragenden Massen bestürmt wird, am Zusammenbrechen hindern (Abb. 5 – 7).[63] So unterschiedlich sie auch in ihrem Setting sind, sie allesamt vereinigen wie bereits die zuvor vorgestellten literarischen Werke zwei

61 Benedikt XV.: »Con vivo compiacimento«, in: https://w2.vatican.va/content/benedict-xv/it/letters/1920/documents/hf_ben-xv_let_19200805_vivo-compiacimento.html (01.04.2021): »Quando tutte le Nazioni civili si inchinavano silenziose dinanzi alla prevalenza della forza sul diritto, la Santa Sede fu sola a protestare contro la iniqua spartizione della Polonia e contro la non meno iniqua oppressione del popolo polacco. Ma ora vi è molto di più; ora non solo è in pericolo la esistenza nazionale della Polonia, ma tutta l'Europa è minacciata dagli orrori di nuove guerre. Quindi non è soltanto l'amore verso la Polonia, ma è l'amore verso tutta l'Europa che Ci muove a desiderare che i fedeli tutti si uniscano a Noi nel supplicare l'Altissimo affinché per intercessione della Vergine Santissima, protettrice della Polonia, voglia risparmiata al popolo polacco questa suprema sciagura, e nello stesso tempo voglia allontanare questo nuovo flagello dalla dissanguata Europa.« Vgl. hierzu Wiadomości Archidyecezyalne Warszawskie 10,9 – 10 (1920), S. 185.

62 Vgl. Szczotka, S.: Wizerunek bolszewika w polskich plakatach propagandowych z wojny polsko-rosyjskiej 1919 – 1920 ze zbiorów Muzeum Niepodległości w Warszawie, in: Niepodległość i Pamięć 19,1 – 4 (2012), S. 205 – 213; Paduszek, Konrad: Działalność propagandowa służb informacyjno-wywiadowczych Wojska Polskiego w czasie wojny polsko-bolszewickiej 1919 – 1921. Organizacje, metody, treści, Toruń 2004.

63 J. P.: DO BRONI. WSTE|cPUJCIE DO ARMJI OCHOTNICZEJ!, o.J. 1920, Muzeum Niepodległości w Warszawie, Nr. inw. MN-Pl.2042; Manon [Pseudonym eines anonymen Grafikers|, DO BRONI. RATUJMY OJCZYZNE|c! PAMIE|cTAJMY DOBRZE O NASZYM PRZYSZŁYM LOSIE, Lwów 1920; Bartłomiejczyk, E.: NA POMOC! WSZYSTKO DLA FRONTU! WSZYSCY NA FRONT!, Warszawa 1920. Vgl. Gąsiorowska, A.: Poland first to fight. Katalog polskiego plakatu wojskowego, Warszawa 2002, S. 38, 47 u. S. 55. [Abb. 5: J. P., »Zu den Waffen. Tretet der Freiwilligenarmee bei!«, URL: http://www.muzeumwp. pl/emwpaedia/plakat-do-broni-wstepujcie-do-armii-ochotniczej.php (16.04.2021).] [Abb. 6: Manon, »Zu den Waffen. Lasst uns die Heimat retten! Lasst uns unser zukünftiges Schicksal nicht vergessen!«, Lwów 1920, URL: https://1920.gov.pl/plakat/do-broni-ratujmyojczyzne-pamietajmy-dobrze-o-naszym-przyszlym-losie/ (16.04.2021).] [Abb. 7: Edmund Bartłomiejczyk, »Zu Hilfe! Alles für die Front! Alle an die Front!«, Warszawa 1920. URL: http://www.muzeumwp.pl/emwpaedia/plakat-na-pomoc-wszystko-dla-frontuwszyscy-na-front.php (16.04.2021).]

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Abb. 5: J. P., »Zu den Waffen. Tretet der Freiwilligenarmee bei!«

in der polnischen Erinnerungskultur weit verbreitete Narrative, die auch in den Propagandapostern zu einem Bild verschmelzen: Den Topos des märtyrerhaften, messiasgleichen polnischen Bollwerks, das die »Barbaren« des Ostens am Durchbruch gen Westen aufhält.

Das polnische Bollwerksbild bis zum Ende der Zweiten Rzeczpospolita

Nach dem Sieg über Sowjetrussland in der Schlacht bei Warschau im August 1920 wurde die Bollwerksallegorie zu einem omnipräsenten Topos der antisowjetischen Rhetorik. In dem Nachrichtenblatt der Erzdiözese Warschau gratulierte

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Abb. 6: Manon, »Zu den Waffen. Lasst uns die Heimat retten! Lasst uns unser zukünftiges Schicksal nicht vergessen!«, Lwów 1920

man den polnischen Truppen und ihrem Befehlshaber Józef Piłsudski zum erfolgreichen Bezwingen des sowjetischen Eindringlings und zu der gelungenen Bestätigung der alten militärischen Tradition Polens, wonach es das Bollwerk der Christenheit und der Verteidiger der westlichen Kultur sei »Vormauer zu sein«, das sei auch im 20. Jahrhundert Polens Aufgabe, konstatierte 1927 der katholische Priester und Chefredakteur des vom Jesuitenorden herausgegebenen »Przegląd Powszechny«, Jan Urban. Ähnliche Artikel erschienen in der von dem Franziskanerorden ab 1935 herausgegebenen Zeitschrift »Mały Dziennik«, in deren Rahmen insbesondere der später von der römisch-katholischen Kirche heiliggesprochene Maksymilian Kolbe mehrere antibolschewistische wie auch antisemitische und mit Bollwerksallegorien durchzogene Essays publizierte. Überhaupt wurden –

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Abb. 7: Edmund Bartłomiejczyk, »Zu Hilfe! Alles für die Front! Alle an die Front!«, Warszawa 1920.

ähnlich wie etwa bei den Nationalsozialisten in Deutschland – in Polen der Zwischenkriegszeit antikommunistische nur zu gern mit antisemitischen Elementen vermengt. Der römisch-katholische Priester Marian Wiśniewski beispielsweise zeigte vollstes Verständnis für das harte Vorgehen Hitlerdeutschlands gegen die Juden nach der Machtübernahme 1933. Die antijüdischen Maßnahmen der Nationalsozialisten seien in Wiśniewskis Augen nichts Anderes als eine Art notwendige Selbstverteidigung gegen die »jüdische Pest« gewesen. Ein tatkräftiges Einschreiten gegen den »östlichen Judeo-Bolschewismus«, der seinen Anfang in der verwerflichen Revolution von 1917 genommen habe, bedeute schließlich die euro-

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

päische Christenheit zu verteidigen. Dies sei ein Handeln, das keineswegs von den Christen verurteilt werden dürfe, wie Wiśniewski in der Zeitschrift »Pro Christo« im Juli 1934 schrieb.

Die Ostpolitik der sogenannten Zweiten Rzeczpospolita wie auch die Herausbildung ihrer östlichen Grenzen in den Jahren unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges konzentrierten sich in der ideologischen Ausrichtung rund um zwei Lager: Roman Dmowski und Józef Piłsudski. Anders als Roman Dmowski, der den Hauptgegner eines unabhängigen Polens im Deutschen Reich sah, bildete für Piłsudski Russland bzw. Sowjetrussland und ab 1922 die Sowjetunion die größte Gefahr für den Fortbestand eines neuerrichteten polnischen Staates. Für letzteren konnte ein unabhängiges Polen nicht zeitgleich mit einem starken Russland als Nachbarn existieren. Bereits 1904 proklamierte Piłsudski in einem Memorandum, dass das Hauptziel eines wieder unabhängigen Polens »die Zerschlagung des russischen Staates in seine Hauptbestandteile und die Unabhängigkeitsmachung der durch Gewalt in das Imperium eingegliederten Länder« sei.[64]

Die Vernichtung bzw. schrittweise Zerstückelung Russlands wurde zum tragenden Motto der von Piłsudski initiierten Prometheismus-Bewegung, die sich nach der Niederlage der Weißen im Russischen Bürgerkrieg hauptsächlich der Eindämmung des geopolitischen Einflussausbaus der Sowjetunion richtete. Durch die Unterstützung separatistischer Bewegungen auf dem Gebiet der Sowjetunion sollte die streckenweise Demontage des Vielvölkerstaates vorangetrieben werden, der ab 1918 mehrere ostmittel- und osteuropäische Länder annektiert hatte. Unterstützt wurden von Polen aus speziell Unabhängigkeitsbestrebungen in der Ukraine, Weißrussland, Karelien, dem Baltikum, dem Kaukasus und Zentralasien. Ergänzend zur Konzeption des Prometheismus bestand das Projekt einer hauptsächlich polnisch geführten Konföderation in Mittel- und Osteuropa namens Intermarium. Der Prometheismus war unter anderem aus dem Streben nach vollständiger Wiedererlangung staatlicher Unabhängigkeit aller slawischen Völker und dem Widerstand gegen die Ausweitung der Einflusssphäre der Sowjetunion in den Westen entstanden. Des Weiteren galt er als eine der Leitlinien für die polnische Außenpolitik zwischen 1918 und 1939. Im September 1921 unterstrich Piłsudski nochmals seine genuin antirussische Haltung: »Wir Polen wollen es nicht wahrhaben, dass für uns Russland – welches auch immer – immer eine

64 Piłsudski, Józef: Pisma zbiorowe, Bd. 2, Warszawa 1937, S. 253.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Konkurrenz darstellen wird. Wir begegnen stets dem Hindernis Russland – Russland als reale Macht, Russland als ein lebendiger Begriff auf dieser Welt.«[65]

Antisowjetische bzw. antikommunistische Presse und Bücher, die die Russische Revolution wie auch den sowjetischen Staat aus einer rein negativen Perspektive beschrieben, hatten im Polen der Zwischenkriegszeit Konjunktur. 1927 erschien gar eine offen gegen den Kommunismus und vor allem die Sowjetunion gerichtete Zeitschrift. Bereits der Titel des monatlich in Warschau erscheinenden und von Henryk Glass herausgegebenen Blattes war Programm: Er lautete »Bój z bolszewizmem. Wszechstronny informator antykomunistyczny« (1927–1931) also »Kampf dem Bolschewismus. Ein umfassendes antikommunistisches Informationsblatt«. 1937 folgte mit »Prawda o komunizmie – Biuletyn Informacyjny« (»Die Wahrheit über den Kommunismus – ein Informationsbulletin«) ein weiteres von Henryk Glass herausgegebenes antikommunistisches Monatsblatt.

Fazit

Die polnischen Unabhängigkeitsaktivisten schöpften bei ihren Schriften, die während des Ersten Weltkrieges und in den Jahren unmittelbar nach 1918 die Forderung nach einem souveränen polnischen Staat unterstreichen sollten, aus einem Sammelsurium altbewährter nationaler Topoi, von denen insbesondere das Bollwerksmotiv wie auch das messianistische Bild von Polen als dem leidgeplagten »Christus der Völker« zweifelsohne zu den am häufigsten bemühten gehörten. Dabei wurde die exponierte geopolitische Lage zwischen zwei mächtigen Nachbarn geschickt in die Argumentationen eingebunden: Polen als der Vorposten (west)europäischer Libertät sei stets von einem militaristisch-expansionistischen Deutschland einerseits und einem autoritär-despotischen Russland andererseits bedroht und letzten Endes auch aufgeteilt worden. Ein unabhängiger polnischer Staat sei also, so die Botschaft in den meisten der hier vorgestellten Schriften, nicht nur die Wiedergutmachung des geschichtlichen Unrechts der Teilungen. Vielmehr könne das restituierte Polen wie schon einst die frühneuzeitliche Rzeczpospolita sowohl Deutschland als auch Russland in Schach halten und somit den Westen (vor allem Deutschland) entlasten.

65 Garlicki, A./ Świętek, R. (Hrsg.): Dariusz 1919–1935, Warszawa 1992, S. 98. Vgl. Wyszczelski, Rozpruwanie, S. 6; Nowak, Andrzej: Reborn Poland or Reconstructed Empire? Questions on the Course and Results of Polish Eastern Policy (1918–1921), in: Lithuanian Historical Studies 13,1 (2008), S. 127–150.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Besonders auffällig ist dabei die Uneinigkeit der polnischen Publizisten darüber, welche Rolle Deutschland wie auch Russland bei der Lösung der polnischen Frage zugeschrieben werden sollte und wie denn beiden nach einer zukünftigen Unabhängigkeitserlangung außenpolitisch entgegenzutreten sei. Eine Minderheit plädierte – sicherlich noch einem direkten Hinwirken der jeweiligen Teilungsmächte ausgesetzt – hier zu Kriegsbeginn für die deutschen beziehungsweise russischen Polenpläne. Die Mehrheit der polnischen Unabhängigkeitsaktivisten sah jedoch sowohl in Deutschland als auch in Russland die größten Gegner eines restituierten souveränen polnischen Staates. Bis 1917, dem Jahr der Russischen Revolutionen also, hielt der Großteil der polnischen Publizistik – abgesehen von den deutschlandnahen und dem kurzlebigen Regentschaftskönigreich zugeneigten Befürwortern einer Zusammenarbeit mit Berlin – noch Deutschland für den Hauptantagonisten der polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen. Es mehrten sich – wie weiter oben mehrfach aufgeführt – Darstellungen, die Polen zu einem slawischen Bollwerk der Freiheit gegen den preußisch-germanischen Militarismus und Imperialismus stilisierten. Russland kam in diesen propagandistischen Abhandlungen ein wenig besser weg und wurde in seinem Wirken als Teilungsmacht nur zu oft auf den Rang eines durch die skrupellosen Intrigen Berlins gegen die Polen manipulierten Instruments deutscher Außenpolitik herabgesetzt. Davon eine russlandneutrale oder gar russlandfreundliche Einstellung abzuleiten, ginge aber entschieden zu weit. Vielmehr wurden beide, Deutschland und Russland, als Feinde Polens dargestellt; nur dass eben ersteres als gefährlicher, da vermeintlich entwickelter und organisierter, eingestuft wurde, während letzterem der altbewährte Topos des barbarischen und chaotischen Ostens zugeschrieben wurde.

Der Zusammenbruch der Mittelmächte 1918 und die aus polnischer Sicht beunruhigenden Ereignisse im Osten des europäischen Kontinents ließen zunehmend das bolschewistische Russland als größte Bedrohung eines unabhängigen polnischen Staates erscheinen. Von besonderem Interesse ist hierbei, mit welchem Eifer die bereits im 19. Jahrhundert immer wieder bemühten Bollwerkstopoi und messianistischen Polenbilder während des Ersten Weltkrieges, insbesondere aber in den letzten zwei Kriegsjahren und im Zuge des polnisch-sowjetischen Krieges 1919 bis 1921 verbreitet wurden. Hier dienten beide Narrative, die in der Vorstellung Polens als einer aufopferungsbereiten Vormauer Europas beziehungsweise einem das europäische Hinterland verteidigenden Christus der westlichen Völker ihre Verschmelzung fanden, der polnischen nationalen Bewegung als willkommene propagandistische Instrumente zur Festigung und Legitimierung der eigenen nationalen Identität. Sie fungierten in diesen ungewissen Jahren der Staatsbildung den (überwiegend nationalkatholischen) polnischen Eliten als ein wichtiger

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

integrativer Orientierungsanker des Kollektivgedächtnisses, der dem eigenen Land sowohl nach innen als auch nach außen die Europäizität zuschrieb. Gerade vor dem Hintergrund der bolschewistischen Bedrohung wurde hierbei Europa – auch als Anlehnung an ältere, bis in die heutige Zeit in weiten Bevölkerungsteilen Polens bekannte »Antemurale«-Topoi der Vormoderne – als ein in sich abgeschlossener christlicher Kulturkreis verstanden, den es vor dem »unchristlichen« Bolschewismus zu beschützen galt. Beiden Topoi kam innerhalb der polnischen Unabhängigkeitspublizistik große Bedeutung im Bereich der politischen Agitation zu. In geradezu pathetischen Worten beschworen die Publizisten den aufopferungsvollen Kampf vergangener Generationen gegen äußere Bedrohungen und verbanden diesen mit eigenem Kampf um einen unabhängigen polnischen Staat.

Dass das Bild Polens als Beschützer des christlichen Europas auch ein Jahrhundert nach dem Ende des Ersten Weltkrieges an seiner Wirkungskraft unter den nationalkatholischen Eliten des Landes nichts eingebüßt hat, zeigten die Feierlichkeiten zum 99. Jahrestag der polnischen Unabhängigkeitserlangung und die mit reichlich Pathos aufgeladene Ansprache des Vorsitzenden der Partei »Prawo i Sprawiedliwość« (PiS, »Recht und Gerechtigkeit«) Jarosław Kaczyński im November 2017. Letzterer erinnerte an die Ereignisse des Herbstes 1918 wie auch die schwierige geopolitische Lage der Zweiten Rzeczpospolita zwischen Sowjetrussland (bzw. der Sowjetunion) und Deutschland und verband diese mit den Realitäten der heutigen Republik Polen, die wie bereits vor hundert Jahren die Mission eines christlichen Vorpostens zu erfüllen habe. Fast schon an die Huntington'sche »Clash of Civilizations«-Rhetorik anknüpfend beschwor Kaczyński hierbei einen Kampf, an dessen Ende ein auf europäischen Werten aufgebautes Europa den Sieg davon tragen müsse und bei dem einen im Inneren geeinten (sprich: nationalkatholisch ausgerichteten) Polen eine entscheidende Rolle zukommen sollte:

> »Polen war innerhalb dieser 99 Jahre [seit 1918, Hervorhebung d. V.] 50 Jahre seiner Unabhängigkeit beraubt. Es war ein Opfer zweier schrecklicher Totalitarismen geworden – des deutschen und des russischen. Und die Folgen dieser Unfreiheit des 20. Jahrhunderts, wie auch die Folgen der früheren [Unfreiheit, gemeint ist die Zeit der Teilungen, Hervorhebung d. V.], dauern bis heute an. […] Das Jahr zum Gedenken des hundertsten Jahrestags wird ein enorm wichtiges sein, in dem wir alles dafür tun sollten, damit so viele wie möglich der immer noch unvernarbten Wunden aufhören, unvernarbt zu sein. Damit die polnische Geistigkeit, der polnische Geist gestärkt werden, damit sich unsere Gemeinschaft stärkt, damit sich unsere Unabhängigkeit stärkt. […] Wir müssen zeigen, dass diejenigen, die vor einhundert Jahren es geschafft haben, Gedanken mit Taten zu verbinden, nicht die letzte Generation sind, die es konnten. Wir müssen auch so eine Generation sein! […] Aber das ist der einzige Weg, damit diese Jahrestage nicht nur bloße Feierlichkeiten sind, damit sie nicht nur bloße Augenblicke, sondern Schritte zu solch einem Polen hin sind, von dem wir alle träumen. [Einem Polen], das uns allen aber auch den Kindern und den Enkeln dieser Generation Sicherheit, Wohlstand, Stärke, Würde und das Gefühl garantieren wird, ein Pole zu sein, bedeute was Wichtiges zu sein. Es bedeute, jemand zu sein, der in Europa was bedeutet. Es bedeute vielmehr, jemand zu sein, der dem

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

heutigen, kranken Europa den Weg zur Heilung, den Weg zur Rückkehr zu den fundamentalen Werten aufzeigt. Den Weg zur Rückkehr zur wahren Freiheit, den Weg zum Sieg und zur Stärkung unserer auf dem Christentum basierenden Zivilisation. Polen hat solch eine Chance! Nutzen wir sie!«[66]

66 Kaczyński, J.: Rede vor dem Józef Piłsudksi-Denkmal in Warschau vom 10. 11. 2017, entnommen aus dem Videoarchiv des Fernsehsenders TVP Info, online zugänglich unter: http://www.tvp.info/34771308/jaroslaw-kaczynski-w-stulecie-odzyskania-niepodleglosci-rany-powinny-sie-zabliznic (01. 04. 2021): »Polska w ciągu tych 99 lat przez 50 była niepodległości pozbawiana. Padła ofiarą dwóch straszliwych totalitaryzmów – niemieckiego i rosyjskiego. I skutki tej XX-wiecznej niewoli, tak jak i skutki tej dawnej [zaborów], trwają po dziś dzień. Trwają w sferze materialnej, […] ale przede wszystkim trwają ciągle w sferze duchowej, w sferze świadomości. […] Rok obchodów setnej rocznicy, to będzie rok ogromnie ważny, […] w którym powinniśmy uczynić wszystko, by jak najwięcej tych ciągle niezabliźnionych ran przestało być niezabliźnionymi, by polska duchowość, by polski duch się wzmacniał, by wzmacniała się nasza wspólnota, by wzmacniała się nasza niepodległość. […] Musimy pokazać, że ci, którzy sto lat temu potrafili połączyć myśli i czyny, nie są ostatnim pokoleniem, którę to potrafiło. My też musimy być takim pokoleniem! […] Ale to jest jedyna droga […] ku temu, by te rocznice nie były tylko uroczystościami, nie były tylko momentami a były krokami ku takiej Polsce o której wszyscy mażymy. Która będzie nam wszystkim a także dzieciom i wnukom tego pokolenia zapewniała bezpieczeństwo, dobrobyt, siłę, godność i poczucie, że być Polakiem, to znaczy być kimś ważnym. To znaczy być kimś, kto w Europie znaczy. Co więcej, to znaczy być kimś, kto wyznacza dzisiejszej, chorej Europie drogę do uzdrowienia, drogę do powrotu do fundamentalnych wartości. Drogę do powrotu do prawdziwej wolności, drogę do zwycięstwa i umocnienia naszej opartej o chrześcijaństwo cywilizacji. Polska ma taką szansę! Wykożystajmy ją!«

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Martin Göllnitz

Homophobie und Revolutionsangst. Die politische Dramaturgie des 30. Juni 1934

Der Popanz revolutionärer Umbrüche, unabhängig ob diese nun real oder nur eingebildet sind, steht immer in einem engen Zusammenhang mit den ergriffenen Gegenmaßnahmen, mithilfe derer solch Schreckgespenste in allerletzter Not abgewehrt werden sollen. Sowohl der Terror und die Furcht als auch die verwendete Gewalt unterliegen dabei einem dauernden Wechselverhältnis, wobei sich die Revolutionäre und ihre Kontrahenten oftmals in einer Radikalisierungsspirale befinden – also die Gegengewalt auf die Gewalt reagiert und diese folglich in ihrer Brutalität zu übertreffen sucht.[1] Zudem führen die Revolten und Revolutionen des 20. Jahrhunderts deutlich vor Augen, dass mit der Angst vor diesen ein erhebliches Mobilisierungs- und Gewaltpotenzial verbunden ist – selbst in diktatorischen Regimen wie dem NS-Staat, was insbesondere am sogenannten »Röhm-Putsch« evident wird.

Um dies zu verdeutlichen, steht am Anfang der vorliegenden Untersuchung ein Zitat Werner Bests, der als Organisationschef des Sicherheitsdienstes (SD) die Aktionen der »Röhm-Morde« in Süddeutschland organisierte und als einer der wichtigsten Akteure neben Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich bei der Entmachtung der Sturmabteilung (SA) und der Ermordung des Stabschefs Ernst Röhm gilt.[2] Ohne seine zentrale Rolle bei dem Mordkomplott einzugestehen, hat

1 Zum Begriff der »Radikalisierung« vgl. neuerdings Reichardt, Sven: Radikalisierung. Zeithistorische Anmerkung zu einem aktuellen Begriff, in: Geschichte und Gesellschaft 43 (2017), S. 68 – 91; sowie als praktisches Beispiel für den Zeitraum von 1918 bis 1923 Göllnitz, Martin: Spirale der Gewalt. Radikalisierungsprozesse studentischer Gewalttäter in den Anfangsjahren der Weimarer Republik und der Ersten Republik Österreich, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 21 (2018), S. 155 – 178.

2 Die Biographie Ernst Röhms soll hier nicht erneut rekapituliert werden, gleichwohl eine ausgewogene kritische Untersuchung seiner Person in deutscher Sprache bislang aussteht. Vgl. zu Röhms Leben die englische Studie von Hancock, Eleanor: Ernst Röhm. Hitler's SA Chief of Staff, New York 2008, insb. S. 39 – 60; sowie Campbell, Bruce: The SA Generals and the Rise of Nazism, Lexington (Ky) 1998, S. 81 – 86; Fischer, Conan: Ernst Julius Röhm – Stabschef der SA und unentbehrlicher Außenseiter, in: Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, hrsg. von Ronald Smelser/ Rainer Zitelmann, Darmstadt 1989,

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sich Best nach dem Zweiten Weltkrieg für seine Beteiligung zu rechtfertigen versucht.[3] Gegenüber dem Generalstaatsanwalt in München erklärte er am 18. Juni 1951:

> »Ich war am 30. Juni 1934 überzeugt, daß die Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Staatsordnung gegeben war. Das Verhalten zahlreicher hoher und anderer SA-Führer und die gewaltige Aufblähung der SA durch die Aufnahme von Millionen bisheriger ›Marxisten‹, die unklare Proklamation ›sozialistischer‹ Ziele, die Phrase von der ›zweiten‹ Revolution und die Ungeduld der unbeschäftigten, meist erwerbslosen SA-Männer ließ es als möglich erscheinen, daß diese Meldungen – von catilinarischen Führern ausgenutzt – in einen ›braunen Bolschewismus‹ ausarten würden. […] Wenn z. B. die sofortige, verfahrenslose Exekution von Aufrührern und Verschwörern […] die Gefahr für Volk und Staat bannen konnte und wenn sie hierfür wirklich notwendig war, so war sie nach meiner Meinung durch den Staatsnotstand gerechtfertigt, der – wie die erfolgreiche Revolution – bestehendes Recht bricht und dadurch neues Recht schafft.«[4]

Best, dem hier an einer juristischen Legitimation der Morde gelegen scheint, spricht gleich mehrere interessante Punkte an, die für die folgenden Überlegungen von Bedeutung sind. Zum einen bedient er das Stereotyp des übergelaufenen Marxisten, der sich in sogenannten »Beefsteak-Stürmen« (außen braun, innen rot) organisierte; obwohl nicht den Tatsachen entsprechend, prägte dieses Stereotyp über Jahrzehnte das öffentliche Bild von der SA.[5] Zum anderen greift er auf das Motiv der Bolschewismusfurcht zurück, das die Zwischenkriegszeit ab 1918 dominierte und vor allem in Mittel- und Ostmitteleuropa zu zahlreichen Gewaltakten und Gräueltaten führte.[6] Schließlich existierte mit Russland ein ganzer Staat, der scheinbar nur darauf wartete, die Gewalt der Revolution auf die übrige Welt auszudehnen – eine Gefahr, die Best im Jahr 1951, vor dem Hintergrund des aufziehenden Kalten Krieges, geflissentlich für sich zu nutzen wusste. Interessan-

S. 212 – 221; Fest, Joachim: Ernst Röhm und die verlorene Generation, in: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, hrsg. von dems., Frankfurt a. M. 1969, S. 163 – 178.

3 Zu Bests Biographie und seiner Rolle beim »Röhm-Putsch« vgl. immer noch grundlegend Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903 – 1989, 3. Aufl., Bonn 1996, insb. S. 138 – 147.

4 Institut für Zeitgeschichte (IfZ), ZS 207/1, Werner Best, Beantwortung des Fragebogens des Generalstaatsanwalts in München vom 18. 6. 1951 (1JsGen. 1 ff/49), S. 9 f.

5 Longerich, Peter: Geschichte der SA, München 2003, S. 193. Vgl. auch Siemens, Daniel: Stormtroopers. A New History of Hitler's Brownshirts, New Haven 2017.

6 Vgl. dazu exemplarisch Gerwarth, Robert/ Horne, John: Bolschewismus als Fantasie. Revolutionsangst und konterrevolutionäre Gewalt 1917 bis 1923, in: Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt in Europa nach dem Ersten Weltkrieg, hrsg. von dens., Göttingen 2013, S. 94 – 107; Conway, Martin/ Gerwarth, Robert: Revolution and Counter-Revolution, in: Political Violence in Twentieth-Century Europe, hrsg. von Donald Bloxham/ Robert Gerwarth, Cambridge 2011, S. 140 – 175; Jones, Mark: Founding Weimar. Violence and the German Revolution of 1918 – 1919, Cambridge 2016; Barth, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914 – 1933 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 61), Düsseldorf 2003, S. 396 – 398; Schumann, Dirk: Europa, der Erste Weltkrieg und die Nachkriegszeit. Eine Kontinuität der Gewalt?, in: Journal of Modern European History 1 (2003), S. 24 – 43; Weisbrod, Bernd: Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den Weltkriegen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992), S. 391 – 404.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ter noch dürfte jedoch Bests Wortwahl sein. So sei er damals davon überzeugt gewesen, es stehe eine zweite Revolution durch die SA bevor. Die Verwendung des Präteritums deutet darauf hin, dass er mittlerweile, also sechs Jahre nach dem Ende des NS-Regimes, nicht mehr an einen Putschversuch Röhms glaubte. Diese Vermutung wird durch eine weitere Formulierung erhärtet: So erklärt Best, ihm sei es lediglich als möglich erschienen, dass die vermeintliche SA-Revolte in einen »braunen Bolschewismus« ausarten könne.[7]

In Anbetracht der Tatsache, dass Best zu den zentralen Akteuren der »Röhm-Morde« gehörte, erstaunt diese nachträglich verfasste Rechtfertigung der Aktion. Im Folgenden soll daher die politische Dramaturgie der Ereignisse, die zum 30. Juni 1934 führten, beleuchtet und hinterfragt werden. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob es sich tatsächlich um einen »Röhm-Putsch« oder vielleicht doch besser um einen »Putsch gegen Röhm«[8] – bei dem die Homophobie führender NS-Politiker, eine durch fingierte Beweise bewusst geschürte Angst vor einer SA-Revolution, die polternden Drohgebärden Röhms in Richtung Reichswehr und Parteispitze sowie das Konkurrenzgerangel innerhalb der NS-Bewegung ein unentwirrbares Motivknäuel bildeten – gehandelt hat und ob in diesem Zusammenhang die Revolutionsangst des sich in der Konsolidierungsphase befindlichen NS-Herrschaftssystems eine wichtige Rolle spielte. Zur Annäherung an die Beantwortung dieser Frage gliedert sich der Beitrag in insgesamt vier Kapitel, wobei der eigentliche Mordkomplott den Ausgangspunkt darstellt.

Nach der Rekonstruktion des Tathergangs wird den einzelnen Konfliktfeldern rund um Röhm auf den Grund gegangen. Dazu zählen 1) der sattsam bekannte Konflikt mit der Reichswehr, 2) die Androhung einer zweiten nationalsozialistischen Revolution durch die SA und 3) die enge Verbindung von Homophobie und Staatsräson, die als ein Wesensmerkmal des NS-Staates nach 1934 gilt.[9] Hierbei

7 IfZ, ZS 207/1, Werner Best, Beantwortung des Fragebogens des Generalstaatsanwalts in München vom 18. 6. 1951 (1JsGen. 1 ff/49), S. 9.

8 Diese Begriffsverwendung schlägt Pretzel, Andreas: Vom Staatsfeind zum Volksfeind: Zur Radikalisierung der Homosexuellenverfolgung im Zusammenwirken von Polizei und Justiz, in: Homosexualität und Staatsräson. Männlichkeit, Homophobie und Politik in Deutschland 1900 – 1945 (Geschichte und Geschlechter, Bd. 46), hrsg. von Susanne zur Nieden, Frankfurt a. M. 2005, S. 217 – 252, hier S. 223, vor.

9 Eleanor Hancock nennt als weitere Gründe bzw. Akteure den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, »who brought pressure on Hitler to curb or destroy the SA«, sowie den Einfluss der konservativen Verbündeten des NS-Regimes und deren Intrigen. Ohne diese Faktoren im Folgenden explizit hervorzuheben, so ist es doch evident, dass sowohl Hindenburg als auch die konservativen Eliten einen Konflikt zwischen SA und Reichswehr, vor allem aber eine Fortsetzung der SA-Gewalt zu verhindern suchten. Auch homophobe Vorbehalte gegenüber der SA-Führung dürften dabei eine Rolle gespielt haben. Eine gesonderte Erörterung dieser Faktoren erscheint daher an dieser Stelle nicht zielführend, gleichwohl diese natürlich im Hintergrund der Überlegungen stets mitschwingen. Vgl. Hancock, Eleanor: The Purge of the SA Reconsidered: »An Old Putschist Trick«? In: Central European History 44 (2011), 4, S. 669 – 683, hier S. 670. Zu den Verschwörern innerhalb der Vizekanzlei Franz von Papens und deren Marburger Rede vom 17. Juni 1934, die ebenfalls Einfluss auf die Mordaktionen des 30. Juni 1934 nahm, siehe grundlegend Orth, Rainer: »Der Amtssitz der Opposition«? Politik und Staatsumbaupläne im Büro des

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wird auch den Motiven jener Einzelpersonen und Gruppen nachgespürt, die an der Ermordung des SA-Stabschefs, seiner engeren Entourage und zahlreicher politischer Gegner beteiligt waren. Dass die Vorgeschichte des 30. Juni 1934 und der Mordkomplott selbst zumindest streckenweise den Eindruck eines Sex-&-Crime-Thrillers erwecken, dürfte durchaus im Sinne der verantwortlichen Verschwörer gewesen sein.

Das Mordkomplott vom 30. Juni 1934

Die Ereignisse des 30. Juni sind im Grunde schnell umrissen und sollen an dieser Stelle nur den erzählerischen Rahmen stecken.[10] Etwa eine Woche zuvor hatten Röhms innerparteiliche Gegner damit begonnen, die Schutzstaffel (SS) und die Reichswehr auf einen bevorstehenden SA-Putsch einzustimmen und entsprechende Gegenmaßnahmen vorzubereiten. Ein Termin für die Aktion stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest, doch musste schnell gehandelt werden. Denn Anfang Juni hatte Röhm nach dem letzten persönlichen und zugleich versöhnlichen Gespräch mit Adolf Hitler eine Kur angetreten und einen generellen »Urlaub« der Parteiarmee für den Monat Juli angeordnet. Die Aussicht, am 1. August wieder einer »voll ausgeruht[en] und gekräftigt[en]«[11] SA gegenüberzustehen, setzte das Zeitlimit für die Aktion. Um den 25. Juni beorderten Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich sämtliche höheren SS- und SD-Führer aus dem Reich nach Berlin, wo diesen eine unmittelbar bevorstehende SA-Revolte verkündet und zugleich erste Abwehrmaßnahmen erläutert wurden.[12] Doch allein die Tatsache, dass die geplante Aktion gegen Röhm und dessen Entourage auf ein Stichwort (»Kolibri«) erfolgen sollte und nicht als Reaktion auf den vermeintlichen Putsch selbst, verdeutlicht die hier praktizierte Art von Staatsschutz. Für den Fall, dass die SA

Stellvertreters des Reichskanzlers in den Jahren 1933 – 1934, Köln 2016, insb. S. 451 – 514; Postert, André: Das Ende der konservativen Ambitionen. Franz von Papen und die Vizekanzlei im Sommer 1934, in: Historisches Jahrbuch 134 (2014), S. 340 – 371; Göllnitz, Martin: Die Marburger Rede vom 17. Juni 1934 – eine Festtagsrede mit politischer Sprengkraft?, in: Skandal!? Stadtgeschichten aus Marburg im 20. Jahrhundert, hrsg. von dems./ Sabine Mecking, Bielefeld 2021 [im Druck].

10 Neben den im Folgenden zitierten Studien vgl. ferner die älteren Arbeiten von Werner, Andreas: SA und NSDAP. »Wehrverband«, »Parteigruppe« oder »Revolutionsarmee«? Studien zur Geschichte der SA und NSDAP 1920 – 1933, Erlangen 1965; Bennecke, Heinrich: Die Reichswehr und der »Röhm-Putsch« (Politische Studien, Beiheft, Bd. 2), München 1964; Ders.: Hitler und die SA, München 1962.

11 Das Zitat entstammt dem Urlaubsbefehl Röhms vom 8. 6. 1934, zit. n. Longerich, Geschichte, S. 210.

12 Dazu und zum Folgenden vgl. Sauer, Wolfgang: Die Mobilmachung der Gewalt, in: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34 (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 14), hrsg. von Karl Dietrich Bracher/ Wolfgang Sauer/ Gerhard Schulz, Opladen 1960, S. 685 – 966, hier S. 955 – 958; Longerich, Geschichte, S. 215.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

unerwartet starken Widerstand leisten sollte, waren von der Reichswehr außerdem umfangreiche Eingreifreserven erbeten worden.[13]

Zu diesem Zeitpunkt waren Röhms Kontrahenten offenbar längst nicht mehr imstande, die konstruierte Aufstandsgefahr von einer realen Revolte zu unterscheiden. Die Fama von den Putschvorbereitungen, die in erster Linie auf gezielt gestreuten Falschmeldungen, Gerüchten über das Verhalten der SA und fingierten SA-Geheimbefehlen basierte, verselbstständigte sich innerhalb von Parteispitze und Reichswehr und kehrte bald schon als vermeintlich echte Bedrohung an die verschiedenen Nachrichtendienste zurück.[14] Während Himmlers SS in diesem Klima der Revolutionsangst, das durch eine reichsweite Alarmstimmung zusätzlich angeheizt wurde, die technischen Details der geplanten Aktion organisierte, begab sich Hitler am 28. Juni 1934 in Begleitung von Hermann Göring und Victor Lutze nach Essen, wo sie an der Hochzeit des dortigen Gauleiters Josef Terboven teilnahmen. Einer offiziellen Darstellung der Ereignisse ist zu entnehmen, dass auf diese Weise »nach außen de[r] Eindruck absoluter Ruhe« erweckt werden sollte.[15] In Essen scheint auch der Zeitpunkt für den Mordkomplott festgelegt worden zu sein, denn aus Berlin trafen beunruhigende Neuigkeiten ein: Zum einen wurde ein unmittelbar bevorstehendes Zusammentreffen Paul von Hindenburgs mit Franz von Papen, zum anderen eine zunehmende Unruhe innerhalb der SA-Stürme gemeldet.[16] Noch am selben Abend befahl Hitler seinem SA-Stabschef telefonisch, für den Vormittag des 30. Juni ein SA-Führertreffen einzuberufen, das an seinem Urlaubsort Bad Wiessee stattfinden sollte. Derweil begab sich Göring nach Berlin, um die letzten Vorbereitungen für das mörderische Vorhaben zu treffen und sämtliche beteiligten Akteure in Alarmbereitschaft zu versetzen.

Am 29. Juni 1934 kam es dann fast zu einer vorzeitigen Eskalation, als eine 3.000 Mann starke SA-Standarte lautstark randalierend durch München zog.[17] Allem Anschein nach erhöhte sich infolge des Vorfalls das Tempo der gesamten Aktion, wodurch auch eine blutige Abrechnung immer wahrscheinlicher wurde: Noch in der Nacht auf den 30. Juni kehrte Hitler gemeinsam mit Joseph Goebbels und Lutze nach München zurück, wo ihm der bayerische Innenminister und Gauleiter Adolf Wagner nachdrücklich versicherte, dass die Stadt unter seiner Kon-

13 Müller, Klaus-Jürgen: Reichswehr und »Röhm-Affäre«. Aus den Akten des Wehrkreiskommandos (Bayer.) VII, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 3 (1968) 1, S. 107 – 144, hier S. 113 – 117.
14 Dazu und zum Folgenden vgl. Longerich, Geschichte, S. 215; Mau, Hermann: Die »Zweite Revolution« – Der 30. Juni 1934, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953) 2, S. 119 – 137, hier S. 131 f.
15 Mitteilung der NS-Korrespondenz vom 30. 6. 1934, zit. n. Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932 – 1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 1: Triumph, Würzburg 1962, S. 399 f.
16 Longerich, Geschichte, S. 216.
17 Vgl. dazu Höhne, Heinz: Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933 – 1934, Reinbek 1984, S. 261 – 263.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

trolle sei. Ohne das Eintreffen der angeforderten Verstärkung aus Berlin und Dachau abzuwarten – und lediglich in Begleitung von Göring, Lutze und Rudolf Heß sowie einem Kommando ausgesuchter SS-Männer und einiger Polizeibeamter – begab sich der »Führer« daraufhin auf direktem Weg nach Bad Wiessee.[18] In der Pension Hanselbauer, wo die zur Besprechung einbestellten SA-Führer am Vorabend ausgiebig gezecht hatten und ihren Rausch ausschliefen, herrschte zu dieser Zeit noch absolute Ruhe.[19] Der Münchener Gruppe gelang es daher, sämtliche Anwesenden ohne Gegenwehr zu überrumpeln und aus dem Bett heraus zu verhaften. Um Röhm kümmerte sich Hitler höchstpersönlich, der diesen geradezu hysterisch mit Vorwürfen überhäufte.[20] Für die nachträgliche Legitimation der Verhaftungsaktion und die nun einsetzenden Morde war ferner der Umstand von Bedeutung, dass der Breslauer SA-Obergruppenführer Edmund Heines sein Bett mit einem jungen SA-Mann geteilt haben soll. Offenbar beflügelte der Vorfall die sexuellen Fantasien und antihomosexuellen Vorbehalte der Beteiligten, denn in den nächsten Monaten war dem NS-Regime, aber auch der Exilpresse in hohem Maße daran gelegen, die Pension als Sündenpfuhl und wahres Eldorado der Homosexualität darzustellen.[21]

Während die festgenommenen SA-Führer in das Gefängnis München-Stadelheim gebracht wurden, wo man sechs von ihnen noch am gleichen Tag erschoss, machten sich die Mordkommandos von SS, SD und Geheimer Staatspolizei (Gestapo) nach Erhalt des verabredeten Stichwortes auf, um die angeblichen Putschisten wie auch vermeintliche Staatskritiker im ganzen Reich zu erledigen.[22] In den folgenden Tagen ermordeten sie wahrscheinlich zwischen 150 und 200 Menschen, darunter führende SA-Funktionäre, parteiinterne Gegner Hitlers wie etwa Gregor Strasser, konservative Politiker wie Edgar Jung und auch Reichswehrangehörige wie die Generäle Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow.[23] Röhm

18 Longerich, Geschichte, S. 216 f.; Höhne, Mordsache, S. 265 – 268.
19 Longerich, Geschichte, S. 217.
20 Lutze, Viktor: Reichswehr zieht auf. Tagebuch des zweiten SA-Stabschefs, in: Hannoversche Presse, vom 18. 5. 1957.
21 Vgl. dazu Zinn, Alexander: Die soziale Konstruktion des homosexuellen Nationalsozialisten. Zu Genese und Etablierung eines Stereotyps, Frankfurt a. M. 1997, S. 108 – 113, 118 – 122; Ders.: Zur sozialen Konstruktion des homosexuellen Nationalsozialisten. Der »Röhm-Putsch« und Homosexuellenverfolgungen 1934/35 im Spiegel der Exilpresse, in: Capri – Zeitschrift für schwule Geschichte 18 (1995), S. 21 – 48, hier S. 23 – 26.
22 Vgl. dazu o.V.: Sieben SA-Führer erschossen, in: Völkischer Beobachter, Extra-Ausgabe vom 1. 7. 1934. Der SA-Gruppenführer Karl Ernst wurde in Berlin erschossen. Vgl. dazu Sauer, Bernhard: Goebbels »Rabauken«. Zur Geschichte der SA in Berlin-Brandenburg, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart – Jahrbuch des Landesarchivs Berlin (2006), S. 107 – 164. Zu den sechs in Stadelheim ermordeten SA-Führern siehe Selig, Wolfram: Ermordet im Namen des Führers. Die Opfer des Röhm-Putsches in München, in: Staat, Kultur, Politik. Beiträge zur Geschichte Bayerns und des Katholizismus, hrsg. von Winfried Becker/ Werner Chrobak, Kallmünz 1992, S. 341 – 356, hier S. 342 – 346.
23 Bloch, Charles: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934, Frankfurt a. M. 1970, S. 104; Kershaw, Ian: Hitler 1889 – 1936, München 2002, S. 650; Longerich, Peter: Heinrich Himmler. Biographie, 3. Aufl.,

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wurde dagegen am 1. Juli 1934 auf Anordnung Hitlers von Theodor Eicke, dem Kommandanten des Konzentrationslagers Dachau, und SS-Sturmbannführer Michael Lippert eine Ausgabe des »Völkischen Beobachters« sowie eine Pistole in seine Gefängniszelle in Stadelheim gebracht. Da der Stabschef der SA jedoch nicht bereit war, den ihm zugedachten Part zu übernehmen, und längere Zeit kein Schuss fiel, drangen Eicke und Lippert in dessen Zelle ein und ermordeten ihn kurzerhand.[24] Noch am selben Tag berichtete die Presse über Röhms Exekution in Stadelheim: »Dem ehemaligen Stabschef Röhm ist Gelegenheit gegeben worden, die Konsequenzen aus seinem verräterischen Handeln zu ziehen. Er tat das nicht und wurde daraufhin erschossen.«[25]

Am 2. Juli wurde der Mordkomplott, getarnt als Abwehraktion einer angeblich drohenden SA-Revolte, nachträglich als sogenannte »Staatsnotwehr« gesetzlich legitimiert.[26] Bereits am Tag darauf erklärte Hitler dann in einer Ministerbesprechung, dass sich unter der Führung Röhms eine kleine Clique von SA-Führern versammelt habe, deren Zusammenhalt nicht aus ihrer Treue zur Bewegung resultierte, sondern einzig durch Ehrgeiz und eine »besondere Veranlagung« bestimmt gewesen sei.[27] Obwohl er seinen SA-Stabschef immer wieder gedeckt habe, beging dieser »schwersten Verrat an seiner Person«: »Aus der unglücklichen Veranlagung des ehemaligen Stabschefs sei die minderwertige Besetzung der SA-Führerstellen zu erklären, ebenso aber auch sein bewusst geführter Kampf gegen die Wehrmacht.« Anschließend schlug der »Führer« dann den Bogen vom Kern der Verschwörer hin zu den vermeintlichen Bündnispartnern Röhms, wobei er in seiner Formulierung äußerst vage blieb und vor allem auf Gregor Strasser und Kurt von Schleicher abzielte: »Im Laufe der Zeit hätten sich die verschiedenartigsten Elemente zusammengefunden, darunter auch Kreise, die keinen Staatsstreich geplant hätten, aber an einer Lockerung des bestehenden Zustandes interessiert gewesen seien«, führte Hitler weiter aus und hob außerdem hervor, dass »Röhm und die mit ihm im Komplott befindlichen SA-Führer […] sich mit SA-Stabswa-

München 2008, S. 183. Dagegen geht Siemens, Stormtroopers, S. 169 f., davon aus, dass insgesamt kaum mehr als 100 Personen ermordet wurden. Über 90 männliche sowie zwei weibliche Opfer des Mordkomplotts sind namentlich bekannt. Vgl. dazu Gritschneder, Otto: »Der Führer hat Sie zum Tode verurteilt…«. Hitlers »Röhm-Putsch«-Morde vor Gericht, München 1993.

24 Nieden, Susanne zur: Aufstieg und Fall des virilen Männerhelden. Der Skandal um Ernst Röhm und seine Ermordung, in: Homosexualität und Staatsräson. Männlichkeit, Homophobie und Politik in Deutschland 1900 – 1945 (Geschichte und Geschlechter, Bd. 46), hrsg. von ders., Frankfurt a. M. 2005, S. 147 – 192, hier S. 182.

25 Zit. n. Domarus, Hitler, S. 404.

26 Goebbels, Joseph: Das Reich steht – und über uns der Führer. Rede des Reichsministers Dr. Goebbels im Rundfunk, in: Völkischer Beobachter, Nr. 184 vom 3. 7. 1934.

27 Ministerbesprechung vom 3. 7. 1934, in: Akten der Reichskanzlei Regierung Hitler 1933 – 1938, Teil I: Die Regierung Hitler 1933/34, Bd. 2: 12. September 1933 bis 27. August 1934. Dokumente Nr. 207 bis 384, bearb. von Karl-Heinz Minuth und hrsg. von Konrad Repgen/ Hans Booms, Boppard am Rhein 1983, S. 1354 f. Dort finden sich auch die folgenden Zitate.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

chen umgeben [hätten], in die fast ausschließlich schwer vorbestrafte Subjekte aufgenommen worden seien.«[28]

Die Legende vom »Röhm-Putsch« war damit in ihren Grundzügen geboren und wurde lediglich in einer Reichstagsrede Hitlers vom 13. Juli 1934 noch wortreich ausgeschmückt.[29] Obgleich er für seine Verschwörungstheorie keinerlei Beweise vorlegen konnte und auch in der Folgezeit den Nachweis einer realen Putschvorbereitung schuldig blieb, stellte das Gros der deutschen Bevölkerung die Mär vom »Röhm-Putsch« nicht infrage. Wie Susanne zur Nieden und Sven Reichardt betonen, war dafür nicht etwa die Glaubwürdigkeit der vom NS-Staat kolportierten Version der Ereignisse verantwortlich. Vielmehr existierten sowohl in der Bevölkerung als auch in der Spitze des NS-Staates mehr als genug Gegner der plebejischen Parteiarmee, die deren Zerschlagung nachhaltig begrüßten.[30] Allzu gern war man dazu bereit, die von Hitler und der NS-Presse vorgetragene Fama einer drohenden Revolution zu akzeptieren, weil die Morde nicht nur geduldet, sondern aufgrund des SA-Terrors der vergangenen Monate im Ergebnis sogar befürwortet wurden.[31] Im Folgenden soll der Problem-Komplex SA näher erläutert werden.

Auf dem Weg zum Volksheer? Der Konflikt mit der Reichswehr

Der wohl bekannteste Konflikt der SA bestand mit der Reichswehr. Bereits im Frühjahr und Sommer 1933 war es zu einer engen Kooperation beider Organisationen gekommen, wobei die Wehrmacht die Parteitruppe als künftige Dachorganisation für sämtliche vor- und paramilitärische Aktivitäten bestätigt hatte.[32] Und während Röhm noch seine Sonderverbände wie Flieger- oder Marine-SA ausbaute, wurde bereits mit dem Einzug von SA-Einheiten in den Grenzschutz begonnen. Die SA entwickelte sich somit sukzessive zu einer selbstständigen und bewaffneten Macht, die als drittes Organ neben Reichswehr und Polizei agieren sollte.[33] Röhms Pläne gingen allerdings vielmehr in die Richtung eines Miliz-Heeres, des-

28 Ebd., S. 1356 f.
29 Vgl. dazu Domarus, Hitler, S. 415, 421.
30 Nieden, Susanne zur/ Reichardt, Sven: Skandale als Instrument des Machtkampfes in der NS-Führung. Zur Funktionalisierung der Homosexualität von Ernst Röhm, in: Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, hrsg. von Martin Sabrow, Göttingen 2004, S. 33 – 58, hier S. 56.
31 Ebd.; Kershaw, Hitler, S. 654.
32 Sauer, Mobilmachung, S. 888; Krausnick, Helmut: Der 30. Juni 1934. Bedeutung, Hintergründe, Verlauf, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« vom 30. 6. 1954, B XXV/54, S. 317 – 324, hier S. 318 f.
33 Vgl. dazu auch Longerich, Geschichte, S. 186.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sen Zuständigkeit er auch im Bereich der Inneren Sicherheit und der Herrschaftssicherung des Nationalsozialismus im Allgemeinen wissen wollte. Nach Peter Longerich war der Reichswehr in diesem Szenario ausschließlich eine Hilfsfunktion zugedacht; sie sollte im Wesentlichen die Kader für die Ausbildung von Reserveeinheiten und der notwendigen militärischen Spezialisten zur Verfügung stellen.[34]

Ab Dezember 1933 forderte der zum Reichsminister avancierte Röhm dann immer energischer eine führende Rolle im militärischen Sektor des Deutschen Reiches und stützte sich dabei auf das gewaltige Drohpotenzial seiner Parteiarmee. Natürlich lehnte die Reichswehrführung derlei Hegemonialansprüche vehement ab, der unabhängig davon weite Teile der SA-Führung suspekt waren und der die wachsende Missstimmung innerhalb der SA-Basis keineswegs verborgen blieb.[35] Röhm hatte zum Ende des Jahres 1933 jedenfalls die Debatte nach der künftigen Wehrverfassung des NS-Herrschaftssystems eröffnet, wobei weder der Reichswehr noch dem Staats- und Parteiapparat daran gelegen war, diese brisante Frage im öffentlichen Raum statt in persönlichen Gesprächen und internen Diskussionen auszutragen.

Mit dem Rückzug aus der Genfer Abrüstungskonferenz und dem Austritt aus dem Völkerbund im Oktober 1933 befand sich die Aufrüstung des NS-Regimes in einer konkreten Vorbereitungsphase. Nach dem Versailler Vertrag konnte aber jegliche illegale Militarisierung, worunter auch die Ausbildung und Bewaffnung von SA-Einheiten fiel, Sanktionen gegen das Deutsche Reich nach sich ziehen. Schon deswegen verwies die Reichswehrführung darauf, aus Gründen der Geheimhaltung sämtliche Aufrüstungsbestrebungen bei ihr zu konzentrieren.[36] Mit Hitlers Zusage einer Wehrpflichtarmee wurden Röhms militärische Bestrebungen um die Jahreswende 1933/34 ohnehin Makulatur. Der SA-Stabschef wollte seine Träume eines Volks-Heeres jedoch nicht so schnell zu Grabe tragen und übersandte dem Reichswehrminister Werner von Blomberg am 1. Februar 1934 eine geradezu explosive Denkschrift: In dieser skizzierte er seine Ansichten über die künftige Rolle der Reichswehr, der er lediglich die untergeordnete Funktion eines reinen Ausbildungsheeres zugestand.[37] Der Reichswehrminister, aufs Äußerste

34 Ebd.

35 Sauer, Mobilmachung, S. 938 – 940; Graß, Karl Martin: Edgar Jung, Papenkreis und Röhmkrise 1933/34, Diss. phil. Heidelberg 1966, S. 184 – 186.

36 Zum Konflikt zwischen SA und Reichswehr im Winter 1933/34 vgl. ausführlich Müller, Klaus-Jürgen: Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933 – 1940 (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 2), Stuttgart 1969, S. 95 – 100; Höhne, Mordsache, S. 197 – 205. Siehe dort auch zum Folgenden.

37 Vgl. dazu und zum Folgenden Fallois, Immo von: Kalkül und Illusion. Der Machtkampf zwischen Reichswehr und SA während der Röhm-Krise 1934 (Beiträge zur politischen Wissenschaft, Bd. 75), Berlin 1994, S. 117 f.; Höhne, Mordsache, S. 200 f.; Sauer, Mobilmachung, S. 943 – 945; Müller, Heer, S. 98 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

alarmiert, erläuterte das weitere Vorgehen zunächst im Rahmen einer Befehlshaberbesprechung und wandte sich im Anschluss unmittelbar an Hitler, da er eine direkte Einigung mit der SA-Führung für aussichtslos hielt. Hitlers Entscheidung stand zu diesem Zeitpunkt bereits fest: Für eine rasche und professionelle Aufrüstung benötigte er in jedem Fall das in der Reichswehr versammelte Potenzial an militärischem Sachverstand. Darüber hinaus konnte es sich das Regime, das sich noch in der Konsolidierungsphase befand, nicht leisten, die Armee und damit die bürgerliche Elite, die hinter der Reichswehr stand, zu verärgern. Ende Februar 1934 berief Hitler daher die Spitzen der beiden konkurrierenden Organisationen zusammen, um ihnen seine Entscheidung in Bezug auf die künftige Wehrverfassung des Deutschen Reiches mitzuteilen. Für das weitere Vorhaben des Regimes, so verkündete er, sei eine reguläre Armee mit allgemeiner Wehrpflicht unabdingbar, wohingegen ihm ein Milizheer, wie Röhm es beabsichtigte, nicht zielführend erschien. Zum Abschluss der Unterredung richtete er an die anwesende SA-Führung im Allgemeinen und den Stabschef im Besonderen die deutliche Warnung, ihm in dieser Angelegenheit fortan keine Schwierigkeiten mehr zu bereiten.

Bei einer anschließenden Zusammenkunft der Obersten SA-Führung machte Röhm seinem Unmut über diese persönliche Zurücksetzung durch Hitler lautstark Luft.[38] Seine Kritik blieb vermutlich nicht folgenlos, denn der Obergruppenführer Victor Lutze – der Röhm als Stabschef nach dem 30. Juni 1934 beerben sollte – trug diese Rudolf Heß zu. Es ist davon auszugehen, dass Lutzes Verrat eine bedeutsame Wegmarke des späteren Mordkomplotts darstellte. Und obwohl sich Röhm öffentlich geläutert gab und sich nach außen hin Hitlers Entscheidung fügte, war er keineswegs bereit, die ihm zugewiesene Rolle zu akzeptieren: Stattdessen propagierte er in prominenten NS-Blättern eine Revolution in Permanenz und träumte in aller Öffentlichkeit von einem durch und durch militarisierten SA-Staat; parallel zu diesen rhetorischen Kraftübungen forcierte er zudem die militärische Aufrüstung seiner politischen Soldaten.[39] Röhms Kritiker und Kontrahenten konnten solche Aktivitäten durchaus als Indiz dafür deuten, dass die SA weitere Kollisionen mit der Parteiführung und der Reichswehr einkalkulierte.

38 Dazu und zu Lutzes Verrat vgl. Sauer, Mobilmachung, S. 944, 948 f.; Höhne, Mordsache, S. 206; Kershaw, Hitler, S. 636.
39 Vgl. Longerich, Geschichte, S. 204 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Eine »zweite nationalsozialistische Revolution«? Der Streit mit der Parteispitze

Eng verwoben mit der Aufrüstung und Militarisierung der SA war die Forderung Röhms nach einer Fortsetzung bzw. einer zweiten nationalsozialistischen Revolution. Indem er wiederholt eine solche einforderte – und dabei auch vor der Androhung von Gewalt nicht zurückschreckte – bestärkte er den Popanz des drohenden Umsturzversuches. Solche Absichten proklamierte der Stabschef unter anderem in den »Nationalsozialistischen Monatsheften«, einem zentralen Ort der NS-Presse. Unter der Überschrift »S.A. und deutsche Revolution« stellte er etwa im Juni 1933 fest: »Ein gewaltiger Sieg ist errungen. Nicht *der* Sieg schlechthin.«[40] Röhm eröffnete mit dem Beitrag die Diskussion über den Abschluss respektive die Fortsetzung dessen, was die NS-Bewegung als »Revolution« bezeichnete.[41] SA und SS erklärte er sodann zu den eigentlichen »Grundpfeiler[n] des kommenden [!] nationalsozialistischen Staates«, als »die unbestechlichen Garanten, dass die deutsche Revolution sich vollendet«. Wer jedoch, so Röhm weiter, erst fragen müsse, was SA und SS nach der nationalsozialistischen Machtübernahme »eigentlich immer noch wollten«, der habe offenbar nichts verstanden:

> »[Denn] die nationale Erhebung ist uns nicht Sinn und Zweck unseres Kämpfens, sondern nur eine Teilstrecke der deutschen Revolution, die wir durchschreiten müssen, um zum nationalsozialistischen Staat, unserem letzten Ziel, zu gelangen! Und solange das wirkliche nationalsozialistische Deutschland noch der Erfüllung harrt, hört der erbitterte, leidenschaftliche Kampf der SA und SS nicht auf.«[42]

In Röhms Perspektive verkörperte die konservative Elite, die für ihn nicht mehr als ein Haufen von »Spießern« und »Nörglern« war, den erbittertsten Gegner der Revolution. Er würde jedoch keineswegs dulden, dass die SA von ihrem Weg nur »einen Fußbreit abweiche« oder dass die deutsche Revolution auf halber Strecke von den satten bürgerlichen »Nicht-Kämpfern verraten wird«.[43] Doch auch mit einer derart dröhnenden Rhetorik konnte der Stabschef der SA freilich nicht seinen an politischen Inhalten mangelnden Revolutionsbegriff kaschieren, womit er im Wesentlichen die Fortsetzung des plebejischen, antibürgerlich, antikommunistisch sowie antijüdisch geprägten und von latenter Gewaltbereitschaft gekenn-

40 Röhm, Ernst: S.A. und deutsche Revolution, in: Nationalsozialistische Monatshefte 4 (1933) 39, S. 251 – 254. Dort finden sich auch die folgenden Zitate (Hervorhebung im Original).
41 Zum nationalsozialistischen Revolutionsbegriff vgl. Hacke, Jens: Die Rechte und die Revolution. Erwartung und Deutung der »Zeitenwende« von 1933, in: Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, hrsg. von Heinrich August Winkler, Göttingen 2004, S. 160 – 184.
42 Röhm, Revolution, S. 254.
43 Ders.: Nationalsozialistische Revolution und SA, in: Hochschule und Ausland. Monatsschrift für Kulturpolitik und zwischenstaatliche geistige Zusammenarbeit 12 (1934) 6, S. 1 – 22, hier S. 19 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zeichneten Aktionismus seiner politischen Soldaten meinte.[44] Kurz gesagt blieb die »Deutsche Revolution« in Röhms einseitig-soldatischer Denkweise auf eine umfassende Militarisierung der deutschen Gesellschaft reduziert, die im Sinne einer lautstark proklamierten Volksgemeinschaft auf den »SA-Geist« ausgerichtet werden sollte.[45] Für Röhm bedeutete die Fortführung der Revolution folglich, den Einfluss der konservativen Koalitionäre in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu zerschlagen, das bereits mit dem »Bazillus der Verbürgerlichung« infizierte Bonzentum innerhalb der NS-Bewegung zurückzudrängen und zu guter Letzt den kämpferischen Flügel der SA-Männer zu stärken. Mit solchen Aussprüchen meldete er zugleich den Anspruch der SA an, im noch jungen NS-Staat eine führende Rolle zu übernehmen; mit der eingeschränkten Aufgabenstellung einer lediglich untergeordneten Propaganda- oder Hilfstruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) wollte er sich hingegen nicht abfinden. Hitlers »einziger Nebenbuhler«[46] unter den führenden Nationalsozialisten, der ihm tatsächlich gefährlich werden konnte, positionierte sich mit seinen polternden Äußerungen bedrohlich nah am Rande einer parteiinternen Revolte. An seine Gegner in Staat und Partei, die »Spießerseelen«, hatte Röhm schon im Juni 1933 eine überdeutliche Warnung gerichtet: »Ob es ihnen paßt oder nicht, wir werden unseren Kampf weiterführen. Wenn sie endlich begreifen, um was es geht: *mit* ihnen! Wenn sie nicht wollen: *ohne* sie! Und wenn es sein muß: *gegen* sie!«[47]

Mit derart massiven und offenen Drohgebärden, begleitet von einer deutlich vernehmbaren Kritik am politischen Kurs der Regierung, zeigte Röhm für jedermann sichtbar, dass er nicht gewillt war, die Rolle eines blinden Befehlsempfängers der Parteiführung zu spielen, dem es an eigenem politischen Willen mangelte. Der NS-Führung blieb also kaum etwas anderes übrig, als daraufhin Gegenmaßnahmen einzuleiten. Denn in den militanten Äußerungen Röhms schwang nicht zuletzt der revolutionäre Anspruch der SA-Basis mit, der die neue Regierung befürchten ließ, »weitere innenpolitische Unruhen und Mitbestimmungsforderungen könnten nur auf Kosten der gerade in der Macht etablierten

44 Vgl. dazu Siemens, Daniel: Prügelpropaganda. Die SA und der nationalsozialistische Mythos vom »Kampf um Berlin«, in: Berlin 1933 – 1945, hrsg. von Michael Wildt/ Christoph Kreutzmüller, München 2013, S. 33 – 49; Müller, Yves: »…wie ist's denn mit dir, Hans…?«. Männlicher Habitus, Kameradschaft und Männerbund in der SA, in: Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), hrsg. von dems./ Reiner Zilkenat, Frankfurt a. M. 2013, S. 355 – 371; Kühne, Thomas: Zwischen Männerbund und Volksgemeinschaft. Hitlers Soldaten und der Mythos der Kameradschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 38 (2008), S. 165 – 189; Balistier, Thomas: Gewalt und Ordnung. Kalkül und Faszination der SA, Münster 1989.

45 Longerich, Geschichte, S. 180. Siehe dort auch zum Folgenden. Zum Zusammenhang von Volksgemeinschaft und Gewalt vgl. grundlegend Wildt, Michael: Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007.

46 Mau, Zweite Revolution, S. 136.

47 Röhm, Revolution, S. 254 (Hervorhebung im Original).

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

NSDAP erfolgen«.[48] Weiterhin bedrohte die lautstark und aggressiv hervorgebrachte Forderung einer Revolutionsfortführung die gerade erst mühsam erreichte Zusammenarbeit mit den konservativen Eliten aus Wirtschaft, Armee und Beamtentum. Diese wollte man aber unter keinen Umständen verärgern. Oder anders gesagt: Hatte die NS-Bewegung vor 1933 von dem anti-bürgerlichen Habitus der draufgängerischen und gewaltbereiten SA-Männer profitiert, so betrachtete der staatstragende Nationalsozialismus diese soziale Hexis zunehmend als unkalkulierbares Risiko.[49] Etliche SA-Männer stellten nach eigenem Dafürhalten aber noch immer den elitären Kern der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft dar und manche widersetzten sich sogar der von Partei und Staat geforderten habituellen Umstellung und gesellschaftlichen wie politischen Unterordnung.[50] Ihr Verlangen nach einer Fortsetzung der »nationalen Revolution« und ihr brutales, unangepasstes, die Konsolidierung des NS-Regimes gefährdendes Verhalten wurden allerdings zunehmend als lästig empfunden.

Folgerichtig erklärte Hitler dann auch am 6. Juli 1933 auf einer Konferenz der Reichsstatthalter die nationalsozialistische Revolution offiziell für beendet. Diese sei freilich »kein permanenter Zustand«; vielmehr müsse der »freigewordene Strom der Revolution« nun »in das sichere Bett der Evolution« hinübergeleitet

48 Longerich, Geschichte, S. 182.

49 Vgl. Jasmin, Mathilde: Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Der »Führerstaat«. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 8), hrsg. von Gerhard Hirschfeld/ Lothar Kettenacker, Stuttgart 1981, S. 329 – 360, hier S. 349; Müller, Yves: Männlichkeit und Gewalt in der SA am Beispiel der »Köpenicker Blutwoche«, in: SA-Terror als Herrschaftssicherung. »Köpenicker Blutwoche« und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus, hrsg. von Stefan Hördler, Berlin 2013, S. 130 – 146, hier S. 145; Göllnitz, Martin: Entgrenzte Männerkameraderie, gewalttätige Volksgemeinschaft. Perspektiven auf die Neustadter SA, in: Volksgemeinschaft in der Gauhauptstadt. Neustadt an der Weinstraße und der Nationalsozialismus, hrsg. von Markus Raasch, Münster 2020, S. 111 – 124.

50 Hier kann freilich nicht en détail die enorme Bedeutung thematisiert werden, die der SA, Propagandatruppe und paramilitärischer Verband zugleich, im Rahmen der NS-Machtübernahme zufiel, zumal etwa die Hälfte aller Nationalsozialisten vor 1933 in diesem Männerbund organisiert war. Es ist in der neueren Forschung jedoch Konsens, dass die Parteitruppe als gelebte Gemeinschaft im Kleinen erprobte, was nach 1933 zum politischen Großprojekt des NS-Regimes avancierte: Die Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft und die Etablierung einer neuen, rassistischen Ordnung. In der SA trat somit die für den Nationalsozialismus typische Ambivalenz von Ordnung auf der einen und Destruktion auf der anderen Seite besonders hervor. Vgl. exemplarisch Reichardt, Sven: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA (Industrielle Welt, Bd. 63), 2. Aufl., Köln 2009; Ders.: Die SA im »Nachkriegs-Krieg«, in: Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Bd. 24), hrsg. von Gerd Krumeich, Essen 2010, S. 243 – 259; Ders.: Vergemeinschaftung durch Gewalt. Das Beispiel des SA-»Mördersturmes 33« in Berlin-Charlottenburg zwischen 1928 und 1932, in: Entgrenzte Gewalt: Täterinnen und Täter im Nationalsozialismus (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Bd. 7), hrsg. von Herbert Diercks, Bremen 2002, S. 20 – 36; Siemens, Daniel: Politische Gewalt als emotionale Befriedigung. Richard F. Behrendts vergessener Geniestreich aus dem Jahr 1932, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 13 (2016), S. 172 – 178; Schumann, Dirk: Gewalt als Methode der nationalsozialistischen Machteroberung, in: Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd. 9), hrsg. von Andreas Wirsching, Göttingen 2009, S. 135 – 155.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

werden.[51] Diesen Standpunkt bekräftigte nur fünf Tage später auch der Reichsinnenminister Wilhelm Frick in einem Rundschreiben, in dem er noch einmal deutlich machte, dass jeder, der jetzt noch »von einer Fortsetzung der Revolution oder von einer zweiten Revolution« spreche, sich »gegen den Führer selbst auflehn[e] und dementsprechend behandelt« werde.[52] Auch Hermann Göring, Joseph Goebbels und Rudolf Heß schlossen sich dieser Sichtweise an und stellten sich damit im Revolutionsstreit auf die Seite Hitlers.[53]

In der Folgezeit dämpfte Röhm zwar seine Forderung nach einer Revolution in Permanenz, doch sein eigentliches Vorhaben, die SA zu einem zentralen Faktor des NS-Herrschaftssystems auszubauen, verfolgte er weiter. Es ging schließlich nicht nur um machtpolitische Ambitionen des Stabschefs. Das eigentliche Problem bestand darin, dass es seiner Organisation, die zunehmend einer parastaatlichen Miliz glich, an Zielen und Aufgabenfeldern fehlte. Mit Abschluss der »Kampfzeit« und nach Beendigung der Gleichschaltungsaktionen begünstigte diese Orientierungslosigkeit mitunter »Verselbständigungstendenzen«[54] innerhalb der SA-Basis. Die Folge war ein kaum zu kontrollierender Terror der ebenso gefürchteten wie mitgliederstarken Parteiarmee, deren zum Teil ausufernde Gewaltexzesse oft nur durch das Eingreifen staatlicher Repressionsorgane eingehegt werden konnten, wie der erste Gestapo-Chef Rudolf Diels in seiner Autobiographie »Lucifer ante portas« wiederholt unterstreicht.[55]

Es galt also, die Rolle der SA neu zu definieren, weshalb Röhm fortan die Strategie verfolgte, die Parteiarmee sukzessive zu vergrößern und organisatorisch zu verselbstständigen, um daran anschließend machtpolitische Funktionen im neuen Staat zu usurpieren. Bis Mitte des Jahres 1934 wuchs seine verhinderte Revolutionsarmee auf etwa viereinhalb Millionen Mitglieder an.[56] Offenkundig oblag er der Fehleinschätzung, analog zur Endphase der Weimarer Republik durch eine zahlenmäßige Verstärkung und militärische Aufrüstung der SA die Parteiführung vor vollendete Tatsachen stellen zu können. Ende des Jahres 1933 nahm Röhm dann seine Forderungen nach einer Fortsetzung der »Deutschen Revoluti-

51 Adolf Hitler über Staat und Wirtschaft, in: Völkischer Beobachter, Nr. 189 vom 8. 7. 1933.
52 Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. 9: Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaates und die Grundlegung der Diktatur, hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis, Berlin 1964, Nr. 2102.
53 Vgl. dazu Longerich, Geschichte, S. 182 f.
54 Jasmin, Rolle, S. 334.
55 Vgl. ausführlich Diels, Rudolf: Lucifer ante portas. Es spricht der erste Chef der Gestapo, Stuttgart 1950. Diels Ausführungen müssen freilich mit der gebotenen kritischen Distanz gelesen werden, da sie zum einen von dessen eigenen brutalen Maßnahmen ablenken und zum anderen verschleiern, dass er mit der SA und SS mehrfach eng zusammengearbeitet hat.
56 Dazu und zum Folgenden vgl. Longerich, Geschichte, S. 183 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

on« wieder auf. In einem groß aufgemachten Artikel äußerte er sich erneut zu dem Thema »Die SA im neuen Staat«:

> »Wenn der Soldat um einer guten oder schlechten Politik willen kämpfen und werben soll, will er über diese Politik auch zu bestimmen haben! [Nationalsozialismus meint] die Auflehnung des Soldatentums […] gegen das widersinnige Prinzip einer Führung der Politik durch Menschen und Kräfte, die nicht bereit oder fähig sind, für die Folgen ihres Tuns mit Leib und Leben einzutreten.«[57]

Röhm bezog sich damit keineswegs auf den rein weltanschaulichen Bereich; vielmehr hatten seine Revolutionsforderungen ganz handfeste Ziele vor Augen. Fassbar wird dies zum Beispiel am kämpferischen Ton, den er in einer Rede im April des Jahres 1934 anschlug: Im Verlauf seiner Ausführungen beklagte er das Verhalten des NS-Staates während der Machtübernahme, da mit den »Trägern und Handlangern des alten und noch älteren Systems« in »einer unbegreiflichen Milde« umgegangen worden sei, woraus der Stabschef schlussfolgerte, dass man sich weiterhin »mitten in dem gewaltigen Geschehen der nationalsozialistischen Revolution«, deren »kämpferische Willensträgerin« im Kern die SA darstelle, befinde.[58] Einmal mehr war es also Ernst Röhm, der die Revolutionsdebatte im öffentlichen Raum lostrat. Die Parteiführung reagierte umgehend auf den erneuten Affront und richtete abermals warnende Worte an die SA. Immer stärker kristallisierte sich nun heraus, dass die SA unter Röhm einen Herd ständiger Unruhe bildete. Für die NSDAP war dieser Zustand auf Dauer unhaltbar, zumal hinter der Forderung der SA-Führung ein nur schwer zu kontrollierendes, überwiegend unzufriedenes und weitgehend verarmtes, außerdem potenziell gewaltbereites Millionenheer stand, das seinen antibürgerlichen und militanten Habitus mithilfe einer »Politik der Straße« kultiviert hatte.[59] Indem die Parteispitze um Hitler diese »Mammutorganisation mit ihrem uneingelösten Machtanspruch« weiterhin duldete, gefährdete sie in hohem Maße die mühsam etablierte Verständigungsbasis mit den Eliten aus Wirtschaft, Reichswehr und Beamtentum.[60] Der schwelende Konflikt mit der SA verband sich überdies mit einer Reihe zusätzlicher, zum Teil äußerst brisanter Fragen: Weithin ungeklärt waren zu diesem Zeitpunkt die Per-

57 Röhm, Ernst: Die S.A. im neuen Staat, in: Der SA-Mann, Nr. 50 vom 16. 12. 1933. Zur Wochenzeitung »Der SA-Mann« siehe Wahl, Hans Rudolf: Die illustrierte NS-Wochenzeitung »Der SA-Mann« 1932 – 1934: Ein Beitrag zur Ästhetik des SA-Faschismus, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 15 (2013), S. 123 – 138.

58 Vgl. dazu o.V.: Revolution und die S.A., in: Völkischer Beobachter, Nr. 109 vom 19. 4. 1934.

59 Zum antibürgerlichen Habitus und Gewaltpotenzial der SA vgl. Reichardt, Nachkriegs-Krieg; Siemens, Gewalt; Fülberth, Johannes: Bürgerkriegsarmee in permanenter »Notwehr«?, in: Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), hrsg. von Yves Müller/ Reiner Zilkenat, Frankfurt a. M. 2013, S. 31 – 44; Bessel, Richard: Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925 – 1934, New Haven 1984; Müller, Männlichkeit, S. 130 – 146.

60 Longerich, Geschichte, S. 208.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

son und die Stellung des neuen Staatsoberhauptes, der Einfluss der bürgerlich-konservativen Kräfte und die künftige Wehrverfassung. Kurz gesagt stand die »Grundordnung des NS-Staates« im Frühjahr 1934 zur Debatte.[61]

Vor dem Hintergrund der Revolutionsforderungen, der unruhigen SA-Basis und der massiven Drohgebärden Röhms fiel es dessen inner- wie außerparteilichen Kontrahenten sicherlich leicht, kleinste Hinweise in handfeste Indizien für einen unmittelbar bevorstehenden SA-Putsch umzudeuten. Konservative Kräfte ebenso wie die neu etablierten Eliten der NSDAP mussten sich angesichts der anhaltenden Gewaltexzesse der SA in ihrer politischen wie ökonomischen Existenz bedroht gefühlt haben – gleichwohl keine Rede davon sein kann, dass Röhm im Frühjahr 1934 tatsächlich einen Putsch vorbereitete.

Angst vor einer homosexuellen Verschwörung? Der Konflikt innerhalb der NS-Bewegung

Kommen wir zum letzten Punkt. In der von Hitler formulierten amtlichen Presseerklärung, die am 1. Juli 1934 im »Völkischen Beobachter« erschien, ist zu lesen, dass »einzelne Elemente« seit Monaten das Verhältnis zwischen der SA und der Partei sabotiert hätten, um so den Staat zu destabilisieren.[62] Dieses arglistige Vorhaben schrieb Hitler einer »bestimmt eingestellten Clique« um Röhm zu, der derartige Tendenzen aufgrund seiner »bekannte[n] unglückliche[n] Veranlagung« sogar gefördert habe. In einem weiteren Artikel der gleichen Ausgabe werden diese antihomosexuellen Ressentiments aufgegriffen und näher ausgeführt. Demnach bot sich dem »Führer« und seinen Leuten in der Pension Hanselbauer »ein schamloses Bild«:

> »Heines lag mit einem homosexuellen Jüngling im Bett. Die widerliche Szene, die sich dann bei der Verhaftung von seinem Genossen abspielte, ist nicht zu beschreiben. Sie wirft schlagartig ein Licht auf die Zustände der Umgebung des bisherigen Stabschefs, deren Beseitigung dem entschlossenen, tapferen und unerschrockenen Handeln des Führers zu verdanken ist. […] Die Früchte dieser Säuberungsaktion wird das geeinte deutsche Volk ernten.«[63]

Die NS-Führung setzte hier zweifellos auf die Wirkung eines Sex-Skandals, den sie eigenhändig inszenierte und der auf der Zustimmung einer weitgehend homo-

61 Ebd.
62 O.V.: Eine Verlautbarung der Reichspressestelle, in: Völkischer Beobachter, Sondernummer vom 1.7.1934.
63 O.V.: Die Aktion des Führers, in: Völkischer Beobachter, Sondernummer vom 1.7.1934.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

phoben Bevölkerung beruhte.[64] Mithilfe der populistischen Töne, die in der Tagespresse angeschlagen wurden, ließen sich die komplizierten Machtkämpfe überdecken, die sich zwischen Reichswehr, SA, konservativem Bürgertum und SS abgespielt hatten. Wie inszeniert dieser Skandal in Wirklichkeit war, der die Fama einer drohenden SA-Revolution mit dem Mythos einer homosexuellen Verschwörung verwob, und wie eng dieser in den Konkurrenzkampf innerhalb der NS-Bewegung eingebettet war, offenbart ein Blick in die Endphase der Weimarer Republik: In den Jahren 1931 und 1932 hatte Röhm aufgrund seiner Homosexualität schon einmal im Zentrum eines Eklats gestanden und war nur knapp einer Anklage nach Paragraph 175 des Strafgesetzbuches entgangen.[65]

Den Auslöser der Affäre markieren drei Briefe, die Röhm Ende 1928 und zu Beginn des Jahres 1929 verfasst hatte und in denen er unverhohlen seine Vorliebe für homoerotische Abenteuer beschrieb. Nachdem die Presse, allen voran sozialdemokratische Zeitungen, von diesen Briefen erfahren hatte, startete sie im Jahr 1931 eine groß angelegte Kampagne, bei der alle Register der Sexualdenunziation gezogen und Röhms erotische Neigung öffentlich gegeißelt wurde.[66] Einschlägige Informationen über dessen Sexualleben erhielt die Presse sowohl von politischen Gegnern der NSDAP als auch von innerparteilichen Konkurrenten des Stabschefs. Während erstere hofften, den Nationalsozialisten auf diese Weise politisch zu schaden, verfolgten Röhms Kontrahenten offenbar den Plan, diesen gesellschaftlich zu kompromittieren und somit machtpolitisch kaltzustellen. Noch im Februar desselben Jahres sprach sich dann Hitler mit einem äußerst ungewöhnlichen Erlass für seinen Parteifreund aus und kritisierte in diesem, dass gegen Röhm und andere höhere SA-Führer mehrere Meldungen und Anzeigen vorlägen, die vor allem »Angriffe gegen das Privatleben dieser Persönlichkeiten« enthielten.[67] Er weise es aber »grundsätzlich und in aller Schärfe zurück«, über Dinge, die »rein auf privatem Gebiet« lägen, zu entscheiden, zumal die SA »eine Zusammen-

64 Nieden/ Reichardt, Skandale, S. 35 f. Siehe dort auch zum Folgenden.

65 Die reichsweite Kriminalisierung männlicher Homosexualität muss als ein Ergebnis der Reichsgründung von 1871 betrachtet werden. Denn obgleich »Sodomiterei« bereits seit 1794 in Preußen bestraft wurde, galt sie in vielen süddeutschen Ländern vor 1871 aufgrund des Einflusses des französischen »Code pénal« als straffreie Handlung. Erstmals war der § 175 am 31. Mai 1870 mit dem neuen Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes in Kraft getreten und wurde im Folgejahr reichsweit übernommen. Vgl. Herzer, Manfred: Deutsches Schwulenstrafrecht vor der Gründung des zweiten Kaiserreiches (1795 – 1870), in: Die Geschichte des § 175: Strafrecht gegen Homosexuelle. Katalog zur Ausstellung in Berlin und in Frankfurt am Main 1990, hrsg. von den Freunden eines Schwulen Museums in Berlin e.V., Berlin 1990, S. 30 – 41. Zur Verfolgung von Homosexuellen im NS-Regime vgl. u. a. Zinn, Alexander: »Aus dem Volkskörper entfernt«? Homosexuelle Männer im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2018; Jellonnek, Burkhard: Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990; sowie die Beiträge in Ders./ Lautmann, Rüdiger (Hrsg.): Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle. Verdrängt und ungesühnt, Paderborn 2002.

66 Zinn, Konstruktion, S. 44 – 47; Jellonnek, Homosexuelle, S. 61 – 64.

67 Zit. n. Bennecke, Hitler, S. 253.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fassung von Männern zu einem bestimmten politischen Zweck« sei. Weiter heißt es in dem Erlass:

> »Sie ist keine moralische Anstalt zur Erziehung von höheren Töchtern, sondern ein Verband rauer Kämpfer. […] Das Privatleben kann nur dann Gegenstand der Betrachtung sein, wenn es wesentlichen Grundsätzen der nationalsozialistischen Anschauung zuwiderläuft.«[68]

Zusätzlich wurde das Gerede um Röhms Homosexualität durch Untersuchungen der Münchener Polizei befeuert, die seit Anfang April 1931 gegen einen arbeitslosen Kellner ermittelte, der den prominenten Stabschef zu erpressen versuchte.[69] Dessen Kontaktsuche im großstädtischen Strichermilieu, besonders im Berliner und Münchener Raum, gestaltete sich aufgrund seiner Popularität naturgemäß zunehmend riskanter. Es waren in erster Linie die sozialdemokratischen Zeitungen, die solche Gerüchte aufgriffen, um den »Sittenverfall« sowie die Doppelmoral der Nationalsozialisten zu brandmarken und um den Eindruck einer homosexuellen Cliquen- und Günstlingswirtschaft zu evozieren.[70] An der denunziatorischen Pressekampagne beteiligten sich gleichfalls kommunistische und bürgerliche Organe, die ebenso homophobe Vorurteile bedienten, mithilfe derer die Führungsspitze der NSDAP politisch-moralisch diskreditiert werden sollte.[71] De facto besaß die Angelegenheit allerdings kaum politische Sprengkraft, da die polizeiliche Ermittlung Röhm nach Paragraph 175 keine Straftat nachweisen konnte und die erste Enthüllungswelle der »Münchener Post« sogar nachweislich auf fingierten Berichten fußte. Dass die sogenannte »Röhm-Affäre« trotzdem immer wieder für Schlagzeilen sorgte und kurz vor den Reichspräsidentenwahlen des Jahres 1932 erneut aufflammte, lag wohl vor allem an den erstaunlichen Ereignissen, die sich hinter den Kulissen abspielten.

Augenscheinlich waren die Vertreter unterschiedlichster staatlicher Instanzen nachhaltig daran interessiert, der sozialdemokratischen Presse seriöses Beweismaterial zuzuspielen und so die Berichterstattung über Röhms Homosexualität und die nationalsozialistische Doppelmoral am Laufen zu halten. Hinter diesem staatspolitischen Ränkespiel, an dem Vertreter der preußischen wie auch der Reichsregierung beteiligt waren, stand die Hoffnung, die Machtübertragung an Hitler zu verhindern, zumindest aber hinauszuzögern. Die sexuellen Vorlieben

68 Ebd.
69 Landesarchiv Berlin, A/Rep. 358, Nr. 517, Ermittlungsabschriften der Staatsanwaltschaft München.
70 Nieden/ Reichardt, Skandale, S. 37. Siehe dort auch zum Folgenden. Vgl. ferner Zinn, Konstruktion, S. 45.
71 Zur überwiegend homophoben Berichterstattung vgl. Jellonnek, Homosexuelle, S. 62 – 65; Zinn, Konstruktion, S. 45 – 49; Eissler, Wilfried U.: Arbeiterparteien und Homosexuellenfrage. Zur Sexualpolitik von SPD und KPD in der Weimarer Republik (Sozialwissenschaftliche Studien zur Homosexualität, Bd. 1), Berlin (W) 1980, S. 109 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

und Neigungen seines politischen Mitkämpfers stellten aus ihrer Perspektive ein probates Mittel dar, um das Image der NSDAP zu schädigen.[72] Sie spielten dem sozialdemokratischen Pressedienst daher drei authentische Privatbriefe, die im vorangegangenen Ermittlungsverfahren beschlagnahmt worden waren, und ein polizeiliches Vernehmungsprotokoll Röhms zu, aus denen sich zwar weder der Vorwurf der Päderastie noch ein Strafbestand im Sinne des Paragraphen 175 ableiten ließ, die aber klassische homophobe wie rassistische Ressentiments der Rezipienten bedienten.

In den abgedruckten Briefen hatte Röhm dem jungen Arzt Karl Günter Heimsoth seinen Weg in die Homosexualität geschildert.[73] Zwei kurze Auszüge mögen dies verdeutlichen:

> »Ich bilde mir ein gleichgeschlechtlich zu sein, habe dies aber richtig erst 1924 *entdeckt.* Ich kann mich vorher an eine Reihe auch gleichgeschlechtlicher Gefühle und Akte bis in meine Kindheit erinnern, habe aber auch mit vielen Frauen verkehrt. Allerdings nie mit besonderem Genuß. Auch drei Tripper habe ich mir erworben, was ich später als Strafe der Natur für widernatürlichen Verkehr ansah. Heute sind mir alle Frauen ein Greuel […].«[74]

An anderer Stelle ist zu lesen:

> »Mit dem Herrn Alfred Rosenberg, dem tölpelhaften Moralathleten, stehe ich im schärfsten Kampf. Seine Artikel sind auch vor allem an meine Adresse gerichtet; da ich aus meiner Einstellung keinen Hehl mache. Das mögen Sie daraus ersehen, daß *man* sich bei mir eben an diese verbrecherische Eigenart in den nat.soz. Kreisen gewöhnen hat müssen. […] Die blutjungen frischen Leutnants würden Ihnen sicher auch gefallen […] aber, leider… Natürlich unmöglich. Oder hätten Sie für junge Neger in Uniform etwas übrig?«[75]

Anfang März 1932, kurz nachdem Joseph Goebbels Hitlers Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten offiziell bekannt gegeben hatte, wurden Abschriften dieser Briefe in einer höchst professionell organisierten Kampagne unter sozialdemokratischer Federführung der Öffentlichkeit übergeben.[76] Nach zeitgenössischen Einschätzungen war Röhms politisches Image infolge der Pressebericht-erstattung schwer angeschlagen. Falls sich dessen innerparteiliche Konkurrenten davon einen Vorteil erhofft hatten, so wurden sie allerdings jäh enttäuscht. Denn

72 Eine ausführliche Darstellung dieser Ereignisse findet sich bei Nieden, Aufstieg, S. 167–173; sowie bei Machtan, Lothar: Hitlers Geheimnis. Das Doppelleben eines Diktators, Berlin 2001, S. 211–225.
73 Zu den Briefen und zur Person Karl Günter Heimsoths vgl. Nieden, Aufstieg, S. 152–163.
74 Röhm an Dr. Karl Heimsoth, 25.2.1929, zit. n. Heinersdorf, Herbert: Akten zum Fall Röhm (II. Teil), in: Mitteilungen des Wissenschaftlich-humanitären Komitees 33 (1932), S. 383–396, hier S. 394 (Hervorhebung im Original). Hinter dem Pseudonym »Heinersdorf« verbirgt sich der Sexualwissenschaftler und Angehörige der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) Richard Linsert.
75 Röhm an Dr. Karl Heimsoth, 3.12.1928, zit. n. ebd., S. 391f. (Hervorhebung im Original).
76 Nieden, Aufstieg, S. 170.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Hitler stellte sich erneut vor seinen SA-Stabschef und sprach diesem am 6. April 1932 in einer Pressemitteilung unmissverständlich sein Vertrauen aus:

> »Oberstleutnant Röhm bleibt mein Stabschef, jetzt und nach den Wahlen. An dieser Tatsache wird auch die schmutzigste und widerlichste Hetze, die vor Verfälschungen, Gesetzesverletzungen und Amtsmissbrauch nicht zurückschreckt und ihre gesetzesmäßige Sühne finden wird, nichts ändern.«[77]

Obgleich Hitlers Machtwort der »Röhm-Affäre« ein vorläufiges Ende bereitete, stieß dessen uneingeschränkter Rückhalt für den homosexuellen SA-Stabschef bei vielen Mitgliedern der NSDAP auf Befremden, da sie einerseits selbst homophobe Vorurteile hegten und weil sie zum anderen befürchteten, der öffentliche Skandal gefährde eine erfolgreiche Etablierung der Partei auf staatspolitischer Ebene. Für die nach Ansehen, Staatsfähigkeit und Macht strebenden Nationalsozialisten entwickelte sich die Pressekampagne, die sich nicht gegen Röhm allein, sondern gegen die Bewegung als Ganzes richtete, faktisch zu einer beunruhigenden politischen Bedrohung, besonders weil die Partei in der Öffentlichkeit zunehmend als »offen oder latent homosexuelle ›Kamarilla‹ perverser oder verbrecherischer Elemente« charakterisiert wurde.[78] Tief beunruhigt über den politischen Schaden, der aus dem Skandal erwachsen könne, planten im März 1932 schließlich einige Nationalsozialisten um den Parteirichter Walter Buch, den SA-Stabschef sowie einige seiner engsten Vertrauten zu ermorden. Das Attentatsvorhaben flog jedoch im Vorfeld auf, da einer der gedungenen Mörder das Gefühl hatte, einer »Schnapsidee« aufgesessen zu sein und sich seinen potenziellen Opfern anvertraute.[79]

Infolge der Pressekampagnen 1931/32 nahm die Legende, der Nationalsozialismus sei eine von Homosexuellen dominierte Bewegung, allmählich Gestalt an und verdichtete sich letztlich zum Stereotyp vom »homosexuellen Nazi«.[80] Innerhalb der Exilpresse überschlug man sich sogar in Verdächtigungen darüber, welche prominenten NS-Führer ähnliche Neigungen besäßen, wobei Rudolf Heß (»Frau Hitler«) und Reichsjugendführer Baldur von Schirach sich besonderer Beliebtheit erfreuten.[81] Auch Hitlers angebliche Homosexualität wurde wiederholt

77 O.V.: Hitler hält zu Röhm, in: Bayerischer Kurier, Nr. 98 vom 7. 4. 1932.
78 Nieden, Aufstieg, S. 173.
79 Dornheim, Andreas: Röhms Mann fürs Ausland. Politik und Ermordung des SA-Agenten Georg Bell (Geschichte, Bd. 18), Münster 1998, S. 119 – 138; Hancock, Eleanor: Only the Real, the True, the Masculine Held its Value. Ernst Röhm, Masculinity, and Male Homosexuality, in: Journal of the History of Sexuality 8 (1998) 4, S. 616 – 641, hier S. 633 – 636.
80 Nieden/ Reichardt, Skandale, S. 42, die sich hier auf Zinn, Konstruktion, S. 55 – 76, beziehen.
81 Vgl. dazu Zinn, Exilpresse, S. 24 f. Dort findet sich auch das Zitat.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

thematisiert.[82] Darüber hinaus bildete die Inszenierung der »Röhm-Affäre« schon 1932/33 den Nährboden für das Entstehen erster Ansätze einer Faschismustheorie, die einen ursächlichen Nexus von sexueller Veranlagung (Homosexualität) und politischer Orientierung (Nationalsozialismus) konstruierte und darum bemüht war, einen diffusen Zusammenhang der Dispositionen zu Homosexualität, autoritären Strukturen, Sadismus und Gewalttätigkeit herzustellen.[83]

Im Frühjahr 1933 erkannten dann die Verfasser des »Braunbuchs« die Gunst der Stunde, als sie in ihrer Kampagne zum Reichstagsbrand die Behauptung in die Welt setzten, der Brandstifter Marinus van der Lubbe sei ein »Lustknabe« Ernst Röhms gewesen. Indem sie das Gerücht der homosexuellen Verschwörung und des nationalsozialistischen Sittenverfalls erneut aufgriffen, suggerierten sie äußerst geschickt, hinter dem Reichstagsbrand stehe eine homosexuelle Intrige, die einen essenziellen Wesenszug des Naziregimes offenlege.[84] Obwohl es keine Belege für van der Lubbes angebliche Homosexualität gab, besaß diese Unterstellung eine enorme politische Sprengkraft und wurde schließlich im Herbst 1933 sogar im Reichstagsbrand-Prozess vor dem Reichsgericht in Leipzig thematisiert.

Röhm bemühte sich hingegen verstärkt darum, sein in der Öffentlichkeit angeschlagenes Image aufzupolieren. In der Beilage des »Völkischen Beobachters«, dem »SA-Mann«, erschienen im Verlauf des Jahres 1933 mehrere Beiträge, in de-

82 Der Historiker Lothar Machtan versucht aus den spekulativen Verleumdungen der Exilpresse, schwachen zeitgenössischen Hinweisen und fragwürdigen Spekulationen den Beleg dafür zu konstruieren, »Hitlers Geheimnis« gelüftet und dessen »Doppelleben« aufgedeckt zu haben, wohinter sich die Hypothese verbirgt, dieser sei homosexuell veranlagt gewesen, habe dies aber mit allen erdenklichen Mitteln verdeckt. Auch Machtans Bemühen, den Machtkonflikt vom 30. Juni 1934 in eine reine Privataktion Hitlers umzudeuten, lebt einzig davon, dass die weithin akzeptierte Deutung der Röhm-Krise souveräne beiseitegeschoben und deren spezifisch politische Dimension ausgeklammert wird. Vgl. Machtan, Hitlers Geheimnis, passim. Deutliche Kritik findet sich bei Mommsen, Hans: Viel Lärm um nichts, in: DIE ZEIT, Nr. 42 vom 11.10.2001.

83 Nieden, Aufstieg, S. 176; Zinn, Konstruktion, S. 44 – 47. Die wohl abstruseste homophobe Interpretationsleistung in diesem Zusammenhang wurde 1996 von Scott Lively und Kevin Abrams vorgelegt, die Röhms SA zum Produkt der Homosexuellenbewegung erklären. Mithilfe solcher Legendenbildungen wird der homophobe Gehalt des Nationalsozialismus schlicht de-thematisiert. Vgl. dazu Lively, Scott/Abrams, Kevin: The Pink Swastika. Homosexuality in the Nazi Party, Oregon 1996. Dass die Thesen der beiden Autoren völlig unhaltbar sind, lässt sich schon daran ablesen, dass der evangelikale Missionar Lively Autor mehrerer antihomosexueller Bücher ist und an der Vorbereitung eines Gesetzes zur Verschärfung der Strafbarkeit von Homosexualität in Uganda beteiligt war, das die Todesstrafe für Homosexualität zur Folge gehabt hätte. Vgl. dazu Gettleman, Jeffrey: Americans' Role Seen in Uganda Anti-Gay Push, in: New York Times, vom 3.1.2010; Alsop, Zoe: Uganda's Anti-Gay Bill: Inspired by the U.S., in: TIME, vom 10.12.2009.

84 Rabinbach, Anson: Van der Lubbe – ein Lustknabe Röhms? Die politische Dramaturgie der Exilkampagne zum Reichstagsbrand, in: Homosexualität und Staatsräson. Männlichkeit, Homophobie und Politik in Deutschland 1900 – 1945 (Geschichte und Geschlechter, Bd. 46), hrsg. von Susanne zur Nieden, Frankfurt a. M. 2005, S. 193 – 213, hier S. 200 – 205. Zur Debatte um den Reichstagsbrand vgl. Deiseroth, Dieter: Der Reichstagsbrand-Prozess – ein rechtsstaatliches Verfahren?, in: Kritische Justiz 42 (2009), S. 303 – 316; Fischler, Hersch: Zum Zeitablauf der Reichstagsbrandstiftung. Korrekturen der Untersuchung Alfred Berndts, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 55 (2005) 4, S. 617 – 632; Hehl, Ulrich von: Die Kontroverse um den Reichstagsbrand, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36 (1988) 2, S. 259 – 280.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nen der Stabschef als männlicher Kriegsheld und Träger der »Nationalen Revolution« dargestellt wurde.[85] Trotz innerparteilicher Konflikte um seine erotischen Neigungen trat er in der NS-Bewegung zusätzlich eine Debatte über Moralvorstellungen los, die, obgleich verschlüsselt, das Dilemma eines NS-Führers berührten, der aufgrund seiner Homosexualität von politischen Gegnern wie angeblichen Parteifreunden zum Paria stilisiert worden war. Mit einem ungeschützt-energischen Vorstoß in dem Disput um Homosexualität und Moralvorstellungen wandte sich der in Parteikreisen zunehmend isolierte Stabschef dann am 8. September 1933 an sämtliche SA- und SS-Führer. In seiner öffentlichen Stellungnahme gegen die »Ausbreitung des Muckertums« gab er sich bewusst kämpferisch:

> »Offenbar in Ermangelung anderweitiger zweckmäßiger Betätigung widmen sich Einzelpersonen und *Bünde* der selbstgestellten Aufgabe, das deutsche Volk *sittlich zu erneuern.* Es ist unbestreitbar, dass das Muckertum in letzter Zeit geradezu Orgien feiert. Der deutschen Frau wird verboten, sich zu pudern und in Lokalen zu rauchen; in den Großstädten sollen alle irgendwie aus dem Spießerrahmen fallenden Vergnügungsstätten ausgerottet werden, gegen die sogenannte *Prostitution* wird ein Kampf geführt […]. Ich will das Überhandnehmen derartiger, oft geradezu lächerlicher Auswüchse von Prüderie zum Anlaß nehmen, um einmal eindeutig festzustellen, daß die deutsche Revolution nicht von Spießern, Muckern und Sittlichkeitsaposteln gewonnen worden ist, sondern von revolutionären Kämpfern. […] Ich verbiete daher sämtlichen Führern und Männern der SA und SS, ihre Aktivität auf diesem Boden einzusetzen und sich zum Handlanger verschrobener Moralästheten herzugeben.«[86]

Auf den ersten Blick scheint es, als habe Röhm mithilfe seines Erlasses vor allem Frauen vor dem Moraleifer der NSDAP schützen wollen, doch viele ZeitgenossInnen erkannten gewiss die überdeutliche Kritik des Stabschefs an der homophoben Politik der neuen Regierung, auf die er nicht gerade subtil mit seinen Verweisen auf den »Harte Kämpfer-Erlass« Hitlers sowie auf das Feindbild des »Muckers«, der einen Kampfbegriff der homosexuellen Emanzipationsbewegung darstellte, anspielte.[87] Darüber hinaus berührte er in seiner Philippika ein tragendes Element der NS-Ideologie: das Konzept des Männerbundes, der wiederum ein we-

85 Dazu und zum Folgenden vgl. Nieden/ Reichardt, Skandale, S. 43; Hancock, Real, S. 619 – 623.

86 Röhm, Ernst: Eh. Nr. 1499/33. Betreff: Ausbreitung des Muckertums, in: Deutsche Freiheit 1 (28. 9. 1933) 85, S. 8 (Hervorhebung im Original). Eine Abschrift ist außerdem im Bundesarchiv Berlin, Sammlung Schumacher, Bd. 414, überliefert. Bereits in der 1928 publizierten ersten Auflage seiner Biographie macht er keinen Hehl daraus, dass er eine Gesellschaft ablehne, die anstatt »gesunder Anerkennung natürlicher Vorgänge und Erkenntnisse Heuchelei, Lüge, Verstellung, Prüderie und unangebrachte Entrüstung vorschreibt«. Mit seiner Kritik richtete er sich zudem gegen die homophoben Vorbehalte in den eigenen Reihen: »Dass bestimmte völkische Kreise auch in dieses abgeleierte Jammerhorn blasen, um der Gesellschaft ihren Kotau zu machen, will mir gar nicht gefallen. Revolutionär erscheint mir diese Prüderie gewiss nicht, sondern bis zum Überdruss abgeschmackt und reaktionär.« Vgl. Röhm, Ernst: Die Geschichte eines Hochverräters, München 1928, S. 268.

87 Siehe dazu ausführlich Zinn, Konstruktion, S. 81 – 87; Jellonnek, Homosexuelle, S. 83. In den Zeitungen durfte nur eine weitgehend entschärfte und gekürzte Fassung gedruckt werden. Vgl. dazu bspw. Röhm, Ernst: Ausbreitung des Muckertums, in: Völkischer Beobachter, Nr. 270 vom 27. 9. 1933.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sentliches Fundament des Männerstaates darstellte.[88] Auf ihrem Weg zur Macht traten die Nationalsozialisten mit dem Versprechen an, die vermeintlich ins Wanken geratene Männlichkeit zu retten und wieder klare Grenzen zwischen den Geschlechtern ziehen zu wollen.[89] Insbesondere in ihren frühen programmatischen Äußerungen verknüpften die Politiker der NSDAP die Felder »Politik« und »Geschlechtsidentität« auffällig eng miteinander.[90] Deutschland sollte aus dem »Männerbund der Schützengräben« wiederaufstehen.

Als die Garanten einer männlichen Geschlechtsidentität und Politik der Tat galten vor allem der Ausschluss von Frauen aus dem politischen Leben und eine unbedingte Gewaltbereitschaft.[91] Es waren der rapide soziale Wandel, die Abkehr von traditionellen Geschlechterrollen, die ökonomischen Krisen der Weimarer Jahre sowie die Gewalterfahrungen der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit, die derart brachiale Rettungsfantasien in den 1920er Jahren auf verstärkten Widerhall stoßen ließen und den Aufstieg extremer politischer Ideologien, allen voran des Nationalsozialismus, begünstigten.[92] Besonders zu Beginn der 1930er

88 Anfang der 2000er Jahre entbrannte in der »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft« ein durch Lothar Machtan (Hitlers Geheimnis) ausgelöster Forschungsstreit über den Stellenwert, die Bedeutung sowie Interpretation von Männerbund, Homosexualität und Nationalsozialismus. Machtan hatte mit seinen Thesen dem Mythos vom homoerotischen Männerbund der SA Vorschub geleistet, mit dem sich bis heute antihomosexuelle Vorbehalte und heterosexuelle Entlastungsstrategien verbinden lassen. Unterstützung erhielt Machtan von Hans-Rudolf Wahl, in dessen Ausführungen das abwegige Konstrukt des »schwulen Nazis« nachhallt. Eine solch aberwitzige Perspektive versperrt freilich den Blick auf die Homosexualität als nationalsozialistischen Verfolgungsgrund; zu Recht kritisieren Sven Reichardt und Andreas Pretzel dieses Vorgehen. Vgl. Wahl, Hans-Rudolf: Männerbünde, Homosexualitäten und politische Kultur im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Überlegungen zur Historiografie der SA, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52 (2004) 3, S. 218 – 237; Reichardt, Sven: Homosexualität und SA-Führer. Plädoyer für eine Diskursgeschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52 (2004) 8, S. 737 – 740; Pretzel, Andreas: Homophobie und Männerbund. Plädoyer für einen Perspektivwechsel, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2005) 11, S. 1034 – 1044.

89 Wie George L. Mosse betont, waren die öffentlichen Debatten über Homosexualität stets von einer wachsenden Sorge hinsichtlich der möglichen Auflösung einer klar definierten männlichen Identität, erodierenden Grenzen zwischen den Geschlechtern und dem drohenden Verlust männlicher Privilegien geprägt. Vgl. Mosse, George L.: Das Bild des Mannes. Zur Konstruktion der modernen Männlichkeit, Frankfurt a. M. 1997, S. 92, 133.

90 Vgl. dazu Planert, Ute: Reaktionäre Modernisten. Zum Verhältnis von Antisemitismus und Antifeminismus in der völkischen Bewegung, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 11 (2002), S. 31 – 51, hier S. 40 f. Zur identitätspolitischen Relevanz und zu der Konstruktion von Männlichkeit innerhalb (para)militärischer Verbände vgl. Kühne, Thomas: »…aus diesem Krieg werden nicht nur harte Männer heimkehren«. Kriegskameradschaft und Männlichkeit im 20. Jahrhundert, in: Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne (Geschichte und Geschlechter, Bd. 14), hrsg. von dems., Frankfurt a. M. 1996, S. 174 – 192; Seifert, Ruth: Identität, Militär und Geschlecht. Zur identitätspolitischen Bedeutung einer kulturellen Konstruktion, in: Heimat – Front. Militär und Geschlechterverhältnisse im Zeitalter der Weltkriege (Geschichte und Geschlechter, Bd. 35), hrsg. von Karen Hagemann/ Stefanie Schüler-Springorum, Frankfurt a. M. 2002, S. 53 – 66.

91 Zu Hitler als Mann der Tat, der wenig Neigung für das geschriebene Wort hatte und wiederholt zum Aktionismus aufrief, siehe auch Wildt, Michael: »Volksgemeinschaft« als politischer Topos in der Weimarer Republik, in: NS-Gewaltherrschaft. Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung (Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 11), hrsg. von Alfred Gottwaldt/ Norbert Kampe/ Peter Klein, Berlin 2005, S. 23 – 39, hier S. 36 f.

92 Vgl. dazu Nieden, Susanne zur: Der homosexuelle Staatsfeind – zur Geschichte einer Idee, in: Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. Beiträge für eine erneuerte Geistesge-

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Jahre gewann die radikale Re-Maskulinisierung des politischen Raumes, symbolisiert durch den politischen Soldaten, in hohem Maße an Relevanz. Dagegen galt der homosexuelle Mann vielen als unmännlich, weibisch und pervers – keinesfalls als viriler Männerheld.[93] Ein »Männerstaat« wie das NS-Regime, so Heinrich Himmler in einer im Jahr 1937 gehaltenen Rede, laufe stets Gefahr, durch Homosexualität zerstört zu werden.[94] Die Sorge, dass im kolportierten Bild des homosexuellen Nazis ein Fünkchen Wahrheit stecken könnte – so wahr wie die Tatsache, dass Röhms Homosexualität und nationalsozialistische Überzeugung sich nicht gegenseitig ausschlossen –, verfolgte die Machthaber und deren Repressionsorgane während der gesamten Herrschaftszeit des NS-Staates. Viele führende Nationalsozialisten wurden daher nicht müde, zu betonen, dass Homosexualität die Staatsräson unterminiere, da sie den bevölkerungspolitischen Zielsetzungen zuwiderlaufe und den »Männerstaat« in »seinen Grundfesten« bedrohe.[95] Das manichäisch-binär geprägte Weltbild dieser Männer ließ eine homosexuelle Verschwörung durchaus als reale Gefahr für den NS-Staat erscheinen: zum Beispiel in Form eines Umsturzversuches, getragen von »homosexuellen Elementen« innerhalb der Partei. So erinnerte sich der eingangs erwähnte Werner Best im Jahr 1984 an eine Ansprache Himmlers, in der dieser den versammelten SS-Führern 1934 mitgeteilt habe, man sei »knapp der Gefahr entgangen, einen Staat von Urningen zu bekommen«.[96]

Die Fama einer homosexuellen Clique, die hinter den Kulissen einer Staatsmacht operiere und diese heimlich lenke oder sogar bedrohe, schien vielen schon deswegen äußerst plausibel, weil seit dem Kaiserreich immer wieder Gerüchte im Umlauf waren, wonach eine homosexuelle »Kamarilla« im Umkreis der Staatsführung existiere.[97] Die inländische Presse, allen voran sozialdemokratische Zeitungen, hatte solche Legenden und Mythen stets aufgegriffen und in groß aufgemachten Kampagnen genüsslich skandalisiert und politisch instrumentalisiert.

schichte (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 20), hrsg. von Lutz Raphael/ Heinz-Elmar Tenorth, München 2006, S. 395 – 427, hier S. 411.

93 Vgl. u. a. Zinn, Konstruktion; Jellonnek, Homosexuelle; Siemens, Daniel: Erobern statt Verführen: Die Kategorie Geschlecht in der Politik der Straße der Weimarer Republik, in: Geschlechter(un)ordnung und Politik in der Weimarer Republik (Schriften der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 16), hrsg. von Gabriele Metzler/ Dirk Schumann, Bonn 2016, S. 255 – 277.

94 Dazu und zum Folgenden vgl. Nieden, Staatsfeind, S. 417 f.; Dies./ Reichardt, Skandale, S. 58.

95 Rede Heinrich Himmlers aus dem Jahr 1937, zit. n. Nieden, Susanne zur: Homophobie und Staatsräson, in: Homosexualität und Staatsräson. Männlichkeit, Homophobie und Politik in Deutschland 1900 – 1945 (Geschichte und Geschlechter, Bd. 46), hrsg. von ders., Frankfurt a. M. 2005, S. 17 – 51, hier S. 20.

96 Werner Best an Burkhard Jellonnek, 28. 6. 1984, zit. n. Jellonnek, Homosexuelle, S. 98. »Urning« ist eine veraltete, aus dem 19. Jahrhundert stammende Bezeichnung für einen homosexuellen Mann.

97 Exemplarisch ist hier der Eulenburg-Skandal zu nennen, der die deutsche Öffentlichkeit von 1906 bis weit in die 1920er Jahre beschäftigte. Vgl. Domeier, Norman: Der Eulenburg-Skandal. Eine politische Kulturgeschichte des Kaiserreichs (Campus historische Studien, Bd. 55), Frankfurt a. M. 2010.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Fazit

Die Fama einer homosexuellen Verschwörung eignete sich als narrativer Kern des »Röhm-Putsches« schon deswegen, weil antihomosexuelle Vorbehalte in der deutschen Bevölkerung quer durch alle politischen Lager weit verbreitet waren. So lässt sich auch den allerdings nur bedingt glaubhaften Stimmungsberichten der NS-Geheimdienste entnehmen, dass die von der Parteispitze gestrickte Legende einer unmittelbar drohenden Revolte homosexueller SA-Führer auf großen Widerhall stieß; zugleich erfüllte sie ihren Zweck, »einen breiten Konsens über die Beurteilung des Gewaltexzesses herzustellen«.[98] Das Wissen um homosexuelle Männer in der SA-Führung verlieh ihr überdies so etwas wie einen wahren Kern. Offenkundig hatten die monatelange Gewöhnung an Gewalt wie auch die »Abscheu vor der despotischen SA« das allgemeine Rechtsempfinden der deutschen Bevölkerung bereits systematisch untergraben.[99] Anstatt über den Massenmord aus Staatsräson schockiert zu sein, akzeptierte sie die Legende, die von den Mördern aufgetischt wurde; teilweise begrüßte sie die blutige Zerschlagung der SA sogar ausdrücklich.

In Anbetracht der Krisenstimmung 1933/34, der Abnahme des wirtschaftlichen Aufschwunges und der ansteigenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung erwiesen sich die angeordneten Gewalttaten für die Festigung des NS-Herrschaftssystems als überaus nützlich. Mit dem Mordkomplott gegen ihre wichtigsten Führer verlor die SA an Einfluss und die Verschwörer beendeten auf diese Weise die anhaltenden Konflikte um die Fortsetzung einer »Deutschen Revolution«. Weiterhin kam die neue Regierung mit der Entmachtung der SA den Forderungen der Reichswehr nach, die sich durch Röhms Volks-Heer bedroht fühlte. So gesehen festigten sowohl die Parteiorganisation der NSDAP als auch die Reichswehr mithilfe eines mörderischen Ränkespiels ihre vermeintlich oder tatsächlich bedrohte Position, zumal man dadurch außerdem unbequeme Regimekritiker losgeworden war und eine mögliche Opposition im Keim erstickt hatte.[100] Und insbesondere Himmler konnte sich eines lästigen Konkurrenten entledigen, der für sein Imperium aus SS, SD, Gestapo und Konzentrationslagern ein enormes Hindernis gewesen war; der Mord an Röhm markierte für die SS den Durchbruch zur einflussreichsten Machtgruppe im nationalsozialistischen Regime. Zweifellos ging es der NS-Führung bei dem Mordkomplott vom 30. Juni 1934 also in erster Linie darum, die eigene machtpolitische Stellung auszubauen und zu sichern.

98 Nieden, Aufstieg, S. 187.
99 Kershaw, Hitler, S. 654. Siehe dort auch zum Folgenden.
100 Nieden/ Reichardt, Skandale, S. 56.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Bezeichnend ist dennoch, wie eng bei dieser Form der Machtsicherung die Felder »Politik« und »Männlichkeit« miteinander verknüpft wurden.[101] Die Eskalation staatlicher Gewalt wurde in eine öffentliche Auseinandersetzung über Sexualität und Moral gebettet, wodurch man hoffte, diese Grenzüberschreitung legitimieren zu können. Während Ernst Röhm seine Kritik am prüden und spießigen »Muckertum« noch mit dem Vorwurf »nationalrevolutionärer Lauheit« kombiniert hatte, präsentierte sich Adolf Hitler nun »als Mann der Gewalttat«, der keine Skrupel besaß, den »moralischen Sumpf« gnadenlos und brutal auszutrocknen, womit in erster Linie freilich die Homosexuellen in den eigenen Reihen gemeint waren.

Blickt man abschließend auf die bunt gemischte Koalition der Röhm-Gegner, die sich aus Parteiführern wie Rudolf Heß und Heinrich Himmler, Reichsministern wie Wilhelm Frick oder Hermann Göring, Nebenfiguren wie Viktor Lutze und Reichswehrangehörigen wie Werner von Fritsch und Werner von Blomberg rekrutierte, dann wird augenfällig, dass es sich bei den Ereignissen, die zum 30. Juni 1934 führten, um keinen drohenden Putsch durch Röhm gehandelt hat, wie die bis heute gebräuchliche Bezeichnung suggeriert, sondern vielmehr um einen »Putsch gegen Röhm«. Erst mithilfe einer überwiegend unbegründeten Angst vor einer zweiten nationalsozialistischen Revolution, die von einer Clique homosexueller SA-Führer angeblich im Verborgenen geplant wurde, welche sich überdies mit innerparteilichen Konkurrenten und konservativen Kritikern des Regimes verschworen hätten, konnte jene nachträglich als Staatsnotwehr verschleierte Mordaktion gesetzlich legitimiert werden. Diese ermöglichte es der NSDAP, eine nach und nach labile »Vermittlungsdiktatur«[102] zu etablieren, die zwischen radikalen Parteiführern und konservativen Gruppen aus Armee, Industrie und Bürokratie vermittelte.

101 Dazu und zum Folgenden ebd., S. 57. Dort finden sich auch die Zitate. Vgl. dazu auch Zinn, Alexander: SA, Homosexualität und Faschismus. Zur Genese des Stereotyps vom schwulen Nazi, in: Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), hrsg. von Yves Müller/ Reiner Zilkenat, Frankfurt a. M. 2013, S. 393 – 413, hier S. 401; sowie die Überlegungen bei Dietrich, Anette/ Heise, Ljiljana: Perspektiven einer kritischen Männlichkeitenforschung zum Nationalsozialismus. Eine theoretische und pädagogische Annäherung, in: Männlichkeitskonstruktionen im Nationalsozialismus. Formen, Funktionen und Wirkungsmacht von Geschlechterkonstruktionen im Nationalsozialismus und ihre Reflexion in der pädagogischen Praxis (Zivilisationen & Geschichte, Bd. 18), hrsg. von dens., Frankfurt a. M. 2013, S. 7 – 35, insb. S. 18 – 20.

102 Vgl. Schieder, Wolfgang: Das Deutschland Hitlers und das Italien Mussolinis. Zum Problem faschistischer Regimebildung, in: Die große Krise der dreißiger Jahre. Vom Niedergang der Weltwirtschaft zum Zweiten Weltkrieg, hrsg. von Gerhard Schulz, Göttingen 1985, S. 44 – 71; Paxton, Robert O.: The Anatomy of Fascism, New York 2004, S. 106 – 110.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Wilfried Loth

Die Große Furcht und die Anfänge des Kalten Krieges

Als der Zweite Weltkrieg 1945 zu Ende ging, standen die Zeichen zunächst keineswegs auf Konfrontation. Gewiss waren die beiden Hauptsieger des Krieges mit gegensätzlichen Ordnungsvorstellungen angetreten – die amerikanische Demokratie mit der Hoffnung auf Durchsetzung liberaldemokratischer Ordnungsformen in den befreiten Ländern; der sowjetische Diktator Josef W. Stalin mit dem Anspruch, an der Spitze einer revolutionären Bewegung zu stehen, die die historisch notwendige Überwindung bürgerlich-kapitalistischer Ordnungsverhältnisse durchsetzen würde. Ihre fundamental verschiedenen Gesellschaftssysteme legten gegensätzliche außenpolitische Strategien nahe – in den USA die Ausdehnung des Freihandelsprinzips und die lautstarke Propagierung freiheitlicher Ideale; in der Sowjetunion die Abschirmung gegen kapitalistische Mächte und freiheitliche Tendenzen. Weder die USA noch die Sowjetunion verfügten über langjährige Erfahrung im Umgang mit fremden Mächten und bei beiden spielte die ideologische Betrachtungsweise internationaler Probleme traditionell eine große Rolle – das erschwerte die Verständigung zusätzlich.

Auf der anderen Seite sprachen aber auch gewichtige Gründe für eine Fortsetzung der friedlichen Zusammenarbeit, die zum Sieg der Anti-Hitler-Koalition geführt hatte, und damit für eine einvernehmliche Regelung der Friedensordnung. Weder die Führungsgruppen der USA noch die Führer der Sowjetunion wollten einen neuen Krieg. Die einen nicht, weil von allen Kosten und Leiden abgesehen die eigene Bevölkerung schon für den gerade überstandenen Krieg nur mit äußerster Mühe gewonnen worden war und das Drängen auf Demobilisierung das gesamte öffentliche Leben bei Kriegsende beherrschte. Die anderen nicht, weil ihr Regime in diesem Krieg nur knapp am Zusammenbruch vorbeimanövriert war und allein zur Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse viele Jahre angestrengter Wiederaufbauarbeit benötigte. Auch wuchsen mit dem technologischen Fortschritt Kosten und Zerstörungskraft großer Kriege und erschien es schon darum geboten, sie zu vermeiden – erst recht, wenn dabei, wie man sich nun all-

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

mählich bewusst wurde, eine so gefährliche Waffe wie die Atombombe zum Einsatz kommen konnte. Wenn aber Krieg als Mittel zur Gestaltung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nicht in Frage kam, dann war es ein Gebot der Vernunft, das Konfliktpotential niedrig zu halten. Das wiederum legte es nahe, ein antagonistisches Nebeneinander von zwei Machtblöcken erst gar nicht entstehen zu lassen.

Trotz ihrer Gegensätze strebten die Führer der beiden Hauptsiegermächte daher zunächst eine einvernehmliche Regelung der Friedensordnung nach dem Zweiten Weltkrieg an. Stalin wollte die Einflusssphären in Europa und Asien sichern, die er militärisch errungen hatte; eine weitere Expansion des Kommunismus sollte warten, bis die gesellschaftliche Entwicklung in den westlichen Ländern dafür »reif« sein würde. Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt war davon überzeugt, dass der Frieden nur zu sichern war, wenn man die militärischen Gewinne der Sowjetunion anerkannte. In den Konferenzen von Jalta (Februar 1945) und Potsdam (Juli/August 1945) verständigten sich die sowjetische und die amerikanische Führung auf die Grundzüge einer kooperativen Nachkriegsordnung. Dazu gehörten die gemeinsame Besetzung des besiegten Großdeutschen Reiches, die Übernahme besonderer Verantwortung in den Vereinten Nationen (als permanente Mitglieder des Sicherheitsrates, zusammen mit Großbritannien, Frankreich und China) sowie eine stillschweigende Übereinkunft über besondere Interessengebiete in Europa.[1]

Warum haben die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam die Spaltung Europas und den Kalten Krieg nicht verhindern können? Hier muss man auf das Wiederaufleben der »Großen Furcht« vor der bolschewistischen Revolution verweisen, die alsbald in der amerikanischen Führung aufkam und dann im westlichen Europa eine viel existenziellere Dimension annehmen sollte. Parallel dazu steigerte sich aber auch das krankhafte Misstrauen Stalins bisweilen zu einer abgrundtiefen Furcht vor einer Aggression der amerikanischen »Imperialisten«, die eine Verständigung über fortdauernde gemeinsame Interessen der beiden Siegermächte zusehends erschwerte. Damit kam eine Spirale wechselseitiger Expansionsfurcht in Gang, die in den Kalten Krieg und die Spaltung Deutschlands und Europas mündete.[2]

1 Vgl. im Detail Loth, Wilfried: Die deutsche Frage und der Wandel des internationalen Systems (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd 10/2), München 2008, S. 201 – 378.

2 Grundlegend hierzu Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941 – 1955, erweiterte Neuausgabe, München 2002.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Das Konzept der »Eindämmung«

Das Vertrauen in die Möglichkeit langfristiger Kooperation mit der Sowjetunion wurde durch die Maßnahmen zur Sicherung ihrer Einflusssphäre in der Osthälfte Europas erschüttert: Einsetzung kommunistisch kontrollierter Regierungen in Rumänien, Bulgarien und Polen, zunehmender Druck der Kommunisten auf die Partei der kleinen Landwirte in Ungarn, die den Ministerpräsidenten stellte, schließlich die Kampagne zur Vereinigung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands – all das machte klar, dass die Verpflichtung auf einen »demokratischen Weg« bei der Etablierung der Nachkriegsordnung in den befreiten Ländern, zu der sich Stalin in Jalta bereitgefunden hatte,[3] das Papier nicht wert war, auf dem sie festgehalten worden war. In der Irritation, die dieses Vorgehen in der Administration von Präsident Harry S. Truman auslöste, wirkte ein langes Telegramm orientierend, mit dem George F. Kennan, damals amerikanischer Botschaftsrat in Moskau, seinen Vorgesetzten in Washington eine Erklärung lieferte.

Kennans Telegramm, das am 22. Februar 1946 in Washington einlief und schnell in allen Abteilungen der Administration verbreitet wurde, beschrieb die sowjetische Außenpolitik, das bekanntgewordene Misstrauen und die Aggressivität der Sowjetführung nicht als Folge einer aktuellen politischen Entwicklung, sondern als notwendigen Bestandteil des sowjetischen Systems.

> »Die Erfordernisse ihrer eigenen vergangenen und gegenwärtigen Position sind es, die die sowjetische Führung dazu zwingen, ein Dogma zu verkünden, nach dem die Außenwelt böse, feindselig und drohend, aber zugleich von einer schleichenden Krankheit befallen und dazu verurteilt ist, von immer stärker werdenden inneren Kämpfen zerrissen zu werden, bis sie schließlich von der erstarkenden Macht des Sozialismus den Gnadenstoß erhält und einer neuen und besseren Welt weicht. Diese These liefert den Vorwand für das Anwachsen von Militär und Polizei im russischen Staat, für die Isolierung der russischen Bevölkerung von der Außenwelt und für die ständigen Versuche, die russische Polizeigewalt noch mehr auszuweiten, alles Dinge, die seit je den natürlichen Instinkten russischer Herrscher entsprechen.«[4]

In Kennans Sicht galt das Dogma von der feindseligen kapitalistischen Umwelt unabhängig von den tatsächlichen Erfahrungen der Sowjetführung (die doch, wie er meinte, das Gegenteil nahelegen mussten); folglich war es auch durch noch so große Kooperationsbereitschaft der USA nicht möglich, der Sowjetpolitik ihre Aggressivität zu nehmen. »Alles in allem haben wir es mit einer politischen Kraft zu

3 »Gemeinsame Erklärung über das befreite Europa«, in: Europa-Archiv 1 (1946), S. 211–212, hier S. 212.
4 Deutsche Übersetzung in: Kennan, George F.: Memoiren eines Diplomaten, München 1971, S. 552–568, hier S. 556f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tun, die sich fanatisch zu dem Glauben bekennt, dass es mit Amerika keinen dauerhaften Modus Vivendi geben kann, dass es wünschenswert und notwendig ist, die innere Harmonie unserer Gesellschaft, unsere traditionellen Lebensgewohnheiten und das internationale Ansehen unseres Staates zu zerstören, um der Sowjetmacht Sicherheit zu verschaffen.« Die Sowjets würden alles tun, um das sozialistische Lager zu stärken und zugleich die kapitalistischen Nationen zu schwächen und untereinander aufzuhetzen. Mit Hilfe der kommunistischen Parteien, gelenkt von einem »Untergrundgeneralstab des Weltkommunismus«, einer »heimlichen, von Moskau straff koordinierten und dirigierten Komintern«, würden sie versuchen, »die allgemeine strategische und politische Potenz der stärkeren Westmächte auszuhöhlen«, würden Druck ausüben, um Regierungen, die »den sowjetischen Bestrebungen im Wege sind«, von der Türkei über die Schweiz bis zu England, aus dem Amt zu entfernen, würden sie »im Ausland […] in der Regel auf die Zerstörung aller Formen der persönlichen Unabhängigkeit, der wirtschaftlichen, politischen und moralischen, hinarbeiten.«[5]

Als Gegenmittel forderte Kennan eine Politik der Stärke und der Sammlung der westlichen Nationen unter amerikanischer Führung: Der Erfolg der sowjetischen Politik hänge »von dem Maß an Zusammenhalt, Festigkeit und Kraft ab, die die westliche Welt aufbringen kann.« Und: »Viele fremde Völker zum mindesten in Europa, sind durch die erlittenen Erfahrungen ermüdet und verschreckt und interessieren sich weniger für abstrakte Freiheit als für Sicherheit. Sie suchen Führung eher als Verantwortung. Wir sollten besser befähigt sein als die Russen, sie ihnen zu geben.«[6]

Die Wahrnehmung sowjetischer Politik als destruktiv und gefährlich konkretisierte sich im Winter 1946/47, als die Kriegszerstörungen in Europa zu einer gewaltigen Produktions- und Investitionskrise führten. Die Industrieproduktion hatte in Frankreich, Belgien und den Niederlanden Ende 1946 etwa 85 Prozent des Vorkriegsstands erreicht, in Italien 60 Prozent; in Großbritannien und Skandinavien hatte sie den Vorkriegsstand etwas überschritten; in Deutschland stagnierte sie, die übrigen Länder lähmend, bei etwa 36 Prozent des Standes von 1936. Zusammen genommen belief sich der Produktionsindex der sechzehn späteren Teilnehmerländer des Marshall-Plans auf 83 Prozent des Vorkriegsstandes. 1947 erzielten sie ein Zahlungsbilanzdefizit von 7,5 Milliarden Dollar, während die USA im gleichen Jahr einen Überschuss von 10 Milliarden Dollar erwirtschaf-

5 Ebd., S. 561, 563 – 565.
6 Ebd., S. 566, 568.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

teten.[7] Der Mangel an Nahrungsmitteln nach einer klimatisch bedingten schlechten Ernte 1946, Kohlemangel im extrem kalten Winter 1946/47 und Transportschwierigkeiten im kriegszerstörten Deutschland verschärften den Eindruck einer hereinbrechenden Krise, die nach allem, was die europäischen Länder im Kriege an Zerstörungen erlitten hatten, noch schlimmere Auswirkungen haben musste als die Weltwirtschaftskrise nach dem »Schwarzen Freitag« vom Oktober 1929.

Diese Krise, darin waren sich alle amerikanischen Beobachter im Frühjahr 1947 einig, galt es mit allen Mitteln zu vermeiden – nicht nur, weil die akute Notlage die europäischen Regierungen wieder zu protektionistischen Maßnahmen trieb und so die amerikanische Open-door-Politik in Gefahr geriet und auch nicht nur, weil ein Zusammenbruch Europas den USA den wichtigsten Handels- und Absatzmarkt nehmen und so eine weltweite Rezession auslösen würde. Noch bedrohlicher schien, dass diese Krise von den kommunistischen Bewegungen in den verschiedenen europäischen Ländern ausgenutzt werden konnte, um im Interesse Moskaus die Macht an sich zu reißen. In der Sicht der amerikanischen Planer fügten sich so die Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise und die Dogmen der Eindämmungsdoktrin zu einem geradezu apokalyptischen Bild zusammen. »Voller Hunger, wirtschaftlichem Elend und Enttäuschungen«, so formulierte es etwa William Clayton, der Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen im State Department in einer Note vom 5. März 1947 an die Spitzen der Administration, stünden die meisten der europäischen Länder »hart am Abgrund und können jederzeit heruntergestoßen werden; andere sind schwer bedroht.« In Griechenland und Frankreich sei abzusehen, wie auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch kommunistische Machtübernahmen folgen würden; ohne amerikanische Hilfe größten Ausmaßes »wird sich die Lage so hoffnungslos verschlimmern, dass sie zwangsläufig zum Dritten Weltkrieg führen wird.«[8]

Das Resultat dieser Befürchtungen waren erstens die Truman-Doktrin vom 12. März 1947, die allen »freien Völkern« amerikanische Unterstützung beim Widerstand gegen »Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen« zusicherte[9] und zweitens die Ankündigung des Marshall-Plans am 5. Juni 1947, die den Europäern wirtschaftliche Unterstützung bei gemeinsamen Bemühungen um den Wiederaufbau in Aussicht stellte. Subventionen und Darlehen sollten Engpässe beim Wiederaufbau beseitigen; dazu sollten die Produkti-

7 Harris, Seymour E.: The European Recovery Program, Cambridge, Mass. 1948, S. 30 f., 40, 1 – 51, 92, 168 f., 249, 252 – 259.
8 Zitiert bei Clayton-Garwood, Ellen: Will Clayton. A Short Biography, Austin 1958, S. 115 – 118,
9 »Rede des amerikanischen Außenministers, George C. Marshall, vor der Havard-Universität zur Hilfeleistung für die europäischen Länder (Marshall Plan)« in: Europa-Archiv 2 (1947), S. 819 – 821.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

onsbeschränkungen, die man dem besiegten Deutschland aus Sicherheitsgründen auferlegt hatte, weitgehend aufgehoben werden, und die Handelsschranken zwischen den beteiligten Ländern sollten so schnell wie möglich beseitigt werden. Das lief auf eine wirtschaftliche Integration der europäischen Teilnehmerländer hinaus; und wenn es nicht gelang, die sowjetische Besatzungszone Deutschlands in das Programm einzubeziehen, war damit auch die Errichtung eines westdeutschen Staates vorprogrammiert.[10]

Sowjetische Abwehrpläne

In Moskau hat man die Chancen für kommunistische Machtergreifungen im westlichen Europa viel geringer angesehen als in Washington. »Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit«, hatte Stalin einer Delegation der jugoslawischen Parteiführung im April 1945 erläutert. »Wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann ja nicht anders sein.«[11] Entsprechend hatte er die Kommunisten in Frankreich in realistischer Einschätzung der Machtverhältnisse angewiesen, die Widerstandsbewegung in eine »Bewegung zum Wiederaufbau eines starken Frankreichs und zur Stärkung der Demokratie« zu überführen. »In die Plattform dieser Bewegung muss in erster Linie der wirtschaftliche Aufbau des Landes und die Festigung der Demokratie gehören.«[12] Für die kommunistischen Parteien in Italien und in den kleineren westeuropäischen Ländern galten die gleichen Vorgaben. Der Aufstandsbewegung in Griechenland gegen das autoritäre Athener Regime, die von den griechischen Kommunisten wesentlich mitgetragen wurde, verweigerte Stalin jede Unterstützung.[13]

Im Hinblick auf das besiegte Deutschland betrachtete er die »Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution«, die 1848/49 stecken geblieben war, als Tagesaufgabe, und diese Aufgabe war nach seinem Verständnis nur gemeinsam mit den westlichen Besatzungsmächten zu verwirklichen. »Einheit Deutschlands sichern«, wies er darum die Führer der deutschen Kommunisten in einer Unterre-

10 Vgl. Hogan, Michael J.: The Marshall Plan. America, Britain, and the reconstruction of Western Europe, 1947 – 1952, Cambridge/ Mass. 1987.
11 Djilas, Milovan: Gespräche mit Stalin, Frankfurt a. M. 1962, S. 146.
12 Narinskij, Mikhail M.: I. V. Stalin i M. Torez, 1944 – 1947gg. Novie materiali, in: Novaja i nowejschaja istorija 7 (1996), Nr. 1, S. 18 – 30; die Zitate S. 23, 25. Vgl. Loth, Wilfried: Die französischen Kommunisten und der Beginn des Kalten Krieges, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 26 (1978), S. 7 – 65.
13 Woodhouse, Christopher F.: The Struggle for Greece, 1941 – 1949, London 1976.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dung am 4. Juni 1945 an.[14] »Die Besatzungsmächte kämen nach Deutschland, um den Faschismus und Militarismus auszurotten und die notwendigen Maßnahmen für eine demokratische Wiedergeburt des deutschen Volkes zu treffen«, so die Instruktion für die Mitglieder der »Gruppe Ulbricht«, die den sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland zur Hand gehen sollte. »Es käme darauf an, unter peinlichster Beachtung der alliierten Vorschriften bei diesen Reformen aktiv mitzuarbeiten und für ihre konsequente Durchführung zu sorgen.«[15] Weit davon entfernt, auf einen raschen Abzug der amerikanischen Besatzungsmacht aus Deutschland zu spekulieren, wie man auf der westlichen Seite häufig vermutet hat, sorgte sich Stalin, dass die Amerikaner zu früh abziehen könnten – »bevor die Hauptaufgabe der Besatzung – die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands – vollendet sind«, wie der sowjetische Botschafter in Washington Nikolai Nowikow in einem Memorandum schrieb, das er am 27. September 1946 an Außenminister Wjatscheslaw Molotow schickte.[16]

Ein solcher vorzeitiger Rückzug der amerikanischen Besatzungstruppen aus Deutschland würde »die Vorbedingungen für das Wiederaufleben eines deutschen Imperialismus schaffen«, fügte Nowikow erläuternd hinzu, und das sei Teil einer höchst gefährlichen antisowjetischen Strategie des »amerikanischen Monopolkapitals«: »Europa ist aus dem Krieg mit einer vollständig zerrütteten Wirtschaft hervorgegangen. […] Diese Situation verschafft dem amerikanischen Monopolkapital Aussichten auf enormen Gütertransfer und Kapitalimport in diese Länder – ein Umstand, der es ihm erlauben wird, in ihre nationalen Wirtschaften einzudringen.« Das Drängen der US-Regierung auf Einhaltung der Erklärung von Jalta nahm Nowikow als Versuch wahr, »den Einfluss der Sowjetunion auf ihre Nachbarländer zu begrenzen oder zu beseitigen.« Dazu würden »reaktionäre Kräfte unterstützt«, und es würde auch versucht, »Positionen für die Durchdringung ihrer Wirtschaften durch amerikanisches Kapital zu sichern.«

Das Vordringen des amerikanischen Kapitals in West- wie in Osteuropa deutete er als Ausdruck eines Strebens nach Weltherrschaft, bei dem die Sowjetunion als »Haupthindernis« im Weg stünde. Die amerikanischen Imperialisten bereiteten darum auch einen »Krieg gegen die Sowjetunion« vor. Zwar könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt niemand sagen, wann dieser Krieg stattfinden würde, doch

14 Notizen von Wilhelm Pieck zu dieser Unterredung in: Badstübner, Rolf/ Loth, Wilfried (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945 – 1953, Berlin 1994, S. 50 – 53.
15 Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder, München 1969, S. 289.
16 Englische Übersetzung in: The Novikov Telegram, Washington September 27 1946, in: Diplomatic History 15 (1991), S. 527– 537, hier S. 536. Hinweise, dass Stalin diese Sorge teilte, bei Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, S. 26 f. Weitere Zeugnisse für die Orientierung auf eine gemeinsame Verwaltung des besiegten Deutschlands ebd., S. 20 – 27.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

beabsichtigten die USA, ein imperialistisches Deutschland »in einem künftigen Krieg auf ihrer Seite zu nutzen.«[17]

Das Angebot des Marshall-Plans, das sich auch an die osteuropäischen Länder und die Sowjetunion richtete (aus ökonomischen Gründen ebenso wie aus taktischen Überlegungen), interpretierte Nowikow folgerichtig als Versuch einer »Blockierung der Demokratisierung der Länder Europas, der Stärkung antisowjetischer Kräfte« und der »wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der europäischen Länder unter das amerikanische Kapital.« In einem Telegramm, das er am 24. Juni 1947 nach Moskau schickte, empfahl er, dass sich die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder an dem Programm beteiligen sollten, um »die Verwirklichung der amerikanischen Pläne zur Unterjochung Europas und Schaffung eines antisowjetischen Blocks zu verhindern.« Die Instruktion für die Pariser Konferenz der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion, die Molotow am 25. Juni Stalin zur Billigung vorlegte, sah daraufhin vor, auf individuellen Hilfsanforderungen der europäischen Länder zu bestehen und eine Einbeziehung deutscher Ressourcen in das Wiederaufbauprogramm nur zuzulassen, wenn die westlichen Verbündeten endlich Zugeständnisse in der Frage deutscher Reparationsleistungen machten.[18] Genauso verhielt sich Molotow, nachdem er am 27. Juni mit 89 Delegierten in Paris eingetroffen war.

Stalin hoffte also, dass die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs die Gefahr einer Unterjochung der europäischen Länder durch den amerikanischen Imperialismus genauso hoch einschätzten wie er selbst, und dass sie darum dazu bewegt werden konnten, sich den amerikanischen Ambitionen zu widersetzen. Als der britische Außenminister Ernest Bevin und sein französischer Kollege Georges Bidault die sowjetischen Bedingungen für eine Beteiligung am Marshall-Plan kategorisch ablehnten – sie fürchteten, dass eine sowjetische Beteiligung nur zu Komplikationen führen würde und der amerikanische Kongress die Hilfsgelder dann vielleicht gar nicht bewilligen würde –, setzte Stalin seine Hoffnungen auf die anderen europäischen Regierungen. Die Regierungen der osteuropäischen Länder wurden aufgefordert, an den Beratungen über das amerikanische Angebot teilzunehmen, zu denen Bevin und Bidault für den 12. Juli nach Paris eingeladen hatten. Sie sollten dort, »darlegen, dass der anglo-französische Plan unannehmbar ist, seine einstimmige Billigung verhindern und dann die Konferenz verlassen, dabei so viel Delegierte anderer Länder wie nur möglich mitneh-

17 Wie Anm. 16. Zur Entstehung des Memorandums vgl. Mal'kov, Viktor I.: Commentary, in: Diplomatic History 15 (1991), S. 554 – 558.

18 Zitiert nach Parish, Scott: The Marshall Plan, Soviet-American-Relations, and the Division of Europe, in: The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe, 1944 – 1949, hrsg. von Norman Naimark/ Leonid Gibianskii, Boulder u. a. 1997, S. 267 – 290, hier S. 279 – 282.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

men«, so Molotow in gleichlautenden Botschaften an alle »befreundeten« Regierungen am 5. Juli.[19]

Aus diesem Plan wurde nichts, weil dem Sowjetdiktator wenig später Bedenken kamen, ob die westlichen Konferenzteilnehmer nicht eher die östlichen Delegierten auf ihre Seite ziehen würden. Entsprechend wurden die östlichen Regierungen am 8. Juli informiert, dass das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) »vorschlägt, eine Beteiligung an dem Treffen abzulehnen.«[20] Die Regierungen des späteren Ostblocks folgten diesem »Vorschlag« – manche allerdings erst, nachdem Moskau sie massiv unter Druck gesetzt hatte. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Klement Gottwald und sein Außenminister Jan Masaryk reisten eigens nach Moskau, um doch noch eine Zustimmung zu einer Beteiligung ihres Landes an dem Programm zu erreichen. Dort wurde ihnen aber nur gesagt, dass die Sowjetregierung sofort den Freundschaftsvertrag von 1943 aufkündigen würde, wenn sie tatsächlich nach Paris fahren würden. Daraufhin sagten sie am 10. Juli ihre Beteiligung an der Konferenz ab, ebenso wie die ungarische Regierung. Tags zuvor hatten schon Jugoslawien und Bulgarien abgesagt, am 11. Juli folgten Rumänien, Albanien, Polen und selbst Finnland, dessen Regierung nach heftigen inneren Auseinandersetzungen einen Verzicht auf Hilfe der Zugehörigkeit zu einem von der Sowjetunion bekämpften Westblock vorzog. Damit war eine wesentliche neue Stufe der Einschränkung der Bewegungsfreiheit der osteuropäischen Länder erreicht und die Teilung des europäischen Kontinents entscheidend vertieft. Zu Recht urteilte Masaryk nach seiner Rückkehr aus der sowjetischen Hauptstadt: »Ich fuhr nach Moskau als der Außenminister eines souveränen Staates und kehre als Lakai der Sowjetregierung zurück.«[21]

Stalin hoffte nun, dass sich die westeuropäischen Regierungen in den Verhandlungen des in Paris eingesetzten »Committee of European Economic Cooperation« den hegemonialen Ambitionen der USA aus eigenem Antrieb widersetzen würden. Nachdem auch diese Hoffnung getrogen hatte, setzte er im September 1947 auf eine Mobilisierung der »demokratischen und patriotischen Kräfte« im Westen gegen den Marshall-Plan.[22] Wenn sich schon die Regierungen von den amerikanischen Imperialisten hatten korrumpieren lassen, so sagte er sich nun, wür-

19 Veröffentlicht bei Takhnenko, Galina: Anatomy of a Political Decision: Notes on the Marshall Plan, in: International Affairs (Moskau), Juli 1992, S. 111–127, hier S. 123.
20 Ebd., S. 124.
21 Zitiert nach Lockhart, Robert B.: My Europe, London 1952, S. 125.
22 Stalin an Andrej Shdanow, zitiert bei Gibjanskij, Leonid Y.: Kak Woznik Kominform. Po novym archvnym materialam, in: Novaja i novejschaja istorija 4 (1993), S. 131–152.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

den sich doch die Nationen selbst nicht freiwillig der Herrschaft der USA und der Ausbeutung durch den amerikanischen Imperialismus unterordnen.

Auf der Gründungskonferenz des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) vom 22. bis 27. September 1947 im schlesischen Slarska Poreba (Schreiberhau) wurden die Führungen der kommunistischen Parteien Europas auf diese Mobilisierung eingeschworen. In seinem Einleitungsreferat, das Punkt für Punkt mit Stalin abgesprochen war,[23] bekräftigte Parteisekretär Andrej Shdanow die Interpretation der amerikanischen Politik, die seit dem Herbst 1946 in Moskau kursierte: Die USA hätten sich zur »Hauptkraft des imperialistischen Lagers« entwickelt; dessen Hauptziel sei die »Festigung des Imperialismus, die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, der Kampf gegen Sozialismus und Demokratie sowie die Unterstützung reaktionärer und antidemokratischer profaschistischer Regime und Bewegungen.« Sodann charakterisierte er den Marshall-Plan als Ausdruck des »aggressiven, unverhüllt expansionistischen Kurses«, den die amerikanische Politik nach dem Zweiten Weltkrieg eingeschlagen habe. Er sei ein »Plan zur Versklavung Europas«, dessen Wesen darin bestehe, »einen Block von Staaten, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber verbunden sind, zusammenzuzimmern und die amerikanischen Anleihen als Gegenleistung für den Verzicht der europäischen Staaten auf ihre wirtschaftliche und später auch auf ihre politische Selbständigkeit zu gewähren.« Schließlich rief er die kommunistischen Parteien in West- wie in Osteuropa dazu auf, »sich an die Spitze des Widerstands gegen die Pläne der imperialistischen Aggression und Expansion auf allen Gebieten [zu] stellen […] und alle demokratischen und patriotischen Kräfte des Volkes um sich sammeln.«[24] Mit »Streiks, Demonstrationen, politischem Streik, Massenmobilisierung«, so die Notizen der jugoslawischen Delegierten in Slarska Poreba zu Shdanows Ausführungen,[25] sollte dem Widerstand das nötige politische Gewicht verschafft werden.

Die Aussichten, dass der Marshall-Plan auf diese Weise zum Scheitern gebracht werden könnte, bezeichnete Shdanow als gut: »Wenn der Plan einer ›Dawesierung‹ Europas sich seinerzeit als zum Scheitern verurteilt erwies [Shdanow spielte hier auf den Dawes-Plan von 1925 an], und zwar zu einer Zeit, wo die Kräfte des Widerstandes gegen den Dawes-Plan weitaus geringer als jetzt waren, so sind heute im Nachkriegseuropa, ganz zu schweigen von der Sowjetunion, durchaus genü-

23 Vgl. Wolkogonow, Dimitri: Stalin. Triumph und Tragödie, Düsseldorf 1989, S. 718.
24 Deutsche Übersetzung in Tägliche Rundschau 24. 10. 1947, hier zitiert nach Meissner, Boris (Hrsg.): Das Ostpakt-System, Frankfurt a. M./ Berlin 1955, S. 89 – 97.
25 In einem Bericht an ihr Zentralkomitee vom 30. 9. 1947, veröffentlicht bei Dedijer, Vladimir: Novi prilozi za biografiju Jospia Broza Tita, Belgrad 1984, S. 275.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

gend Kräfte vorhanden, die diesen Knebelplan zum Scheitern bringen können.«[26] Die jugoslawischen Delegierten notierten zu diesem Punkt: »Wenn nur zwei Millionen Menschen aufbrüllten, würden sie [gemeint waren die Franzosen] die Amerikaner und Engländer verjagen.« Danach würde man wohl wieder in die französische Regierung zurückkehren können, an der man von 1944 bis Anfang Mai 1947 beteiligt gewesen war: »Später wird man sehen, ob irgendwelche Koalitionen möglich sind.«[27]

Angesichts der neuen Aufgaben, die Stalin den Führern der kommunistischen Parteien damit zugewiesen hatte, ließen die Parteiführungen im westlichen Europa dem beträchtlichen sozialen Unmut freien Lauf, der sich durch die bisherige kommunistische Politik der Produktionssteigerung durch Konsumverzicht in den Reihen der Arbeiterschaft angesammelt hatte, und dem die Parteiführungen ohnehin kaum mehr widerstehen konnten. Die Streikbewegungen, die daraufhin ausbrachen, suchten sie dazu zu nutzen, den Marshall-Plan in den westeuropäischen Ländern innenpolitisch zu Fall zu bringen. In Frankreich begann die Streikwelle am 18. November 1947 und sie nahm bisweilen den Charakter eines allgemeinen Aufruhrs an: In der Tat waren es zwei Millionen Arbeiter, die in den Ausstand traten. Kohle wurde nicht mehr gefördert, die Lebensmittelversorgung wurde unterbrochen, auf Verkehrsverbindungen wurden Sabotageakte und Anschläge verübt. Im Parlament häuften sich die Tumulte. Einmal hielten kommunistische Abgeordnete die Tribüne eine ganze Nacht hindurch besetzt; der sozialistische Innenminister Jules Moch, Jude und Soldat beider Weltkriege, wurde mit »Heil Hitler!« niedergeschrien. In Marseille lieferten sich die Sicherheitskräfte und Streikende heftige Straßenschlachten.[28] Am 9. Dezember brachen die Streiks allerdings zusammen. Konkrete Ergebnisse hatten sie bis dahin nicht gebracht, und es war auch nicht zu sehen, dass sich die Regierungsmehrheit davon beeindrucken lassen würde. In Italien dagegen, wo die Unruhen zur gleichen Zeit eingesetzt hatten, flackerten sie den ganzen Winter 1947/48 über immer wieder auf.

Die Verhärtung der Fronten

Das Ergebnis dieser spektakulären Streikaktionen – die die kommunistischen Parteiführungen nur zum Teil im Griff hatten – war allerdings keineswegs ein

26 Meissner, Ostpakt-System, S. 95.
27 Bericht vom 30. 9. 1947, zitiert nach Dedijer, Jospia Broza, S. 275.
28 Vgl. die eindrucksvolle Schilderung bei Fauvet, Jacques: Histoire du parti communiste français 1920 – 1976, Paris 1977, S. 393 – 400.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Scheitern des Marshall-Plans in Westeuropa, sondern im Gegenteil eine Konzentration aller nichtkommunistischen Kräfte auf den Aufbau Westeuropas im Rahmen des Marshall-Plans und die nahezu vollständige Isolierung der westlichen kommunistischen Parteien. Nicht nur in Frankreich, auch in Italien und in Belgien waren sie im Frühjahr 1947 aus den Regierungen ausgeschieden, doch hatte bislang kaum jemand damit gerechnet, dass sie auf Dauer in der Opposition bleiben würden. Insbesondere die meisten Sozialisten hatten eine baldige Rückkehr ihrer Bruderparteien in die Regierungsverantwortung gewünscht, und die Kommunisten hatten sich selbst noch ganz als verantwortliche Regierungsparteien gegeben, die den Marshall-Plan befürworteten. Erst das Spektakel der Novemberstreiks diskreditierte die kommunistischen Parteien in den Augen ihrer möglichen Koalitionspartner als bloße Werkzeuge Moskaus, die auf den Sturz der bestehenden Ordnung hinarbeiteten. Die Attacken auf den amerikanischen Imperialismus wurden als Angriffe auf das parlamentarisch-demokratische System interpretiert, alle antikommunistischen Ängste der Vergangenheit wurden wiederbelebt und die Kommunisten in das Getto ihrer »Gegenkultur« abgedrängt. Koalitionen mit kommunistischen Parteien galten fortan als grundsätzlich ausgeschlossen. Was die Sammlungsaufrufe eines Winston Churchill seit seiner Brandmarkung des »Eisernen Vorhangs« im März 1946 nicht vermocht hatten,[29] brachten nun die Aktionen der Kommunisten selbst zustande: Jetzt erst, um die Jahreswende 1947/48, wurde der Kalte Krieg in Europa zu einer innenpolitischen Realität.

Die Kominform-Propaganda und die anschließen Streikbewegungen ließen bei einem wachsenden Teil der europäischen Öffentlichkeit auch die Überzeugung entstehen, dass die Sowjetführung zur Verwirklichung ihrer Expansionspläne auch nicht vor dem Einsatz militärischer Mittel zurückschrecken würde. Am Rande der Londoner Tagung des Alliierten Außenministerrats vom 25. November – 15. Dezember 1947 – auf der Molotow vergeblich gegen die Entschlossenheit der drei westlichen Außenminister polemisierte, die westlichen Besatzungszonen Deutschlands in das europäische Wiederaufbauprogramm einzubeziehen – suchte Bevin, von Bidault nachdrücklich unterstützt, darum seinen amerikanischen Kollegen George C. Marshall für den Plan einer Allianz der Westmächte zu gewinnen, die insbesondere den Europäern einen militärischen Schutz durch die USA garantieren sollte: »Wir müssen eine Art westliches demokratisches System erfinden, das die Amerikaner, uns selbst, Frankreich, Italien, usw., und natürlich die Dominions umfasst, […] kein förmliches Bündnis, sondern eine Verständigung

29 Churchill, Winston: Alliance of English-Speaking People: A shadow has fallen on Europe and Asia (Vital Speeches of the Day, Bd. 12, Nr. 11), S. 355 – 358.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

auf der Grundlage von Macht, Geld und entschlossenem Handeln, […] eine Art geistiger Föderation des Westens.«[30] Ein britisches Kabinettspapier vom 2. Januar 1948 hielt fest, dass auch Spanien und Deutschland, »ohne die kein westliches System vollständig sein kann«, in dieses Verteidigungssystem integriert werden sollten – »sobald die Umstände es erlauben.«[31]

Marshall zeigte sich im Prinzip einverstanden, machte aber ein militärisches Engagement der USA in Westeuropa von einer vorherigen Intensivierung und Koordination der europäischen Verteidigungsanstrengungen abhängig; ohne eine solche Eigeninitiative, so meinte er, würde sich ein solches Engagement im Kongress noch viel weniger durchsetzen lassen als die Wirtschaftshilfe. Bevin und Bidault betrieben nun in aller Eile die Gründung eines Verteidigungspakts ihrer Länder mit den Benelux-Staaten als ersten Schritt zur Schaffung eines westlichen Bündnisses. Nach inoffiziellen Vorgesprächen Bevins mit Bidault und Churchill Ende Dezember in London proklamierte Bevin am 22. Januar 1948 in einer Unterhausrede die Idee einer »Western Union«. Am 4. März begannen die Paktverhandlungen, und schon am 17. März konnte der »Brüsseler Pakt« unterzeichnet werden, in dem sich Großbritannien, Frankreich, die Niederlande, Belgien und Luxemburg zu wechselseitiger Hilfe im Falle eines bewaffneten Angriffs in Europa verpflichteten sowie eine Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zusagten.[32]

Die Hoffnungen auf ein Europa der »Dritten Kraft«, das in den Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion vermittelte und so eine Konfrontation der Blöcke verhinderte, waren indessen Anfang 1948 immer noch so stark verbreitet, dass die Initiatoren des Brüsseler Paktes die tatsächliche Funktion des Bündnisses als Wegbereiter eines amerikanischen Militärschutzes und amerikanischer Militärhilfe für Europa so gut es ging verhüllten und es stattdessen als Grundlage für eine umfassende politische und militärische Zusammenarbeit Westeuropas im Sinne des Konzepts der »Dritten Kraft« präsentierten. Nur so schien es in den beteiligten Ländern innenpolitisch durchsetzbar zu sein. In Bevins Unterhausrede vom 22. Januar, die die öffentliche Diskussion um den Pakt bestimmte, war von sowjetischer Bedrohung nur verdeckt und von amerikanischem Schutz überhaupt nicht die Rede, dafür umso mehr von der »Konsolidierung« und »geistigen Union« Westeuropas und von seiner potentiellen Wirtschaftskraft zwischen den »anderen beiden großen Weltmächten, den

30 Foreign Relations of the United States 1947, Bd. 2, S. 815–817.
31 Zitiert bei Yergin, Daniel: Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State, New York/ Boston 1977, S. 362 f.
32 Vgl. Varsori, Antonio: Il Patto di Bruxelles (1948). Tra integrazione europea e alleanza atlantica, Rom 1988.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.«[33] Zumindest der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak und die Sozialisten in der französischen Regierung wollten den Pakt in der Tat in diesem Sinne verwirklicht sehen, und auch bei Bevins Überlegungen spielte diese Perspektive eine Rolle. Es war daher zunächst keineswegs eindeutig abzusehen, wohin er tatsächlich führen würde – zu einer Blockbildung mit den USA oder zur Formierung eines relativ eigenständigen Europas.

Den entscheidenden Umschwung in der öffentlichen Meinung Westeuropas brachten erst die Nachrichten von der Ausschaltung der nichtkommunistischen Kräfte in der Tschechoslowakei Ende Februar 1948. Unter der Führung von Staatspräsident Eduard Benesch hatte die Tschechoslowakei ihre Freiheit bislang noch einigermaßen behaupten können, mit außenpolitischer Anpassung an die Sowjetunion und starker Beteiligung der Kommunisten an der Regierung. Angesichts einer bevorstehenden Wahlniederlage organisierte der kommunistische Partei- und Regierungschef Klement Gottwald nun aber Massenversammlungen in Prag, ließ am 21. Februar kommunistisch kontrollierte Polizeieinheiten in Stadt einmarschieren und ordnete am 24. Februar einen Generalstreik an. Dem Druck, der dadurch entstand, konnte sich Benesch nicht mehr widersetzen. Am 29. Februar akzeptierte er eine neue Regierung der »Nationalen Front«, in der die bisherigen Positionen der Nichtkommunisten durch »zuverlässige« Vertrauensleute besetzt waren. Damit war der Weg zur Errichtung des kommunistischen Machtmonopols frei.[34]

Dass Agitation, Demonstrationen und Streiks im Falle der Tschechoslowakei tatsächlich zu einer Machtergreifung der Kommunisten führten, bestärkte die Auffassung, dass die Aktionen im westlichen Europa das gleiche Ziel hatten. Nahezu alle Kommentatoren hielten nun die These vom notwendigerweise expansionistischen Charakter des Sowjetsystems für bestätigt. In der Bevölkerung wuchs die Furcht vor einer militärischen Aggression der Sowjetunion auf Westeuropa, und die verantwortlichen Politiker einschließlich der meisten bisherigen Verfechter der »Dritten Kraft« begannen, zumindest die Eventualität eines solchen Angriffs in ihr Kalkül einzubeziehen. Nur eine intellektuelle Minderheit der »Dritte-Kraft«-Bewegung verfocht weiterhin einen »neutralen« Weg zwischen Ost und West.[35] Die Mehrheit sah die westeuropäischen Demokratien wie die Väter der

33 Deutsche Übersetzung in: Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Der Brüsseler Vertrag von 1948 und die durch ihn eingeleitete Entwicklung (Europa. Dokumente zur Frage der europäischen Einigung, Bd. 1), München 1962, S. 351 – 353.

34 Vgl. Myant, Martin: Socialism and Democracy in Czechoslovakia, 1945 – 1948, New York 1981, S. 167 – 218; Kaplan, Karel: Der kurze Marsch. Kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei 1945 – 1948, München/ Wien 1981.

35 Vgl. für Frankreich Loth, Wilfried: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940 – 1950, Stuttgart 1977, S. 188 – 201.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Eindämmungsdoktrin durch die Verbindung von subversiver Tätigkeit im Inneren und militärisch fundiertem Druck von außen bedroht; die Fähigkeit und Bereitschaft, zwischen kommunistischen Bewegungen und der Sowjetunion, kommunistischer Ideologie und realen sowjetischen Interessen zu differenzieren, nahm immer mehr ab. An der Notwendigkeit einer auch militärischen Allianz mit den USA bestand nun kein Zweifel mehr, auch wenn die meisten Verfechter der »Dritten Kraft« noch hofften, Europa innerhalb dieser Allianz eine relativ unabhängige Rolle sichern zu können. Bidaults wie Bevins inständige Bitten um amerikanischen Schutz fanden jetzt die notwendige innenpolitische Rückendeckung, sodass sich die Brüsseler Mächte schon einen Monat nach Vertragsabschluss offiziell um Unterstützung durch die USA bemühen konnten.[36]

Im Sinne einer »self fulfilling prophecy« wurde so der antikommunistische Westblock in Europa, gegen den sich die Kominform-Politik wandte, ab 1948 Realität. Zur Eskalation wechselseitiger Präventivmaßnahmen gegen die vermeintliche Bedrohung durch die Gegenseite trat die Eskalation feindseliger Rhetorik; wobei sich die westliche Freie-Welt-Ideologie defensiv gab, die Westmächte tatsächlich aber durchaus über Möglichkeiten verfügten, in den sowjetischen Sicherheitsbereich hinüber zu wirken, während sich die sowjetische Politik als Offensive gegen den »US-Imperialismus« aufführte, tatsächlich aber kaum Möglichkeiten hatte, in den Verhältnisse der westlichen Länder einzugreifen. Der Ost-West-Konflikt wurde nun nicht mehr als bloßer Machtkampf zweier Weltmächte begriffen, in dem ein Ausgleich prinzipiell möglich war, sondern mehr und mehr als allumfassender Existenzkampf zweiter Gesellschaftssysteme, der nur mit Sieg oder Niederlage enden konnte. Es ist kein Zufall, dass jetzt, etwa von der Jahreswende 1947/48 an, die Bezeichnung dieses Konflikts als »Kalter Krieg« populär wurde.

36 Schreiben an die US-Regierung 17.4.1948 in Foreign Relations of the United States 1948, Bd. 3, S. 91. Zu den Motiven für eine Beteiligung an der atlantischen Allianz im Einzelnen Wiggershaus, Norbert/ Heinemann, Winfried (Hrsg.): Nationale Außen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedsstaaten, München 2000.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Dierk Hoffmann

Revolution und Gegenrevolution im SED-Geschichtsverständnis. Otto Grotewohls Deutung der Novemberrevolution 1918 und des Volksaufstands 1953

Für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) stellte Geschichtspolitik von Anfang an eine wichtige »herrschaftslegitimatorische Systemstütze« dar.[1] Auf diese Weise sollte in der DDR-Bevölkerung Systemloyalität erzeugt werden.[2] Dabei nahm die Deutung der Weimarer Republik und der Novemberrevolution von 1918 eine zentrale Rolle ein. Denn mit der Abdankung Kaiser Wilhelm II. und dem Ende der Monarchie in Deutschland stand aus Sicht der SED die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erstmals ganz oben auf der Tagesordnung. Der ostdeutsche Teilstaat inszenierte sich quasi als Lehre aus Weimar, so etwa im ersten Aufruf des Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) vom 11. Juni 1945, aber auch noch bei der letzten Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1989. Martin Sabrow brachte dieses geschichts- und erinnerungspolitische Selbstverständnis prägnant auf den Punkt: »Das Argument Weimar bildete im Legitimationsdiskurs des SED-Staates gleichsam eine geschichtspolitische Allzweckwaffe.«[3] So sei mit dem Verweis auf den Vertrag von Rapallo 1922 versucht worden, das Bündnis zur Sowjetunion historisch zu legitimieren. Der vertragschließende deutsche Außenminister Walter Rathenau habe folglich einen festen Platz »im Pantheon der ostdeutschen Straßen-

1 Wolfrum, Edgar: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948 – 1990, Darmstadt 1999, S. 36.

2 Ullrich, Sebastian: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 45), Göttingen 2009, S. 562.

3 Sabrow, Martin: Kampfplatz Weimar. DDR-Geschichtsschreibung im Konflikt von Erfahrung, Politik und Wissenschaft, in: Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, hrsg. von Heinrich August Winkler, München 2002, S. 163 – 184, hier S. 164.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

namen« bekommen, obwohl er für die SED geradezu idealtypisch das sogenannte Monopolkapital verkörperte.

Das Ausbleiben der sozialistischen Umwälzung nach 1919 und der Untergang der Weimarer Republik konnten anders als die Niederlage in der Novemberrevolution 1918 nicht auf das Fehlen einer marxistisch-leninistischen Partei zurückgeführt werden. Hier half der Vorwurf des Verrats, mit dem die SED-Geschichtsschreibung die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) belegte, wobei Ost-Berlin auf ein bereits bestehendes Narrativ der Weimarer KPD zurückgreifen konnte. Keine einzige nennenswerte Handlung der SPD-Führung fand die Zustimmung in den »Leittexten der historischen Meistererzählung der DDR«.[4] Selbst das Erstarken des gemeinsamen nationalsozialistischen Gegners konnte in der SED-Sicht das »Verdammungsurteil über die Sozialdemokratie« nicht mildern. Pikanterweise war es vor allem ein ehemaliger Sozialdemokrat, der Ende der 1940er bzw. Anfang der 1950er Jahre für die SED die Aufgabe übernahm, an die Novemberrevolution von 1918 öffentlich zu erinnern. Die Rede ist von Otto Grotewohl. Der SED-Ko-Vorsitzende (1946 – 1954) und Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) (1949 – 1964) hatte einen entscheidenden Anteil am Aufbau und Ausbau der SED-Herrschaft in der DDR. So stimmte er nicht nur dem Zusammenschluss von SPD und KPD zu, sondern segnete auch die nachfolgende innerparteiliche Verfolgung ehemaliger Sozialdemokraten sowie die damit einhergehende Transformation der SED in eine kommunistische Kaderpartei ab. Darüber hinaus gab er der politischen und sozioökonomischen Neuordnung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)/DDR sein Plazet. Im Folgenden wird erstens Grotewohls biografischer Weg in der Novemberrevolution 1918 und seine politische Sozialisation skizziert, zweitens seine Rolle bei den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Novemberrevolution 1948 beleuchtet und drittens sein Umgang mit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 innerhalb der SED-Führung thematisiert.[5]

I.

Otto Grotewohl, 1894 in Braunschweig geboren, wurde Ende November 1914 zum Militärdienst eingezogen und kam, nachdem er zunächst als »garnisonsverwen-

4 Ebd.
5 Die folgenden Ausführungen beruhen im Wesentlichen auf meiner Biografie über Otto Grotewohl. Vgl. Hoffmann, Dierk: Otto Grotewohl (1894 – 1964). Eine politische Biographie (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 74), München 2009.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

dungsunfähig« eingestuft wurde,[6] im Mai 1915 an die Ostfront nach Galizien. Fast einen Monat nach Abschluss des deutsch-russischen Friedensvertrages von Brest-Litowsk am 3. März 1918 wurde er an die Westfront verlegt, wo er bis zum Ende des Ersten Weltkriegs blieb. Ob er Mitglied eines Arbeiter- und Soldatenrates war, wie die SED-Geschichtsschreibung später behauptete,[7] lässt sich nicht mehr eindeutig klären. Heinz Voßke, der 1979 in der DDR die offizielle Grotewohl-Biografie vorlegte, mutmaßte, Grotewohl habe an den bewaffneten Kämpfen gegen Georg Maerckers Freikorpstruppen teilgenommen, ohne aber Quellenbelege anzuführen.[8] Da die Besatzung Braunschweigs kampflos erfolgte, sind erhebliche Zweifel an dieser These angebracht. Voßke stützte sich bei seiner Darstellung vermutlich auf Aussagen Grotewohls aus dem Jahr 1948, in denen sich dieser als Mitglied der Roten Garde bezeichnete, auf die die einrückenden Truppen Maerckers geschossen hätten.[9]

Die Novemberrevolution in Braunschweig fand ohne Otto Grotewohl statt. Als Herzog Ernst August am 8. November 1918 als erster deutscher Reichsfürst abdankte und die Regierungsgeschäfte dem Arbeiter- und Soldatenrat übertrug, befand sich der 24-jährige noch als Soldat an der deutsch-niederländischen Grenze. Erst kurz vor Weihnachten kehrte Grotewohl nach Braunschweig zurück. Der Weg ins Zivilleben vollzog sich für ihn weitgehend mühelos, denn er konnte seine Anstellung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK), die er 1914 kurz vor seiner Einberufung zum Militärdienst angetreten hatte, wieder aufnehmen. Hier blieb er bis zum 25. November 1921, als er im Braunschweiger Landtag zum zweitjüngsten Minister der Weimarer Republik gewählt wurde.

Über Grotewohls erste politische Aktivitäten wissen wir nicht sehr viel. Sein im April 1949 ausgestelltes Mitgliedsbuch des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) enthält den Vermerk, dass er seit seinem 18. Geburtstag im Verband der deutschen Buchdrucker in Braunschweig organisiert war.[10] Zuvor hatte er sich bereits in der sozialistischen Arbeiterjugend Braunschweigs einen Namen gemacht. Erste Funktionen erhielt er offensichtlich im sogenannten Jugendausschuss. 1912 trat er in die SPD ein, die er im Dezember 1918 in Richtung der Un-

6 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (fortan: SAPMO-BArch), Nachlass Otto Grotewohl (fortan: NY 4090), Bd. 262, Bl. 5 f., hier Bl. 5., Brief Grotewohls an Adolf Dommick vom 27. 11. 1914.

7 Voßke, Heinz: Otto Grotewohl. Biographischer Abriß, Berlin (Ost) 1979, S. 45.

8 Ebd., S. 47.

9 Vgl. Jodl, Markus: Amboß oder Hammer? Otto Grotewohl. Eine politische Biographie, Berlin 1997, S. 28.

10 SAPMO-BArch, NY 4090/4, Bl. 15, FDGB-Mitgliedsbuch Nr. 34 338 vom April 1949.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

abhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands USPD verließ.[11] Nur auf den ersten Blick rückte Grotewohl nach dem Ende des Ersten Weltkriegs politisch nach links. Zur besseren Einordnung ist ein kurzer Blick auf die Entwicklung im Freistaat notwendig.[12] Zwei Faktoren sind von entscheidender Bedeutung. Erstens: Anders als im Reich kam der USPD in Braunschweig eine zentrale Rolle zu, denn sie war Regierungspartei und konnte die Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) bei den Landtagswahlen 1920 deutlich überrunden. Im Vergleich zu anderen Bezirken verfolgte der USPD-Bezirk Braunschweig eine verhältnismäßig gemäßigte Politik: So wurden etwa die Forderungen nach einer Bodenreform sowie nach einer Sozialisierung der Wirtschaft nicht ernsthaft weiter verfolgt. Dies hing wiederum mit der frühzeitigen Regierungsbeteiligung zusammen, die letztlich eine Radikalisierung der Partei verhinderte. Darüber hinaus sprach sich die USPD in Braunschweig frühzeitig für die Durchführung von Landtagswahlen aus. Damit deutet vieles darauf hin, dass hier die Errichtung einer Räteherrschaft nicht drohte, auch wenn sich unter den Unabhängigen zahlreiche Spartakisten befanden, die dieses Ziel erklärtermaßen anstrebten. Zweitens: Anders als in den übrigen Regionen Deutschlands, wo kommunistische Aufstände von Freikorps niedergeschlagen und neue Machtverhältnisse gewaltsam hergestellt wurden, blieb die USPD in Braunschweig an der Macht. Verlierer war die KPD, die mit ihren Plänen zur gewaltsamen Errichtung der Räteherrschaft kläglich gescheitert war und in der Folgezeit zu einer »kleinen Sekte verkümmerte«.[13]

Die braunschweigische USPD wurde ganz besonders von der Entwicklung der Gesamtpartei auf Reichsebene geprägt. Nach einer turbulenten Gründungs- und Aufbauphase befand sich die USPD im Frühsommer 1920 zunächst noch in einem ruhigen Fahrwasser. Die Partei bot auch nach außen ein weitgehend geschlossenes Bild: Innerparteiliche Kontroversen über das Rätesystem und den Parlamentarismus sowie die Diktatur des Proletariats entwickelten keine Sprengkraft für die USPD, sondern konnten stets entschärft werden.[14] Auch wenn die heftig erörterte Frage nach einer neuen militanten Internationalen nicht geklärt werden konnte, deutete doch nichts darauf hin, dass sich diese Partei binnen kurzer Zeit spalten würde. Das änderte sich im Sommer 1920 mit den sogenannten 21 Bedingungen, mit denen die nationalen kommunistischen Parteien den Weisungen Moskaus

11 Rother, Bernd: Otto Grotewohl (1894 – 1964). Biographische Skizze seiner Braunschweiger Jahre (1894 – 1933), in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 28 (1992), S. 523 – 533, hier S. 526.
12 Vgl. Rother, Bernd: Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933, Bonn 1990.
13 Ebd., S. 71.
14 Vgl. hierzu Wheeler, Robert F.: Die »21 Bedingungen« und die Spaltung der USPD im Herbst 1920. Zur Meinungsbildung der Basis, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 23 (1975), S. 117 – 154, hier S. 118 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

unterworfen werden sollten. Sie rissen innerparteiliche Gräben auf und führten zu einer dramatischen Zerreißprobe.

Während sich in Braunschweig schon frühzeitig eine klare Niederlage der Befürworter abzeichnete, blieben die Gegner der 21 Bedingungen auf Reichsebene in der Minderheit. Auch Grotewohl schloss sich dem radikalen Lager nicht an, sondern übernahm die Mehrheitsmeinung, die sich unter den Unabhängigen in Braunschweig herausgebildet hatte. Damit wies er sich als pragmatischer, d. h. ideologisch ungebundener Politiker aus.[15] Auffallend ist ferner sein Eintreten für die Einheit und die Selbständigkeit der USPD, die bis dahin ohnehin schon dezentral organisiert war.[16] Obwohl er radikale Maßnahmen nicht rundweg ablehnte, überwog auch bei ihm letztlich das Unbehagen, von einer ausländischen Partei (aus Moskau) fremdgesteuert zu werden. Diese Überlegung und nicht das fehlende Klassenbewusstsein, das ihm sein DDR-Biograph Voßke unterstellte,[17] führte bei ihm, wie auch bei der großen Mehrheit der USPD Braunschweig zur Ablehnung der 21 Bedingungen.

Was bleibt? Die Zeitspanne von 1916 – 1923 ist zweifellos zu kurz, um belastbare Aussagen über das biographische Gepäck nicht nur von Otto Grotewohl machen zu können. Sein kritisches, ablehnendes Verhältnis zur KPD vor 1933 liefert jedoch keinerlei Erklärungsansätze dafür, dass er sich nach 1945 unter vollkommen geänderten politischen Rahmenbedingungen vom Einheitsgegner zum Einheitsbefürworter – der Fusion von KPD und SPD – und damit zum Totengräber der Sozialdemokratie in Ostdeutschland entwickeln würde.

II.

Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Frühjahr 1946 in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) ist ein zentrales Ereignis in der deutschen Nachkriegsgeschichte,[18] das bis heute auch das Bild über Otto Grotewohl maßgeblich prägt. Kaum ein anderer deutscher Politiker spaltete die gesamtdeutsche Öffentlichkeit nach 1945 so sehr wie der gebürtige Braunschweiger. In der DDR erschien Grote-

15 So auch Jodl, Amboß oder Hammer?, S. 33.
16 Wheeler, Die »21 Bedingungen«, S. 120.
17 Voßke, Otto Grotewohl, S. 57.
18 Vgl. Bouvier, Beatrix: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945 – 1953, Bonn 1996; Hurwitz, Harold: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. 4 Bde., Köln 1983 – 1990; Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin 1982; Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, hrsg. von Andreas Malycha, Bonn 1995.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

wohl als Politiker, der als Sozialdemokrat die Lehren aus der Geschichte gezogen habe. Sein Weg zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien wurde von Ost-Berlin folglich als langfristig angelegter und geradliniger Prozess dargestellt. Grotewohl hatte sich im Herbst 1945 vom Skeptiker zum Befürworter des Zusammenschlusses von SPD und KPD gewandelt. Drei Gründe waren für seinen Meinungsumschwung ausschlaggebend: Erstens verabschiedete er sich von seinen ursprünglichen Forderungen, die eine Gleichberechtigung der Ost-SPD beim Aufbau des politischen Systems in der sowjetischen Besatzungszone vorsahen, und verfolgte nur noch eine gesamtdeutsche Option. Da er von der SPD unter Kurt Schumacher keine Unterstützung bekam, spielte er auf Zeit und setzte auf einen Meinungsumschwung der drei Westmächte in der Deutschlandfrage. Zweitens konnte er sich dem wachsenden sowjetischen Druck, dem sich auch die sozialdemokratischen Funktionäre auf der mittleren und unteren Ebene ausgesetzt sahen, spätestens nach den Parlamentswahlen in Ungarn und Österreich nicht mehr entziehen. Da er einen Rückzug aus der Politik oder gar die Flucht in den Westen Deutschlands als letzte Möglichkeit für sich ausschloss, fand er sich mit den enger werdenden Handlungsspielräumen ab und begann damit, seine sozialdemokratischen Wurzeln zu kappen. Drittens lockte sicherlich auch die Aussicht, in der SED eine führende Position einzunehmen.

Für die SED-Führung war 1948 ein historisches Gedenkjahr, das mit Kundgebungen zum 100. Jahrestags des kommunistischen Manifests eröffnet wurde. Es folgte die Tagung des 2. Volkskongresses am 17./18. März 1948 in Berlin, die unter anderem an die Märzgefallenen der Revolution von 1848 erinnern sollte. Während bürgerliche und sozialdemokratische Politiker in den drei Westzonen an die parlamentarischen Traditionen der Frankfurter Nationalversammlung erinnerten, rückte die SED bewusst das Gedenken an die Märzkämpfe der Volksmassen in den Mittelpunkt.[19] Die Feierlichkeiten zeigten, dass Deutschland drei Monate vor der Währungsreform erinnerungspolitisch bereits ein geteiltes Land war. Der Erste SED-Kulturtag, der mit dem 130. Geburtstag von Karl Marx zusammenfiel, war ein weiterer Höhepunkt dieses Gedenkjahres, mit dem die ostdeutsche Einheitspartei die Deutungshoheit über die Interpretation der deutschen Geschichte gewinnen wollte. Innerhalb des Parteiapparates wurden minutiös alle relevanten Gedenktage aufgelistet und ideologische Argumente für die öffentlichen Inszenierungen geliefert.[20] Dabei betonte die zuständige Abteilung Kultur und Erziehung:

19 Dietrich, Gerd: Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945 – 1949. Mit einem Dokumentenanhang. Bern u. a. 1993, S. 117.

20 SAPMO-BArch, NY 4090/300, Bl. 2 – 6, Vorschlag der Abt. Kultur und Erziehung vom 24. 12. 1947 für Veranstaltungen im Jahre 1948.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

»Für die SED muss das ganze Jahr im Zeichen des Jubiläums stehen, das uns Gelegenheit zur Politisierung des deutschen Volkes gibt. Für uns sind besonders wichtig vor allem jene Daten und Ereignisse, die mit dem Entstehen der sozialistischen Bewegung verbunden [und] in eindrucksvollen Feiern und Kundgebungen zu würdigen [sind].«[21] Auf der langen Liste der Gedenk- und Erinnerungstage standen schließlich der Matrosenaufstand in Kiel, die Revolutionsereignisse rund um den 9. November 1918 sowie die Reichskonferenz des Spartakusbundes und die KPD-Gründung.

Breiten Raum nahmen die Vorbereitungen für die Feierlichkeiten zum 30. Jahrestages der Novemberrevolution ein. Die Regieanweisungen kamen vom SED-Parteivorstand, der sich auf seiner Sitzung am 28. Juli 1948 ausführlich mit dem Thema beschäftigte. Dazu hielt Otto Grotewohl ein langes Referat, das von Mitarbeitern des Parteiapparates ausgearbeitet und 1953 in überarbeiteter und erweiterter Fassung publiziert wurde. Unter dem Titel »Die November-Revolution und die Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« setzte er sich kritisch mit der Politik der SPD in der Weimarer Republik auseinander.[22] Ähnlich wie 1918 gelte es auch dreißig Jahre später, die Einheit der Arbeiterbewegung »auf dem festen Boden des Marxismus« zu verwirklichen.[23] In kommunistischer Manier geißelte er den politischen Kurs der sozialdemokratischen Parteiführung und warf insbesondere der West-SPD vor, »unter den Nachwirkungen früherer opportunistischer Irrungen« zu glauben, auf die »marxistische Grundorientierung« verzichten zu können.[24] Grotewohl sah in der Verbürgerlichung der deutschen Sozialdemokratie in der Novemberrevolution die tiefere Ursache für den politischen Kurs von Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer.

Grotewohls Referat hatte aber noch eine weitere Stoßrichtung, die sich gegen die bei der SED-Gründung vereinbarte Parität zwischen SPD und KPD richtete. Diese bestand noch auf dem Papier, obwohl sie schon vor 1948 weitgehend ausgehöhlt worden war. Grotewohl erteilte nämlich der Vorstellung eine Absage, bei der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien müssten die ehemaligen Sozialdemokraten etwas radikaler und die ehemaligen Kommunisten etwas zahmer in ihrem Auftreten und ihren Forderungen werden. Grotewohl übernahm damit das kommunistische Vokabular, denn er verlangte von seinen früheren sozialdemokrati-

21 Ebd., Bl. 2.
22 Das Referat ist mit Auslassungen abgedruckt in: Friedrich, Thomas/ Hübner, Christa/ Mayer, Herbert/ Wolf, Kerstin (Hrsg.): Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, Berlin 1995, S. 202 – 246. Der Text wurde in der DDR leicht verändert publiziert. Vgl. Grotewohl, Otto: Dreißig Jahre später. Die Novemberrevolution und die Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1953.
23 Ebd., S. 9.
24 Ebd., S. 10.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen Parteifreunden in der SED eine völlige Abkehr vom »Opportunismus«. Dagegen sollten die Kommunisten in der Einheitspartei sogenannte sektiererische Tendenzen bekämpfen. Während Grotewohl in seinen Reden bis zu diesem Zeitpunkt durch eine vorsichtige Wortwahl aufgefallen war, verwendete er nun eine unmissverständliche, teilweise sogar martialische Sprache: »Wenn wir, die früheren Sozialdemokraten, den Opportunismus restlos begriffen haben und ausrotten können, und wenn die früheren kommunistischen Genossen den aus ihrer Partei stammenden Geist des Sektierertums restlos unter ihre Füße bekommen und totkriegen, dann kann auf diesem Boden die Sozialistische Einheitspartei die wirkliche Voraussetzung für eine fruchtbringende Einheit der deutschen Arbeiterbewegung schaffen.«[25] Mit der einseitigen historischen Analyse versuchte Grotewohl nicht nur die Zwangsvereinigung nachträglich erneut zu rechtfertigen, sondern auch den von der West-SPD vorgetragenen Vorwurf zu entkräften, er sei ein Renegat.

Die vom SED-Parteivorstand am 16. September 1948 verabschiedete Entschließung »Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung« ließ keinen Zweifel am angeblichen Versagen der SPD in der Weimarer Republik. Die Reichsregierung unter der Leitung von Philipp Scheidemann und Gustav Bauer sei der Versuch gewesen, die Monarchie »mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer entgegen den Interessen der Volksmassen« zu retten.[26] Die Novemberrevolution von 1918 sei daher eine »unvollendete bürgerliche Revolution« gewesen, weil erstens eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse gefehlt habe und zweitens die »rechten sozialdemokratischen Führer« eine »konterrevolutionäre« Politik betrieben hätten.[27]

Die beiden Parteivorstandssitzungen Ende Juni und Ende Juli 1948 bildeten den Startschuss für eine beispiellose Kampagne gegen den sogenannten Sozialdemokratismus,[28] zu der Grotewohl mit seiner Rede zur Novemberrevolution die ideologische Begründung geliefert hatte. Scharfe Kritik musste er sich von Gustav Klingelhöfer gefallen lassen, der die Ost-SPD kurz vor der Zwangsvereinigung verlassen hatte. In einem Privatbrief machte er Grotewohl für die Verfolgung von ehemaligen Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone verantwort-

25 Friedrich/Hübner/Mayer/Wolf (Hrsg.), Entscheidungen der SED, S. 241. In der 1953 veröffentlichten Version ist diese Textpassage sprachlich etwas entschärft worden. Grotewohl, Dreißig Jahre später, S. 138.

26 Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes des Zentralkomitees und des Politischen Büros. Bd. II, Berlin (Ost) 1952, S. 107–124, hier S. 114.

27 Ebd., S. 117.

28 Vgl. Bouvier, Ausgeschaltet!; Hurwitz, Harold: Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946–1949, Opladen 1997; Malycha, Andreas: Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lich und forderte eine Porträtzeichnung zurück, die er ihm 1945 geschenkt hatte: »Menschlich bedauere ich, Ihnen diese Nachricht nicht ersparen zu können; aber es geht um das Leben gutgläubiger Genossen, und ihre Verantwortung wiegt zu schwer.«[29] Nach dem veröffentlichten Beschluss des Parteivorstandes vom 29. Juli 1948 über die »organisatorische Festigung der Partei und [die] Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen« zeigten sich viele Parteimitglieder tief beunruhigt. So musste das Büro Grotewohl auf Anfrage klarstellen, dass »schwarze Listen in unserer Partei überhaupt nicht geführt werden«.[30] Gleichzeitig wiesen die Mitarbeiter des Ko-Vorsitzenden der SED den von einem Parteifreund geäußerten Verdacht zurück, Grotewohl stehe bereits auf einer »schwarzen Liste«. Auch im Ostbüro der SPD gab es Mutmaßungen über die politische Zukunft Grotewohls. In einem namentlich nicht gezeichneten Informationsbericht wurde behauptet, Grotewohl habe auf einer Sitzung des Zentralsekretariats Anfang 1948 eine Säuberungsaktion zunächst noch abgelehnt.[31] Erst unter Druck habe er schließlich – so das Gerücht – die entsprechende Beschlussvorlage für den Parteivorstand widerspruchslos akzeptiert.

Das Verhalten anderer Sozialdemokraten im Umfeld Grotewohls sagt einiges über die Anpassungselastizität Grotewohls aus, denn zu einem sehr frühen Zeitpunkt hatten bereits einige politische Weggefährten wie Klingelhöfer oder Gustav Dahrendorf die Partei verlassen und waren in den Westen Deutschlands gegangen. Im Zuge des 1948 ausgerufenen Kampfes gegen den sogenannten Sozialdemokratismus sollten weitere Parteifreunde folgen. Prominentestes Beispiel ist Erich W. Gniffke, Grotewohls engster Freund und Berater. Anders als Grotewohl lehnte Gniffke die Ausrichtung der SED am sowjetischen Vorbild ab[32] und floh Ende Oktober 1948 in die Westsektoren Berlins.

Wieso stellte sich Grotewohl an die Spitze der Kampagne und rief zum Kampf gegen seine ehemaligen Parteifreunde auf? Entscheidend waren für ihn die Einheit der Arbeiterbewegung und das Festhalten an der 1946 vollzogenen organisatorischen Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, die er gegenüber westlichen Kritikern verteidigte. Dieses Motiv war Ausgangspunkt seiner Rede über die Novemberrevolution von 1918. Insofern stellt seine Zustimmung zur Verfolgung ehemaliger Sozialdemokraten 1948 keinen Bruch seiner politischen Leitbilder dar, sondern erscheint vielmehr in der Kontinuität zu seinem politischen Han-

29 Landesarchiv Berlin (fortan: LAB), Nachlass Gustav Klingelhöfer (fortan: E Rep. 200 – 23), Nr. 88, Klingelhöfer am 9. 8. 1948 an Grotewohl.
30 SAPMO-BArch, NY 4090/611, Büro Grotewohl am 29. 10. 1948 an R. J. (Hohndorf, Kreis Glauchau).
31 Archiv der sozialen Demokratie Bonn (fortan: AdsD), Ostbüro der SPD, Aktenordner Otto Grotewohl I, Aktennotiz vom 21. 12. 1949, S. 1.
32 Malycha, Die SED, S. 321 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

deln seit der Zwangsvereinigung 1946. Außerdem wollte er sicherlich den ehemaligen Kommunisten in der SED beweisen, dass er einen persönlichen Beitrag zur SED-Gründung geleistet und das ideologische Gedankengut des Marxismus-Leninismus übernommen hat. Auf diese Weise konnte er, so ließe sich weiter vermuten, das eigene politische Überleben langfristig absichern.

III.

In seiner Entschließung vom 16. September 1948 hatte der SED-Parteivorstand der Weimarer SPD vorgeworfen, eine angeblich konterrevolutionäre Politik betrieben zu haben. Dieser Vorwurf diente – wie bereits erwähnt – als Begründung zur Verfolgung und Inhaftierung ehemaliger Sozialdemokraten in der frühen DDR. Der Tonfall und die repressive Politik der SED verstärkten sich vor dem Hintergrund des ausbrechenden Kalten Krieges und hatten ihren Höhepunkt kurz nach dem blutig niedergeschlagenen Juniaufstand 1953. Regimegegner und innerparteiliche Feinde wurden nicht mehr nur als »Konterrevolutionäre«, sondern als »Faschisten« stigmatisiert. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 war in den Augen der SED ein konterrevolutionärer, ja sogar ein faschistischer Putsch.

Diese Zuschreibung beruhte unter anderem auch auf dem Narrativ des von der SED propagierten Gegenbegriffs, d. h. des *Antifaschismus.* Dabei handelt es sich um einen Begriff, »der aus dem Selbstverständnis der kommunistischen Bewegung seit dem Beginn der zwanziger Jahre herrührt und von dort in die offizielle politische Standortbestimmung der DDR übernommen wurde. In ihm spiegelt sich eine realgeschichtliche Kontinuität der Auseinandersetzung der deutschen Linken mit der nationalsozialistischen Bewegung«.[33] Er verweist gleichzeitig auf »den hohen Anteil der illegalen kommunistischen Organisationen am deutschen Widerstand«. Darüber hinaus ist mit dem Begriff *Antifaschismus* »jenes Gefüge von ordnungspolitischen Konzepten, strukturellen Eingriffen und politisch-kulturellen Wertsetzungen bezeichnet, mit dem in der SBZ und DDR der kommunistische Anspruch einer konsequenten Abrechnung mit dem Nationalsozialismus praxisrelevant wurde«. Schließlich ist der Begriff in der DDR »in hohem Maße politisch instrumentalisiert und jeweils mit ganz unterschiedlichen Inhalten unterlegt

33 Danyel, Jürgen: Die geteilte Vergangenheit. Gesellschaftliche Ausgangslagen und politische Dispositionen für den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, in: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, hrsg. von Jürgen Kocka (Zeithistorische Studien, Bd. 1), Berlin 1993, S. 129 – 147, hier S. 133.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

worden« und diente als Abgrenzung zur parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik und nach 1949 der Bundesrepublik.

Der *Antifaschismus*-Begriff der SED hatte in der DDR eine hohe gesellschaftliche und generationelle Relevanz und diente der Herrschaftssicherung. Dabei schien es der SED anfangs zu gelingen, den von ihr inhaltlich besetzten Begriff einer teilweise »ganz anders politisch orientierten Bevölkerung zu ›verordnen‹«.[34] Insbesondere für die 1945 jüngste Erwachsenengeneration konnte »die historische Beglaubigung der antifaschistischen Mythen ein hohes Maß an Plausibilität gewinnen, und zwar vor allem aus zwei Gründen. Zum einen erlebten nicht wenige der 15- bis Anfang 20-jährigen das Kriegsende und die Besetzung Deutschlands in besonderem Maße als Trauma«, weil dadurch ihre bisherige Wirklichkeitsordnung zusammenbrach. Zum anderen wurde ihnen nach 1945 »die Chance zur Konversion zum Sozialismus geboten« und damit die Chance zum eigenen sozialen Aufstieg. Doch die antifaschistischen Narrative konnten auf die älteren und die nachwachsenden Generationen »nicht im gleichen Maße Anziehungskraft ausüben«.[35] Denn für diese Alterskohorten gab es weder »die Notwendigkeit zur Konversion, noch gab es, […], vergleichbare soziale Aufstiege«.

Der *Antifaschismus*-Begriff ließ sich in der DDR von Anfang an immer wieder rasch reaktivieren, so auch bei der geschichtspolitischen Deutung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 durch die SED. Otto Grotewohl, wie auch die gesamte SED-Führung, scheinen von der Aufstandsbewegung zunächst völlig überrascht gewesen zu sein.[36] Zu diesem Zeitpunkt trat Grotewohl nur noch selten öffentlich auf: Am 15. Mai hielt er eine Begrüßungsansprache vor dem IV. Kongress der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Berlin, knapp einen Monat später referierte er am 16. Juni auf der Parteiaktivtagung der Ostberliner SED und am 24. Juni sprach er vor der Belegschaft des Kombinats »Otto Grotewohl« in Böhlau. Vor allem seine Rede am 16. Juni, mit der er den SED-Parteifunktionären in Ost-Berlin einen Politikwechsel (»Neuer Kurs«) erklären wollte, machte seine gestiegene Unsicherheit deutlich. Dabei gestand er Fehler der Parteiführung ein und unterstrich die Bedeutung der Einheit von Partei und Bevölkerung: »Wir haben stets den Standpunkt vertreten, Volk und Regierung gehören zusammen. An diesem Standpunkt hat sich nichts geändert. Das gilt nicht nur in guten Tagen, sondern das gilt auch besonders in ernsten Tagen.«[37]

34 Classen, Christoph: Faschismus und Antifaschismus. Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Hörfunk (1945 – 1953) (Zeithistorische Studien, Bd. 27), Köln/ Weimar/ Wien 2004, S. 315.
35 Ebd., S. 316.
36 Für das Frühjahr und den Sommer 1953 liegen so gut wie keine Selbstzeugnisse Grotewohls vor; sein Terminkalender weist sogar für die erste Jahreshälfte 1953 erhebliche Lücken auf.
37 SAPMO-BArch, NY 4090/177, Bl. 272 – 284, hier Bl. 272, Manuskript der Rede Grotewohls vom 16. 6. 1953.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Im Vorfeld hatte die SED-Führung von der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei und vom Ministerium für Staatssicherheit genügend Berichte erhalten, die deutlich machten, dass sich die DDR ungefähr ab Ende 1952 in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise befand. Der beschleunigte Ausbau der Schwerindustrie unter Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie, Steuerungsprobleme der sich etablierenden Planwirtschaft, die einsetzende Kollektivierung der Landwirtschaft, die rasant ansteigenden Zahlen von sogenannten Republikflüchtigen sowie Haushaltsdefizite durch den Aufbau bewaffneter Organe hatten letztlich zu dieser Krise geführt. Die Polizei- bzw. Stasi-Berichte enthielten darüber hinaus aber auch deutliche Hinweise auf eine drastische Verschlechterung der Stimmungslage in der Bevölkerung. Die Akzeptanz des politischen Systems und besonders der SED-Herrschaft in weiten Teilen der Bevölkerung schien bedrohlich zu bröckeln. Gleichwohl zogen die Politbüromitglieder keine direkten Konsequenzen aus dieser prekären innenpolitischen Lage. Der Anstoß zu einem Kurswechsel erfolgte von außen, durch Moskau. Am 2. Juni reiste die SED-Führung in die sowjetische Hauptstadt und erhielt dort von der neuen politischen Führung – Stalin war am 5. März 1953 gestorben – die Anweisung für den »Neuen Kurs«.[38] Für das Politbüro der SED bestand ein gewaltiger Handlungsdruck: So mussten die Funktionäre sowie die Basis der Partei von der Notwendigkeit überzeugt werden, den seit der II. Parteikonferenz 1952 eingeschlagenen politischen Kurs abzubrechen. Des Weiteren mussten Maßnahmen ergriffen werden, um die sich dramatisch verschlechternde Versorgungslage der Bevölkerung zumindest zu stabilisieren und mittelfristig zu verbessern. Die Tatsache, dass die umstrittene Normenerhöhung aber nicht revidiert wurde, was dann zum Ausbruch des Volksaufstandes führte, verdeutlichte das mangelhafte Krisenmanagement des SED-Politbüros.

Die SED-Führung wirkte im entscheidenden Moment wie paralysiert und tauchte zunächst einmal ab. Sie begab sich während des Volksaufstands in die Obhut der Besatzungsmacht nach Berlin-Karlshorst, die nun das Heft des Handelns an sich riss. Die Befehlshaber der sowjetischen Truppen verhängten noch am 17. Juni den Ausnahmezustand und ließen Panzer in den Straßen auffahren. Die Erhebung gegen das SED-Regime wurde regelrecht niedergewalzt. Es gab viele Tote und Verletzte.[39] Die ostdeutsche Justiz war noch lange Zeit mit der straf-

38 Anweisungen der sowjetischen Führung »Über Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik« (o.D.), in: Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949 – 1961, hrsg. von Hoffmann, Dierk/ Schmidt, Karl-Heinz/ Skyba, Peter, München/Zürich 1993, S. 152 – 158.

39 Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, hrsg. von Ahrberg, Edda/ Hertle, Hans-Hermann/ Hollitzer, Tobias, Münster 2004.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rechtlichen Verfolgung der vermeintlichen Rädelsführer beschäftigt; eine große Verhaftungswelle überzog die DDR. Nachdem Ulbricht, Grotewohl und Pieck in der Parteizentrale wieder aufgetaucht waren, begann für sie der Kampf um die Deutungshoheit: Sie schoben dem Westen die Schuld für die blutigen Ereignisse in die Schuhe. Dem Volksaufstand drückten sie den Stempel »faschistischer Putsch« auf und entledigten sich so der eigenen politischen Verantwortung. So hatte der DDR-Präsident und Ko-Vorsitzende der Partei, Wilhelm Pieck, schon am 2. Juli im ›Neuen Deutschland‹ von einem »faschistischen Abenteuer« gesprochen, das von westlichen Agenten, »Überreste[n] jener Nazis und SS-Banditen, die nicht umgelernt haben, sowie vor allem deklassierter Elemente aus Westberlin« inszeniert worden sei.[40] Und Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED, rief auf einer ZK-Tagung Mitte September dazu auf, »die faschistischen Untergrundorganisationen, die von den verschiedenen in Westdeutschland und in Westberlin bestehenden feindlichen Agenturen organisiert werden, zu zerschlagen«.[41] Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) startete eine umfangreiche Untersuchung, bei der vor allem angebliche Verbindungen zu westlichen Agentennetzen aufgedeckt werden sollten. Während das Politbüro in seinem Kommuniqué vom 9. Juni noch betont hatte, dass zurückkehrende »Republikflüchtige« nicht benachteiligt werden dürften, wurde Monate später eine härtere Gangart eingeschlagen: Alle zurückkehrenden Personen sollten erfasst und durch Geheime Informanten (GI) des MfS beobachtet werden.[42] Die eingeleiteten Sicherheitsmaßnahmen zeigten jedoch nur begrenzte Wirkung, da es auch Wochen nach dem niedergeschlagenen Aufstand vereinzelt zu Arbeitsniederlegungen in den Betrieben kam.

Der 17. Juni 1953 war ein Schlüsselereignis in der DDR-Geschichte. Die gewaltsame Niederschlagung durch die sowjetischen Besatzungstruppen hatte erhebliche Auswirkungen auf die innenpolitische Entwicklung des Landes und löste einen Schock- und Lerneffekt sowohl bei den politisch Verantwortlichen in Ost-Berlin als auch bei der ostdeutschen Bevölkerung aus. Zu den kurzfristigen Folgen zählte ein Anstieg der Flüchtlingszahlen. Nach Angaben der Zentralverwaltung für Statistik verließen bis Ende 1953 knapp 300 000 Menschen ihre Heimat in Richtung Westen.[43] Das bundesdeutsche Notaufnahmeverfahren wies für die-

40 Wiederabdruck in: Pieck, Wilhelm: Reden und Aufsätze. Bd. III: Auswahl aus den Jahren 1950 – 1953, Berlin (Ost) 1954, S. 620 – 627, hier S. 623 (Zitat).
41 Ulbricht, Walter: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945 – 1958, Berlin (Ost) 1961, S. 332 – 334, hier S. 333 f. (Zitat).
42 Vgl. Dienstanweisung Nr. 1/54 der BVfS Cottbus vom 5. 1. 1954, in: Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg, hrsg. von Burghard Ciesla, Berlin 2003, S. 210 – 212.
43 »Republikflucht«. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, hrsg. von Melis, Damian van/ Bispinck, Henrik, München 2006, S. 255 (Tabelle 1).

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ses Jahr sogar über 330 000 Zuzüge aus der DDR und Ost-Berlin aus.[44] Die Abwanderung mit den Füßen war ein Zeichen für den zunehmenden Legitimationsverlust, den die SED durch die Juniereignisse erlitten hatte. Die langfristigen Folgen waren gewaltig, da der Verlauf des Volksaufstandes deutlich machte, wo sich das politische Machtzentrum eigentlich befand. Die SED-Herrschaft hatte nur aufgrund der sowjetischen Garantieerklärung weiter Bestand. Ulbricht, Pieck und Grotewohl wurden wieder einmal bewusst, dass ihre Führungsrolle von der Unterstützung im Kreml abhing. Gleichzeitig setzte sich bei großen Teilen der Bevölkerung die Einsicht durch, dass ein erneutes Aufbegehren gegen das SED-Regime sinnlos war, solange Moskau die schützende Hand über die SED-Führung hielt.

Bei der Charakterisierung des Volksaufstands vom 17. Juni als »faschistischer Putschversuch«,[45] der vom Westen gelenkt worden sei,[46] übernahm Grotewohl die vom SED-Politbüro gewählte Sprachregelung. Gleichzeitig ignorierte er die Tatsache, dass sich zahlreiche Arbeiter gegen das SED-Regime erhoben und damit der Hegemonialpartei das Vertrauen entzogen hatten: »Das alles zeigt, dass von einem ›berechtigten Streik‹ am 17. Juni keine Rede sein kann. Der 17. Juni 1953 war ein versuchter Staatsstreich, war ein faschistischer Putsch und eine Kriegsprovokation.«[47] Stattdessen unterschied er zwischen der Masse der Arbeiter und den vermeintlichen Rädelsführern, die hart bestraft werden sollten: »Wir denken nicht daran, die Werktätigen, die sich irreführen und verblenden ließen, zu bestrafen oder an ihnen Rache zu nehmen. Wir werden mit allen ehrlichen und klassenbewussten Arbeitern sprechen und diskutieren, nicht aber mit Hetzern und Provokateuren. Für dieses Gesindel, das unseren friedlichen Aufbau stört, gibt es nur eins: Wir werden dafür sorgen, dass sie in Zukunft keinen Schaden mehr anrichten können.« Entsprechende Anweisungen gab er auch an die ostdeutsche Presse und den Rundfunk, denn es sollte unter allen Umständen verhindert werden, dass in der DDR-Bevölkerung der Eindruck entstand, als würden die demonstrierenden Arbeiter mit den »faschistischen Provokateuren«[48] auf eine Stufe gestellt. Auch gegenüber ostdeutschen Bürgern, die sich mit Eingaben an

44 Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49 – 1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, S. 45 (Tabelle 4).
45 SAPMO-BArch, NY 4090/179, Bl. 2 – 144, hier Bl. 54, Manuskript der Rede Grotewohls auf dem 15. ZK-Plenum der SED (24.-26. 7. 1953). Die Rede ist abgedruckt in: Grotewohl, Otto: Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Bd. III, Berlin (Ost) 1959, S. 358 – 407, hier S. 378.
46 Die westliche Einflussnahme betonte Grotewohl bereits während der Nachtsitzung des ZK der SED am 21. 6. 1953. Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/117, Bl. 3 – 28, hier Bl. 13, Stenographische Niederschrift der 14. Tagung des ZK am 21. 6. 1953. Im weiteren Verlauf seiner Rede bedankte er sich auch noch bei den sowjetischen Besatzungstruppen für die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes. Ebd., Bl. 19.
47 Rede Grotewohls auf dem 15. ZK-Plenum der SED (24.-26. 7. 1953), in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Bd. III, S. 358 – 407, hier S. 388.
48 SAPMO-BArch, NY 4090/435, Bl. 57, Büro Grotewohl am 23. 6. 1953 an Axen.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ihn wandten, wählte er eine unmissverständliche Sprache, die keine Anzeichen von Selbstzweifeln oder Nachdenklichkeit erkennen ließ: »Wer den faschistischen Ausschreitungen westberliner Gangster und Rowdies miterlebt hat, ist den sowjetischen Offizieren und Soldaten sehr dankbar, dass sie uns vor weiteren Verbrechen bewahrt und den vom Westen zu uns geschleuderten Kriegsfunken ausgetreten haben.«[49]

Die Zementierung der Herrschaft Ulbrichts nach dem 17. Juni engte Grotewohls Handlungsspielraum weiter ein. 1954 wurde das Amt des SED-Vorsitzenden abgeschafft.[50] Damit verlor Grotewohl, der sich diese Funktion mit Pieck geteilt hatte, seine Führungsposition in der SED, die er jedoch schon zuvor de facto nicht mehr besessen hatte. Erst im Verlauf der Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) 1956 bot sich erneut eine Chance, den Herrschaftsradius Ulbrichts doch noch einzuengen. Aufschlussreich ist die Reaktion des DDR-Ministerpräsidenten auf die von Chruschtschow eingeleitete Abrechnung mit Stalin. Während er noch in seinem persönlichen Tagebuch das Begräbnis Stalins 1953 melancholisch und voller Ehrfurcht vor dem Diktator schilderte, zeigen seine Aufzeichnungen drei Jahre später die Orientierungslosigkeit und Ratlosigkeit, in der er sich wie auch andere aus der SED-Führung ohne Zweifel befand:

> »Jedenfalls, jetzt ist es vor allem klar: es gab keine Aera Stalin. Unbegrenzte Alleinherrschaft zerstörte in 20 Jahren die Grundsätze der Lenin'schen Partei, beseitigte jedes kollektive Handeln und jede kollektive Verantwortung. An ihre Stelle drängten sich solche Ehrgeizlinge, wie der schmachwürdige Beria, dessen Schuftereien [sic] alles und alles bis an den Rand eines furchtbaren Abgrundes zerrten. Erst dieser Parteitag hat mir klar gemacht, welche verantwortliche und ernste Arbeit die Genossen des Präsidiums der Partei in knapp 3 Jahren für die Sache des Sozialismus geleistet haben. Ich vermag selbstverständlich nur schwer ein wirklich abschließendes Urteil über das Wirken Stalins abzugeben, aber sicher ist, da[ß] schon heute über seinem Wirken die Worte stehen: ›sic mundis transit gloria!‹ [So vergeht der Rum der Welt!]«[51]

IV.

1989 tauchte das Gespenst des Volksaufstands in der DDR wieder auf: Ende August 1989 stellte der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke bei einer internen

49 SAPMO-BArch, NY 4090/611, Büro Grotewohl am 21. 6. 1953 an Hertha J. (Berlin).
50 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SED (30.3.-6. 4. 1954). Berlin (Ost) 1954, Bd. 2, S. 947. Vgl. Amos, Heike: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949 – 1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster/ Hamburg/ London 2003, S. 320.
51 SAPMO-BArch, NY 4090/9, Bl. 865 – 867, Tagebuchaufzeichnungen Otto Grotewohls für seine Frau Johanna (Eintrag zum 16. 02. 1956).

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Leitungsbesprechung die Frage, ob es so sei, »dass morgen der 17. Juni ausbricht«. Darauf gab der Geraer Bezirkschef Dieter Dangrieß selbstbewusst zu Protokoll: »Der ist morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da.«[52] Am 4. Oktober erlebten rund 20 000 Bürger am Dresdner Hauptbahnhof den brutalen Einsatz der DDR-Sicherheitsbehörden. Gleiches wiederholte sich am 7. und 8. Oktober in Ost-Berlin. Einen Wendepunkt markierte die Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig, an der 70 000 Menschen teilnahmen und gegen die der SED-Staat erstmals nicht mehr gewaltsam vorging. Die Gewaltbereitschaft der SED-Führung war offenbar schlagartig verloren gegangen. Kurz zuvor hatte der Leipziger SED-Bezirkssekretär Kurt Meyer noch getönt: »Die Konterrevolution ist auf der Straße. Mit ihr ist ein für alle mal Schluss zu machen. – Das heißt ganz eindeutig: Gewalt anwenden.«[53] Am Ende blieb der Schießbefehl unausgesprochen; die Staatsmacht wich vor dem Druck der Straße zurück. Viele SED-Funktionäre waren hin- und hergerissen zwischen der Gewaltorientierung der kommunistischen Bewegung, aus der sie kamen, und dem »Friedlichkeitszwang der aktuellen Umstände«.[54] So erklärte der DDR-Innenminister Friedrich Dickel am 21. Oktober bei einer Dienstbesprechung: »Ich würde am liebsten hingehen und diese Halunken zusammenschlagen, dass ihnen keine Jacke mehr passt. Ich war 1953 verantwortlich hier in Berlin. […] Mir braucht keiner zu sagen, wie man mit dem Klassenfeind umgeht.«[55]

Dass sich im Herbst 1989 die Ereignisse von 1953 nicht wiederholten, wird oft mit dem besonnenen Verhalten der Sowjetunion in Verbindung gebracht. Sicherlich: Ost-Berlin hatte den politischen Rückhalt Moskaus verloren – trotz der Teilnahme Gorbatschows an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung. Gorbatschow hatte der DDR als Ergebnis von Glasnost und Perestroika die Bestandsgarantie entzogen. Das erklärt allerdings nicht den Gewaltverzicht der SED am 9. Oktober 1989. Zwei Gründe waren ausschlaggebend. Erstens: Das Argument, die SED sei die Vollstreckerin der Novemberrevolution von 1918, hatte schon längst an Überzeugungs- und Bindekraft verloren. In der Ära Honecker wurde stattdessen die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« als Zielvorstellung propagiert und öffentlich immer wieder beschworen. Zweitens hatte sich offenbar auch in der Gerontokratie des real existierenden DDR-Sozialismus ein gewisser Wertewandel vollzogen. Demzufolge hatte die SED-Führung »Gewalt als

52 Dienstbesprechung beim Minister für Staatssicherheit (Auszug) vom 31. 8. 1989, in: Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989, hrsg. von Armin Mitter und Stefan Wolle, Berlin 1990, S. 113 – 138, hier S. 125.
53 Sabrow, Martin: »1989« und die Rolle der Gewalt in Ostdeutschland, in: 1989 und die Rolle der Gewalt, hrsg. von Martin Sabrow, Göttingen 2012, S. 9 – 31, hier S. 15.
54 Ebd., S. 17.
55 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

legitime[s] Mittel politischen Handelns in der sozialistischen Gesellschaft« (M. Sabrow) trotz aller Rhetorik verworfen. Oder in den Worten von Erich Mielke Ende April 1989: »Wo noch etwas mehr revolutionäre Zeiten waren, da war es nicht so schlimm. Aber jetzt, nachdem alles so neue Zeiten sind, muss man den neuen Zeiten Rechnung tragen.«[56]

56 Zitiert nach: Kowalczuk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 304.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Uta Fenske

»…drum liebt Euch offen ungeniert«.[1] Die sexuelle Revolution in der Bundesrepublik

Der Slogan »Bullen sind meist sehr frustriert, drum liebt euch offen ungeniert!« provoziert und suggeriert Angstfreiheit und Zügellosigkeit. Enthemmung und Freizügigkeit sind Konnotationen, die mit der »Sexuellen Revolution« verbunden sind und die sich in zahlreichen Bereichen der Populärkultur wiederfinden – Angst zählt auf den ersten Blick nicht dazu. Aber gerade das Infragestellen moralischer Konventionen und die Nähe zu Skandal und Erregung, mit der sowohl die Populärkultur als auch die Neue Linke die Massenmedien erreichten, brachte auch Angstgefühle hervor, die eng mit der Sexuellen Revolution verflochten sind. So löste die sexuelle Freiheit sowohl Faszination als auch Furcht aus; eine Ambivalenz, die gerade von den Massenmedien nahezu voyeuristisch ausgeschlachtet wurde - was zentral für dieses Thema ist. Die Sexuelle Revolution bzw. die Angst vor ihr ist nicht ohne ihre mediale Inszenierung zu denken.

Sexualpraktiken sind Normen unterworfen, demnach sind Veränderungen von Sexualitäten immer mit der sozialen Ordnung verknüpft und werden häufig als Bedrohung für diese wahrgenommen. Sexualität ist folglich eine Chiffre für gesellschaftliches Zusammenleben. Die Sexuelle Revolution vermischt Projektionen zum Nationalsozialismus mit diffusen Ängsten wie vor dem Ausverkauf der Moral, vor Liberalisierung und Amerikanisierung – umgekehrt konnten diese Ängste durch die Rede über Sex kanalisiert werden.

Im folgenden Beitrag werden zum einen zentrale Etappen der Sexuellen Revolution, zum anderen die sie begleitenden diffusen Diskurse der Angst nachvollzogen, die sich auch in Skandalisierungen zeigten. Die 1967 in Berlin gegründete

1 »Bullen sind meist sehr frustriert, drum liebt euch offen ungeniert!« heißt der Slogan einer Politpostkarte der APO. Herzog, Dagmar: Orgasmen wie Chinaböller, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (2008) https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/68er-bewegung/51809/orgasmen-wie-chinaboeller?p=all (01.04.2021).

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kommune I, die die theoretische Forderung nach einem radikal anderen Lebensentwurf in Berlin von 1967–69 in die Praxis umzusetzen versuchte und immer wieder mit provokanten, teils ironischen Aktionen auf sich aufmerksam machte, steht exemplarisch dafür. Ihre Aktionen verbanden sie mit einer sehr gekonnten Medienarbeit[2] wie das ikonische Nacktfoto aus der Kommune I zeigt. Hierbei war es vor allem die Boulevardpresse, die Sexualität gern und ausgiebig thematisierte – und gerade auch in Bezug auf die Kommune I, in der nicht nur das Privateigentum, sondern vermeintlich auch die Zweierbeziehung abgeschafft worden war, den Fantasien ihrer Leser und Leserinnen freie Bahn ließ – verstärkt noch, nachdem das Model Uschi Obermaier als Freundin von Rainer Langhans eingezogen war.

Zur Bestimmung des Phänomens Sexuelle Revolution und der diffusen Ängste, die mit ihr verbunden waren, ist zunächst ein differenzierter Blick auf die Etappen der Sexuellen Revolution vonnöten, da sie in der heutigen kollektiven Wahrnehmung sehr dominant mit 1968 verknüpft ist. Anschließend möchte ich anhand von zwei Beispielen, der Werke des Journalisten Oswalt Kolle, »Deine Frau, das unbekannte Wesen«[3] und »Dein Mann, das unbekannte Wesen«[4] und des von dem Linken Günter Amendt verfassten Buches »Sexfron(t)«[5] zeigen, welche Hoffnungen und Ängste mit einer veränderten Sexualmoral in den ausgehenden 1960er-Jahren verbunden waren. Zuvor aber wird die Verbindung von Sexueller Revolution und Angst schlaglichtartig beleuchtet.

Angst vor der (Sexuellen) Revolution

Der Begriff Revolution hat vielfältige Bedeutungsebenen. In basaler Übersetzung kann er als Umwälzung bezeichnet werden, seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg ist der Begriff positiv konnotiert und durch ein auf Befreiung gerichtetes Ziel charakterisiert.[6] Jede gesellschaftliche Veränderung, die Befreiung

2 Zur Kommune 1 vgl. Siegfried, Detlef: Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 41), Göttingen 2006, S. 476–521; »Erst blechen, dann reden« soll an der Tür gestanden haben, und so stellten die Honorare einen Teil der Einnahmen der Kommune dar. Vgl. Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001, S. 153.

3 Kolle, Oswalt: Deine Frau, das unbekannte Wesen, München 1967.

4 Ders.: Dein Mann, das unbekannte Wesen, München 1967.

5 Amendt, Günter: Sexfron(t), in: Reader Sexualität. Die große Märzkassette, hrsg. von Jörg Schröder/ Bruno Hof, Erfstadt 2004, o.S.; Schmidt, Gunter: Das große Der Die Das. Über das Sexuelle, in: Reader Sexualität. Die große Märzkassette, hrsg. von Jörg Schröder/ Bruno Hof, Erfstadt 2004, o.S.

6 Zur Komplexität des Revolutionsbegriffs siehe Koselleck, Reinhart: Revolution. Rebellion, Aufruhr, Bürgerkrieg, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 5, hrsg. von Otto Brunner/ Werner Conze/ Reinhart Koselleck, Stuttgart 2004, S. 653–

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zum Ziel hat, löst neben Hoffnung und Sehnsucht auch Bangen und Furcht aus. Angst vor Wandel, vor Erneuerung und dem Verlust von Privilegien. Das gilt auch für die Sexuelle Revolution. Aber das Verhältnis von Angst und Revolution ist mehrschichtiger als solcherart angedeutet. Denn gesellschaftliche Veränderungen, bzw. angestrebte Revolutionen, lösen nicht nur Ängste aus, sondern werden auch durch »Ängste vor etwas« oder »Sorgen um etwas« angetrieben. Insofern ist «‚Angst' […] per Definition eine zukunftsorientierte Emotion. Logisch kann Angst definiert werden als ‚X' will nicht, dass ‚Y' eintritt und ‚X' denkt, dass ‚Y' wahrscheinlich ist. Angst ist immer auf eine als unsicher und bedrohlich empfundene Zukunft ausgerichtet«[7] Eine solche Angst, die in Form von Prognosen in die Zukunft gerichtet ist, beschreiben Graf und Herzog als »Risikozukunft«, also als »gefürchtete[] und gefährliche[] Zukunft, die vor allem zu dem Zweck entworfen und prognostiziert wird, um sie vermeiden oder gegen sie vorsorgen zu können«[8]. Der Entwurf einer solchen Risikozukunft spielte auch für die Sexuelle Revolution eine wichtige Rolle. Allerdings wäre es zu kurz gegriffen, von einem einzigen Zukunftsentwurf zu sprechen, da Zukunftserwartungen immer an konkrete Menschen geknüpft sind und daher abhängig von ihrer sozialen Positionierung und individuellen Perspektive sind.[9] Verschiedene Zukunftserwartungen treten also miteinander in Konflikt. Das gilt sowohl für die mit der Zukunft verknüpften Ängste als auch für die auf sie gerichteten Hoffnungen und Visionen. Angst ist aber nicht nur in die Zukunft gerichtet, ihre Wurzeln liegen auch häufig in der Vergangenheit. In der Geschichte der Bundesrepublik sind Ängste, die in die Zukunft projiziert werden, immer wieder mit den Erfahrungen des Nationalsozialismus verflochten. Auch dieses Phänomen war für die Sexuelle Revolution maßgeblich.

Sexuelle Revolution

Die Sexuelle Revolution ist im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik mit 1968 und den Achtundsechzigern verbunden. Die mediale Aufbereitung zum 50-jährigen Jubiläum von 1968 im Jahr 2018 hat eine Vielzahl von Artikeln und

788; Wende, Peter: Einleitung, in: Große Revolutionen der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, hrsg. von dems., München 2000, S. 9 – 17.

7 Biess, Frank: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Bonn 2019, S. 31.

8 Graf, Rüdiger/ Herzog, Benjamin: Von der Geschichte der Zukunftsvorstellungen zur Geschichte ihrer Generierung. Probleme und Herausforderungen des Zukunftsbezugs im 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft 42 (2016), S. 497 – 515, hier S. 510, zit. nach Biess, Republik der Angst, S. 32.

9 Vgl. dazu auch Graf/ Herzog, Geschichte der Zukunftsvorstellungen, S. 501.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Fernsehsendungen bzw. Radiobeiträgen dazu hervorgebracht. In Hinblick auf Sexualität ist der Tenor, dass die sexuelle Revolution ein Projekt der jungen Linken sei und somit Teil der Studentenbewegung. »Sich lossagen von Althergebrachtem, lautete die Devise der Revolutionäre an den Unis. Auch in Sachen Sex«[10], heißt es in einem Beitrag der Deutschen Welle vom 18. 8. 2018. Und der NDR weiß: »Die jungen Linken protestierten nicht nur gegen die herrschende Ordnung, sondern auch gegen die erzkonservative Sexualmoral der 50er-Jahre.«[11] Die Sexuelle Revolution wird folglich als Projekt politisch aktiver, linker Studierender in Abgrenzung gegen die »muffigen« 50er-Jahre konzeptualisiert.

Wirft man nun einen Blick auf die Geschichtsschreibung zur Sexuellen Revolution, die ein eher vernachlässigter Bestandteil der Forschung zur 68er-Revolution ist,[12] zeigt sich, dass das Theorem, die Sexuelle Revolution habe vom Ende der 1960er-Jahre bis in die frühen 1970er-Jahre stattgefunden, kritisch in Frage gestellt wird. So widerspricht Sybille Steinbacher in ihrem 2011 erschienenen Buch »Wie der Sex nach Deutschland kam. Der Kampf um Sittlichkeit und Anstand in der frühen Bundesrepublik«, der These, dass die 1950er-Jahre verklemmt gewesen seien und Sexualität erst in den 1960er-Jahren zu einem heiß diskutierten Thema geworden sei. Ganz im Gegensatz dazu argumentiert sie, dass Sexualität auch schon in den 50er-Jahren ein wichtiges Thema gewesen sei und bezeichnet die um Sexualität geführten Diskussionen als »eines der zentralen Felder politischer und sozialer Auseinandersetzungen.«[13] Auch Franz Eder zeigt in verschiedenen Publikationen auf, dass die Sexualkultur in Westdeutschland in den 1950er-Jahren in Bewegung war und plädiert folglich für eine andere Periodisierung – wie der Titel seines Aufsatzes: »Die lange Geschichte der »Sexuellen Revolution« in Westdeutschland (1950er bis 1980er Jahre)« deutlich macht.[14] Im Folgenden werden zentrale Bereiche vorgestellt, über die vor 1968 intensiv diskutiert wurde.

10 Baumann, Bettina: 68er-Bewegung in Deutschland: Freiheit oder neue Zwänge? 50 Jahre sexuelle Revolution, in: Deutsche Welle (2018), https://www.dw.com/de/freiheit-oder-neue-zw%C3%A4nge-50-jahre-sexuelle-revolution/a-45106616 (01. 04. 2021).

11 Sarre, Claudia: Was übrig ist vom Lebensgefühl der 68er, in: https://www.ndr.de/geschichte/Was-uebrig-ist-vom-Lebensgefuehl-der-68er,achtundsechziger108.html NDR (2018), (01. 04. 2021).

12 Eitler, Pascal: Die Sexuelle Revolution – Körperpolitik um 1968, in: 1968 Handbuch zur Kultur und Mediengeschichte der Studentenbewegung, hrsg. von Martin Klimke/ Joachim Scharloth, Stuttgart 2007, S. 235 – 246.

13 Steinbacher, Sybille: Wie der Sex nach Deutschland kam. Der Kampf um Sittlichkeit und Anstand in der frühen Bundesrepublik, München 2011, S. 7.

14 Eder, Franz X: Die lange Geschichte der »Sexuellen Revolution« in Westdeutschland (1950er bis 1980er Jahre), In: Sexuelle Revolution? Zur Geschichte der Sexualität im deutschsprachigen Raum seit den 1960er Jahren (1800 – 2000 Kulturgeschichten der Moderne, Bd. 9), hrsg. von Peter-Paul Bänziger/ Magdalena Beljan/ Franz X. Eder/ Pascal Eitler, Bielefeld 2015, S. 25 – 59; Ebenso Siegfried, der den Beginn der Veränderungen ebenfalls in den 1950er Jahren sieht: Siegfried, Detlef: 1968. Protest, Revolte, Gegenkultur, Stuttgart 2018; Joachim Radkau bezeichnet die 1960er Jahre als Phase des liberaler werdenden Lebensstils. Radkau, Joachim: Geschichte der Zukunft. Prognosen, Visionen, Irrungen in Deutschland von 1945 bis heute, München 2017.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

… vor 1968

Anfang der 1950er-Jahre wurde in Politik und Öffentlichkeit über mehrere Jahre heftig über das Thema Sittlichkeit debattiert und gestritten. Noch in der Besatzungszeit hatte der Volkswartbund in enger Verbindung mit den christlichen Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, Stimmung für einen Sittlichkeitskampf gemacht – gegen alles, was in Anlehnung an das »Schmutz und Schund« Gesetz der Weimarer Republik als jugendgefährdend angesehen wurde. Einer der ersten Gesetzesanträge der jungen Bundesrepublik vom Oktober 1949 zielte denn auch auf ein solches Gesetz – begründet mit der Angst, dass »die Auswüchse des Zeitschriftenwesens die Sittlichkeit bedrohten.«[15] Das Ringen um dieses Gesetz, das schließlich nach mehrjähriger Diskussion als »Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften« im März 1954 in Kraft trat, hat Sybille Steinbacher nachgezeichnet.[16] Letztlich bestimmte das Gesetz, dass eine neu einzurichtende Bundesprüfstelle auf Antrag anstößige Schriften auf einen Index setzen konnte, sodass sie nicht mehr an Jugendliche verkauft und auch nicht mehr öffentlich beworben werden durften. Die dahinterliegende Sorge galt dem »altersgerechten« Umgang der Jugend mit erotischen Darstellungen, Pornographie und Sexualität.

Wenngleich in den Geltungsbereich dieses Gesetzes nicht nur Sexualität fiel, sondern alles was zu »Verbrechen oder Rassenhass« aufrief und den Krieg verherrlichte,[17] zielte es doch in allererster Linie auf die Kontrolle der Verbreitung als erotisch eingestufter Schriften, Bilder und Filme – also auf Populärkultur und Massenmedien. Steinbacher hat gezeigt, dass im Streit um Schmutz und Schund nicht nur Sittlichkeit verhandelt wurde, sondern dass verschiedene andere Ängste zum Tragen kamen. So fungierte Sexualität, bzw. Sittlichkeit als Projektionsfläche über die Positionen, die im Verhältnis zur Moderne, zur USA und zum Dritten Reich eingenommen wurden. In den Augen derer, die für das Gesetz stritten, stellten als erotisch eingestufte Werke eine Gefahr für die Jugend und damit eine Gefährdung der Gesellschaft dar, auch wenn es nicht wirklich gelang, Sittlichkeit und Schmutz und Schund zu definieren. Presse, Medienvertreter, Intellektuelle wie Erich Kästner aber auch viele Politiker hingegen waren alarmiert, betrachteten sie den Gesetzentwurf als einen Angriff auf die Freiheit, insbesondere die Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit. Sie fürchteten ein erneutes Zensursystem. In-

15 Steinbacher, Wie der Sex, S. 53.
16 Ebd., S. 26–85.
17 Herzog, Dagmar: »Die« Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, München 2005, S. 136.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

teressanterweise bezogen sich etliche Stimmen beider Seiten in ihrer Argumentation auf die nationalsozialistische Vergangenheit. Kritiker interpretierten eine »rigide Sexualmoral« als »Ausweis nationalsozialistischer Gesinnung.« [18] Dagegen verorteten Befürworter und Befürworterinnen den Nationalsozialismus als Teil der »zügellose[n], kulturelle[n] Moderne, [die] geradewegs in den Untergang geführt hatte«[19]. Diese Moderne galt es nun zurückzuweisen und einzudämmen und der Kampf gegen Schmutz und Schund schien das probate Mittel dafür zu sein, um zumindest auf kultureller Ebene wieder »Anstand« zu erlangen. Die Rede über Sex war immer auch eine Rede über die Moderne bzw. das Unbehagen an ihr und die Angst vor einer freieren Gesellschaft. Dies manifestierte sich darüber hinaus in der gezeichneten Risikozukunft, in der immer wieder auftauchenden Verbindung von gefährdender Sexualität mit den kulturlosen USA und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Über Sexualität wurde also letztlich auch Ablehnung oder Akzeptanz der USA verhandelt.

Ebenfalls aus den USA kam der »Kinsey-Report«, der das Thema Sexualität in den 1950er-Jahren weit in die Öffentlichkeit hineintrug.[20] Beim Kinsey-Report handelt es sich um zwei empirische Studien des amerikanischen Zoologen und Sexualforschers Alfred C. Kinsey: »Über das sexuelle Verhalten des Mannes« (1948/54), bzw. »Über das sexuelle Verhalten der Frau« (1953/55), die in kürzester Zeit zu Bestsellern wurden und viele bestehende Vorstellungen über Sexualität herausforderten.[21] Das Ziel Kinseys war es, sexuelles Verhalten in Amerika mit Hilfe einer breit angelegten empirischen Studie zu beschreiben. Für die erste Studie wurden 12 000 Amerikaner zu ihren Sexualpraktiken befragt. Das Ergebnis stand im Widerspruch zur herrschenden Sexualmoral: Es zeigte sich nämlich, dass sowohl Masturbation als auch homosexuelle Aktivitäten (37 % der Männer gaben an homosexuelle Erfahrungen zu haben) viel weiter verbreitet waren als angenommen - genau übrigens wie außerehelicher Sex. Folglich definierte Kinsey die Ehe lediglich als die institutionalisierte Form eines möglichen sexuellen Verhaltens neben vielen anderen. Indem sich Kinsey mit zählbaren Orgasmen beschäftigte und eine Taxonomie männlicher Sexualität entwarf, entfernte er sich radikal von der existierenden Literatur über Sexualität, die sich in erster Linie mit den Folgen sexuellen Verhaltens wie Schwangerschaft oder Geschlechtskrankheiten beschäftigte. Da Kinsey scheinbar auf eine moralische Einschätzung seiner Ergebnisse verzichtete und stattdessen jeglichen sexuellen Akt als »zur biologisch

18 Steinbacher, Wie der Sex, S. 85.
19 Ebd., S. 84.
20 Übersetzt 1954 und 1955, aber bereits zuvor in den westdeutschen Medien diskutiert.
21 Beide fielen unter das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und durften deswegen in Bibliotheken nicht an Minderjährige ausgegeben werden. Vgl. Herzog, Politisierung, S. 137.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

angelegten Vielfalt« zugehörig betrachtete,[22] war seine Studie letztlich ein Angriff auf normative, bürgerliche Konzepte von Sexualität und eine Verteidigung von vielfältiger Sexualität, sowie ein Plädoyer für einen offeneren Umgang mit ihr. Insbesondere, da er eine große Diskrepanz zwischen den moralischen, gesetzesrelevanten Überzeugungen und dem tatsächlichen Verhalten und Gefühlen der Menschen ausgemacht hatte.[23] Gerade diese Diskrepanz führte zu erregten Diskussionen, und weckte konservative Ängste. Die Beobachtung Kinseys, dass homosexuelle Kontakte unter Männern wesentlich häufiger vorkamen als angenommen sowie seine Feststellung, dass sich das Erscheinungsbild schwuler Männer nicht von dem heterosexueller Männer unterscheide, speiste in den frühen 50er-Jahren die Furcht vor Homosexualität.

Die in den Massenmedien, Publizistik aber auch in der Sexualforschung und Soziologie breit rezipierten wissenschaftlichen Studien führten auch zur Diskussion über das Liebesleben der Deutschen, aber auch – und das ist in diesem Kontext interessant – über darüber hinausgehende, gesellschaftlich relevante Fragen, die insbesondere konservative Kräfte beschäftigten. Auch hier galt die Angst vorrangig einer Amerikanisierung der Bundesrepublik. In Bezug auf Geschlechtermodelle wurde der Sorge Ausdruck verliehen, ob die »selbstbewusste« Sexualität der amerikanischen Frau »[…] womöglich die maskuline Vorherrschaft und Identität der deutschen Männer« [24] gefährde. Der konservative Soziologe Helmut Schelsky prognostizierte in diesem Sinne was eine Erschütterung der Sexualnormen bedeutet, nämlich »nicht mehr und nicht weniger, als das Gesamtgefüge der jeweiligen Kultur in seinen Grundlagen an[zu]greifen«[25]. Die Bewahrer des Status quo zeigten sich in zweifacher Hinsicht alarmiert. Erstens, weil Sexualität überhaupt im öffentlichen Diskurs war und zweitens, weil dieser Diskurs – nicht zuletzt über Verschiebungen im Geschlechterverhältnis – die Grundlagen der Gesellschaft angreife.

Ein drittes Feld, das maßgeblich zur Sexualisierung bzw. der Rede darüber beitrug, ist das der Erotikindustrie, also der Kommerzialisierung des Sexes. Stellvertretend für andere und sicher heute noch am bekanntesten ist das 1951 gegründete Versandhaus Beate Uhse, das sich als »Spezial-Versandhaus für Ehe- und Sexualliteratur und für hygienische Artikel« verstand. Beate Uhse begann zunächst mit dem Versand von Aufklärungsliteratur und Informationen zur Verhü-

22 Sigusch, Volkmar: Geschichte der Sexualwissenschaft, Frankfurt a. M. 2008, S. 78.
23 Vgl. D'Emilio, John/ Freedman, Estelle: Intimate Matters. A history of Sexuality in America, Chicago 2012; und Gilbert, James Burkhart: Men in the Middle. Searching for masculinity in the 1950 s, Chicago 2005; sowie Robinson, Paul: The Modernization of Sex. Havelock Ellis, Alfred Kinsey, William Masters and Virginia Johnson, New York 1989; Steinbacher, Wie der Sex.
24 Eder, Die lange Geschichte, S. 31.
25 Zit. nach: Sigusch, Geschichte Sexualwissenschaft, S. 398.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tung, doch schon im Katalog »Stimmt in unserer Ehe alles?« von 1952 wurden neben Aufklärung und Beratung 50 verschiedene Sexartikel angeboten. Uhses Ratgeber richteten sich an verheiratete Paare, d. h. Beate Uhse stand für heterosexuellen, ehelichen Sex ein. Nur zur Förderung von diesem waren die Produkte auch verkaufbar. Zum Erfolg dieses Geschäftsmodells hat sicherlich auch beigetragen, dass Uhse auf Belange der Frauen einging. Ehefrauen sollten nicht länger unter »sexuellen Nöten« oder »Frigidität« leiden und am Geschlechtsverkehr genauso viel Spaß haben können wie Männer.[26] So wurde das Gespräch über Sex zwischen den Ehepartnern angemahnt und erotische Schriften, Abbildungen, Unterwäsche und Erotikartikel sollten zur Belebung des Liebeslebens verhelfen. 1956 machte der Versandhandel zum ersten Mal über eine Million DM Umsatz. 1962 wurde in Flensburg das erste Fachgeschäft eröffnet, was insofern bemerkenswert ist, als dass so ein weiterer Schritt in die sichtbare Öffentlichkeit vollzogen wurde; bis 1971 wurden 25 weitere Läden in der Bundesrepublik eröffnet.

Viertens trug die Erfindung der Anti-Baby-Pille ebenfalls maßgeblich dazu bei, dass, indem das »Tabu« der »Geburtenkontrolle und Familienplanung« gebrochen wurde, öffentlich über Sexualität diskutiert wurde.[27] In Westdeutschland wurde die Pille am 1. Juni 1961 von der Schering AG als »Anovlar« auf den Markt gebracht.[28] Der Beginn ihrer Karriere war zunächst zögerlich, zum einen hatte die Schering AG den Gynäkologen und Gynäkologinnen geraten, die Pille nur verheirateten Frauen, die bereits Kinder hatten, zu verschreiben. Eine Umfrage von 1961 unter Frauenärzten und -ärztinnen förderte zum anderen zutage,[29] dass sich 55 % von ihnen »weniger oder gar nicht interessiert« am Thema Verhütung zeigten; nur 15 % waren »sehr interessiert«.[30] Ein Grund dafür lag sicher darin, dass über das Thema Verhütung zu sprechen – auch in den Arztpraxen – noch ein Tabuthema war. Es scheint als haben Unternehmerinnen wie Beate Uhse bzw. die freie Wirtschaft, die Bedürfnisse der Frauen früher erkannt als der medizinische Diskurs. So verwundert es auch nicht, dass die Pille in den ersten Jahren ihres Bestehens nur schwer zugänglich war und es einige Jahre dauerte, bis sie gesellschaftlich akzeptiert wurde: 1965 nahmen nur 2,4 % der Frauen im gebärfähigen

26 Vgl. Eder, Die lange Geschichte, S. 27.
27 Dpa-brief, 26. Juli 1961, S.1. FrauenMediaTurm – Feministisches Archiv und Bibliothek (fortan: FMT). PD-KO.07.07.
28 In den USA gab es die ›Pille‹ schon seit 1960. In der DDR war sie seit 1965 zugelassen.
29 In den 1960er und 70er Jahren gab es nur 15 % Gynäkologinnen.
30 Zit. Nach: Sieg, Sabine: »Anovlar« - Die erste europäische Pille, in: Die Pille. Von der Lust und von der Liebe, hrsg. für das Deutsche Hygiene-Museum von Gisela Staupe und Lisa Vieth, Berlin 1996, S. 131–148, hier S. 139.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Alter die Pille (ca. 300 000), 1969 waren es bereits 16,3 % und 1973 stieg die Zahl auf über 30 %.[31]

Dass der Pille zunächst mit Skepsis begegnet wurde, hatte verschiedene Gründe. Medizinisch bedingte Einwände bezogen sich auf gesundheitliche Risiken. Von Anfang an wurde über die Pille aber nicht allein aus medizinischer Perspektive gestritten, sondern auch als gesellschaftlich relevantes Sujet. Ihre große Bedeutung, nämlich die Entkoppelung von Sexualität und Fortpflanzung, in einem ganz anderen Maße als es andere Verhütungsmittel bislang ermöglicht hatten, wurde in zweifacher Hinsicht diskutiert. Insbesondere in den frühen 1960er-Jahren wurde ihre Entwicklung immer wieder mit der Warnung vor einem weltweiten Bevölkerungswachstum in Verbindung gebracht. Dabei zielten die Ängste vor allem auf die damals sog. Entwicklungsländer und die Gefahr ihrer »Übervölkerung«.[32] Die Befürworter und Befürworterinnen der Pille hofften mit ihrer Hilfe das Problem der angenommenen Bevölkerungsexplosion in globaler Perspektive lösen zu können.

Für den innerdeutschen Kontext wichtiger war aber, dass über die Pille Fragen der Moral und damit implizit der Ordnung der Geschlechter diskutiert wurden. Eine Umfrage von 1961 artikulierte die Argumente, die für und gegen sie in Stellung gebracht wurden.[33] Ihre Befürworter und Befürworterinnen begrüßten, dass Frauen nun selbständig verhüten konnten und keine Angst mehr vor ungewollten Schwangerschaften haben brauchten, durch die sie sich möglicherweise ihre Zukunft verbauten. Und damit einhergehend, dass auch die sehr hohe Zahl der Abtreibungen sinken würde – obwohl verboten, war deren Zahl in den 50er-Jahren sehr hoch.[34] Die Gegner und Gegnerinnen hingegen fürchteten »Verantwortungslosigkeit in sexueller Beziehung […] oder daß sogar die Promiskuität (sexuelle Freizügigkeit) gefördert wird.«[35] Ähnlich wurde es in der Zeitschrift »Petra« 1964 formuliert, die Pille verführe gerade die jungen Frauen zu einer »hemmungslosen Sexualität«, sodass man »in Kauf nehmen [müsse], daß jede moralische Bremse fällt.«[36] Diese Angst vor befreiter Sexualität bestand bis weit in die 70er-Jahre, was sich insbesondere an den medial emotional geführten Diskussio-

31 Vgl. Silies, Eva-Maria: Erfahrungen des Bruchs? Die generationelle Nutzung der Pille in den sechziger und siebziger Jahren, in: Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik (Geschichte und Geschlechter, Bd. 62), hrsg. von Julia Paulus/ Eva-Maria Silies/ Kerstin Wolff, Frankfurt a. M./ New York 2012, S. 205 – 224, hier S. 209 f.

32 Geburtenkontrolle. Antwort im Herbst, in: Der Spiegel, Nr. 9 (1964), S. 75 – 77, S. 75.

33 Vgl. Sieg, Anovlar, S. 140.

34 Vgl. Herzog, Politisierung, S. 156 f.; Im Spiegel-Artikel Anti-Baby-Pillen nur für Ehefrauen? vom 26. 2. 1964 wird die Zahl von 750 000 bis 1 Million Abtreibungen pro Jahr genannt. Spiegel, Nr. 9 (1964), S. 87.

35 Eine Pille reguliert die Fruchtbarkeit, in: Stern, Nr. 26 (1961), o.A. FMT PD-KO.07.07.

36 Gleissner-Batholdi, Ruth: Die Anti-Baby-Pillen nur für Ehefrauen?, in: Petra, H.2 (1964), S. 60 f., hier S. 60. Zit nach: Silies, Erfahrungen, S. 211.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

nen, ob Mädchen die Pille verschrieben bekommen sollten, zeigte. Oftmals als medizinische Argumente kaschiert, wurden moralische Vorbehalte vorgebracht. So argumentierte Prof. Dr. Heinz Kirchhoff, Direktor der Gynäkologie der Uniklinik Göttingen, der dort schon Anfang der 60er-Jahre eine Verhütungs-Beratungsstelle für Frauen eingerichtet hatte und die Pille für verheiratete Frauen unter bestimmten Voraussetzungen befürwortete, dass die Pille für »Wochenendfreundschaften« nicht gedacht sei. Ebenfalls habe er »biologische Bedenken«, sie Mädchen zu verschreiben, deren »psychische Entwicklung zur physischen nicht parallel läuft. […] diese unreifen Menschenkinder nehmen doch das Geschlechtsleben wie eine Alltäglichkeit hin.« Außerdem seien sie, da sie »sorglos dahinleb[en]« nicht in der Lage die Pille regelmäßig zu nehmen, wodurch die Pille zum »Damoklesschwert« werde.[37] Kirchhoff positioniert sich hier offenkundig weniger aus medizinischen Gründen ablehnend als aus einem Unverständnis und diffuser Angst gegenüber den sich ändernden Zeiten, in denen Jugendliche in jüngerem Alter miteinander schliefen.

So kann hier festgehalten werden, dass sich ein ähnlich angstbesetzter Diskurs wie in der Auseinandersetzung um Kinsey entzündete und durch die Koppelung von Sexualität an die gesellschaftliche Moral Ängste geschürt werden. Wie das obige Zitat von Schelsky zum Ausdruck gebracht hat, so ist es nichts weniger als die Grundlage der Kultur und damit der gesellschaftlichen Ordnung, die durch eine liberalisierte Sexualität als bedroht angesehen wird. Das heißt, der Pille wohnte zu Beginn die Ambivalenz inne, dass sie von den einen als »Mittel zur Befreiung« angesehen wurde, während sie von anderen als Medium eines »unkontrollierbaren Sittenverfalls« verurteilt wurde und in ihrer Angst die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppierungen vereinte.[38] Zu denen, die um die Moral besorgt waren, zählten Teile der Ärzteschaft, die keinen »Nulltarif im Bett«[39] befürworteten, sowie Politiker und Politikerinnen. Die katholische Kirche untermauerte ihre Ablehnung künstlicher Verhütungsmethoden 1968 mit der päpstlichen Enzyklika »Humanae vitae« (Vom menschlichem Leben). Dieses absolute Verbot künstlicher Verhütungsmethoden wurde allerdings durchaus kritisch gesehen. Und zwar nicht nur in der sich liberal verstehenden medialen Öffent-

37 Anti-Baby-Pillen nur für Ehefrauen?, in: Der Spiegel, Nr. 9 (1964), S. 79 – 89, hier S. 79 und 80. Ähnlich wie in dem in Anm. 23 zitierten Stern-Artikel, wird auch hier der Begriff Promiskuität in Fußnoten erklärt.

38 Kuhn, Bärbel: Anti-Baby-Pille und §218. Die »sexuelle Revolution« und die Frauen, in: Geschichte lernen 86 (2002), S. 40 – 45, hier S. 40.

39 Zitat vom deutschen Ärztetag, zit. nach SZ, 12. 5. 1971. FMT: PD-KO.07.07.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

lichkeit wie im »Spiegel«, sondern auch innerhalb der katholischen Kirche.[40] Auch die evangelische Kirche brauchte einige Jahre bis sie im Jahr 1971 in der »Denkschrift zu Fragen der Sexualethik« Verhütungsfragen jedem/jeder einzelnen überließ. Doch nicht nur diese gesellschaftlichen Gruppierungen hegten Bedenken gegen die Pille oder standen ihr gespalten gegenüber, auch aus einer ganz anderen Richtung wurde die Pille kritisch und kontrovers diskutiert: Und zwar in der sich seit 1968 – auch aus Protest gegen den Machismo im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) – herausbildenden Neuen Frauenbewegung.[41] Das von der feministischen Westberliner Gruppe Brot und Rosen mit Helke Sander herausgegebene »Frauenhandbuch Nr. 1: Abtreibung und Verhütungsmittel« (1972)[42] warnte vor Gesundheitsrisiken dieses neuen Medikamentes, zu dem es noch keine Langzeitstudien gab, wie Krebs, Krampfadern oder Gewichtzunahme; Folgewirkungen, die der gewinnorientierten, von Männern dominierten Pharmaindustrie aber gleichgültig seien. Außerdem zweifelten die Autorinnen die vermeintlich befreiende Funktion der Pille an und verwiesen auf durch sie neu entstehende gesellschaftliche Zwänge:

> »Viele Frauen würden die Pille am liebsten einzeln auf den Müll schmeissen, aber die meisten jungen Männer sind derart überzeugt von den Wundern der Pille, dass man noch nicht einmal wagt, ihnen seine Bedenken zu erzählen, aus Angst, für zickig oder hysterisch oder altmodisch gehalten zu werden.«[43]

Die von Brot und Rosen formulierte Kritik ging aber weit über die Beziehungsebene hinaus. Denn den Autorinnen ging es letztlich um eine grundsätzliche Kritik ungleicher Geschlechterverhältnisse, die eine befreite Sexualität prinzipiell verhindere.

> »Ob und wie sich Frauen befreien, kann nicht von Ärzten und nicht von Chemikalien entschieden werden. Solange am Arbeitsplatz ausgebeutete Frauen sich gegen die Unterdrückung ihrer ebenfalls ausgebeuteten Männer wehren müssen / solange die Frauen unterbezahlt werden / solange sie weniger gut ausgebildet werden / solange die Frauen die Hauptlast mit den Kindern haben / solange noch Frauen von ihren Männern ökonomisch

40 Silies, Eva-Maria: Liebe, Lust und Last. Die Pille als weibliche Generationserfahrung in der Bundesrepublik 1960 – 1980 (Göttinger Studien zur Generationsforschung, Bd. 4), Göttingen 2010, insb. S. 245 – 276.

41 Zur Frauenbewegung: Marx Ferree, Myra: Feminismen. Die deutsche Frauenbewegung in globaler Perspektive, Frankfurt a. M./ New York 2012.

42 Frauenhandbuch Nr. 1: Abtreibung und Verhütungsmittel, hrsg.von der feministischen Westberliner Frauengruppe Brot und Rosen, Berlin 1972. Das Handbuch war mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren im Selbstverlag erschienen.

43 Frauenhandbuch Nr. 1, https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/akteurinnen/brot-und-rosen#?id=798fmt_1&open=1&c=&m=&s=&cv=73&xywh=1709%2C432%2C1460%2C1015 [Auf der Seite wird fälschlicherweise das Jahr 1974 angegeben; es handelt sich aber um die erste Auflage von 1972.], S. 73 (01. 04. 2021).

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

abhängig sein können / solange noch die einen für den Profit von anderen arbeiten / solange gibt es auch keine befreite Sexualität und kann es auch keine geben.«[44]

Generell aber wurde die Pille nicht von allen Feministinnen in Bausch und Bogen verdammt. Der Sozialistische Frauenbund West-Berlins mit Frigga Haug verfolgte eine diametral entgegengesetzte Linie und forderte, die Pille auf Krankenschein bekommen zu können.[45] Und die Frauen-Zeitung Nr. 1/10/73 vom Frauenzentrum Berlin kritisierte das »Handbuch für Frauen«, weil »die Darstellung der Schädlichkeit der Pillen nur Ratlosigkeit hinterläßt, aber den Frauen nicht im Ansatz eine Alternative aufzeigt« und ihr Dilemma »die Schädlichkeit der Pille zu kennen und trotzdem sie zu nehmen, überhaupt nicht dargestellt wird.«[46] Gleichwohl deckte sich die Sicht des Zeitungsartikels auf die Geschlechterverhältnisse mit der des Frauenhandbuchs.

»Das Mißtrauen gegenüber den Männern, das sich in der Diskussion deutlich zeigte, beruht auf der Erfahrung, die jede Frau gemacht hat, daß Typen sich vor Verantwortung drücken, gedankenlos sind in Bezug auf Sachen, die sie nicht unmittelbar selbst betreffen, rücksichtsloser ihre sexuellen Interessen durchsetzen und in Vordergrund stellen - sprich: sie sind im allgemeinen unsozial. Wir wissen, daß das, was die Typen als selbstverständlich voraussetzen, wenn sie mit einer Frau schlafen, nämlich, daß sie die Pille nimmt, wir nie bei der Mehrheit der Typen voraussetzen könnten.«[47]

Ein Ausweg für eine gleichberechtigte Sexualität, die mit »unschädliche[n] Verhütungsmittel[n] für Männer und Frauen« erreicht werden könne, sei nur »mit einer Revolutionierung der Verhältnisse zwischen Frauen und Männern sowohl möglich als auch erstrebenswert.«[48] Ähnlich argumentierte auch Brot und Rosen in der überarbeiteten Auflage des Frauenhandbuchs von 1974. Wie schon zwei Jahre zuvor prangerten sie die nur scheinbare Befreiung sexueller Beziehungen an, wenn mit der Pille alle Probleme der Verhütung als gelöst angesehen würden,[49] und kritisierten, dass die Pille an Mädchen verschrieben werde.[50] In diesem Punkt stimmten sie mit dem Sexualwissenschaftler Volkmar Sigusch überein, der die Pille für junge Mädchen aus gesellschaftstheoretischer Perspektive kritisch betrachtete. Denn die sexuelle Liberalisierung enthielte zwar auch – aber nicht nur – emanzipatorische Elemente, sondern bedeute daneben »gesellschaftliche Zu-

44 Frauenhandbuch Nr. 1, S. 74.
45 https://feministberlin.de/gesundheit/brot-und-rosen/ (01. 04. 2021).
46 Frauen-Zeitung Nr. 1/70/73; FMT: PD-KO.07.07.
47 Frauen-Zeitung Nr. 1/70/73, S. 7.
48 Ebd., S. 15.
49 Überarbeitete 1. Auflage Frauenhandbuch Brot und Rosen 1974, S. 45. (Auflage 100 000). FMT: SE.11.2007.
50 Ebd., S. 52.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

richtung, Umschnürung und Verwertung des Sinnlichen für junge Frauen«,[51] wie er unter Rückgriff auf die intellektuellen Leitfiguren der politischen Linken Herbert Marcuse und Wolfgang Fritz Haug verschiedentlich publizierte – u. a. in einem Informationspapier von »Pro-Familia«, sodass es hier zu erstaunlichen Allianzen kam. Sigusch nannte den ideologischen Streit, der über die Pille ausgefochten wurde beim Namen[52] und konstatierte wie die Frauen des Frauenzentrums Berlin und von Brot und Rosen, dass die Pille nicht die Ultima Ratio der Verhütung sei. Dass stattdessen für eine wahre »sexuelle Emanzipation der Frau *und* des Mannes« [Hervorhebung d.V.], »die Last der Verhütung […] auf beide Geschlechter verteilt werden« müsse.[53]

Die Haltung zur Pille hatte folglich viel mit der eigenen Positionierung in der Gesellschaft zu tun und mit der Frage danach, welche gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse als wünschenswert angesehen wurden und welche Szenarien Angst machten oder zumindest doch beunruhigten. Dementsprechend verliefen die Argumentationslinien nicht nur entlang der Gefechtslinien »Emanzipation« vs. »Sittenverfall«, ein dritter Argumentationsstrang warnte vor den zurichtenden Konsequenzen, die die Pille mit sich bringe. Die Befreiung durch die Pille diene demnach eher dem Mann als der Frau, da Männer sich zum einen nun keine Gedanken über Verhütung mehr zu machen bräuchten und zum anderen davon ausgingen, dass Frauen immer verfügbar seien.[54]

Für die 50er- bis frühen 70er-Jahre zeigt sich, dass Sexualität seit den 50er-Jahren ein in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit präsentes Thema war und dass über Sexualität Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders diskutiert wurden. Aber auch, dass Sex kommerzialisiert wurde und sich Einstellungen wandelten, obwohl zweifelsohne sexualkonservative Strömungen stark waren und die Rechtslage restriktiv war. Man denke an den §175, der männliche Homosexualität unter Strafe stellte, den §218, der Abtreibung verbot, das Verbot von Pornographie, den Kuppeleiparagraphen, der Unzucht (in der damaligen Rechtsprechung

51 Sigusch, Volkmar: Die Pille als Vehikel sexueller Eingemeindung. Zur Kritik des sogenannten Liberalisierungsprozesses, in: Pro-Familia, Informationen 4 (1974), FMT: PD-KO.07.07.

52 »Außerdem sind junge Mädchen und Frauen durch die Pille in das Feuer der Sexualideologen geraten: Die einen verweigern ihnen die Pille, um sie vor dem Beischlaf zu ‚bewahren', die anderen drängen sie ihnen auf, weil sie sich ‚sexuell' befreien sollten« [Hervorheb. d.V.] zit.aus Sigusch, Volkmar: Junge Mädchen und die Pille. Bemerkungen zur hormonellen Kontrazeption aus sexualwissenschaftlicher Sicht, in: Sexualmedizin 3 (1974), S. 288 – 297, S. 288.

53 Sigusch, Volkmar: Sexualwissenschaftliche Aspekte der hormonalen Kontrazeption bei jungen Mädchen, in: Kontrazeption trotz Geburtenrückgang? Vierter ärztlicher Fortbildungskurs des Fachbereichs Humanmedizin der Justus-Liebig Universität Gießen über Fragen der Kontrazeption am 6./7. Oktober 1973, hrsg. von R. Kepp/ H. Koester/ P. Bailer, Stuttgart 1974, S. 83 – 107, S. 99/103. FMT: KO.11-a.

54 Vgl. dazu auch Sichtermann, Barbara: Die Frauenbewegung und die Pille, in: Die Pille. Von der Lust und von der Liebe, hrsg. für das Deutsche Hygiene-Museum von Gisela Staupe und Lisa Vieth, Berlin 1996, S. 55 – 66.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vorehelicher Geschlechtsverkehr) verhindern sollte und deswegen auch Eltern und Vermieter mit Gefängnis bedrohte, die das in ihren Räumen zuließen.[55] Trotz dieser Gesetzeslage, spricht die Präsenz des Themas in der Öffentlichkeit in Hinblick auf die Periodisierung dafür, von einer prozesshaften Entwicklung zu sprechen, die tatsächlich weit vor den späten 60er-Jahren begonnen hat. Auch wenn sich, und darüber herrscht Einigkeit in der Forschung, Ende der 60er die Diskursivierung von Sexualität noch einmal verdichtet hat.

Überall Sex – Verdichtung um 1968

»I can't get no satisfaction« sang Mick Jagger 1965 und damit gelangten die Rolling Stones in der Bundesrepublik für 6 Wochen auf Platz eins der Charts. Auch wenn der Song vorrangig Konsum kritisiert, enthält er sexuelle Anspielungen die auch als solche verstanden wurden. Zwei Jahre später stürmten die Stones die Charts mit dem wiederum unzweideutigen Hit »Let's spend the night together« und 1969 hauchte die junge Jane Birkin im Duett mit Serge Gainsbourg »Je t'aime… Moi non plus« in die Mikrophone und stöhnt dazu lustvoll. Das Chanson löste wegen des Gestöhnes einen Skandal aus Angst um die guten Sitten aus, kam in einigen Ländern auf den Index und durfte nicht gespielt werden, was ihm wiederum so große Aufmerksamkeit verschaffte, dass Birkin/Gainsbourg schließlich weltweit über 6 Millionen Singles verkauft hatten.

Auch das Medium Film leistete einen wichtigen Beitrag: der B-Movie »Barbarella« (1968, F/I Roger Vadim), ein erotischer Science Fiction-Film, avancierte zum Kultfilm und machte Jane Fonda zum Sexsymbol. »The Graduate« (»Die Reifeprüfung« 1967, USA, Mike Nichols), wird 1967 als bahnbrechend empfunden, weil er die Affäre einer verheirateten Frau mit einem wesentlich jüngeren Mann zeigt, der sich dann aber für ihre Tochter entscheidet, so gerät fast alles wieder ins Lot. In Deutschland wird die Komödie »Zur Sache Schätzchen« (1968, May Spills), die sich selbstreferentiell über jugendliche Gammler sowie die westdeutsche Gesellschaft lustig und das Wort »fummeln« populär machte, ein kommerzieller Hit.

Nicht nur in der Populärkultur wurde Sexualität zu einem weit verbreiteten, beliebten Thema, das sich in den Lebensweisen der (vorwiegend) jungen Menschen widerspiegelte und seinen Nachhall in den Massenmedien fand. Die Studentenbewegung – zumindest Teile von ihr – forderte sexuelle Freizügigkeit, was im kollektiven Gedächtnis sicherlich am plakativsten durch die Slogans »Make Love

55 Vgl. dazu: Woesner, Horst: Ohne Ehe alles Unzucht, in: Spiegel Nr. 16 (1968), S.67–69; Ders.: Gesetze – Kuppelei – Viel Unruhe, in: Spiegel Nr. 16 (1968), S. 64.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Not War« und »Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment« assoziiert wird. Der in diesem Spruch zum Ausdruck kommende Sexualitätsentwurf feiert Promiskuität – allerdings ist er aus einer männlichen, heterosexuellen Perspektive formuliert (sonst würde es ja heißen, »wer zweimal mit demselben pennt«); Frauen bleiben hier in einer patriarchalen Logik der Befriedigung der Männer vorbehalten.[56]

»Eine Sex-Welle geht durch die zivilisierten Länder, wie sie wohl noch nie erlebt wurde«, zitiert der »Spiegel« Kardinal Döpfner in seiner Titelgeschichte »Sex: Was für Zeiten?« im November 1968.[57] Der Artikel listet auf, dass Sex omnipräsent sei; in der Kunst, den Massenmedien, insbesondere den Illustrierten, die Sexualität unter dem Deckmantel der Lebenshilfe thematisierten und nackte Frauen abbildeten, hier sind besonders »Jasmin, Quick, Neue Revue« zu nennen – letztere hatten zu diesem Zeitpunkt jeweils eine Auflagenzahl von über 1,5 Millionen. Auch die Zeitschriften für junge intellektuelle Menschen »konkret« oder »twen« setzten auf Sexualität und nackte Frauen. Aber auch in der Literatur, dem Theater, der Werbung sei Sex überall; das Gesundheitsministerium erarbeite den ersten »Sexualpädagogischen Atlas« für Schulen und der Verband der deutschen Photographischen Industrie vermeldete, dass in diesem Jahr 427000 farbige Nacktfotos entwickelt wurden. Kurzum, Nacktheit und Sexualität waren zu einem Riesengeschäft geworden – nicht nur für Beate Uhse. Die Kommerzialisierung von Sexualität steht in sehr enger Verbindung mit der massenmedialen Öffentlichkeit, die sich von den Printmedien über Radio und Fernsehen erstreckt. Auch im Fernsehen begann in den 70er-Jahren eine Sexualisierung, sowohl aufklärerisch als auch frivol, wie z. B. in der beliebten Comedyserie »Klimbim«.

Doch zurück zu obigem Zitat. Kardinal Döpfner spricht von einer Sex-Welle, und tatsächlich wird der Begriff »Sex-Welle« zeitgenössisch sehr häufig verwendet. Analog dazu wird der Begriff »Sexuelle Revolution« ebenfalls gebraucht. Auch in dieser Titelgeschichte des »Spiegels« wird er benutzt, allerdings skeptisch. So heißt es: »Wenn dieses Jahrhundert eine sexuelle Revolution hervorbringt, dann begann sie damit: daß Sexualität aus der suspekten Unordnung der Nacht auf die Tagesordnung wissenschaftlicher Forschung gesetzt wurde.«[58] Die Autoren und Autorinnen dieses Artikels sind sich also noch unsicher, ob hier wirklich etwas Revolutionäres stattfindet, oder ob nicht einfach etwas enttabuisiert und wissenschaftlich neu vermessen wurde. Dass im Alltag aber eine Kom-

56 Auch der Slogan »Wer zweimal mit derselben pennt […]« wurde der Kommune I zugeschrieben; Rainer Langhans, einer ihrer Gründer, hat jedoch darauf verwiesen, dass es wohl ein Journalist des Stern war, der ihn erfunden hat.
57 Sex Was für Zeiten?, in: Spiegel Nr. 47 (18.11.1968), S. 46 – 67, hier S. 52.
58 Ebd., S. 60.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

merzialisierung und Medialisierung von Sex stattfand, daran herrschte kein Zweifel.[59] Nützlich erscheint mir in diesem Zusammenhang eine Differenzierung zwischen »Sex« und »Sexualität« wie sie Georg Seeßlen vorgelegt hat: «‚Sex' ist zunächst die verkürzte und verkleinerte Bezeichnung für Sexualität, vor allem für die angenehme, unverbindliche und unproblematische Seite der Sache. Während ›Sexualität‹ in die schweren Sinnsysteme von Wissenschaft oder Moral führt […]«[60] [Hervorhebung d.V.] und – möchte ich hier hinzufügen – in das System des Politischen. Diese Unterscheidung ist überaus hilfreich, die sich überlappenden Diskurse zu Sexualität konkreter zu fassen. Die Politisierung, unterfüttert von wissenschaftlichen Theorien, ist maßgeblich für politisch linke Positionen.

Linke Szene

Die Studentenbewegung sah sich als Trägerin der 1968er-Revolution. Diese ist bis heute männlich codiert, was zum einen daran liegt, dass ihre Leitfiguren Männer waren, aber sicher auch mit der historiographischen Überlieferung seit den 1970er-Jahren zusammenhängt.[61] In der Studentenbewegung, insbesondere in ihrer sehr politisierten Ausprägung in West-Berlin und Frankfurt, galt die Politisierung von Sexualität als wichtiges Ziel und zwar nicht um ihrer selbst willen, sondern um die Gesellschaft zu verändern und zu befreien. Das heißt, auch von (männlich) revolutionärer Seite werden Sexualität und Gesellschaft eng geführt. Die theoretischen Grundlagen dazu bildeten die Arbeiten des marxistischen Psychoanalytikers Wilhelm Reich, wie er sie schon in den 1930er-Jahren in seinen Schriften »Die Sexualität im Kulturkampf« (1936), in der englischen Übersetzung 1945 als »The Sexual Revolution« und später auch auf Deutsch als »Die Sexuelle Revolution« erschienen und in »Massenpsychologie des Faschismus« (1933) niedergelegt hatte. In seiner Sozialpsychologie untersucht er das Verhältnis von Herrschaft und Sexualität und argumentiert, dass Menschen nur dann psychisch gesund seien und harmonisch miteinander leben könnten, wenn sie sexuell zufrieden seien. So heißt es bspw. in der Einleitung zu »Die Sexuelle Revolution«: »Durch die Einwirkung der Sexualunterdrückung entsteht die Struktur des Un-

59 Siegfried, Protest, S. 71 – 106.
60 Seeßlen, Georg: Sex, in: Handbuch Populäre Kultur. Begriffe, Theorien und Diskussionen, hrsg. von Hans-Otto Hügel, Stuttgart/ Weimar 2003, S. 403 – 408, hier S. 403.
61 Vgl. dazu von Hodenberg, Christina: Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München 2018, S. 167; Erfahrungsberichte von Frauen liegen nur sehr wenige vor, vgl. dazu Kätzel, Ute (Hrsg.): Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration, Berlin 2002.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tertanen […]«[62], hervorgebracht durch die Struktur der patriarchalen Kleinfamilie und dem damit verbundenen Besitzdenkens. Folge der Autoritätsfixierung und der kapitalistischen Gesellschaft sei, dass sie durch »Klassen gespalten« sei.[63] Sexualität müsse folglich befreit werden, damit die autoritär begründete, gespaltene Gesellschaft überwunden werden könne, die ja auch den Nationalsozialismus erst hervorgebracht habe. Daraus resultierte die Forderung, alles Autoritäre zu bekämpfen, den Staat genauso wie die repressive Kleinfamilie. In dieser Befreiungslogik ist die Sexuelle Revolution notwendig, um zu einer sozialen Revolution und freien Gesellschaft zu kommen und um Gewalt und Faschismus zu verhindern. Das hier entworfene Bild einer autoritären Gesellschaft, gekoppelt mit der historischen Erfahrung der NS-Herrschaft, mündete für die 68er in einer Sorge um die Zukunft. Diese gefürchtete Zukunft sollte folglich durch gesellschaftliche Veränderung in der Gegenwart verhindert werden.

Neben Wilhelm Reich waren Herbert Marcuse[64] und Erich Fromm für die linken Aktivisten und Aktivistinnen in ihrer Argumentation zentral, dass nicht ausgelebte Sexualität zu einem für den Faschismus anfälligen Charaktertypen führe. Der Philosoph Arno Plack pointiert das in seinem 1967 mit einer Auflage von 600 000 Exemplaren breit rezipiertem Buch »Die Gesellschaft und das Böse«, in dem er – ausgehend von der Repressionshypothese –, versuchte, eine neue Moral zu entwerfen, folgendermaßen: »So wäre es kurzschlüssig zu meinen, alles das, was in Auschwitz geschah, sei typisch deutsch. Es ist typisch für eine Gesellschaft, die die Sexualität unterdrückt.«[65] Die Verknüpfung von NS-Vergangenheit, Politik und Sexualität wurde somit von der Linken fruchtbar gemacht und erfüllte neben der Angst vor einer autoritären Gesellschaft auch eine vergangenheitspolitische Funktion, wie Dagmar Herzog aufgezeigt hat.[66]

Ein anderer zeitgenössischer, ebenfalls einschlägiger Text zeigt darüber hinaus ein Dilemma der Studentenbewegung in Hinblick auf sexuelle Befreiung auf, nämlich »Sexualität und Klassenkampf – Zur Abwehr repressiver Entsublimie-

62 Reich, Wilhelm: Die Sexuelle Revolution. Zur charakterlichen Selbststeuerung des Menschen, Frankfurt a. M. 1966, S. 19 f.

63 Holzer, Horst: Sexualität und Herrschaft. Anmerkungen zum Problem der repressiven Entsublimierung, in: Soziale Welt 20 (1969) 3, S. 304 – 328, hier S. 311.

64 Insbesondere Triebstruktur und Gesellschaft (1955) und Der eindimensionale Mensch (1964), in dem er auch die Manipulation des Einzelnen durch Werbung anmahnt. Unter Eros and civilisation. A philosophical inquiry into Freud, Boston 1955 zuerst erschienen; dt. Neuauflage unter dem Titel: Triebstruktur und Gesellschaft. Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud, Frankfurt a. M. 1965; Der eindimensionale Mensch, Frankfurt a. M. 1967.

65 Plack, Arno: Die Gesellschaft und das Böse. Eine Kritik der herrschenden Moral, München 1967, S. 309.

66 Herzog, Politisierung, S. 196: »[…] in Wahrheit war es natürlich die Kultur der fünfziger und frühen sechziger Jahre, die die Achtundsechziger als so repressiv empfunden hatten.« Denn der NS sei freizügiger gewesen als die Studenten dachten.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

rung« (1968) des Bundesvorsitzenden des SDS, Reimut Reiche. Darin spricht er Intellektuellen und Studenten die Macht zu »das falsche Bewußtsein« der Massen zu verändern und greift mit der Kritischen Theorie die Kommerzialisierung der Sexualität an, da sie immer auch dazu dienen könne, stetig neue Bedürfnisse zu wecken und die entfremdeten Massen im gegenwärtigen Kapitalismus apathisch unpolitisch zu halten.[67] So sei das, was als freie Sexualität gefeiert würde – also die Sexwelle – meist nur eine »Ersatzbefriedigung« oder im damaligen Sprachgebrauch »repressive Entsublimierung«[68] und deswegen letztlich kritisch zu betrachten. Bei Reimut Reiche, wie bei Wilhelm Reich übrigens auch, ist die sexuelle Befreiung eine heterosexuelle - Homosexualität galt ihm als abartig. Und auch sonst hieß Reiche nicht alle Formen der sexuellen Befreiung gut. Forderungen vom Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler (AUSS), in Schulen Anti-Babypille-Automaten aufzustellen, widersprach er damit, dass dadurch »neue genitale Normen aufgerufen« würden, die die Jugendlichen und vor allem die Mädchen unter Druck setzen würden.[69] Dies mag sein oder auch nicht; grundsätzlich ist Reiche kein Verfechter der Frauenemanzipation.[70]

Auch wenn Reiche erklärter Gegner der Kommune I war,[71] gesteht er doch, dass die Gründung studentischer Wohngemeinschaften (WG) für einzelne durchaus befreiend und sinnvoll sein könne. Allerdings nur, wenn sie bestimmten Regeln folge. Die Aufhebung von Zweier-Beziehungen zum Programm zu erheben, gehört explizit nicht dazu, da dies nicht der »psychischen Struktur« der Menschen entspreche. Und weiter heißt es: »Es ist mindestens weniger repressiv und vor allen Dingen weniger neurotisierend für eine Person, eine durchschnittliche glückliche Zweier-Beziehung auf Zeit oder Lebenszeit einzugehen, als sich promiskuösen Zwängen zu beugen, auch wenn diese im Gewande der Befreiung und sexuellen Revolution auftreten.«[72] Die Gedanken, die Reiche hier über WGs anstellt, zeugen eben nicht nur von Redefinitionen von Sexualität vonseiten der Linken, sondern verbinden diese mit der Suche nach alternativen Lebensstilen. Aber auch diese war von Sorgen begleitet, so berichteten Kommunarden und Kommunardinnen von der Angst, ihre Wohnungen aufzugeben und das Experiment Kommune zu wagen.[73]

67 Reiche, Reimut: Sexualität und Klassenkampf. Zur Abwehr repressiver Entsublimierung, Frankfurt a. M. 1971, S. 20.
68 Vgl. Holzer, Herrschaft, S. 317.
69 Zit. nach Heidel, Ulrike: Vögeln ist schön. Die Sexrevolte von 1968 und was von ihr bleibt, Berlin 2014, S. 86.
70 Vgl. ebd., S. 87.
71 Heidel, Vögeln, S. 86. Da sie »politische[] und seelische[] Untaten« verübe.
72 Reiche, Klassenkampf, S. 158.
73 Biess, Republik der Angst, S. 277.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Lebenswirklichkeit

In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, wie sich die Mehrheitsbevölkerung zu alternativen Lebensformen und Veränderungen der Sexualmoral stellt. Diese hat Christina von Hodenberg in ihrer kürzlich erschienenen Studie analysiert.[74] Sie stützt sich u. a. auf ausführliche Zeitzeugeninterviews. Und zwar hat sie den Bestand einer 1965 begonnenen Längsschnittstudie ausgewertet, in der an der Uni Bonn ältere Menschen (bis 1908 geborene) alle paar Jahre zu ihrem Leben befragt wurden. Diese Interviews wurden auf Tonband aufgezeichnet. Hinzu kamen Interviews mit der mittleren Generation (30- bis Mitte 50-jährige), die 1967 und 68 geführt wurden, sowie Interviews mit Bonner Studenten und Studentinnen und Meinungsumfragen. Sie hat also drei Alterskohorten untersucht. Spürbar ist ein »generation gap«, aber weniger ein politscher Bruch. Sie zeigt nämlich, dass die Studierenden grundsätzlich sexuelle Aufklärung genauso wie vorehelichen Sex befürworteten und Zugang zu Verhütungsmitteln forderten – der Mitte-Rechts Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Universität Bonn startete 1968 sogar eine pro-Pille Aktion und vermittelte einen Arzt, der Pillen-Rezepte verschickte. Außerdem stand die junge Generation der Thematisierung und Kommerzialisierung von Sexualität positiv gegenüber. Von Hodenberg bezeichnet diese Haltung – sehr zutreffend – als »grundständige Variante« der sexuellen Revolution.[75] In der mittelalten Generation wurde häufig die rigide Sexualmoral, mit der sie aufgewachsen sei, beklagt. Deswegen befürwortete auch diese Gruppe sexuelle Aufklärung und Geburtenkontrolle. Was vorehelichen Sex anging, zeigten sich diese Befragten hingegen gespalten. Als »Schreckbild« fungierten »Gammler« und »Sexkommunen«, obwohl oder weil das Wissen über die mutmaßlich dort gelebte Promiskuität alleine über die voyeuristischen Massenmedien erlangt war. Im Großen und Ganzen wurde also auch von dieser Altersgruppe die grundständige Variante befürwortet.

All dies gilt für die älteste Gruppe nicht. Hier wurde großes Unbehagen angesichts der öffentlichen Präsenz von allem was mit Sexualität zu tun hatte, zum Ausdruck gebracht und als »eine Zumutung der westlichen Moderne« abgelehnt.[76] Politische Einstellungen waren hingegen nicht so maßgeblich. Veränderungen der Moralvorstellungen können also nicht auf die linke Bewegung reduziert werden.

74 Von Hodenberg, Das andere Achtundsechzig, S. 151 – 186.
75 Ebd., S. 163.
76 Ebd., S. 182.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Aber auch die Befürworterinnen und Befürworter der grundständigen Variante setzten in ihrer Liberalität Grenzen: Ausgeschlossen blieben auch hier Promiskuität und Ehebruch. Genauso wenig wurden Pornographie und die Gleichberechtigung von Homosexualität als Ausdruck einer befreiten Gesellschaft im Sinne der sozialistischen Revolutionäre angesehen.

Die Beobachtungen und Ideen zweier sehr prominenter Autoren der Sexuellen Revolution – Oswalt Kolle, der der grundständigen Variante zuzurechnen ist, wohingegen Günter Amendt zur politisierten Variante zählt – werden nachfolgend vorgestellt. Beide haben den Anspruch aufzuklären. Kolles Werk ist ein Beispiel für eine die Allgemeinheit ansprechende, individuelle wie kollektive Sorgen beruhigende Aufklärung. Das Buch Amendts hingegen ist ein Beispiel für den Wunsch nach einer offeneren und anders lebenden und liebenden Gesellschaft.

Oswalt Kolle

Oswalt Kolle, in den späten 60er-Jahren »Sex-Papst« genannt, veröffentlichte in den Illustrierten »Quick« und »Neue Revue« seit Anfang der 60er-Jahre Artikelserien zu Sexualität,[77] aus denen er dann Bücher machte, die allesamt Bestseller und in 17 Sprachen übersetzt wurden; nämlich »Dein Kind, das unbekannte Wesen« (1964), »Dein Mann, das unbekannte Wesen« (1967), und »Deine Frau, das unbekannte Wesen« (1967). Die Artikel und Bücher behandeln verschiedene Ängste, verbinden psychologische und sexualwissenschaftliche Erkenntnisse mit persönlichen Erfahrungsberichten, denn Kolle hatte über die Illustrierten immer wieder dazu aufgerufen ihm zu schreiben.[78] Kolle nahm dem Sexuellen das Schamhafte und Schuldbehaftete und popularisierte es im großen Maße. Dazu hat auch beigetragen, dass er 1968 das Genre wechselte und »Das Wunder der Liebe, Sexualität in der Ehe«[79] gedreht hatte. Ihm folgten bis 1973 sieben weitere Aufklärungsfilme, die allein in der Bundesrepublik von insgesamt 26 Millionen Zuschauern und Zuschauerinnen gesehen wurden.[80] Kolle war großer Anhänger Kinseys und stimmte mit ihm darin überein, Sexualität frei von moralischen Ur-

77 Die Illustrierten trieben den Umbruch zu einer sexuell freizügigeren Gesellschaft maßgeblich mit voran. Sie übertrumpften sich mit mehr oder minder nackten Frauen auf den Titelblättern. Gleichzeitig veröffentlichten sie aber auch seriöse Aufklärungs- und Beratungsserien und verbanden so Voyeurismus mit der Liberalisierung von Sexualität.

78 Für »Deine Frau, das unbekannte Wesen« habe er mehr als 1.000 Briefe erhalten, Kolle, Deine Frau, S. 9.

79 Der Film wurde in 18 Länder verkauft; Den Deutschen ist es ernst mit der Lust. Peter Brügge über den Liebesberater Oswalt Kolle, in: Spiegel Nr. 29 (1968), S. 31–33, hier S. 32.

80 Steinbacher, Wie der Sex, S. 329.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

teilen zu sehen. Ein weiteres Anliegen von ihm war es, Sexualität zu einem Gegenstand zu machen, über den gesprochen werden kann – und über die Paare auch dringend sprechen sollten, um ein erfülltes Sexualleben und eine glückliche Ehe zu führen. Im Zentrum von Kolles Büchern steht der eheliche Sex und Aufklärung. Aufklärung jedoch nicht in einem technischen Sinn, sondern mit dem Ziel, Missverständnisse abzubauen und Verständnis für das jeweils andere Geschlecht zu erlangen. Kolle stellt dazu eine Vielzahl konkreter Probleme vor: Angst zu versagen, Ekel zu empfinden, übersteigerte Erwartungen, Normalitätserwartungen nicht standhalten zu können, Angst vor Schwangerschaft u.v.m. Aber gerade, weil der Schwerpunkt der Bücher nicht auf körperlicher Sexualaufklärung liegt, sondern auf der Liebesbeziehung und ihrem Verhältnis zur Sexualität, sind sie auch zur Anschauung der Geschlechterverhältnisse ergiebig. So arbeitet er etliche Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern heraus, bspw. dass Jungen gegenüber Mädchen bevorzugt würden, weswegen er für gleiche Entwicklungschancen plädiert und für eine Erziehung, die es Mädchen ermögliche, eine unbefangene Beziehung zu ihrem Körper aufzubauen[81] und Jungen unbefangen zu ihren Gefühlen zu stehen[82]. Oder wenn er Männer darauf aufmerksam macht, dass Frauen keine »Sexualobjekte« sein wollen,[83] dass Männer nicht polygamer veranlagt seien als Frauen[84] und auch sie für das Gelingen der Ehe arbeiten müssen[85].

Aus heutiger Perspektive liegt den Büchern eine nicht immer nachvollziehbare Ambivalenz zugrunde: auf der einen Seite Anerkennung gleichwertiger Partnerschaft und der Lust der Frau, auf der anderen Seite schreibt Kolle Männern und Frauen bestimmte Charakteristika zu, die als stereotyp zu bezeichnen sind. Männer sind tendenziell unsensibel, nicht sonderlich zärtlich, und rücksichtslos, da sie vorrangig am eigenen Orgasmus interessiert sind, ihre Triebe sind stärker als die der Frauen.[86] Frauen dagegen wollen Zärtlichkeit,[87] Aufmerksamkeit,[88] sind instinktiver und passiver.[89] Aber auch sozial kompetenter und um Verständigung bemüht, denn sie trauen sich, die sexuellen Probleme anzusprechen. Das Männer- und Frauenbild ist also ein konservativ traditionell bürgerliches. Soziostrukturelle Zusammenhänge thematisiert Kolle selten, aber wenn sie vorkommen, gelingt

81 Kolle, Deine Frau, S. 37.
82 Ders., Dein Mann, S. 169f.
83 Ders., Deine Frau, S. 77.
84 Ders., Dein Mann, S. 159.
85 Ebd., S. 152.
86 Kolle, Dein Mann, S. 173.
87 Kolle, Deine Frau, S. 77.
88 Ebd., S. 62.
89 Ebd., S. 32.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

es ihm, gerade weil er auf der individuellen Beziehungsebene argumentiert, mögliche Ängste vor sozialen Veränderungen zu beruhigen. In »Deine Frau, das unbekannte Wesen« widmet er das Schlusskapitel diesen Sorgen und greift z. B. die Angst vor der Entmachtung der Männer auf, da die Pille die Frau zu einem sexuell selbstbestimmten Wesen und den Mann damit »impotent« mache.[90] Er versichert dann aber, dass diese Angst unbegründet sei, da »die Mehrzahl der Frauen keine Freiheit suche«, sie seien auch keine »Amazonen«, sondern wünschten sich Bindung an den Mann.[91] Als Negativfolie werden ihnen Amerikanerinnen und Schwedinnen gegenübergestellt,[92] womit über die nationalstereotype Abgrenzung implizit die Geschlechterordnung mit der Nation verknüpft wird. Dass Frauen in der Bundesrepublik in einer Krise steckten, steht für Kolle dennoch außer Frage, einer Krise, die durch ihre Angst verursacht sei, »das liebgewordene Bild der Frau von vorgestern durch das Bild der modernen Frau im 20. Jahrhundert zu ersetzen.«[93] Kolle prangert zwar die »verlogene Gesellschaftsmoral«[94], die dem zugrunde liegt, an und ermutigt die Frauen, in Maßen unabhängiger und selbstbewusster zu werden – auch in sexueller Hinsicht – fordert aber keine strukturellen Veränderungen. Durch das Verbleiben auf der individuellen, psychischen Ebene und der Analyse von Problemen, die überwiegend mit der Ehe zusammenhingen, gelang es ihm, Ängste davor zu zerstreuen, dass die sich verändernde Sexualmoral die Gesellschaft gefährde.

Günther Amendt

Ganz anders funktionierte »Sexfron(t)« (1970) von Günter Amendt. Amendt war ein bekannter SDSler – Soziologe, schwul, mit einem Faible für Popkultur. »Sexfron(t)« richtete sich an Jugendliche / Studenten und Studentinnen mit dem Ziel, sie über Sexualität aufzuklären. Allerdings interessierte Amendt nicht die biologische Aufklärung, sondern die (Un)Möglichkeiten junger Menschen, unter den gesellschaftlichen Bedingungen von 1970 sexuell aktiv zu sein. Ansprechend ist die »Sexfron(t)« dadurch, dass es ein popkulturelles Buch ist. Es enthält Comics, Fo-

90 Ebd., S. 222. Weiter heißt es: »Unter dem Deckmantel der Moral schießen sie von allen Seiten scharf gegen die Befreiung der Frau. Solange die Frau wenigstens noch in der Angst vor dem Drama der ungewollten Schwangerschaft lebt, läßt sie sich leichter unterdrücken.«.
91 Ebd.
92 Amerikanerinnen werden als politisch aktiv und karrierebewusst, bzw. unabhängig gezeichnet. Schwedinnen ebenfalls als unabhängig, insbesondere auch sexuell, sie bräuchten Männer nur noch zur Fortpflanzung.
93 Kolle, Deine Frau, S. 223.
94 Ebd., S. 228.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

tos, Bildcollagen, spricht die Leser und Leserinnen direkt in einer unverblümten Sprache in einem oftmals witzigen, ironischen Ton an und will provozieren.[95] Im Ganzen zielt das Buch auf eine angstfreie Sexualität, die nicht an die Ehe gebunden ist. So widerlegt Amendt die furchteinflößenden Argumente, mit denen Jugendlichen von Selbstbefriedigung abgehalten werden sollten. Wie Kolle, bezieht sich auch Amendt auf Kinsey, und befreit Sexualität aus ihrem Normenkorsett. Nicht das, was die Mehrheit mache bzw. sage, sei normal, sondern das, was gleichberechtigte Menschen in gegenseitigem Einverständnis machen, sei der Maßstab für Sexualität. Im Zuge dessen greift Amendt insbesondere die Sexualpolitik der katholischen Kirche, die auf Angst und Schuldgefühle zielt, scharf an, aber auch das in der Bundesrepublik vorherrschende Verständnis der Geschlechterverhältnisse. Amendt positioniert sich deutlich feministisch, wenn er anprangert, dass sich Mädchen und Frauen »nur als Quelle der Lust für den Mann«[96] denken könnten, dass Männer sich lustvollen Geschlechtsverkehr nur als Penetration vorstellten, was aber bei Frauen oft nicht zum Orgasmus führe. Er kritisiert die Erziehung von Mädchen zur Passivität und Unterordnung unter den Mann. Auch hinsichtlich der Pille teilt Amendt die feministische Kritik,

> »Denn natürlich, möchte man fast sagen, die Pille wurde für die Frau entwickelt. Sie soll sich nicht nur hingeben, sie soll auch noch schlucken. Wie wär's mit der Pille für den Mann? Würden die eifrigen männlichen Pillenbefürworter immer noch so eifrig sein, wenn sie selber die Pille schlucken müssten? Manchem würde der Mund zuklappen.«[97]

Trotzdem veröffentlichte er die Adressen von Beratungsstellen von Pro Familia, an die man sich wegen der Pille wenden könne oder rät, sich an den nächsten AStA zu wenden, um sich dort beraten zu lassen, da die Pille doch das zuverlässigste Verhütungsmittel sei.

Doch nicht nur für die Gleichheit der Geschlechter macht sich Amendt stark, er stellt homosexuelles Begehren, das, wie erwähnt, keine Priorität der sexuellen Befreiung war, als legitimes Begehren dar. Auch wenn er mahnt, dass es trotz der teilweisen Entschärfung des §175 im Jahr 1969 (Männer ab 18 dürfen straffrei Sex haben) immer noch große Abneigung, Wut und Hass gegen Schwule gäbe. Die Beliebtheit lesbischen Sexes in Aufklärungsfilmen wiederum erklärt er mit dem Voyeurismus von heterosexuellen Männern, die trotz der voyeuristischen Perspektive beunruhigt seien, »[…] weil er [der Mann, Anmerkung Uta Fenske]

95 Amendt beschreibt den Stil später als »Verbalradikalismus«, in: Amendt, Günter: Sexfront. Revisited, in: Zeitschrift für Sexualforschung 19 (2006), S. 159 – 172, hier S. 163.
96 Amendt, Sexfron(t), S. 31.
97 Ebd., S. 62. Über die Entwicklung der Pille für den Mann wurde in diesen Jahren heftig spekuliert.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

fürchten muß, es könne doch ohne ihn und seine Wunderfähigkeiten gehen. Und wie es geht.«[98]

Ehe und Familie werden als wichtige Pfeiler der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft massiv angegangen. Die Ehe als Institution, die »weder gesellschaftlich zu rechtfertigen ist, noch den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird«[99] und die Familie als nicht funktionierendes Gefüge, die meist nur den Schein aufrecht halte. Alternativen dazu könnten WGs und Kommunen sein.[100] Der Vorteil dieser Lebensweise sei auch, dass die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen gerecht aufgeteilt werden könne – wodurch politische Arbeit stattfinden könne. Seine Kritik ist entsprechend großangelegt. Die Bücher und Filme des Mittlers Oswalt Kolles bezeichnet Amendt übrigens als »hasenrein« bzw. in einem späteren Text als »beklemmend verklemmt«[101] und Beate Uhses Institut für Ehehygiene, Ratschläge in Zeitschriften u.v.m. bezeichnet er in kapitalistischer Verwertungslogik als allein darauf abzielend, die Institution Ehe zu retten. Demzufolge steht er dem Begriff Sexuelle Revolution skeptisch gegenüber:

> »Die sexuelle Revolution, die sich angeblich in unseren Tagen abspielt, muß immer zum Beweis dafür herhalten, daß sich die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen auch unter den Bedingungen *dieses* [Hervorhebung d.V.] Gesellschaftssystems verwirklichen ließen. […] Diesem Verwertungsinteresse werden sich Jugendliche, die den politischen Zusammenhang von Sexualität und Herrschaft kapiert haben, nur dann entziehen können, wenn sie die ihnen als Personen gegenübertretenden Unterdrücker als Handlanger bestimmter Interessen erkennen und sich nicht dem Irrglauben hingeben, im Kampf gegen Eltern, Schule, Kirche und Berufsschule sei schon der paradiesische Zustand herbeizuholen. Wer das als »sexuelle Revolution« [Hervorhebung d.V.] propagiert, wird, ob er will oder nicht, zur Vorhut des neuen kapitalistischen Konsumideals und nicht zum Vorkämpfer der sozialistischen Revolution.«[102]

Schluss

Es ist unzweifelhaft, dass sich die Phase der Liberalisierung und Pluralisierung von Sexualität über einen weitaus längeren Zeitraum erstreckte als das, was mit dem Chiffre 68 bezeichnet wird. Je nach Perspektive wurden diese Veränderungen von den Zeitgenossen als beängstigend oder befreiend wahrgenommen. Dabei spielten Ängste auf verschiedenen Ebenen eine Rolle. Private Ängste und Verunsi-

98 Amendt, Sexfron(t), S. 127.
99 Ebd., S. 107. Und: »In der Ehe übernimmt niemand Verantwortung, der Vertrag nimmt sie ab.«
100 »[…] für die sinnvolle Organisation des Zusammenlebens von Menschen, das sowohl den sexuellen Bedürfnissen entspricht, gleichzeitig aber auch die bislang damit verbundene Ausschließlichkeit und nestbauende Zweisamkeit durchbricht.« Ebd., S. 109.
101 Amendt, Sexfront Revisited, S. 162.
102 Ders., Sexfron(t), S. 90.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

cherungen bezogen sich auf das konkrete persönliche Sexualverhalten, wie die Werke Oswalt Kolles darlegen. Diese reichten wiederum, indem sie das Beziehungsleben der Einzelnen betrafen, in die Gesellschaft hinein und riefen neue Verunsicherungen vor gesellschaftlichen Veränderungen vor, die von Konservativen mit dem Zerfall der moralischen Ordnung und Gesellschaft gleichgesetzt wurden. Insbesondere in der Auseinandersetzung um die Pille wurden viele Ängste, aber auch Hoffnungen, wie unter einem Brennglas sichtbar – von der Sorge um den eigenen Körper, das Beziehungsleben, die Geschlechterverhältnisse bis hin zu Fragen einer zu freizügigen vs. sexuell freieren, emanzipierten Gesellschaft. Die Neue Linke verknüpfte Sexualität und Politik direkt. Die Angst, dass unterdrückte Sexualität negative Auswirkungen auf das Individuum habe und letztlich zu Aggression und Gewalt führen könne, führte zu dem von jedem Einzelnen einzulösenden Anspruch, alternative Lebensformen und eine befreite Sexualität zu leben, was wiederum neue Ängste schuf. Sowohl Hoffnungen als auch die Ängste gründeten darin, dass über das Thema Sexualität sowohl Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders diskutiert wurden, wie das Verhältnis der Geschlechter zueinander, als auch darin, dass über Sexualität gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen verhandelt wurden; Vorstellungen vom Nationalsozialismus und der Moderne.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Jannis Jost und Rasha Bamatraf

»Einladung zur Revolution«. Vom Arabischen Frühling, Sozialen Medien, Angst und wie sie überwunden wurde

1. Einleitung

Am Abend des 11. Februar 2011, nach zweieinhalb Wochen entbehrungsreicher, blutiger Proteste brachen sich bei Millionen Ägypterinnen und Ägyptern Freude, Hoffnung und Enthusiasmus Bahn. Sie hatten das lange Zeit unmöglich Scheinende geschafft: den seit 30 Jahren regierenden »Pharao« Hosni Mubarak, Symbol eines korrupten Systems, zum Rücktritt zu zwingen. Die Ausgelassenheit der urbanen Jugend, die die Proteste entscheidend geprägt hatte, äußerte sich unter anderem in diesem Witz:

> »Hosni Mubarak, Anwar Sadat und Gamal Nasser sitzen im Jenseits zusammen und trinken Tee.
> Mubarak fragt Nasser: ›Und, wie bist du hier gelandet?‹
> Nasser: ›Gift.‹
> Mubarak wendet sich an Sadat: ›Und du?‹
> Sadat: ›Die Kugel eines Attentäters.‹
> Sadat und Nasser fragen Mubarak: ›Und was hat dich hierhergebracht?‹
> Mubarak: ›Facebook.‹«[1]

Dieser – wenn auch etwas gezwungene[2] – Witz ist Ausdruck eines authentischen Gefühls, nämlich dass die sozialen Online-Medien ein entschiedenes Instrument der länderübergreifenden Massenproteste waren, die als sogenannter »Arabischer Frühling« zusammengefasst werden. Graffitis und Plakate mit Dankensbekundungen an Facebook oder Twitter waren keine Seltenheit in arabischen Straßen.

1 Zitiert nach: Brym, Robert/ Godbout, Melissa/ Hoffbauer, Andreas/ Menard, Gabe/ Huiquan Zhang, Tony: Social Media in the 2011 Egyptian uprising, in: The British Journal of Sociology 65 (2014) 2, S. 266 – 292, hier S. 266. Im Original Englisch; sofern nicht anders angegeben, stammen die Übersetzungen aus dem Englischen und Arabischen stets von uns, J.J. und R.B.

2 Gamal Nasser starb nicht an Gift, sondern an Herzversagen.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

In der westlichen Berichterstattung nahm die Rolle der sozialen Medien noch mehr Raum ein: »Warum nennen wir es nicht eine Facebook-Revolution?«[3] fragte CNN, und die Deutsche Presse Agentur konstatierte: »Facebook brachte [die] Proteste in Arabien auf die Straße«[4]. Angesichts der »Grünen Bewegung« im Iran, wo 2009 die internetaffine Jugend gegen Wahlbetrug protestierte, und den erfolgreichen Revolutionen in Tunesien und Ägypten (sowie Libyen, wo die Lage Anfang 2011 noch relativ vielversprechend erschien) wurde Facebook, Twitter und Co ein geradezu mystisches Potential für Demokratiebewegungen weltweit zugeschrieben.

Dieser Enthusiasmus hat sich mittlerweile von selbst abgekühlt. Der Gebrauch von sozialen Medien ist mittlerweile weltweiter Alltag, auch im politischen Kontext – und es zeigt sich, dass sie mindestens ebenso oft zu Desinformation und Polarisierung beitragen wie zu Aufklärung und Austausch. Tatsächlich hat sich der Prozentsatz ziviler Widerstandsbewegungen, die ihr Ziel erreichen, seit den 1990er-Jahren von 70 auf 30 Prozent mehr als halbiert.[5] Selbst bei Bewegungen mit konstruktiver und erfolgreicher Social Media-Nutzung ist langfristiger politischer Erfolg keinesfalls vorprogrammiert, wie die Gezi Park-Proteste von 2013 zeigen.[6] Dementsprechend hat auch die euphorische, zeitgenössische Annahme, dass die sozialen Medien ursächlich für den Erfolg der Proteste des Arabischen Frühlings waren und die in Namen wie »Facebook-Revolution« und »Twitter-Protest« zum Ausdruck kam, mittlerweile nur noch wenig Rückhalt.[7] Die allermeisten differenzierten Analysen, die mit etwas zeitlichem Abstand geschrieben wurden, betonen die Präsenz von physischen Protesten in zentralen öffentlichen Räumen als den Dreh- und Angelpunkt, über den politischer Druck aufgebaut und Veränderung erreicht wird.[8]

Das heißt jedoch keineswegs, dass soziale Medien bedeutungslos für die Protestbewegungen waren. Mit der Bedeutung physischer Proteste im Hinterkopf hat

3 Taylor, Chris: Why not call it a Facebook Revolution? In: CNN online, 24.02.2011, https://edition.cnn.com/2011/TECH/social.media/02/24/facebook.revolution/index.html (01.04.2021).

4 DPA: Facebook brachte Proteste in Arabien auf die Straße, in: Welt online, 03.05.2012, https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/computer_nt/article106257003/Facebook-brachte-Proteste-in-Arabien-auf-die-Strasse.html (01.04.2021).

5 Chenoweth, Erica: Why social media isn't the revolutionary tool it appears to be, in: Independent online, 23.11.2016, https://www.independent.co.uk/news/world/politics/social-media-revolution-tech-activists-arab-spring-dictators-a7433476.html (01.04.2021).

6 Odabaş, Meltem/ Reynolds-Stenson, Heidi: Tweeting from Gezi Park. Social Media and Repression Backfire, in: Social Currents 5 (2018) 4, S. 386–406.

7 Shearlaw, Maeve: Egypt five years on: was it ever a ›social media revolution‹? In: The Guardian online, 25.01.2016, https://www.theguardian.com/world/2016/jan/25/egypt-5-years-on-was-it-ever-a-social-media-revolution (01.04.2021).

8 Siehe beispielsweise ebd.; Gerbaudo, Paolo: Tweets and the Streets. Social Media and Contemporary Activism, London 2012; Wolfsfeld, Gadi/ Segev, Elad/ Sheafer, Tamir: Social Media and the Arab Spring: Politics Comes First, in: The International Journal of Press/Politics 18 (2013) 2, S. 115–137.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Martha Crenshaws pointierte Aussage besonderes Gewicht: »Egal wie akut oder weitverbreitet die Unzufriedenheit der Bevölkerung auch sein mag, die Massen erheben sich nicht spontan; es braucht Mobilisierung.«[9] Die Details dieses Prozesses, im Laufe dessen politische Unzufriedenheit zu tatsächlicher politischer Veränderung wird, ist Forschungsgegenstand der Social Movement Theory. Charles Tilly schlägt vor, zwischen vier Schritten zu unterscheiden: 1) vom Interesse an Veränderung zur Organisation (der Kapazität zum kollektiven Handeln); 2) von der Organisation zur Mobilisierung (dem Verfügbarmachen der Ressourcen, die zum kollektiven Handeln nötig sind); 3) von der Mobilisierung zur Gelegenheit (den Wechselwirkungen zwischen der Gruppe und dem Umfeld, das sie beeinflussen will); und 4) von der Gelegenheit zur Handlung (dem kollektiven Verfolgen der gemeinsamen Interessen).[10]

In diesem Beitrag wollen wir untersuchen, welche Funktion genau die sozialen Medien in den verschiedenen Schritten des »Arabischen Frühlings« hatten. Intuitiv erscheint es einleuchtend, dass Plattformen wie Facebook und Twitter – die ja im Wesentlichen Instrumente des Informationsaustauschs und der Kommunikation sind – besonders bei den ersten beiden Schritten eine wichtige Rolle spielen können. Allerdings darf man nicht vergessen, dass es bei diesen Schritten um sehr viel mehr geht als nur darum, möglichst viele Menschen über Treffpunkt und Startzeit für eine Demonstration zu informieren. Protest und politisches Engagement konnte in den Regimen, gegen die sich die Bewegung des »Arabischen Frühlings« richtete, eine gefährliche, potentiell tödliche Aktivität sein. Im besten Fall wurden kritische Kundgebungen hinter Unmengen von Bereitschaftspolizei vom Rest der Bevölkerung isoliert; falls die Proteste in den Augen der Staatsmacht auch nur eine Spur aus dem Ruder liefen, war exzessive Gewalt die gängige Reaktion – stets auch mit dem impliziten Ziel, andere Regimekritikerinnen und -kritiker von weiteren Demonstrationen abzuschrecken. Ungeachtet aller organisatorischen Funktionalität der sozialen Medien war der Schritt vom Computer auf die Straße also ein sehr großer. Wir wollen deswegen eine unkonventionelle Perspektive auf das Thema der Vortragsreihe »Revolutionsangst« einnehmen und insbesondere ergründen, was die Menschen dazu gebracht hat, ihre Angst zu überwinden und sich an dem zu beteiligen, was zur ägyptischen Revolution von 2011 wurde – und wie die sozialen Medien damit zusammenhingen.

Vor allem aber wollen wir aus der Graswurzel-Perspektive nachvollziehen, was junge Ägypterinnen und Ägypter dazu bewegt hat, sich trotz des Risikos den Pro-

9 Crenshaw, Martha: The Logic of Terrorism, in: Origins of Terrorism, hrsg. von Walter Reich, Washington DC 1990, S. 7–24, hier S. 12. Im Original English.
10 Tilly, Charles: From Mobilization to Revolution, Reading 1987, S. 7.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

testen anzuschließen und so zur Mobilisierung der kritischen Masse beizutragen, die für politische Veränderung nötig war. Gerade »ganz normale« Personen, die keine herausgehobene Rolle bei der Organisation innehatten und teilweise erst einige Zeit nach Beginn der Proteste dazustießen, sind dabei von Interesse. Sie hätten mutmaßlich die Möglichkeit gehabt, die Protestbewegung um ihrer Sicherheit willen ohne Gesichtsverlust oder andere soziale Kosten zu verlassen bzw. ihr ganz fernzubleiben – aber sie entschieden sich dennoch anders, obwohl in den achtzehn Tagen des »Arabischen Frühlings« in Ägypten 846 Menschen ums Leben kamen und über 6.000 verletzt wurden.[11] Mittels der Vermittlung uns bekannter Ägypterinnen und Ägypter sind wir, passenderweise über Facebook, an Personen herangetreten, die an den Protesten von 2011 beteiligt waren. Diejenigen, die dazu bereit waren, haben wir anschließend zu ihren Motivationen, Emotionen und Erlebnissen diesbezüglich befragt und sie um Vermittlung weiterer Kontakte gebeten. Dieses Vorgehen ist nicht unkompliziert und recht zeitintensiv – ein weiterer Grund, warum wir uns auf ein Land als Fallstudie beschränken. Unsere Datensammlung hat alle Schwächen, die bei Schneeballverfahren unvermeidbar sind: die Teilnehmerzahl ist klein und die Ergebnisse sind nicht repräsentativ. Im konkreten Fall kommt noch dazu, dass die meisten Ägypterinnen und Ägypter äußerst zurückhaltend damit sind, sich zu politischen Themen zu äußern, selbst wenn der Bezug acht Jahre in der Vergangenheit liegt. Erst nachdem wir uns ausführlich erklärt und authentifiziert hatten, waren die Befragten bereit, unsere Fragen zu beantworten, und das oft auch nur unter Zurückhaltung vieler identitätstragender Details – ein düsteres Zeichen dafür, wie repressiv die politische Lage in Ägypten nach wie vor ist. Für uns bedeutet das, dass wir die Glaubwürdigkeit der Befragten nur schwer verifizieren konnten und uns hauptsächlich auf das Wort der Vermittler verlassen mussten. Trotz dieser Einschränkungen generierte die Befragung interessante Erfahrungsberichte, die sich mit bisherigen Erkenntnissen und einschlägigen Dynamiken decken, und die wir an den entsprechenden Stellen als Illustration zitieren.

2. Die Angst überwinden – Wie es zur Revolution kam

> »Diktatoren herrschen durch Angst. […] Man muss die Angst besiegen. Dann kommt das Regime schnell ins Wanken.«
> Srđa Popović, Mitbegründer der Otpor (Serbien),
> Vorbild für die Bewegung 6. April

11 O.V.: Egypt unrest: 846 killed in protest – official toll, in: BBC online, 19.04.2011, https://www.bbc.com/news/world-middle-east-13134956 (01.04.2021).

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2.1 Das Potential zum Protest

Politischer Aktivismus war in weiten Teilen der arabischen (bzw. persischen) Welt zwar gefährlich, aber keineswegs unbekannt. Tatsächlich gab es auch vor dem »Arabischen Frühling« durchaus Beispiele für erfolgreiche Proteste, die den Menschen in der Region nicht entgangen waren: 2005 zog die syrische Armee nach 29 Jahren de-facto-Besatzung aus dem Libanon ab, nachdem im sogenannten »Aufstand der Unabhängigkeit« (*Intifāḍat al-Istiqlāl*, im Westen als »Zedern-Revolution« bekannt) über Monate hinweg täglich bis zu 25 000 Menschen auf die Straße gegangen waren.[12] 2008 wuchsen die Proteste von Textilarbeitern im ägyptischen Mahalla al-Kubra von einem Lohndisput zu wütenden Anti-Mubarak-Demonstrationen mit 500 000 Teilnehmern an.[13] Auch wenn die Proteste nach einigen Tagen gewaltsam niedergeschlagen und die politischen Forderungen nicht erfüllt wurden, fand sich anlässlich dieses Ereignisses ein Netzwerk von Aktivistinnen und Aktivisten zusammen,[14] das für die Revolution von 2011 eine erhebliche Rolle spielen sollte.

Es stand also schon vor 2011 fest, dass Massenproteste grundsätzlich möglich waren. Zum einen war dafür die wachsende Unzufriedenheit mit den ökonomischen und politischen Verhältnissen verantwortlich, zum anderen aber auch die veränderte Art, in der diese Themen wahrgenommen und diskutiert wurden. Das Internet und die sozialen Medien erlaubten den Menschen, an der (Selbst)Zensur der oft verknöcherten nationalen Medien vorbei ihre Meinungen kundzutun und auszutauschen. Die arabischen Staaten waren der am schnellsten wachsende Markt für Facebook, mit einer 78%-igen Steigerung der Nutzerzahlen allein in 2010. Allerdings unterschieden sich die Zahlen stark von Land zu Land: Am Vorabend des »Arabischen Frühlings« nutzten in den Golfstaaten bis zu 50% der Bevölkerung Facebook (doppelt so viel wie in Deutschland), in Ägypten aber nur 5,5%. Tatsächlich erfuhren die Staaten mit dem höchsten Facebook-Durchdringungsgrad – Libanon, Kuwait, Bahrain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate – relativ wenig Unruhe in 2010/11.[15] Während sich aus den absoluten Zahlen also keine besondere Bedeutung von Facebook ableiten lässt, zeichnet der relative Anteil von Social-Media-Nutzern an den Protesten ein differenzierteres

12 Noueihed, Lin/ Warren, Alex: The Battle for the Arab Spring. Revolution, Counter-Revolution and the Making of a New Era, Padstow 2012, S. 58.
13 Armbruster, Jörg: Der Arabische Frühling. Als die arabische Jugend begann, die Welt zu verändern, Frankfurt a. M. 2011, S. 46.
14 Knickmeyer, Ellen: Fledgling Rebellion on Facebook Is Struck Down by Force in Egypt, in: Washington Post online, 18. 05. 2008, http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/05/17/AR2008051702672.html?nav=rss_print/asection (15. 08. 2019).
15 Noueihed/ Warren, The Battle for the Arab Spring, S. 54ff.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Bild: Zwar sind repräsentative Aussagen über die Beteiligten schwierig, die belastbarsten Zahlen besagen aber, dass 42 % der Demonstrantinnen und Demonstranten in Kairo Facebook nutzten – ein Vielfaches des landesweiten Durchschnitts. 16 % nutzten Twitter, im Vergleich zu winzigen 0,15 % der Gesamtbevölkerung. Im Herzen der Proteste waren die Nutzer sozialer Medien also deutlich überrepräsentiert.[16]

Da soziale Medien speziell bei jungen Menschen populär sind, könnte man vermuten, dass die Überrepräsentation von Social-Media-Nutzern bei den Protesten nur ein Nebeneffekt der Tatsache war, dass sich dort vor allem junge Männer und Frauen sammelten. Diese Überlegung verkennt aber, dass die ägyptische Gesellschaft buchstäblich mehrheitlich aus jungen Menschen besteht: 51 % der Ägypter sind 24 oder jünger (in Deutschland sind es – zum Vergleich – 24 %). Der Altersunterschied zwischen Demonstranten und Gesamtbevölkerung ist also alleine nicht groß genug, um die Häufung von Social-Media-Nutzern zu erklären. Der demographische Druck von dutzenden Millionen junger Menschen war aber sehr wohl ein Teil der Motivation, die sie 2011 – und teilweise früher – auf die Straße trieb. Jedes Jahr drängten geburtenstarke Jahrgänge auf einen Arbeitsmarkt, der ihnen wenig bis gar nichts zu bieten hatte. Die Jugendarbeitslosigkeit in Ägypten lag bei 25 %, inoffiziell sehr wahrscheinlich noch erheblich höher (Deutschland 2011: 9 %). Dieser Zustand bringt natürlich ökonomische Unsicherheit mit sich, hat in Ägypten und anderen arabischen Ländern, in denen die Situation ganz ähnlich ist, aber noch weiterreichende soziale Konsequenzen: Die Möglichkeit, eine Wohnung zu mieten und eine Familie zu ernähren, ist oft eine Vorbedingung, um auf dem Heiratsmarkt erfolgreich zu sein. Die Ehe wiederum wird in weiten Kreisen der Gesellschaft nach wie vor als elementarer Bestandteil einer »soliden« Existenz und als einziger Zugang zu einem sozial akzeptierten Sexual- und Familienleben gesehen.

Der verheerende Zustand des Arbeitsmarktes hat diverse Ursachen, die zusammen eine Art Teufelskreis bilden. Mit Ausnahme von Bahrain haben alle am »Arabischen Frühling« beteiligten Staaten eine Vergangenheit als sozialistische Staaten. Politisch haben sich diese Staaten allerdings zu patrimonialen Systemen weiterentwickelt – sprich, die formalen Strukturen blieben erhalten, die Alleinherrscher stützten sich aber auf informelle Machtfaktoren, z. B. Militär, Sicherheitsdienste und einflussreiche Vertraute. In derartigen Systemen haben die Mächtigen einen Anreiz, die Positionen unter ihnen mit loyalen Personen zu besetzen, während Aufstiegskandidaten einen Anreiz haben, den Mächtigen gegen-

16 Gerbaudo, Tweets and the Streets, S. 49.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

über loyal zu sein. Die Arbeitsergebnisse an sich haben dagegen nur eine sekundäre Bedeutung. Das Resultat sind inkompetent geführte staatliche Institutionen und politisch beeinflusste (vermeintliche) Privatunternehmen, die sich durch Nähe zur Macht Vorteile verschaffen können, oder andersherum erhebliche Probleme mit Steuer-, Justiz- und Arbeitsschutzbehörden riskieren, wenn sie sich diesem System entziehen wollen. Korruption – die formell natürlich stets illegal ist – dient als eine Art Loyalitätsversicherung, die die beiden schuldigen Parteien aneinanderbindet.

Diese Umstände legen allen Unternehmern, die nicht über politische Verbindungen oder das Geld verfügen, um sich Zugang zu verschaffen, fast unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Kleinunternehmen, Start-Ups, Innovatoren und ähnliche Akteure, die in anderen Verhältnissen zu einer funktionierenden Wirtschaft beitragen und Arbeitsplätze schaffen würden, haben in Staaten wie Ägypten kaum eine Chance. Das Ergebnis ist eine schlechte Wirtschaftsleistung und eine verheerende Arbeitslosigkeit, was die Regierung regelmäßig zu einer vermeintlich bewährten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme zwang: der Staatsdienst wurde aufgebläht. Während in Deutschland die öffentliche Hand für 12,9 % aller Beschäftigten aufkommt, sind es in Ägypten 26,3 %.[17] Eliminiert man Selbstständige, Mitwirkende in Familienbetrieben und beschränkt die Analyse auf Beschäftigte, die ein Gehalt beziehen, sind es sogar ganze 50 %.[18] Die schlechte Wirtschaftslage führt zu knappen Staatsfinanzen, die in Verbindung mit den Unmengen an Staatsbediensteten wiederum ein eher mageres Gehalt für den Einzelnen bedingen, zumindest was die breite Masse angeht. Staatsbedienstete haben allerdings eine gewisse Macht über die Bürgerinnen und Bürger, mit deren Anliegen sie betraut sind. Diese Kombination ist ein fruchtbarer Nährboden für Korruption im Alltag. Das betrifft quasi alle Lebensbereiche, von Bildung über medizinische Versorgung bis hin zum Beantragen von Ausweispapieren – und nicht zuletzt erhöht Korruption die Geschäftskosten massiv. (Potentielle) Unternehmer haben also umso größere Schwierigkeiten, ihr Geschäft zu etablieren und gewinn-

17 ILOSTAT: Public Employment by Sector and Sub-sector of National Accounts, in: International Labour Organization Website (2019),
https://www.ilo.org/ilostat/faces/oracle/webcenter/portalapp/pagehierarchy/Page27.jspx;ILOSTATCOOKIE=6I-90DMPbcBhTI_IVtfXzBPtH04HPqdkB5aJq7N2DAw1jXNoeGc0!-612270756?indicator=PSE_TPSE_GOV_NB&subject=EMP&datasetCode=A&collectionCode=YI&_adf.ctrl-state=17m2i1zor1_142&_afrLoop=32640963335332 24&_afrWindowMode=0&_afrWindowId=null#!%40%40%3Findicator%3DPSE_TPSE_GOV_NB%26_afrWindowId%3Dnull%26subject%3DEMP%26_afrLoop%3D32640963335332 24%26datasetCode%3DA%26collectionCode%3DYI%26_afrWindowMode%3D0%26_adf.ctrl-state%3Dfhd9uy93n_4 (23. 09. 2019).

18 Bremer, Jennifer: Challenges to Governance Reform and Accountability in Egypt, in: Public Administration and Policy in the Middle East, hrsg. von Alexander R. Dawoody, New York et al. 2015, S. 83 – 102, hier S. 84.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bringend zu unterhalten, was Wirtschaft und Arbeitsmarkt weiter lähmt…womit sich der Teufelskreis fortsetzt.

Diese Dynamik ist über Jahrzehnte gewachsen und wohlbekannt. Der Internationale Währungsfond setzte sich deswegen in den 2000er Jahren nachdrücklich für eine Liberalisierung ein, um die ägyptische Wirtschaft anzukurbeln. Dies kam einer Reihe von Investoren sehr gelegen: Die Golfstaaten nahmen während des Ölpreisbooms von 2004 bis 2008 Unsummen ein, für die sie Anlagemöglichkeiten suchten. Besonders in den Immobilienmarkt der arabischen Nicht-Erdöl-Staaten flossen erhebliche Investitionen. Diese Entwicklung machte sich auf dem Papier sehr gut, in der Realität zirkulierte das Geld aber vor allem in den beschriebenen Schattenstrukturen, anstatt der Gesamtwirtschaft zugutezukommen. Während eine kleine Gruppe von Personen mit den richtigen Positionen und/oder Beziehungen ungeheuer reich wurde, vergrößerte sich für die Mehrheit der Bevölkerung lediglich die Wohnungsnot aufgrund von spekulativen Immobiliengeschäften.[19] Als der Ölpreis im Zuge der globalen Wirtschaftskrise von 2008 in den Keller fiel, gingen viele dieser Investitionsprojekte in die Insolvenz – Bauprojekte (sofern es denn tatsächlich welche gab) wurden zu Bauruinen und Arbeitsplätze gingen verloren.[20] Mit der Erholung des Ölpreises in den Jahren bis 2011 stiegen auch die Betriebskosten für Agrarwirtschaft (zum Beispiel für Kunstdünger und Treibstoff), was sich in den Nahrungsmittelpreisen niederschlug – eine Entwicklung, die durch den weltweiten Boom von Biotreibstoff zusätzlich verschärft wurde. In der Vergangenheit hatte der ägyptische Staat Verteuerungen auf dem Weltgetreidemarkt durch Subventionen abgedämpft; mit wachsender Bevölkerung und einem gleichzeitig wachsenden Schuldenberg geriet diese Praxis allerdings an ihre Grenzen.

In den Jahren vor der Revolution von 2011 wirkten in Ägypten also eine Reihe von Dynamiken, die nicht neu waren, die sich aber gegenseitig potenzierten und die Situation der Bevölkerung stetig verschlechterten: ein Mangel an Arbeitsplätzen, grassierende Korruption, soziale Ungleichheit und steigende Lebenshaltungskosten. Die medialen Debatten darüber hatten die restriktiven Debatten der offiziellen Politik weit hinter sich gelassen und dabei enthüllt, wie erstarrt das politische System des Landes war. Kurzum: Das Potential zum Protest war erheblich.

19 Noueihed/ Warren, The Battle for the Arab Spring, S. 27–33.
20 Ebd., S. 40.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

2.2 Die Motivation zum Protest

Vor dem Hintergrund der bedrückenden Umstände ist es nicht überraschend, dass es in Ägypten einen signifikanten Drang zu politischem Aktivismus gab, obwohl der Staat sich bemühte, diese Bemühungen entweder zu unterbinden oder in systemtreue Strukturen wie zum Beispiel die Gewerkschaften umzulenken. Viele politisch interessierte Menschen waren allerdings sehr kreativ darin, die sich bietenden Freiräume zu nutzen. Im Jahr 2000 und 2003 schätzte die ägyptische Regierung es als vorteilhaft ein, authentische öffentliche Meinungsbekundungen zuzulassen, die ihre Haltung für die zweite Intifada bzw. gegen den Irakkrieg stützten. Im Rahmen dieses tolerierten Aktivismus griffen einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer aber schnell auch innenpolitische Themen auf und gründeten die Kifāya-Bewegung (Arabisch für »Genug!«). Die Gruppe begann mit offenen Briefen und Forderungskatalogen, probierte sich aber schnell auch an Massenmobilisierung, also dem zweiten von Charles Tillys vier Schritten zum kollektiven Handeln. Anlässlich der Präsidentschaftswahlen 2005 brachte Kifāya immerhin 2.000 Demonstrierende auf die Straßen vor dem Verfassungsgericht in Kairo.

Während Kifāya explizit politisch war,[21] entfalteten wirtschaftlich-zentrierte Proteste in der Regel mehr Mobilisierungspotential bei der breiten Masse der Bevölkerung. Die Verknüpfung dieser beiden Aspekte bedeutete einen erheblichen Fortschritt für die Massentauglichkeit der sich formierenden Oppositionsbewegung. Ein Meilenstein dieser Entwicklung waren die Streiks in Mahalla al-Kubra, circa 100 km nördlich von Kairo. Während die Streiks von der Arbeiterschaft der lokalen Textilfabriken getragen wurden, der die stagnierenden Löhne und steigenden Lebenshaltungskosten schwer zusetzten, machten die urbanen Aktivisten die Vorgänge in Mahalla al-Kubra landesweit bekannt und generierten Unterstützung. Zu diesem Zweck gründeten sie die »Jugendbewegung 6. April« *(Harakat Šabāb 6 Abrīl)*, meistens nur »Bewegung 6. April« genannt. Diese neue Bewegung vereinte Impulse aus unterschiedlichen Richtungen, so fanden sich unter ihren Gründern z. B. Mitglieder von Kifāya oder den marginalisierten liberalen Oppositionsparteien. Ihr Logo – die erhobene weiße Faust auf schwarzem Grund – wiederum wurde von der serbischen Organisation Otpor (»Widerstand!«) übernommen, über die einige der ägyptischen Aktivisten Ausbildung in gewaltlosen Widerstandstechniken bezogen hatten.[22] Facebook wurde zur Hauptplattform für

21 Ihr Hauptanliegen war es, eine Übergabe der Macht von Vater Hosni Mubarak an seinen Sohn Gamal Mubarak zu verhindern.
22 Gelvin, James: The Arab Uprisings. What everyone needs to know, New York 2012, S. 54.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

die »Bewegung 6. April«, mittels der die Aktivisten versuchten, einen Solidaritätsstreik für die Textilarbeiter in Mahalla al-Kubra zu organisieren. Während dieses konkrete Vorhaben nur von wenig Erfolg gekrönt war, wurde die Facebook-Gruppe innerhalb kurzer Zeit sehr populär und zog über 70 000 Mitglieder an, von denen viele sich das erste Mal mit politischem Aktivismus auseinandersetzten.[23]

2.000 Demonstrantinnen und Demonstranten oder 70 000 Gruppenmitglieder auf Facebook in einem Land mit 80,9 Millionen Menschen sind absolut betrachtet natürlich verschwindend geringe Zahlen. Dennoch darf die symbolische Bedeutung dieser Anfänge nicht unterschätzt werden: Kifāya bewies, dass Proteste gegen Mubarak möglich waren, und die »Bewegung 6. April« etablierte die Praxis, Aktivitäten online zu koordinieren, wie der Aktivist Aiman Nūr zusammenfasst.[24] Auch die von uns befragten Demonstrantinnen und Demonstranten hatten diese Entwicklungen nicht vergessen. Danach gefragt, wie es seiner Meinung nach zur Revolution gekommen sei, antwortete R.A. (männlich):

> »Wegen der Veränderungen, die in 2008 stattgefunden haben. Mubarak wurde schwächer und das war offensichtlich, er wurde in vielen Zeitungen kritisiert. Wir haben die Proteste für die Muslimbrüder in 2010 und 2011 gesehen. […] Politischer Aktivismus wie der von Kifāya oder 6. April und später von der National Association for Change und der Opposition sind alle zusammengekommen und haben die Proteste und den zivilen Ungehorsam gestärkt.«

Der Online-Aktivismus verstetigte sich in den Monaten und Jahren nach dem April 2008. Rund um die Facebook-Gruppe »Bewegung 6. April« entstand ein ganzes Ökosystem von Blogs, Gruppen, Foren und Websites. Dies ist exemplarisch für den Zusammenhang von Internet und Realität: Die Masse von Aktivitäten auf sozialen Medien folgt auf politische Ereignisse anstatt ihnen vorauszugehen.[25] Die Folgen des einen Ereignisses können allerdings ein anderes vorbereiten. Tatsächlich war die Vorphase der Revolution bereits angebrochen, ohne dass es jemandem bewusst gewesen wäre. Das Regime verließ sich derweil auf die alten Methoden gegen die alten Gegner: Die Muslimbruderschaft, deren formal parteilose Kandidaten bei den Parlamentswahlen 2005 20 % der Mandate gewonnen hatten, verloren bei den Wahlen 2010 87 ihrer 88 Sitze, nachdem hinter den Kulissen die Wahlgesetze »angepasst« worden waren.[26]

23 Wolman, David: Cairo Activists Use Facebook to Rattle Regime, in: Wired.com, 20. 10. 2008, https://www.wired.com/2008/10/ff-facebookegypt/ (01. 04. 2021).
24 Gerbaudo, Tweets and the Streets, S. 54.
25 Eltantawy, Nahed/ Wiest, Julie B.: Social Media in the Egyptian Revolution: Reconsidering Resource Mobilization Theory, in: International Journal of Communication 5 (2011), S. 1207–1224; Wolfsfeld/ Segev/ Sheafer, Social Media and the Arab Spring.
26 Noueihed/ Warren, The Battle for the Arab Spring, S. 106 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Während die Opposition in den klassischen Machträumen wie den Parlamenten also weitestgehend kleingehalten wurde, vermittelten die Online-Plattformen den Oppositionellen ein Gefühl für die Zahl ihrer Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Sich als Teil einer Gruppe wahrzunehmen, führt zu einem psychologischen Effekt, der es wahrscheinlicher erscheinen lässt, dass gemeinsame Anstrengungen erfolgreich sind (»Strength in Numbers«) und keine negativen Konsequenzen für den Einzelnen mit sich bringen werden (»Safety in Numbers«).[27] Dieser Effekt ist vor allem aus der realen Welt bekannt (und spielte bei den Protesten im Januar 2011 – wie bei eigentlich allen Protesten – eine große Rolle), es liegt aber nahe, dass er auch in digitalen Gruppen wirkt.[28] Außerdem gewöhnte der freie Meinungsaustausch in den gleichgesinnten Online-Gemeinschaften besonders Neuzugänge zur Oppositionsbewegung daran, harsche Kritik bis hin zur Systemfrage an den Staat und die Regierung zu formulieren – dieser Gewöhnungseffekt (»Habituation«)[29] trug ebenfalls dazu bei, die Hemmschwelle zum Realwelt-Aktivismus zu senken.

Die Wahrnehmung, in der Gruppe geschützt zu sein und ungefährdet politischen Aktivismus betreiben zu können, wurde durch die sozialen Medien potenziert, aber die Wirklichkeit konnte eben doch eine andere sein. Am 6. Juni 2010 wurde in Alexandria der populäre Blogger Khalid Said von zwei Mitarbeitern der Geheimpolizei aus einem Internetcafé gezerrt und auf offener Straße brutal zu Tode geprügelt. Said hatte auf seinem Blog immer wieder Videos geteilt, die Brutalität und Fehlverhalten von Sicherheitskräften zeigen, darunter anscheinend auch Aufnahmen, die die beiden Polizisten bei Drogendeals zeigten.[30] Kurz nach seinem Tod wurden schwer erträgliche Bilder von Saids entstelltem Gesicht öffentlich, die bei vielen Menschen emotionale Reaktionen auslösten: »Viele Leute, so wie ich, haben erst angefangen, sich zu interessieren, nachdem sie das Foto von Khalid Saids Gesicht gesehen haben, das so brutal war. Ich habe manchmal wirklich gedacht, dass das auch mit mir passieren könnte«, wie ein junger Kairoer Student sagt.[31] Diese Aussage deutet eine entscheidende Dynamik an, denn es erscheint intuitiv einleuchtend, dass die Wahrnehmung »Das könnte auch mir pas-

27 Park, Ernest S./ Hinsz, Verlin B.: »Strength and Safety in Numbers«: A Theoretical Perspective on Group Influences on Approach and Avoidance Motivation, in: Motivation and Emotion 30 (2006) 2, S. 135 – 142; Noueihed/ Warren, The Battle for the Arab Spring, S. 55 f.

28 Adams, Rebecca: Does Belonging to an Online Community Inspire Change? In: Website des Samuel Centre for Social Connectedness, https://www.socialconnectedness.org/does-belonging-to-an-online-community-inspire-change/ (01. 04. 2021).

29 Shpancer, Noam: Overcomning Fear: The Only Way Out Is Through, in: Psychology Today, 20. 09. 2010, https://www.psychologytoday.com/us/blog/insight-therapy/201 009/overcoming-fear-the-only-way-out-is-through (01. 04. 2021).

30 O.V.: Egypt police jailed over 2010 death of Khaled Said, in: BBC online, 03. 03. 2014, https://www.bbc.com/news/world-middle-east-26 416 964 (01. 04. 2021).

31 Zitiert nach: Gerbaudo, Tweets and the Streets, S. 55. Im Original Englisch.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

sieren« eigentlich zu mehr Angst führen sollte anstatt zu weniger. Es war ja genau das Kalkül der Polizeigewalt, unbequeme politische Meinungsäußerung im öffentlichen Raum abzuschrecken. Während der Tod von Khalid Said in einzelnen Fällen diese Wirkung gehabt haben mag, war der überwiegende Effekt aber ein anderer. Für die Aktivistinnen und Aktivisten in den sozialen Medien wurden Saids Tötung und seine Misshandlungen zu einem Sammel- und Schlachtruf, der in der Facebook-Seite »Kulnā Ḫālid Saʿīd« zum Ausdruck kam – »Wir sind alle Khalid Said«.

Die Dynamik um Saids Tod und die spätere Facebook-Seite ist exemplarisch für den wahrscheinlich entscheidendsten psychologischen Faktor, den eine Ägypterin uns gegenüber pointiert zum Ausdruck brachte: »Meine Wut war stärker als meine Angst«[32]. Die Emotionen Angst und Wut liegen nahe beieinander, äußern sich physiologisch sehr ähnlich, sind leicht zu verwechseln und können sich wechselseitig hervorrufen. Gerade dass Angst Wut auslöst, ist ein bekannter Prozess mit vielfältigen Gründen, der im politischen Kontext sehr relevant ist.[33] Denn auch wenn sich die beiden Emotionen in einigen Aspekten ähneln, sind sie sehr unterschiedlich, was ihre handlungsleitende Wirkung betrifft. Wütende Menschen schätzen ihre Handlungsaussichten optimistischer ein, sind zielorientierter und empfinden unter gewissen Umständen ihren emotionalen Zustand als positiv – sprich sie sind motiviert und präpariert, das Ziel ihrer Wut zu konfrontieren, während bei Angst das Gegenteil der Fall ist.[34] Neuere Studien haben bisherige theoretische Schlussfolgerungen bestätigt und ergeben, dass wütende Menschen in ihrem Online-Verhalten gleichgesinnte Gemeinschaften und bestätigende Informationen (sogenannte Echokammern) bevorzugen, wodurch sich ihre politischen Positionen weiter festigen – bei ängstlichen Menschen gilt wiederum das Gegenteil.[35] Man kann also annehmen, dass das Ökosystem oppositionellen Online-Aktivismus wütende Menschen anzog und erstmals an politisches Engagement heranführte, die Emotionen und Überzeugungen wütender Mitglieder validierte und festigte und – vielleicht am wichtigsten – über den Effekt der Gefühlsanste-

32 N.M. (weiblich).

33 Thagard, Paul: How Fear Leads to Anger, in: Psychology Today, 09.11.2018, https://www.psychologytoday.com/intl/blog/hot-thought/201811/how-fear-leads-anger (01.04.2021); Weiss, Avrum: Men's Anger Might Mask Fear, in: Psychology Today, 16.09.2018, https://www.psychologytoday.com/intl/blog/fear-intimacy/201809/mens-anger-might-mask-fear (01.04.2021).

34 Lerner, Jennifer S./ Keltner, Dacher: Fear, Anger, and Risk, in: Journal of Personality and Social Psychology 81 (2001) 1, S. 146–159; Rodgers, Joann Ellison: Go Forth in Anger, in: Psychology Today, 11.03.2014, https://www.psychologytoday.com/us/articles/201403/go-forth-in-anger (01.04.2021).

35 Wollebæk, Dag/ Karlsen, Rune/ Stehen-Johnsen, Kari/ Enjolras, Bernard: Anger, Fear, and Echo Chambers: The Emotional Basis for Online Behavior, in: Social Media + Society 5 (2019) 2, bislang nur online veröffentlicht.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ckung (»Emotional Contagion«[36]) die Angst etlicher Mitglieder in Wut transformierte. Alle diese Dynamiken trugen dazu bei, dass die exzessive Brutalität der Staatsgewalt begann, ihre abschreckende Wirkung auf viele Menschen zu verlieren.

Die mobilisierende Wirkung von Wut tritt allerdings nicht in jedem Fall ein; sie hängt von der Erwartung ab, den Grund der Wut tatsächlich überwinden zu können.[37] Wael Ghonim, der Schöpfer und Administrator der Facebook-Seite »Wir sind alle Khalid Said«, und andere Schlüsselfiguren gaben sich deswegen Mühe, die heftigen Emotionen in konstruktive Bahnen zu lenken und in konkrete Aktionen umzusetzen. Während dies im digitalen Raum gut funktionierte, waren die Versuche in der realen Welt zunächst zögerlich. Die hauptsächliche Protestform waren sogenannte »Silent Stands«, bei denen eine Gruppe von Menschen im öffentlichen Raum über längere Zeit stillsteht, manchmal während sie Regierungsgebäuden oder Bildern von Politikern demonstrativ den Rücken zudrehen.[38] Dieses Vorgehen, das am häufigsten mit den türkischen Taksim-Platz-Protesten von 2013 assoziiert wird, ist betont passiv, um den Sicherheitskräften keinen Vorwand zur Gewaltanwendung zu geben. Obwohl verständlicherweise eine gewisse Furcht vor den Sicherheitskräften blieb, hatte die Online-Opposition mit Polizeibrutalität das emotionsbehaftete, klassen- und altersübergreifende Thema gefunden, das eine Vielzahl von Menschen mobilisieren konnte. Auf der Facebook-Seite »Wir sind alle Khalid Said« kam deswegen die Idee auf, die vorsichtigen Silent Stands hinter sich zu lassen und einen großen, landesweiten Protest für den 25. Januar 2011, den alljährlichen »Tag der Polizei«, zu organisieren.

2.3 Der Anlass zum Protest

Die Pläne für eine Massenkundgebung am »Tag der Polizei« bekamen einen unerwarteten, aber immens wichtigen Schub aus dem Nachbarland: Am 17. Dezember 2010 hatte sich der 26-jährige tunesische Gemüsehändler Mohamed Bouazizi aus Protest und Verzweiflung wegen staatlicher Willkür und seiner wirtschaftlichen Lage selbst in Brand gesetzt. Weitere ähnliche Fälle folgten und lösten wütende Kundgebungen aus, die sich vom tunesischen Hinterland in die Städte ausbreiteten. Mitte Januar herrschten fast bürgerkriegsähnliche Zustände,

36 Hatfield, Elaine/ Cacioppo, John T./ Rapson, Richard L.: Emotional Contagion, in: Current Directions in Psychological Science 2 (1993) 3, S. 96 – 99.
37 Rodgers, Go Forth in Anger.
38 Gerbaudo, Tweets and the Streets, S. 60.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Zehntausende gingen auf die Straße, die Sicherheitskräfte setzten Schlagstöcke, Tränengas und öfters auch Schusswaffen ein. Am 14. Januar 2011 verließ Präsident Ben Ali das Land, nachdem er 24 Jahre im Amt gewesen war und als ähnlich unüberwindlich gegolten hatte wie Mubarak. Die Motivationsschub, den die tunesische Revolution den ägyptischen Aktivisten und Aktivistinnen gab, ist kaum zu überschätzen. Einer unser Interviewpartner beantwortete die Frage nach den Gründen für Revolution eindeutig mit: »Vergiss alle Verschwörungstheorien; die Antwort ist Tunesien. Die Idee, dass es eine Möglichkeit war, Ben Ali tatsächlich zu stürzen, hat uns dazu motiviert, auf Veränderung zu drängen, egal was danach passiert.«[39]

Die Wirkung der tunesischen Revolution beschränkte sich aber nicht nur auf den Beweis, dass ein Umsturz möglich ist. Die ägyptischen Aktivistinnen und Aktivisten, die über die sozialen Medien mit ihren tunesischen Pendants eng vernetzt waren,[40] nahmen sich auch etliche Details der Proteste zum Vorbild. Hausmittel wie Zwiebel und Essig im Gesicht verrieben gegen den Effekt von Tränengas oder Coca-Cola zum Auswaschen von Pfefferspray sind Beispiele für tunesische Innovationen, die sich die ägyptischen Demonstrantinnen und Demonstranten aneigneten.[41] Ob diese Mittel funktionieren, sei dahingestellt – psychologisch ist das Vertrauen in (vermeintlich oder tatsächlich) erprobte Methoden ebenso wie die Bezugnahme auf Vorbilder aber in jedem Fall ein wichtiger Faktor bei der Überwindung von Angst.[42]

Sowohl die eigenen Erfahrungen aus Jahren des Aktivismus als auch die aus Tunesien flossen in die Planung des landesweiten Protestmarsches ein, der den Namen »25. Januar – Revolution gegen Folter, Korruption, Arbeitslosigkeit und Ungerechtigkeit« tragen sollte. Ein Teil der Planung fand im Internet statt; je näher der 25. Januar rückte, desto konkreter lässt sich aber ein Planungsgremium identifizieren, das hauptsächlich offline tätig war. Zu diesen Organisatoren und Organisatorinnen zählten Mitglieder der »Bewegung 6. April« und der National Association for Change, einige sozialistische Aktivisten und auch junge Dissidenten der Muslimbruderschaft. Bei der Erstellung der Planung war den aktivismuserfahrenen Beteiligten klar, dass mit den Social-Media-Aktivistinnen und -Aktivisten alleine keine echten Massenproteste zu machen waren. Der über das

39 M.Y. (männlich).
40 Eltantawy/ Wiest, Social Media in the Egyptian Revolution.
41 Noueihed/ Warren, The Battle for the Arab Spring, S. 108; Palmer, Brian: Numb and Coke, in: Slate, 07.02.2009, https://slate.com/news-and-politics/2011/02/tear-gas-and-coke-can-the-protesters-in-egypt-really-protect-themselves-with-soda.html (01.04.2021); Armbruster, Der arabische Frühling, S. 21.
42 Kugel, Uri/ Hausman, Catherine/ Black, Laurie/ Bongar, Bruce: Psychology of Physical Bravery, in: Oxford Handbooks Online, 06.07.2017, https://www.oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780199935291.001.0001/oxfordhb-9780199935291-e-36 (01.04.2021).

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Internet mobilisierte Personenkreis sollte die kritische Masse bilden und sich an mehreren Orten in Kairo und anderen Städten zu Initialdemonstrationen versammeln, um dann in einem Sternmarsch in Richtung Stadtzentren zu ziehen. Die Routen wurden ganz bewusst nicht entlang der Hauptstraßen, sondern durch Wohnstraßen gelegt, mit einem besonderen Schwerpunkt auf ärmere Stadtviertel wie zum Beispiel den Kairoer Bezirk Imbaba. So sollte möglichst vielen Menschen die Gelegenheit gegeben werden, den Protest zu sehen und sich spontan anzuschließen[43] – der dritte Schritt in Charles Tillys Modell kollektiven Handelns.

Um sicherzugehen, dass die notwendige kritische Masse für die Initialdemonstrationen erreicht werden würde, kontaktierte das Organisationsgremium gezielt andere Gruppen und lud sie zur Mitwirkung ein. Die Muslimbruderschaft lehnte zunächst ab und stellte sich erst nach einigen Tagen hinter die Proteste. Zur Teilnahme bereit waren dagegen die Ultras – fanatische Fußball-Fans – der beiden großen ägyptischen Clubs Al-Ahlī und Az-Zamalek. Die Teilnahme dieser straßenkampferfahrenen und zutiefst polizeifeindlichen Männer trug ganz entscheidend dazu bei, dass die Protestmärsche der ersten Tage sich den Sicherheitskräften widersetzen konnten.[44]

Der 25. Januar war also sehr gut durchgeplant,[45] aber die Sorge der Aktivistinnen und Aktivisten war dennoch groß. Veranstaltungen, die über das Internet organisiert werden, haben eine notorisch hohe No-Show-Rate – sprich Zusagen, die nicht eingehalten werden. Das Misstrauen in die Zuverlässigkeit der anderen Nutzer war auf den sozialen Medien mit Händen zu greifen. Um die Reihen geschlossen zu halten, wurde auf den letzten Metern durchaus auch sozialer Druck auf potentielle Abweichler aufgebaut. Eine prominente Aktivistin, Asmaa Mafhouz, zielte zum Beispiel auf die traditionellen Geschlechternormen und männlichen Stolz ab, als sie schrieb: »Wenn du dich für einen Mann hältst, komm am 25. Januar mit mir. Wer sagt, Frauen sollten nicht zu Protesten gehen, weil sie dort geschlagen werden – lasst ihn etwas Ehre und Männlichkeit haben und am 25. Januar mit mir kommen.«[46] Und Wael Ghonim nannte einen Zweifler fast geradeheraus einen Feigling:

> »Eine Person hat entschieden, morgen nicht teilzunehmen; er sitzt vor seinem Computer und schreibt Kommentare auf Facebook: ›Die Leute sind Feiglinge und niemand wird

43 Gerbaudo, Tweets and the Streets, S. 61–65.
44 Zikry, Fareeda M.: Ultras in Egypt: The Power of Organized Soccer Fans and their Political Influence on the 2011 Egyptian Revolution and Post Revolution Area, Honors Thesis, University of North Carolina, Mai 2015; Gerbaudo, Tweets and the Streets, S. 61–65.
45 Der Prozess systematischer Planung kann ebenfalls einen angstlösenden Effekt haben. Neuman, Fredric: Planning vs. Worrying, in: Psychology Today, 04.12.2016, https://www.psychologytoday.com/us/blog/fighting-fear/201612/planning-vs-worrying (01.04.2021).
46 Zitiert nach: Gerbaudo, Tweets and the Streets, S. 63. Im Original Englisch.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

> wirklich mitmachen‹ … wie ich schon gesagt habe, in der Psychologie gibt es ein Phänomen, das Projektion genannt wird…du hast ein Problem: um die Gewissensbisse zu vermeiden, erzählst du dir selbst, dass alle anderen Feiglinge sind…unglücklicherweise, mein Freund, bin ich kein Feigling, ich werde am 25. Januar demonstrieren.«[47]

Am Vorabend des 25. Januar 2011 wirkten also, wie in diesem Abschnitt beschrieben, eine Reihe von Faktoren auf die Aktivistinnen und Aktivisten, die ihnen halfen, ihre Angst zu überwinden. Einige dieser Entwicklungen fanden über Jahre hinweg statt, andere beschränkten sich auf die letzten Monate oder Wochen vor der Revolution. Um die Komplexität zu reduzieren, lassen sie sich auf sieben Faktoren reduzieren: 1) die allmähliche Gewöhnung an Protest und systemkritische Tabubrüche (oft online); 2) der angstlösende und motivierende Effekt der Mitgliedschaft in einer Gruppe, deren Größe durch die sozialen Medien erstmals sichtbar wurde; 3) die Transformation von Angst zu Wut; 4) die Kanalisation der Wut in zielorientierte Aktionen; 5) die tunesischen Vorbilder; 6) das Vertrauen in Abläufe, Vorbereitung und Planung; sowie 7) der disziplinierenden Effekt von Gruppenzwang.

2.4 Der Protest

Der 25. Januar 2011 bewies, dass sich Online-Aktivismus – die richtigen Vorbereitungen und Bedingungen vorausgesetzt – doch auf die reale Welt übertragen lässt. Die einzelnen Initialdemonstrationen variierten in ihrer Stärke von immerhin 700 zu mehreren Tausend Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Diese Menschen waren im Wesentlichen wegen des Internets da, dessen relative Bedeutung für die Proteste allerdings von diesem Moment an abnahm. Der Plan, dass Anwohner und Anwohnerinnen sich spontan den Protesten anschließen, ging auf; die Märsche in Kairo und Alexandria schwollen schnell auf 50 000 beziehungsweise 20 000 Personen an. Einige dieser Märsche wurden von der Polizei gestoppt, andere erreichten jedoch wie geplant die Innenstädte.[48] Zeitzeugen und -zeuginnen beschreiben das Gefühl, gemeinsam mit anderen tätig zu werden, um ihren Unmut öffentlich kundzutun, als ungeheuer energetisierend:

47 Zitiert nach: Ebd..

48 Noueihed/ Warren, The Battle for the Arab Spring, S. 107 f.; Gerbaudo, Tweets and the Streets, S. 64 – 66; o.V.: Egyptians test Tunisia's Twitter revolution, in: Vancouver Sun online, 26. 01. 2011, https://web.archive.org/web/20121110110851/http://www.canada.com/vancouversun/news/editorial/story.html?id=548de2b9 – 7d46 – 440c-8ac1-c4f6fcee37f2 (01. 04. 2021).

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

»Ich habe mich rebellisch und wagemutig gefühlt. Ich wollte mich als Bürger nicht mehr erniedrigt fühlen.«[49]
»Ich habe gefühlt, dass ich von Bedeutung bin, dass ich Veränderung bewirken kann. Es hat sich so richtig angefühlt. Es hat mich ermächtigt.«[50]
»Jeder war mit der Situation unzufrieden, aber die Zahlen haben den Unterschied ausgemacht. Niemand wäre alleine gegangen.«[51]

Das Vertrauen in die Fähigkeit, die eigene Situation und Umwelt den eigenen Vorstellungen gemäß zu gestalten, wird als Selbstwirksamkeit oder Agency bezeichnet. Politischer Aktivismus ist ein gängiger Zugang zu Selbstwirksamkeit, wie es in dem Satz »Es hat mich ermächtigt« zum Ausdruck kommt. Das Gefühl von Selbstwirksamkeit wirkt sich positiv auf das psychologische Wohlergehen aus,[52] dementsprechend wurde in Studien bei Aktivistinnen und Aktivisten oft eine gehobene Verfassung und Vitalität festgestellt[53]. Diese positiven Empfindungen wirken etwaiger Angst entgegen und beeinflussen Personen, sogar im Angesicht von Gefahr mit einmal begonnenem politischem Engagement fortzufahren.

Nachdem der Tag relativ friedlich abgelaufen war, brachen später Ausschreitungen zwischen einem harten Kern von ca. 15 000 Demonstranten und Demonstrantinnen und der zahlenmäßig überlegenen Polizei aus, die mit 20 000 bis 30 000 Kräften vor Ort war. Es gelang den Regimegegnern wiederholt, die Polizeikräfte auszumanövrieren oder in einem Steinhagel zurückzudrängen, wobei die Straßenkampferfahrung der Ultras und die Abstimmung über Mobiltelefone ausschlaggebend war. Polizeisperren wurden durchbrochen und Demonstranten und Demonstrantinnen strömten, trotz Wasserwerfern und Tränengas, vom eigentlichen Versammlungsplatz vor dem Verfassungsgericht auf den nahegelegenen Tahrir-Platz.[54] Obwohl der Platz gegen Abend wieder geräumt wird, beflügelten die symbolischen Erfolge des Tages die Oppositionsbewegung. Unabsichtlich gab das ägyptische Regime dem Narrativ der Aktivistinnen und Aktivisten, die im Internet ihre enthusiastischen Erfahrungsberichte austauschten, einen großen Schub: Da die Proteste im Staatsfernsehen totgeschwiegen wurden, aber gleichzeitig zu groß waren, um unbemerkt zu bleiben, suchten viele unbeteiligte Men-

49 E.K. (männlich).
50 N.A. (weiblich).
51 M.N. (männlich).
52 Smith, Gregory C./ Kohn, Steven J./ Savage-Stevens, Susan E./ Finch, Julie J./ Ingate, Randall/ Lim, Yeon-Ok: The Effects of Interpersonal and Personal Agency on Perceived Control and Psychological Well-Being in Adulthood, in: The Gerontologist 40 (2000) 4, S. 458 – 468.
53 Klar, Malte/ Kasser, Tim: Some Benefits of Being an Activist: Measuring Activism and Its Role in Psychological Well-Being, in: Political Psychology 30 (2009) 5, S. 755 – 777.
54 O.V.: Egypt Protest: Three killed in ›day of revolt‹, in: BBC online, 26.01.2011, https://www.bbc.com/news/world-africa-12 272 836 (01.04.2021); o.V.: Egyptian authorities ban further protests after ›day of anger‹, in: France24 online, 26.01.2011, https://www.france24.com/en/20110126-egypt-protests-democracy-mubarak-tunisia-france-cairo (01.04.2021).

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

schen im Internet nach Informationen, wo die Oppositionsbewegung den Ton angab.

Am 26. Januar wuchs die Beteiligung an den Protesten nochmals an, am 27. wurde sie schwächer – gleichzeitig nahm die Gewalt auf beiden Seiten zu. Bis zum Abend des 27. wurden sieben Tote, hunderte Verletzte und annähernd 1.000 Festnahmen gemeldet.[55] Die Proteste hatten während den ersten drei Tagen – von denen ja nur der erste langfristig geplant gewesen war – eine Eigendynamik bekommen. Entsprechend gespannt wurde Freitag, der 28. Januar erwartet. Freitag ist in islamisch geprägten Ländern üblicherweise der Tag des gemeinsamen Gebets in den Moscheen – auf Arabisch bedeutet Freitag *(yaūm al-ǧumuʿa)* sogar explizit »Tag des Versammelns«. Es wurde daher mit sehr großen Teilnehmerzahlen für die Demonstrationen gerechnet, die unter dem Namen »Tag des Zorns« im Anschluss an das Freitagsgebet geplant waren. Mittlerweile hatte sich auch die Muslimbruderschaft offiziell hinter die Proteste gestellt, ebenso wie der populäre liberale Diplomat Mohamed el-Baradei, der für die Freitagsproteste angereist war.[56]

Einige Stunden vor Beginn der Proteste stellte die ägyptische Regierung das Internet und das Mobilfunknetz ab. Diese Maßnahme, die die Organisationsfähigkeit der Regimegegner untergraben sollte, lief aber ins Leere. Das ägyptische Internet war zwar mehr als jemals zuvor mit Beiträgen, Meldungen und Gesprächen der Protestbewegung erfüllt, doch während die Quantität exponentiell anstieg, wurde das Internet weniger essentiell für die Organisation. Ein Aktivist schätzte: »Vor dem 25. Januar war es 80 % Facebook, 20 % Angesicht zu Angesicht. Nach dem 25. Januar war es 20 % Facebook, 80 % Angesicht zu Angesicht.«[57] Viel Absprache war ohnehin nicht mehr nötig, nachdem der Tahrir-Platz in den ersten Tagen als Fokuspunkt der Proteste etabliert wurde – auch ohne Koordination wussten die Kairoer Demonstrantinnen und Demonstranten, wohin sie gehen mussten. Gerbaudo vermutet, dass das Regime mit seiner Maßnahme sogar noch mehr Leute auf die Straße trieb: Angesichts der Vertuschung im Staatsfernsehen und der Sperre des Internets gab es in Ägypten keine Möglichkeit mehr, sich von zuhause aus über die Ereignisse zu informieren. Neugierige Menschen gravitierten deswegen zu den Protesten, um sich die Sache anzusehen. Andere suchten nach Freunden oder Angehörigen, die sie wegen der Internet- und Mobil-

55 Associated Press: Nobel Peace Winner Returns to Egypt to Lead Anti-Government Protest Movement, in: Fox News online, 27.01.2011, https://www.foxnews.com/world/nobel-peace-winner-returns-to-egypt-to-lead-anti-government-protest-movement (01.04.2021).
56 Ebd.
57 Osama Hoon, zitiert nach Gerbaudo, Tweets and the Streets, S. 63. Im Original Englisch.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

funksperre nicht erreichen konnten.[58] Zweifellos war politischer Protest nach wie vor der Grund für die Versammlungen auf dem Tahrir-Platz und anderen ägyptischen Plätzen, doch im Laufe der Tage bekam der Aufenthalt dort eine zusätzliche Komponente von zwischenmenschlicher Zusammenkunft und Begegnung, welche die Proteste im öffentlichen Raum verankerte.

Allein die Tatsache, dass die Proteste nicht abrissen, zog weitere Menschen an:

> »Was mich motiviert hat, die Angst zu überwinden, waren die tausenden Leute, die auch auf die Straße gegangen sind (…) Ich bin am 25. Januar nicht rausgegangen, aber am 28., dem Freitag des Zorns.«
> Rasha Bamatraf: »Warum? Was hat sich in den drei Tagen geändert?«
> »Ich wurde von der Veränderung an sich überzeugt. Am 25. habe ich gedacht, dass das vorbeigehen wird, aber dann habe ich die Zahlen wachsen sehen und mir gedacht, dass solche Zahlen etwas bewirken können – und so habe ich mich entschieden, teilzunehmen.«[59]

Der Bericht eines anderen Zeitzeugen illustriert die Bedeutung des wachsenden Gruppendrucks, sowohl in der echten als auch der digitalen Welt:

> »Ich war auf der Seite derer, die Veränderung wollten, bin aber nicht auf die Straße gegangen, bis mein Vater mich gefragt hat und wir zusammen gegangen sind. Außerdem war es nicht einfach, alle diese Facebook-Einladungen zu den Protesten abzulehnen.«[60]

Am 28. Januar gelang es zehntausenden Demonstranten und Demonstrantinnen erneut, den Tahrir-Platz zu besetzen. Bis zum Rücktritt Mubaraks 14 Tage später wurde der Platz gegen die gewaltsamen Räumungsversuche von Polizei und Regime-Anhängern verteidigt. Tagsüber verschanzte sich dazu ein harter Kern hinter improvisierten Barrikaden, abends strömten die Massen zum Tahrir und zu anderen zentralen Plätzen in ägyptischen Städten. In den ländlichen Gebieten fand die Protestbewegung dagegen nie großen öffentlichen Anklang – zu lückenlos ist dort die Kontrolle über das öffentliche Leben durch ein engmaschiges, historisch gewachsenes Netz von Regierungsfunktionären, systemtreuen Arbeitgebern und Großgrundbesitzern sowie reformskeptischen Geistlichen.[61]

Ebenfalls seit dem 28. Januar umstellte die Armee den Tahrir-Platz. Ihr Erscheinen wurde von den Demonstranten und Demonstrantinnen einerseits gefeiert, weil es die Ablösung der verhassten Polizeieinheiten signalisierte, mit denen es am Abend und in der Nacht des 28. Januar noch sporadische Zusammenstöße gab. Andererseits war die Armee, wie Ketchely beschreibt, ein unbekanntes Element – erst zweimal zuvor, 1977 und 1986, waren Soldaten im Inland für polizei-

58 Gerbaudo, Tweets and the Streets, S. 67–70.
59 H.A. (männlich).
60 G. (männlich).
61 Armbruster, Der arabische Frühling, S. 28.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

liche Aufgaben eingesetzt worden. Nach einer Phase der Unsicherheit auf beiden Seiten – einschließlich einiger Übergriffe auf Armeefahrzeuge – setzte sich unter den Demonstranten und Demonstrantinnen ein situatives Gefühl der Verbrüderung mit den Soldaten durch, nachdem diese im Großen und Ganzen zurückhaltend blieben und in seltenen Fällen sogar die Proteste vor Schlägern des Regimes schützten. Demonstranten und Demonstrantinnen umarmten und küssten Soldaten, posierten auf Panzerfahrzeugen und skandierten »Die Armee und das Volk sind eine Hand« *(al-ǧaīš w-aš-ša ʿb yad wāhida)*.[62]

Tatsächlich stellte sich in den folgenden Tagen heraus, dass die Armee sich streng neutral verhielt – friedlich gegenüber der Protestbewegung, aber auch untätig gegenüber Polizei- und Geheimdienstkräften sowie bezahlten Schlägern, die immer wieder die Demonstranten und Demonstrantinnen angriffen. Zu den extremsten Formen der Gewalt gehörten Heckenschützen, die auf Protestierende schossen,[63] und die sogenannte »Kamelschlacht« am 2. Februar, bei der Mubarak-Anhänger, teilweise auf Kamelen und Pferden reitend, versuchten, den Tahrir-Platz zu stürmen. Durch Stahlruten, Steine, Molotov-Cocktails und wohl auch Schusswaffen kamen an diesem Tag in Kairo Berichten zufolge fünf Menschen ums Leben, 836 wurden verletzt.[64] Auch abseits der Kundgebungen verschlechterte sich die Sicherheitslage rapide: Weil die Polizei alle ihre Kräfte zur Bekämpfung der Proteste zusammengezogen hatte, trat die alltägliche Verbrechensbekämpfung in den Hintergrund. Dass dies wohl keine unbeabsichtigte Nebenwirkung war, zeigte sich daran, dass es bereits am 28. Januar »plötzlich« einer Reihe von Häftlingen gelang, aus elf der 26 ägyptischen Gefängnisse zu entkommen[65] – mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sollte eine gezielte Verschlechterung der Sicherheitslage das Volk dazu bringen, das Regime als unverzichtbaren Garanten der öffentlichen Ordnung zu sehen. Stattdessen füllten die Ägypter dieses Sicherheitsvakuum selbst, indem sie improvisierte Bürgerwehren zum Schutz ihrer Straßen und Viertel bildeten. Berichten zufolge eskalierte dieser Selbstschutz in einigen Fällen aber auch zu vigilantischen Übergriffen und sogar Lynchmorden, wenn die Bürgerwehren meinten, einen Verbrecher identifi-

62 Ketchelely, Neil: ›The army and the people are one hand!‹ Fraternization and the 25th January Egyptian Revolution, in: Comparative Studies in Society and History 56 (2014) 1, S. 155 – 186.

63 Kingsley, Patrick/ Doss, Leyla: Egyptian Police ›killed almost 900 protesters in 2011 in Cairo‹, in: The Guardian online, 14. 03. 2013, https://www.theguardian.com/world/2013/mar/14/egypt-leaked-report-blames-police-900-deaths-2011 (01. 04. 2021).

64 Kirkpatrick, David D./ Fahim, Kareem: Clashes Erupt in Cairo Between Mubarak's Allies and Foes», in: The New York Times online, 2. 2. 2011, https://www.nytimes.com/2011/02/03/world/middleeast/03egypt.html (01. 04. 2021); o.V.: Five dead as shots fired during Cairo clashes, in: Radio Nez Zealand online, 03. 02. 2011, https://www.rnz.co.nz/news/world/67 633/five-dead-as-shots-fired-during-cairo-clashes (01. 04. 2021).

65 Armbruster, Der arabische Frühling, S. 22.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ziert zu haben.[66] Und auch die Gewalt der Protestierenden war nicht immer rein defensiver Natur, wie ausgebrannte Polizeistationen und Regierungsgebäude bezeugten.[67]

Die Beharrlichkeit der Menschen zahlte sich aus. Die »Kamel-Schlacht« vom 2. Februar zeigte, dass Mubarak den Protesten ohne Mithilfe der Armee nicht mehr Herr werden konnte. Nachdem Mubaraks halbherzige Beschwichtigungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Zusage, nicht erneut zur Wahl anzutreten, wenig Wirkung zeigten, begannen Ägyptens mächtigste Generäle sich von ihm abzuwenden.[68] Unter ihrem Druck trat Mubarak am 11. Februar zurück.

Was das ägyptische Regime letztendlich zu Fall brachte, war die anhaltende Besetzung öffentlichen Raums – die dominanteste und wirksamste Protestform der jüngeren Vergangenheit, wie eingangs konstatiert. Die Präsenz im öffentlichen Raum, erkämpft und behauptet gegen die übermächtig geglaubten Sicherheitskräfte, machte die Protestbewegung für alle Ägypterinnen und Ägypter sicht- und nahbar. Die lange Liste politischer, sozialer und ökonomischer Probleme tat dann ihr übriges und ließ die Proteste auf ein Ausmaß anschwellen, das die Machtverhältnisse innerhalb des Systems zugunsten des Militärs verschob, welches angesichts der öffentlichen Empörung seine Interessen in einem Ägypten ohne Mubarak besser gewahrt sah. Doch diese immensen Umwälzungen wären undenkbar ohne die frühen Erfolge: 1) der initiale Protest vom 25. Januar; 2) die emotionale Erfahrung, erfolgreich protestieren zu können; und 3) die Verstetigung der Proteste nach den ersten drei bis sechs Tagen.

Wenn man Tillys vierschrittiges Modell kollektiven Handels zugrunde legt (von Interesse zu Organisation zu Mobilisierung zu Gelegenheit zu Handlung), waren die sozialen Medien von entscheidender Wichtigkeit für die Organisation und die anfängliche Mobilisierung, welche dann Millionen Menschen die Gelegenheit gab, ihren Protest zu äußern. Speziell die Initialdemonstrationen vom 25. Januar sind auf Online-Aktivismus zurückzuführen; außerdem gab das Internet den Aktivisten und Aktivistinnen die Gelegenheit, ihren Enthusiasmus über die neugefundene Selbstwirksamkeit zu teilen. Die relative Bedeutung des Internets nahm im Verlauf der Revolution ab, dennoch blieben Social-Media-Nutzerinnen und -Nut-

66 Tarek, Sherif: In Egypt, revolution and rouge police spell violence and vigilantism, in: Ahram online, 28.08.2011, http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/0/19666/Egypt/0/In-Egypt,-revolution-and-rogue-police-spell-street.aspx (01.04.2021); Davies, Wyre: Egypt unrest: PM apologises for Tahrir Square violence – At the Scene, in: BBC online, 03.02.2011, https://www.bbc.com/news/world-middle-east-12351831 (01.04.2021).

67 Soltis, Andy: Protesters torch party buildings in Egypt as besieged leader Mubarak promises a new government, in: New York Post online, 29.01.2011, https://nypost.com/2011/01/29/protesters-torch-party-buildings-in-egypt-as-besieged-leader-mubarak-promises-a-new-government/ (01.04.2021).

68 Noueihed/ Warren, The Battle for the Arab Spring, S. 96.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zer unter den Protestierenden überrepräsentiert. Angstlösende Faktoren wie z. B. Sicherheit in Gemeinschaft und Selbstwirksamkeit beförderten die initialen Proteste und übertrugen sich dann in die reale Welt und auf die Masse der Menschen. Es wäre übertrieben zu sagen, dass die Ägypter und Ägypterinnen ihre Angst *wegen* des Internets überwunden haben, aber sie taten es sicher nicht zuletzt *im* Internet.

3. Nach der Revolution – Die Angst vor der Zukunft

> »Wir wollen das ganze alte System niederbrennen, denn ehrlich gesagt ist der Gestank mittlerweile unerträglich. Aber die Armee scheint diesem alten Hemd eine gute Wäsche geben zu wollen, um es uns dann wieder anzuziehen.«
>
> Vorwort von Khaled al-Khamissis »Taxi« (2011)
> »Das Ganze [die Revolution] war unreifes Denken und Mangel an Vorauswissen, sowie das Nachgeben gegenüber der linken Propaganda in den Medien und den Nachrichten in den letzten fünf Jahren.«
> M.M. (männlich)

Der Rücktritt Mubaraks am 11. Februar 2011 bedeutete keineswegs das Ende der Angst. Die Angst und Ungewissheit über das Danach spaltete das Land, wie die beiden gegensätzlichen Zitate illustrieren. Die Angst vor zu viel Veränderung einerseits oder einer Rückkehr zum Status Quo andererseits belastete die politischen Prozesse nach der Revolution.

Mit Mubaraks Flucht nach Scharm asch-Schaich übernahm der höchste Armeerat *(Supreme Council of the Armed Forces; SCAF)* die Macht. Die Armeeführung gelobte, freie Neuwahlen und eine Überarbeitung der Verfassung zu organisieren. Tatsächlich war die Armee durchaus bereit, gewisse Reformen zuzulassen – aber nur solange ihre privilegierte und fast gänzlich unkontrollierte Stellung im politischen System Ägyptens gewahrt blieb.[69] Der SCAF brachte deswegen den konservativen Oppositionskräften, wie zum Beispiel der Muslimbruderschaft, wesentlich mehr Sympathie entgegen als den jungen liberalen Revolutionären von 2011, die das politische System als Ganzes verändern wollten.[70]

Die teilweise sehr emotionale zelebrierte Verbindung zwischen der Armee und den Protestierenden, die sich als »das Volk« verstanden, kühlte sich schnell ab, als die Aktivistinnen und Aktivisten ihre Proteste fortsetzten, um grundlegende Reformen anzumahnen. Zwar hatten sich die Demonstrationen nach Mubaraks

69 Noueihed/ Warren, The Battle for the Arab Spring, S. 132 f. Das ägyptische Militär kontrollierte 2011 Schätzungen zufolge zwischen 5 und 40 % der Wirtschaft des Landes (ebd., S. 111 f).
70 Noueihed/ Warren, The Battle for the Arab Spring, S. 116.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Rücktritt ganz erheblich verkleinert, aber dennoch war dem SCAF daran gelegen, die Proteste aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Die Militärführung ließ den Ausnahmezustand, der während Mubaraks gesamter Herrschaft gegolten hatte, weiter in Kraft, wodurch sie eine Handhabe hatte, kritische Stimmen wegen Verleumdung, Anstiftung zum Aufruhr oder Störung der öffentlichen Ordnung zu belangen. Zwischen Februar und Oktober 2011 wurden 12 000 Menschen verhaftet und vor Militärgerichte gestellt – was bedeutet, dass diese Gerichte in neun Monaten öfter zum Einsatz kamen als in den gesamten 30 Jahren zuvor.[71] Begleitet wurde diese Repression durch eine Medien- und Justizkampagne, die liberalen Organisationen vorwarf, als Agenten ausländischer Einflussnahme zu fungieren – ein weiterer Spielzug aus Mubaraks Repertoire. Neben Organisationen der Protestbewegung trafen diese Maßnahmen zum Beispiel auch die deutsche Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Bevölkerung stand den Maßnahmen gegen den harten Kern der Protestbewegung nicht gänzlich ablehnend gegenüber. Zum einen genoss die Armee – im Gegensatz zu Mubaraks bevorzugtem Repressionsinstrument, dem Innenministerium – echtes Vertrauen und echte Glaubwürdigkeit bei vielen Ägyptern und Ägypterinnen. Zum anderen sahen Teile der Bevölkerung in den anhaltenden Protesten das hauptsächliche Hindernis, das die herbeigesehnte Rückkehr zur Normalität verhinderte. Die Unzufriedenheit mit der alltäglichen Situation zeigte sich vor allem in der gefühlten Unsicherheit, die nach der Revolution von 18 % auf 51 % zunahm.[72] Es ist allerdings mehr als zweifelhaft, ob die verbleibenden Reste der Protestbewegung für die schlechte Sicherheitslage verantwortlich gemacht werden können. Viel eher lag den Problemen die anhaltende Passivität der Polizei sowie die wachsenden Spannungen zwischen verschiedenen politischen und religiösen Gruppen zugrunde.

Die liberale Protestbewegung und Ägyptens koptisch-christliche Minderheit, die circa 10 % der Bevölkerung ausmacht, beobachteten mit Sorge, wie sich islamistische Organisationen erfolgreich auf die bevorstehenden Wahlen vorbereiteten – mit dem expliziten oder impliziten Ziel, dem politischen System eine islamisch-religiöse Fundierung zu geben. Allerdings waren sie mit ihrer Sorge über den religiös-konservativen Kurs der post-revolutionären Transition relativ isoliert. Bei den Parlamentswahlen vom November 2011 bis Januar 2012 errang die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei *(Ḥizb al-Ḥurrīya w-al-ʿAdāla)* der Muslimbruderschaft einen Erdrutschsieg. Dieser Sieg war zu erwarten gewesen, dennoch hatte der SCAF dezent nachgeholfen, indem er den Wahltermin sehr früh legte, was den älteren,

71 Ebd., S. 113.
72 Ebd., S. 117 f.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

etablierten Organisationen nutzte und die hektisch neu gegründeten Parteien der liberalen Protestbewegung benachteiligte. Überraschend war hingegen, dass die Parteienallianz »Islamistischer Block« *(Al-Kutla al-Islāmīya)* mit erheblichem Abstand zweitstärkste Kraft wurde. Der Erfolg dieser fundamentalistischen Parteien – darunter der politische Arm einer Gruppe, die sich erst in den Jahren von 1997 bis 2002 von ihrer terroristischen Vergangenheit distanziert hatte – wurde von ägyptischen Liberalen, koptischen Christen und auch internationalen Beobachtern mit Sorge zur Kenntnis genommen.

Im Fall Ägyptens ergab sich jedoch wenig Gelegenheit zu beobachten, wie eine islamistische Regierung im Normalzustand agiert. Zwar hatte die Muslimbruderschaft nach der Parlamentswahl auch die Präsidentschaftswahlen gewonnen, ihr Kandidat Mohammed Mursi kam aber in ein Amt, dessen Befugnisse noch nicht ausdefiniert waren, da parallel noch an der Verfassung gearbeitet wurde. Auch in der verfassungsgebenden Versammlung stellten die Muslimbruderschaft zusammen mit den Salafisten eine komfortable Mehrheit, allerdings wurde deren Arbeit immer wieder durch Urteile des obersten Verfassungsgerichts unterbrochen, das ein Überbleibsel des Mubarak-Regimes war und dem SCAF nahestand. Mursi begann deswegen, mit Exekutiv-Anordnungen zu regieren. Seine Gegner und Gegnerinnen kritisierten, dass es dafür keinerlei Rechtsgrundlage gab; seine Sympathisanten und Sympathisantinnen verwiesen darauf, dass Mursi der einzig demokratisch legitimierte Akteur war (nachdem das gewählte Parlament vom Verfassungsgericht aufgelöst worden war). In der aufgeheizten politischen Atmosphäre kam es immer wieder zu Gewalt zwischen den beiden Lagern – besonders durch Gefolgsleute der Muslimbruderschaft. Weder die Organisation als solche noch die Regierung schritt mit echtem Nachdruck gegen diese Gewalt ein.

Im November 2012 erließ Mursi eine Exekutiv-Anordnung, die ihm alleine vollumfängliche Gesetzgebungskompetenzen verlieh. Gleichzeitig entmachtete er überraschend die Militärführung unter der Begründung, die neue politische Ordnung vor konterrevolutionären Kräften schützen zu müssen.[73] Mursi setzte sich mit seinen Maßnahmen, die als aggressiv, aber inkompetent beschrieben wurden, zunächst durch, verlor aber einen Großteil des Rückhalts der Bevölkerung.[74] Neben dem unverhohlenen Autoritarismus trug dazu auch bei, dass die Wirtschaftslage – speziell die existenziell wichtige Tourismusbranche – sehr unter den an-

73 Fahim, Kareem: In Upheaval for Egypt, Mursi Forces Out Military Chiefs, in: The New York Times online, 12.08.2012, https://www.nytimes.com/2012/08/13/world/middleeast/egyptian-leader-ousts-military-chiefs.html (01.04.2021).

74 Hamid, Shadi: The Tragedy of Egypt's Mohamed Morsi, in: The Atlantic, 18.06.2019, https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2019/06/mohamed-morsi-and-end-egyptian-democracy/591982/ (01.04.2021).

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

haltenden Machtspielen und institutionellen Konflikten litt. Nach nur einem Jahr im Amt, während dem über 9.000 Proteste und Streiks stattfanden, wurde Mursi am 3. Juli 2013 durch die Armee unter Führung von Abdel Fattah as-Sisi aus dem Amt geputscht und verhaftet – unter dem Jubel der Bevölkerung.[75]

Die Muslimbruderschaft und ihre Anhängerinnen und Anhänger organisierten heftige Gegenproteste, die brutal aufgelöst wurden. Insgesamt zählte Human Rights Watch 1.150 getötete Demonstranten und Demonstrantinnen, darunter 809 alleine am 14. August 2013 bei der Räumung des Kairoer Rabaʿa-Platzes, den 85 000 Unterstützer der Muslimbruderschaft besetzt gehalten hatten.[76] Im Dezember 2013 wurde die gesamte Muslimbruderschaft in Ägypten zu einer terroristischen Vereinigung erklärt. Über 1.000 ihrer Stiftungen und karitativen Einrichtungen wurden beschlagnahmt, viele Anhänger und Anhängerinnen wurden in den Untergrund getrieben. Dadurch wurde das, was man der Muslimbruderschaft lange vorgeworfen hatte, zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung: Einige Mitglieder haben sich anscheinend zu terroristischen Zellen zusammengeschlossen, die unter den Namen »Bewegung der Waffen Ägyptens« *(Ḥarakat Sawāʿid Miṣr; Hasm)* und »Banner der Revolution« *(Liwāʿ aṯ-Ṯawra)* Anschläge gegen Sicherheitskräfte und Regierungsfunktionäre verüben.[77] Da sich oft mehrere oder gar keine Gruppen zu Anschlägen bekennen, ist es allerdings notorisch schwer nachzuvollziehen, welche Gruppe wo aktiv ist.[78] Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass einzelne Anhänger der Muslimbruderschaft auch ihren Weg zu Ägyptens gefährlichster Terrorgruppe, den IS-affiliierten »Unterstützern des heiligen Hauses« *(Anṣār Baīt al-Maqdis)*, gefunden haben. Eine systematische Vernetzung von Muslimbruderschaft – die in den Augen des »Islamischen Staates« eine Systempartei ist – und IS-affiliierten Gruppen ist aber sehr zweifelhaft, auch wenn sie von der ägyptischen Staatsführung um Präsident as-Sisi impliziert wird.[79]

Gut acht Jahre nach der Revolution des Arabischen Frühlings ist also national wie international Vieles wie vorher: Ein autoritärer Herrscher regiert mit wenig

75 Abdel Kouddous, Sharif: What Happened to Egypt's Liberals After the Coup? In: The Nation online, 01.10.2013, https://www.thenation.com/article/what-happened-egypts-liberals-after-coup/ (01.04.2021).
76 Shakir, Omar: All According to Plan. The Rab'a Massacre and the Mass Killings of Protesters in Egypt, Human Rights Watch Report, 12.08.2014, https://www.hrw.org/report/2014/08/12/all-according-plan/raba-massacre-and-mass-killings-protesters-egypt (01.04.2021).
77 Shaker, Romany: US designates Egypt-based HASM and Liwa al-Thawra as terrorist groups, in: FDD's Long War Journal, 31.01.2018, https://www.longwarjournal.org/archives/2018/01/us-designates-egypt-based-hasm-and-liwa-al-thawra-as-terrorist-groups.php (01.04.2021).
78 Fayed, Hanan: Hasm, Liwa al-Thawra designated ›terrorist‹, but are they real? In: Egypt Today online, 02.02.2018, https://www.egypttoday.com/Article/2/41698/Hasm-Liwa-al-Thawra-designated-›terrorist‹-but-are-they (01.04.2021).
79 Abdelaty, Ali: Islamic State extending attacks beyond Sinai to Egyptian heartland, in: Reuters online, 25.01.2017, https://www.reuters.com/article/us-egypt-security/islamic-state-extending-attacks-beyond-sinai-to-egyptian-heartland-idUSKBN15924W (01.04.2021).

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

bis keiner demokratischen Kontrolle; politischer Protest wird kriminalisiert und bekämpft. Der Westen hat sich mit der neuen alten Situation arrangiert – zwar wird diplomatische Kritik geübt, semi-öffentlich verlieh U.S.-Präsident Donald Trump Präsident as-Sisi aber den neckischen Titel als »sein Lieblings-Diktator«.[80] Die Ägypterinnen und Ägypter sehen immer noch mit viel Stolz auf ihre Revolution. Diese Gefühle mischen sich aber mit Frustration und Zynismus:

> »Ich habe immer gedacht, dass Mubarak das Hindernis ist, das Ägypten auf seinem Weg zu einer angemessenen Lage im Weg steht, aber jetzt habe ich gesehen, wo Ägypten steht – in einer miserablen Lage. Ich denke immer noch, dass die Revolution das Beste war, was Ägypten in den letzten 80 Jahren passiert ist. Aber eine großartige Sache passierte in einem schmierigen Platz und unter schmierigen Leuten, die die Sache und uns selbst benutzt haben.«[81]

Auch wenn viele Missstände gleichgeblieben sind, hat sich doch auf eine latente Art etwas geändert. Ende September 2019 kam es zu Protesten gegen das as-Sisi-Regime, nachdem Berichte von gravierender Veruntreuung öffentlich geworden waren. Die Sicherheitskräfte hatten in Monaten zuvor alles versucht, um Protesten vorzubeugen – bis hin zum Verbot von gelben Westen[82] –, und reagierten nervös mit einem harten Durchgreifen im ganzen Land.[83] Unabhängig vom Ausgang der Situation weiß die Regierung nach der Revolution von 2011, wozu das Volk in der Lage ist. Noch wichtiger: Das Volk selber weiß nun, wozu es in der Lage ist.

80 Zitiert nach: Youssef, Nancy A./ Salama, Vivian/ Bender, Michael C.: Trump, Awaiting Egyptian Counterpart at Summit, Called Out for ›My Favorite Dictator‹, in: The Wall Street Journal online, 13.09.2019. Im Original Englisch. https://www.wsj.com/articles/trump-awaiting-egyptian-counterpart-at-summit-called-out-for-my-favorite-dictator-11568403645 (01.04.2021).

81 A.A. (männlich).

82 Associated Press: Egypt bans sale of yellow vests in fear of gilets jaunes copycat protests, in: The Guardian online, 11.12.2018, https://www.theguardian.com/world/2018/dec/11/egypt-bans-sale-of-gilets-jaunes-yellow-vests-in-fear-copycat-protests (01.04.2021).

83 O.V.: Egypt arrests over 1,000 people after el-Sissi protests, in: Deutsche Welle online, 25.09.2019, https://www.dw.com/en/egypt-arrests-over-1000-people-after-el-sissi-protests/a-50583703 (01.04.2021).

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Knut-Hinrik Kollex

Revolution in Kiel, Revolutionsangst in der Welt – Zusammenfassung

In den Reigen der vielen Fragen über die Bedeutung der Novemberrevolution des Jahres 1918 galt es für den vorliegenden Band, die Frage nach der Bedeutung von Furcht vor Revolutionen insgesamt zu stellen. Jede Revolution hat mindestens zwei Seiten, zwei Parteien, die um die Gestaltungsmacht in einem Gemeinwesen ringen. Wer in ihrem Besitz ist, wird regelmäßig den Machtwechsel fürchten, ganz gleich wie sich dieser vollziehen mag. Insofern war die Frage naheliegend, welche Rolle Furcht in der Geschichte der Revolutionen spielt.

Im Rahmen der Erörterungen dieses Bandes hat sich gezeigt, dass bereits die Frage, was sich unter dem Begriff der Revolution verstehen lässt, höchst unterschiedlich beantwortet werden kann. Manche Revolutionen erstreckten sich über einen langen Zeitraum. Verwiesen sei etwa auf die kubanische, die nach eigenem Selbstverständnis bis heute andauert. Manche waren überaus brutal und blutig, wie es die historische Forschung etwa für den russischen Revolutions- und Bürgerkriegskomplex zwischen 1917 und 1922 im Übermaß gezeigt hat, und manche waren womöglich überflüssig, weil ihre Ergebnisse bereits vorweggenommen waren. Auch wenn hier bei weitem nicht jedes Revolutionsthema abgehandelt werden konnte, zeigt doch bereits die Bandbreite der in diesem eng begrenzten Rahmen behandelten Aspekte, dass »Revolution« stets als weiter Begriff zu verstehen ist und sich nicht nur auf politische Transformations- sondern auch auf gesellschaftliche Aushandelungsprozesse beziehen kann. Der längsschnittartige Blick bietet bereits zahlreiche Anknüpfungspunkte für weitere Untersuchungen.

Insofern kann die Erörterung der Kieler Ereignisse des Jahres 1918 nur das Movens sein, um ganz grundsätzlich über die Furcht vor potentiellen oder tatsächlichen Veränderungsprozessen nachzudenken, wobei sich dieser Band aufgrund der komplexen Ausmaße dieser Fragen nur als ein erster Aufschlag begreift. Tatsächlich ist die deutsche Revolution ein sonderbarer Fall – wenn hier auch nicht

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

vom Sonderfall, geschweige denn vom Sonderweg die Rede sein soll. Immerhin zeigt das eingangs dargestellte Beispiel die vielen Widersprüchlichkeiten auf. Es war eine Revolution, die von manchen befürchtet, von einigen heraufbeschworen und schließlich von fast allen überrascht zur Kenntnis genommen wurde – wohl auch von den Revolutionären selbst. Dabei war die Notwendigkeit von Veränderungen allen Lagern bewusst, je problematischer auch kriegsbedingt die Situation wurde, umso hilfloser klammerte man sich an Beteuerungen, Durchhalteparolen und längst nicht mehr vorhandene Machtpotentiale. Die Kieler Ereignisse waren symptomatisch für das vielbeschriebene »Kartenhaus« des deutschen Kaiserreichs: Ein Offizierskorps, das wenige Tage zuvor noch großspurig verkündet hatte, nötigenfalls für die eigene Ehre und die des Kaisers in den Tod fahren zu wollen oder preußische Beamte, die vor dem ersten Matrosen mit roter Fahne umgehend kapitulierten. Sie waren die Statisten für ein eigentümliches Schauspiel, das offenbar selbst den Revolutionären nicht geheuer war: In und um Kiel schossen gar manche von ihnen mangels vorhandener Gegner wild entschlossen aufeinander, bis ihre Anführer dem revolutionären Treiben einen Riegel vorschoben. Ohne Not garantierten sie den Bestand der alten Ordnungsmacht und sogar des Eigentums, womit die im Selbstverständnis sozialistische Revolution in kaum vorstellbarem Maße die Vorstellungen, die jahrzehntelang über sie geschürt wurden, konterkarierte. Damit erreichten die Revolutionäre zwar zunächst ihr Ziel, nämlich den politischen Umsturz, gerade hierin lag aber gleichermaßen die Schwachstelle der Revolution, denn weder Gegner noch Befürworter konnten sich damit abfinden, dass sie schon an ihrem Ende angelangt sein sollte. Misstrauen führte zu Angst und diese Angst entfesselte bei erster Gelegenheit eine unvorstellbare Gewaltspirale, die zu durchbrechen ein äußerst zähes Unterfangen wurde. Die im Krieg ohnehin nur oberflächlich zusammengeschweißte deutsche Gesellschaftsordnung riss an ihren Sollbruchstellen auf, was ein eigentümliches Sehnsuchtspotential nach Ordnung und Einheit schuf, welches zum Ende der Weimarer Republik die Nationalsozialisten erfolgreich zu schaffen vorgaukelten. An diese als Angelpunkt zu verstehenden Beobachtungen schließen sich die weiteren Untersuchungen mit ihren spezifischen Schwerpunkten an, um das Bild zu erweitern und zu konkretisieren.

Dafür erscheint es zunächst sinnvoll, die potentiellen Einwirkungen auf die Kieler Ereignisse in den Fokus zu rücken. Ralph Jessen beginnt mit einem Blick auf die politische Kultur des Kaiserreichs, welchem sich eingeschränkte und mängelbehaftete Partizipationsrechte attestieren lassen. Jessens Fokus liegt auf der Sozialismusfurcht dieser Zeit, und er zeigt die im Grunde geringe Gefahr für einen revolutionären Umsturz während der Vorkriegszeit auf. Seine Einschätzung unterfüttert er mit der Analyse des sozialdemokratischen Vordenkers Karl

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Kautsky, nach der die »Sozialdemokratie eine revolutionäre, aber keine Revolution machende Partei« sei. Mit zunehmenden Wahlerfolgen setzte jene zuvor skeptisch betrachtete und im Zuge der Sozialistengesetze längere Zeit verbotene Bewegung auf breite Akzeptanz, Gesetzlichkeit und Respektabilität, wofür sie sich sukzessive »von einem proaktiven Revolutionsverständnis löste.« Das bedeutete nicht, dass den Sozialdemokraten die Idee von der Revolution im Sinne der Umgestaltung, vielleicht auch nur der Anpassung des politischen Systems in Deutschland, abhanden gekommen sei. Vielmehr, so Jessen, ging die Sozialdemokratie von der Zwangsläufigkeit politischer Veränderungen aus, die man geduldig und ohne Gewalteinsatz erwarten könne.

Demgegenüber stellt er jedoch ein geradezu hysterisch herbeigeschriebenes Bedrohungspotential antisozialistischer Akteure, das sich keinesfalls mehr mit den politisch-polizeilichen Bedrohungsanalysen deckte, die sich wie Jessen zeigt, allmählich von der »pauschalen Stigmatisierung« aller linken Kräfte lösten und zu einer differenzierten Einschätzung gelangten. Das Thema »Revolution« wurde zum alltagspolitischen Kampfbegriff, womit sich in Teilen der deutschen Öffentlichkeit eine irreale Furcht vor dem aufrührerischen und gefährlich verhetzten Arbeiter halten konnte, der jederzeit zum »Massenmord gegen alle Andersgesinnten schreiten« könne. Die Überbeanspruchung dieses Themas zeigte allerdings mit der Zeit eine gewisse Abnutzungserscheinung, wenn es auch, zumal für die politische Rechte, bis zum Kriegsausbruch 1914 nie gänzlich aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwand.

Dafür spielten in erheblichem Maße die Ereignisse im Osten Europas eine Rolle. In vielerlei Hinsicht ist schließlich die russische Revolution von 1917, genauer gesagt die Oktoberrevolution der Bolschewiki, zum Maßstab für die Revolutionen schlechthin und vor allem für die Revolutionsängste des 20. Jahrhunderts geworden. Jörg Baberowski zeigt in seinem »Blick in den Abgrund« die hohe Bedeutung der Inszenierung für die Erfolgsgeschichte einer Revolution. Im russischen Fallbeispiel kam insbesondere dem Ausmaß angewandter Gewalt für eine effektvolle Inszenierung eine tragende Rolle zu und die Bolschewiki, so Baberowski, setzten sie meisterlich um.

Für ihren Erfolg war allerdings bedeutsam, dass sich Gegenspieler der Bolschewiki nach der Februarrevolution im selben Jahr wohl zumindest zum Teil noch als deren Mitspieler betrachteten und daher nicht im Traum mit einem zweiten, derart radikalen Umsturz rechnen wollten. Vielmehr gingen viele – zumindest was das linke Spektrum betraf – auch im Folgejahr noch von einer gemeinsamen Zielverfolgung aus. Während allerdings die Liberalen und gemäßigten Sozialisten Russlands noch träumten, schuf Lenins radikale Linke bereits Fakten und implementierte eine neue Ordnung, deren Grundpfeiler, so ist Baberowski zu verste-

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

hen, auf den brutalen Notwendigkeiten des russischen Bürgerkrieges, sprich Gewalt und Terror, fußten. Denn solange die »Ordnungssicherheit« jener neuen Herrscher in Frage gestellt war, solange erzwangen die Bolschewiki den »Gehorsam« mit allen Mitteln, um ihre Macht durchzusetzen und unter Beweis zu stellen. Mit ihrer entschlossenen, wohlorganisierten, rücksichtslosen und gerade deshalb erfolgreichen »Praxis der Machtsicherung« siegte in Russland schließlich die zweite, radikalere Revolutionsoption des Jahres 1917. Diese Praxis sollte sich am Ende in erheblichem Maße auf die künftige Ordnung Russlands auswirken: Die Bolschewiki beschreibt Baberwoski in seinem Beitrag als »Zerstörer«, die »das Werk an Zerstörung auch dann noch fort[setzten], als sie bereits an den Schalthebeln der Macht saßen.« Damit sei es gelungen, die »letzten Reste zivilgesellschaftlichen Widerstandes« auszumerzen und eine Despotie zu installieren, welche nach Belieben schalten und walten konnte.

Erst in der poststalinistischen Ära habe sich dieses Konstrukt hin zu einer klassisch autoritären Ordnung wandeln können, weil nun den Herrschenden des Sowjetreiches bewusst geworden sei, dass eine Ordnung nicht dauerhaft auf »Selbstzerstörung« fußen könne. Vielmehr brauche sie Anerkennung und müsse sich in ihrer eigenen Tradition verwurzeln. Insofern, so zeigt Baberowski überzeugend, muss sich auch die radikalste Revolution irgendwann in einer stabilen Ordnung einrichten, selbst wenn sie damit zur »konservative[n] Repräsentation« einer kommunistischen Wirklichkeit würde. Insofern aber musste der eigene, gewalterfüllte Anfang der Revolution möglichst in Vergessenheit geraten, denn er lag im Widerspruch zu Stabilität der neuen Ordnung.

Von derlei Widersprüchlichkeiten ist auch im nachfolgenden Beitrag die Rede. Auf das besondere Spannungsfeld im Rahmen der deutschen Flottenunruhen des Jahres 1917 weist Christoph Regulski hin. Obschon, wie auch in der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen, die erste Revolution des Jahres 1917 in Russland aufgezeigt hatte, dass eine durch den Krieg überbeanspruchte Gesellschaft und ein in weiten Teilen dysfunktionales Staatswesen von meuternden Soldaten an den Rand des Abgrunds gebracht werden konnte, hätten die Offiziere und Admiräle der kaiserlich deutschen Marine keine Furcht vor einem Umsturzversuch ihrer Matrosen gehabt. Vielmehr hätten sie auf das Abschreckungspotential der eigenen Marinejustiz vertraut, die ihnen natürlich erscheinende, auf bedingungslosem und widerspruchsfreiem Gehorsam ihrer Untergebenen fußende Ordnung aufrecht erhalten zu können. Insofern sah man in Marineführung und Seeoffizierskorps auch keine Veranlassung, die Unantastbarkeit der eigenen Autorität und das problematische Format der inneren Führung in Frage zu stellen. In gewisser Hinsicht war diese Einschätzung durchaus zutreffend, denn die Matrosen versuchten mit ihren Aktionen des Jahres 1917 weder eine bewaffnete

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Revolution noch Meuterei. Vielmehr waren sie bestrebt, im Rahmen des bestehenden Systems Verbesserungen, vor allem nach ihren Maßstäben von Gerechtigkeit und Menschlichkeit, zu erreichen. Regulski weist darauf hin, dass ausgerechnet die Friedlichkeit der Protestbewegung in der Marine die ignorante Haltung der Marineführung noch bestärkt habe. Erst der bewaffnete Aufstand im November des Jahres 1918 habe jener »juristischen Gewalt« einen Gegenpol setzen können – es war dann für ein Umdenken allerdings zu spät.

In ähnliche Richtung argumentiert auch Mark Jones in seinem Beitrag über Angst und Gewalt in der nachrevolutionären Phase in Deutschland. Der im Gegensatz zur Erwartung der Zeitgenossen zunächst weitgehend gewaltfrei abgelaufene Umsturz weckte die Hoffnung auf einen friedlichen und geordneten Aufbau der Republik. Den medialen Vorschusslorbeeren, so zeigt Jones, konnte das neue System allerdings nicht gerecht werden. Insbesondere die schwache Staatsgewalt der revolutionären Regierung, das politische Chaos und die militanten Auseinandersetzungen der politischen Extremakteure ließen das Image der Republik leiden und machten sie angreifbar insbesondere für Anfeindungen aus dem konservativen und vor allem dem nationalistischen Lager. Insofern wurde durch die anfängliche Schwäche der Republik, so argumentiert Jones, die Chance verpasst, ihr einen positiven Gründungsmythos zu verpassen.

Hierbei waren die Gegner der Republik weit erfolgreicher, wie Boris Barth in seinem Beitrag über die verschiedenen Dolchstoßlegenden zeigt. Gerade sie rückten die Gründungsgeschichte in ein schlechtes Licht, indem sie suggerierten, die revolutionären, republikbefürwortenden Kräfte seien für die Kriegsniederlage und das nachfolgende Chaos verantwortlich und nicht die Militärs und Politiker des Kaiserreiches. Gerade das Spannungsfeld zwischen der Ferne der Front und der Not in der Heimat machte es schwierig, eine vermittelnde Perspektive zu finden, welche den parallelen Zusammenbruch sowohl der Kriegs- als auch der Heimatfront veranschaulichen konnte. Insofern boten jene Legenden, die von Millionen Menschen geglaubt wurden, einen einfachen Erklärungsansatz und einen einfachen Ausweg für die tatsächlich Verantwortlichen.

Florian Schreiner und Sebastian Elsbach schaffen in ihrem Beitrag einen personalisierten Fokus auf die Revolution. Anhand der Beispiele von Erich Mühsam und Ernst Niekisch zeigen sie die verschiedenen Perspektiven revolutionärer Strömungen im Deutschland der Revolutionsphase auf. Deren Vorstellungen rangierten zwischen einem anarchistischen und einem hochtechnisierten Zukunftsstaat, die jeweils zwar als Zwangsläufigkeiten daherkommen sollten und dennoch nicht ohne gewaltsamen Anschub auszukommen schienen. Beide Ideen waren in ihrer Veranlagung totalitär und keineswegs frei von Paradoxien wie Schreiner und Elsbach schlüssig aufzeigen, etwa der Bedeutung von Gewalt als zentralem Ele-

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

ment der Revolution zur Schaffung einer herrschaftsfreien Gesellschaft oder der Unterdrückung des Individuums zu seinem vermeintlich Besten.

Eine deutliche Ambivalenz steckt auch in Paul Srodeckis Beitrag über das Selbstbild der jungen polnischen Republik, die zum Kriegsende 1918 auf den Ruinen dreier Imperien entstanden war. Aus dem Bollwerkstopos eines »Christus der Völker« habe sich Polen dem Schutz Westeuropas gegen Bedrohungen aus dem Osten verschrieben, obschon es sich doch gleichermaßen (auch gewaltsam) gegen seinen deutschen Nachbarn im Westen abzugrenzen hatte. Doch gerade aus der Bedrohung durch den Bolschewismus ergab sich ein fast schon willkommener Anlass, den Kampf um die polnische Souveränität zu einem Kampf der Kulturen zu stilisieren, in welchem Polen sich aufopferungsvoll und schützend vor das christliche Westeuropa gestellt habe. Diesem Topos kam in der Identitätssuche und Selbstrechtfertigung der Gründungsphase Polens erhebliche Bedeutung zu, die, so zeigt Srodecki, bis heute Relevanz besitzt.

Von der Macht des Mythos handelt ebenso der Beitrag von Martin Göllnitz, der ein zunächst überraschendes Beispiel für Revolutionsangst untersucht. Denn sein Beitrag zeigt, dass Revolutionsangst nicht nur für sondern sogar innerhalb der Führungszirkel diktatorischer Regime eine Rolle spielt. Im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches hatten führende Nationalsozialisten, insbesondere um Adolf Hitler und hochrangige Funktionäre der SS, parteiinterne Konkurrenten um den SA-Chef Ernst Röhm skrupellos beseitigen lassen. Göllnitz zeigt, wie die hochrangigen Mörder die öffentliche Meinung in ihrem Sinne beeinflussen konnten, wofür gängige Männlichkeits- bzw. Geschlechterrollenbilder der damaligen Zeit instrumentalisiert wurden. Anstatt die selbst für Nationalsozialisten zu dieser Zeit noch extreme Grenzüberschreitung im Rahmen eines politischen Machtkampfes zu verurteilen, akzeptierten weite Teile der deutschen Öffentlichkeit die Erklärung, dass eine homosexuelle Verschwörung gegen den Staat verhindert worden sei.

Der klassische Gegensatz zwischen Revolution und deren »Containment« bezieht sich in aller Regel auf die sozialistische bzw. kommunistische »Weltrevolution«, von der sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg der politische Westen bedroht sah. Dabei zeigt Wilfried Loth, dass die Furcht vor einem Umsturz durchaus in beide Richtungen funktionieren kann. So sahen sich die von den USA angeführten Westmächte mal von einem aggressiv-militärischen, mal von einem subversiven Ausbreiten der politischen Doktrin des Ostblocks in ihren Freiheitsvorstellungen bedroht, während sich dieser seinerseits von der kapitalistischen und vermeintlich imperialistischen Politik der USA in seiner weltanschaulichen Existenz gefährdet sah. Diesem Gleichgewicht der Umsturzangst entsprach ein Gleichgewicht der Abschreckung, wechselseitiger Präventivmaßnahmen und einer eskalativen Bedrohungsspirale. Deren potentielle Auswirkungen waren so

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

drastisch, dass es am Ende bekanntermaßen dennoch »nur« bei einem »Kalten Krieg« blieb.

In diesem bipolaren Weltsystem musste auch die Deutsche Demokratische Republik ihren Platz finden. Ihr Gründungsmythos bezog in erheblichem Maße die Novemberrevolution des Jahres 1918 mit ein, denn die sozialistische Gesellschaftsordnung in Deutschland habe hier ihren Anfang und in der Gründung der DDR schließlich ihre Verwirklichung gefunden. Gleichfalls diente die Außenpolitik der Weimarer Republik der Rechtfertigung des Bündnisses mit der Sowjetunion. Dennoch war das politische System der DDR, anders als es sich deren Führungskader erhofften, innenpolitisch keinesfalls unumstritten. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wurde zum Menetekel, mit dem die DDR-Führung bis zuletzt haderte. Dierk Hoffmann zeigt, in welch legitimatorischen Probleme die verantwortlichen SED-Funktionäre gerieten, als im Sommer 1989 der Einsatz von Gewalt gegen immer größere Massen demonstrierender DDR-Bürger diskutiert wurde. Weder ließ sich die regimekritische Bewegung wie noch 1953 als vermeintlich faschistischer Putsch diskreditieren, noch wollte man mit einer revolutionsinhärenten Gewaltnotwendigkeit argumentieren, wie es das Beispiel Erich Mielkes vom April 1989 nahelegt. Mit der Zeit hatte offenbar die (vollendete) Revolution für die DDR-Gesellschaft ihr postrevolutionäres Bedrohungspotential verloren.

Von einem revolutionären gesellschaftlichen Umbruch handelt auch der Beitrag von Uta Fenske. Ihr Thema, die »sexuelle Revolution«, die Ende der 1960er Jahre die Bundesrepublik Deutschland heimsuchte, zeigt wie auch abseits der Tagespolitik Themen wie eine sich wandelnde Sexualmoral eine Gesellschaft spalten können. Fenske zeigt in ihrem Beispiel allerdings auch die Ambivalenz zwischen Faszination und Furcht neuer sexueller Freiheiten insbesondere für Frauen, die die zeitgenössischen Vorstellungen von Geschlechterrollen aber auch Familienbilder endgültig ins Wanken brachten. Damit schaffte das Thema allerdings den Sprung aus den deutschen Schlafzimmern auf die politische Bühne, wobei die mediale Inszenierung wie auch ein öffentlicher Voyeurismus eine erhebliche Rolle spielten. Sexualität, so Fenske, sei als Chiffre für gesellschaftliches Zusammenleben zu verstehen. Die Reichweite der Thematik allerdings wurde je nach politischer Überzeugung durchaus unterschiedlich gesehen. Während in den konservativen Milieus eher diffuse Ängste vor einer zu freizügigen Gesellschaftsordnung herrschten, verknüpfte die politische Linke das Thema gar direkt mit der politischen Systemfrage und unterstellte, eine verklemmte Sexualität sei nicht nur die Ursache von Aggression und Gewalt sondern behindere den Anspruch des Individuums auf alternative, freiere Lebensformen. Obwohl das Thema erhebliche Ängste und Unsicherheiten schürte, förderte die mediale Aufbereitung, unter-

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

stützt von »Aufklärern« wie Oswald Kolle, einen gesellschaftlichen Diskurs über Sexualität, in dem, so Fenske, auch gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen verhandelt wurden.

Welche Bedeutung ein öffentlicher Diskurs für revolutionäre Veränderungen hat, diskutieren ebenfalls Jannis Jost und Rasha Bamatraf in ihrem Beitrag über den arabischen Frühling in Ägypten 2011. Sie stellen die Frage, wie und warum Ägypterinnen und Ägypter damals den Schritt aus dem Schutz relativer Anonymität digitaler Debatten hinaus auf die Straße wagten, um das Mubarak-Regime und seine Sicherheitskräfte heraus- und politische Freiheiten einzufordern. Ihnen geht es folglich nicht um die Furcht politischer Machthaber vor einer Revolution, sondern sie nehmen die Perspektive der Unzufriedenen ein und betrachten deren Furcht, eine solche überhaupt in die Wege zu leiten. Im Ergebnis konnte der ägyptische Präsident Hosni Mubarak damals zwar gestürzt werden, nach einer Interimszeit unter der umstrittenen Herrschaft der Bewegung der Muslimbrüder etablierte sich aber mit Abd al-Fattah as-Sisi erneut ein vom Militär gestützter Autokrat. Die zahlreichen zitierten Zeitzeugenberichte zeigen den zwiegespaltenen Blick der einstigen Revolutionäre auf ihre Revolution. Den gewalttätigen Auseinandersetzungen mit vielen Toten und Verletzten stand ein ernüchterndes Ergebnis gegenüber. Man habe viele Missstände zwar nicht beseitigen können, immerhin habe aber die Regierung erlebt, wozu das Volk in der Lage sei. Und das Volk, so möchte man nach der Lektüre des Beitrags hinzufügen, hatte erlebt, dass eine Revolution nicht immer das Ergebnis haben musste, das die Revolutionäre sich ursprünglich erhofft hatten.

Revolutionen entstehen dort, wo politische Systeme mit gesellschaftlichen Veränderungen nicht Schritt halten können. Das Beispiel der »sexuellen Revolution« zeigt, dass offene, demokratische Diskurse die Akzeptanz von umstrittenen Themen und die mit ihnen verknüpften Ängste offensichtlich erfolgreich auflösen können. Anderswo drohen sich aber an unlösbar erscheinenden gesellschaftlichen Fragen Revolutionen zu entzünden. Für deren Ausbruch spielt gerade Revolutionsangst eine erhebliche Rolle. Mittels der Instrumentalisierung einer Furcht vor Veränderungen, dem Heraufbeschwören vermeintlicher – mitunter durchaus gerechtfertigter – dramatischer Folgen ließen sich evolutionäre Veränderungen erheblich verzögern. Die Oktoberrevolution 1917 in Russland und die Novemberrevolution 1918 in Deutschland zeigen aber auch, dass ein gewisser Gewöhnungseffekt eintreten konnte. Bisweilen ereigneten sich politische Umstürze plötzlich, wenn auch nicht immer gänzlich unerwartet, weil die Wachsamkeit trotz des eigenen Bedrohungsnarrativs nachließ. Dann aber konnte es heikel werden, denn mit der zuvor geschürten Furcht wuchs auch das Gewaltpotential und führte politisch gespaltene Gesellschaften in Schwierigkeiten, aus der Eskalationsspirale aus-

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

zubrechen. In manchen Fällen endete die Auseinandersetzung mit einem eindeutigen Sieger, mitunter entwickelte sich ein Status quo, der wie im Fall Ägyptens Zweifel daran lässt, ob ein Wiederaufflammen politischer Umsturzversuche dauerhaft verhindert worden ist. Ein Sieg der Revolution, so zeigte sich, ist in jedem Fall nur die »halbe Miete«. Dort, wo die Schaffung eines überzeugenden Gründungsmythos nicht gelang oder das neue System mit denselben politischen Problemlösungsschwierigkeiten zu kämpfen hatte, mussten die neuen Machthaber bald selbst Angst vor einer Revolution haben.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Herausgeber

Oliver Auge ist Professor und Direktor der Abteilung für Regionalgeschichte mit Schwerpunkt Schleswig-Holstein an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der schleswig-holsteinischen, pommerschen und württembergischen Regional- und Landesgeschichte sowie auf den Feldern der Kloster-, Universitäts- und Adelsgeschichte. Im Rahmen der Kieler Stadtgeschichte befasste er sich mehrfach auch mit dem Kieler Matrosenaufstand vom November 1918 und seiner Rezeption in Kiel bis zur Gegenwart.

Knut-Hinrik Kollex ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung für Regionalgeschichte mit Schwerpunkt Schleswig-Holstein an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die politische Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere die Revolutions- und politische Transformationsgeschichte. Neben der Geschichte Schleswig-Holsteins und der deutschen Arktisforschung im 19. und 20. Jahrhundert befasst er sich zudem mit der Vermittlung von Kulturerbethemen im digitalen Raum.

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

https://doi.org/10.5771/9783529094569 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Die Autor*innen

Jörg Baberowski ist Professor für Geschichte Osteuropas und lebt in Berlin. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des späten Zarenreiches und der Sowjetunion.

Boris Barth forscht am Institut für Internationale Studien (IMS) an der Karls-Universität Prag.

Uta Fenske ist Historikerin. Sie arbeitet im Zentrum für Gender Studies und der Fachdidaktik Geschichte an der Universität Siegen.

Martin Göllnitz ist wissenschaftlicher Assistent an der Professur für Hessische Landesgeschichte der Philipps-Universität Marburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Gewalt-, Terrorismus-, Polizei-, Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie regionale Zeitgeschichte des Ostseeraumes und Hessens.

Dierk Hoffmann ist stellvertretender Leiter der Abteilung Berlin am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin und apl. Professor an der Universität Potsdam.

Ralph Jessen ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität zu Köln und forscht zur Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts und zur Zeitgeschichte nach 1945.

Mark Jones ist Assistant Professor für Global History am University College Dublin und Autor von *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918 – 19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017*. Schwerpunkt seiner Forschung ist der Zusammenhang zwischen Gewalt und politischer Kultur in Deutschland im 20. Jahrhundert.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -

Jannis Jost ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sicherheitspolitik der Universität Kiel (ISPK), wo er zur Rolle von Identitätsbildung und Emotionen in Radikalisierungsprozessen forscht. **Rasha Bamatraf** hat im Februar und März 2018 am ISPK zu interkulturellen Aspekten dieser Forschung gearbeitet.

Wilfried Loth ist emeritierter Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Duisburg-Essen. Zuletzt veröffentlichte er *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte, 2., aktualisierte und erweiterte Ausgabe, Frankfurt a. M. 2020.*

Christoph Regulski ist Historiker mit dem Forschungsschwerpunkt Erster Weltkrieg. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen zählen Untersuchungen zur Novemberrevolution und zu deutschen Gefallenen-Gedenkbüchern sowie eine Arbeit über die Kriegsversehrten in Frankfurt am Main, die 2020 mit dem Johann Philipp von Bethmann-Studienpreis ausgezeichnet wurde.

Florian J. Schreiner ist Referent für Militärgeschichte und Tradition beim Bundesministerium der Verteidigung und asoziiertes Mitglied im Forschungskolleg *Das demokratische Gewaltmonopol in der Weimarer Republik, 1918 – 1924* (DemGeWeR) der Gerda-Henkel-Stiftung.

Sebastian Elsbach ist Postdoktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Jena und Mitglied im Forschungskolleg *Das demokratische Gewaltmonopol in der Weimarer Republik, 1918 – 1924* (DemGeWeR) der Gerda-Henkel-Stiftung.«

Paul Srodecki ist Historiker. Sein Forschungsschwerpunkt mit zahlreichen Publikationen und Herausgeberschaften reicht von Fremdheitsdiskursen des europäischen Mittelalters über die Abgrenzungsrhetoriken der Frühen Neuzeit bis zu den ideologischen Grundlagen des Ost-West-Gegensatzes der Moderne und Postmoderne.

https://doi.org/10.5771/9783529094589 - am 20.01.2026, 01:52:24. https://www.inlibra.com/de/agb - Open Access -